C 21734 D

Gorleben: Hochstimmung im Besetzerdorf S. 8



Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.177 18.5.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2.-

In dieser Ausgabe:

Ehem. NATO-Sekretärin packt aus

Wieder hat eine Nato-Sekretärin in der DDR ein Köfferchen brisanter Dokumente aus den Zentralen der Kriegstreiber abgeliefert. Die von Frau Verrept (ehem. Sekretärin im Brüsseler NATO-Hauptquartier) mitgebrachten Dokumente belegen u.a. detailliert die Atomkriegsplanung der NATO gegen Osteuropa und die Sowjetunion und entlarven die „Nachrüstungs"-Demagogie (S. 21).

Aufruf der Russell-Foundation: Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa

Die Londoner Russell Peace Foundation hat einen Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa veröffentlicht, der in Großbritannien bereits von zahlreichen Parlamentariern und anderen politischen Persönlichkeiten unterzeichnet wurde. „Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher ... Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen und Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind...", heißt es in dem Aufruf. Voller Wortlaut auf S. 22 dieses AK.

Militante Proteste in Bremen

Krieg dem Krieg



Es war so schön gedacht: 25 Jahre NATO, Kriegspropaganda in den imperialistischen Ländern, Aufrüstungsbeschlüsse. Was lag da näher, als dieses Jubiläum zum Anlaß für ein öffentliches Spektakel zu nehmen, auf dem „Verteidigungsbereitschaft" und „Volksnähe" der Bundeswehr demonstriert werden sollten? Prominenz war angesagt: NATO-Generäle aus verschiedenen Ländern, ein für ein solches Spektakel geeigneter Ex-Nazi, heute Bundespräsident, neben einem sozialdemokratischen Verteidigungsminister, und als Ort eine Stadt mit antifaschistischer Tradition und solider SPD-Mehrheit.

Bundespräsident Carstens schwelgte in der Vergangenheit: Er wünschte eine *„große Feldparade mit Fahrzeugen und Luftwaffe"*. Die SPD-Spitze jedoch lehnte Carstens überhöhte Wünsche ab; weiß sie doch, daß in der BRD solche Aufmärsche immer noch nicht geliebt werden. Zugleich übernahm Bremens SPD-Bürgermeister Koschnik die „Schirmherrschaft" für das Spektakel.

Doch statt Spektakel gab es für die Kriegstreiber ein Debakel. Etwa 15.000 Demokraten, Sozialisten und Kommunisten demonstrierten auf unterschiedliche Weise ihren antimilitaristischen Protest. Darunter waren nicht wenige, die aktiv und militant ihren Widerstand gegen die Kriegstreiber vortrugen. Und viele, die dies mit Sympathie verfolgten. Aus der militaristischen Propagandaschau war im Nu eine Zielscheibe heftiger antimilitaristischer Proteste geworden von einer Breite, wie sie die Kriegstreiber nicht erwartet haben. Von dieser Aktion, so fürchten sie, könne eine Initialzündung für weitere Anti-Kriegsaktivitäten der nächsten Zeit ausgehen. Die Kriegstreiber fühlen sich in ihren Kriegsvorbereitungen gestört.

Fortsetzung Seite 2

nenz war angesagt: NATO-Generäle aus verschiedenen Ländern, ein für ein solches Spektakel geeigneter Ex-Nazi, heute Bundespräsident, neben BRD solche Aufmärsche immer noch nicht geliebt werden. Zugleich übernahm Bremens SPD-Bürgermeister treiber vortrugen. Und viele, die dies mit Sympathie verfolgten. Aus der militaristischen Propagandaschau war
Fortsetzung Seite 2

Rechte Grüne rüsten zur Revanche

Vom 20. bis 22. Juni wird in Dortmund der nächste Parteitag der Grünen stattfinden. Themen werden eine Erklärung zum Verhältnis Ökologie/Ökonomie sowie die Diskussion um ein Kurz- und die Verabschiedung eines Wahlprogramms sein. Im Vordergrund wird dabei in allen Themenbereichen die Frage stehen, ob das in Saarbrücken verabschiedete relativ fortschrittliche Programm Grundlage der Grünen Partei bleibt, oder ob es der rechten, „ökologischen" Richtung um Springmann, Gruhl, den Achbergern, Brandt, Hoss usw. gelingt, entscheidende Veränderungen durchzusetzen.

In Saarbrücken hatte sich in wichtigen Fragen des Programms („Arbeitswelt und Wirtschaft", „Außen- und Friedenspolitik") fortschrittliche Positionen gegen die „ökologische" Richtung durchgesetzt. Im Frauenteil hatte es zwar auch eine breite Mehrheit für die fortschrittlichen Anträge gegeben (Streichung des § 218), aber in diesem Teil wurden noch die weitestgehenden Kompromisse gegenüber den Ökologen eingegangen.

Wegen dieses Programms zog Gruhl seine Kandidatur für den Bundesvorstand zurück, und auch kein anderer Vertreter der „ökologischen" Richtung stellte sich zur Wahl. Dadurch konnte dem Parteitag der Beschluß abgepreßt werden, auf einem weiteren Parteitag eine Grundsatzerklärung zum Verhältnis von Ökologie/Ökonomie zu diskutieren, womit seitens der Rechten die Absicht verbunden ist, die in Saarbrücken verabschiedeten Teile zu „Arbeitswelt und Wirtschaft" zu kippen oder zumindest stark zu relativieren.

Nach dem Parteitag wurde eine geschickt eingefädelte, zeitlich abgestufte Revanchekampagne der Öko-Fraktion eingeleitet. Die erste Phase bestand darin, die Saarbrücker Beschlüsse als Majorisierungspolitik der Linken (speziell der ‚Leninisten') zu diffamieren. Dieses Geschäft besorgten vornehmlich die als Linke auftretenden Grünen wie Brandt, Hoss, Bahro, aber auch die „taz" und „Die Neue".

Die Kräfte um Gruhl konzentrierten sich darauf, die Beschlüsse als anti-„ökologisch" anzugreifen – wobei der Gradmesser natürlich i h r e Vorstellungen über Ökologismus sind (siehe hierzu ausführlicher im AK 175).

Fortsetzung Seite 3

Erklärung zur Lage der Grünen

Wir, die Unterzeichner, sind der Auffassung, daß die grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik bei den Grünen in der letzten Zeit nicht deutlich genug vertreten worden sind. Die Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen haben das sehr deutlich gezeigt.

Eine grüne Teilnahme an der Bundestagswahl halten wir nur für sinnvoll, wenn es gelingt:

1. Eine Bundestags-Wahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt zu verabschieden.
2. Die umstrittenen Teile des Bundesprogramms (Wirtschaft und Arbeitswelt, Mensch und Gesellschaft) zur Diskussion an die Basis bis nach den Bundestagswahlen zurück zu verweisen.
3. Daß die Grünen ihre Stellung als Friedenspartei gerade in der jetzigen Weltlage verdeutlichen und sich in ihrem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit nachdrücklich von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik distanzieren.

Die jüngsten Wahlergebnisse entsprechen nicht den tatsächlichen Sympathien für die Grünen in der Bevölkerung. Die Grünen bilden nach wie vor die einzige grundsätzliche Alternative zur lebensfeindlichen Politik der etablierten Parteien. Die Grünen haben jetzt die Verpflichtung, die Hoffnungen eines großen Teils der Bevölkerung nicht zu enttäuschen und im Sinne dieser Forderung zu handeln, um die Einheit der ökologischen Bewegung zu erhalten.

gez.:

Carl Amery	Erich Huster
Joseph Beuys	Reinhold Kaub
Heinz Brandt	Gertraud Krankenhagen
Delphine Brox	Jürgen Marquard
Eberhard Bueb	Wilfried Osterkamp
Gerda Degen	Klaus Rech
Olaf Dinné	Baldur Springmann
O.K. Flechtheim	Gisela Schöttler
Herbert Gruhl	Holger Strohm
Wilfried Heidt	Bernd Vogel
Lothar Herbing	Helga Vohwinkel
Willy Hoss	Jörg Sink

Südkorea:

Der Widerstand wird militanter

Auch ein halbes Jahr nach dem Ableben des Faschisten Park Chung Hi ist es der südkoreanischen Führung nicht gelungen, den Widerstand gegen Unterdrückung, Lohnraub und Militarisierung zu brechen. Kurz vor Parks Tod war es in Pusan und anderen Städten zu heftigen Unruhen gekommen, die nur durch den Einsatz von Militär beendet werden konnten. Momentan haben die Kämpfe an den Universitäten, die sich gegen den paramilitärischen Drill der Studenten und reaktionäre Lehrer an den Hochschulen richten sowie insbesondere die teilweise mit einer für uns unvorstellbaren Militanz geführten Arbeitskämpfe, einen neuen Aufschwung genommen.
Herausragendes Beispiel ist der Kampf der Bergarbeiter in der Provinz Kangwon, der „gewalttätigste Arbeitskonflikt in der Geschichte Südkoreas" (25.4., „SZ").

Angefangen hatte es am 21. April mit einem Sitzstreik von ca. 500 Bergleuten, die 40% Lohnerhöhung und 400% Prämie forderten. Außerdem verlangten sie den Rücktritt des örtlichen Gewerkschaftschefs, der – wie in den gelben südkoreanischen Gewerkschaften üblich – mit dem Kapitalisten Hand in Hand arbeitete. Dieser saubere „Gewerkschafter" hatte dann auch nichts besseres zu tun, als die Bullen zu holen, die brutal mit einem Jeep in die sitzende Menge fuhren und vier Arbeiter verletzten. Daraufhin verbreiterte sich der Streik rasch, und ca. 7000 Kumpels legten die Arbeit nieder. Doch dabei ließen sie es nicht bewenden. Das Bullenquartier

Fortsetzung Seite 2

Polizei-Terror gegen „Punker" in Hamburg

„Punker" und andere Jugendliche sind seit einigen Wochen bevorzugtes Ziel ständiger Schikanen und Provokationen der Hamburger Polizei. Mal sind es 20 und mal 60 Jugendliche, die ohne Anlaß „vorbeugend" festgenommen und abgeschleppt werden, weil der Polizei angeblich wieder mal „Erkenntnisse" über g e p l a n t e "Krawalle" vorlagen. Den Herrschenden schmeckt es offensichtlich überhaupt nicht, daß früher zerstrittene Gruppen von Jugendlichen (Punks, Teds, Rocker, HSV-Fans) in Hamburg plötzlich g e m e i n s a m gegen die Polizei Front machen, statt sich selbst in sinnlosen Schlägereien gegeneinander zu zerreiben. Und Springer hetzt wieder mit Schaum vorm Maul. Bericht dazu auf Seite 12. Im nächsten AK geht's weiter!

Palästina: Massenkämpfe gegen die Besatzer

Nach Repressalien und Provokationen der zionistischen Besatzer in den von Israel besetzten arabischen Gebieten kam es Anfang Mai wieder zu heftigen Protesten der Bevölkerung in Ostjerusalem, Nablus, Gaza u.a.. Brennpunkt der Kämpfe war Hebron. Israelische Armee und Polizei, unterstützt von fanatischen zionistischen Gruppen, gingen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor (S. 44);

Die Kriegspolitik Begins stößt zunehmend auch in Israel selbst auf Widerstand. Bisher schärfster Ausdruck dieses Widerstandes war die Demonstration von 150.000 Israelis am 1.Mai in Tel Aviv, die im Zeichen von Parolen gegen Inflation, Kriegspolitik und die Regierung Begin stand. (S. 44).

IN DIESER AUSGABE:

Rechte Grüne rüsten zur Revanche

Bei den Landtagswahlen in NRW haben die Grünen erwartungsgemäß bescheiden abgeschnitten. (Bericht zur Wahl auf S. 4).

Ebenfalls erwartungsgemäß schieben die rechten Grünen dieses Ergebnis auf eine angeblich zu linke, zu wenig „ökologische" Orientierung der Grünen Partei. In diesem Sinn äußerten sich Baden-Württembergs Grünen-Chef Hasenclever, vor allem aber Gruhl und seine GAZ. Mit Blick auf den bevorstehenden nächsten Bundesparteitag der Grünen (Mitte Juni in Dortmund) hat Gruhl eine Unterschriftensammlung in Gang gebracht, die mittlerweile auch von den Bremer Grünen, vom „Achberger Kreis" („3. Weg"), von ehemaligen Linken wie Heinz Brandt und Hoss, von Baldur Springmann u.a.m. unterstützt wird. Inhalt der Erklärung: Eine Kandidatur der Grünen zur Bundestagswahl 1980 sei nur sinnvoll, wenn sich bis dahin die Rechten durchsetzen und entscheidende Veränderungen des in Saarbrücken beschlossenen, relativ fortschrittlichen Parteiprogramms vorgenommen werden (S. 1 + 3).

Diese Linie entspricht den Beschlüssen des GAZ-Parteitags, der am 15.5. stattfand. Uns liegen überdies interne Rundschreiben aus der GAZ vor, in denen noch wesentlich rabiater und eindeutiger die Spaltung der Grünen Partei von rechts vorprogrammiert wird (S. 3).

Erschwerend für die Zukunft der Grünen kommt hinzu, daß die Integrationsfigur von Saarbrücken, August Haußleiter, wegen seiner politischen Vergangenheit in der rechtsradikalen Szene heftigen Angriffen der SPD und DKP ausgesetzt ist. Teile der Grünen Partei fordern deshalb bereits den Rücktritt Haußleiters von seinem Vorstandsposten (S. 4).

10.000 Schüler gegen AKW's

Eine der bemerkenswertesten Anti-AKW-Aktionen der letzten Zeit: 10.000 Schüler aus 35 Freiburger Schulen zogen am 9.Mai während des Unterrichts in die Innenstadt, um gegen das nahegelegene AKW Fessenheim zu protestieren. Ein Beispiel, das ruhig Schule machen sollte.! (Bericht auf Seite 9).

Krieg dem Krieg

Heftige Zusammenstöße anläßlich einer Militär-Show in Bremen. Die Herrschenden reagieren auf diesen ersten massenhaften militanten Protest gegen ihre Kriegsvorbereitungen entsprechend heftig (S. 17). In der Linken sind die Meinungen über die Bremer Proteste geteilt – linke SPD'ler, Jusos und die DKP verurteilten die „Provokationen" und sogar die KPD/ML distanzierte sich von den „Ausschreitungen" (S. 19).

Ein paar Tage später stand in Emden ein riesiges Polizei-Aufgebot bereit, um eine ähnliche Militär-Show gegen jeden Ansatz von Protest abzuschirmen (S. 19).

Aktionen zum 8. Mai

Der 8. Mai (Jahrestag der Niederlage des Faschismus) stand in diesem Jahr im Zeichen von Antikriegs-Demonstrationen und Friedenswochen. In Westberlin demonstrierten 20.000 Menschen. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis, u.a. von Alternativer Liste, Grünen, Jungdemokraten und SB. In Hannover nahmen 15.000 Menschen an der vom KOFAZ organisierten Demonstration teil. In Freiburg gab es wohl ein einmalig breites Bündnis. Neben zahlreichen Initiativen riefen SPD, FDP, DKP und KB (insgesamt 30 Gruppen) mit einer gemeinsamen Plattform zu einer Friedenswoche auf.

Bemerkenswert war, daß in diesem Jahr außer den traditionellen DKP-dominierten Aktionen vielerorts breite Bündnisse ohne Unvereinbarkeitsklauseln zustande kamen. (Berichte über örtl. Aktion auf S. 20).

Der Widerstand wird militanter

Fortsetzung von Seite 1

und andere „offizielle" Gebäude wurden gestürmt und verwüstet. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Barrikaden errichtet und die Arbeiter zogen mit Eisenstangen, Spaten und Picken durch die Straßen. Bullen, die sich dem entgegenstellen wollten, wurden abgerammt. Bei den Auseinandersetzungen wurde ein Bulle getötet und 61 verletzt.

Funktionäre der gelben Gewerkschaft wurden gegriffen und gefesselt. Am 23. machte die Zechenleitung dann das erste Gesprächsangebot, wobei sie wiederum einige Funktionäre vorschickten. Allerdings forderten sie, erst die „Ordnung wiederherzustellen", dann zu verhandeln. Inzwischen hatten die Bullen weitere Kräfte um das Zechengelände zusammengezogen, die sich aber nicht allzu dicht an den Ort des Geschehens herantrauten.

Am 23. erhöhten die Kumpels ihre Forderung auf 50% Lohnerhöhung und 500% Prämie. Außerdem forderten sie eine medizinische Behandlung der verwundeten Arbeiter und daß keine Sanktionen gegen die Aufständischen ergriffen werden dürften.

Die Auseinandersetzungen endeten schließlich mit einem Kompromiß: rückwirkend vom 1. Januar gab es 20% Lohnerhöhung, die Jahresprämie wurde von 250% auf 400% heraufgesetzt („Pyongyang Times", 3.5.80 und „SZ", 25.4.80).

Auch in anderen Industriezweigen gab es Arbeitskämpfe mit ähnlichen Forderungen, wobei immer wieder auch die Absetzung der rechten Gewerkschaftsmafia ein wichtiger Punkt war. Frauen der „Tongil Textilfabrik", die vor zwei Jahren wegen Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft gefeuert worden waren, besetzten das Chefzimmer des (gelben) „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes".

Keine Ruhe an den Universitäten

Nach dem Tode Parks waren die Universitäten, in denen es in Südkorea immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen war, für einige Monate geschlossen. Doch das hatte sich auf die Kampfbereitschaft nicht nachteilig ausgewirkt. Anläßlich des Jahrestages des Aufstandes vom 19. April 1960, als der Diktator Li Syng Man nach 12 Jahren gestürzt worden war, kam es auch in diesem Jahr zu zahlreichen Kundgebungen. Dabei wurden auch die Räume reaktioärer Professoren besetzt und deren Rücktritt gefordert. 13 Universitäten wurden erneut geschlossen („The Korea Herald", 11.4.80). Die Hoffnung der Erziehungsministerin Kim Ok Gil, daß „*die Situation hier sich nach einer Weile normalisieren*" würde, erfüllten sich nicht. Bereits am 24. April streikten die Studenten an mehreren Universitäten gegen die (in Südkorea obligatorische) Militärausbildung und weigerten sich, in die Kasernen zu ziehen.

Der Premierminister des Regimes, Sin Hyong Hwak, hat mittlerweile mit dem Chef des koreanischen CIA und hohen Militärs mögliche Regierungsmaßnahmen beraten, „*um den Unruhen an den Universitäten und den Arbeitskonflikten zu begegnen*" („Haptong", nach „SWB", 3.5.80).

Gegen diejenigen Oppositionellen, die verdächtigt werden, mit der sozialistischen Koreanischen DVR („Nordkorea") zusammenzuarbeiten, wird trotz aller angeblichen Liberalisierung nach wie vor kurzer Prozeß gemacht. So wurden vor kurzem vom Gericht der Hauptstadt Söul 73 Mitglieder einer angeblichen „Befreiungsfront" wegen Weitergabe militärischer Geheimnisse an die KDVR und Kontaktaufnahme zur KDVR angeklagt. Vier von ihnen wurden zum Tode verurteilt, vier zu lebenslänglich; und 65 erhielten Strafen zwischen einem und 15 Jahren.

Doch die jüngsten Unruhen haben es erneut gezeigt: Solange nicht die Ursachen – Inflation, Verbot freier gewerkschaftlicher Betätigung, Zensur, Terrorurteile und Folter – verschwunden sind, wird sich der Widerstand nicht unterdrücken lassen. Man kann nur hoffen, daß die derzeitigen Führer in Söul ihrem Vorgänger Park möglichst schnell nachfolgen mögen!

Asien/Australien-Kommission

Krieg dem Krieg

Fortsetzung von Seite 1

Eine neue „Ohne-mich-Bewegung"?

Die CDU gab das Stichwort, die „Zeit" vom 9.5. nahm dies besorgt als Schlagzeile auf: „*Gibt es eine neue ‚Ohne-mich-Bewegung'?*" Droht also eine Verweigerung der Jugend und breiterer Bevölkerungsteile gegen die Kriegsvorbereitung? Alles, nur das nicht, wünschen sich führende Politiker und Militärs des BRD-Imperialismus in der derzeitigen Situation.

Der Bremer „Weser-Kurier" sah in den Protesten einen „*Anschlag auf die Solidarität*" (8.5.). Außenminister Genscher: „*Wer die Bundeswehr und das Bündnis diffamiert wendet sich gegen die Sicherheit unseres Landes*". Doch nicht allein das gibt Grund zur Besorgnis; wird doch festgestellt, daß es **„eine gewaltsame Demonstration gegen die Bundeswehr ... in den zweieinhalb Jahrzehnten ihres Bestehens nie gegeben habe"** („Zeit", 9.5.). Matthias Walden sorgt sich in der „Welt": **„Wiederholt sich die Umwandlung von Protest- in Terrorpotential?"** (8.5.).

Diese Besorgnisse bekunden den Erfolg der Bremer Proteste, die einen Strich durch die Rechnung all jener machten, die glaubten, sozialliberal abgetarnt ungestört aggressive Kriegspolitik betreiben zu können. **Dies sollten Linke und Demokraten bei der jetzt einsetzenden Distanzierungsdebatte im Auge behalten und die staatlich verordneten Entsolidarisierungsversuche nicht mitmachen.** Was da publizistisch nach Bremen abläuft, hat seine Vorläufer in der „Terroristen"-Hetze und den Versuchen, die Anti-AKW-Bewegung nach Brokdorf und Grohnde zu spalten. Die „FAZ" beispielsweise entdeckte neben 300 „*Politgangstern*" einen dazugehörigen „*Untergrund*", der die „*Gewalttäter anfeuerte, versorgte und deckte*". Zum „Sumpf" gehöre die Bremer Universität und selbst eine „*Partei, die in der Bundesrepublik uneingeschränkt als staatstragend gilt*", die SPD diente als „*Stichwort-Geber*" (8.5.).

Wer ist der „Verteidigungswilligste" im ganzen Land?

Die staatstragende SPD, ein „Sicherheitsrisiko"? So wenigstens sieht es die CDU, so sehen es die Springerpresse und andere Rechtsorgane. Warum eigentlich? In der Sache gibt es keine Differenzen. Eher schon versucht die CDU, parteipolitisches Kapital zu schlagen aus der schizophrenen Situation der SPD-Linken. Diese gehört einer Partei an, die an führender Stelle die Kriegspolitik des BRD-Imperialismus betreibt, die allen Diktaten Carters folgt, die NATO-Bündnistreue schwört, die kriegerische Aufrüstung betreibt und die militaristische Spektakel wie das in Bremen veranstaltet. Sicher, die Parteibasis rebelliert, sie protestiert und ein wenig wird auch demonstriert, wie in Bremen geschehen. Integration nennt die SPD dieses Geschäft. Schief gegangen ist es nur, weil es anders kam, als gedacht. Die SPD-Linke, die Jusos, waren nicht in der Lage, den Protest der Demonstranten zu bremsen, „friedlich" zu kanalisieren – in Bremen ist die Protestwelle über sie hinweggerollt, hat sie zu einer jämmerlichen Zuschauerrolle verurteilt. Schelte gibt's wegen dieses „Versagens" nicht nur von der CDU, sondern auch in der eigenen Partei.

Ein Narr oder ein Demagoge, wer wie „Die Neue" nun die Militanz der Demonstration verantwortlich macht für das distanzierende Abrücken linker Sozialdemokraten von dieser Antikriegsaktion und für die Kalte-Kriegs-Politik der Bundesregierung.

Mehr Kritikmöglichkeiten hat die CDU denn auch kaum, als das Versagen der SPD-Linken. Wovon soll sie sich auch ansonsten bei der Militärpolitik der Bundesregierung abgrenzen?

– Herbert Wehner bittet die Soldaten für die ihnen angeblich angetanen Beleidigungen „*zutiefst um Verzeihung*".
– Die Bundesregierung „*hält es auch künftig für geboten, an der Einrichtung des öffentlichen Gelöbnisses festzuhalten*".
– Genscher will „*jetzt erst recht Flagge zeigen*".
– Apel, der „Zivilist", will sich „auf keinen Fall" die Öffentlichkeit der Gelöbnisse vermiesen lassen; das nächste wurde auch prompt ins Emdener Fußballstadion verlegt.

In dieser Situation unterliegen Teile der Linken (DKP, KPD/ML, Teile der „Komitees ..." und der „Gruppe Z" u.a.m.) einem Irrtum, wenn sie behaupten, die Militanz der Bremer Proteste habe dem Antikriegskampf mehr geschadet als genutzt. Gängiges Argument ist in diesem Zusammenhang, die „Ausschreitungen" hätten von dem A n l i e g e n der Proteste „abgelenkt". Gegen dieses Argument steht die Tatsache, daß die Bremer Proteste gerade d u r c h ihre militante Form weit stärker öffentlich gewirkt haben, als Dutzende sonstige antimilitaristische Proteste, von denen es ja gerade um den 8. Mai herum wieder eine ganze Menge gab.

Es ist mittlerweile eine „historische" Erfahrung, daß militante Proteste eine wichtige, unerläßliche Funktion für die Formierung bestimmter Bewegungen gehabt haben – erinnert sei nur an die „Studenten-Krawalle" der APO, die militanten Aktionen gegen Springer nach dem Mordanschlag gegen Rudi Dutschke, an die Proteste gegen den Vietnam-Krieg der USA, an Aktionen gegen NPD-Veranstaltungen oder die „Krawalle" gegen Strauß, an Brokdorf und Grohnde. Weit davon, vom Gegenstand a b z u l e n k e n , haben solche Aktionen dazu geführt, mehr Aufmerksamkeit a u f das Anliegen zu ziehen.

Die Heftigkeit der Bremer Proteste entspricht außerdem dem Ernst der Situation, d.h. dem Übergang des BRD-Imperialismus von langfristig wirksamer Aufrüstung zu d i r e k t e n praktischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen. In einer solchen Situation reicht es zweifellos nicht aus, zum x-ten Mal die schon zum Ritual gewordenen Demonstrationen unter den stets gleichen Parolen „für Entspannung und Abrüstung" durchzuführen (ohne deren Funktion im Rahmen einer breiten Antikriegsbewegung leugnen zu wollen), sondern heute ist die Aktualisierung der Bewegung (mit **Schwerpunkt auf die praktischen Kriegsvorbereitungen**) und eine breite Gewinnung n e u e r Kräfte für diese Bewegung unerläßlich.

Die bürgerlichen Politiker und Medien haben auf Bremen gerade deswegen so hysterisch reagiert, weil s i e sehr wohl das darin liegende Signal für das Entstehen einer solchen breiten Antikriegsbewegung in der BRD sehen. Diese Befürchtungen der Kriegstreiber sollten wir nicht enttäuschen!

Rechte Grüne rüsten zur Revanche

Fast gleichzeitig damit begann schon die zweite Phase, die die Diskreditierung der Grünen insgesamt zum Inhalt hatte. Springmann und Gruhl warfen in Interviews mit der Presse die Frage auf, ob die Grünen überhaupt noch zu den Bundestagswahlen antreten könnten. Gruhl und Dinne (Grüne Bremen) weigerten sich, den Wahlkampf in NRW zu unterstützen, da dieser Landesverband im wesentlichen mit dem verabschiedeten Bundesprogramm übereinstimmt. Systematisch wurden so die eh schon geringen Chancen, bei den NRW-Wahlen die 5 %-Hürde zu überspringen, noch verschlechtert, um dies wiederum (wie von uns schon im AK 174 vermutet) gegen die Linke wenden zu können.

Der dritte Teil dieser Kampagne besteht im Versuch, die Mitglieder und Anhänger der GAZ, des Achberger Kreises u.ä. Richtungen gegen die Linke zu mobilisieren und zu formieren.

Die GAZ soll nicht aufgelöst werden

In Karlsruhe war auf Betreiben der Rechten das Verbot der Doppelmitgliedschaft beschlossen worden. Dies müßte natürlich auch für die Mitgliedschaft in der GAZ, der GLU, GLSH, AUD gelten. Den entsprechenden Organisationen war eine Frist bis zum 30. April gegeben worden, ihre Organisationen aufzulösen. Dies schien zum damaligen Zeitpunkt für die Rechten kein Problem zu sein. Aber wie das Leben oft so spielt, kam es anders als man denkt. Unter dem Druck der Saarbrücker Beschlüsse hätte dies insbesondere für die GAZ und die GLSH geheißen, organisatorische Möglichkeiten für ihre Kampagne aus der Hand zu geben. Als erstes wurde deshalb eine Verlängerung der Frist bis zum 30. Mai erwirkt. Schon am 13.4. beschloß die GLSH, sicht nicht aufzulösen. Der Vorstand der GAZ propagierte für den Parteitag am 15.5. den gleichen Weg. Für die GAZ *„sei die Grenze der Kompromißfähigkeit erreicht"* („FAZ", 7.5.). Vorbedingung für eine Auflösung u n d *„für die Frage der weiteren Mitarbeit bei den Grünen"* sei die Änderung der *„materialistischen Vorstellungen im Saarbrücker Programm"*.

Mit dieser Linie konnte sich Gruhl auf dem Parteitag durchsetzen. Eine große Mehrheit stimmte für die Auflösung nur unter der Bedingung: *„Der Gruhl-Gruppe muß es gelingen, ... eine Wahlplattform mit starkem ökologischen Schwerpunkt durchzusetzen. Zweite Voraussetzung für die GAZ ist eine Zurücknahme, zumindest Revidierung des ... beschlossenen Bundesprogramms"* („Hannoversche Presse", 16.5.).

Die Durchsetzung dieses Kurses verlief jedoch nicht ohne Schwierigkeiten. Dies geht schon aus einem internen Rundschreiben des stellvertretenden Vorsitzenden der GAZ-NRW an die Delegierten hervor. Er beklagt darin, daß noch viele Deleggierte *„nicht gut genug informiert"* seien; andere hätten nicht *„genug politische Erfahrung"*, um gegen die Linke bestehen zu können; wieder andere **„wollen es nicht wahrhaben, daß die gemeinsame Sache der ‚Grünen' bis einschließlich Bundestagswahl bereits gründlich verdorben ist"**. Über diese hier angesprochenen Fragen wird von den Rechten natürlich immer nur d a n n Klage geführt, wenn sie i h r e n Kurs bei den Mitgliedern schlecht verkaufen können. Diese Schwierigkeiten der Rechten kommen auch darin zum Ausdruck, daß am 15.5. letztlich über eine Auflösung unter bestimmten Bedingungen beschlossen wurde und nicht, wie von Gruhl angekündigt („FAZ", 7.5.), eine Auflösung gar nicht erst zur Debatte stand.

In dem internen Rundschreiben werden weitere Überlegungen angestellt. Die GAZ solle *„bis nach der Bundestagswahl weiterbestehen, dann wird man weitersehen"*. Damit solle *„ein Zeichen für die Partei ‚Die Grünen'"* gesetzt werden, **„klare Programmänderungen im Sinne ökologischer Politik vorzunehmen"**. Ausgeschlossen wird gegenwärtig eine eigenständige Kandidatur der GAZ, da dies *„sicher aussichtslos"* ist. Auch die Umbenennung der Partei, unter Einschluß von Teilen der AUD und der GLU sowie mit der GLSH wird verworfen, aber: **„Eine spätere Umbenennung ist sicher noch möglich"**.

Die Orientierung geht schon jetzt auf einen Bruch innerhalb der Grünen nach den Bundestagswahlen hin. Als Begründung dient, daß das *„Bündnis von Gruhl bis Dutschke durch ein auseinanderstrebendes Chaos ersetzt* (worden sei). *Nach den zu erwartenden Wahlniederlagen werden die linkssozialistischen und kommunistischen Gruppen das Experiment, die bürgerlichen Grünen vor ihren Karren zu spannen, für gescheitert ansehen und ihre marxistische Partei ‚links von der SPD' neu zu gründen versuchen."* Ob die GAZ da schon über nähere Informationen verfügt? Für sie steht eins schon sicher fest: *„Die beste Entwicklung der ‚Grünen' ist bereits verdorben, die schlechteste wäre die Fortsetzung der nichtökologisch orientierten ‚Schräglastigkeit' nach den Bundestagswahlen"*.

Die Achberger und die Pleite mit dem alternativen Parteitag

Schon sehr frühzeitig hatte der Achberger Kreis („3. Weg statt Kapitalismus und Sozialismus") zu einem „Alternativen Parteitag" eingeladen. Er wandte sich an alle, die zu den Achbergern *„eine positive oder wenigstens wohlwollende Einstellung haben"*. Also auch hier der Versuch, die rechte Öko-Szene fraktionell zu mobilisieren, um damit Fakten für Dortmund zu schaffen. Der Plan eines Alternativen Parteitags ist zwischenzeitlich offiziell mit der Begründung aufgegeben worden, es stünden keine geeigneten Räume zur Verfügung. Aus den Schreiben geht jedoch hervor, daß der offensichtliche Spaltungscharakter dieser Veranstaltung zu heftiger Kritik geführt hat, und so die zu erwartende Beteiligung arg eingeschränkt werden würde.

Anstelle des Alternativen Parteitags soll jetzt ein ‚Sommerfest' stattfinden.

Neben einigem Klamauk über die Notwendigkeit „Alternativer Diskussionsweisen" sind vor allem die inhaltlichen Festlegungen der Achberger von Bedeutung.

Sie fordern für Dortmund die Verabschiedung eines **„Kurzprogramms"**. Dieses soll **„sich in seinen Aussagen auf das beschränken, was bei der großen Mehrheit der GRÜNEN u n u m s t r i t t e n ist"**. Das hieße natürlich, daß gerade d i e Teile gestrichen würden, die für die fortschrittliche Richtung bedeutend sind (gewerkschaftliche Forderungen, Frauenforderungen, Friedenspolitik). In einem „Grundlagenprogramm" sollen außerdem die unterschiedlichen grundsätzlichen Positionen nebeneinander veröffentlicht werden. Im „Detailprogramm" sollen Mehr- und Minderheitspositionen zu einzelnen Programmfragen aufgeführt werden.

Sollten diese Vorstellungen nicht durchgesetzt werden bzw. sollte sich die Mehrheit der Grünen dieser Erpressung nicht beugen, drohen die Achberger mit dem Austritt. Heidt erklärte, man sehe **„keinen plausiblen Grund, weiterhin bei den Grünen Energie, Engagement und auch viele materiellen Opfer zu investieren, wenn unsere Vorschläge ausgeschlagen werden"**. Diese sehr konkrete Drohung deutet darauf hin, daß von dieser Seite in Dortmund mit einem Gewaltkurs zu rechnen ist. Wird dies dennoch nicht akzeptiert, müßten die Achberger die angekündigten Konsequenzen ziehen, wenn sie sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben wollen. Gleichzeitig kann dies jedoch auch der kalkulierte Startschuß für weitere Absprungkampagnen sein. Insofern würde ein Absprung der Achberger die Grünen vor zusätzliche Probleme stellen.

„Erklärung zur Lage der Grünen"

Wie zu erwarten, setzte nach der Wahl in NRW der nächste Teil der Kampagne ein. Ein repräsentativer Kreis aus der „ökologischen" Richtung hat mit einer Unterschriftenkampagne begonnen (s. Abdruck). Demagogisch wird darin das Wahlergebnis zum Anlaß für die Behauptung genommen, *„die grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik"* seien in NRW *„nicht deutlich genug vertreten worden"*. Dies sei der Grund für das schlechte Abschneiden in NRW. Die Zahlen beweisen das Gegenteil. Die höchsten Ergebnisse wurden durchweg in den Städten erzielt, in denen es arbeitende bunte oder alternative Listen gibt. Der Druck der Straußkandidatur hat in anderen Teilen die Ergebnisse auf die Stammwählerschaft reduzieren lassen.

Welche Richtung für den Dortmunder Bundesparteitag angestrebt wird, zeigen die drei Forderungen dieser Öko-Fraktion. Die Festlegung des Wahlprogramms auf den Schwerpunkt „Ökologie" ist die Umkehr von Saarbrücken, wo die Grüne Partei für die Forderungen der verschiedensten sozialen Bewegungen geöffnet wurde. Die Zurückverweisung des Programmteils „Arbeitswelt und Wirtschaft" zur erneuten Diskussion würde konkret bedeuten, daß hiermit keine Wahlpolitik betrieben werden könnte. Für die werktätigen Bevölkerungsteile wären die Grünen dann noch weniger wählbar. Zugleich ist damit natürlich eine massive Veränderung angestrebt. Die Forderung nach Änderung des Friedensteils in Richtung einer Distanzierung **„von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik"** würde bei den vorgegebenen Programmaussagen der Grünen vor allem bedeuten, die antimilitaristischen Beschlüsse in bezug auf die BRD rückgängig zu machen (s. Artikel zum Friedensteil in diesem AK).

Bei der jetzt schon erreichten Anzahl der Unterschriften ist zu erwarten, daß mit diesen Forderungen die gesamte ökologische Richtung, sowohl die rechte als auch die ‚linke', auftreten wird. Bahro hat ähnliches schon in einem „Bilanz"-Interview (ZDF) deutlich gemacht. Und auch Hasenclever hat in einem „FR"-Gespräch (13.5.) erklärt, eine Kandidatur sei *„nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen sinnvoll"*. Die Bedingungen seien die Durchsetzung des „ökologischen Humanismus" (Bahros Theorie), die volle Integration von Gruhl, die Änderung der Vorstellungen zur Außen- und Friedenspolitik.

Dies scheint darauf hinzudeuten, daß in Dortmund eine andere Konstellation zu erwarten ist als in Saarbrücken. In Saarbrücken hatte sich z.B. Hasenclever weitgehend zurückgehalten, die Bremer waren z.T. vorzeitig abgereist, Bahro war gar nicht erst erschienen.

Der Bundesvorstand zwischen den Stühlen

Während so die „ökologische" Richtung das Ansehen der Grünen in der Öffentlichkeit systematisch herabsetzte und insbesondere ö f f e n t l i c h die Kandidatur zur Disposition stellte, hat sich der Bundesvorstand schon in einer Erklärung vom 14.4. eindeutig und ohne Einschränkung für eine Wahlbeteiligung ausgesprochen.

Gleichzeitig ist auf der Bundeshauptausschußsitzung vom 12.4. beschlossen worden, *„einen Vorschlag für die Wahlplattform ... auf der Grundlage des Saarbrücker Programms und der Stellungnahme zum Verhältnis ‚Ökonomie und Ökologie'"* zu erarbeiten. Dieser Beschluß steht explizit gegen die Forderungen der „ökologischen" Fraktion, die Wahlplattform auf die „Ökologie" zu verengen und in entscheidenden Stellen das Saarbrücker Programm zu revidieren.

Andererseits ist aber auch der Hinweis des Bundesvorstanden, die Wahlplattform auf Grundlage des Programms u n d der noch auszuarbeitenden Erklärung zu Ökologie/Ökonomie zu erarbeiten, ein Indiz dafür, daß auch von dieser Seite schon an eine teilweise Revision der Saarbrükker Beschlüsse gedacht ist.

Mit der Erarbeitung der Erklärung zu Ökologie/Ökonomie ist die Programmkommission beauftragt worden.

Von Interesse dürfte dabei sein, daß diese in Saarbrücken umbesetzt worden ist. Es sitzen jetzt dort je zwei Vertreter aus Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und NRW sowie je ein Vertreter aus den anderen Bundesländern drin. Damit könnte sich das Gewicht konservativer Kräfte in diesem Gremium verstärken.

Der Bundesvorstand selbst ist in einer schwierigen Position. In Saarbrücken wurde er vor allem vom fortschrittlichen Teil der Grünen gewählt. Haußleiter hat jedoch schon kurze Zeit später in Interviews mit der „Taz" und der „Neuen" erklärt, er verstehe sich als Integrationskraft und halte lediglich den Stuhl für Gruhl frei. Gleichzeitig erklärte er auf einer Vorstandssitzung, am Programm dürften keine Abstriche gemacht werden, denn wegen dieses Programms habe er kandidiert. Wiederum auf der gleichen Vorstandssitzung deutete er an, auf dem Dortmunder Parteitag zurückzutreten, *„um der Partei nicht seinen Stempel aufzudrücken"*. Natürlich ist dem Bundesvorstand und insbesondere Haußleiter bewußt, daß eine Integration Gruhls nur über erhebliche Veränderungen im Programm möglich ist.

Insofern dürften diese unterschiedlichen Äußerungen Haußleiters dem Druck der Öko-Fraktion auf die „Mittelgruppe" einerseits und der Verpflichtung des Mitgliederwillens, wie er sich in Saarbrücken ausgedrückt hat, andererseits geschuldet sein.

Die gegenwärtige Debatte wird noch dadurch erschwert, daß keinerlei Diskussionsmaterial schriftlich vorliegt. Bis zum 18. Mai soll die Programmkommission ihren Vorschlag erarbeiten. Bis zum 25. Mai, also nur eine Woche später, ist schon Abgabetermin für die Änderungsanträge. D.h. es wird fast gar nicht möglich sein, die Vorlagen an der Basis zu diskutieren. Andere Vorlagen existieren ebenfalls noch nicht, so daß damit zu rechnen ist, daß die Delegierten in Dortmund ohne Votum über die entscheidenden Fragen abstimmen müssen. Was dabei herauskommt, hat sich schon in Karlsruhe gezeigt, als dort eine völlig neue Präambel aus dem Hut gezaubert wurde, bei der nur noch wenige Verbesserungen durchgesetzt werden konnten.

Wie sich das Kräfteverhältnis auf Delegiertenebene in Dortmund darstellen wird, kann man gegenwärtig nicht einschätzen. Ebensowenig lassen sich Aussagen darüber treffen, wie von den linken Grünen auf die Erpressung reagiert wird: ob mit Anpassung oder Widerstand.

So oder so steht die Existenz der Grünen als Sammelbecken verschiedener sozialer Bewegungen auf dem Spiel. Denn wenn Haußleiter noch gesagt hat, die Grünen kämen gegebenenfalls auch ohne Gruhl aus, so stimmt dies sicherlich nicht mehr, wenn Namen wie Hasenclever, Bahro, Hoss, Dinne usw. dazu gesetzt werden müssen. Nicht einmal, daß diese die Mehrheit der Grünen repräsentieren. Die Gefahr besteht mehr darin, daß sie mehr als alle Mitglieder zusammen in der Lage sind, das Bild in der Ö f f e n t l i c h k e i t zu prägen bzw. in diesem Fall zu diskreditieren oder gar durch Konkurrenzunternehmen (s. Überlegungen in der GAZ) den organisatorischen Zerfall zu programmieren.

Der grüne Vorstand nahm Stellung

Bundestagswahl und Sachgespräch

Dank an Dr. Herbert Gruhl / Die Schizophrenie der SPD / Konzentration auf die nächsten Landtagswahlen

Am 11. und 12. April 1980 hielt der Bundesvorstand der GRÜNEN in Bonn eine Arbeitssitzung ab. Ausgehend von einer gründlichen Analyse der Lage der GRÜNEN im Bundesgebiet stellte der Bundesvorstand fest, daß das innere Gespräch innerhalb der GRÜNEN nach dem Programmkongreß von Saarbrücken mit großem sachlichen Ernst und mit dem Willen zur Überwindung bestehender Mißverständnisse und Sachgegensätze geführt werde. Der Bundesvorstand billigte einstimmig die nachfolgende Erklärung:

Der Bundesvorstand spricht sich für eine Beteiligung der GRÜNEN an den Bundestagswahlen aus. Bisher wissen wir nur von Kreisverbänden, die für die Wahlteilnahme plädieren bzw. schon Kandidaten gewählt haben. Es gibt weder eine andere alternative Partei, die im Herbst zur Wahl steht, noch irgendeinen Grund, auf eine Wahlteilnahme zu verzichten. Weder von Drohungen und Beschimpfungen seitens der etablierten Parteien noch von Versprechungen und dem Anbieten einiger Sessel in der Ministerialbürokratie lassen wir uns beeindrucken. Da keine der etablierten Parteien ernsthaft bereit ist, auf Umweltzerstörung, Ausbau der Atomindustrie und Aufrüstung, auf Reformstop und Berufsverbotspolitik zu verzichten, ist eine Alternative unerläßlich. Gegenüber den 15 % der Wähler, die Erhard Eppler ganz zu Recht als offene oder heimliche Grüne ansieht, haben wir eine politische Verpflichtung.

Wer befürchtet, daß die Grünen bei 4,8 % scheitern, kann dazu beitragen, dies zu verhindern

– durch Stärkung der GRÜNEN und Abgabe zumindest der Zweitstimme für sie

– durch Konzentration aller oppositionellen Stimmen auf die GRÜNEN statt sie für Splitterparteien, die unter 1 % der Stimmen bleiben, zu vergeben

– durch Eintreten für eine Änderung der undemokratischen 5 %-Klausel.

Es grenzt an Schizophrenie, wenn die SPD-Führer die GRÜNEN zum Verzicht auf die Wahlteilnahme auffordern, und gleichzeitig auch noch durch Herrn Wischnewski jeden Dialog mit ihnen ablehnen. Wenn den Spitzen der SPD und FDP so daran gelegen ist, daß Strauß geschlagen wird, so sollten sie in 3 sicheren SPD-Wahlkreisen auf die Kandidatur verzichten und dort zur Wahl die GRÜNEN aufrufen. Da dort mit Sicherheit die grünen Direktkandidaten gewählt würden, schlügen dann unabhängig von der 5 %-Klausel alle Stimmen für die Grünen zu Buche.

Vereinzelt gibt es innerhalb der GRÜNEN Bestrebungen, nicht den Bundestagswahlkampf zu unterstützen, wenn nicht zuvor Programmänderungen vorgenommen werden.

Der Bundesvorstand wird sich daher bemühen, durch geeignete Diskussions- und Arbeitskreise zu einer Versachlichung und Klärung der Streitfragen beizutragen. Er fordert alle Mitglieder auf, ihn dabei zu unterstützen. Der Bundesvorstand strebt eine offene und soweit möglich auch öffentliche Diskussion an. Diese sollte nicht unter Zuhilfenahme der etablierten Presse als Interviewkrieg geführt werden, sondern als ehrliche und herrschaftsfreie Diskussion von Menschen, die durch dieselben Grundüberzeugungen verbunden sind. Der Bundesvorstand dankt in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich Dr. Herbert Gruhl für seine bisherige engagierte Mitarbeit. Wir wissen uns einig mit Dr. Gruhl in dem Bestreben, die ökologische Bewegung zum Erfolg zu führen und halten es deshalb für notwendig, das Sachgespräch gemeinsam fortzusetzen. Jetzt müssen wir uns ganz konzentrieren auf die vor uns liegenden schweren Landtagswahlen an der Saar und in Nordrhein-Westfalen und auf die Vorbereitung der Bundestagswahlen.

Die organisatorischen Beschlüsse, die vom Bundesvorstand gefaßt wurden, galten vor allem der Unterstützung der in einem schweren Wahlkampf stehenden Landesverbände Saarland und Nordrhein-Westfalen. Ein Bericht Roland Vogts über die zunehmende politische Zusammenarbeit der grünen Bewegung in Europa und weltweit wurde mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen. Roland Vogt wies dabei eindringlich darauf hin, daß die Grünen in der Bundesrepublik eine erhebliche Verantwortung weit über Westdeutschland hinaus trügen, da ihre letzten Wahlerfolge ermutigend auf die gesamte Ökologische Weltbewegung ausstrahlten.

aus: "Die Grünen", 19. April 1980

Diskussion um Beteiligung an den hessischen Kommunalwahlen

In Hessen entwickeln sich neben der Diskussion um die Bundestagswahlen und das Auftreten der Grünen allmählich erste Ansätze, über den Oktober hinaus zu planen. Denn nach der Bundestagswahl steht als nächstes im März 1981 die Kommunalwahl in Hessen an, von der sich Linke, Bunte und Grüne erhoffen, der SPD weit mehr Schwierigkeiten bereiten zu können, als es sonst der Fall ist. So gibt es erste Überlegungen zu alternativen, bunten oder „radikalen" Kandidaturen in mehreren Städten – darunter Frankfurt, Kassel, Offenbach, Wiesbaden und Hanau. In Frankfurt hatte die Stadtgruppe der GLH zu einem ersten Treffen am 13.5. geladen. Die starke Beteiligung an diesem Abend (ca. 120 Leute) bewies, wie sehr man sich jetzt schon dafür interessiert, aber auch daß die Grünen kein Monopol auf die Vertretung aller infrage kommenden Kräfte innehaben. Gekommen waren viele GLH'ler, die nach dem mißlichen Ausgang der Hessenwahlen ihre aktive Mitarbeit eingestellt hatten, die Grünen, BI'ler, Gewerkschafter und Linke (SB, KB, Spontis, Arbeiterpolitik, KL, ehemaliger „KPD"ler und die TLD – letztere freilich nur, um den Versammelten ihre Verachtung über so viel „Opportunismus" entgegenzuschleudern).

Erste Kontroversen deuteten sich an – z. B. als Nachwehen älterer Auseinandersetzungen in der GLH zwischen Bunten und Grünen oder zwischen Spontis und dem Rest – wurden aber so „soft" ausgetragen, daß etliche Anwesenden ihre Verwunderung darüber ausdrückten, daß es nicht „schärfer" zuging.

Die Versammlung ging mit dem Wunsch auseinander, sich im gleichen Kreis in drei Wochen (voraussichtlich am 5.6.) wieder zu treffen. Zunächst einmal soll die allgemeine Aussprache weitergeführt werden; eventuell wird man dann zu einer Art kommunalpolitischer „Foren" zu verschiedenen Themenbereichen (Verkehr, Wohnungsnot, Ausbildungssituation usw.) übergehen.

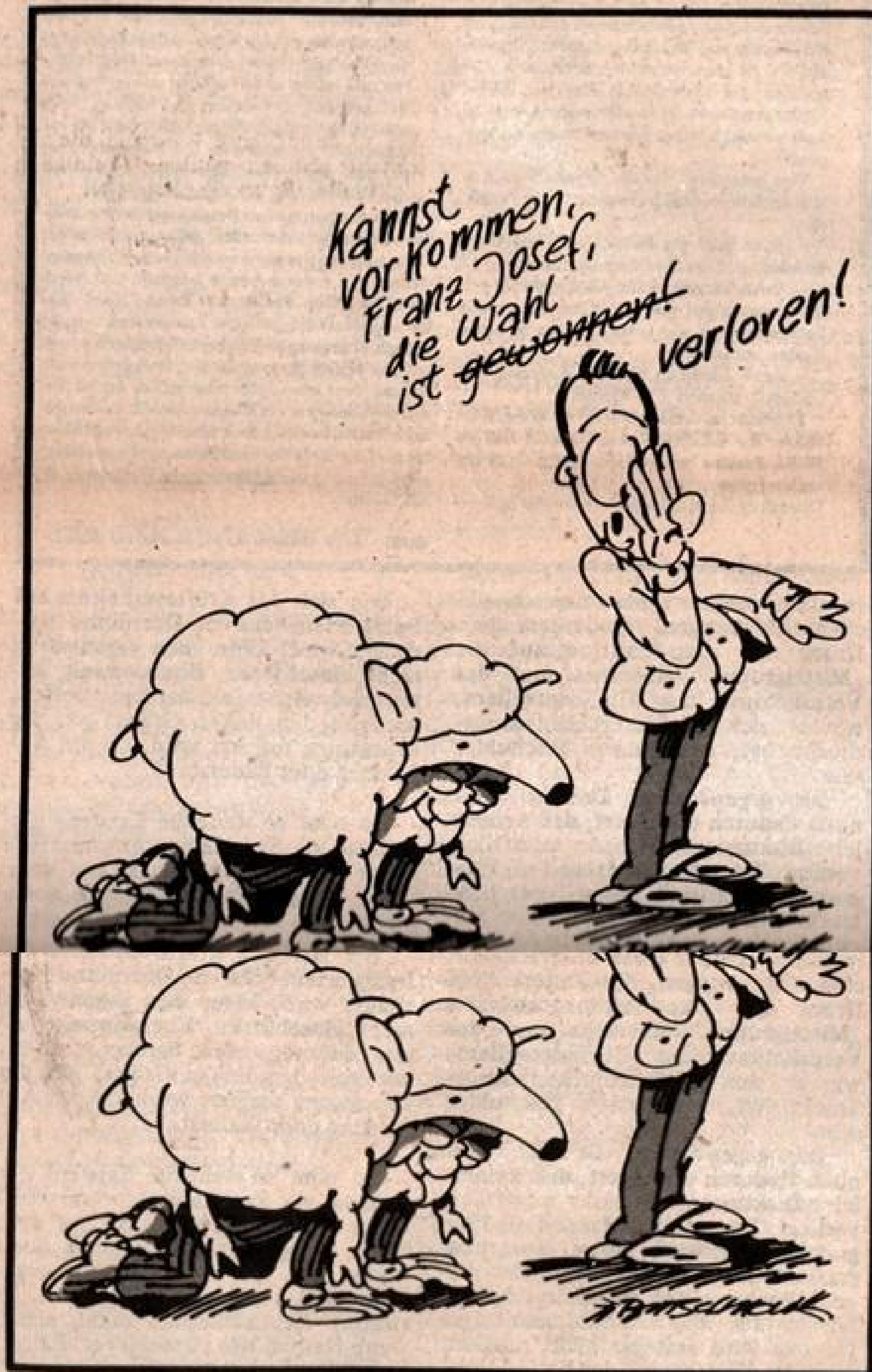
KB/Gruppe Frankfurt

Landtagswahl in NRW — Niederlage für Strauß

„Der lange Schatten Bonns" („FR", 13.5.) hat die Landtagswahl in NRW entschieden, auch die CDU kam nicht umhin, ihre „schwere Niederlage" – und damit vor allem die totale Bauchlandung ihres Kandidaten F.J.Strauß – einzugestehen. Gestritten wird unter Politikern und angewandten Sozialwissenschaftlern gegenwärtig darüber, ob damit die Bundestagswahl im Herbst schon gelaufen ist. Anfängliche Spekulationen über die Abdankung von Strauß erwiesen sich schnell als gegenstandslos: Strauß hat seinen Verein offenbar gut im Griff und konnte seine persönliche Wahlauswertung schnell vereinheitlichen: mit der Person des Kanzlerkandidaten sei z u w e n i g Politik gemacht worden, jetzt komme es darauf an, „noch härter zu kämpfen". Was darunter zu verstehen ist, hat sein Gehilfe Kohl bei der Bundestagsdebatte über die „Bremer Krawalle" am Dienstag nach der Wahl demonstriert. In dem Bemühen, es dem Großen Brüder endlich einmal recht zu machen, verstieg Kohl sich zu dem Ausruf, Willy Brandt und die SPD hätten „die Gewalt" (gemeint der militante Protest beispielsweise gegen solche Militaristenshows wie in Bremen) „in diesem Lande großgezogen" — ein Vorwurf, dem die SPD mit schneidigen Bekenntnissen zu Bundeswehr, NATO und öffentlichen Vereidigungen schnell den Boden zu entziehen verstand.

So gesehen, bewirkt der „Linksruck" der NRW-Wahl eine noch weitere Verlagerung des Bundestagswahlkampfs nach rechts. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß völlig durchgeknallte CDU-Politiker mit ihrem „neuen harten Kurs" den Sozialdemokraten immer wieder Anlässe bieten, sich als ebenso zuverlässige, nur sachlichere und weniger kopflose Schützer des „Inneren Friedens" sowie allseits respektierte Mitgestalter imperialistischer „Weltpolitik" zu profilieren.

Die FDP kann in dieser Schlacht gegenwärtig nicht mithalten. *„Wenn die Giganten aufeinanderschlagen, können wir zermalmt werden"*, interpretierte der ehemalige FDP-Fraktionschef im Düsseldorfer Landtag, Hans Koch, die Wahlniederlage seiner Partei. Für die „FR" (13.5) birgt dieses *„Debakel auch die Gefahr, daß es langfristig das Ende der sozial-liberalen Ära einleiten könnte"*. Da die FDP im Schlepptau der SPD letztlich nicht überleben kann, müsse im Interesse des Drei-Parteien-Systems eine Umorientierung der FDP in Richtung CDU vorgenommen werden, was ja von Genscher schon früher angeregt worden ist. So schnell wird das allerdings nicht machbar sein, ist aber auch nicht nötig; wie der CDU-Politologe Kaltefleiter messerscharf analysierte, ist die FDP nach der Wahlniederlage von NRW für die Bundestagswahl so gut wie gesichert: im Bewußtsein der Wähler akut gefährdet, werde sie so viele zusätzliche Stimmen erhalten, daß sie die 5%—Hürde klar überspringen könne.



Niederlage für die Grünen?

Nicht unerwartet hat sich sogleich nach der NRW-Wahl Wolf-Dieter Hasenclever, grüner Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, in der Presse warnend zu Wort gemeldet: nach der Enttäuschung von NRW sei eine Beteiligung der Grünen an der Bundestagswahl „n u r n o c h u n t e r g a n z b e s t i m m t e n B e d i n g u n g e n s i n n v o l l", erklärte er gegenüber der „FR" (13.5.).

„Dazu gehöre an erster Stelle, daß der ‚ökologische Humanismus' sich als Wahlprogramm durchsetzen müsse. Außerdem müsse sich dies personell in einer vollen Integration von grünen Wortführern wie Herbert Gruhl oder Olaf Dinné niederschlagen".

Diese und andere rechte Wortführer werden mit Hinweis auf das magere 3%-Ergebnis sicher noch persönlich ihre Ansprüche geltend machen und neue Erpressungsversuche starten. Der Landesvorstand der Grünen in NRW hat dagegen bei aller Enttäuschung doch klargestellt, daß jetzt unverzügich Vorbereitungen für die Kandidatur zum Bundestag getroffen werden müssen (vgl. Presseerklärung). Das Wahlergebnis der Grünen ist in der Tat nicht so schlecht, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Berücksichtigt werden muß, daß es anders als bei den Wahlen in Bremen, Baden-Württemberg und dem Saarland in NRW eine scharfe Polarisierung zwischen CDU und SPD gegeben hat. Erinnert werden muß an die letzte vergleichbare Landtagswahl im Herbst '78 in Hessen, bei der die GAZ — entgegen Gruhls großmäuligen Voraussagen, sicher 6% einzufahren – nicht über 0,9% der Stimmen hinauskam (GLH 1,1%).

Positiv ist auch das totale Scheitern von Fredersdorfs „Bürgerpartei" mit 0,1% zu werden — auch Fredersdorf hatte vor nicht allzu langer Zeit noch von einem 6%-Ergebnis für seinen Verein phantasiert; die rechtslastige „Grüne Partei Deutschlands" (die allerdings nur in wenigen Wahlkreisen kandidierte) kam auf ganze 78 Stimmen!

Die Grünen Wähler kommen von links

Beim Vergleich unterschiedlicher Regionen wird deutlich, daß die Grünen d o r t am besten abgeschnitten haben, wo kommunale bunte und alternative Listen kontinuierliche Vorarbeit geleistet haben:
- in Münster 5,3% (hier kam die Grüne Alternative Liste bei der Kommunalwahl am 30.9.79 auf 6%)
- in Bielefeld 4,6% (bunte Liste

Die Grünen Wähler kommen von links

Beim Vergleich unterschiedlicher Regionen wird deutlich, daß die Grünen d o r t am besten abgeschnitten haben, wo kommunale bunte und alternative Listen kontinuierliche Vorarbeit geleistet haben:
- in Münster 5,3% (hier kam die Grüne Alternative Liste bei der Kommunalwahl am 30.9.79 auf 6%)
- in Bielefeld 4,6% (bunte Liste
Bielefeld: 5,6%)
- in Köln 3,8% (Kölner Alternative: 4%)
- überdurchschnittlich waren die Ergebnisse auch in Bonn (auch hier existiert eine Alternative Grüne Liste) und in Aachen.

Die schlechtesten Ergebnisse wurden einmal in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten erzielt, in denen die CDU ihre stärksten Bastionen hat; schlecht war allerdings auch das Abschneiden in den großen Ruhrgebietsstädten (Essen, Duisburg, etc.). Mit Sicherheit ist das nicht darauf zurückzuführen, daß sich hier das Fernbleiben der grünen Sparpolitiker Gruhl und Dinné negativ ausgewirkt hätte, wie Hasenclever behauptet („FR",13.5.). Eher im Gegenteil: gerade mit Hinweis auf solche Figuren bei den Grünen ist es der SPD gelungen, die Grünen als arbeiterfeindliche Mittelstandspartei (die sie gerade in NRW nicht sind) zu verkaufen.

Nach dem 3%-Ergebnis von NRW ist jede rechnerische Chance dahin, bei den kommenden Bundeswahlen auf einen Sprung der Grünen über die 5%-Hürde zu hoffen. Die Erfolge der Grünen in Bremen und Baden-Württemberg (jeweils knapp über 5%)

Gruhl und Dinné negativ ausgewirkt hätte, wie Hasenclever behauptet („FR",13.5.). Eher im Gegenteil: gerade mit Hinweis auf solche Figuren bei den Grünen ist es der SPD gelungen, die Grünen als arbeiterfeindliche Mittelstandspartei (die sie gerade in NRW nicht sind) zu verkaufen.

Nach dem 3%-Ergebnis von NRW ist jede rechnerische Chance dahin, bei den kommenden Bundeswahlen auf einen Sprung der Grünen über die 5%-Hürde zu hoffen. Die Erfolge der Grünen in Bremen und Baden-Württemberg (jeweils knapp über 5%)
wurden d o r t erreicht, wo die Grünen schon bei der Europa-Wahl 1979 mit 4,5% ihre besten Ergebnisse hatten. Der Zugewinn gegenüber der Euro-Wahl betrug also nur 0,6 bis 0,8%. Da die Grünen bei der Euro-Wahl im Bundesdurchschnitt aber nur auf 3,2% kamen, ist offensichtlich, daß die erforderliche erhebliche Steigerung (plus 1,8% wären mindestens nötig!!) bei den Bundestagswahlen dieses Jahres u n v o r s t e l l b a r ist. Hinzu kommt, daß die Neigung, einer chancenlosen Protestpartei die Stimme zu geben, bei Bundestagswahlen deutlich geringer ist als bei Landtags- oder gar Kommunalwahlen. Die Grünen könnten es also schon als Erfolg betrachten, wenn es ihnen im Herbst gelingt, das Euro-Ergebnis halbwegs zu halten.

Die kommenden Monate werden harte Zerreißproben für die Grünen bringen: Streitigkeiten um die NRW-„Schuldfrage", Erpressungsversuche seitens der Rechten, Ausscheren prominenter Grüner zugunsten einer Wahlempfehlung für die SPD ... Diese Zerreißproben könnten sich zu einer massiven Diskreditierung der bunt/alternativen/grünen Wahlbewegung i n s g e s a m t auswachsen. Bis

nen könnten es also schon als Erfolg betrachten, wenn es ihnen im Herbst gelingt, das Euro-Ergebnis halbwegs zu halten.

Die kommenden Monate werden harte Zerreißproben für die Grünen bringen: Streitigkeiten um die NRW-„Schuldfrage", Erpressungsversuche seitens der Rechten, Ausscheren prominenter Grüner zugunsten einer Wahlempfehlung für die SPD ... Diese Zerreißproben könnten sich zu einer massiven Diskreditierung der bunt/alternativen/grünen Wahlbewegung i n s g e s a m t auswachsen. Bis
zum Bundesparteitag der Grünen im Juni dürften schon wesentliche Vorentscheidungen fallen.

Das vorläufige amtliche Endergebnis

Nordrhein-Westfalen	Landtagswahl 11. Mai 1980	Bundestagswahl 3. Oktober 1976	Landtagswahl 4. Mai 1975
Wahlberechtigte	12 316 648	12 118 533	12 035 289
Gültige Stimmen	9 866 340	10 989 562	10 262 205
Wahlbeteiligung	80,1	91,3%	86,1%
SPD	4 744 272 (48,4%)	5 153 959 (46,9%)	4 630 995 (45,1%)
CDU	4 240 284 (43,2%)	4 892 278 (44,5%)	4 828 554 (47,1%)
FDP	488 946 (4,980%)	860 331 (7,8%)	689 623 (6,7%)
Grüne	291 144 (3,0%)	—	—
DKP	30 519 (0,3%)	38 176 (0,3%)	54 777 (0,5%)

★ ★ ★

Presse-Erklärung des Landesvorstandes der Grünen NRW zum Ausgang der Landtagswahlen

Die Grünen in NRW haben in allen 151 Wahlkreisen kandidiert und knapp 300 000 Stimmen gewonnen, rund 50 000 mehr als bei der Europawahl im Vorjahr. Trotz unseres engagierten Wahlkampfes ist es uns nicht gelungen, hinreichend vielen Menschen unsere Ziele klarzumachen. Der Landtagswahlkampf stand sichtbar unter bundespolitischen Aspekten. So haben viele, die den Grünen nahestehen, aus Furcht vor Strauß noch einmal das „kleinere Übel" gewählt und der SPD zur absoluten Mehrheit verholfen. Sie haben damit aber gleichzeitig das Atomprogramm der SPD, das weitere großindustrielle Wachstum, den Abbau demokratischer Rechte und eine Politik gegen lebenswichtige Interessen der Frauen in Kauf genommen. Die hohen Verluste der CDU entlarven die Behauptung der SPD, die Grünen verhülfen Strauß zur Macht, als unredlich und irreführend. Das Problem Strauß wurde von den CDU-Anhängern selbst gelöst. Die undemokratische 5%-Sperre hat nicht nur viele potentielle Wähler der Grünen abgeschreckt, sondern insgesamt über 800 000 Wähler aus dem Landtag ausgeschlossen. Wir können sie nur überwinden, wenn Umweltschützer und engagierte Demokraten aus den anderen Parteien sowie noch mehr Nicht-Wähler zu uns stoßen, um ökologische Politik durchzusetzen. Es gibt keinen Ersatz für ökologische Politik der Grünen. Die Zustimmung unserer Wähler ermutigt und verpflichtet uns zu verstärktem Engagement und intensiver Vorbereitung der Bundestagswahl.
Der Landesvorstand

Zur Kampagne gegen A. Haußleiter

Nach dem Saarbrückener Parteitag begann parallel zur Kampagne in den Medien von Gruhl, Springmann & Co. gegen die Linkslastigkeit der Grünen eine Kampagne gegen August Haußleiter (AUD), der in Saarbrücken in den Grünen-Vorstand gewählt worden war.

Träger dieser Kampagne sind zum einen DFU-Kreise (Düsseldorfer Wochenblatt der DFU, Arno Behrisch, ehemals SPD-MdL in Bayern und DFU-Mitglied, der schon einmal Haußleiters Vergangenheit aufgriff, als dieser sich 1968 um eine gemeinsame Bundestagskandidatur u.a. mit der DFU und APO-Kreisen bemühte, s. „dvz" 4.10.68). Auch die DKP-nahe „dvz" war wieder mit von der Partie (Helmut Bausch am 3.4., Leserbrief in der „Neuen" am 20.4.), ebenso Sozialdemokraten: der „Vorwärts" (Jens Fischer am 17.4.: „Vom Braunen zum Grünen") und eine Monitor-Sendung im WDR (vom 22.4.). Auch die „Neue" und „taz" befaßten sich mit den Vorwürfen.

Was wird Haußleiter vorgeworfen?

Insgesamt geht es darum, Haußleiter wegen seiner Vergangenheit ein ehrliches Engagement für eine fortschrittliche Partei zu bestreiten; er sei *„eine mehr braun als grün schillernde Persönlichkeit"* („Vorwärts") und ein ewiger Parteigründer, der sich an mehreren extrem rechten Sammlungsbewegungen nach dem 2. Weltkrieg beteiligt habe.



Er habe im „Internationalen Biographischen Archiv" zu Protokoll gegeben, sich den „nationalen Wehrverbänden" nach dem 1. Weltkrieg zur Verteidigung *„gegen den roten Mob"* (wie es im Informationsdienst der von Haußleiter geführten „Deutschen Gemeinschaft" 1951 hieß) angeschlossen zu haben. Er sei *„Vorkämpfer der Nationalen Bewegung jener Jahre"* gewesen. Das Scheitern des Hitlerputsches (1923) habe *„den damals 18jährigen bis tief ins Herz"* getroffen, schrieb Haußleiters Partei-Info damals (s.o.). Inzwischen hat Haußleiter eine Beteiligung am Hitlerputsch und an den „Wehrverbänden" („Freikorps") bestritten.

1928 bis 1938 arbeitete Haußleiter beim „Fränkischen Kurier", wo er z.B. in Kommentaren den Krieg als „Lebenskampf" und „Daseinskampf" feierte, aber auch heftige kulturpolitische Auseinandersetzungen mit Julius Streicher gehabt habe – lt. Haußleiter.

1942 erschien in 120.000 Auflage ein von ihm redigiertes „Kriegstagebuch". Dort bezeichnet Haußleiter den Krieg als „revolutionäres" Ereignis; er feiert die Kraft der Soldaten, die im Feldzug gegen *„die entfesselte Bestialität der Bolschewiken"* stünden. (Wieso Klaus-Dieter Grün, LV der Grünen in Niedersachsen, in der „Grünen"-Zeitung vom 10.5. behauptet, dies Buch sei von den Nazis als *„geschickt getarnte Zersetzung"* angesehen worden, bleibt unbegründet.)

Wegen dieses Buches wurde Haußleiter, der als Mitbegründer der CSU in den bayerischen Landtag eingezogen war, 1947 vorübergehend sein Landtagsmandat entzogen, aber er erhielt es bald zurück, da er als „Nichtbetroffener des Entnazifizierungsgesetzes" eingestuft wurde (H. war nie Mitglied der NSDAP).

1949 gründete Haußleiter die „Deutsche Gemeinschaft". Noch 1952 bezeichnete Haußleiter in deren Informationsdienst den Nationalsozialismus als *„revolutionären gesellschaftlichen Prozeß"*, allerdings unter ausdrücklicher Abgrenzung von der NSDAP und allen, die sie wiederbeleben wollen.

Die DG ging alle möglichen Bündnisse mit Nazis, Neonazis und deren Organisationen ein; ein ähnliches Potential sammelte sich z.T. auch in der DG selbst.

Zum besseren Verständnis sei hier eingefügt, daß die DG und andere rechtsradikale Parteien ihren Einfluß seinerzeit vor allem im Potential der Vertriebenen (20 % der Bevölkerung) und der sog. „Kriegsgeneration" (Ex-Armeeangehörige und -NSDAP-Mitglieder) hatten. So saß die DG von 1950 bis 1952 im baden-württembergischen Landtag und bis 1954 im bayerischen Landtag.

Erst 1954 brachte der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) große Teile dieses Wählerpotentials in den „Bürgerblock" Adenauers ein. Während die DG und andere an der 5%-Klausel scheiterten, errang der BHE 14% der Stimmen. BHE-Führer wie die Kriegsverbrecher Asbach in Schleswig-Holstein oder Oberländer in Bayern errangen später in der CDU/CSU Amt und Würden.

Haußleiter wird u.a. vorgeworfen, daß zum Repertoire seiner DG der Kampf gegen die „Kollektiv-Schuld" gehörte: Nazi-General Ramcke habe auf einem Waffen-SS-Treffen ausgesprochen, *„was jeder Deutsche wirklich denkt"*, erklärte Haußleiter auf dem DG-Parteitag 1952. Ramcke hatte erklärt, deutsche Soldaten könnten keine Kriegsverbrecher sein, sondern *„eher jene, die die Bombardierung deutscher Städte und Dörfer veranlaßt hätten"*. Im bayerischen Landtag bezog Haußleiter fast Prügel, als er den Freispruch der beiden Münchner Gestapo-Chefs nicht verurteilen wollte. Das Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal sei *„das dümmste und infamste aller Strafgerichte gewesen"*. *„Niggerhuren"* hätten in dieser Zeit *„hoch in Ehren"* gestanden (s. „Neue", „Vorwärts").

1952, als die rechtsradikale SRP verboten wurde, soll Haußleiter erklärt haben: *„Der Nationalsozialismus ist der Volksaufstand gegen den Versailler Vertrag gewesen... Seit dem Karlsruher Urteil über die SRP gibt es keinen Rechtsstaat mehr"* (nach „Vorwärts"). Viele SRP-Funktionäre benutzten dann die DG als neue Tarnorganisation, was dazu führte, daß die DG vorübergehend in mehreren Bundesländern verboten war. In dieser Zeit wurden offen neofaschistische Töne in der DG angeschlagen. SRP-Mitglieder waren sogar im DG-Vorstand vertreten. Noch 1957 soll Haußleiter Widerstandskämpfer als „Mordbuben" bezeichnet haben. Letzteres hat Haußleiter bestritten, während er ansonsten sich

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Landesverband Hamburg der Grünen gebildet

Linke setzen sich durch

Hamburg war das letzte Bundesland, in dem noch kein Landesverband der Grünen existierte. Eine Gründung war bisher erfolgreich von rechten Kräften verzögert worden, die eine Majorisierung durch die aus der Bunten Liste kommenden Linken fürchteten.

Am 11.5. war es dann doch soweit: Man traf sich zur formalen ersten Landesversammlung und zur Wahl eines Landesvorstands (offiziell: „Landesbeistand"). Von ca. 900 eingetragenen Grünen in Hamburg waren insgesamt maximal 150 bis 200 erschienen. Unter ihnen dominierte die vollmobilisierte „Gruppe Z", die ca. 80 Anwesende stellte. Nach Verabschiedung der Satzung und formellem Gründungsbeschluß (gefaßt mit 137 : 5 : 4 Stimmen) ging es ans Vorstand-Wählen: Von den 15 gewählten Vorstandsmitgliedern gehören sechs zur abgespaltenen BuLi-Minderheit; unter ihnen der „Z"-Presseverantwortliche Ingo B. (mit der höchsten Stimmenzahl: 83) und Jürgen R. (77 Stimmen), die sich der Versammlung ausdrücklich als „Z"-Vertreter vorstellten. Von den rechten Kräften, die sich in den letzten Monaten hinter den Kulissen heftige Rangeleien mit der „Gruppe Z" geliefert hatten, wurde nur Helmut Kynast (mit lediglich 36 Stimmen) gewählt. Heinz Böhmecke (WSL), rabiater Exponent der antikommunistischen Rechten bei den Hamburger Grünen, landete mit nur 21 Stimmen im Abseits. Immerhin reichten ihm schließlich vor halbiertem Publikum ganze 12 Stimmen für die Wahl in den Bundeshauptausschuß der Grünen. Die beiden anderen Hamburger Vertreter in diesem höchsten Gremium der Grünen werden prominente Mitglieder der abgespaltenen BuLi-Minderheit sein (Günther H. und Evi H.).

Die niedrige, wenig repräsentative Beteiligung an dieser wichtigen Landesmitgliederversammlung entspricht der trostlosen Gesamtsituation bei den Hamburger Grünen: schlecht besuchte Versammlungen der Bezirksverbände, „Bocklosigkeit" der meisten Mitglieder bei Vergabe praktischer Aufgaben, seit einiger Zeit auch Rückzug von Basisinitiativen. Die gesamte Organisationsarbeit der Grünen Hamburgs wird zu rund 90 % von den aus der BuLi kommenden Linken, in erster Linie von der relativ agilen „Gruppe Z" geleistet. Insofern ist die starke Stellung dieser Linken im frischgewählten Landesvorstand nicht unverdient.

In den Grünen Hamburgs gibt es seit einiger Zeit eine diffuse – vorwiegend wohl antikommunistische, wenn auch in einzelnen Argumenten durchaus bedenkenswerte – „Opposition": Sie sieht die Gründe für die vorherrschende „Bocklosigkeit" und Apathie in den „Strukturen" der Grünen Partei. Sie sieht abgehobene Politik und mangelnde innere Demokratie am Werk. Diese „Opposition" artikulierte sich auf der Landesmitgliederversammlung am 11.5. mit ihren Struktur-Vorschlägen:

- **Wahl des Landesvorstands nicht durch eine Landesmitgliederversammlung, sondern durch Mitgliederversammlungen der Bezirksverbände.**
- **Öffentliche „Bürgerversammlungen" für die Aufstellung der Bundestags-Kandidaten.**
- **Öffentlichkeit aller Gremiensitzungen.**
- **Der Landesvorstand soll Beschlüsse nur einstimmig, zumindest nur bei Zweidrittel-Mehrheit fassen können.**

Alle diese Anträge fielen mit klarer Mehrheit durch. Vor allem die glänzend aufgelegten Chefrethoriker der „Gruppe Z" malten für den Fall einer stärkeren Demokratisierung der Hamburger Grünen Chaos und KB-Unterwanderung an die Wand. Dies zugkräftige Argument schien schließlich auch vielen rechteren Grünen einleuchtend.

Noch eine Randbemerkung: Kenner der Szene konnten auf der Hamburger Landesversammlung die Beobachtung machen, daß die „Gruppe Z" inzwischen wirklich mit Mann und Maus in die Grünen eingetreten ist: Erstmals weilte für kurze Zeit unter den Anwesenden sogar der Genosse Wi., als Graue Eminenz der „Gruppe Z" selten in der Öffentlichkeit anzutreffen; er ließ sich – für alle Fälle – seine Stimmkarte aushändigen und entfernte sich erst wieder, nachdem er sich persönlich davon überzeugt hatte, daß „alles unter Kontrolle" war.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

für den „Tonfall" und die Sprache jener Zeit entschuldigt hat, aber auch erklärte, man habe die Zitate aus

für Wiederaufrüstung, für Notstandsverfassung, für Restauration des Kapitalismus und seiner Gesellschaftsordnung und für Extremisten-Er-

Fortsetzung von der vorherigen Seite

für den „Tonfall" und die Sprache jener Zeit entschuldigt hat, aber auch erklärte, man habe die Zitate „aus dem Zusammenhang gerissen" bzw. nicht deutlich gemacht, daß er immer Vertreter des „3. Weges" gewesen sei, für Neutralität Deutschlands und gegen Wiederaufrüstung. Außerdem habe man diejenigen, die mit den Neonazis zusammengehen wollten, ausgeschlossen. Tatsächlich wurden etwa DG-Vorstandsmitglieder in Baden-Württemberg ausgeschlossen, als sie Wahlbündnisse mit der DRP suchten, während Haußleiter selbst noch 1965 mit Thaddens NPD Wahlabsprachen gesucht hatte (heute Zentralfigur der „NSDAP"-Szene). Der Neonazi Schönborn baute damals zusammen mit Opitz einen Westberliner Landesverband der DG auf. Schönborn wurde später nach einem Prozeß ausgeschlossen; Opitz ging von der DG zur AUD, verließ diese später und arbeitete bei der neonazistischen Zeitung „Mut" mit. **Ausgerechnet Opitz trat jetzt in der Monitor-Sendung als „Kronzeuge" gegen Haußleiters Vergangenheit auf!** (Zu Opitz s. auch die Zeitung „Grünen", vom 10.5.80.)

Erst in den 60er Jahren ging die DG und später AUD schrittweise nach links und bezeichnete sich dann als „Teil der APO".

Eine scheinheilige Kampagne

Nun hat Haußleiter sich nur z.T. von dieser vergangenen Tätigkeit distanziert und hat sogar die „Kontinuität" seiner Anschauungen betont. Auf der anderen Seite ist die Absicht dieser Kampagne, der derzeitigen Integrationsfigur bei der Grünen Partei mit seiner Vergangenheit zu schaden und damit die Grünen insgesamt zu diskreditieren, allzu durchsichtig. Haußleiter hat natürlich in Bezug auf die SPD vollkommen recht, wenn er (in einer Presseerklärung vom 3.5.) erklärt: *„Wer vor 1945 im Deutschen Reichstag dem Ermächtigungsgesetz für Adolf Hitler und damit der Ausschaltung des Parlamentes zustimmte, oder wer vor 1945 Mitglied der NSDAP war, kann heute die höchsten Stellungen im Staate einnehmen, wenn er nur nach 1945 für Wiederaufrüstung, für Notstandsverfassung, für Restauration des Kapitalismus und seiner Gesellschaftsordnung und für Extremisten-Erlasse eintrat".*

Im AK haben wir uns schon seit 1976 mit der politischen Entwicklung der AUD und auch deren Vergangenheit auseinandergesetzt (s. zahlreiche AK-Veröffentlichungen dazu).

Wir haben bei den Grünen und auch manchem Linken (insbesondere „taz") die Erfahrung machen müssen, daß wir angegiftet wurden, wenn wir aktuelle rechtsradikale Umtriebe und Tendenzen bei den Grünen aufzeigten. In NRW wurden wir sogar in einem Grünen-Rundschreiben deshalb „faschistischer Methoden" bezichtigt. Anders allerdings sah es in NRW bei den Angriffen auf A. Haußleiter aus: Auf einem Treffen von Kreisverbandsvertretern am 30.4. sprach sich die Mehrheit dafür aus, daß Haußleiter sein Vorstandsmandat erst einmal „ruhen" lassen solle. Auf der anschließenden Vorstandssitzung des Grünen Bundesvorstandes sprach sich dieser fast einstimmig für Haußleiter aus. Die Delegierten der NRW-Kreisverbände waren bereit, dies zu akzeptieren. Haußleiter sagte zu, gegen die Vorwürfe Stellung zu nehmen.

Immerhin wurde durch die Kampagne gegen Haußleiter erreicht, daß er praktisch überhaupt nicht – wie ursprünglich geplant – im NRW-Wahlkampf in Erscheinung treten konnte. Sollte Haußleiter den kommenden Dortmunder Parteitag der Grünen heil überstehen, ist sicher damit zu rechnen, daß im Bundestagswahlkampf die konzertierte Kampagne gegen Haußleiter verstärkt und z.T. mit neuen Vorwürfen wieder aufleben wird. Diese Überlegung hat auch linke Kreise, die ursprünglich am Erhalt Haußleiters als Integrationsfigur interessiert waren, dazu veranlaßt, einen „Abschuß" Haußleiters ins Auge zu fassen. Zu allem kommt hinzu, daß Haußleiter sich wahrscheinlich seit Saarbrücken eher zwischen die Stühle gesetzt hat (auch Gruhl & Co. greifen ihn jetzt scharf an), statt wie erhofft als versöhnender Geist über den Wassern zu schweben.

Jan Peters: Grünbraune Zusammenarbeit in Rh-Pfalz

In Rheinland-Pfalz arbeiten seit Oktober 78 Ökologisten, „Nationalrevolutionäre" und „Nationaldemokraten" zusammen.

1978 brachte die NPD-Jugendorganisation **„Junge Nationaldemokraten" (JN) ihr „Ökologisches Manifest"** heraus, das seit November 78 von der NPD insgesamt übernommen wurde.

Ebenfalls 1978 bildete sich die **„nationalrevolutionäre" „Grüne Zelle Koblenz" mit ihrer Zeitschrift „Grüne Fahne". Wie die „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation – Sache des Volkes" (NRAO)** tritt sie für *„Ethnopluralismus, Befreiungsnationalismus, Genossenschaftssozialismus und ein ökologisches Verständnis"* ein. Die gleichen zentralen Parolen finden sich in dem Mitteilungsblatt **„Junge Stimme" der JN dieses Bundeslandes,** die unter der Überschrift „Kämpft für die Wiedervereinigung Deutschlands" von einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „Die Grünen stellen sich" berichtete. Bei dieser Diskussion machte die JN „deutlich(..), daß sie sich als Speerspitze innerhalb der ökologischen Bewegung versteht". Diese Veranstaltung der „Grünen Zelle Koblenz" fand am 3.3.80 in den koblenzer „Rot-Weiß-Stuben" mit Vertretern der **GAZ, AUD, GLU (Hessen),** der NPD-nahen **„Arbeitsgemeinschaft für demokratische Neuordnung" (AGDE)** und mit dem **stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Helmut Schmitz** statt. Diskussionsleiter war **Siegfried Bublies,** Schriftleiter des Magazins **„Wir selbst –Zeitschrift für nationale Identität",** das der NRAO nahesteht und wie diese für ein Bündnis von Ökologisten, „Nationalrevolutionäre" und Kommunisten stalinistischer Couleur eintritt *(siehe Anmerkung).* Dieses Blatt wurde übrigens erst unlängst in der „tageszeitung" (taz) positiv besprochen. Weitere Podiumsdiskussionen dieser Art sollen stattgefunden haben.

Am 15.10.78 konstituierte sich in Lahnstein der „Landeskoordinationsausschuß" des Troisdorfer Umwelttreffens. Laut **„Volk und Umwelt"** (1+2/79) arbeiten seitdem Vertreter der AUD, der GAZ und der JN mit anderen teilweise rechtsextremen Gruppen wie dem **„5%-Block"** oder der NPD-nahen **„Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung"(VVV)** zusammen. Eine interessante Rolle spielt dabei der Altfunktionär des **„Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL), Dr. M.O. Bruker,** der in diesem Landeskoordinations-Ausschuß sitzt, Leitartikel für die „natio-

„Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL), Dr. M.O. Bruker, der in diesem Landeskoordinations-Ausschuß sitzt, Leitartikel für die „natio-

nalrevolutionäre" „Grüne Fahne" schreibt und als Sprecher der **„Wählergemeinschaft Grüne Liste Rheinland-Pfalz"** am 3.3.80 bei der erwähnten Podiumsdiskussion in Koblenz auftrat. Diese „Grüne Liste" bildete sich erst, als im Landkreis Lahnstein seine zu offensichtliche Zusammenarbeit mit der NPD bekannt wurde. Die NPD bildete übrigens ebenfalls in Koblenz, unter maßgeblicher JN-Beteiligung, eine **„NPD-Grüne Liste",** die bei den letzten Landtagswahlen dort 0,7% der Stimmen erhielt.

Die Übereinstimmung der zentralen Parolen zwischen NRAO und JN lassen darauf schließen, daß die „Nationalrevolutionäre", die sich 1973 von der NPD abspalteten, diese Partei unterwandern und ihr eine neue Orientierung geben. Im Unterschied zu den antisemitischen Hitleristen treten sie kaum antijüdisch auf und sind stärker an der Volksgemeinschaftsideologie des „Deutschen Solidarismus (Sozialismus)" des Strasser-Flügels der NSDAP und dem Mussolini-Faschismus orientiert. Sie verkaufen ihren völkischen Nationalismus als „Ethnopluralismus" und sind für eine antiindustrielle, ständestaatlich aufgebaute, autoritäre Gesellschaftsordnung mit ökologischer Askese. **Wolfgang Strauß,** einer der intellektuellen Wortführer der NRAO, ist Schriftleiter der **„Reichsarbeiterzeitung"** der rechtsextremen **„Unabhängigen Arbeiterpartei" (UAP)** und zugleich Schulungsreferent der „Jungen Nationaldemokraten". Auf dem JN-Kongreß in Nordrhein-westfalen hielt er im Herbst 79 ein vielbeachtetes Referat, in dem er die „nationalrevolutionären" Parolen erläuterte. Der NRAO-Aktivist **Karl Philipp** wurde vor einigen Monaten in Hessen Landesvorsitzender der NPD. Man könnte weitere Beispiele anführen. Ziel der „Nationalrevolutionäre" ist es, den anitsemitischen Kurs der NPD abzuschwächen, sie als Umweltpartei aufzubauen und bündnisfähig für national-konservative Grüne und vaterländische Kommunisten („Maoisten") zu machen *(siehe Anmerkung).*

Während der Verfassungsschutzbericht die „Nationalrevolutionäre" kaum noch erwähnt, schreibt der besser informierte hessische Rundfunk-Journalist Siegfried Kurtschinski in seinem Report „Revolten von rechts" (in „Neofaschismus – Die Rechten im Aufwind", SPV 1979) über die „nationalrevolutionären Basisgruppen" der „Sache des Volkes" oder ihr nahestehender Tendenzen, daß sie *„nach eigenen Angaben mehr als einhundert bundesrepublikanische Stützpunkte"* haben. *„Selbst der Verfassungsschutz hat davon bisher nur wenige ausgemacht. Insgesamt kann man mit ca. 1000, allerdings sehr militanten Mitgliedern rechnen. Die nationalrevolutionären Basisgruppen sind wahrscheinlich die gefährlichsten Rechtsradikalen. Es handelt sich hierbei nicht nur um tölpelhafte Waffenfetischisten, sondern ihr Konzept basiert auf Verschwörung, ihre Sprache klingt nach linkem Theorie-Slang, und vor allem wissen Öffentlichkeit und Verfassungsschutz nicht, wie und wo sie vorgehen".* Kurtschinski muß es wissen, war er doch neun Monate – unerkannt – bei der NRAO organisiert.

„Die Grünen" werden sich zu der rheinpfälzischen Bündniskonstellation äußern müssen. Immerhin stellen GAZ, AUD und GLU einen Teil des Funktionärskörpers der neuen Partei!

* * *

Anmerkung: Mit den „Kommunisten stalinistischer Couleur" bzw. den „vaterländischen Kommunisten (Maoisten)" dürften konkret „KPD"-Reste und die „Marxisten-Leninisten Deutschlands" bzw. ähnliche sich als „Marxisten" oder „Kommunisten" kostümierende Provokateure gemeint sein. – Antifa-Kommission KB/Hamburg

Jan Peters

Rechtsextremisten

als Umweltschützer

Die „Freunde der Erde" (Westberlin) haben eine Broschüre zur schnellen Information über **„Rechtsextremisten als Umweltschützer"** herausgebracht. Eingeleitet durch zwei Überblicksaufsätze (von Jan Peters und O. Rammstedt) sind – für alle, die's nicht glauben wollen – einige aktuelle Beispiele braun-grüner Propaganda als Dokumente abgedruckt.

Bezugsadresse:

Freunde der Erde
D. Witt
Burgemeisterstr. 74 a
1000 Berlin 42

DM 2,60
(beim Kauf im Laden: 2,– DM)

Immer mehr Repressionen gegen Strauß-Gegner!

Geldstrafe wegen „SS"

Am 2.5. stand in Hamburg Ina R. vor dem Richter. Sie war verantwortlich für ein Flugblatt der KPD/ML. Strauß hatte sich wieder mal beleidigt gefühlt, da dort sein Name mit „SS" geschrieben worden war. Frau R. erklärte vor Gericht, daß das keine SS-Runen, sondern Blitze seien, wie sie sich auch an Hochspannungsmasten befinden. Die bedeuten „Hochspannung" und „Gefahr". Der Richter aber war anderer Ansicht und verdonnerte die Angeklagte zu 800 DM Geldstrafe.

* * *

Steckbrief gegen Anti-Strauß-Plakette

Das Amtsgericht Darmstadt hat unter Aktenzeichen 25 Gs 817/79 einen Beschluß zum Verbot einer Anti-Strauß-Plakette erlassen: „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauß", wobei Strauß am Ende mit zwei niedergehenden Blitzen, die wiederum Ähnlichkeit mit SS-Runen haben könnten, geschrieben wird. Dieser Beschluß liegt nunmehr allen Darmstädter Polizeirevieren vor, nebst einer Fotokopie des Beweisstückes.

Mitte April wurde ein Darmstädter Strauß-Gegner zu DM 300 (auf 2 Jahre Bewährung) verurteilt und zwar mit derselben Begründung wie im „Steckbrief" des Amtsgerichts: §86a StGB, d.h. öffentliche Verwendung von Kennzeichen ehemaliger Nazi-Organisationen! Nun ist es ja schon ein reichlich makabrer Vorgang, wenn dieser § 86a, der einst gegen Nazis gemacht wurde, inzwischen mehr und mehr gegen Antifaschisten verwendet wird; es kommt aber noch dicker: der Verurteilte trug gar nicht die indizierte Plakette, sondern eine mit gleichem Wortlaut, jedoch Strauß ganz artig mit „ß" geschrieben. Nun sind wir gespannt, was bei seiner Beschwerde herauskommt.

* * *

Unirektor verbot „Rock gegen Rechts" - Veranstaltung

Stuttgart, 20.4.: Weil auf den Plakaten für eine RgR-Veranstaltung in der Uni Stuttgart „Stoppt Strauß" zu lesen war, entzog der Rektor die Räume, denn dies bedeute „eine eindeutige parteipolitische Aussage", die in der „Vorwahlzeit" an der Uni nicht zugelassen werden dürfe. Nach Auskunft der Veranstalter wurde allerdings eine Dregger-Veranstaltung des RCDS, ebenfalls in der Vorwahlzeit, ohne weiteres genehmigt! Man habe sich 3 Monate lang vergeblich um einen geeigneten städtischen Raum bemüht; für die NPD stand dagegen in kürzester Zeit einer zur Verfügung (nach „taz", 21.4.)

* * *

Streit um Strauß-Karikatur

Die Auseinandersetzungen um die Karikatur am Giebel einer Scheune im Landkreis Ansbach, die den CSU-Vorsitzenden als „bösen Wolf" darstellt, der vom Rotkäppchen gefragt wird, warum er „ein so großes Maul" habe, gehen weiter. Der Besitzer der Scheune wartet nach einer Mitteilung des SPD-Landtagsabgeordneten Langenberger noch immer darauf, daß sein Widerspruch gegen eine vom Landratsamt Ansbach angeordnete Beseitigung der Karikatur entschieden wird. Innenminister Tandler hat in der Antwort auf eine Anfrage Langenbergers erklärt, die Karikatur sei in ihrem Inhalt beleidigend und daher auch nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Langenberger ist da anderer Meinung („SZ", 3.5.)

* * *

Raum-Politik der CSU

München („SZ", 17.4. und „UZ", 18.4.): Über ihre vielschichtigen Verbindungen übt die CSU starken Druck auf die Initiative „Rock gegen Rechts" aus, insbesondere, wenn Veranstaltungen der Initiative sich das Ziel „Stoppt Strauß" setzen. Ein CSU-Abgeordneter im Münchener Landtag forderte in 2 Briefen an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand Heinrich Traublinger und an den Vorsitzenden der Jungen Union (JU) München Max Heilmeier, „dem linksradikalen Treiben entgegenzutreten". Die JU solle gegen Auftritte der RgR-Initiative demonstrieren und Stadtrat Traubinger solle unverzüglich mit dem Gaststättenverband in Verbindung treten, damit linkslastigen Gruppen keine Gasträume zur Verfügung gestellt werden. Der RgR-Initiative wurde für eine Veranstaltung im April im Zusammenhang mit diesen CSU-Machenschaften der Circus-Krone-Bau wieder entzogen und ebenso der „Löwenbräukeller".

* * *

Senator will Schüler stoppen

Hamburg: Schulsenator Joist Grolle (SPD) möchte die Anti-Strauß-Aktivitäten der Hamburger Schülerkammer verhindern. In einem Mitte April bei der Kammer eingegangenen Brief „warnt" er die Schüler, daß Anti-Strauß-Initiativen die im Hamburger Schulverfassungsgesetz verankerten Aufgaben der Schülerkammer eindeutig überschritten und droht mit Entzug der finanziellen Mittel („HA" und „MoPo",11.4.).

* * *

Wieder Unterrichtsausschluß wegen Anti-Strauß-Plakette

Regensburg (dpa, „SZ"): Erneut sind an einem Regensburger Gymnasium 2 Schüler für 6 Tage vom Unterricht ausgeschlossen worden, nachdem sie sich geweigert hatten, ihre „Stoppt Strauß"-Plaketten während des Unterrichts abzunehmen. Begründung der Schulleitung: die Schulordnung verbiete politische Betätigung in der Schule. Die beiden Schüler wollen Widerspruch gegen diese Maßnahme einlegen.

IKAH

* * *



aus: „Karikatur gegen Rechts", Elefanten-Press

Aufruf

Liebe Leser! Bitte sendet dem IKAH Nachrichten und Material über solche und ähnliche Fälle, damit wir sie veröffentlichen können. Uns sind mehrere laufende Verfahren „zu Ohren gekommen", die sich auf Strauß-Plaketten beziehen, vornehmlich wegen „Beleidigung". Dem Strauß wohlgesonnene Polizisten und Staatsanwälte nehmen oft schon von sich aus, ohne direkten Auftrag ihres Herrn und Meisters, Beschlagnahmungen vor und leiten Verfahren ein. Deshalb: Macht den Plaketten-Streit öffentlich!
Unsere Adresse:

IKAH
c/o B. Schulz
Steenmoor 15
2000 Hamburg 70

Pressedienst Demokratische Initiative:

Anti-Strauß-Kampf ohne Abgrenzung führen!

Der neuste Informationsbrief des linkssozialdemokratischen „Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) kommt angesichts der Strauß-Kandidatur und der Gefahren der CDU/CSU-Politik zu dem Schluß, es sei falsch, hierin nur eine Bedrohung zu sehen. *„Die Demokraten, die sich der Gefahr einer Strauß-Wahl bewußt sind, müssen auch die Chancen erkennen, die diese Kandidatur ihnen bietet, d.h. sie müssen von der Defensive zur Offensive übergehen. Die Auseinandersetzung mit dem Unionskandidaten Strauß muß die republikanischen Kräfte zu einer Ausweitung dieser Auseinandersetzung mit dem gesamten Rechtsblock und dessen Politik aktivieren."* Im Sinne dieses „republikanischen Geistes" heißt es weiter: *„Es soll hier keinem politischen Eintopf das Wort gesprochen und auch nicht vorgegaukelt werden, daß zwischen den Gegnern des Rechtsblocks nicht auch die verschiedensten Meinungsunterschiede bestehen.* **Doch es darf nicht dazu kommen, daß die Abgrenzungen wichtiger werden als die gemeinsame Aufgabe, einen Rechtsruck zu verhindern. Notwendig ist, daß in der Auseinandersetzung mit Strauß unterschiedliche Auffassungen in anderen Fragen zurückgestellt werden und gegenseitige Toleranz aufgebracht wird"** („Berichte, Argumente und Dokumente zur Bundestagswahl '80, 9/1.5.80).

Hamburg: Anti-Strauß-Workshop

Am 25.4. - 27.4. fand in der Hamburger Kunsthochschule ein Anti-Strauß-Workshop verschiedenster linker und alternativer ‚Kulturarbeiter' statt. Eingeladen hatte der „Freundeskreis Würgegriff", dem die Meisterschaftsvorbereitungen für den „Würger vom Chiemgau" besonders am Herzen liegen. Grafiker, Plakatkünstler- und Gruppen, Theatergruppen und Kabarettisten sowie Musiker aus dem gesamten Bundesgebiet nutzten die gebotenen Möglichkeiten, ihre Arbeiten vorzustellen und Ansätze gemeinsamer kultureller Arbeit gegen „den Kandidaten" zu entwickeln. Aus dem grafischen Bereich vertreten waren: Manfred Spies (Düsseldorf), Werkhaus (Hamburg), Friedel Deventer, Maya (Kassel), Ernst Volland, G. Jula Dech (W.-Berlin), WOB-W. Blaschka (München) u.a. An Theatergruppen: Hamburger Schauspielstudio, Blinkfuer, Ratte und Schmeißfliege (Hamburg), Wolfgang Schulz (Würzburg), Roter Wecker (München). An Musikern: Abi Wallenstein und Sessiongroup, Alcatraz, Minas Tirith, Elbspeelers, Achim & Trotzrock, Hamburger Straßentheater, Duo Z (Hamburg), Kaltwetterfront (Hannover), sowie div. Einzelpersonen und Gruppen, Verleger und Presse.

Knapp eine Woche vorher konnte man sich in der Aula der Kunsthochschule über die eingesandten Arbeiten in einer Ausstellung informieren. Der Wochenend-Workshop begann am Freitag vor ca. 150 Leuten mit dem ‚Hamburger Schauspielstudio' und ihrem Stück: ‚Und niemand ist aufgewacht', sowie Arie Goral zum Thema H. Heine und A. Paul Weber. Musikalische Begleitung kam von der Sinti-Zigeuner-Gruppe ‚Duo-Z'. Zur gleichen Zeit war eine Gruppe Grafiker damit beschäftigt, die Großflächenplakate von Manfred Spies herzustellen, die einen Tag später in der ABC-Straße (Nähe Gänsemarkt) auf eigens dafür angemieteten Werbeflächen geklebt wurden. Spies ist für seine nunmehr über 300 Plakatwand-Einsätze bundesweit bekannt geworden. Er arbeitet mit dem Medium der Großfläche zum einen aus Kostengründen (die Vorlagen können selbst erstellt werden, eine 3,50 m lange Plakatwand kostet bei 1-jähriger Mietdauer pro Tag 6 DM), zum anderen verspricht er sich hiervon eine größere Wirkung auf den Betrachter. In der Regel begleitet er seine Aktionen mit Cassetten-Interviews. Am Abend gab's in der Kunsthochschule eine große Sause, bei der ca. 2500 - 3000 Leute feierten, sich die Theatervorstellungen, Büchertische oder die Ausstellung ansehen konnten. Über das Fest wurden auch die bis dahin recht hoch angelaufenen Kosten abgedeckt. Am Sonntag gab's ein Sekt-Frühstück, und die Grafiker und Plakatkünstler nutzten die noch verbleibende Zeit zu Diskussionen der ausgestellten Arbeiten und zur Frage der Weiterarbeit.

Es braucht hier nicht verschwiegen zu werden, daß die kollektive Zusammenarbeit unter Künstlern ein ‚eigen Ding' ist. Vom allgemeinen ideologischen Kunstverständnis auf individuelles Schaffen programmiert, in der eigenen praktischen Arbeit (zumal wenn man davon leben will) meist auch dazu gezwungen, ist eine gemeinsame Arbeit ohne ideologische Scheuklappen die Abweichung von der Regel. Anhand der Plakat-Aktion von Spies entwickelten sich die schärfsten Widersprüche unter den Künstlern, bis hin zur persönlichen Beleidigung – sie war zugleich aber auch Ansatzpunkt kollektiver Diskussion, Erstellung und Aktion. Des anderen Bereitschaft und seine Arbeit unvoreingenommen zu akzeptieren und zunächst anzuerkennen, bevor auch harte Kritik geübt wird, die Notwendigkeit, hier besonders sensibel miteinander umzugehen – dieses Verständnis ist eben noch stark unterentwickelt.

Über Erfolg und Mißerfolg, über die Diskussion der aufgetretenen Widersprüche sowie über Fragen der Weiterarbeit soll nun ein Katalog oder sogar ein Buch erstellt werden.

„Falscher Fuffziger", Postkarte, zu beziehen über ‚Werk haus', Hamburg



Naives und Nachdenkliches über Niko Hübner und die FDP

Nanu, das is ja'n Ei... Ich lege mein Frühstücksbrötchen für einen Augenblick beiseite, um noch einmal in der Morgenzeitung nachzulesen:

„Der aus der DDR stammende Niko Hübner und seine Frau haben bei der Berliner FDP im Bezirk Spandau Aufnahmeanträge gestellt" („Tagesspiegel"/Westberlin, 15.4.).

Hübner..., Hübner..., das ist doch der, der in der DDR wegen angeblicher Agententätigkeit eingesessen hat? Ach nee, das war ja der Bahro. Hübner, das ist der, der in der DDR wegen Kriegsdienstverweigerung im Knast gesessen hat, im letzten Herbst gleichzeitig mit Bahro in den freien Westen abgeschoben wurde und hier der erstaunten Öffentlichkeit als erstes offenbarte, er sei zur Verteidigung der Freiheit auch zum Dienst bei der Bundeswehr bereit.

Ja, und dann wurde er rumgereicht, immer zusammen mit diesem smarten Herrn Mleczkowski von der „Arbeitsgemeinschaft für Menschenrechte", von Pressekonferenz zu Pressekonferenz, von Springer zu Löwenthals ZDF-Magazin: Von dem Kommunisten Bahro distanziere er sich; er sei „westlicher Demokrat", keinesfalls Pazifist, sondern ein rechter Mann der „rechten Mitte". Dafür wurde ihm als „hervorragendem Vorbild für die junge Generation" von Strauß der Konrad-Adenauer-Preis der Deutschlandstiftung zusammen mit einem Scheck über DM 10.000 in die Hand gedrückt. Dann war es etwas stiller um ihn geworden: ein bißchen juristischer Krach mit dem „Stern", der ihn als „verkrachte Existenz" bezeichnet hatte, ein Auftritt als Kronzeuge eines „Antikommunistischen Tages" in einer Westberliner Berufsschule, aber nix Spektakuläres.

Und nun will Hübner der FDP beitreten! Ist das seinen früheren Freunden gegenüber nicht recht undankbar? Kopfschüttelnd lese ich weiter: *„Zusammen mit dem aus Thüringen ausgebürgerten Schriftsteller Faust will er am 17. April im ICC auf einer Veranstaltung der Jungen Liberalen* (im letzten Jahr ohne offiziellen Parteisegen, aber mit Wohlwollen der FDP-Rechten gegründeter rechter Konkurrenzverein zu den Judos), *an der auch der FDP-Abgeordnete und ehemalige Berliner Bürgermeister und Justizsenator Oxfort sowie der FDP-Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Baetge teilnehmen, seinen Beitritt in die FDP begründen".*

Ganz schön großer Bahnhof für einen Parteieintritt. Ob dem Hübner der Rummel des letzten Herbstes fehlt? Damals hatte er eigentlich eher den Eindruck eines gut vermarkteten Würstchens als eines Showmasters gemacht. Oder braucht er für seinen parteipolitischen Neuanfang eine ebenso repräsentative Kulisse wie sie Bahro, sein ungeliebter Leidensgenosse, bei den Grünen hatte? Aber Publicity-Neid, das kann doch wohl nicht der alleinige Grund sein? Und vor allem: Was will er denn in der FDP, wo er sich bei Springer, Löwenthal und seinen christdemokratischen Freunden doch recht gut eingelebt zu haben schien?

Genauso dieser Faust. Vor noch nicht allzu langer Zeit hatte er gemeinsam mit Frau Buber-Neumann, Matthias Walden und Gerhard Löwenthal auf einer Veranstaltung des rechtsradikalen Bund Freies Deutschland gegen das „Schweigen der Berliner SPD zu den Menschenrechtsverletzungen in den Ostblockstaaten" agitiert und das „Haus Springer" mit vielen warmen Worten bedacht. Warum also dieser Übertritt zu einer Partei, bei der Hübner sich selbst nicht einmal so recht heimisch zu fühlen scheint: *„Hübner teilte weiter mit, er und Faust hätten in einem Telegramm an den FDP-Bundesvorsitzenden Genscher appelliert, ‚dem antiliberalen Treiben bestimmter Kreise des Berliner Landesvorstandes der FDP Einhalt zu gebieten'* " (Tagesspiegel, 15.4.).

Verwirrt mache ich mich auf den Weg zur Arbeit. Wenn man vom Teufel spricht...: Im Eingang des U-Bahnhofs hängt noch ein altes Plakat der „Reformgruppe" (CDU-nahe Studentenorganisation), das sie damals anläßlich der Verhaftung Niko Hübners geklebt hatten. Unten im U-Bahnhof hängen weitere Plakate. Ich sehe genauer hin — die Plakate sind n e u. „Die Jungen Liberalen laden ein zu einer Veranstaltung im ICC..." Ansonsten gleiche Aufmachung, gleiches Foto, gleiche Farbe, gleiches Layout wie die alten Plakate der „Reformgruppe".

Was soll man davon halten: Da macht die CDU, sogar Strauß persönlich, der FDP in der letzten Zeit fortwährend Angebote zu einer engeren Zusammenarbeit, zu einer Koalition nach den Bundestagswahlen, und die FDP dankt dies, indem sie der CDU/CSU ihren Schützling Hübner ausspannt, spektakuläre Veranstaltungen mit ihm durchzieht und obendrein noch die Plakate klaut!

Oder — sollte dies etwa bereits der Beginn einer angestrebten Zusammenarbeit sein: mit den FDP-Rechten gegen den sozialliberalen FDP-Flügel? Und Hübner gar kein Neuliberaler, sondern — nur doch — Agent der CDU/CSU...?

Ein besorgter Mitarbeiter des Kuratoriums „Fairplay im Bundestagswahlkampf"

Neue Provokationen der CDU/CSU

DGB-Führung kuscht weiter

„Wäre Strauß ein NPD-Mann, dann würde man vielleicht volle Front machen. Da er aber erwiesenermaßen 60 Prozent der Wähler in Bayern auf die Beine bringt, muß man natürlich entscheiden, wenn ein Verband da überhaupt etwas zu entscheiden hat, wie sich die Haltung des Verbandes in Versöhnlichkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber der ganzen Gesellschaft auswirkt."

Mit diesen Worten beantwortete der DGB-Vorsitzende H.O.Vetter die in einem Interview der „Welt" vom 21. Mai 1979 gestellte Frage danach, ob die DGB-Gewerkschaften die mögliche Kanzlerkandidatur von FJS tolerieren oder bekämpfen würden. Vor ziemlich genau einem Jahr, wenige Wochen vor Straußens Machtübernahme in der Gesamt-Union, signalisierte Vetter also schon in einer Springer-Zeitung den Kurs, der nunmehr als totale Anpassung an den Gewerkschaftsfeind Nummer eins immer unerträglicher wird.

Vetter hielt es für *„dummes Zeug"*, daß Strauß *„mit einem Rundschlag alles über Bord kippt, was für uns gewissermaßen heilig ist"*. Strauß lieferte nunmehr einen erneuten Beweis dafür, daß er vor absolut nichts zurückschreckt.

Griff in die Streikkasse anvisiert

Ausgerechnet die Debatte um ein Gesetz zur Eindämmung der – bislang völlig legalen – Steuerhinterziehung durch multinationale und andere Großkonzerne nutzte der bayerische Finanzminister Max Streibl (CSU) zu einem unglaublich dreisten Angriff auf die Finanzen der Gewerkschaften.

Der von Bundesfinanzminister Matthöfer vorgelegte Gesetzentwurf sollte die Praxis von Großkonzernen unterbinden, die ihren Tochtergesellschaften statt des erforderlichen Eigenkapitals Kredite gewähren und sich dafür sogenannte *„gewinnabhängige"* Zinsen, in Wahrheit verdeckte Gewinne, zahlen lassen. Auf diese Weise sparen sowohl Mutterkonzern wie auch Tochtergesellschaft riesige Steuersummen, dem Fiskus gehen jährlich Milliarden Mark verloren.

Strauß-Intimus Streibl will nun über den Bundesrat erreichen, daß auch *„gewinnunabhängige"* Zinsen von dem geplanten Gesetz erfaßt werden. Auf diese Weise wäre ein Zugriff auf das bei der „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG" festgelegte Vermögen der Gewerkschaften möglich. Der DGB hat in dieses Gewerkschaftsunternehmen rund eine Milliarde als Darlehen eingebracht und erhält dafür 12 Prozent Zinsen, steuerfrei. Die Streibl-Initiative würde die Gewerkschaften jährlich 50 Millionen Mark kosten. Für die SPD wiederum war der CSU-Vorstoß Anlaß anzudeuten, daß man dann schon lieber die Multis in Ruhe lassen würde und auf das Gesetz ganz verzichten könnte ...

DGB-Zentralorgan: 1.-Mai-Nummer der CDU/CSU gewidmet

Angesichts des ursprünglich für den 21. April geplanten Treffens zwischen Strauß und H.O.Vetter mochten wir, nach all den Erfahrungen mit dem Anpassungskurs des DBG-Bundesvorstands, nicht mehr ausschließen, daß es zu einem Strauß-Auftritt bei einer DBG-Mai-Kundgebung kommen könnte (siehe AK 175). Nun, dazu est es nicht gekommen, das Treffen fand – angeblich aus Termingründen – nicht statt, Strauß wurde am 1.Mai nicht gesichtet (was ihm wohl auch schlecht bekommen wäre).

Stattdessen gaben die DGB-Führer mit ihrem Zentralorgan „Welt der Arbeit" am 1.Mai eine Ausgabe heraus, die einer CDU-Richtungsgewerkschaft alle Ehre gemacht hätte. So darf sich auf Seite 2 der CSU-Generalsekretär Stoiber über fünf Spalten auslassen: *„Der DGB ist gefordert, CDU/CSU-Vorschläge zu unterstützen"*. Stoiber läßt es sich nicht nehmen, den berüchtigten Beschluß des DBG-Nordmark abzufeiern, der allen Gewerkschaftern Aktivitäten gegen Strauß verbieten soll. Stoiber: *„Dieser Schritt ist richtungsweisend. Es wäre zu begrüßen, wenn jetzt auch die übrigen DGB-Landesverbände ihrerseits solche Beschlüsse fassen würden."*

Die Seite 6 gehört dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler: *„Zu Gast in der WdA-Redaktion"*. Es folgt dann noch ein viertelseitiges Telefon-Interview mit dem Biedenkopf-Stellvertreter Konrad Grundmann, der sich unwidersprochen des *„traditionell guten Verhältnisses"* der nordrheinwestfälischen CDU zu den Gewerkschaften rühmen darf. Offenbar hat er auch gleich eine Anzeige der Rheinischen Braunkohlenwerke AG, deren Arbeitsdirektor er ist, mit durchgekabelt. Diese findet sich auf einer Viertelseite gleich neben dem einzigen nennenswerten SPD-Auftritt in dieser Zeitung: einer bezahlten Anzeige zur Landtagswahl.

Schon gleich nach der Strauß-Nominierung war in praktisch der gesamten Gewerkschaftspresse deutlich mehr Raum für prominente CDU-Gewerkschafter eingeräumt worden. Dabei kamen zunächst vor allem diejenigen zu Wort, die Strauß kritisch gegenüberstanden, nach dem Motto: rechts gegen rechts. Der nächste Schritt war die interne Weisung an die WdA-Mannschaft und andere Redaktionen, keine weiteren Artikel gegen Strauß zu veröffentlichen. Nunmehr sind die DGB-Führer offenbar dazu übergegangen, die Spalten ihres Zentralorgans schon den Straußschen Hofprogandisten zu öffnen.

DGB verzichtet auf „Wahlprüfsteine"

Völlig entgegen seiner langjährigen Tradition hat sich der DGB-Bundesvorstand dazu entschlossen, zur diesjährigen Bundestagswahl keine sogenannten „Wahlprüfsteine" aufzustellen, die in früheren Jahren anläßlich von Wahlen den Gewerkschaftsmitgliedern an die Hand gegeben würden, damit diese die Parteien an den vom DGB erhobenen Forderungen messen konnten. Es liegt auf der Hand, daß die CDU bei dieser Prüfung nie besonders gut abschnitt. Auf seiner Sitzung am 6.Mai unterbrach der DGB-Vorstand seine Beratung über den fertig vorliegenden Entwurf und hielt es, wie zu vernehmen war, für ausreichend, die Parteien an dem im letzten Jahr verabschiedeten Aktionsprogramm des DGB zu messen. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, wertete den Tag der DGB-Vorstandssitzung als den *„Schwarzen Dienstag"* in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaften. Hier *„wurde ein erneuter Schritt zur ‚Entpolitisierung' der Gewerkschaften eingeleitet"*, wußte ihn die „Frankfurter Rundschau" (13.5.) zu zitieren.

Mahlein, der sich in den vergangenen Monaten mit seiner Anti-Strauß-Haltung mehrfach angenehm von dem Kapitulationskurs des DGB-Vorstands abgehoben hatte, ließ es dahingestellt, welche Partei für den Beschluß des DGB-Bundesvorstands die treibende Kraft war, verzeichnete aber *„daß es auch im DGB-Vorstands Kollegen gibt, die dafür die Hand reichen"*.

Nun, es braucht gar nicht offengelassen zu werden, welche Partei die treibende Kraft bei diesem Beschluß war. Der „Bayernkurier", die Strauß'sche Hauspostille, brachte am 13. Oktober den Unwillen der CSU über die DGB-Prüfsteinpraxis zum Ausdruck. In einer Polemik gegen das DGB-Grundsatz-Programm formuliert einer der CSU-Gewerkschafts-Spezis, Manfred Hettlage: *„Zwar soll das Grundsatzprogramm des DGB erst 1981 auf einem Gewerkschaftskongreß verabschiedet werden, es fügt sich aber trefflich, über diese, mit der SPD-Politik weitgehend übereinstimmenden DGB-Grundsätze im Jahr der Bundestagswahlen 1980 in allen Gliederungen der DGB-Gewerkschaften diskutieren und die Wahlaussagen der Parteien mit der Meßlatte des sozialistischen Grundsatzprogramms bewerten zu können. Dieser taktische Winkelzug hat den Vorteil, daß man unter dem Deckmantel einer Grundsatzdiskussion sich wie bisher für die SPD und den von ihr gestellten Bundeskanzler Schmidt aussprechen und die Politik von Strauß und den Unionsparteien wie gewohnt als arbeitnehmerfeindlich verurteilen kann"*.

Wenn Hettlage auch nicht das Wort „Prüfsteine" direkt benutzt, so wird doch sein Anliegen völlig klar. Klar wird auch, daß der DGB-Vorstand auf seinem Weg in Straußens Fangarme einen weiteren Meilenstein erreicht hat.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Auf der Hamburger 1. Mai-Demonstration

Gewerkschafter gegen Nordmark-Beschluß

Während die Spitze des DGB immer weitere Zugeständnisse an Strauß macht, mehren sich in den Einzelgewerkschaften die Stimmen gegen den berüchtigten Beschluß des DGB-Bezirksvorstands Nordmark. Dieser hatte bekanntlich *„allgemeine Angriffe"* des DGB auf Strauß für *„unvereinbar"* mit dem Selbstverständnis und der Satzung des DGB erklärt und die Verwendung von gewerkschaftlichen Funktionsbezeichnungen auf Flugblättern und bei der Teilnahme an „Stop-Strauß-Initiativen" verboten und sogar als *„gewerkschaftsschädigend"* bezeichnet.

GEW Hamburg

In der am 1.Mai erschienenen Ausgabe der „Hamburger Lehrer-Zeitung" setzt sich der Hamburger GEW-Vorsitzende Dietrich Lemke mit dem Nordmark-Beschluß auseinander. Dort schreibt er: *„Auch ich halte den Hinweis auf Verzicht der Verwendung gewerkschaftlicher Funktionsbezeichnungen auf Flugblättern insbesondere angesichts der Beteiligung höherer Funktionäre einzelner Gewerkschaften an der Initiative „Freiheit statt Strauß" für wenig hilfreich und kaum praktikabel."*

Diese ausgesprochen schwammige Formulierung läßt im Grunde genommen offen, ob Lemke den Nordmark-Beschluß überhaupt ablehnt oder ob er lieber einen „praktikablen" (= durchsetzbaren) Beschluß gesehen hätte. Liegt's nur an der Formulierung?

In einem längeren Absatz versucht er, mit Interpretationskünsten für den Teil des Nordmark-Schreibens um Verständnis zu werben, in dem eine Teilnahme an solchen Anti-Strauß-Initiativen als gewerkschaftsschädigend abgestempelt wird, an denen auch *„Vertreter der extremen Linken"* teilnehmen. Dabei kommt er zu der gar schröcklichen Erkenntnis, daß an einigen Initiativen-Treffen Vertreter der Bunten Liste, des KB, der Grünen, der KPD/ML und auch der FAU (Anarchisten) teilnehmen. *„Die Kenntnis dieser Entwicklung veranlaßte den DGB zu der oben zitierten Äußerung. Zur Bewertung dieser Passage ist allerdings auch zu sagen, daß sie zu Mißverständnissen geradezu herausfordert und ernst zunehmende Initiativen dadurch in Mißkredit geraten könnten. Vielleicht wäre eine erklärende Stellungnahme des DGB hier sinnvoll."*

Nach diesem Rechtfertigungsgeschwätz pustet Lemke aber noch mal heftig ins Horn und kommt dabei immerhin zu der *„Erkenntnis, daß die notwendige Auseinandersetzung mit der Politik des Kanzlerkandidaten der CSU/CDU nur erfolgreich sein kann über das größtmögliche Bündnis der Arbeitnehmer, d.h. der Einzelgewerkschaften im DGB."* Bleibt nur nachzutragen, daß dem Leser die nebenstehend faksimilierte Entschließung der Hamburger GEW-Vertrauensleute empfohlen ist, die um einiges frischer ist.

Gewerkschaft HBV

In einer Stellungnahme bezeichnete die Hamburger Ortsverwaltung der HBV den Nordmark-Beschluß als *„unverständlich"* und *„mißbilligt"* die darin *„zum Ausdruck kommende Tendenz, in die autonomen Rechte und Handlungsmöglichkeiten der Einzelgewerkschaften und ihrer Funktionäre einzugreifen"*. Stattdessen begrüße die HBV die *„aktive Teilnahme von HBV-Funktionären an der ‚Initiative gegen Rechts! Stoppt Strauß!'"*. Die *„Beschlußlage"* der HBV *„insbesondere zu einer offensiven Gegenwehr"* sei auf allen Ebenen *„eindeutig"* (Zitate nach „Frankfurter Rundschau", 3.5.). Daß die HBV auch zu praktischen Aktivitäten gegen Strauß bereit ist, bewies sie mit einer Teilnahme an einer gemeinsamen Veranstaltung mit der IG Druck und Papier in Düsseldorf am 6.Mai. Als prominentester Teilnehmer saßen der DruPa-Vorsitzende Mahlein und der Chefredakteur der HBV–Zeitung „Ausblick", Christian Götz, auf dem Podium, sowie weitere Funktionäre dieser beiden Gewerkschaften. *„Da die in Düsseldorf versammelten Gewerkschaftsfunktionäre die Beteiligung an der ‚Initiative gegen Rechts! Stoppt Strauß!' als einen Beitrag im Kampf um die Erhaltung der heutigen Einheitsgewerkschaft verstehen, empfinden sie die auf ‚Enthaltsamkeit' gerichtete Empfehlung des DGB-Bezirks Nordmark als ‚schädlich und unverantwortlich', wie es ein Kollege formulierte"* (UZ, 8.5.).

IG Metall

Auf der IGM-Jugendkonferenz, die Ende April in Travemünde stattfand, bescheinigte IGM-Vorstandsmitglied Georg Benz auf Anfrage von Deligierten ausdrücklich *„das Recht der ehren- und hauptamtlichen Funktionäre, Position zu beziehen"*, auch unter Verwendung der Funktionsbezeichnung. Benz selbst unterstützt neben einer Reihe anderer IGM-Funktionäre die von Klaus Staeck gegründete „Initiative Freiheit statt Strauß", die zur Wahl der SPD aufruft. Benz kündigte an, daß sich die IG Metall je nach dem, wie sich die Entwicklung weiter vollziehe, bemühen werde, *„unsere Position im Rahmen einer tragbaren Basis"* auch im DGB durchzusetzen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg

Antrag an die Vertrauensleute-Versammlung am 12.5.1980

Betr.: Brief des Landesbezirksvorstandes DGB-Nordmark zur "Teilnahme an Aktionen Stoppt Strauß"

Die Vertrauensleute-Versammlung protestiert aufs Schärfste gegen das Schreiben des DGB-Landesbezirksvorstandes vom 10.3.1980 zur "Teilnahme an Aktionen Stoppt Strauß".

Angesichts der Gefahr, die die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß für die Gewerkschaften und die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik bedeutet, hält es die Vertrauensleute-Versammlung für die Pflicht eines jeden Gewerkschafters, gegen diesen Kanzlerkandidaten und die von ihm vertretene Politik auf allen möglichen Ebenen aktiv zu werden (auch unter Verwendung gewerkschaftlicher Funktionsbezeichnungen).

Strauß vertritt nachweislich eine ausschließlich arbeitnehmerfeindliche Politik, er ist ein Feind starker Gewerkschaften und ein Freund aller Staatsregime, in denen Gewerkschaften verboten und Gewerkschafter eingesperrt sind; seine Politik gilt uneingeschränkt den Unternehmerinteressen, die staatlichen Sozialleistungen dagegen will er abbauen; er bedroht im Innern unseres Landes die Demokratie und nach außen den Frieden und die Entspannung.

Diesen Mann zu bekämpfen heißt gleichzeitig, für eine starke Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

Deshalb können wir die in dem Brief des DGB-Landesbezirksvorstandes Nordmark dargelegte Politik der gewerkschaftlichen Zurückhaltung und der politischen Diffamierung vieler Stoppt-Strauß-Initiativen nicht hinnehmen; die darin vertretene Position erweckt auch unangenehme Erinnerungen an die verhängnisvollen Fehler der Gewerkschaftsführung vor und nach der Machtergreifung 1933.

Antragsteller: SKK 21 (einstimmiger Beschluß der SKK 21 am 27.3.1980 bei ca. 30 Anwesenden)

Das Neuste aus der Freien Republik Wendland

Hochstimmung im Besetzerdorf!



„Zwischen Bonn und Hannover ist ein Tauziehen entbrannt, wer die Verantwortung für die Räumung des besetzten Bohrgeländes in Gorleben übernehmen soll. Bundesinnenminister Baum zögert, den hierfür erforderlichen Einsatz der niedersächsischen Landespolizei anzufordern. Auf dem Bohrgelände halten sich etwa 300 Personen ständig auf. (...) Man weiß, daß die Besetzer ein Pendlersystem aufgebaut haben, das ihnen erlauben würde, ihre Stärke beim Anrücken eines Polizeikommandos kurzfristig zu erhöhen. (...) In Bonner CDU/CSU-Kreisen ist zu hören, Baum wolle in Hinblick auf die Bremer Krawalle und auch auf die NRW-Wahlen eine weitere Kraftprobe zwischen der Polizei und militanten Gruppen vorerst vermeiden."
Das berichtete der „Tagesspiegel" vom 8.5. Auch die DWK, die jederzeit „ihren" Platz räumen lassen könnte, lehnt dies vorerst ab. Noch am 14.5. warf sie gegenüber Journalisten der Polizei vor, daß diese von Anfang an hätte einschreiten müssen. In der Tat dürfte das ursprüngliche Bullenkonzept, mittels völliger Zurückhaltung zu Beginn der Besetzung „mit einem Minimum an Konflikt die Bohrungen zu ermöglichen (...) und zumindest die Scharfmacher unter den Kernkraftgegnern ins Leere laufen " zu lassen (Welt, vom 6.5.) kaum noch aufrechtzuerhalten sein: innerhalb weniger Tage wurde auf dem sandigen Gelände der DWK ein ansehnliches Besetzerdorf mit kompletter Infrastruktur errichtet, das sich inzwischen einer Welle der Sympathie bei der ansässigen Bevölkerung erfreut.

So lebt es sich in der freien Republik

Neben ca. 40 befestigten Wohnhäusern („Botschaft der BUU HH", „Lüne-Burg" und andere) sind inzwischen das große Freundschaftshaus, das Küchenhaus, mehrere Toiletten, ein mit Solarzellen bewärmtes Duschhaus, ein Krankenhaus, die Fahrradreperaturwerkstatt, das Meditationshaus und ... eine Kirche fertiggestellt. Ein Frauen- und ein Kinderhaus sind fast fertig. 2 Wasserbohrungen wurden niedergebracht und mehrere hundert Bäume und Blumen gepflanzt. Ebenfalls vorhanden sind Sport- und Spielplätze. Das äußerst regsame Treiben der wochentags etwa 400 anwesenden Dorfbewohner wird aufgelockert durch Moritatensänger, Gauklertheater, Lieder und Rockgruppen, die auf dem Dorfplatz gastieren. Erstaunlich reibungslos funktioniert die „kommunale Selbstverwaltung" mithilfe eines täglich öffentlich tagenden „Sprecherrates". Hier werden öffentliche Erklärungen und Aktionen der Besetzer diskutiert und verabschiedet, organisatorische Dorfbelange geregelt und - in ungewohnt toleran-
Besetzer diskutiert und verabschiedet, organisatorische Dorfbelange geregelt und - in ungewohnt toleran-
tem Umgangston - Grundsatzdiskussionen über mögliche Widerstandsformen geführt.

Diese „Aufbauleistung" hat große Teile der ansässigen Bevölkerung beeindruckt - auch bisher eher passive Bauern begannen für das Dorf Material und Lebensmittel herbeizuschaffen. Die „Bäuerliche Notgemeinschaft" hat inzwischen ein eigenes Haus - versehen mit der „Bundschuh" Fahne und der Aufschrift „Nichts dann die Gerechtigkeit" - errichtet, ähnliches planen die Einwohner von Trebel. Im Freundschaftshaus werden bereits regelmäßig Diskussionsabende mit der ansässigen Bevölkerung über die Widerstandsaktionen im Fall einer Räumung durchgeführt. Zahlreiche Solidaritätserklärungen trafen darüberhinaus aus dem geamten Bundesgebiet ein. Viele stammen von grünen Kreis- und Landesverbänden (z.B. Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Westberlin, Niedersachsen).

Die Atommafia ist sauer

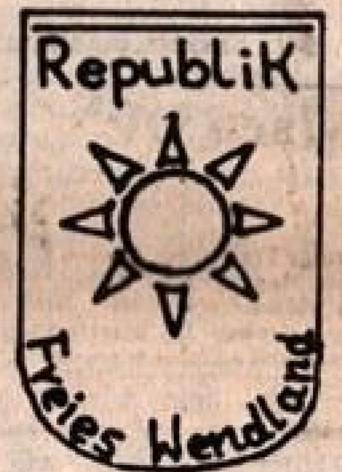
Das „Deutsche Atomforum" nannte die Besetzung eine *„Herausforderung an die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland"*, und schickte folgenden eindringlichen Apell in Richtung 1004: *„Das Atomforum fordert die Demonstranten auf, ihre Zeit besser zu nutzen und an konstruktiven Maßnahmen mitzuarbeiten, die der Energieeinsparung, der möglichen Verwendung alternativer Energiequellen und der notwendigen aber auch sicheren Einsatz von Kohle und Kernenergie dienen"* (Kölnische Rundschau, 9.5.).
Die DWK bedauerte den Versuch, *„die von allen politisch Verantwortlichen geforderte sorgfältige Unter-*
suchung des Gorlebener Salzstockes
„die von allen politisch Verantwortlichen geforderte sorgfältige Unter-
suchung des Gorlebener Salzstockes zu boykottieren". Die Besetzung verletze nicht nur ihre Rechte, *„sondern dabei werde v o r a l l e m gegen anerkannte Grundsätze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verstoßen. Die DWK ist der Ansicht, daß die rechtswidrige Besetzung fremder Grundstücke und die Errichtung nicht genehmigter Bauten darauf - wie auch die dadurch erhöhte Waldbrandgefahr - für die zuständigen Behörden hinreichend Veranlassung dazu sein müsse, gegen diese rechtswidrigen Maßnahmen von Amts wegen vorzugehen"* (EJZ, 7.5.).
Daß bereits zwei Brandanschläge auf das Besetzerdorf verübt wurden, um der tatsächlich außerordentlich akuten Waldbrandgefahr künstlich nachzuhelfen, wurde in den Massenmedien nahezu vollständig verschwiegen:
- **am Abend des 5.5. wurde ein mit Trockenholz angehäufter brennender Baum am Waldrand noch gerade rechtzeitig entdeckt. Der Wind hätte die Flammen in den knochentrockenen Wald hineingetrieben;**
- **in der Nacht vom 8./9.5. wurde gegen 1 Uhr das Info-Zelt des Dorfes aufgeschlitzt und in Brand gesteckt. In diesem Zelt befanden sich explosive Nitro-Lösungen! Es ist einzig der Aufmerksamkeit der allnächtlich von den Besetzern aufgestellten Brandwache zu verdanken, daß nur eine Hälfte des Zeltes verbrannte und ein größeres Unglück vereitelt wurde!**

In der ihnen eigenen polterhaften Art haben auch die CDU-Kommunalpolitiker die *„flagrante Verletzung des Eigentumrechts"*, durch die *„auch ein Stück Staatsautorität auf dem Spiel stehe"* gebrandmarkt. Da hier *„ein weiterer Schritt zur Anwendung von Gewalt"* vorliege, seien die BI, die Notgemeinschaft und die Grünen aufgefordert,
wendung von Gewalt" vorliege, seien die BI, die Notgemeinschaft und die
„deutlich zu machen, wo sie die Grenze des Widerstands ziehen" (EJZ, 7./9.5.).
Diese Angriffe veranlaßte die „Bäuerliche Notgemeinschaft" lediglich zu einer nachdrücklichen Solidarisierung mit den Bohrstellenbesetzern.

Der Verfassungsschutz lancierte Meldungen, denenzufolge Verbindungen zwischen den Besetzern *„und den sogenannten Reisechaoten und K-Gruppen, die die blutigen Krawalle gegen die Bundeswehr inszeniert haben"* bestünden. Aus der Springerpresse übernahm die Elbe-Jeetzel-Zeitung die Meldung, *„daß linksextremistische Gruppen in der nächsten Zeit gewaltsame Demonstrationen in Gorleben planen."*
Auch individuelle Einschüchterungsversuche gegen ansässige Unterstützer der Besetzung bleiben nicht aus: so wurde einem Landwirt (gleichzeitig Brandmeister seines Dorfes) von Behördenvertretern mit einem Verfahren gedroht, weil er (entgegen seiner Brandmeister-Befugnis) das Besetzerdorf mit Trinkwasser versorgt hat.

Vorbereitungen auf die mögliche Räumung

Obwohl die „Physikalisch-Technische Bundesanstalt" (PTB) auf andere Grundstücke zurückgreifen könnte, scheint sie die Tiefbohrung 1004 durchsetzen zu wollen:
„Wir bauen darauf, bei 1004 bohren zu können und hoffen, daß dies im Rechtsstaat des 20. Jahrhundert auch möglich ist" (so ein PTB-Sprecher in der Welt, vom 6.5.)
Alle Aussagen der Betreiber deuten auf eine Räumung frühestens Anfang Juni hin. Erst wenn sie das Gelände zu nutzen in der Lage ist, will die PTB den Räumungsantrag stellen. Nutzen – d.h. eine Festung errichten – kann die PTB das Gelände erst nach Asphaltierung des Zufahrtsweges, was ihr die Gemeinde Trebel jedoch verweigert. Erst nach Enteignung dieser Gemeinde (ein entsprechender Beschluß wird täglich erwartet) und einer anschließenden 14-tägigen Einspruchsfrist werden die Asphaltierungsarbeiten beginnen können.



Betreiberstimmen

Betreiberstimmen zur Bohrlochbesetzung

Ernst Albrecht am 5.5. in Bild: *„Sobald die DWK an uns herantritt und um Räumung des Bohrgeländes bittet, werden wir das natürlich sofort tun!"*

CDU-MdL Grill am 7.5. in der „Elbe Jeetzel Zeitung": *„Die Besetzung der Bohrstelle 1004 ist eine eindeutige Verletzung bestehender Rechte und Gesetze und damit ein 'weitere Schritt zur Anwendung von Gewalt durch die Kernkraftgegner". ner."*

CDU-MdB Horst Schröder bezeichnet am 9.5. in der „Elbe Jeetzel Zeitung" die Besetzung als *„flagrante Verletzung des Eigentumsrechts"* und betont, *„daß es nicht angehen könne, wenn in dieser Weise private Eigentumsrechte an Grund und Boden mißachtet werden. Hier sollten nicht zuletzt alle Landwirte in Lüchow-Dannenberg hellhörig sein und entschieden reagieren."*

In der Tat, das sollten sie. Denn wie schrieben bereits am 28.4. zwei Frauen aus Prezelle der „Elbe Jeetzel Zeitung"? *„Das darf ja wohl nicht wahr sein! Die PTB und die DWK lassen ohne Einverständnis der Grundstückseigentümer bohren, wie zum Beispiel beim Grafen Bernstorff, kümmern sich nicht um Einspruchsfristen, wie zum Beispiel bei der Einrichtung der zweiten Tiefbohrstelle 1002, maßen sich aber auf der anderen Seite an, Schilder mit der Aufschrift ,Betreten verboten' an der geplanten Tiefbohrstelle 1004 aufzustellen und mit Geldbußen in Höhe von 50.000 DM zu drohen. Hier wird ja wohl mit zweierlei Maß gemessen!"*



Bohrlochbesetzung gegen die Grünen?

Eine ganz besonders originelle Idee, die Bohrlochbesetzung in Gorleben im parteipolitischen Interesse zu interpretieren, hatte der AStA der Universität Hamburg. Er wird getragen vom MSB (Studentenorganisation der DKP), dem SHB (Abspaltung von der SPD, im engen Bündnis mit dem MSB) und den Jusos. In einer Resolutionsvorlage des AStA für die Studentenparlamentssitzung vom 13.5. *„begrüßt"* der AStA selbstverständlich die Aktion und weist darauf hin, daß dies eine Stärkung der Anti-AKW-Bewegung bedeute.Bis dahin sind es zwei Sätze. Im weiteren Text kommen die Initiatoren zu ihrem eigentlichen Anliegen. Diese Bewegung müsse *„außerparlamentarisch agieren"* und deshalb sei sie *„ein Schlag in das Gesicht derer, die versuchen, durch Parteigründungen die Bewegung auf die parlamentarische Lösung zu orientieren, damit aber Illusionen über parlamentarische Durchsetzungsmöglichkeiten schaffen, die sehr leicht in Resignation übergehen können."* Man könnte nun viel darüber schreiben, wer vor zehn Jahren und seither immer auf's Neue die APO auf die Parlamente und die SPD/FDP-Regierung orientiert hat; das dürfte jedoch weitgehend bekannt sein. Parteiladenpolitik übelster Sorte ist es, wenn eine Aktion, die absolut nichts mit den Grünen zu tun hat und ebenso nichts mit den Jusos und der DKP, gegen die Grünen und f ü r SPD und DKP ausgeschlachtet werden soll.

Die offensichtliche Peinlichkeit dieses Antrags wurde aber selbst Mitgliedern des MSB und der Jusos bewußt, sodaß die Resolution sang und klanglos zurückgezogen wurde.

10000 Schüler streikten in Freiburg gegen Atomkraft

Am Morgen des 9. Mai verließen in Freiburg an 35 Schulen die Schüler den Unterricht. 10.000 Schüler marschierten in Sternmärschen in die Innenstadt, um gegen die Bedrohung durch das nahe AKW in Fessenheim zu demonstrieren. Streikende aus den umliegenden Ortschaften kamen mit der Bahn, dem Fahrrad und selbstgemieteten Bussen. Dies war die bisher größte Demonstration nach 1945 in Freiburg – noch nie wurde in der BRD auch bisher an so vielen Schulen gleichzeitig gestreikt – dazu noch unter der Forderung nach Stillegung eines Atomkraftwerkes.

Bisher hatten die Behörden die Bevölkerung über die Katastrophen-Gefährlichkeit des AKWs nur zu verschaukeln versucht. Nach einer erfolglos gebliebenen Eltern-Schüler-Lehrer-Demonstration wurde auf einer Nachbesprechung die Idee des Streiks geboren. Auf einem Schülertreffen wurde einige Tage später ein Forderungskatalog beschlossen und ein Koordinierungsausschuß gewählt. In den drei folgenden Wochen entwickelte sich an den Schulen eine fieberhafte Aktivität.

Schülerratssitzungen, Abstimmungen in allen Klassen, Flugblätter und Wandzeitungen sorgten für eine breite Mobilisierung unter den Schülern, bei der zentralen Koordination waren rund 70 Schüler aktiv. Als dann in der letzten Vorbereitungswoche der Streik im Fernsehen und den Medien Baden-Württembergs bekannt wurde, setzte gleichzeitig eine massive Gegenpropaganda ein. Die lokale Zeitung („Badische Zeitung") berichtete allerdings – am Ort des Geschehens – weiterhin wohlwollend über die Streikvorbereitung.

Der Vorsitzende des Freiburger Gesamtelternbeirates erklärte großmächtig, die Schulen seien zum Lernen da, deshalb lehne der Gesamtelternbeirat den Streik ab, der nur „Unruhe an die Schulen" bringe.

Die Möchte-Gern-Politiker der

elternbeirat den Streik ab, der nur „Unruhe an die Schulen" bringe.
Die Möchte-Gern-Politiker der

CDU-nahen Schülerunion erklärten die Schüler für so uninformiert, daß sie, statt sich im Streik als „nützliche Idioten" mißbrauchen zu lassen, an den Schul-Info-Veranstaltungen über KKWs teilnehmen sollten. Die Bunte Liste, die MRI und sonstige „kommunistische Sektierergrüppchen" kontrollierten den Streik. Warum die Demo nicht am „schulfreien Samstag" stattfinde, fragte die Schüler-Union dummerhaft. Da alle Schüler gerne Schule schwänzten – meinte auch das „Freie Wähler"-Hausblatt, seien ernsthafte Absichten zu bezweifeln, statt der „Knirpse" sollten sich die „zuständigen" Gremien damit befassen. Weil Schüler Spaß am Streik haben könnten, sollen sie eh nicht ernst genommen werden, meinen diese Altherren.

Tatsächlich mußten sich die Schüler konkret mit drohenden Repressalien auseinandersetzen, die von Schule zu Schule in verschiedener Form angedroht wurden: So gab es Briefe an die Eltern, die sie warnten, daß die Sicherheit ihrer Kinder auf der Demonstration gefährdet sei (offenbar trauten die Herren der Polizei nicht, obwohl diese Demonstration angemeldet war?). An einigen Schulen wurden Info-Veranstaltungen zum Thema Katastrophenschutz angeboten; auf einmal – bloß während des Streiks natürlich (statt vorher!!). Allzu deutlich sollten dort die „Experten" Alibifunktion für einen Streik haben. Doch die Breite der Mobilisierung ließ solche Lehrereinfälle weitgehend verpuffen.

Um 8.35 Uhr verließen an fünf Schulen die Schüler den Unterricht und marschierten zu den nächstgelegenen Schulen. Aus fünf Richtungen demonstrierten im Sternmarsch die Schüler von Schule zu Schule und dann in die Innenstadt, wohin weitere Schüler aus Freiburgs Umgebung hinzustießen. Um 10.00 Uhr hatten sich trotz schlechten Wetters rund 10.000 Schüler auf dem Rathaus-

hinzustießen. Um 10.00 Uhr hatten sich trotz schlechten Wetters rund 10.000 Schüler auf dem Rathaus-

platz versammelt.

Der spontane Vorschlag, mit diesen 10.000 Demonstranten Schülerinnen vom Ursula-Gymnasium abzuholen, die dort der Direktor eingesperrt hatte, mußte leider wegen des Bullenaufgebots fallengelassen werden. „Spaßeshalber" – so ließ er verlauten – hat der Direktor auch eifrig während der Streikaktionen an der Schule Schülerinnen fotographiert. Mehrere Schülerinnen waren ihm allerdings über einen Zaun und den Hintereingang entwischt.

Mit „Hopp, hopp, hopp – Fessenheim Stopp" zogen die Schüler dann durch Freiburg. Als die ersten am Kundgebungsplatz ankamen, standen immer noch Schüler am Rathaus. Das öffentliche „Amt für Unordnung" hatte als Schikane statt einer Kundgebung vor dem Regierungspräsidium nur den viel zu kleinen Kartoffelmarkt genehmigt. Während sich die Schüler auf dem Platz sammelten, wurden die Grußadressen von GEW, BBU, KBW, DKP, Bunte Liste, SPD, Grüne, Jusos, verschiedener ASten, der Arbeiterwohlfahrt und einzelner Stadträte verlesen. Die evangelische Fachhochschule hatte ebenfalls zum Streik aufgerufen, die Schüler eines Lörracher Gymnasiums hatten einen Solidaritätsstreik für die 4. und 5. Stunde noch am selben Tag beschlossen.

Als erster Redner sprach Joachim Schnorr, der wegen seines Engagements als Umweltschützer Monate im Knast verbringen mußte und dem die Mediziner nun die Prüfung verweigern wollen (siehe nebenstehenden Artikel). Außerdem sprach ein Vertreter der Bunten Liste und ein Vertreter der Berufsschulen.

In der 6. Stunde nach der Demonstration gab es dann in der Schule mit den Zurückgebliebenen – in erster Linie mit den Lehrern – hitzige Debatten.

Insgesamt hatte der Streik große Öffentlichkeitswirkung, Radio, Fernsehen und die nationale Presse waren

Debatten.
Insgesamt hatte der Streik große Öffentlichkeitswirkung, Radio, Fernsehen und die nationale Presse waren

vertreten. Es gab eine Pressekonferenz, von der in Radio „Verte Fessenheim" gesendet wurde. Die Lokalzeitung brachte große Berichte und wollte die Streikenden als „brave und disziplinierte Schüler" hochloben, die schon fast übertrieben auf ihrer Neutralität und Überparteilichkeit gepocht hätten.

Nun, 10.000 Schüler – das mußte auch die Presse merken – stellen schon eine neue Qualität dar, die hoffentlich nicht nur einmal in Erinnerung ruft, was man mal vor zehn Jahren als Schülerbewegung bezeichnete. Die Schüler jedenfalls, die den Streik organisierten, wollen sich mit besten Kräften dafür einsetzen. An den Schulen werden jetzt Arbeitskreise gebildet, die sich mit Umweltschutzfragen und sonstigen im Streik gezeigten Interessen befassen wollen. Die Arbeitskreise und Schulvertretungen wollen sich in Zukunft regelmäßig treffen.

Ein Schüler aus Freiburg



Demonstration durch die Freiburger Innenstadt.

Mach Dir ein paar schöne Stunden, geh zur Demonstration!

Nur wenige Freiburger werden ein gutes Gefühl in der Magengegend haben, wenn sie an das nahegelegene elsässische Kernkraftwerk Fessenheim denken. Da kommen einem doch gleich Gedanken an fehlende Information über die Grenze hinweg, mangelnde Sicherheit und fehlende Aufklärung für den Ernstfall in den Sinn. Insofern ist es vollständig richtig, wenn Freiburger – eben auch Eltern und Schüler! – mehr Information über Sicherheitsfragen fordern.

Wenn man nun allerdings sieht, daß neuerdings Schülerstreiks und Schülerdemonstrationen sowie Leserbriefe kleiner Knirpse zum Thema Kernkraft modern werden, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier mit Kindern oder Jugendlichen billiges Spiel getrieben wird. Fragen nach dem Verhalten der Schüler im Falle eines KKW-Unfalls in Fessenheim gehören in die zuständigen Gremien von den Elternbeiräten über die Lehrerkollegien bis zum Oberschulamt und Regierungspräsidium. Dort muß gefragt werden, dort müssen für den Fall der Fälle auch klare Entscheidungen getroffen werden.

Wenn aber nun ein Schülerstreik zum Thema KKW Fessenheim organisiert wird, dann muß man doch eher an biederes Schulschwänzen als an echte Absichten denken. Früher freute sich jeder Schüler, wenn es hieß „Hitzefrei" oder „Kohleferien". Heute, so scheint es, geht man eben zum Thema KKW auf die Straße. Und wenn das so weiter geht, dann werden nächstens die Pensionäre aus den Altenheimen geholt, die Kindergärten geleert, auf daß die Demonstrationen auch „voll" werden.

Schüler müßten nicht Schüler sein, wenn sie nicht statt zu büffeln lieber auf die Straße gehen würden. Das war immer schon so. Nur besteht heute die Gefahr, daß durch derartiges „Streik' mal wieder!" die eigentlichen Fragen in den Hintergrund gedrängt werden. Eines ist sicher: Schülerstreiks sind gewiß der berechtigten Forderung nach genauer Information zum Thema KKW Fessenheim alles andere als nützlich. Die Bevölkerung nur noch als „Stimmvieh", die Jugend als „nützliche Idioten" für bestimmte Kreise, böse Aussichten in unserer ach so aufgeklärten demokratischen Gesellschaft.

L. Unfried

Einen Tag vor dem Streik erschien dieser Hetzartikel im „Freie Wähler" – Hausblatt WOCHENBERICHT. Er wird an alle Haushalte verteilt.

Schulstreik an einem katholischen Mädchengymnasium

Schulstreik an einem katholischen Mädchengymnasium

Gleich nachdem unser Direktor von dem geplanten Schulstreik erfahren hatte, berief er eine Klassensprechersitzung ein, in der er dann auf die Illegalität und die Sinnlosigkeit des Streiks hinwies. Er las uns mehrere Paragraphen aus dem Gesetzbuch der Schulen vor, die besagen, daß ein Streik rechtlich nicht erlaubt sei und wir mit Konsequenzen zu rechnen hätten. Ein paar Tage später kam in jedem Elternhaus der 1.600 Schülerinnen ein Brief an, in dem die Eltern gewarnt werden sollten: „Man wisse nicht, von welchen politischen Gruppierungen dieser Streik ausgehe" usw.

Nun war der große Tag da. Nach dem Ende der 1. Stunde versammelten sich auf dem Schulhof etwa 150 Schülerinnen, um auf die anderen Schulen zu warten, mit denen man gemeinsam zum Rathaus ziehen wollte. Plötzlich erschien der Direktor und versuchte, Schülerinnen zu überreden, wieder zurück in die Klasse zu gehen. Als dies keinen Erfolg brachte, ließ er mindestens einen Ausgang zusperren! Wir mußten schließlich über eine Eisenschranke klettern, um ins „Freie" zu gelangen. Vom Bürgersteig aus sahen wir, wie der Direktor (inzwischen hatte er Hund und Hausmeister als Hilfe geholt) Schülerinnen am Verlassen des Schulgeländes hinderte und Fotos von uns schoß.

Ein Redakteur von SWF 3, der über einige dieser Vorkommnisse in einer Sendung zum Streik berichtet hatte, wurde vom Rektor mit einer Strafanzeige bedroht.

Eine Schülerin

Neues aus dem Atomstaat Hessen

Während Börner auf dem SPD-Landesparteitag in Friedberg seinen Atomkurs absegnen ließ, zeigten sich bei einer Katastrophenübung um das AKW Biblis beängstigende Mängel. Ein Darmstädter Verwaltungsgericht hob im Eilverfahren die sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigung für ein atomares Kompaktlager im AKW Biblis auf.

Muß Biblis abgeschaltet werden?

In einem Eilverfahren setzte das Gericht den vom hessischen Wirtschaftsminister Karry angeordneten sofortigen Vollzug einer Errichtung des ersten atomaren Kompaktlagers in der BRD in Biblis außer Kraft. Wegen dieses „Stopp-Beschlusses" kann jetzt der gegenwärtig wegen einer „Revision„ abgeschaltete Block A des AKW vorerst nicht wieder in Betrieb genommen werden; die Lagerkapazität für abgebrannte Brennstäbe ist ohne Erlaubnis zur Kompaktlagerung im „Abklingbecken" unter der Reaktorkuppel erschöpft. Im Juni wird man, wenn der Verwaltungsgerichtshof in Kassel (2. Instanz) den Beschluß nicht aufhebt, den Betrieb im Block B ebenfalls einstellen müssen.

Das Gericht erkannte eine *„immerhin einstweilen mögliche Gefährdung des Antragstellers"* (fünfzehn Kläger aus der Umgebung von Biblis) und erklärte: *„Bei der Interessenabwägung unter den verfassungsrechtlich gebotenen Kriterien gab das Gericht den Interessen des Antragstellers auf einstweilige verfahrensrechtliche Wahrung eines Schutzes seiner Gesundheit den Vorrang vor den Interessen des Antragsgegners und denen des Betreibers der Kraftwerke."*

Die Rheinisch-Westfälischen Elektirzitätswerke (RWE) hatten angeführt, daß wenn auch durch den Ausfall von Biblis kein Stromengpaß (!) entsteht, längere Leitungswege erforderlich seien (das AKW Biblis liefert seinen Strom vor allem nach Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz), was die statistische Wahrscheinlichkeit eines Netzzusammenbruches erhöhe. Dieser Profitargumentation mochte sich nicht einmal das Gericht anschließen. FDP-Wirtschaftsminister Karry hat den Beschluß „mit Bedauern" zur Kenntnis genommen. Monatelang hatte er seine Hausjuristen damit beschäftigt, die „Kompaktlagergenehmigung" „prozeßsicher" zu machen. Er hat allerdings juristisch keine weitere Möglichkeit, gegen den Beschluß Beschwerde einzulegen. Das kann jetzt nur noch die Biblis-Betreiberin RWE, was sie sicherlich tun wird. Gegenwärtig orientieren die AKW-Betreiber wieder einmal auf die WAA La Hague, wo angeblich ein neues Lagerbecken errichtet werden soll. Diese Perspektive hat allerdings nicht einmal das Gericht der RWE abgenommen.



Es könnte nach Lage der Dinge also durchaus der Fall eintreten, daß das AKW Biblis längerfristig abgeschaltet werden muß, bis die Frage der Kompaktlagergenehmigung im Hauptsacheverfahren entschieden ist.

SPD-Hessen für WAA

An der „Entsorgungsmöglichkeit" wird inzwischen fieberhaft gearbeitet. Hatten nach Karrys und Börners Eintreten für eine WAA in Hessen zahlreiche SPD- und z.T. auch FDP-Untergliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Gremien bis hin zu den nord- und südhessischen Parteitagen der Sozialdemokraten gegen den Atomkurs ih-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Bauern im Widerstand

„Was uns zusammenführt, ist der Wille, auf unserem Land weiterzuleben; es ist die Revolte gegen den Betrug an der Bevölkerung!" So grüßte ein französischer Bauer die über 2000 Freunde der Bundschuh-Genossenschaft, die Anfang Mai in Bobstadt zusammengekommen waren. Und die stellvertretende Vorsitzende der Genossenschaft, die Bäuerin Dora Flinner, ergänzte:

„Einst hat man uns gegeneinander gehetzt, heute müssen wir gemeinsam gegen die kämpfen, die immer am Unglück der Menschen schuld sind und die dem Götzen Geld dienen." Die Einheit, die hier beschworen wurde, führte Bauern als Gorleben, Wyhl und Larzac, Fischer aus Plogoff in der Bretagne sowie viele andere im fränkischen Schwaben zusammen, wo die Bundschuh-Bauern seit einigen Jahren gegen die Pläne von Daimler-Benz rebellieren, hier eine gewaltige Auto-Teststrecke von fünf Kilometer Länge und 1,5 Kilometer Breite zu bauen (vgl. AK 152 und 163). In ihrem Widerstand stehen sie nicht allein: *„Nachdem die menschenfeindlichen Technokraten die Städte fast unbewohnbar gemacht haben, entdeckten sie das flache Land, um es mit ihren Abfallprodukten zu überziehen: mit Atomkraftwerken und Großflughäfen, mit Truppenübungsplätzen und Teststrecken.*

Es ist deshalb kein Zufall, wenn in den letzten Jahren immer mehr Bauern um ihre Existenzgrundlage – den Boden – kämpfen müssen. Vom Boden leben jedoch nicht nur Bauern, sondern alle. Eine Trennung von Stadt und Land, von Arbeitern und Bauern und allen übrigen kann es nicht mehr geben, wo es um unser aller Überleben geht. Die Kämpfe sind zahlreich. Ihnen gemeinsam ist der Gegensatz zwischen dem Profitinteresse des großen Geldes und den Lebensinteressen der Bürger. Verschieden wie die Anlässe sind die Formen des Widerstandes. Aus den Erfahrungen der andern zu lernen und eigene weiterzuentwickeln, ist unser Anliegen" (aus dem Aufruf).

In einem Großzelt auf dem Gelände der bedrohten Aussiedlerhöfe Hahn und Hoffmann berichteten Bauerndelegationen von ihrem Kampf.

Unter großem Jubel gaben Gorlebener Bauern die gerade erfolgte Besetzung der Bohrstelle 1004 bekannt und überbrachten die solidarischen Wünsche der Wendlandbauern.

Vertreter von Bürgerinitiativen gegen die geplanten Großflughäfen im Erdinger Moos bei München und auf den Fildern bei Stuttgart stellten kurz ihre Arbeit dar.

Drei der sechs frisch gewählten grünen Parlamentarier aus Baden-Württemberg bedankten sich beim Bundschuh für die Unterstützung im Wahlkampf und versicherten, der Kampf gegen die Teststrecke zähle mit zu ihren wichtigsten Aufgaben im neuen Landtag.

Auch der evangelische Pfarrer aus Schillingstadt, selbst aktiver Bundschuh-Genosse und ihr stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender kam zu Wort: *„Ich spreche hier nicht für meine Kirche, aber ich möchte hier nicht Pfarrer sein, wenn ich zu dieser Teststrecke schweigen müßte."*

Die Informationen aus dem Widerstand wurden aufgelockert durch viele Lieder, Volkstänze und musikalische Darbietungen aus der Bauernoper. Es wurde ein Bundschuh-Maibaum errichtet und viele alte (Bund-)Schuhe drangehängt. Eine fränkische Grünkernsuppe und heißer Tee waren bei der kalten Witterung sehr gefragt.

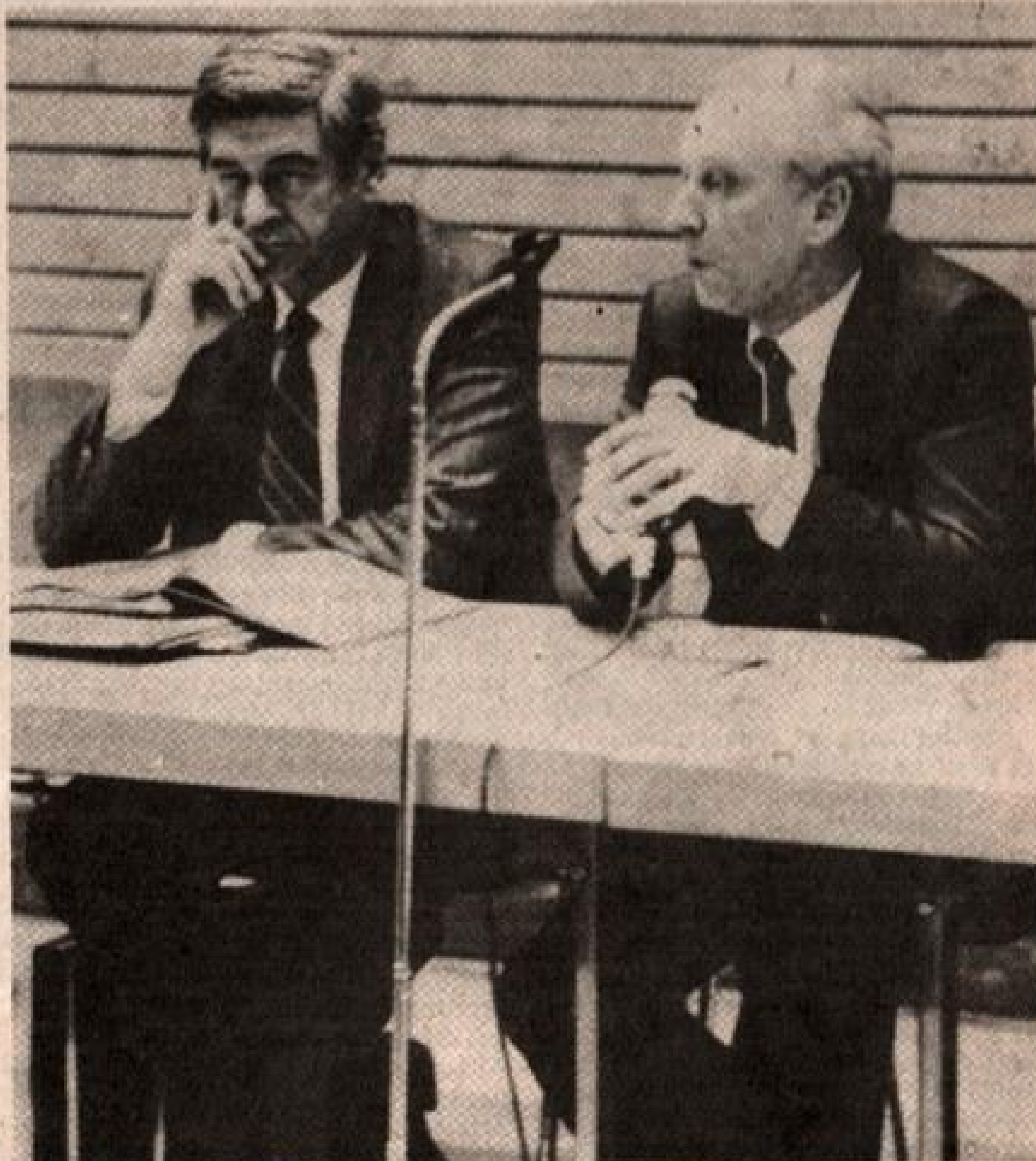
Mit viel Beifall wurde auch die Rede des oppositionellen Betriebsrats von Daimler-Benz in Untertürkheim, Kurt Randecker, aufgenommen:

„Wir sind empört, daß die Firma den Menschen dieser Region ein Projekt aufzwingen will, das sie nicht gewünscht haben und nicht wünschen können ... Wir alle wissen, daß der Automarkt in Westeuropa seine Sättigungsgrenze über kurz oder lang erreicht hat. Wir alle wissen, daß man die Massenmotorisierung nicht unendlich fortsetzen kann, die heute schon die Großstädte fast zum Ersticken bringt... Wir können uns freuen, daß Menschen in dieser Region, die von manchen abschätzig als ‚Badisch-Sibirien' heruntergemacht wird, den Mut gefaßt haben, sich gegen den Autogiganten Daimler-Benz zu wehren. Ich habe die Hoffnung, daß die Beschäftigten in der Auto-Industrie sich an dem Widerstand der Bundschuh-Genossen ein Beispiel nehmen."

Die Entschlossenheit der Bauern, den Widerstand gegen die Teststrecke zu verschärfen, deutete Herbert Hettinger an: *„Wir sind nicht bereit, fruchtbares Ackerland dem Konkurrenzkampf internationaler Automobilkonzerne zu opfern. ... Wenn mann uns vergewaltigt, haben wir das Recht, mit gleichen Waffen zurückzuschlagen."*

Die Bundschuh-Genossenschaft hat inzwischen einen Rechtshilfefond eingerichtet, um gegen Prozesse gerüstet zu sein und Freundeskreise in vielen Städten aufgebaut. Wie groß die Resonanz ist, zeigt auch, daß inzwischen über 1000 Freunde Mitglied in der Genossenschaft sind; allein 40 konnten an dem Aktionstag gewonnen werden.





In einer öffentlichen Gemeinderatsitzung in Schwabhausen: Die Daimler Benz-Manager



Die Bauern

Fortsetzung von der vorherigen Seite

res Landesverwesers protestiert, gelang es Börner am 10. Mai auf dem SPD-Landesparteitag, eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Marsch in eine atomare Zukunft zu bekommen. Ein Leitantrag des SPD-Landesvorstandes, der öffentlich als „Kompromiß" verkauft wird, hält Börner und seinen Komplizen alle Möglichkeiten offen: *„Die Bereitschaft der Hessischen Landesregierung, an der Lösung des Problems der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente mitzuwirken und auch Hessen als möglichen Standort einer Wiederaufbereitungsanlage nicht auszuschließen, darf daher nicht zu einer Vorentscheidung führen."*

Nun hat sich die Landesregierung längst entschieden. Matthöfer konnte den Delegierten deshalb auch versichern, daß sein Kanzler hinter dem Antrag stehe. Ein Antrag von SPD-„Linken", die Landesregierung aufzufordern, „das Projekt einer hessischen Wiederaufbereitung jetzt nicht weiterzuverfolgen", war zuvor knapp abgelehnt worden. Dann stimmten die Delegierten für den Schmidt-Börner-Antrag. Damit dürfte der parteiinterne Widerstand gegen eine hessische WAA einen schweren Rückschlag erlitten haben, auch wenn Juso-Vorsitzender Wentz eine Fortsetzung des Widerstandes in der SPD ankündigt. Das wird Börner ebenso wenig beeindrucken wie eine „bundesweite" Demo von 800 Jusos vor dem Parteitag gegen die WAA-Pläne. Zwar hatte er für alle Fälle eine Hundertschaft nordhessischer Jungbullen in der Hinterhand gehabt, aber Jusos-Ordner sorgten selber dafür, daß der Protest im parteiintegrativen Rahmen blieb: Die Halle wurde mit einer doppelten Ordnerkette vor ungebetenen Besuchern abgeschirmt, ebenso ein „Infostand" einer „Bürgerinitiative für Kernenergie." Einen Antrag auf Unterbrechung des Parteitages für die Teilnahme an der Demo stellte Juso-Wentz entgegen vorheriger Ankündigung lieber gar nicht erst. Im wesentlichen sind die Juso-Führer einfach sauer auf ihre oberen Etagen, weil ihnen das Geschäft, Jugendliche, die nicht gerade Schmidt-Fans sind, zu integrieren, mit Börners rigoroser Atompolitik mittlerweile fast unmöglich gemacht wird. Damit geht dann natürlich auch ihr parteiinterner Einfluß gegen Null.

Die Protestaktionen gegen die hessische Atompolitik in den letzten Wochen, Demonstrationen in Darmstadt, Hersfeld-Mecklar mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern, der „herzliche" Empfang von Börner am 1. Mai in Borken durch die nordhessischen AKW-Gegner usw. spielen sich bereits ohne jeglichen relevanten Einfluß der Jusos ab.

BUND-Hessen gegen AKWs und WAA

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Hessen (BUND), einer der fünf nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten und deshalb klageberechtigten Verbände traditioneller Umweltschützer, hat seine entschiedene Ablehnung einer WAA und des Weiterbetreibens von Atomkraftwerken erklärt. Bereits an der Organisierung der Demonstration von Darmstadt gegen das „Karrysburg" in Hessen hatte der BUND aktiv mitgewirkt. Mittlerweile haben die BUND-Leute ihr Büro als Koordinierungsstelle für den Widerstand gegen die WAA in Hessen angeboten.

Vor einer Woche stellten sie ein energiepolitisches Grundsatzprogramm vor, in dem sie statt weiterer AKWs dezentrale Blockheizkraftwerke mit Einspeisung in das öffentliche Stromnetz, bessere Wärmedämmung und die Nutzung der Industrieabwärme fordern. Sondertarife bei den Strompreisen für Großabnehmer soll es nicht mehr geben. Der BUND protestiert gegen die Verdummungskampagne der Atombetreiber mit millionenteuren Anzeigenkampagnen in allen hessischen Tageszeitungen.

Biblis: Katastrophenübung war eine Katastrophe

12 entscheidende Mängel bei einer großen Katastrophenübung rund um Biblis hat der BUND festgestellt.

Im Falle des Unfalls (der natürlich „nie" eintreten wird) stehen der Bevölkerung des Kreises Bergstraße (über 50 000 Bewohner) immerhin drei Ärzte, die im Strahlenschutz ausgebildet sind, zur Verfügung... Insgesamt gibt es zwischen Karlsruhe und Wiesbaden für Strahlenverletzte keine 100 Krankenhausbetten, Schutzräume stehen ebenfalls nicht zur Verfügung. Bei Ausfall des Katastrophenschutzzentrums in Heppenheim gäbe es keinen Ersatz. Die Katastrophen-Pläne sind der Bevölkerung nicht zugänglich. Es gibt keine Sofort-Störfall-Informationen. Die Bevölkerung ist auf Evakuierungen nicht vorbereitet. Evakuierungen wären auch gar nicht möglich: Zufahrtswege wären verstopft. Es gibt keine ausreichenden Transportkapazitäten. Die Katastrophenhelfer sind für den Atomunfall kaum ausgebildet und ausgerüstet.

Die Bevölkerung ist nichtmit Jod-Tabletten – gegen radioaktive Aerosole – versorgt usw. usf. Die Übung war auf die „Rettung" von 60 000 Menschen angelegt. Im Gefahrenbereich von Biblis leben aber über eine Million Menschen. Die Katastrophenschutz-Helfer der Rettungsverbände sind hier für eine billige PR-Schau der Landesregierung und ihres Innenministers Gries benutzt worden und fanden den Ablauf (nach eigenem Bekunden in verschiedenen Zeitungen) selber lächerlich. Zufrieden waren allein Gries und sein Kollege Böckmann aus Rheinland-Pfalz.

Mangelnde Kompetenz der Regierung kam auch noch bei einer anderen Gelegenheit ans Tageslicht. Auf einen kritischen „Offenen Brief" der Jusos antwortete Wirtschaftsminister Karry. Das Antwortschreiben hatte er sich praktischerweise von der DWK ausarbeiten lassen. Somit beantwortet jetzt der Antragsteller für die WAA die Korrespondenz der Genehmigungsbehörde (nach FAZ vom 8.5.). Offener geht's wirklich nicht mehr.

KB/Gruppe Frankfurt

10.000 AKW-Gegner in Middelburg!

Am letzten April-Samstag (26.4.) fand in Middelburg (Zeeland) die erste Großaktion der niederländischen Anti-AKW-Bewegung seit den Pfingstdemonstrationen des letzten Jahres statt. Etwa 10 000 Menschen waren dem Aufruf einer Vielzahl von Organisationen gefolgt, unter der Hauptforderung "Keine Kernenergie in den Niederlanden, stoppt das AKW Borssele!" zu demonstrieren und bildeten damit die größte Demonstration, die es in der Provinz Zeeland jemals gegeben hatte. Obwohl es sich um eine nationale Aktion handelte, kam der größte Teil der Demonstranten wohl aus der Region. Einer der direkten Anlässe für die Demo und wohl auch ein Hauptgrund für die starke Beteiligung der regionalen Bevölkerung waren die Pläne der PZEM („Provinciale Zeelandse Electriciteits Maatschappij" -AKW-Betreiber) die Aufnahmekapazität des AKW Borssele für radioaktiven Abfall zu vergrößern.

Der Demonstrationszug, der (sichtbar) von nur etwa 10 berittenen Bullen „begleitet" wurde, zog u.a. an der PZEM vorbei, wo eine „feierliche" Kranzniederlegung stattfand. Die dort versteckten Bullen der Mobilen Einheit (ME) traten diesmal nicht in Aktion, wie noch etwa sechs Wochen zuvor, als eine kleinere Aktion am AKW selbst – wobei sich einige AKW-Gegner am Eingangstor des AKW festgekettet hatten – durch einen brutalen Polizei-Überfall beendet worden war.

Der Aufruf zur Demo wurde nicht nur von vielen Umweltschutzorganisationen (z.B. „Landelijk Energie Komitee", „Aktie Strohalm", und „Vereniging Milieudefensie") getragen, sondern auch von allen linken politischen Parteien (die sozialdemokratische PvdA und die revisionistische CPN eingeschlossen) und von anderen Organisationen wie z.B. dem NIVON (Naturfreunde) und dem „Hervormde Jeugdraad" (kirchliche Organisation), sowie von einigen regionalen Organisationen.

Ein Genosse aus Sittard (Niederlande)

Offener Brief Rock gegen Rechts an die Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Frnkfurter Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Ankündigung der NPD lenken, ihr diesjähriges „Deutschlandtreffen" im Raum Eschwege/Nordhessen durchzuführen. Sinn und Zweck dieser Ortswahl ist es, „unmittelbar an der Schandgrenze, die unser Vaterland teilt, für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu demonstrieren", wie es in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" heißt.

Daß unser Aktionsbündnis die jährlichen „Deutschlandtreffen" der NPD – ganz gleich wo sie stattfinden – für einen Skandal hält, brauchen wir wohl nicht zu erklären. Jedenfalls ist es unserer Aktion wie auch dem DGB im Vorjahr gelungen, in Frankfurt die Serie dieser braunen Aufmärsche zu beenden. Der erklärte Wunsch einiger zehntausend Demonstranten, die sich am 16.6. 1979 trotz Demonstrationsverbotes vor der Paulskirche zusammengefunden hatten, war es, daß derartige „Deutschlandtreffen" niemals und nirgendwo wieder stattfinden sollten.

Daran können sie sehen, wie groß die Bereitschaft ist, das Deutschlandverständnis der Jahre 1933 bis 1945 wirklich aktiv zu beenden.

Wenn es die NPD nun an die von ihr sogenannte „Zonengrenze" zieht, weil sie sich vielleicht der Illusion hingibt, dort sei der Boden weniger „heiß" als in Frankfurt, dann werden auch sie nicht umhin kommen, sich damit zu befassen. Dies nicht allein deshalb, weil Vorgänge, wie sie sich in den letzten Jahren in Frankfurt abspielten, eine beachtliches nationales und internationales Interesse finden würden, wenn sie diesmal in Sichtweite der Grenze zwischen den beideb deutschen Staaten passierten. Gerade an dieser Stelle bekäme ein solches Ereignis einen sehr starken Symbolcharakter für den Verlauf der politischen Fronten in unserem Land.

Darüberhinaus geriete ein bundesweiter Faschistenaufmarsch an der Grenze zur DDR und erklärtermaßen g e g e n diese Grenze zum Testfall für ihre Ostpolitik – ob Ihnen das nun angenehm ist oder nicht. Denn an der Entspannungspolitik wollen sie ja nach eigenem Bekunden trotz NATO-Beschlüssen, Rüstungssteigerung, Empfehlung zum Olympia-Boykott usw. entschieden festhalten. Ihre Ankündigungen, sie wollen sich darum bemühen, daß die „innerdeutschen Beziehungen" angesichts der Ost-West-Spannungen keinen Schaden nehmen, haben wir ehrlich gesagt nicht ganz ohne Zweifel aufgenommen.

Diese Zweifel würden sich – sicher nicht nur bei uns – verstärken, wenn ein solch provokatives Nazi-Treffen, dann wohl auch mit dem üblichen Polizeischutz, stattfinden würde.

In der Überzeugung, daß die westdeutschen Antifaschisten diese prekäreSituation auf ihre Weise lösen werden,
Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS und die Musiker und Künstler Octopus, Straßenjungs, Bots, Gebrüder Engel, Albert Mangelsdorff, Lerryn, Henning Venske, Udo Lindenberg und das Panikorchester, Oktober, Alcatraz, Druckknöpfe, Floh de Colgne, Backbord

PS.: Das Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS wird getragen von: AStA Uni Ffm, AStA Fachhochschule Ffm., Batschkapp/ Frankfurter Kulturzentrum, Bürgerinitiative gegen den Nazibuchladen. AStA Uni Ffm, AStA Fachhochschule Ffm., Batschkapp/ Frankfurter Kulturzentrum, Bürgerinitiative gegen den Nazibuchladen, Club Voltaire, GIM, Grüne Liste Hessen, Landesverband der Grünen, IFTA/Initiative für die Freiheit der Theaterarbeiter, Jungsozialisten Unterbezirk Ffm. Junge Presse Ffm, KB, KL, Musikerinitive ROCK GEGEN RECHTS, MSB Spartakus, SAG, SB, SPD Ortsverein Nordend I, Stadtschlülerrat, Victor Jara Club, Kreisverband der Grünen Ffm, Stadtjugendring (Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Jugendverbände), Antifa Ernst-Reuter-Schule, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Bonames, AZ/Andere Zeitung, KSG, Jungdemokraten Ffm.

PPS.: Wir erlauben uns , die Regierung der DDR ebenfalls von diesem Brief in Kenntnis zu setzen.



Das Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts" hat jetzt ein eigenes Büro:
RGR, Speicherstraße 5, 6000 Frankfurt/M. 1
Telefon: 0611 / 23 45 49
Dort können Plakate, Flugblätter und die neuen lila-gelben Buttons bestellt werden.

Frankfurt: Polizei sichert NPD-Propaganda



Frankfurt. Offensichtlich wollen sich die NPD-Nazis in den Wochen vor dem 17. Juni eine Art Gewohnheitsrecht für öffentliches Auftreten ertrotzen. In den letzten Jahren war dieses „Recht" durch die Frankfurter Antifaschisten zunehmend außer Kraft gesetzt worden. Nun wollen sich die NPD-ler bereits im Vorgriff dafür entschädigen lassen, daß sie in diesem Jahr eventuell nicht darauf bestehen, ihr „Deutschlandtreffen" in Frankfurt abzuhalten (siehe Artikel in diesem AK).

So hat es am 10. Mai wieder einen Infostand und eine Kundgebung neben der Paulskirche im Frankfurter Stadtzentrum von der NPD gegeben. Eineinhalb Hundertschaften sicherten 12 Nazis gegen 150 Antifaschisten durch doppelte Ketten ab, die NPD-Redner wetterten 90 Minuten zur „Deutschen Frage". Diese scheint ihnen angesichts des herrschenden Klimas der Kriegsdrohung wieder ein sehr geeigneter Anknüpfungspunkt zu sein.

Am 13. Mai fand im Stadtteil Bornheim eine Veranstaltung im Bürgertreff „Alte Post" der städtischen Saalbau GmbH unter dem Titel „*Deutsche Wiedervereinigung als Auftrag des Grundgesetzes*" statt.

Alle anderen Gruppen, die sonst den Bürgertreff nutzen, hatte die Stadt für diesen Termin aus dem Haus rausgeschmissen. Die Räume würden für den polizeilichen Schutz der NPD-Versammlung benötigt. Als Stargast trat vor 24 Anwesenden der stellvertretende NPD-Vorsitzende und Einpeitscher Günther Deckert auf. Damit auch alle zutrittswilligen Nazis wirklich in den Saal kamen, räumte die Polizei mit Knüppeleinsatz ca. 200 Demonstranten vor dem Haus ab und ließ sie erst wieder vor den Bürgertreff, als klar war, daß keine weiteren Nazis mehr kommen würden.

So kam es doch noch zur Störung der Versammlung. Sprechchöre gegen die Nazis und das Wummern gegen Fenster und Saaltüre ließen die Akustik für die Nazis schlecht werden. Ortsgruppenleiter Erich Gutjahr beschwerte sich deshalb mehrfach bei der Polizei, die wollte aber mittlerweile auch nach Hause. Im Fernsehen lief Fußball: Deutschland gegen Polen. Und zwar sportlich und nicht kriegerisch.

KB/Gruppe Frankfurt

Protest gegen Nazi-Kundgebung in Marburg

2000 Marburger demonstrierten am 3.5. gegen eine Kundgebung der „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Wenn die Kundgebung auch nicht verhindert werden konnte (wegen der mit Helmen und Schlagstöcken ausgerüsteten Hundertschaft Bullen), sind für Marburg 2000 Menschen doch recht viel, besonders angesichts der kurzen Mobilisierungszeit von nur 3 Tagen.

Aufgerufen hatten die Initiativen „Marburger gegen Rechts — Stoppt Strauß jetzt", das Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts Marburg" und der DGB-Marburg, der gleichzeitig Veranstalter war.

Bereits zu Beginn der DGB-Kundbegung wurde bekannt, daß die Nazis vor dem Marburger Bahnhof ihre Kundgebung durchführten, die vom Oberbürgermeister Drechsler (SPD) verboten, vom Kasseler Verwaltungsgericht aber erlaubt worden war. Daraufhin zogen ca. 300 Antifaschisten zur JN-Kundgebung. So konnte die Nazi-Veranstaltung zwar nicht aufgelöst werden, erreicht wurde aber immerhin, daß die Nazis buchstäblich unverständlich blieben.

KB Marburg

Schmunzelt da der Antifaschist? CSU-Tandler führt Neonazismus auf „Holocaust"-Film zurück

Unglaublich, aber wahr: Anläßlich der Vorstellung des fälligen VS-Landesberichts für 1979, führte der bayerische Innenminister Tandler das auch von ihm nicht wegzuleugnende Anwachsen neonazistischer Umtriebe (offizielle Angabe: doppelt so viele wie 1978!) im wesentlichen auf die Ausstrahlung des „Holocaust"-Films zurück! („FR", 1o.5.8o)
Nun ist diese Art „antifaschistischer Ursachenforschung" zwar reichlich dumm, aber dabei doch völlig auf der auch sonst von Strauß/CSU gepflegten Linie. Strauß selbst hatte Ende 1978 im „Deutschland-Magazin" die „Haltet-den-Dieb"–Mär von den KGB-inszenierten Neonazi-Umtrieben aufgefrischt und war damit auf den Bauch gefallen, da selbst das bayrische Innenministerium nicht eine einzige Tatsache nennen konnte, die für Strauß' Hirngespinst sprach. Etwas später tischte wiederum Tandler, bei der Paukenschlag-Verkündung des Verbots der „Wehrsportgruppe Hoffmann", einen neuen Schuldigen auf: Diesmal sollte es die Bundesregierung gewesen sein, die mit der antifaschistischen Entschlossenheit der bayerischen Regierung nicht mithalten mochte und so das WSG-Verbot hinausgezögert habe.
Die neuste Tandler-Erkenntnis in Sachen „Holocaust" erklärt nun gleich antifaschistische Aufklärung und Erinnerung an die Nazi-Verbrechen zur Wurzel des Neonazismus.

Wie wäre es, wenn Tandler sich zu einer Aktionseinheit im Zeichen eines CSU-eignen „Münchener Antifaschismus" durchränge?
Zu denken wäre da an solche Bündnispartner wie das erwähnte Rechtsaußenblatt des Ex-Nazis Ziesel, „Deutschland-Magazin", dem Tandler unlängst zum zehnjährigen Jubiläum telegraphierte, daß es „unerschrocken" und „mutig" für „die Freiheit unseres Landes und seiner Bürger eintritt" („PDI-Berichte...", 9/1.5.80).
Oder wie wäre es mit dem ebenfalls in München angesiedelten „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes"? Oder wie mit den zahlreichen Ost-Emigranten-Verbänden in München und Umgebung?
Oder wie mit den „Grauen Wölfen", die sich ja erst letztens in München versammeln durften? Warum auch sollte Tandler aus seinem Bündnis den freiheitlich-gesetzestreuen Dr.Frey mit „National-Zeitung" und „Deutscher Volksunion", Sitz ebenfalls in München, ausschließen?

Antifa-Kommission KB/Hamburg

AntiFa-Kongreß in Mannheim

Aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus (8. Mai) führte die VVN, zusammen mit Personen und Gruppen ihres traditionellen Bündnisbereiches (DKP, Juso-, Judo-, Falken-, SDAJ-, verschiedene Gewerkschafts- und Kirchen-Verbände bzw. Vertreter; R.Kühnl, B.Engelmann, M.Niemöller, W.Abendroth, I.Drewitz u.a.) eine Reihe Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen durch, deren wichtigste ein Antifaschistischer Kongreß in Mannheim war.

Dieser Kongreß war als große Zusammenfassung „*aller antifaschistischen Kräfte*" angekündigt worden, deren „*Initiatoren ... davon ausgegangen* (seien), *daß es für antifaschistische Anliegen, Aufklärung und Aktionen möglich sein muß, ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft auch bei politisch widersprüchlichen Kräften zu finden*" („Die Neue", 7.5.80).

Zentraler Bestandteil des Kongresses waren verschiedene Vorträge und Referate (u.a. W.Abendroth, M.Oppenheimer, M.Niemöller, E.Carlebach, F.Karg [DGB-Vorsitzender Mannheim], G. Hundt [stellvertretender Judo-Vorsitzender] und R. Kühnl); daneben wurde in Arbeitsgruppen Gelegenheit zur Diskussion, zu konkreten Erfahrungsberichten etc. gegeben. Als eine Erkenntnis des Mannheimer Kongresses hält „die tat" fest, daß es „*einen Aufschwung des Antifaschismus*" im Sinne eines „*neu erwachten Interesses*" gebe, wobei besonders auffällig sei, daß verschiedenste Aktivitäten offenbar ohne Bindung an SPD oder DKP laufen oder, wie „die tat" formuliert: „*Auffallend aber auch die Tatsache, daß offenbar die Zahl derer wächst, für die der Antifaschismus ausschließliches oder wesentliches Motiv für ihr politisches Engagement ist*".

Als Motto des Kongresses wie auch der Berichterstattung waren offenbar zwei Parolen ausgegeben: Zum einen die Betonung der „**erreichten Breite des antifaschistischen Bündnisses**" und zweitens die Losung „**Einheit, Einheit, noch größere Einheit im Ringen um die Verwirklichung antifaschistischer Forderungen**".

Die gleichzeitig betonte „Vielfalt" des Mannheimer Kongresses brachte aber offenbar nicht die tatsächlich in der Alten (VVN-bestimmten) und Neuen (politisch autonomen) Antifaschistischen Bewegung vorhandenen Differenzen zutage — etwa in der Einschätzung des Neonazismus, der Rolle Strauß', des Verhältnisses von Anti-Strauß- und Anti-Nazi-Kampf u.a.m.: „*In der antifaschistischen Bewegung selbst, so zeigte sich in Mannheim, gibt es dabei im Grundsätzlichen kaum Meinungsverschiedenheiten . . .*" oder: „*Kennzeichnend für die Reife der antifaschistischen Bewegung selbst ist die Tatsache, daß man sich in Mannheim weitgehend einig war in der Einschätzung der Funktion des Neonazismus . . .*" usw.

Die „Erklärung des Mannheimer Kongresses" trägt denn zwar auch wieder betont die Überschrift „Basis für gemeinsames Handeln", versteht unter „gemeinsamer Basis" aber offenbar nichts anderes als die üblichen VVN/DKP-Bedingungen, als da sind, „daß wir eine republikanisch-demokratische Verfassung in unserem Lande haben", daß es gelte, „die Verträge und Abkommen zwischen den östlichen und westlichen Staaten Europas und die Konferenz von Helsinki" zu verteidigen etc.

Max Oppenheimer formulierte auf dem Kongreß: „*In antifaschistischen Bündnissen ist kein Platz für Einzelpersonen oder Gruppierungen, die die demokratischen und antifaschistischen Postulate der Landesverfassungen und des Grundgesetzes negieren, die Koexistenz als Grundlage einer weltweiten Friedenspolitik bekämpfen und an die Stelle einer umfassenden Zusammenarbeit von Menschen verschiedener politischer Auffassungen den Antikommunismus und das Sektierertum der Selbstgerechten setzen*".

Offensichtlich sind VVN und DKP auch in Mannheim keinen Schritt weiter gekommen in Richtung Überwindung ihrer Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsgrundsätze.

Schade drum

Antifa-Kommission Hamburg

Hamburg: Polizei-Einsatz gegen „Punker"





Punker-Alltag in Hamburg: Festnahmen und Polizeiprügel. Bilder: „Mopo", 6.5.1980

Dieser Artikel entstand aus einem Gespräch zwichen einer SSB-Schüler-Genossin (Punkerin) und einem Genossen der Antifa-Kommission. Er beschreibt die Wirklichkeit von Jugendlichen, die sich nicht integrieren lassen wollen. Er zeigt aber auch ein Hamburger Novum auf. Nämlich die mögliche Solidarität verschiedener Gruppen von Jugendlichen gegen die Schikanen und Provokationen der Polizei.

„Eins hatten sie gemeinsam, dumpfen Haß auf alles". So die „Bild" am 5.5.80 zu den Auseinandersetzungen zwischen Punks, Teds, Rockern einerseits und der Polizei andererseits. Vor etwa einem halben Jahr war dies noch nicht so. Für die Teds waren damals die größten Feinde die Punks und umgekehrt. Es gab fast täglich Massenschlägereien am Hauptbahnhof zwischen den beiden Gruppen. Das ging sogar so weit, daß ein Punker von Teds vor die U-Bahn gestoßen und dabei getötet wurde. Die eher friedfertigen Punks sahen bei solchen Schlägereien meistens „alt" aus. In den Medien kann man es allerdings genau andersrum lesen: *„Eine Schere blitzt auf, die Punks wollen ihrem Opfer die prächtige Haartolle abschneiden ... Die Punks stoßen ihn auf die Bahngeleise ... Sekunden später donnert ein Zug in die Station ..."* (Pop, 7/80). Zu diesem Zeitpunkt kümmerten sich die Bullen kaum um die Schlägereien der Jugendlichen untereinander. Das sollte sich allerdings bald ändern.

sem Zeitpunkt kümmerten sich die Bullen kaum um die Schlägereien der Jugendlichen untereinander. Das sollte sich allerdings bald ändern.

Stranglers-Konzert in der Markthalle

Am 27. November 1979 rüsten Punks und Teds zu einer „Entscheidungsschlacht". Doch bevor etwas geschieht, werden die Teds am Hauptbahnhof von der Polizei festgenommen. Die Punks waren ins Karolinenviertel gegangen und mußten mitansehen, wie das ganze Viertel hermetisch von der Polizei abgeriegelt wurde. Bei dieser Polizeiaktion wurden 67 Punker festgenommen: einer der größten Einsätze der Polizei gegen Jugendliche seit langem. Zugleich begann die Presse, sich des Themas anzunehmen: *„Konzert für Fäuste, Ordner und Rocker"* („Welt"), *„Keine Chance für Teds und Punker"*, („Morgenpost"), *„Punker schlugen zu, 61 gefaßt"* („Hamburger Abendblatt"). Der Tenor der Artikel war immer der gleiche: Die Teds und Punks sollten weiter gegeneinander aufgestachelt werden. Die Jugendlichen prügeln sich untereinander, die Polizei räumt ab.

Es geschah aber das Gegenteil. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen ebbten ab, man kam zu Gesprächen untereinander.

Der Terror der Polizei beginnt

Seit ca. 4 Wochen treffen sich die Punks und Teds jeden Nachmittag am Mönckebergbrunnen in der Innenstadt. Anlaß waren Artikel im „Stern" und im „Spiegel", wo Popper (Jugendliche, die durch betont saubere und teure Kleidung, ordentlichen Haarschnitt usw. hervorstechen und über die „Prolos" hetzten, zu denen sich Punks, aber auch Teds zählen.

Am 27.4. ging der Ärger mit den Bullen los. An diesem Tag war ein HSV-Heimspiel und so trafen am Mönckebrunnen viele Jugendliche zusammen. Im Gegensatz zur „Bild"-Version („Punk-Rocker" prügeln sich mit HSV-Fans), prügelten sich Punks, Teds, Rocker und HSV-Fans g e m e i n s a m mit den Bullen. Die bekamen dabei „gut auf die Fresse". Dieser Dämpfer auf den polizeili-

Teds, Rocker und HSV-Fans g e m e i n s a m mit den Bullen. Die bekamen dabei „gut auf die Fresse". Dieser Dämpfer auf den polizeili-

chen Tatendrang war „gut auf die Fresse". Seit diesem Erfolg der Jugendlichen haben sich die Polizeischikanen erheblich verschärft. Zivilfahnder, MEK-Leute und uniformierte Streifen sind täglich am Mönkebrunnen zugange, provozieren, nehmen „Festnahmen zur Personalienfeststellung" vor usw. Berichte aus dem Alltag:

„Eine kleine Gruppe von Anarchos, Teds und Punks steht nachmittags am Mönckebrunnen bei Burger-King, unterhalten sich, trinken Bier, Polizei-Streifenwagen halten an. Die Bullen kommen mit Knüppeln und Chemical-Mace auf die Gruppe zu. Der Oberbulle brüllt: ‚Wer mit der Sache zu tun hat, geht auf die rechte Seite, wer nicht auf die linke'. Niemand wußte, worum es sich handelte. Ein Junge fragt nach und wird zusammengeschlagen und festgenommen. Einige, die versuchten, ihm zu helfen, wurden aus nächster Nähe mit Chemical-Mace besprüht und bekamen Schläge mit Knüppeln ab. Der Junge wurde verhaftet und weggefahren.

Am nächsten Tag stehen 5 Teds und Punks am Mönkebrunnen. Die Bullen kommen und sagen sie sollten verschwinden, sonsts würden sie verhaftet werden und die Nacht im Knast sitzen. Also gingen die Punks und Teds weg. Sie warteten darauf, daß die Ampel grün wird, als die Polizeiwagen anhielten, die Bullen ausstiegen und die Gruppe vollkommen ohne Grund festnahm.

Ein anderes mal sitzt ein Punk bei Burger King und trinkt ein Bier. Der Besitzer holte die Polizei, weil ihm dessen Gesicht wohl nicht paßte. Der Punk wird von den Bullen abgeholt, zur Wache gebracht und dort erkennungsdienstlich behandelt." (Aus einem Flugblatt von „Schüler gegen rechts").

Am 3. Mai zogen Punker und andere Jugendliche in das Schickeria-Viertel Pöseldorf, „um die Popper mal aufzumischen". Ein paar Autos und Schaufensterscheiben blieben dabei auf der Strecke. Kurz darauf war die offenbar schon vorher informierte Polizei massiert zur Stelle, um mit äußerster Brutalität über die Jugendlichen herzufallen. Die „Morgenpost" dokumentierte mit Fotos z.B., *„wie ein Mädchen ... grundlos von einem jungen Beamten*

die Jugendlichen herzufallen. Die „Morgenpost" dokumentierte mit Fotos z.B., „wie ein Mädchen ... grundlos von einem jungen Beamten

mehrfach mit dem Schlagstock geschlagen wurde. Ohne daß es Polizisten in irgendeiner Weise angegriffen hätte, erhielt das Mädchen Stockschläge an den Kopf und den Körper" (Mopo, 6.5.). Auch zwei Frauen, die zufällig am Ort des Polizei-Krawalls vorbeikamen, wurden von den Bullen angegriffen: *„Wir riefen den Polizisten noch zu, daß wir nichts mit den Punkern zu tun hätten, aber es half nichts. Die drehten uns brutal die Arme um, schlugen uns mit dem Stock und mir rissen sie ein Büschel Haare aus"*. Die beiden Frauen wurden festgenommen und stundenlang auf einer Wache festgehalten (Mopo, 6.5.).

Insgesamt wurden bei diesen Ausschreitungen der Polizei über 100 Jugendliche festgenommen.

Eine Woche später am 10.5.: Die Bullen rücken mit 80 Uniformierten, Zivilen, MEK-Leuten und bissigen Kötern am Mönkebrunnen an. 64 Punker werden festgenommen. Diesmal gibt es nicht einmal einen Vorwand: Vorbeugehaft! Der Polizei sei „bekannt gewesen", daß die Punker „gewalttätige Aktionen ... g e p l a n t" hätten. Dem sei die Polizei „durch blitzschnelles Eingreifen" zuvorgekommen! („Bild" und „Hamb. Abendblatt", 12.5.).

Und am 13.5.: Wieder einmal 21 Jugendliche in der Innenstadt festgenommen! Laut „Bild" (14.5.) hatten sie „randaliert" und „Passanten belästigt". Wahrscheinlicher klingt die Version der „Morgenpost": Die 21 seien wegen eines Besuchs von Bundespräsident Carstens im Rathaus, „vorsorglich in Gewahrsam genommen" worden.

Die Presse reagiert auf ihre Weise. Nachdem sie damit scheiterte, die Jugendlichen gegeneinander zu hetzen, setzt sie nun offenbar auf ein neues Feindbild: „Die Punker" als Synonym für Terror auf den Straßen. *„Die rohen Punker: Nadel im Ohr, Haß auf die Welt". „Alles widert sie an". „Wer auffällt, wird verprügelt"* (Thomas Wieczorek in der „Bild", 14.5.).

Ähnliches gab es bereits einmal, wenn auch nicht vergleichbar von der Bewegung her, so doch in der Polizei-Strategie und der flankierenden Pressekampagne: So wurde in den 60er und frühen 70er Jahren „argumentiert", als es um die Zerschlagung der zahlreichen Rockerbanden ging. Das Ergebnis ist bekannt: Es gibt in Hamburg keine Rocker mehr – sie sind im Knast, haben Bewährung oder wurden integriert. Polizei-Senator Staak (SPD) weiß, wovon er spricht, wenn er droht: *„Die Gewalttätigkeit der Rocker konnte vor Jahren von der Polizei ganz wesentlich zurückgedrängt werden.* **Mit der gleichen Energie und Umsicht muß auch gegen die jetzt in Hamburg auftretenden Gruppen vorgegangen werden"** (Hamburger Abendblatt, 10.5.).

„Angesichts des Punker-Terrors ... tüfteln Landespolizeidirektor Werner Giese und seine Experten an einem Konzept gegen die zunehmenden Greueltaten von Kinder- und Jugendbanden" (HA, 6.5.).

Einiges ist den Tüftlern vom Dienst schon eingefallen. Beispielsweise: alle festgenommenen Minderjährigen müssen von den Eltern bei der Polizei abgeholt werden! Die Eltern **„werden dann um Unterstützung bei den polizeilichen Bemühungen gebeten"** – wobei das Instrumentarium der „polizeilichen Bemühungen" ja bekannt ist: Knüppel, Fußtritte, Hundebisse, ausgerissene Haare. Senator Staak kommentiert dieses Bündnis zwischen polizeilicher und elterlicher Gewalt mit ätzendem Zynismus: **„Hierin sehe ich die Möglichkeit, die Jugendlichen zu b e r u h i g e n und zu beeinflussen"**. Und der Polizeipräsident Redding erläutert seine Wünsche im Detail: *„Ich wünsche mir, daß sich Eltern die Freunde und Bekannten ihrer Kinder ansehen und ihren Kindern offen sagen, wenn ihnen der Umgang nicht gefällt ... So können sie mithelfen, die Kinder und Jugendlichen daran zu hindern, Straftaten zu begehen"*.

Eine Genossin des Schüler-SSB (Punkerin) und Antifa-Kommission Hamburg

Baums BKA-„Erfolge"

Baums BKA-„Erfolge" in Paris

In Banken und Postämtern wird dieser Tage der „Terroristen"-Steckbrief auf den aktuellsten Stand gebracht. Am 5. Mai, wurde in Paris von einem Bullenkommando eine Wohnung gestürmt und mit direkter Beteiligung des BKA wurden fünf Frauen verhaftet, von denen zwei zu den „17 Meistgesuchten", eine zu den „40 Meistgesuchten" und zwei zu den bislang gänzlich Unbekannten gehören.

Nach „längerer Zeit der Vorbereitung" war es Bundesinnenminister Baum persönlich, der bei seinem französischen Amtskollegen auf schnelles Zuschlagen drängte und sich damit auch durchsetzte. Die französischen Kollegen hatten zum Abwarten geraten: ihrer Ansicht nach befinden sich noch vier weitere „mutmaßliche Terroristen" aus der BRD in Paris.

Nachdem sich der lange Arm des BKA nach eigenem Bekunden zunächst in den Südjemen ausgestreckt hatte, um dort die Spur Sieglinde Hofmanns aufzunehmen, ging die Zielfahndung weiter nach Paris. Hier konnte man den französischen Kollegen die Mitwirkung schlecht versagen, behielt aber, wie Baums erfolgreiche Intervention und auch Herolds persönliches Erscheinen in Paris vermuten lassen, das Heft in der Hand.

In den offiziellen Verlautbarungen über den Ablauf dieser Aktion liegt ein längst fälliges Geständnis:

Ob alle fünf Frauen sich nun zur Zeit des Bullenüberfalls in der Wohnung befunden haben („Bild" und „Welt" vom 7.5.) oder zunächst nur Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabass („Tagesspiegel" vom 8.5.) — feststeht, daß das BKA durch seine Darstellung dieser Festnahme die einstige Rechtfertigung für die Erschiessung Elisabeth van Dycks und die Beinahe-Erschießung Rolf Heißlers eindeutig selbst widerlegt: angeblich hat auch Sieglinde Hofmann versucht, eine Waffe zu ziehen, und brauchte trotzdem nicht erschossen zu werden, obwohl die Bullen sogar erst in die Wohnung eindringen mußten. Daß das nicht an dem besonderen Taktgefühl der französischen Polizei liegen kann, zeigt die öffentliche Hinrichtung von Jacques Mesrine am 2.11.79 in Paris. Es gibt offenbar also doch noch höhere Instanzen als das Notwehr-Ermessen eines einzelnen Beamten, die in solchen Fällen über Leben und Tod entscheiden.

Feiern können die Fahnder ein weiteres Mal die freiwillige Selbstzensur der Medien: Die 24-stündige Nachrichtensperre über die Verhaftungsaktion wurde strikt eingehalten und ließ ihnen genügend Zeit für anschließende Razzien und Verhaftungen. Bekannt wurden mehrere Haussuchungen in Paris, vier in Westberlin und ebendort zwei vorübergehende Festnahmen. Ankündigungen über weitere Maßnahmen der „Anschlußfahndung" und die unvermeidlichen „Dokumente" in der überfallenen Wohnung — dieses Mal, wie verlautet, ein ganzes Familienalbum vom „Harten Kern" — lassen einiges befürchten. Generalbundesanwalt Rebmann hat offenbar sein Auge besonders auf Südwestdeutschland und Westberlin geworfen, was von den Landesbehörden allerdings nicht bestätigt worden ist („Tsp." vom 7.5.).

Sichtbare Schwierigkeiten machen den Behörden die Verdachtsmomente gegen die Verhafteten. Zwei der Frauen waren ihnen völlig unbekannt — hier mußten zur Identifikation erst die Eltern eingeflogen werden. Wie sich herausstellte, waren Karola Magg und Karin Kamp lediglich Mitglieder in der 600 Namen enthaltenden Kartei der Beobachtenden Fahndung, Abteilung „Terrorismus". Regina Nicolai war nach einer Verhaftung in Westberlin im Januar '78 wieder freigelassen worden, weil Konkretes gegen sie nicht beizubringen war. Auch Ingrid Barabass mußte aus ebensolchen Beweisnöten Mitte '77 auf freien Fuß gesetzt werden. Was seither gegen sie zusammengetragen wurde, reduziert sich bei näherem Hinsehen auf bloße Behauptungen und ein paar Fingerabdrücke, die man bei Rolf Heißler gefunden haben will.

Karola Magg und Karin Kamp werden aller Voraussicht nach die ersten sein, die ohne großes Aufhebens in einem bundesdeutschen Knast landen. Da die — nachträglich am 7.5. ausgestellten — Haftbefehle die frischesten sind, gibt es hier mit der Abschiebung am wenigsten Probleme. Bei den anderen soll der Auslieferungsantrag erst gestellt werden, wenn die französischen Behörden ihre Bereitschaft zur Auslieferung bekundet haben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Sprühdosen-Einsatz gegen Punk-Rocker

Bild: „Mopo", 28.4.1980

Dritte Runde im Schmücker-Prozeß?

Immer neue Überraschungen im Westberliner Geheimdienst-Skandal

Der Versuch des Verfassungsschutzes, seine Verstrickung in den Mordfall Schmücker zu vertuschen, nimmt kuriose Formen an: Offenbar vom VS selbst gefälschte „Dokumente", die den handfesten Nachweis der Verantwortung des VS für die Erschießung Schmückers zu erbringen schienen, wurden dem Journalisten Stefan Aust zugespielt, um sie nachher mit großer „Empörung" als Totalfälschungen „entlarven" zu können.

Nachdem es in zwei Prozessen gegen eine Wolfsburger Gruppe nicht gelungen war, Aussagegenehmigungen für die in den Fall Schmücker verwickelten VSler durchzusetzen, hat Innenminister Baum jetzt – fast zehn Monate nach der zweiten Urteilsverkündung – die Aussagegenehmigung für einen der bisher verhinderten VS-Zeugen erteilt. Ein drittes Verfahren ist zu erwarten.

Zur Erinnerung....

Ulrich Schmücker wurde 1972 u.a. mit Inge Viett als Mitglied der „Bewegung 2. Juni" festgenommen. Im Knast gelang es einem „Peter Rühl" (= Michael Grünhagen) vom Landesamt für Verfassungschutz Berlin, Schmücker umzudrehen und zu umfangreichen Aussagen zu bewegen. „Rühl" ging es dabei nicht darum, Schmücker zu einem Kronzeugen zu machen, dieser sollte vielmehr nach baldiger Haftentlassung als Agent für den VS weiter in der legalen und illegalen linken Scene arbeiten. Nachdem der Plan eines vom VS organisierten Ausbruchs aus dem Knast wegen des zu großen Risikos verworfen worden war, wurde Schmücker im Februar '73 - verabredungsgemäß - zu 30 Monaten verurteilt und unter Anrechte der U-Haft sofort auf freien Fuß gesetzt. Nach seiner Freilassung wurde er ständig von „Rühl" aufgesucht; die Einschleusung Schmückers in die linke Scene war schwieriger geworden, da sich herumgesprochen hatte, daß er „gesungen" hatte. Bald lernte Schmücker aber Götz Tilgener kennen, der ihm falsche Papiere besorgte. Tilgener – vermutlich ein VS-Informant – vergiftete sich gut drei Jahre später mit Tabletten.

Obwohl Schmücker unter falschem Namen und mit falschen Papieren lebte, wurde er etwa ein Jahr nach seiner Haftentlassung von einem ehemaligen Mithäftling wiedererkannt. Bevor er überhaupt für den VS spitzeln konnte, war seine Agenten-Karriere damit bereits beendet. Für den VS war er jetzt aber nicht nur unbrauchbar, sondern auch gefährlich geworden; Schmücker hat wahrscheinlich mehrfach mit dem Gedanken gespielt, wieder die Fronten zu wechseln und über den VS und seine Methoden auszupacken...

Am 31. Mai '74 bittet Schmücker den VS um eine Schußwaffe, da er sich „von linken Genossen beobachtet" und „konkret gefährdet" fühle. Die Waffe wird ihm verwehrt. Vier Tage später, am 4. Juni, trifft er sich ein letztes Mal mit dem Verfassungsschutz. Noch in der gleichen Nacht wird er im Grunewald erschossen.

Zwei Jahre später wurden eine Wolfsburger Gruppe und Jürgen Bodeux als gemeinschaftliche Mörder Schmückers zum ersten Mal verurteilt. Anklage und Urteil stützten sich im wesentlichen auf die Aussagen dieses Bodeux, der behauptet, die Wolfsburger Gruppe und er hätten im Auftrag der „Bewegung 2. Juni" und unter „Führung" von Ilse Jandt die Erschießung des Verräters Schmücker geplant, Wolfgang Weßlau sei der Todesschütze gewesen.

Der BGH hob diese Urteile – bis auf das gegen Bodeux, der sein Urteil angenommen hatte und nach auf das gegen Bodeux, der sein Urteil angenommen hatte und nach zweieinhalb Jahren aus dem Knast kam – auf, da es das Gericht unterlassen habe, sämtliche *„Protokolle über richterliche und vor dem Richter bestätigte polizeiliche Vernehmungen des Angeklagten Bodeux zu verlesen"*. Diese Protokolle waren deshalb nicht unbedeutend, weil die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen Bodeux immer mehr ins Wanken geriet.

Im zweiten Prozeß (1978/79) erhärtete sich dann der Verdacht, daß Bodeux kein im Knast geläuteter „Terrorist" ist, sondern daß er bereits lange vor der von ihm – nach eigenen Angaben – mitausgeführten Erschießung Schmückers beste Kontakte zum Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz gepflegt hatte:

– So wurde Bodeux 1973 aus der Roten Hilfe Köln geschmissen, weil man ihn dort schon damals für einen agent provokateur hielt.
– Auch bei der RH Bonn hatte er kein Glück: auch dort wollte man nichts mehr von ihm wissen, nachdem er vorgeschlagen hatte, den enttarnten Spitzel Norbert Behnke zu erschießen. Bei seinem Abgang in Bonn klaute er noch die RH-Kasse.
– Neben vielen weiteren Indizien für Bodeuxs Agenten-Tätigkeit war aber die vom „Stern" (45/78 und 12/79) ausgegrabene „Spurenakte 74" am bedeutendsten: Nach einem Porzer Raubmord im Dezember '73 wurde auf Veranlassung des VS auch gegen „Angehörige einer anarchistischen Gruppe", konkret gegen Robert Jarowoy und Wernfried Reimers gefahndet. In einem Aktenvermerk („Spurenakte 74") notierte der Porzer Kommissar Kondziela, der VS-Beamte Koppermann habe ihm mitgeteilt, er wolle *„über einen Informanten in Erfahrung bringen, ... wer für den Porzer Raubmord in Frage kommt"* („Stern", 12/79). Wenig später notierte der gewissenhafte Kondziela, Koppermann habe ihm weiter mitgeteilt, *„daß der Porzer Kontaktmann ermittelt wurde. Hiernach soll es sich um den Jürgen Bodeux handeln"* (ebenda).

Dies hat Kondziela im Schmückerprozeß bestätigt. Der VS dagegen behauptet, es handele sich dabei um ein „Mißverständnis", Koppermann habe mit „Kontaktmann" den Kontaktmann der „Schwarzen Hilfe Porz" gemeint. Koppermann selbst erhielt trotz gerichtlicher Ladung „im Hinblick auf das Wohl der Bundesrepublik" keine Aussagegenehmigung des Innenministeriums.

Auch „Peter Rühl" bzw. Michael Grünhagen erhielt von seinem obersten Dienstherrn, Innensenator Ulrich, keine Aussagegenehmigung.

Das Gericht fand sich damit ab und verurteilte die Wolfsburger Gruppe ein zweites Mal: Ilse Jandt zu lebenslanger Haft, Wolfgang Weßlau zu acht, Annette v. Wedel, Sönke Löffler und Wolfgang Strüken zu je vier Jahren Jugendstrafe.

Die Verteidiger haben auch diesmal Revision eingelegt, über die noch nicht entschieden ist.



V-Mann-Führer Michael Grunhagen alias „Peter Rühl"

Die neuesten „Enthüllungen" des Stefan Aust

Vor kurzem ist im „Konkret Literatur Verlag" ein Buch des NDR-Redakteurs und „konkret"-Autors Stefan Aust über *„Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker"* erschienen (*„Kennwort Hundert Blumen"*). Er verarbeitet dort die bisher bekanntgewordenen Fakten über die Rolle des VS im Fall Schmücker zu einem Polit-Thriller, wobei er freilich von der Schuld der Wolfsburger Gruppe ausgeht und nachweisbare Tatsachen mit fantasievollen „Anekdötchen" ergänzt.

Im letzten Kapitel veröffentlicht Aust neues Material, das ihm von einem *„Informanten"*, über den Aust *„wußte, daß er über Verbindungen zu Geheimdienstkreisen verfügte"* (S. 276), zugespielt worden war. Aus diesen – scheinbaren – Dokumenten geht mehrfach und eindeutig hervor, daß Bodeux schon vor Schmückers Tod für den VS gearbeitet hat. Da heißt es z.B. in einem angeblichen Vermerk des Hessischen Landeskriminalamtes vom 26.8.74 (am Tag der Verhaftung von Bodeux und Ilse Jandt in Darmstadt): *„Heute wurde mit Herrn Koppermann (BfV/III) nochmals telefonisch Rücksprache gehalten betreffend der Verhaftung der Jandt und Bodeux in Darmstadt. Aus vorliegenden Vermerken (s.Bl. 16/23) geht hervor,* *haftung der Jandt und Bodeux in Darmstadt. Aus vorliegenden Vermerken (s.Bl. 16/23) geht hervor,* *daß der Bodeux ... lt. Auskunft des BfV/III als Informant tätig gewesen sei..."* (S. 284 f.). Und in einem angeblichen Brief des Hessischen LKAs an das BKA steht geschrieben: *„Sollten über die Tätigkeit des B. weitere Erkenntnisse erforderlich sein, wurde um Kontaktaufnahme mit BfV – Hr. Koppermann – und LfV Berlin – Hr. Grünhagen – gebeten"* (S. 287).



Jürgen Bodeux

Abteilung Desinformation im BfV?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln reagierte prompt. Bei Austs *„Dokumenten"* handele es sich schlicht und nachweisbar um *„Totalfälschungen"*. *„Und der Bericht listet auf, woran die Fälschungen unschwer zu erkennen seien: – Ein Beamter, der 1974 als Kriminalkommissar in Porz bei Köln arbeitete (= Kondziela, Anm. AK), wird als Kriminalhauptkommissar der Kripo bezeichnet. – Ein Verfassungsschutzbeamter schreibt auf amtlichem Papier zu einer Zeit Vermerke, wo er nachweislich im Ausland Urlaub machte. – Auf der Textseite ist ein Vermerk mit verschiedenen Schreibmaschinentypen getippt – nachzumessen am Zeilenabstand. Kommentar der Experten: 'Augenscheinlich eine Montage'."* („Stern", 8.5.80).

Wenn es sich hier wirklich um Fälschungen handelt, ist sicherlich auszuschließen, daß der renomierte NDR-Redakteur Aust selbst gefälscht hat. So kommt auch der „Stern" (5.8.) zu der Schlußfolgerung, es bleibe *„bei allen 'Enthüllungen' nur der Verdacht: Beim Bundeskriminalamt oder beim Verfassungschutz muß es eine 'Abteilung Desinformation' geben, die mit gefälschten Papieren Journalisten aufs Kreuz legen und Kritiker damit mundtot machen will. Motto: Wer erst mal blamiert ist, wird nicht weiterrecherchieren. Gerade im Mordfall Schmücker ist nicht auszuschließen, daß es in den Sicherheitsbehörden Leute gibt, die an einer restlosen* *Schmücker ist nicht auszuschließen, daß es in den Sicherheitsbehörden Leute gibt, die an einer restlosen* *Aufklärung nicht interessiert sind. Denn immer noch ist ungeklärt, ob der Mörder Bodeux mit dem Verfassungschutz zusammenarbeitete"*.

Am Schluß von Austs Buch heißt es, es gebe im Grunde nur zwei Möglichkeiten *„Entweder sind die Unterlagen falsch –.dann muß es eine Abteilung 'Desinformation' in einem der Ämter geben, mit der Zielsetzung, Journalisten durch gezielte Falschinformationen aufs Glatteis zu führen. Oder aber die Unterlagen sind echt. Was das bedeutet, liegt auf der Hand. Ich neige der zweiten Möglichkeit zu. Das letzte Kapitel über den Mordfall Schmücker ist noch nicht geschrieben."* Es ist nun wohl an der Zeit, daß Aust sein letztes Kapitel über seinen dubiosen „Informanten" schreibt!

Um nicht mißverstanden zu werden: Nach wie vor spricht sehr viel dafür, daß der I n h a l t der vermeintlichen Dokumente im wesentlichen den Tatsachen entspricht, nur die Verpackung ist mit ziemlicher Sicherheit gefälscht.

Koppermann muß aussagen

Am 13.5. sollte vor dem Oberverwaltungsgericht endlich über die Rechtmäßigkeit der Aussageverweigerung für den BfV-Mann Koppermann entschieden werden. Die Verhandlung wurde aber hinfällig, nachdem Innenminister Baum am 8.5. als oberster Dienstherr Koppermanns zehn Monate nach der Urteilsverkündung (!) die Aussagegenehmigung von sich aus erteilt hat. Damit dürfte ein drittes Verfahren unumgänglich sein.

Es ist anzunehmen, daß Baums überraschender Entschluß eine Reaktion auf den „Stern"-Artikel des gleichen Tages war. In diesem Artikel ist im Hinblick auf das anstehende Verwaltungsgerichtsverfahren die Äußerung Baums zum Proll-Prozeß zitiert: *„Wer über ein Verbrechen etwas aussagen kann, muß vor Gericht, wie jeder andere Bürger*

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Ein Jahr nach der Erschießung von Elisabeth von Dyck: Wir glauben immer noch nicht an Notwehr!

Mit einer Kranzniederlegung vor dem Haus Stephanstr.40 gedachten am 4.Mai, dem Jahrestag der Erschießung von Elisabeth von Dyck, 18 'Sympathisanten' in Nürnberg der Toten. Mit sieben Straßenschildern wurde die Stephanstraße in 'Elisabeth von Dyck-Str.' umbenannt. In einer Presseerklärung wurde auf die nach wie vor ungeklärten Umstände des Todesschusses hingewiesen: *„Für uns, die wir bereits vor einem Jahr hier an dieser Stelle unsere Trauer und unseren Protest gegen die Erschießung von Elisabeth zum Ausdruck brachten, sind alle Fragen genauso offen wie damals:*

— Wieso war es für die Polizei nicht möglich, eine völlig ahnungslose Frau zu überwältigen?
— Wieso wurde die Obduktion von Elisabeth von Dyck vorgenommen ohne Einwilligung der Eltern, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, hieran teilzunehmen?
— Welches sind die wirklichen Todesursachen von Elisabeth? Verschiedene Gerüchte legen die Vermutung nahe, daß gar nicht versucht wurde, das Leben von Elisabeth zu retten, ja daß sie wohlmöglich gar nicht an den Schüssen in den Rücken gestorben ist! Nach alledem, was wir wissen, müssen wir heute wie vor einem Jahr unmißverständlich erklären: WIR GLAUBEN IMMER NOCH NICHT AN NOTWEHR!

Wir glauben vielmehr, daß der Tod von Elisabeth von den Verantwortlichen bewußt miteinkalkuliert worden ist. Seit der Erschießung von Elisabeth sind in diesem Land wieder zahlreiche Menschen Opfer von Todesschüssen der Polizei geworden...

Auch wenn wir wieder, wie im vergangenen Jahr, von der Presse als 'Terroristensympathisanten' bezeichnet werden, weil wir gegen die Todesschußpraktiken protestieren, so wird uns dies nicht abhalten, heute und in Zukunft das Schweigen über die angeblichen 'Notwehrerschießungen' zu durchbrechen!"

KB/Gruppe Nürnberg



Fortsetzung von der vorherigen Seite

auch." Gerade in einem Wahljahr hat Baum allen Grund, seine angebliche „Liberalisierungs-Kampagne" nicht unglaubwürdig erscheinen zu lassen.

Auch wenn ein drittes Verfahren schon ein großer Erfolg wäre, ist damit allein noch nicht viel gewonnen. Erfahrungsgemäß bekommen Verfassungsschützer – wenn überhaupt – nur sehr beschränkte Aussagegenehmigungen, d.h., daß sie immer dann, wenn es interessant wird, vor Gericht schweigen.

Dazu kommt, daß nach wie vor der wohl wichtigste Zeuge, der Westberliner VS-Mann Grünhagen alias „Peter Rühl", von Innensenator Ulrich keine Aussagegenehmigung erhalten hat. Schon im Prozeß gegen Astrid Proll hatte Ulrich gleichem Grünhagen die Aussagegenehmigung verwehrt, was zur sofortigen Freilassung von Astrid führte.

Als im ersten Schmücker-Prozeß nach langem Tauziehen der Westberliner VS-Chef vor Gericht (beschränkt) aussagen durfte, sagte er unter Eid: „*Am Tattage war kein Mitarbeiter* (des VS, Anm. AK) *mit Schmücker zusammen. Er ist nicht observiert worden.*" **„Doch Zeugen haben Grünhagen/'Rühl' auf Fotos, die kurz nach dem Mord am Tatort im Grunewald gemacht wurden, eindeutig wiedererkannt"** („Stern", 8.5.).

Seit über fünfeinhalb Jahren in Untersuchungshaft

Obwohl Wolfgang Weßlau schon seit drei Monaten zwei Drittel seiner (noch nicht rechtskräftigen!) Strafe abgesessen hat, sitzt er immer noch in U-Haft; er hat das älteste Aktenzeichen aller U-Häftlinge im ganzen Moabiter Knast. Das Kammergericht hat eine Haftverschonung kürzlich abgelehnt, da es keine Anhaltspunkte dafür gebe, daß Wolfgang eine „*gewandelte Einschätzung zur Rechtsordnung*" habe.

Ilse Jandt wurde Ende letzten Jahres nach jahrelanger Kleingruppen- und Totalisolation im Moabiter „Turm" endlich in die Lehrter Straße zurückverlegt.

Trotz ihres äußerst schlechten Gesundheitszustandes wird sie gerade in letzter Zeit von fast allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Die Frauen, mit denen sie Kontakt bekommt, werden ständig umverlegt, so daß emotionale Bindungen kaum entstehen können oder abrupt zerrissen werden. Besuche gibt es nur mit Staatsschutz und bei absolu-

zerrissen werden. Besuche gibt es nur mit Staatsschutz und bei absolu-

tem Berührungsverbot. Zeitweilige Zeitungszensur, gestrichener Hofgang, dreiwöchige Beförderungsdauer ihrer Briefe usw. gehören zu ihrem Knastalltag. Die beiden Frauen, die sie regelmäßig besuchen, sehen sich ihrerseits seit einigen Wochen anonymen Anrufen und Denunziationen am Arbeitsplatz, bei Freunden und zuhause ausgesetzt.

Es ist zu befürchten, daß der Druck auf Ilse Jandt sich weiter verschärfen wird. Bei einem dritten Prozeß würde ein „Geständnis" den VS doch sehr aufatmen lassen.

Der Protest ist noch zu leise

In Westberlin gibt es eine Initiative, die sich für ein neues Revisionsverfahren und für die Haftverschonung für Wolfgang Weßlau und Ilse Jandt einsetzt. Sie hat kürzlich eine Broschüre zur Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker herausgegeben, die für 2,50 DM zu bestellen ist bei: c/o Anke v. Gierke, Rathenower Str. 29, 1000 Berlin 21, PschKtNr. 1974 49–100.

Es wird letztlich vom Druck der Öffentlichkeit abhängen, ob es dem Verfassungsschutz gelingen wird, einen seiner größten Skandale zu vertuschen.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Kurzmeldungen

Prozeß gegen Dorff und Tauras wird wieder aufgerollt

Vor der hessischen Staatsschutzkammer begann am 22.4. der Prozeß gegen Klaus Dorff und Jürgen Tauras, denen die Staatsanwaltschaft die Bildung einer "kriminellen Vereinigung" und mehrere Banküberfälle vorwirft. Dieser Prozeß wird jetzt das zweitemal aufgerollt, weil der Bundesgerichtshof auf Antrag der Verteidigung das Frankfurter Urteil aus dem Jahre 1978 aufgehoben hat. Unter Abtrennung des Verfahrens wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" - damit's schneller ging - wurden Dorff zu 13 Jahren und Tauras zu 7 1/2 Jahren verurteilt. Daß in dem damaligen Verfahren Beweisanträge der Verteidigung wegen "Prozeßverschleppung" einfach abgewiesen wurden, beurteilte der Bundesgerichtshof als "*eklatanten Verfahrensfehler*", der "*einer im Gesetz nicht vorgesehenen Prozeßstrafe*" gleichkomme. Auch kritisierte der BGH die Abtrennung des Vorwurfs der "Bildung einer kriminellen Vereinigung", so daß im jetzigen Prozeß die Anklage im vollen Umfang verhandelt wird und mit einem Jahr Verhandlungsdauer gerechnet werden muß.

Der Prozeß begann mit massiven Behinderungen der Öffentlichkeit, indem die Polizei die Personalien der Prozeßbesucher notierte und dabei die Schußwaffen direkt auf die Personen hielt. Der Richter ordnete hier eine Veränderung an, jedoch sah er sich nicht in der Lage sicherzustellen, daß die Namenslisten der Prozeßbesucher nicht im Laufe des Prozeßtages - bevor sie beim Bericht abgegeben wurden - von der Polizei weiterverwendet (sprich:kopiert) wurden (FR, SZ, 24.4., 'Tagesspiegel', 23. 4.8o).

* * *

Prof. Sigrist wieder vor Gericht

Münster: Am Montag, den 28.4. begann vor der 8.Strafkammer des Dortmunder Landgerichts die Berufungsverhandlung gegen den Münsteraner Soziologieprofessor Christian Sigrist. Dieser war im August 1978 wegen einiger Äußerungen bei einer Podiumsdiskussion in Stockholm wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik und Beleidigung zu 5.4oo DM, ersatzweise 45 Tage Haft verurteilt worden.

ersatzweise 45 Tage Haft verurteilt worden.

Sigrist hatte damals von einem Staatsapparat gesprochen, "*dieser mörderischen Bestie, die mit dem gleichen Personal doch weitergearbeitet hat nach 1945*". Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, daß Sigrist wissentlich falsch behauptet habe, der Staatsapparat der Bundesrepublik habe nach 1945 "mit dem gleichen Personal" weitergearbeitet wie in den Jahren zuvor. Dadurch - so die damalige Urteilsbegründung - ignorierte Sigrist nicht nur die offenkundige geschichtliche Entwicklung seit 1945, er beschimpfe vielmehr den Staat und seine verfassungsmässigen Organe und mache beide böswillig verächtlich.

Die Verteidigung führte jetzt in der Berufung an, daß Sigrist nach §7 StGB nur dann bestraft werden könne, wenn er Deutscher sei (das ist allerdings, obwohl die Nazis ihm als Juden die Nationalität entzogen hatten) und wenn die von der Justiz verfolgten Äußerungen auch in Schweden strafbar seien. Dies trifft jedoch nicht zu. Das Gericht lehnte den Antrag der Verteidigung, schwedische juristische Gutachten hierüber einzuholen zwar nicht ab, stellte ihn aber zurück zugunsten eine Paragraphen, den es neu in den Prozeß einführte: §5, Abs.13,in dem es heißt: "*Das deutsche Strafgesetz gilt unabhängig vom Ort des Tates für folgende Taten die im Ausland begangen werden...*" Von diesem Paragraphen sind allerdings auch Ausländer betroffen, selbst wenn sie sich in ihrem Heimatland über die Bundesrepublik äußern, so wie es Prof. Sigrist getan hat. Wenn dieses Gerichtsverfahren sich durchsetzen sollte, schimmert da nicht wieder das "Deutschland, Deutschland über alles ..." durch? In einem vorhergehenden Prozeß war Christian Sigrist schon einmal in zweiter Instanz zu 3ooo DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er ein Flugblatt unterzeichnet hatte, in dem die Mißhandlungen der Polizei an Günther Routhier, die zu dessen Tod führten, "Mord" genannt wurden. Diese Meinung hatte er auch auf besagter Podiumsdiskussion geäußert, und sich damit gleich noch den Anklagepunkt der Beleidigung (der Polizei) eingeholt. Ein vom Wissenschaftsministerium angestrengtes Disziplinarverfahren gegen ihn ruht bis zum Ausgang der Berufungsverhandlung. Hier droht also auch noch das Berufsverbot!

IKAH

das Berufsverbot!
IKAH

Ein Toter von Amts wegen?

Broschüre zum Schmücker-Prozeß

Von der Westberliner „Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß" wurde jetzt eine Informationsbroschüre herausgegeben. Die Initiative will auf diesem Weg erreichen, daß in der Öffentlichkeit das Interesse an dem Verfahren wach bleibt und die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker bekannt wird. Ziel der Broschüre ist es, daß eine erneute Hauptverhandlung in dieser Sache durchgeführt wird, weil nur so der Verfassungsschutz gezwungen werden kann, seine Karten restlos auf den Tisch zu legen.

In der Broschüre wird anhand der bereits beweisbaren Fakten aufgezeigt, wie notwendig eine weitere Aufklärung des Sachverhaltes ist und mit welchen Mitteln Behörden und Justiz bisher versucht haben, diese Aufklärung zu verhindern.

So ergibt sich beispielsweise aus der ganzen Vorgeschichte des „Kronzeugen" Bodeux, daß dieser bereits früher als agent provocateur in linken Gruppen aufgetreten und als Informat des Verfassungsschutzes tätig gewesen ist. Da Bodeux seine Zusammenarbeit mit den Staatsschutzbehörden konsequent bestreitet, würde seine Glaubwürdigkeit in sich zusammenbrechen, wenn seine Verbindungen zum Geheimdienst sich nicht mehr abstreiten ließen. Die gesamte Anklage stützt sich nämlich auf die Aussagen Bodeux' ... Die Angaben anderer Zeugen dagegen sprechen eher dafür, daß alles ganz anders gewesen ist, als Bodeux dem Gericht glauben machen will. Z.B. sagte der Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz West-Berlin, Natusch, als Zeuge aus, daß Schmücker noch kurz vor seinem Tod in einem Gespräch mit dem Verfassungsschutz Berlin erklärt habe, er fühle sich „konkret bedroht" und um eine Schußwaffe gebeten habe. Natusch durfte aber wegen seiner beschränkten Aussagegenehmigung nicht die Namen der Personen nennen, von denen Schmücker sich bedroht fühlte. Natusch gab lediglich an, daß es nicht die Angeklagten waren!

Dies ist jedoch nicht der einzige Fall, in dem durch eine nicht erteilte Aussagegenehmigung die weitere Aufklärung zugunsten des angeblichen „Wohls des Landes" oder „des Bundes" nicht möglich war. Insbesondere die Versuche der Verteidigung, Bodeux' Verbindungen zum Geheimdienst nachzuweisen, scheiterten bisher daran, daß die Behörden keine Aussagegenehmigungen für die Beamten erteilten.

Daher wird in einem der Broschüre beigefügten Schreiben der „Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß" an Innenminister Baum und den Innensenator von Westberlin Ullrich ausgeführt, „daß das Landgericht Berlin bei dieser Sachlage den Mord nicht aufklären konnte. Das Verfahren hätte bis zur Anordnung der Aussagegenehmigungen durch die Verwaltungsgerichte ausgesetzt werden oder – in dubio pro reo – mit Freisprüchen enden müssen."

Die Minister werden aufgefordert, „die Aussagegenehmigungen zu erteilen, damit in einer erneuten Verhandlung durch die Zeugenaussagen der Verfassungsschutzbeamten der Sachverhalt restlos aufgeklärt werden kann."

Die Broschüre „Ein Toter von Amts wegen? – Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker" ist für 2,50 DM zu bestellen bei:
c/o Anke von Gierke
Rathenower Str. 29
1000 Berlin 21
Konto: A.v.Gierke
PSchK Bln West Nr. 1974 49-100



„...daß ich bis zum Äußersten gehen werde..."

Nürnberg: Wir bekamen eine Erklärung des Untersuchungsgefangenen Peter Hausleitner zugeschickt. Wir wollen sie hier abdrucken, weil sie die „alltägliche Unterdrückung" im Knast aufzeigt. Daß Peter Hausleitner für scheinbar Selbstverständliches in den Hungerstreik ging, macht das Ausmaß der Zustände deutlich, denen die Gefangenen in der BRD heute ausgesetzt sind.

Presseerklärung

In der Nacht vom 28.4. auf den 29.4.80 hat der Nürnberger Untersuchungshäftling P E T E R H A U S L E I T N E R einen Selbstmordversuch mit kaputtem Fisch unternommen. Fischvergiftungen sind lebensgefährlich. Er ist zugleich seit dem 13.4.80 in Hungerstreik.
Als „Gegenmittel" bekam er einige Tabletten und die Ankündigung, ihm am 30.4.80 in der Krankenstation des Nürnberger Gefängnisses das Wasser abzudrehen.

Seine Forderungen und die Schilderungen von den Zuständen in der JVA Nürnberg (siehe unten) geben genau wieder, worunter die Gefangenen leiden und was sie wollen. Er selbst wollte nicht warten ...

Peter Hausleitner
U-Haft Nürnberg Nürnberg, 27.4.80

Hiermit gebe ich bekannt, daß ich seit dem 13.4.80 aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen in der U-Haft Nürnberg in

seit dem 13.4.80 aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen in der U-Haft Nürnberg in

Hungerstreik getreten bin.

Der U-Vollzug in Nürnberg grenzt an psychische und nervliche Folterhaft und kann bei depressiven Häftlingen zu irreparablen seelischen Schäden führen. Zur Begründung meiner Behauptung gebe ich folgende Tatsachen bekannt.

1. Der Besucherraum und die Besuchsbedingungen sind eine einzige seelische Grausamkeit. Durch die Räumlichkeiten ist es vollkommen unmöglich, sich normal zu unterhalten. Wegen der Lautstärke im vollen Raum und dem Trenntisch ist man gezwungen, laut zu schreien, um sich zu verstehen. Durch die Glastrennscheibe wird sogar verhindert, daß man seiner Frau wenigstens die Hand halten kann.
2. Das Verteilen der eingegangenen Briefe wird ungerechtfertigt herausgezögert. So kommt es vor, daß zeitweise überhaupt keine Post verteilt wird und dann die angesammelten Briefe (zwischen 5 und 1o!) auf einmal ausgegeben werden.
3. Die sanitären Anlagen sind vollkommen veraltet und Warmwasserversorgung ist überhaupt nicht vorhanden. Vor den Fenstern sind Sichtblenden angebracht, so daß Sonnenlicht kaum eindringen kann. Die Fenster lassen sich nur einen Spalt öffnen, so daß man den Haftraum nicht durchlüften kann.
4. Umschluß findet nur für Häftlinge in Einzelzellen 3 mal pro Woche je 1 1/2 Std. statt. Häftlinge in Gemeinschaftszellen sind 23 Std. am Tag in ihrem Haftraum eingeschlossen. Dies sind unerträgliche Zustände, die zu schwerwiegenden psychischen Schäden führen können (Haftpsychose, Zellenkoller etc.).
5. Die gesetzlich vorgeschriebenen Freizeitgruppen finden nur sporadisch statt. Gemeinschaftsveranstaltungen wie Sportgruppe, Pfarrergruppe etc. finden monatelang hintereinander nicht statt. Nach Anmeldung zu Gruppen betragen die Wartezeiten bis zu 6 Monate und mehr. Das Fernsehen ist beschränkt auf 3 - 4 mal im M o n a t.
6. Die ärztliche Versorgung ist nicht gewährleistet. Gefangene, die über gesundheitliche Beschwerden klagen, werden nicht untersucht und es werden unwirksame Medikamente ausgegeben, die nicht helfen. Duschmöglichkeit besteht nur 1mal wöchentlich.
7. Die psychologische Betreuung ist völlig unzureichend. Für ca. 500 U-Gefangene gibt es nur eine Anstaltspsychologin, die völlig überlastet ist und außerdem mangels Kompetenz

Gefangene gibt es nur eine Anstaltspsychologin, die völlig überlastet ist und außerdem mangels Kompetenz

gegenüber der Anstaltsleitung wenig Positives für die Gefangenen erreichen kann.
8. Das Wachpersonal besteht zu 80% aus geistigen Tieffliegern mit „Machtkomplex" und ohne Charakter. Die meisten Beamten haben nicht die geringste Kenntnis über den Umgang mit Menschen. Sie versuchen oft durch andauernde Provokationen und Schikanen die Nerven der Gefangenen aufs Äußerste zu strapazieren.
9. Die Anstaltskost ist übertrieben fettreich, vitaminarm und außerdem oft verdorben, verfallen oder ungenießbar. Man wird durch Kostklappen in der Tür „abgefüttert", wie es sonst nur bei Tieren üblich ist.
10. Gefangene werden bis zu 3 Tagen ohne Kleidung in sogenannten „Beruhigungszellen" untergebracht. Dies sind besondere Hafträume ohne Einrichtung, wo der Gefangene durch starke Hitzeeinwirkung (bis + 60 Grad C) gefoltert wird.

Aufgrund dieser untragbaren Verhältnisse sah ich mich gezwungen, passiven Widerstand in Form eines Hungerstreiks zu leisten und folgende Forderungen zu stellen:

1. Wöchentlich 1 Stunde Einzelbesuch unter Überwachung eines Psychologen(in);
2. Täglich für mindestens 3 Stunden Fernsehempfang im Gemeinschaftsraum oder eigenes Fernsehgerät im Haftraum;
3. Aufschluß des Haftraums täglich für mindestens 3 Stunden, auch für Gemeinschaftszellen;
4. Wöchentlich mindestens 8 Stunden Sport;
5. Qualifizierte Ärzte und ausreichende Versorgung mit Medikamenten, die auch wirklich helfen. 2mal wöchentlich Duschmöglichkeit;
6. Fettarme Kost (KZ).

Ich weise darauf hin, daß ich bis zum Äußersten gehen werde, falls meine Forderungen nicht erfüllt werden.

Peter Hausleitner

Kontaktadresse:
Michaela Coffman/bei M. Hess
Pattenkoferstr. 11
8500 Nürnberg
oder die Mutter von Peter:
Hilde Ehemann
Bahnhofstr. 5
8544 Georgensgmünd

„...den Knast nicht länger als Institution am Rande der Gesellschaft begreifen"

Interview mit WERNER SCHLEGEL (während seines Hafturlaubs)



Arbeiterkampf (AK): *Nach fünf Jahren Haft und teilweise strengster Isolation und Häftlingsüberwachung, Ablehnung aller bisherigen Urlaubsanträge hat es endlich geklappt und Du bist für die Teilnahme an der Frühjahrstagung der AGAV herausgekommen. Kannst Du uns etwas über die jetzigen Haftbedingungen von Dir und vor allem auch die der vergangenen fünf Jahre sagen?*

Werner: Die letzten fünf Jahre, das läßt sich mit der von mir 1978 selbst geprägten Metapher » Knast im Knast« auf den Begriff bringen. Oder, sarkastisch betrachtet, reduzierter Normalvollzug, seit 1977. Meint: Bis Sommer 1977 Einzelhofgang, Arbeit auf der Zelle. Ab da Gemeinschftshofgang, Gemeinschaftsarbeit in der Knastdruckerei. Aber, was bis genau 26.2.1980 so war, ausgenommen das Verbot an Freizeitgruppen teilzunehmen, das fiel »schon« im November 1979: Sicherheitsstahlzelle, zusätzliches Vorhängeschloß, Bärenzwingerkette. Die Zelle durfte nur von zwei Grünen gemeinsam geöffnet werden. Den Schlüssel fürs Vorhängeschloß mußten sie beim sogenannten Flügelverwalter abholen, dabei Datum, Uhrzeit, Grund des Aufschließens und Rückgabe des Schlüssels wiederum in ein dafür extra geführtes Buch eintragen. Stark lichtschluckende Fliegengitter vorm Fenster. Also im Schließfach ständig Neonlicht anlassen. Ergebnis: Alle neun Monate stärkere Brillengläser.

Bei jedem Schritt außerhalb des Schließfaches zwei Grüne als Begleitung. Zum Arzt etc. Einzelvorführung. Einkauf durfte ich nicht selbst machen, die »Habe« auf der Zelle war
rung. Einkauf durfte ich nicht selbst machen, die »Habe« auf der Zelle war
bis ins letzte Detail vorgeschrieben, von der Bücherzahl bis zur Menge des beim Einkauf geholten Zuckers (ein Kilo genau) usw. usf. Denke, kann mir die einzelnen Punkte sparen, sie sollten eigentlich bekannt sein. Die AGAV(Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren / Red.) bringt demnächst 'ne Doku raus, da steht's sowieso nochmal detailliert drin. Auf einen Punkt sollte vielleicht hingewiesen werden. Nach dem Schleyerklau gab's eine extreme Verschärfung, die für alle »Unnennbaren« galt, ob Gruppenmitglieder oder nicht. Besser: Erst die Schleyerstory brachte die Konstruktion Häftlingsüberwachung, wie sie bis heute existiert. Vorher waren die Morgengrauschrecken bei den Besuchen zugegen, wurde die Post computerisiert. Die totale Hegemonie von Herold und Co. kam nach Schleyer, nach dem 18.10.1977, um ganz genau zu sein. Die Kontaktsperre war nur ein Aspekt davon. Scherze, wie wochenlang nächtliche Dauerbeleuchtung der Zelle, rund-um-die-Uhr-Überwachung im 5-Minuten-Abstand, wöchentlich Zellenrazzien durch LKA und zweimal pro Woche Zellenwechsel, bis Januar 1978 ging das zunächst mal so, war schon anderes Kaliber. In der Phase lief auch nichts mit Gemeinschaftsarbeit. Erst durfte ich nicht, dann wollte ich nicht. Motto: Nachts nicht pennen können und tagsüber an einer Druckmaschine stehen, der Arbeitsunfall wäre damit vorprogrammiert gewesen.

Kam natürlich Disziplinarverfahren. Drei Monate Einkaufssperre. 'Ne Normalisierung, in Anführungszeichen, kam ab Mai. Zellenwechsel »nur« noch alle 14 Tage, LKA-Zellenrazzien dito, nächtliche Überwachung »in unregelmäßigen Zeitabständen«. Die Begründung für das Ganze lautete »Selbstmordgefahr« — bei rund 160 Leutchens. Der Zynismus ist nicht mehr zu überbieten. Bei einer bestimmten Gruppe von Gefangenen entsteht von einem Tag zum anderen Selbstmordgefahr, die mit solchen Methoden, die selbst der eine oder andere Beamte mir gegenüber als »Terror« bezeichnet, beseitigt werden soll.

Tatsächlich wollte Herold damit 'ne Selbstmordserie, diesmal eine echte, die dann die Stammheimdoktrin gestützt hätte, provozieren. Auf den geht das Ganze ja zurück.

Ich ging dann ab Mai '78 wieder arbeiten, weil's einfach wichtig ist, wenigstens acht Stunden pro Tag mit anderen Menschen zusammen sein zu können. Dafür wurde dann noch Trennscheibe bei RA-Besuchen eingeführt. Bei Privatbesuchen scheiterte das an zwei Punkten. Einmal drohte ich konsequent auf Besuche zu verzichten, in Hunger- und Durststreik zu treten; zum anderen legte sich da der Knast selbst etwas quer. Wurde dann die Regelung getroffen, daß der Polizeiinspektor sich vor jedem Besuch von der Aufsichtsbehörde, Vollzugsamt in Köln ist das, Trennscheibenverzicht genehmigen lassen mußte. Je nachdem, was die Computerüberprüfung der Besucher ergab, vorher. Hatte dann immer Privatbesuche ohne Trennscheibe, weil mich damals schon ein kleiner persönlicher und sehr enger Kreis von Freunden, Freundinnen, die ich z.T. noch aus der U-Haft-Zeit kannte, regelmäßig besuchte. Reichte aber auch der Striptease vor und nach jedem Besuch völlig, um von Besuchen nicht mehr reden zu können.

Wie gesagt, im November 1979, erstmals nach 4 3/4 Jahren, wurde die Teilnahme an allen Freizeitgruppen erlaubt. Gleichzeitig die nervende Umzieherei reduziert auf einmal im Monat, parallel zur jetzt gleichfalls monatlichen LKA-Zellenfilzung. Essenausgabe durch zwei Beamte fiel auch noch weg.

Am 26.2.1980 dann, ich steckte ja gerade in den Vorbereitungen zu 'nem Hungerstreik, Du hast das ja mitbekommen, wurde die Häftlingsüberwachung aufgehoben. Der Rest war, mit Ausnahme Urlaub, wo sich das Ministerium noch hätte querlegen können, eigentlich Formsache. Normalvollzug steht und fällt mit dem Stichwort Häftlingsüberwachung. Die bedeutet Knast im Knast. Kannst auch sagen GeStaPo-Vollzug, das kommt im Prinzip auf eines raus. Die HU ist eine heroldsche Erfindung, da-
kommt im Prinzip auf eines raus. Die HU ist eine heroldsche Erfindung, da-
mit eine der Politischen Polizei. Der Begriff wurde nur erfunden, damit – wie in Deutschland üblich – scheinbar pro forma alles seine Ordnung hat. Der Anschein der Legalität ist gewahrt. Aber auch nur für den, der es nicht besser weiß. Im Strafvollzugsgesetz findet sich kein Ton zum Begriff Häftlingsüberwachung. Und bei PPZ stellte das LG Arnsberg im November 1979 fest, die Anwendung war rechtswidrig, da „die Rechtsgrundlage fehlt". PePe sandte mir damals 'ne Abschrift von dem Beschluß, was sehr nützlich war. Ich selbst, RAs, Ingeborg Drewitz, Brigitta Wolf und andere benutzen diesen Beschluß als Hebel in meinem Fall. Scheinbar, neben den Aktivitäten überhaupt, nicht ganz erfolglos.

AK: *Häftlingsüberwachung, sagst Du, ist eine Erfindung von Herold. Das hieße doch, damit wird eine ganz bestimmte Absicht verfolgt?*

Werner: Guten Morgen! Oder meinste das mehr rethorisch? Natürlich ist das ein ausgefuchstes Konzept. Zielsetzung: Psycho-Terror, Streß-Manipulation, bis zur zumindest psychischen Zerstörung. Stichwort: Nadelstichtaktik. Versuch Dir mal vorzustellen, Du wärst in Deinem Badezimmer eingesperrt, weißt, in bestimmten Zeitabständen kommen die Typen aus Düsseldorf, stellen das Badezimmer auf den Kopf. Nur wann weißt Du nicht. Mal ist's Montag, mal Mittwoch, mal Donnerstag. Du wirst dann in ein anderes leeres Badezimmer eingesperrt. Kommst, wenn sie fertig sind, in ein drittes, neues. Da liegt Deine „Habe" kreuz und quer auf dem Boden, in Kisten teils. Dann räumste erst mal ein. Und stellst fest, es fehlt was. Jedesmal was anderes! Mal drei Filzstifte, die Du „zuviel" hattest, mal alle DIN A 4 Umschläge, mal ein gerade angelesenes Buch, weil Du angeblich zuviel hast, usw. usf. Was meinste, wie Du Dich nach einem Monat fühlst? Und da fragst Du nach Absicht? Im Klartext: Dir soll damit vermittelt werden, daß du total in deren Verfügungsgewalt bist, daß es keine Sicherheit vor ihnen gibt. Nichts, was sie nicht tun könnten, wollten sie nur. Ziel: Ohnmachtsgefühle bei dir, bis zur Verzweiflung, zum Zusammenbruch. Zusammenbruch, indem du einfach „nur" fertig bist oder – so wohl deren Hoffnung – gar zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit. Bei einigen wenigen hat das Erfolg gehabt. Und bestimmt nicht nur, weil die Angst vor 5, 10 Jahren Knast hatten, die hatten panische Angst vor d i e s e m Knast, stell' ich mir vor. Und die Vorstellung, das geht über Jahre so, i s t verdammt schwer erträglich. Die mußt du verdrängen.

Tust du das nicht, steigen deren Chancen, nicht deine. Folgen hat's trotzdem, auch wenn du's überstehst und es i s t zu überstehen. Eine der Folgen hab ich gestern Nacht festgestellt. In einer ganz bestimmten Situation, die ihr Euch wohl denken könnt, ich bin ja nicht alleine hier, panische Angst. Das Gefühl, ausgeliefert zu sein, was du in einer intimen Situation ja real bist. Die jahrelange Anspannung gegen deren Zugriff auf dich, die ständige Abwehrhaltung war wohl so verinnerlicht, daß die Tatsache, daß es sich um einen Menschen handelte, dem eigentlich total vertraut wird, erstmal vom Unterbewußtsein nicht akzeptiert wurde.

Vielleicht klingt das lächerlich, aber ich glaube mir jetzt zumindest annähernd vorstellen zu können, wie eine Frau sich fühlt, die vergewaltigt wurde. Und im Prinzip ist deren totale Verfügungsgewalt über dich nichts anderes als Vergewaltigung in Permanenz, wenn auch eine „nur" psychische. Das Paradoxe war dabei: Gleichzeitig ein irres Bedürfnis nach Berührung, nach Zärtlichkeit zu empfinden. Total schizophrene Situation.

AK: *Worauf meinst Du es zurückzuführen, daß sich in relativ kurzer Zeit doch eine beinahe sensationelle Änderung Deiner Haftbedingungen eingestellt hat?*

Werner: Einspruch, Euer Ehren! Die Sichtweise „in relativ kurzer Zeit" bedarf einer Korrektur. Die ist nämlich s e h r relativ. Meine RAs, zuletzt drei, Eisel in Bochum, Nagel in Bochum und Marianne Kunisch in München, dazu Freunde und Freundinnen, Schriftstellerkollegen, -Kolleginnen, Bekannte in Redaktionen und Verlagen usw. usf. haben jahrelang zusammen mit mir für Normalvollzug ohne Wenn und Aber gekämpft. Eure Formulierung klingt mir zusehr nach „vom Himmel gefallen". Das gibt ein total falsches Bild. Ein gefährlich falsches, nach Motto: Was erreicht werden kann, muß vorgestern erreicht werden, oder wir fangen erst gar nicht an, dafür zu kämpfen.

AK: *Wir meinten damit eigentlich die Diskussion um Baums „Liberalisierungslinie".*

Werner: Achja, für zwei Linien, soft und hard. Das halte ich für einen Popanz, für eine Erfindung der Linken. Es gibt keine zwei Linien im gemeinten Sinn. Eine Baumsche Strategie setzt a) voraus, daß da welche sind, die sich zusammensetzten, um sie auszubaldowern, b) sie in der Praxis dann konsequent verfolgen.

Und was kam da bisher? Nichts! Zumindest nichts, was für eine Strategieverfolgung spräche. Baum ergriff nur zwei Chancen. Er und Konsorten wissen genau, welche Gefahr für ihre Futtertröge im Oktober droht. Und über die Gründe machen die sich todsicher keine Illusionen. Was also lag näher, als ein bißchen Lack über die fdGO-Roststellen zu pinseln, sobald sich die Chance dazu bot, ohne daß sie real Gegenleistungen erbringen mußten? Die eine Chance bot die Situation, die Verhaftung von Astrid. Hier konnte so getan werden als ob, ohne – für mich ein sehr wichtiger Punkt – mit Widerstand von Dr. comp. Herold-Mabuse rechnen zu müssen, samt den Hütern des Karlsruher Landrechts. Allein Astrids Kampf gegen die Auslieferung ließ in der Öffentlichkeit soviel über ihre Geschichte durchsickern, schon bevor die Linken dafür mobil machten, um selbst für Unbedarfteste sichtbar werden zu lassen, sie hat mit der – im doppelten Sinn – unnennbaren Praxis nichts mehr am Hut. Da konnte nicht mal ein Herold mehr was dran drehen. Also kein Problem, Astrid für eine Image-Pflege zu instrumentalisieren. In der Hoffnung natürlich, die Linken fielen darauf herein. Sie fielen auch prompt. Zumindest jene, die seither dauernd von zwei Linien quasseln.

Aber was kam denn eigentlich raus bei Astrid? Guckt Euch die Verurteilung an, auch wenn sie nicht mehr sitzen muß. Die Mordanklage war schon beim damaligen 1. Prozeß durchsichtig geworden. Vergleicht doch mal das Urteil mit denen in Nazi-Prozessen. Beispielsweise Lischka, Hagen und Heinrichsohn. Beihilfe zum Mord in 70.000 Fällen. Ich kenne die Anklageschrift seit Sommer 1978. Die wurde bei uns gedruckt. Schon nach den Dokumenten der Anklageschrift gab's keinerlei Zweifel, daß diese Typen genau wußten, was sie taten und warum. Bei Astrid dagegen, Meister Ruhland, seines Zeiches Berufs-Meineidkronzeuge mit dem Schweizer-Käse-Hirn, und t r o t z d e m ein Urteil in dieser Höhe. Wo, frage ich Euch, ist da eine Liberalisierungsstrategie? Ich kann diese Idiotie nicht mehr hören. Da scheint mir eher der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein.

AK: *Du sprachst von zwei Chancen, die Baum nutzte.*

Werner: Die zweite liegt auf der Hand. Stichwort Mahler. Es wäre eigentlich sehr interessant zu wissen, was da vorher hinter den Kulissen ablief, wie das spiegelnde Gespräch zustande kam. Von wem ging die Initiative aus! Wer fragte wen zuerst? Wir wissen's nicht. Merkwürdig, daß die Linken nicht Wert auf die Klärung solcher – für die Beurteilung der Mahlerschen Handlungsweise m. E. wesentlicher – Fragen legen.

Fest steht aber, daß Baum in diesem Interview nichts anderes als Schaumschlägerei betrieb, wahlpropaganda ejakulierte. Wo kritische Bemerkungen von Mahler kamen, wenig genug waren's sowieso, wurde zensiert. Da war Baum, wie ich von Erich Fried weiß, wenigstens noch ehrlicher. Der ließ hinterher das unzensierte Material rumschicken. Aber, für Mahler mußte dies alles vorher klar gewesen sein. Ich sage: Es war! Und genau deshalb ist er für mich hier und heute ein zu bekämpfender politischer Gegner. Er ließ sich benutzen, um mal wieder ein bißchen öffentlich Selbstdarstellung betreiben zu können. Nicht als „aufgeblasener Ochsenfrosch", wie einige sagen, Konvertit – was allein seine Sache wäre – ist er für mich, sondern Gegner. Zahl schrieb auch offene Briefe an die Justizministerin von NRW, an ihren Vorgänger. Das gleiche gilt für mich selbst. Es ist nur ein Punkt strikt dabei zu beachten: W i e wird sowas gemacht. Mahler hat sich verkauft, punktum.

AK: *Du siehst die Verbesserung Deiner Situation also völlig unabhängig von Baums Image-Pflege?*

Werner: Ja und nein. Ja, wenn davon ausgegangen wird, daß die sich 'n paar Leute raussuchen, bei denen einigermaßen klar ist, sie lehnen hier und heute eine bestimmte politische Praxis ab, „gewähren" ihnen Erleichterungen und verkaufen das als Liberalisierung, damit auch noch von

Interview mit WERNER

den anderen, vom Hochsicherheitstrakt ablenkend. Nein, betrachtet man die andere Seite der Medaille. Die heißt: normative Kraft des Faktischen. Das Wort von der Liberalisierung ist in der Welt. Und es ging von Baum aus. Also kann es benutzt, gegen ihn gewendet werden.

Die Initiative Rudolf Raabe exerziert zur Zeit beispielhaft vor, wie. Versuchen, den Mann öffentlich festzunageln, wieder und wieder den Widerspruch zwischen angeblicher Liberalisierungsabsicht und Realität aufzuzeigen, zur Diskussion stellen. Entweder er wird dann in der Öffentlichkeit durch die Realitäten dauernd Lügen gestraft oder er rückt tatsächlich zur Seite.Was von beiden Möglichkeiten er vorzieht, ist ganz entscheidend eine Frage des öffentlichen Drucks. Da versteh' ich's ehrlich gesagt überhaupt nicht, wenn Veranstaltungen, deren Organisation Zeit, Kraft und Nerven kostet, abgehalten werden über die Frage, ob der Staat nun ein soft- oder hardcore-Porno sei, statt daß die dafür aufzuwendende Energie, gepaart mit Phantasie, eingesetzt wird, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erstellen, die Baum und Co. unter Druck setzen könnte. Und bei mir war's zuletzt konkret so, nach einem 3/4 Jahr vergeblicher Rechtsweg-Versuche, Briefwechsel, x Telefonaten, daß jemand, der Kontakt mit Baums Staatssekretär A.v. Schoeler und einen Draht zur FR hatte, auf verschiedene Arten ziemlich massiv klarmachte, wenn sich jetzt nicht bald in meinem „Fall" was Positives täte, käme ein Artikel in der FR, bevor ich mit einem neuen Hungerstreik meine angeschlagene Gesundheit endgültig ruiniere. 14 Tage später war die HÜ aufgehoben. Der entsprechende Wink dazu kam – aus dem BIM. Womit sich mal wieder die zentrale Steuerung der Haftbedingungen bestätigt hatte. Von wegen Ländersache.

Natürlich half noch anderes. Ganz wesentlich wie schon erwähnt z.B. ein Beschluß des LG Arnsberg vom November 1979, PPZ betreffend. Da hat es geheißen, die Anordnung der HÜ bei ihm sei rechtswidrig gewesen, da die Rechtsgrundlage fehlte. PePe schickte mir 'ne Kopie oder 'ne Abschrift, weiß ich jetzt nicht mehr genau. Ich wiederum tippte davon Abschriften, ließ die an alle gehen, die sich gerade voll engagierten. Von I. Drewitz über Brigitta Wolf bis sonst wohin. Damit wurde dort wiederum operiert. Als dann der Aspekt FR-Artikel dazu kam, reagierten die halt. Weil gerade die HÜ eine Sache ist, deren Rechts- und Verfassungswidrigkeit eben nicht in der Öffentlichkeit bekannt ist. Oder sagen wir, die's wissen, hüten sich, es öffentlich breit zu treten. Und bei mir war's halt so, daß der Hinweis auf die FR eine sehr realistische Grundlage hatte. Mich selbst hat's sogar 'n bißchen geärgert, daß die dann so rasch reagierten. Den Artikel hätt' ich verdammt gern in der FR gesehen. Damit die Schweinerei der HÜ Öffentlichkeit erfährt, die über das linke Ghetto rausgeht.

Aber selbst wenn du so'n Draht nicht hast, bist du abhängig von den dich Unterstützenden. Und da lief ich mit dem obigen Argument voll auf, bekam sinngemäß die Antwort: Wenn ich jetzt an die Öffentlichkeit gehe, verprell ich die Verantwortlichen, kann meinen Kontakt nicht mehr für andere „Einzelfälle" benutzen. Über so eine Haltung läßt sich sicher diskutieren. Genau da macht sich m.E. der Unterschied fest, ob jemand „nur" aus humanitärer Motivation handelt, wie's bei dem betreffenden Menschen der Fall war und ist, die Situation des zu Unterstützenden dann ebenfalls nur unter dem Gesichtspunkt Humanität betrachtet oder unter politischen, über den Einzelfall hinausgehenden Blickwinkel. Eines aber zeigt das Ganze klar: Es ist was erreichbar, wenn bestimmte Schwachstellen der anderen Seite erkannt und gezielt ausgenutzt werden. Der offene Brief von Ilse Schwipper-Jandt an Baum, der zu ihrer Verlegung aus dem Moabiter Turm führte, beruhte sicher auf den gleichen Überlegungen.

AK: *Was Du eben über öffentlichen Druck sagtest, bringt uns zu der von den bunten/alternativen Listen geplanten Kampagne im Sommer. Du selbst hast Dich in einem Brief an A. Schubart von der Grünen Liste Hessen dagegen ausgesprochen, mit wenigen „prominenten" Namen einiger Gefangener diese Kampagne zu führen. Ist das nicht ein Widerspruch und wo siehst Du überhaupt die Mängel heutiger Knastarbeit?*

Werner: Das ist kein Widerspruch! Ich war und bin nicht gegen Einzelfallkampagnen. Vorausgesetzt es ist von der Situation des oder der Betroffenen her notwendig. Also eine akute Situation, wie bei Werner Hoppe oder jetzt bei Rudolf Raabe. Günther Sonnenberg, da wär's auch nur zu nötig. Aber wenn ich lese, was bei der GLH der Fall war, da soll eine Kampagne für Astrid, für PPZ unter anderem geführt werden, zu einem Zeitpunkt, wo der Ausgang von Astrids Prozeß absehbar, wo PPZ „aus dem Gröbsten raus" war, wie er selber sagte, wird mir in der Tat anders. Da drängt sich mir der Schluß von Genoss/inn/en 1., 2. und 3. Klasse auf. Danach kommen die Parias, sprich: alle nicht vom Heroldvollzug betroffenen Gefangenen. Ich bin schon deshalb in „Fällen" wie oben genannt nicht gegen Einzelkampagnen, weil ich selbst keine bessere Lösung weiß. Kann ich nicht, weil Eure Realität „draußen", Euer Alltag, das, was da überhaupt noch machbar ist, was nicht, warum nicht, das alles ist aus der Knastdistanz nicht mehr abschätzbar. Ganz wohl, auch im eigenen „Fall", ist mir allerdings nie bei diesen Kampagnen. Ich weiß nichts besseres für Situationen, wo, wie bei Werner Hoppe, Lebensgefahr besteht. Ich seh' nur die Problematik dabei, daß die ganzen Kampagnen sich auf kapitalistische Mechanismen beziehen, sie reproduzieren. Nehmt Rudolf Raabe, der mußte quasi erst mal „prominent" gemacht werden, damit sich was rührte. Oder anders: Zu Rudis Beerdigung eilen die linken Massen. Wogegen nichts einzuwenden ist. Nur, für eine Genossin aus der Frankfurter „Szene", die das Handtuch warf, sich selbst tötete, hat noch nicht mal die taz drei Zeilen übrig. Bekannt, also prominent, also wichtig genug. Der Wert eines Menschen, wobei schon das Wörtchen Wert eine Menge aussagt, wird auch linkerhand nur nach seinem Bekanntheitsgrad, nach dem Schein gemessen. Traurig, aber wahr.

Sollte es nicht eine Selbstverständlichkeit sein, wenn ein Artikel mit Informationen und Bitten um Protestschreiben etc. pp. im ID veröffentlicht wird, daß reagiert wird?

Warum müssen da die Freunde und Freundinnen von Raabe erst drei, viermal nachhaken, einen Aufwand, auch finanziell, betreiben, wie Kraftwürgunions public-relation-Büro bei Verbreitung der Lichter-aus-Märchen, um dessen Leben zu retten? Darum stehe ich diesen Kampagnen so zwiespältig gegenüber. Eine Möglichkeit davon wegzukommen scheint mir zu sein, den Knast nicht länger als Institution am Rande der Gesellschaft zu begreifen. Ich meine jetzt die Kampagnen bei „Knastfällen". Knast, vor allem seine Funktion, steht inmitten der Gesellschaft. Foucault hat in „Überwachen und Strafen – die Geburt des Gefängnisses" eine Menge darüber geschrieben. Knast darf vor allem nicht mehr die das Kaninchen hypnotisierende Schlange sein. Also diese Fixiertheit auf die Institution, davon müssen wir wegkommen. Sie führt dazu, die Internierten als Nur-Gefangene, damit als Objekt zu sehen, verleitet zu ihrer Funktionalisierung als bloße Betreuungsobjekte. Und daran leidet doch die gesamte sogenannte Knastarbeit seit Jahren. Ich weiß nicht, wieviel WG's es heute in der BRD gibt. Aber wenn die existenten und intakten, in denen nicht nur nebeneinander hergelebt wird, eine Art Patenschaft für je einen Gefangenen, eine Gefangene übernähmen, wobei die zwischenmenschliche Beziehung und nicht die Sozialarbeiterfunktion im Vordergrund stünde, sähe wohl einiges besser aus. Die Gefangenen werden explizit als Opfer gesehen. Sie sind aber zuallererst mal Menschen. Menschen mit einer Geschichte, mit Bedürfnissen, Hoffnungen, Träumen und Wünschen, wie ihr „draußen" auch. Und von meinen persönlichen Erfahrungen her – ich hab seit Jahren einen kleinen Kreis von Freunden, Freundinnen, für die ich Bakuninseidank nicht der politische Gefangene WSch, nicht der „Knastautor" o.ä. bin, nicht mal der Genosse WSch, sondern ganz einfach Freund –, von diesen Erfahrungen her weiß ich, daß allein der Punkt, Kontakt zu einem Menschen „drinnen" zu haben, nicht weil er „drinnen" ist, sondern weil man ihn mag, als Mensch, mit dem man auch zu tun haben wollte, wäre er draußen, für Verbindlichkeit bürgt. Da steht im Vordergrund eben, nehmen wir das scheußliche Techno-wort: die Beziehung. Die emotionale Bindung. Und die ist immer eine weit stärkere Motivation für Kontinuität, für Ausdauer, als der bloße linke Anspruch, aus dem Kopf her vertreten. Angehörige, soweit Gefangene noch welche haben – ich selbst hab keinen Angehörigenkontakt mehr, seit Jahren schon nicht –, besuchen die Inhaftierten ja auch nicht, weil sie inhaftiert sind, sondern weil da persönliche Beziehungen bestehen, weil ihnen der Mensch wichtig ist. Apropos Angehörige: Wann sind linke Knastgruppen eigentlich je auf die Idee gekommen die Angehörigen von Gefangenen, wo noch vorhanden, in ihre Arbeit mit einzubeziehen?

Es gäbe noch 'ne Menge mehr zu diesem ganzen Komplex zu sagen. Einiges schnitt ich an in einem Beitrag, bei Buch wohl demnächst vorabveröffentlicht (AK 174, S.46/47 Red.), für ein neues Buch von Helmut Ortner. Wichtiger noch scheint mir dazu ein Hinweis auf Ortners „Normalvollzug" (IVA-Verlag, Tübingen). In dem Aufsatz „Gefangenenarbeit die aufhört Gefangenenarbeit zu sein" griffen er und R.Wetter diese Problematik auf, machten eine Menge Vorschläge für eine andere Praxis, die zu überdenken sich lohnt.

AK: *Gibt es denn eigentlich Kämpfe im Knast, kannst du uns etwas darüber sagen, gibt's so was wie eine Knastbewegung?*

Werner: Eine realistische Antwort kann nur lauten: Nein. Es gab in der BRD nie eine Knastbewegung wie beispielsweise in Frankreich, Spanien nach der Franco-Ära oder in Italien. Was es gibt, ist der alltägliche Widerstand, sind Einzelaktionen. Im Grunde bedeutet jeder unterlebte Tag ohne Anbiederung, ohne auf Kosten der Mitgefangenen erkauften Vorteil, einen Tag Kampf, einen Tag Widerstand. Die Formen von Widerstand sind vielfältig im Knast, oft auf Anhieb nicht als solcher zu erkennen. Das beginnt beim „Beschwerdeschreiben", endet noch lange nicht beim „Zelle-kommen-lassen". Im letzten Jahresbericht der JVA Rheinbach stellte der A-Leiter fest, die „Beschwerdebereitschaft sei weiter gestiegen". Aktionen im von Euch sicher mit dem Begriff „Kampf" gemeinten Sinn, vor allem kollektive – da läuft nicht viel. Zumindest nicht in Rheinbach. Das liegt mit daran, daß hier über Jahre von drei Leuten ein extremes Spitzel- und Denuntiantenunwesen aufgebaut wurde...

Wie sollen bei solchen Voraussetzungen gemeinsame Kämpfe geführt werden können? Da herrschen „draußen" bei euch oft völlig falsche Vorstellungen. Der Gefangene kennt den Apparat, der ihm gegenübersteht, durch und durch. Kennt vor allem dessen Sanktions- und Machtmittel, das ganze Repressionsinstrumentarium, vom Hausstrafverfahren bis zur 2/3- und Urlaubsverweigerung. Es ist verdammt billig von manchen „draußen", bei offenen Türen, einem Glas Bier und der Freundin im Arm, von Kampf ohne Rücksicht auf Verluste zu reden. Billig, großmäulig vor allem, besonders wenn's von den Linken kommt, die im eigenen Alltag Kompromiß auf Kompromiß mit den Verhältnissen eingehen, bis sie selbst nur ein einziger Kompromiß sind. Wer drin ist, will eines: raus. Und sei's nur für drei Tage Urlaub. Soll ich's ihm verübeln, wenn er sich still verhält, bemüht ist nicht aufzufallen? Wie könnte ich?

Die Grenze liegt dort, wo sich Vorteile auf Kosten von Mitgefangenen verschafft werden. Ich selbst hatte mir im Knast ein neues Ermittlungsverfahren nach 129a eingehandelt, aufgrund einer entsprechenden Denunziation. Der Typ schrieb damals in einem Brief an Posser (bis 1978 JM NRW/Red.) klipp und klar, nähere Angaben würde er gegen Zusicherung von Hafturlaub oder Haftunterbrechung machen, er müßte seine Ehe retten.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: grundlegende Änderungen sind da erst zu erwarten, wenn minimale Voraussetzungen, die für euch draußen Selbstverständlichkeiten sind, wie offene Türen ganztags, damit ungehinderte Kommunikation unter den Gefangenen, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, z.B. wollten in Butzbach Gefangene vor einiger Zeit eine eigene Gewerkschaft gründen, was an den letzten beiden nicht gegebenen Punkten scheiterte, usw., geschaffen wurden. Wie das in Knästen wie Rheinbach, Knästen des C-Vollzugs, also höchste Sicherheitsstufe, erreicht werden könnte – ich weiß es nicht. Nicht mehr, falls man die früheren idealistischen Vorstellungen als Wissen bezeichnen kann. Wie's auf keinen Fall geht: Von „drinnen", von den Gefangenen allein. Dafür sind die Strukturen zu fest, hatten zu lange Zeit, sich ungestört herauszubilden.

AK: *Was Du über Denunziation sagst, läßt doch eigentlich den Schluß zu, die Unterscheidung in politische und normale/soziale Gefangene ist gerechtfertigt?*

Werner: Ach Quatsch! Es gab schließlich auch einen Jürgen Bodeux, einen Ruhland, einen Müller, gab Typen wie Dellwo II und Speitel. Es wird sie noch lange geben. Überall. Aber das sind in der Tat Fälle, Einzelfälle. Die Mehrzahl der Gefangenen gehört nicht zu dieser Sorte. Weder da noch dort. Und ich sagte schon: Diese Mehrzahl kämpft auf ihre Art, unauffällig, ohne Spektakel. Überleg mal, wer lebenslänglich hat, damit die „Perspektive", auf keinen Fall vor 15 Jahren rauszukommen, trotzdem nicht Mitgefangene denunziert, sondern „nur" unterlebt, in dieser Extremsituation, mit so einer „Perspektive" – tut der nicht schon mehr, kämpft der nicht schon bewußter, als eine Menge Linker?

AK: *Werner, eine letzte, sehr subjektive Frage: Nach 5 Jahren erstmals für 3 Tage draußen – was empfindest Du da im Moment?*

Werner (lacht): daß ich mich irr anstrengen muß, um konzentriert zu bleiben, aber vermutlich trotzdem viel zu unpräzise und langatmig antworte. Aber im Ernst: Eine riesige Sommerwiese, mitten darauf ich, mit einer Frau, die mich mag und umgekehrt, und dann stundenlang kuscheln, streicheln, schmusen, das Bedürfnis empfinde ich im Moment. Wen wundert's? Wohlgemerkt, Zärtlichkeit, nicht bumsen! Wenn Du 5 Jahre lang auf Auto-Sexualität zurückgeworfen wirst, ist – zumindest ich empfinde das so – das Bedürfnis nach Streicheleinheiten viel stärker, steht im Vordergrund, als der Wunsch nach letzter Intimität. Ich mußte heute morgen die ganze Zeit mich zusammenreißen, um nicht alle Augenblicke jemand in den Arm zu nehmen, egal ob Mann/Frau. Fürchte, ich wäre – daher das Zusammenreißen – damit ganz schön aufgelaufen, wenn ich euer unkörperliches Verhalten untereinander hier so beobachte.

Leserbrief
Die Kehrseite der Medaille zu Borin Wulf

Es ist mir ebenso wie vielen anderen Gefangenen der JVA II unerträglich, wenn uns der Mitgefangene Wulf unwidersprochen öffentlich denunziert.

Wir betonen: nicht die Masse der Gefangenen setzt sich von Wulf ab, sondern der große intellektuelle Borvin distanziert sich einsam und allein auf seine arrogante Art.

Wir fragen uns, woher nimmt der kleine Pelzdieb – als solcher steht er vor Gericht – die Brust, gegen andere Pelzdiebe zu motzen? Expropiieren nicht beide?

Weshalb läßt sich Wulf eine Jacke, die er sooo stolz trägt, Pullover und Hemden von einem Mitgefangenen schenken, der nach Wulfs Aussage zu den Zuhälterkreisen gehört?

Herr Wulf leistet sich auch einen roten Teppich in seiner privilegierten Zelle – die Masse der Gefangenen hat keinen Teppich und vegetiert in dunkleren und verkommenen Löchern; auf der Isolierstation Dora I werden diese als Abfalleimer bezeichnet.

Nachdem er andere Gefangene ausgiebig ausgenutzt hat – u.a. pflegte Herr Wulf bei einem Mitgefangenen seinen geschnorrten Kaffee unter einem Hitlerbild zu genießen – läuft jetzt offensichtlich die Taktik des Denunzierens, des mehr oder weniger offenen Zusammenarbeitens mit den Bewachern.

Wenn er als politischer Gefangener seine Mitgefangenen am Arbeitsplatz – wo er sich hervortut, Überstunden leisten zu dürfen – denunziert, daß diese Schwarzarbeit leisten zur Aufbesserung ihres minimalen Arbeitsentgeltes, so ist das gewiß nicht mehr politisch.

Wenn er im AK einen sog. Wirtschaftsberater fälschlich denunziert und vorsätzlicher Straftaten bezichtigt, so daß diesem Konsequenzen wegen seines Urlaubes drohen, dann läßt das schon nicht mehr auf eine Mahler-Taktik, sondern auf eine intellektuelle Ruhland-Strategie schließen.

Wir wissen, daß unter den Gefangenen eine Unmenge Widersprüche vorhanden sind. Wir wissen auch, daß eine Mehrzahl der „Lumpen" sich soviel Menschlichkeit bewahrt hat, keine Kompromisse mit der Justiz einzugehen, ihr nicht in die Hände zu arbeiten wie ein B. Wulf, der hofft, sich das Wohlwollen der Unterdrücker erkaufen zu können.

Übrigens wird die Magna Charta durch die Unterschrift von Wulf mitgetragen.

Es ist nie zu spät, Borvin! Finde von Deinem selbsternannten Thron der Menschenfeindlichkeit zurück in die Wirklichkeit zu den Massen – ohne diese bleibst Du genau so ein lebensuntauglicher gefährlicher Spinner, wie Du die Gefangenen zu denunzieren versuchst.

Karl Heinz Galander

Die ‚Liberalisierung' hat nicht stattgefunden

Das Anfang dieses Jahres von ca. 70 bekannten Wissenschaftlern, Publizisten und Juristen gegründete „Komitee für Grundrechte und Demokratie" legte Anfang Mai seinen ersten Arbeitsbericht zum Thema Berufsverbote vor. Die Untersuchung konzentriert sich auf den Zeitraum nach der angeblichen „Liberalisierung" der Richtlinien für die Berufsverbotepraxis durch die Bundesregierung im Januar 79 und befaßt sich mit der Frage, ob es in dieser Zeit tatsächlich eine Veränderung gegeben hat, die die Bezeichnung „Liberalisierung" verdient. Das Komitee kommt in seinem Bericht zu dem Ergebnis: *„Die ‚Liberalisierung' hat nicht stattgefunden".*

Nach den Untersuchungen des Komitees sind auch 1979/80 noch 258 Verfahren in Sachen Berufsverbote anhängig. Diese konzentrieren sich aber keinesfalls auf die CDU/CSU-regierten Länder. So entfallen von den 134 Neufällen (nach dem 1.1.79) 40 % auf CDU/CSU-regierte und 47 % auf SPD/FDP-regierte Länder, sowie 7 % auf Westberlin (SPD-regiert), obwohl die CDU/CSU die Mehrheit der Landesregierungen stellt (und dort auch die Mehrheit der Bevölkerung lebt). Eine Massierung von Fällen ist bei der Bundesbahn und Bundespost (SPD-Bundesministerium), in Baden-Württemberg (CDU), Bayern, Niedersachsen (alle CDU) und NRW (SPD/FDP) zu beobachten. Ausbildungsverbote (d.h. Nichtübernahme nach dem 1. Staatsexamen in den Referendardienst zur Erlangung des 2. Staatsexamens bei Lehrern und Juristen) kommen jedoch in überwiegender Anzahl in CDU/CSU-regierten Ländern vor (25 von 28).

Einer der Kernpunkte der „Liberalisierungs"versprechen war, die Pauschalablehnung bei Mitgliedschaft in einer sog. „verfassungsfeindlichen" Organisation und die damit verbundene Regelanfrage beim Verfassungsschutz (VS) abzuschaffen. Beides wurde nicht eingehalten. Die Begründungen für Berufsverbote konzentrieren sich nach wie vor ganz überwiegend auf Partei- und Organisationsmitgliedschaften sowie auf andere „politische Bindungen" (74 %); in 15 % der Fälle wurde den Betroffenen ihre Aktivität für eine studentische Organisation vorgeworfen; insgesamt wurden also fast 90 % der Fälle nach diesem Kriterium entschieden. Die „konkreten Erkenntnisse" beschränkten sich nach wie vor auf die Teilnahme an Veranstaltungen, Demonstrationen usw., die von kommunistischen Organisationen getragen oder mitgetragen wurden. Die Regelanfrage ist zwar verbal abgeschafft, wobei keine Sicherheit darüber be-

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Fortsetzung von der vorherigen Seite

steht, ob dies de facto eingehalten wird. Gleichzeitig sind an ihre Stelle andere Formen der Nachforschungen getreten wie: Personalfragebögen, „Rasteranfragen" (die den „Vorteil" haben, nicht so zeitaufwendig zu sein), Amtshilfe usw. Das Gros der Berufsverbotefälle liegt nach wie vor mit 59 % im Lehrerbereich; es folgen Bahn und Post (14 %) und das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen (12 %).

Über diese Fakten hinaus, die eindeutig gegen die Propaganda von der „Liberalisierung" sprechen, weist das Komitee darauf hin, daß diese Praxis nicht einmal im Gegensatz zu den neuformulierten Richtlinien steht, denn auch *„die ‚Liberalisierung' der Richtlinien hat nicht stattgefunden."*

Nach wie vor kann nach diesen Richtlinien die Mitgliedschaft als alleiniges Kriterium für eine Ablehnung bzw. Entlassung herangezogen werden, wobei die Regierungsstellen (über den Verfassungsschutz) völlig freie Hand haben, welche Organisationen als „verfassungswidrig" eingestuft werden (und damit die Mitgliedschaft als unvereinbar mit der Arbeit im Staatsdienst).

Das Komitee kommt zu dem Schluß, daß die „Liberalisierung" scheitern mußte, weil sie nur auf „kosmetische Operationen" angelegt war. Als Konsequenzen werden gefordert:

1. Abschaffung jeder Gesinnungsüberprüfung bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst.
2. Das Beamtenrecht darf kein Sonderrecht für den Öffentlichen Dienst schaffen und ist zu korrigieren, wenn es dem Grundgesetz entgegenläuft.
3. Der Kompetenzbereich der Verfassungsschutzämter muß beschnitten werden.
4. Der Begriff „Verfassungsfeind" gehört abgeschafft; insbesondere ist dem VS die Kompetenz zu entziehen, festzulegen, wer „Verfassungsfeind" ist.

Die ganze Studie ist zu beziehen über:
Komitee für Grundrechte und Demokratie
An der Gasse 1
6121 Sensbachtal

Berufsverbotekommission, Hamburg (nach einer Kurzfassung des Berichts)

„Eine erhebliche kriminelle Neigung"

Freiburg. Joachim Schnorr, Mitglied des Arbeitskreises Strahlenschutz in Freiburg, soll nicht zum Staatsexamen in Medizin zugelassen werden – ein bisher in der BRD einmaliger Fall. Sein Antrag auf Zulassung zur Prüfung wurde vom Landesprüfungsamt abgelehnt mit der Begründung, sein Charakter lasse *„eine erhebliche kriminelle Neigung"* erkennen. Es gebe *„abschließende Hinweise für ein schuldhaftes Verhalten, aus dem sich Ihre Unwürdigkeit bzw. Unzuverlässigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufs (ergibt)"*.

Die „Hinweise" konstruiert das Landesprüfungsamt aus einem Gerichtsurteil gegen Joachim Schnorr, in dem er wegen „Eingriffs in den Straßenverkehr" und „Nötigung" zu einer Bewährungsstrafe verknackt worden war. Als Mitglied des AKs war er nämlich an Untersuchungen des Uranabbaus in der Nähe von Baden-Baden aktiv gewesen. Als er das Gelände der Uranmine verlassen wollte, war die Straße von Bauarbeitern blockiert, er selbst mit der Spitzhacke bedroht worden. Retten konnte er sich nur mit riskanten Ausweichmanövern (wobei allerdings niemand zu Schaden kam). Daraufhin war eine Großfahndung gegen ihn eingeleitet worden. Er wurde verhaftet und unter „Mordverdacht" mehrere Monate in U-Haft gehalten. Vor Gericht brachen die ganzen Konstrukte der Staatsanwaltschaft zusammen, und im Urteil wurde ihm sogar eine keineswegs *„rechtsfeindliche Gesinnung"* und ein positiver persönlicher Eindruck auf das Gericht bestätigt, so daß die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden konnte.

Aufgrund dieses Urteils eine „erhebliche kriminelle Neigung" des Angeklagten zu behaupten, ist also völlig absurd. Interessant ist, daß das Prüfungsamt zunächst gegen eine Zulassung zur Prüfung nichts einzuwenden hatte. Der Leiter des Amtes, nach seinem plötzlichen Meinungswechsel über Gründe befragt, erklärte telefonisch, daß „hochgestellte Juristen" in dieser Sache „interveniert" hätten.

Für Interessierte gibt es eine Dokumentation über die Vorfälle und eine Unterschriftenliste beim: Unterstützerkreis gegen das Prüfungsverbot für Joachim Schnorr, c/o Gabriele Schäfer, Julius-Brecht-Str. 2, 7800 Freiburg. Spendenkonto: Nr. 1170 47 – 750 PSchA Karlsruhe.

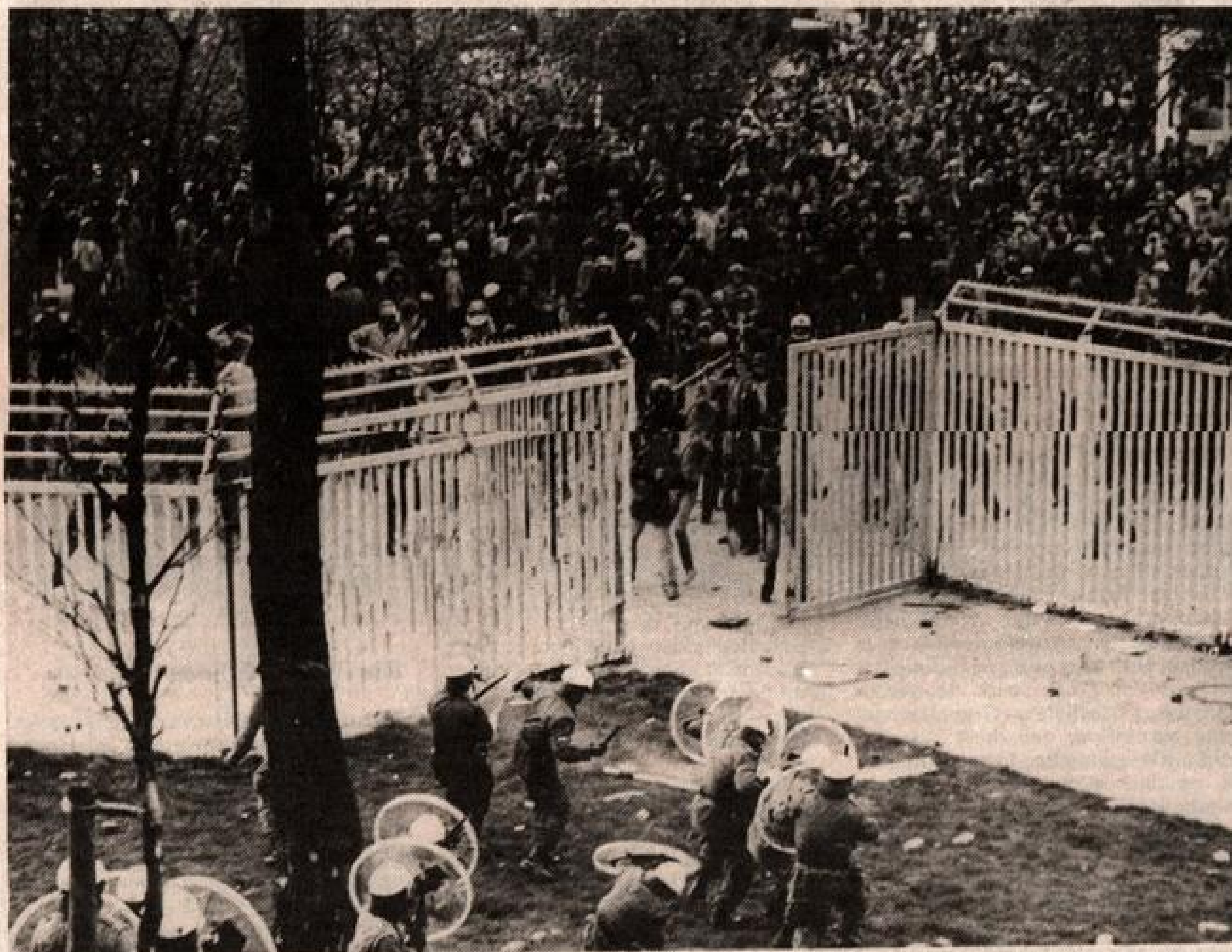
Ja, sie dachten sich das schön!...

Teilnehmer und Augenzeugen berichten über die „Bremer Krawalle"

Es sollte eine schöne Feier werden: der 25. Jahrestag des Eintritts der Bundeswehr in das „westliche Verteidigungsbündnis" NATO. Zur Feier dieses Tages sollten 1.700 Rekruten in einer Massenveranstaltung vereidigt werden. Zeremonienmeister: Alt-Nazi Carl Carstens, heute Bundespräsident. Die Bremer Bevölkerung war zum Jubeln ins Weserstadion geladen.

Wer letztlich erschien, waren an die 15.000 Gegendemonstranten, die wohl größte Demonstration in Bremen gegen Bundeswehr, NATO und Kriegspropaganda seit dem Kampf gegen die Remilitarisierung.

Trotz wochenlanger Proteste von 14 Bremer Jugendverbänden, 200 kirchlichen Mitarbeitern – darunter 53 Pastoren – und allem, was auf dem linken Flügel Rang und Namen hat – bis hin zu großen Teilen der Bremer SPD-Basis – führte die 32. Panzergrenadierbrigade (Schwanewede) diese Veranstaltung durch; mit Hausrecht im Stadion (!) und gestützt vom Bremer Senat mit 1.000 Bremer und 500 Niedersächsischen Bereitschaftspolizisten und insgesamt 5 Wasserwerfern. Die Kriegstreiber und der Bremer Senat tragen damit auch die Verantwortung für das, was möglicherweise als die „Schlacht vom Weserstadion" in die Geschichte eingehen wird.



Kurzfristig gelang es den Bremer Antimilitaristen, die Umzäunung des Weserstadions aufzubrechen ... dann rückten die Bullen wieder vor.

Bremen, 6. Mai, 16 Uhr:

Auf dem Bahnhofsvorplatz treffen die ersten Demonstranten ein, Transparente werden entrollt, teilweise kennen wir sie noch vom 1. Mai: „Carter und Schmidt – wir machen Euren Krieg nicht mit!", „Frauen zum Bund? Nein Danke!", „Krieg dem Krieg!" und vor allem: „Keine Vereidigung im Weserstadion!"

Auch Schwule und Werder-Fans sind dabei: „Warme Brüder gegen kalte Krieger" und „Werder Si – NATO No!" ist auf den Transparenten zu lesen.

Auch die Bremer Grünen marschieren mit vom Bahnhofsvorplatz ab, marschieren mit d e m Teil der Demonstration, der direkt im oder wenigstens am Weserstadion protestieren will: „Schließlich haben wir auch in Brokdorf am Bauplatz demonstriert!". Ein Lautsprecherwagen der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen) kommt an, Schauspieler vom ‚etablierten' „Theater am Goetheplatz" lesen Brecht-Gedichte.

Dann verliest Peter Willers, Mitglied der Gruppe der Bremer Grünen Liste in der Bürgerschaft, eine von der SPD-Spitze schon vorbereitete Erklärung für die Bürgerschaftsdebatte am nächsten Tag, in der es sinngemäß heißt: Die Bremer SPD begrüßt es, daß sich die Bremer Bevölkerung nicht an den Ausschreitungen einer kleinen Minderheit von Extremisten beteiligt habe.

Betroffenheit und Empörung macht sich breit.

16.40 Uhr – Abmarsch:

Die Demonstration wird immer länger: nach den etwa 1.000 Metern bis zur Innenstadt dürften es schon über 5.000 sein, die Richtung Goetheplatz ziehen.

Die Stimmung steigt: heute gehört Bremen den Antimilitaristen und Kriegsgegnern!

Als die Spitze des Zuges den Goetheplatz erreicht, stehen dort die ersten Teilnehmer des anderen Blocks: DGB-Jugend, DKP, VVN, Jusos etc. hatten zu einer Demonstration mit anschließender ‚friedlicher' Kundgebung – etwa 300 Meter vom Stadion entfernt – aufgerufen. Ihre Basis war allerdings teilweise schon seit dem Hauptbahnhof dabei! Pausenlos treffen weitere Demonstranten ein. Um 17.30 Uhr sollte es gemeinsam weitergehen – ein kleiner, gut ausgerüsteter Block kann es nicht abwarten und marschiert los: Richtung Weserstadion! Zehn Minuten später setzt sich die riesige Antikriegsdemonstration in Bewegung. Die Stimmung ist bombig, unterwegs wird eine lebensgroße Carter-Puppe verbrannt; doch schon bald gibt es den ersten Knartsch.

18 Uhr, Lüneburger Straße: ‚Brokdorf oder Itzehoe?' – Stadion oder Weserterassen?

Der von DKP und Jusos organisierte Block hatte sich geschlossen eingereiht, nachdem die ersten 2.000 Demonstraten abmarschiert waren, also relativ weit vorn. An der Lüneburger Straße kommt es zwangsläufig zum Konflikt: geradeaus weiter zum Weserstadion oder rechts ab zur ‚friedlichen' Kundgebung an den Weserterassen? Und dann leider das bekannte Bild:

DKP-Ordner bilden quer über die Straße eine Kette, der Lautsprecherwagen „gibt bekannt", daß jetzt alles zur ‚friedlichen' Abschlußkundgebung marschiert. Während die Spitze längst Richtung Weserstadion unterwegs ist, soll der gesamte Rest der Demonstration zur Abschlußkundgebung auf die grüne Wiese geführt werden. Doch manchmal kommt es anders: nachdem der ‚friedliche' Block vorbeigezogen ist, hüpfen die Ordner zwar im Dreieck, aber nach einem kurzen Gerangel um ein Megaphon umkurvt die Demonstration Lautsprecherwagen und Ordnerkette – weiter geht's, Richtung Stadion!

18.20 Uhr, Weserstadion: Hausrecht bei der Bundeswehr ...

... „Panzergrenadierbrigade 32" steht auf Pappschildern an den Eingängen zum Stadion. Nicht gerade eine Einladung. Im Übrigen ist das Stadion bereits „besetzt": Überall in den Gängen sehen wir rote Barretts, weiße Mützen, weiße Helme, Knüppel und Schilde. Am nächsten Tag wird Innensenator Fröhlich Zahlen nennen: 1.000 Bremer Beamte, 5 Hundertschaften aus Niedersachsen (Stade und Oldenburg) und insgesamt 5 Wasserwerfer sollen die Veranstaltung sichern. Nur zögernd betreten einzelne Linke das Stadion – einzeln, durch ein Spalier von Bundeswehrsoldaten...

Wut breitet sich aus. Längst fliegen die ersten Steine und Knaller gegen diese Demonstration staatlicher Macht und Gewalt. Vor dem Stadion entwickelt sich eine erste Schlacht zwischen militanten Kreigsgegnern und etwa zwei Hundertschaften, die immer häufiger Steine zurückwerfen. Jedes aggressive Vorgehen der Polizei wird in den Stadiongängen von Uniformierten mit begeistertem Gejohle aufgenommen – die Stimmung wird immer gereizter, die ersten Brandsätze fliegen.

Mit Blaulicht und Sirenen rauschen zwei weitere Hundertschaften und die ersten beiden Wasserwerfer heran, müssen aber kurz stoppen: die Zufahrtsstrasse ist aufgerissen und muß notwürftig geflickt werden. Auf den Wegen zu den Stadioneingängen bilden Demonstranten Ketten, viele Besucher der NATO-Feier müssen unverrichteter Dinge umkehren; die Stadiontore auf der Nordseite sind geschlossen worden, außer den geladenen und befohlenen Gästen erreicht kaum jemand die Zuschauerränge. Längst kreist ein Hubschrauber über uns ...

19 Uhr, Osterdeich:

Zwei Bullen packen eine Frau an den Haaren und schlagen ihren Kopf mehrfach auf den Bordstein – empörte Demonstranten können eingreifen und das Schlimmste verhindern. Der Osterdeich (Hauptverkehrsstraße auf dem Weserdeich, 100 Meter vor dem Stadion) ist auf der Länge von mehreren hundert Metern längst in der Hand der Demonstranten; trotzdem haben fünf Bundeswehrbullis den Ehrgeiz, mitten durch die Demonstration zum Weserstadion zu fahren. Demonstranten besetzten die Straße, die Busse müssen stehenbleiben, die uniformierten Herren zu Fuß zum Stadion marschieren – durch ein Spalier von Demonstranten. Ein mit ‚Lametta' dekorierter kurbelt die Scheibe seines Bundeswehrfahrzeuges herunter und schimpft auf die „Kommunistenschweine". Militante kommen dazu, die Scheiben seines Wagens gehen zu Bruch, die Motorhaube wird aufgerissen und der Verteilerkopf verschwindet. Der Motor gibt seinen Geist auf. Fassungslosigkeit macht sich auf seinem Gesicht breit: auch er muß laufen.

Der erste (leere) Bundeswehr-Bulli wird umgeworfen und geht in Flammen auf, auch die anderen werden umgeworfen – Straßensperren gegen die Wasserwerfer.

Die Auseinandersetzung verlagert sich jetzt immer mehr auf den Osterdeich, nach und nach brennen auch die anderen Bundeswehrfahrzeuge. Lange Zeit tobt eine Straßenschlacht, Steine fliegen hin und her. Die Polizei beschränkt sich längst nicht mehr darauf, die Veranstaltung im Stadion zu sichern, sondern macht immer brutaler von ihren Knüppeln Gebrauch.

Manche Demonstraten sehen den Sinn der Auseinandersetzungen nicht mehr, „Aufhören, Aufhören!" rufen sie in kleinen Gruppen. Doch keiner geht – die Wut ist zu groß, Tausende harren aus, protestieren weiter, trotzen weiter Wasserwerfern und Knüppeln.

Über das Stadion ziehen Rauchschwaden, während drinnen das schaurige Spektakel der Vereidigung begonnen hat. Nur etwa 200 Demonstranten sind ins Stadion gelangt.

„Achtung, wenn Sie nicht sofort ruhig sind, stellen wir sie in den Steinhagel Ihrer Freunde draußen!"

„ ... nun waren wir drin, Soldaten, Soldaten, Feldjäger, nichts als Uniformen um uns herum ... auch hier massig Polizei.

All dies Geprügel auf Menschen, deren wochenlanger Protest nichts genützt hatte und die nun mit letzten Mitteln versuchten, ihren Widerstand gegen die Kreigshetze durchzusetzen. ... Wir sahen die Wasserwerfer auf dem Osterdeich, die bundesdeutsche Knüppelgarde im Einsatz. Wieder rannten Menschen zu hunderten davon, stürzten die Böschung herunter ...

Die Kriegstreiber kamen von oben: Apel, Koschnik und Carstens wurden mit Hubschraubern ins Stadion geflogen, doch der Empfang war kläglich: nur ca. 3.000 Bremer wollten das Spektakel miterleben, alle anderen waren dem militärischen Schauspiel ferngeblieben. Ein Erfolg auf alle Fälle!

200 Linke stimmten ein Gejohle, Gepfeife und Gebrüll an, das die Einsatzleitung erstmal veranlaßte, überall
satzleitung erstmal veranlaßte, überall
um uns herum die Jubel-Soldaten aufzustellen und zur Einschüchterung Feldjäger in unserem Nacken. Plötzlich Unruhe auf der Tribüne: ein Durchbruch! Die draußen hatten es geschafft! Wir stürmen durch den Tribünenzugang, wollen sie reinkommen sehen – Pustekuchen! Wasserwerfer und Polizeibeamten riegeln das Loch ab ...

Wir schreien weiter unsere Parolen, pfeifen, der Einsatzleiter mit Megaphon kommt: ‚Achtung! Wenn Sie nicht sofort ruhig sind, stellen wir Sie in den Steinhagel Ihrer Freunde draußen!' Dieser Zynismus: Die nächsten Tage werden die Zeitungen triefen von Tränen über unsere ‚rohe Gewalttätigkeit', aber in Wahrheit haben sie nichts gegen Gewalt, nur uns soll sie treffen ..." (alle, auch die folgenden Zitate aus Berichten von Demonstrationsteilnehmern).

Ein TAZ-Mitarbeiter mit deutlich sichtbarem Presseausweis, ausgestellt von der Panzergrenadierbrigade 32, fotographiert steinewerfende Polizisten. Sein Teleobjektiv wird zerstört, er selbst brutal aus dem Stadion geprügelt. Auch die anderen Protestler werden unsanft aus dem Stadion befördert:

„Mich griffen sie als ersten von hinten und rissen mich los. Zwei rissen und schmissen mich in den Tribünenausgang, ich schrie sie an, einer trat mit dem Fuß. Ein Feldjäger und ein Ziviler rissen mich hoch: der Feldjäger drehte meinen Arm um, der Zivile zog seinen Holzknüppel hervor, holte aus und zischte: ‚Halt die Schnauze, Ich hau zu!' Das reichte, sie hatten mich ..."

Der Vorplatz des Stadions ist inzwischen vollständig geräumt, trotzdem bleiben Tausende bis zum Schluß stehen, lassen sich von Wasserwerfern durchnässen, aber protestiren weiter, weichen keinen Schritt zurück.

22.30 Uhr, Osterdeich: „Ich dachte nur noch, die schlagen mich tot!"

Das Spektakel im Stadion ist zu Ende; beim Abzug verhalten sich alle sehr diszipliniert: Ketten werden gebildet, auf dem Osterdeich formieren sich noch einmal ein Zug von mehreren tausend Antimilitaristen. Ein langsamer Rückzug soll beginnen ...

„ ... weit hinter uns sahen wir weiße Helme und Schilde, Tränengas brannte in unseren Augen. Immer schneller kam die Knüppelgarde näher, Panik bricht aus. Wir begreifen, daß die Bullen noch einmal voll zu-



langten .. Ein Blick über die Schulter: Eine Reihe nach der anderen wurde zerschlagen. Schreie. Noch eine Reihe zwischen und den Bullen ..."

,,Ich höre hinter uns das rhythmische Geklopfe. Erst später erfuhr ich, daß das die nachrückenden Bullen waren, die sich durch das Klopfen auf ihre Schilder in Stimmung brachten. Dann ging das Gerenne los. Vor mir fiel eine Frau, als ich ihr helfen wollte, stolperte ich selbst. So am Boden ging die Prügelei auch schon los; die Bullen rufen: ,Bringt sie alle um die Schweine!' und ähnliches. Mit mehreren Leuten stürzten sie auf mich ein, ... rannten von einem zum anderen und schlugen drauf, bis sich nichts mehr rührte. Ich erhielt mehrere Schläge auf den Kopf und auf den Rücken. Als ich die Arme hob, droschen sie drauf. In diesem Moment dachte ich nur noch: die schlagen mich tot!"

Bei diesem brutalen Überfall gibt es die meisten Verletzten unter den Demonstranten: Platzwunden am Hinterkopf (durch Schläge auf die sich zurückziehenden Demonstranten), Knochenbrüche, ausgeschlagene Zäne, Prellungen. Krankenwagen, die vom Bürgerhaus Weserterassen aus angefordert werden(dort wurden viele Verletzte ambulant behandelt), kommen nicht mehr durch, da sie verletzte Demonstranten, darunter viele Frauen, von der Straße auflesen.

Demonstranten müssen durch Löcher in Zäunen, durch Vorgärten, Keller und Hinterhöfe fliehen, viele schaffen es nicht, viele können sich aber noch einmal sammeln. Die Demo erreicht dann unbehelligt das Ostertorviertel, dort löst sie sich auf.

aber noch einmal sammeln. Die Demo erreicht dann unbehelligt das Ostertorviertel, dort löst sie sich auf.

Terror auf den Polizeiwachen:

Nach offiziellen Angaben werden an diesem Abend 17 Demonstranten verhaftet, zum Teil schwer verletzt, zum Teil werden sie auf den Wachen mißhandelt: 2 Schüler, die unverletzt verhaftet werden – dafür gibt es Zeugen – müssen auf der Wache durch eine Reihe von 16 Bullen „Spießrutenlaufen", offiziell wird es später heißen: „Widerstand bei der Festnahme..."

7. Mai, vormittags:

In der Mozartstraße im Bremer Ostertorviertel werden 8 Hamburger verhaftet, die Helme und Material in einen Wagen laden. Sie erhalten eine Anzeige wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung", die Wohngemeinschaft, bei der sie übernachtet haben, eine Anzeige wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".

Tage später wird auch der letzte wieder freigelassen, der „harte Kern der RAF", wie erst gejubelt wurde, war es denn wohl doch nicht.

Zwei Dementis:

– Noch am Mittwoch verbreitete die Bremer Polizei, ein Beamter, der von einem Brandsatz getroffen wurde, sei seinen Verletzungen erlegen. Tatsache ist, daß ein Bulle Feuer gefangen hatte, die Flammen wurden jedoch sofort gelöscht. Er war danach übrigens sofort wieder im Einsatz.

– Noch in der Bundestagsdebatte am 13.5. wurde berichtet, daß ein Bundeswehrangehöriger mit einer Eisenstange in seinen brennenden Wagen zurückgeprügelt wurde und erst unter Lebensgefahr blutüberströmt fliehen konnte.

Tatsache ist, daß er – nachdem der Wagen schon brannte – den Helden spielen und den Feuerlöscher aus dem Wagen holen wollte. Daran (!) wurde er gehindert, im übrigen wurde er kaum verletzt.

KB/Gruppe Bremen

Zur Diskussion in der Linken über den 6. Mai in Bremen

Nach den „Bremer Krawallen" – inzwischen vielzitierter Begriff für militanten Antimilitarismus – hat es in der Linken unterschiedlichste Reaktionen auf die unerwartet heftige Radikalisierung gegeben: von der empörten und vollständigen Distanzierung hin zur Ablehnung jeder Distanzierung und dem ausdrücklichen Bekenntnis zum militanten Protest. Ebenso weit auseinander gehen die Einschätzungen, ob die Gegenaktionen vom 6.Mai letztlich eine Erfolg oder eine Niederlage für die Antikriegsbewegung bedeuten.

Zur Diskussion dieser Frage fand am 12.5. in Bremen bereits eine von der BBA organisierte Veranstaltung statt, die mit ca. 700 Teilnehmern hoffnungslos überfüllt war und auf der Vertreter aus allen Bereichen der Bremer Linken ihre Sicht der Dinge darlegten. Im Folgenden wollen wir die unterschiedlichen dort eingebrachten und in schriftlicher Form veröffentlichten Positionen vorstellen.

Die Jungsozialisten

Die wohl schärfste Form der Distanzierung von den ,,gewalttätigen Demonstranten" kommt von den Jusos. Ihr Sprecher verurteilte nicht nur die ,,Ausschreitungen" der ,,kleinen Provokateursgruppe" vor dem Weserstadion, sondern wertete das ganze Vorgehen der Militanten als Teil einer gezielten Taktik von Polizei und Bundeswehr gegen die ,,friedlichen" Demonstranten. Angefangen habe es mit dem Hubschrauber, der so niedrig über der von DKP, Jusos etc. veran-

Demonstranten. Angefangen habe es mit dem Hubschrauber, der so niedrig über der von DKP, Jusos etc. veran-

staltleten ,,friedlichen Gegenkundgebung herumflog, daß diese sich alsbald auflösen mußte; fortgesetzt wurde es mit dem Auftauchen von Bundeswehrfahrzeugen auf dem von Demonstranten besetzten Osterdeich, welche dann in Flammen aufgingen; der Gipfel dieser ,,Polizeitaktik" sei dann gewesen, daß ,,die kleine militante Chaotengruppe" nicht sofort festgenommen worden sei, sondern stundenlang Polizei- und Bundeswehrkräfte attackieren und dadurch den Charakter der gesamten Protestaktion bestimmen konnte.

Auf ähnlicher Ebene hatte sich der Juso-Landesvorsitzende Uwe Parpert in der Presse geäußert: er kritisierte Polizei und Innensenat, außer der von DKP und Jusos initiierten Demonstration überhaupt eine weitere genehmigt zu haben und dem KBW nicht das Aufstellen eines Lautsprecherwagens vor dem Stadion verboten zu haben. Damit wird von den Jusos unverholen

Aufstellen eines Lautsprecherwagens vor dem Stadion verboten zu haben. Damit wird von den Jusos unverholen

eine noch stärkere staatliche Repression gegen die radikale Linke gefordert.

Die Jusos sind dabei in der schwierigen Lage, ihre auch von der SPD-Führung geforderte Integrationsfunktiongegenüber der linken und anitmilitaristischen Bewegung erfüllen zu müssen (deshalb durften sie mit Billigung des Landesvorstandes zum Protest gegen die Rekrutenvereidigung aufrufen), sich gleichzeitig aber in der Linken gegen die (hier sichtbar gewordene) radikale Ablehnung des herrschenden Systems und seiner Kriegsvorbereitung stellen zu müssen.

Die Revisionisten

Auch der SHB, ein DKP-naher Hochschulbund, verfällt in regelrechte Hetze gegen die militanten Demonstranten. Der SHB distanziert sich mit einem Flugblatt an der Hochschule für Wirtschaft prinzipiell von ,,*solchen gewalttätigen Methoden*" und bringt es fertig, sie mit ,,*neonazistischen Kampfmethoden*" gleichzusetzen.

* * *

Die DKP ging in der ,,UZ" vom 8.5. zunächst relativ maßvoll auf die ,,*spektakulären Ereignisse*" ein: Durch das Verhalten des Bremer Senats und das riesige Polizeiaufgebot ,,*kam es ... zu Zusammenstößen*". ,,*vor allem von außerhalb angereiste Personen*" hätten sich ,,*durch dieses Aufgebot zu Handlungen hinreißen*" lassen. Mit dieser klaren Gewichtung der Verantwortung war man offenbar im DKP-Parteivorstand nicht zufrieden, sodaß ab dem 9.5. auch in der ,,UZ" das Geheul losging: Die Zusammenstöße seien ,,*wie bestellt .. organisiert*" worden. ,,*Das kann kein Zufall sein*". Es habe sich um ,,*organisierte Provokationen*" gehandelt (9. 5.).

* * *

Noch wilder ging es in der DKP-nahen ,,Neuen" zu: ,,*Extremisten*" seien ,,*über Polizeibeamte hergefallen*"; die Straßenschlacht sei von ihnen ,,*provoziert*" und ,,*möglicherweise sogar inszeniert*" worden. (14.5.). Es habe sich um ,,*unpolitische Schläger*" gehandelt, die daran schuld seien, ,,*daß jetzt immer mehr SPD/FDP-Politiker die Kalten-Kriegs-Formeln der CDU/CSU übernehmen*" (9.5.) — nebenbei ein phantastisches Weltbild in einer Tageszeitung, in der Herausgeber Guggomos anläßlich der sowjetischen Intervention in Afghanistan in kaum gebremsten Jubel aubrach. Neben den Varianten „**Extremisten**" (14.5.) und „**unpolitische Schläger**" (9.5.) war am 14.5. in der „Neuen" auch eine Darstellung zu lesen, in der ,,**die Provokateure**" geradezu als Polizei-Agenten dargestellt werden. Lang und schlapp wird sich dann darüber empört, daß die Polizei nicht prompter und härter gegen die ,,*Provokateure*" vorgegangen sei — offenbarer Beweis der Komplizenschaft zwischen der Polizei und den ,,*Provokateuren*"! ...

Die Bremer Grünen

Die Bremer Grünen

Ebenfalls zur Distanzierung genötigt sahen sich die vornehmlich im Hochschulbereich angesiedelten Mitglieder der Gruppe ,,Links für Grun". Von ihnen wurde während der Bremer Veranstaltung vertreten, man dürfe nun nicht die Polizeibrutalität am Abend des 6.5. in den Vordergrund stellen — das legitimiere nur die Gewalt, die aus den Reihen der Demonstranten angewendet wurde: eine ,,selbsternannte Avantgarde von 50 Leuten" habe der gesamten Demo die Form des Protestes diktiert. Der Sprecher J.M. stellte die Frage, warum dagegen nicht von Seiten der Demonstranten eingeschritten worden sei. Durch diesen Verlauf der antimilitaristischen Aktion sei daraus eine ,,komplette Niederlage" geworden. Er forderte, künftig die Form des Protestes verbindlich festzulegen.

Erfreulich und erstaunlich zugleich war dagegen die Stellungnahme des grünen Bürgerschaftsabgeordneten Axel Adamietz, der im Namen der Bremer Grünen Liste sprach. Er distanzierte sich nicht von den militanten Aktionen, sondern wertete die Protestaktion insgesamt als Erfolg — wenn auch noch nicht entschieden sei, ob sie nun ein voller Sieg seien. Gegenüber der Kampfform sei jedenfalls der Inhalt des Kampfes als wesentlicher zu betrachten — ,,die Masse wollte eben nicht nur friedlich ein Liedchen singen".

BBA/Spontis

Eine taktisch begründete Distanzierung brachten bekannte Mitglieder aus der BBA und Spontikreisen. Schädlich sei gewesen, daß die Gruppe der Militanten gleich zu Beginn die Konfrontation mit den Polizeikräften eingegangen sei. Das sei nicht abgesprochen gewesen und habe eine schnelle Eskalation bewirkt. Wenn aber von uns militant vorgegangen werde, müsse das ,,moralisch picobello" zu rechtfertigen sein. Dies sei anfangs nicht der Fall gewesen. — Damit ist eine Frage aufgeworfen, die gegenwärtig in der Bremer Linken viele beschäftigt, die nicht prinzipiell gegen Militanz sind, die aber wohl erst in Reaktionen auf Polizeibrutalitäten gerechtfertigt sehen. Ein ,,freischwebender Linker" hielt auf der Veranstaltung dagegen, militanter Widerstand sei allemal gerechtfertigt, da dieses System schon lange und tagtäglich mit Gewalt gegen uns vorgeht (Atomprogramm, kapitalistische Ausbeutung etc.) und offziell gebilligte Widerstandsaktionen der Bevölkerung fast vollständig ohne Wirkung bleiben. Schon die Wut und Verzweiflung darüber rechtfertige militante Aktionsformen. Dieser Beitrag erhielt großen Beifall im überfüllten Saal, was die Stimmung der hier hauptsächlich anwesenden radikalen ,,undogmatischen Linken" widerspiegelt: von Distanzierung wollen die meisten nichts wissen.

„Komitees für Demokratie und Sozialismus" und „Gruppe Arbeiterpolitik"

Sozialismus" und „Gruppe Arbeiterpolitik"

In Abwandlungen vertreten die ,,Komitees für Demokratie und Sozialismus" und die Gruppe ,,Arbeiterpolitik" ebenfalls einen Standpunkt, der sich gegen prinzipielle Distanzierung wendet, eine taktisch begründete aber dennoch vornimmt. Der Sprecher der ,,Komitees" wandte sich gegen das

Fortsetzung auf der nächsten Seite



In Zukunft erwünscht: Jusos, DKP'ler und friedfertige TAZ-Fans weisen einen anarchistischen Provokateur in seine Schranken.

Gedanken eines Friedfertigen

Mit Wut und Trauer
sehe ich immer wieder solche Bilder:
Waffenstrotzende Polit-Macker
bauen Barrikaden
werfen Steine
prügeln Menschen in Uniform
gefährden Unbeteiligte.

Linke wollen das sein?

Für mich aber seid ihr:
potentielle Mörder, die
in der geistigen Pubertät stecken.
Nicht besser als KZ-Schergen und
Amis in Vietnam.

Wir
die Friedfertigen
müssen euch genauso
bekämpfen wie die Staatsmacht.

Denn wir sind gegen jede Gewalt.
Darum müssen wir euch ausgrenzen
euch in den Arm fallen.
Wenn ich einen von euch erwische
dem könnte ich
mit dem Knüppel
oder auch mit einem Stein
falls greifbar
so auf den Kopf
daß er kapiert
wie man alternativ demonstriert.

(Unter Verwendung von „Original-Texten aus der „TAZ")

Vorgehen der Miltanten, da es nicht nützlich gewesen sei, sondern Ohnmacht gegen den staatlichen Gewaltapparat demonstriert habe. Angesichts der Widersprüche, die die Rekrutenvereidigung in der SPD ausgelöst habe, und angesichts der nach wie vor bei der überwiegenden Masse der Bevölkerung vorherrschenden Meinung, die Bundeswehr sei eine in ihrem Interesse notwendige Einrichtung, wiege z.Zt. ein Argument gegen die Bundeswehr ungleich schwerer als ein Stein. Auch die „Arbeiterpolitik" stützt ihre Bedenken darauf, die militanten Aktionen hätten eine abschreckende Wirkung gehabt und behinderten dadurch eine Verbreiterung.

„Initiative Krieg dem Krieg" und KB

Gegen die Distanziererei sprach sich auch die „Initiative Krieg dem Krieg" aus. Deren Sprecher meinte, wir sollten uns nicht selber durch die Distanzierungskampagne vom eigentlichen Grund der Demonstration abbringen lassen: die Gefahr eines 3. Weltkrieges. In einem Flugblatt hatte die Initiative bereits erklärt: *„Die Verantwortung für alle Auseinandersetzungen am 6.5. liegt von Anfang an bei den Veranstaltern, bei Bundesregierung, Bundeswehr und Landesregierung."* Ebenso wie die anderen Anti-Distanzierungs-Stellungnahmen wurde bei der Veranstaltung auch der Beitrag des KB mit Beifall aufgenommen. Darin wurde noch einmal die Berechtigung des militanten Vorgehens daraus begründet, daß die Veranstalter sich durch die breitesten Proteste, die es seit der Bewegung gegen die Remilitarisierung der BRD gegeben hat, nicht einen Deut von ihrem militaristischen Schauspiel haben abbringen lassen; es könne nun keinesfalls zugelassen werden, daß auf Druck eben dieser Kreise eine Spaltung zwischen „Friedlichen" und Militanten" vollzogen werde, sondern der Trennungsstrich sei zwischen Kriegstreibern und Gegnern zu ziehen.

In einer Pressemitteilung erklärt auch die Alternative Liste Bremen, daß für *„die gewaltsamen Auseinandersetzungen [...] die Organisatoren der Militär-Show die Verantwortung"* tragen.

Beinahe alle Diskussionsredner auf der Veranstaltung zogen eine Konsequenz aus den Ereignissen am 6.5.: derartige Großaktionen müssen künftig noch besser koordiniert und organisiert werden. Die „Arbeiterpolitik" schlug vor, einen ständigen „Koordinationsrat" aller linken Gruppen in Bremen zu schaffen, der nicht nur bei anstehenden Großaktionen hilfreich sein könnte. Diesem Vorschlag sollte unbedingt nachgegangen werden. Eine weitere Veranstaltung dieser Art soll in ca. 4 Wochen stattfinden, um das Thema Kriegsgefahr zu diskutieren.

KB/Gruppe Bremen

den. Eine weitere Veranstaltung dieser Art soll in ca. 4 Wochen stattfinden, um das Thema Kriegsgefahr zu diskutieren.

KB/Gruppe Bremen

Emden
Protestaktion gegen Vereidigung

Ca. 800 - 1.000 Menschen demonstrierten am 14.5.1980 gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im „Kickers-Stadion" in Emden.

Bereits im Vorfeld der Demonstrationen versuchten die Medien der BRD die Bevölkerung – gerade auch in Hinblick auf die „blutigen Krawalle" in Bremen – mit den nötigen Hetzparolen auf die zu erwartenden Widerstandsaktionen einzustimmen.

Polizeistaat

Was Emden dann am „Heißen Mittwoch" an „Sicherheitsmaßnahmen" miterleben durfte, war noch nicht dagewesen: Über 1.000 Bullen aus ganz Niedersachsen, bewaffnet mit Knüppel, Schildern, Helmen, Gasmasken, Chemical Mace, Maschinengewehren,



Feldjäger riegeln den Eingang vor den Demonstranten ab.

scharfen Hunden, Wasserwerfern etc., verstärkt durch 200 „Feldjäger", verwandelten das Stadion in eine waffenstarrende Festung, die teilweise mit Stacheldraht umzäunt war. Bereits zwei Tage im Voraus kreisten Hubschrauber über der Stadt und pa-

scharfen Hunden, Wasserwerfern etc., verstärkt durch 200 „Feldjäger", verwandelten das Stadion in eine waffenstarrende Festung, die teilweise mit Stacheldraht umzäunt war. Bereits zwei Tage im Voraus kreisten Hubschrauber über der Stadt und pa-

trouillierten Mannschaftswagen in den Straßen.

Die drei Ausfallstraßen Emdens waren durch Bullensperren besetzt, die verdächtige PKW sowie Busse durchsuchten, Flaschen, Kanister und Transparentstangen beschlagnahmten.

Im Umkreis von 500 Metern vor dem Stadion das gleiche Spiel: Verdächtige Personen wurden durchsucht, Taschen durchschnüffelt, Personalkontrollen und Beschlagnahmung von Halstüchern und Flaschen durchgeführt. Dann gings weiter vorbei an Bullenketten, dahinter Sperrgitter und Stacheldraht. Am Stadiontor nochmals Taschenkontrolle und Leibesvisitation.

Ca. 500 Antimilitaristen versammelten sich am Zaun des Stadions und veranstalteten ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert (das innerhalb des Stadions jedoch leider kaum wahrnehmbar war), während eine andere Kundgebung in der Innenstadt mit ca. 400 Menschen stattfand.

Zur Vorgeschichte

Wie kam es zu diesen zwei Demonstrationen?

Am dritten Mai, kurz nach Bekanntgabe der öffentlichen Vereidigung auf dem Emdener Rathausplatz luden die „Falken" zu einer Vorbesprechung eventueller Gegenaktionen ein, zu dem jedoch nur ein ausgewählter Kreis (von SHB bis DKP und wieder zurück) erwünscht war. N i c h t eingeladen wurden SOdZDL, Initiativen gegen Atomanlagen, Autonome Frauenhochschulgruppe, Bunte Liste der FHO und der KB.

Auf die Frage, warum dies nicht der Fall sei, antwortete ein Vertreter der „Falken" auf dem Treffen frei heraus, daß man halt nur das „demokratische Spektrum Emdens" eingeladen hätte! Nach dieser Unverschämtheit zu Beginn der Sitzung wurde vom AStA-Vertreter die Notwendigkeit einer Plattform dargestellt und – von den „Falken" prompt prästentiert. Es handelte sich dabei um eine Plattform des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KOFAZ), in der in üblicher Revi-Manier die hervorragenden Leistungen der „Entspannungspolitik" etc. hochgejubelt wurden.

Begeistert wurde diese Plattform von den Anwesenden (ohne inhaltliche Auseinandersetzung!) als Grundlage für die Gründung eines örtlichen KOFAZ begrüßt, wobei gleich klargestellt wurde, daß diejenigen, die sich nicht hinter die Plattform stellen würden, nicht als Bündnispartner in Frage kämen.

Kriminell wurde es, als von AStA- und SDAJ-Vertretern für eine eventuelle Demo „Transparentkontrolle" gefordert und auch durchgesetzt wurde!

Gleichzeitig setzte das KOFAZ

nispartner in Frage kämen.

Kriminell wurde es, als von AStA- und SDAJ-Vertretern für eine eventuelle Demo „Transparentkontrolle" gefordert und auch durchgesetzt wurde!

Gleichzeitig setzte das KOFAZ

fest, daß eine direkte Störung der Veranstaltung nicht in Frage käme. Damit war ein Bündnis mit der KOFAZ zunächst gestorben.

Die Alternative

Am 6.5. luden daraufhin KB und ESG zu einem alternativen Treffen ein, an dem sich die BuLi der FHO, die Autonome Frauenhochschulgruppe (AFHG), die SOdZDL, die Initiative gegen Atomanlagen (IGA), die ESG und der KB beteiligten.

Den ca. 30 Anwesenden war klar: Es wird eine für alle Antimilitaristen offene Aktion gemacht, die direkt die Vereidigung verhindern oder zumindest stören sollte.

Ein gemeinsames Flugblatt unter der zentralen Forderung: „Keine öffentliche Vereidigung in Emden und anderswo!" wurde herausgegeben und in einer Auflage von 5.000 Stück in Emden und Umgebung verteilt.

Währenddessen begann die Hetzkampagne gegen die Auseinandersetzungen in Bremen, und auch die Revis und linken Sozialdemokraten Emdens übertrafen sich gegenseitig im Distanzieren.

Das KOFAZ begann am Donnerstag recht zaghaft mit der Mobilisierung zu ihrer Kundgebung in der Innenstadt, bis sich am Freitag morgen der ganze Sachverhalt änderte: Aufgrund der Widerstandsaktionen in Bremen sagten Oberbürgermeister und Artilleriekommandant die öffentliche Vereidigung auf dem Rathausplatz ab und verlegten sie in die Kaserne.

militaristen. Das KOFAZ zog sich zurück, während für die Aktionseinheit weiterhin klar war: Die Kundgebung in der Nähe des Rathauses wird stattfinden! Nicht zu Unrecht, wie sich bald herausstellen sollte.

Provokation der Kriegstreiber

Denn bereits am darauffolgenden Montag, dem 12.5., wurde die Absage „berichtigt". Und zwar hatte sich Kriegsminister Apel gleich nach Bekanntwerden der Absage ans Telefon gehängt und die unbedingt öffentliche Vereidigung unter seiner Beteiligung angeordnet, nach dem Motto: „Jetzt erst recht!".

Als neuer Vereidigungsort wurde nun das ca. 2 km von der Stadtmitte entfernt liegende „Kickers-Stadion" genannt. Die Mobilisierung der AE lief nun auf Hochtouren und auf einem erneuten Treffen einigten sich die ca. 50 Anwesenden (!) auf folgendes Vorgehen: Um 19 Uhr würde in der Nähe des Rathauses eine Kundgebung bis ca. 20 Uhr durchgeführt werden, die dann offiziell aufgelöst werden sollte.

Allen war klar, daß danach ein Spaziergang zum Stadion stattfinden würde.

Einen Tag später beschloß das KOFAZ, nun doch eine Kundgebung mit Demo durchzuführen (rein zufällig auch um 19 Uhr, versteht sich!),

Allen war klar, daß danach ein Spaziergang zum Stadion stattfinden würde.

Einen Tag später beschloß das KOFAZ, nun doch eine Kundgebung mit Demo durchzuführen (rein zufällig auch um 19 Uhr, versteht sich!),

nicht ohne vorher bei der ESG anzurufen und vorsichtshalber einmal anzufragen, ob man zum abendlichen AE-Treffen nicht einen KOFAZ-Vertreter zwecks Bündnisverhandlungen schicken dürfe, was bejaht wurde.

Als am Abend dann die Vertreter nicht erschienen, fragte die ESG nochmals telefonisch an, warum dies nicht der Fall sei. Der KOFAZ-Vertreter bestritt jedoch, daß es je eine solche Abmachung gegeben hätte (!!), denn das KOFAZ würde eine eigene Sache machen, und die AE-Beteiligten sollten nicht auf die Idee kommen, auf der Demo zu erscheinen, man hätte sonst ein paar ‚Burschen' bereit stehen....

Noch am selben Abend begann die Mobilisierung der KOFAZ (die schon ihre Merkwürdigkeiten hatte: So wurde der Vorsitzende der SDAJ in einer Kneipe dabei erwischt, wie er ein Mobilisierungsplakat der AE abriß!).

Der „heiße Mittwoch"

Am Vormittag des 14.5. erhielt die AE eine Einladung des KOFAZ, zu einem Bündnistreffen im AStA-Büro zu erscheinen. Dort angekommen, wurde von Seiten des KOFAZ die „Bereitschaft zur Zusammenarbeit" bekundet unter folgenden Bedingungen:

1. Keine Provokation und Störung gegen die Vereidigung!
2. Alle AE-Transparente müssen dem KOFAZ zur Genehmigung vorgelegt werden!
3. AE-Flugblätter und Zeitungen dürfen nicht auf der Kundgebung verteilt werden!!
4. Ein Redebeitrag der AE muß dem KOFAZ zur Genehmigung vorgelegt werden!!!
5. Eine Rede der AE darf nicht von einem KB'ler gehalten werden!!!!

Auf diese dreisten Forderungen hin verließen die AE-Vertreter das Treffen. Am selben Vormittag wurde der AStA-Referent BRD/Internationales, offizieller KOFAZ-Vertreter, dabei erwischt, wie er ausgelegte Flugblätter der AE vernichten wollte. (Peinlich, peinlich!).

In der Presse wurde unterdessen schon eifrig gegen die „Chaoten" Stimmung gemacht. Auf der einen Seite warf sich OB Klingenborg (SPD) mit einem Aufruf „Alle Demokraten sind zum Gelöbnis aufgerufen!" in der Emder und der Ostfriesenzeitung („EZ", „OZ") ins Zeug: *„Menschen, die mit Steinen und selbstgebastelten Bomben auf Bundeswehr und Sicherheitskräfte werfen, zielen auf diesen Staat und seine Verfassung. (....) Ich rufe die Bürger Emdens und Ostfrieslands auf: Lassen Sie uns gemeinsam den Kampf gegen die Verfassungsfeinde aufnehmen!"* („EZ", „OZ", 14.5.). Gleichzeitig wurde die „Einsatzbereitschaft der Polizei" groß herausgestrichen und Warnungen an „militante Chaoten" gesandt.

Aber auch die Jusos und KOFAZ ließen sich nicht lumpen. In einer Stellungnahme der Jusos wandte man sich gegen die *„von einer kleinen Gruppe z.T. angereister Schläger durchgeführten Gewaltaktionen"* in Bremen und distanzierte sich schon im voraus *„auf's Schärfste"* von den zu erwartenden Störungen in Emden. Der Sprecher des KOFAZ, der sich noch dafür entschuldigte, daß sich

Gruppe z.T. angereister Schläger durchgeführten Gewaltaktionen" in Bremen und distanzierte sich schon im voraus „auf's Schärfste" von den zu erwartenden Störungen in Emden. Der Sprecher des KOFAZ, der sich noch dafür entschuldigte, daß sich

ihre Kundgebung und die Vereidigung zeitlich überschneiden würden (!), erklärte: *„Man wolle mit diesem Zug durch die Emder Innenstadt und der sich anschließenden Kundgebung nicht gegen die Bundeswehr und ihre Soldaten schlechthin ‚schießen', sondern lediglich Anstoß nehmen an der öffentlichen ‚Zurschaustellung'"* („EZ",14.5.).

Die Kundgebungen

Gegen 19 Uhr begannen die beiden Kundgebungen mit jeweils ca. 400 bis 500 Menschen. Auf der Kundgebung der AE wurde vom Vertreter der ESG eine vorher vereinheitlichte Rede gehalten, danach sprach eine Vertreterin der AFHG zum Thema „Frauen zum Bund" und schließlich wurde noch eine Resolution einer Norder Initiative gegen die Vereidigung verlesen. Als dann gegen 20 Uhr die Kundgebung für beendet erklärt wurde, begann der Spaziergang zum Stadion, dem sich alle Teilnehmer anschlossen. Verwirrung kam auf, als man auf den KOFAZ-Demozug traf, der kurzfristig ca. 200 Leute für sich vereinnahmen konnte. Innerhalb von 15 Minuten jedoch waren diese 200 wieder auf dem Weg zum Stadion (wobei noch etliche Leute gewonnen werden konnten). Am Stadion angekommen, begann das Pfeifkonzert von ca. 500 Menschen. Gegen 21 Uhr bildete sich spontan eine kämpferische Demo mit 300 Teilnehmern, die nochmals in die Innenstadt zogen, kurzfristig Kreuzungen und den Rathausplatz besetzten und mit Tanzen, Kettenbilden etc. bis 22.30 Uhr die hinterherflitzenden Bullen an der Heimreise hinderten.

Aufgrund dieses guten Ergebnisses plant die AE nunmehr die Erstellung einer Broschüre.

KB Emden

KPD•ML distanziert sich von "Ausschreitungen"

Die KPD/ML ist von der DKP immer weniger zu unterscheiden. Jetzt hat sie sich sogar schon von den „Ausschreitungen der Spontis" in Bremen „distanziert". Um *„Randerscheinungen"* habe es sich gehandelt. *„Diese von den 100 bis 200 Spontis inszenierte Schlacht war ein Fehler und hat der machtvollen Demonstration geschadet. Denn so ist es den herrschenden Politikern und ihren Schreiberlingen in den Redaktionen der Zeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten gelungen, von der eigentlichen Bedeutung der Demonstration abzulenken..."* („Roter Morgen", 16.5.80).

Wer denkt da noch an die längst vergangenen Zeiten, als KPD/ML-Vorsitzender Aust seine Jünger in sinnlose, isolierte Schlachten mit der Polizei schickte – wie etwa an jenem ruhmreichen „Roten Antikriegstag" 1972 in München? Die KPD/ML hat sich früher (zuletzt anläßlich von Brokdorf II) immerhin des Rufes erfreut, in den Fäusten d a s zu haben, was ihr im Kopf fehlt. Dieser Ruf ist inzwischen auch verblüht. Militanz gibt es bei der KPD/ML offenbar nur noch, wenn es gilt, maoistische Abweichler zusammenzuschlagen, wie auf dem Sommerlager der ML-Jugendorganisation „Rote Garde" im letzten Jahr.

Friedensaktivitäten zum 8. Mai

Friedenswochen in Hamburg
Ein guter Anfang

Höhepunkte der Friedenswochen waren die Ausstellung „Nie wieder Krieg", die von über 80 Schulklassen und diversen Einzelpersonen bestaunt wurde, sowie die Podiumsdiskussion zum Thema „Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern" mit rund 1.300 Zuhörern, die eine sehr interessante Diskussion erlebten. Insbesondere die sogenannten „Bremer Krawalle", die wenige Tage vor der Podiumsdiskussion stattfanden, wurden nach einem „Live-Bericht" eines Bremer „Krawallmachers" heiß und kontrovers diskutiert, wobei die überwiegende Mehrheit der Anwesenden deutlich machte, daß auch für sie die Bremer Aktion ein Auftakt für weitere Aktivitäten, keineswegs aber Anlaß zu irgendwelchen Distanzierungen gegen Teile der Demonstration ist. Insbesondere die Podiumsdiskutanten Karl-Heinz Roth und Jean-Piere Vigier *„In den Augen unserer Feinde sind a l l e Widerstandskämpfer ‚Politrocker'* " sprachen sich gegen jegliche Distanzierung aus.

Einstimmig wurde auf der Diskussionsveranstaltung eine Resolution angenommen, die *„Angesichts der drohenden ... Kriegsgefahr"* alle Hamburger Gruppen auffordert, sich endlich an einen Tisch zu setzen und eine „ständige Friedenskoordination" zu bilden

Das Friedenswochen-Bündnis erreichte eine Stärke von fast 20 Gruppen, u.a. SO, ESG, Friepo, KB, Werkstatt - 3, Evangelische Jugend, Judos, ASG, Frauen-AE, die Grünen, BUU-Delegierten Plenum, Antifa-AK-Harburg, AStA-HfBK und FSPI, DFG/VK Lüneburg.

Leider mußte die Veranstaltung „Frauen für den Frieden" wegen kurzfristiger Absagen ebenso kurzfristig abgesagt werden, was zu einiger Verärgerung führte. Ebenso eine Filmveranstaltung (kein Film).

Etwa 60 Interessierte kamen zur Podiumsdiskussion „Wohin steuert der Zivildienst", wo der Bremer ZD-Pastor Finckh sich mit den anwesenden Vertretern von SPD und FDP über die Gesetztes-Anschläge der Regierung zu KDV und ZD sehr kritisch und informativ auseinandersetzte.

Etwa 100 Leute (viele Schüler) erfreuten sich an den Vorführungen des Offenbacher Soldatentheaters, dessen Stück „Jenseits vom Donnerbalken" eine Diskussion um die Frage, ob man zur Bundeswehr gehen oder verweigern sollte,auslöste.

Etwa 50 Leute kamen zur Film- und Diskussionsveranstaltung „Frauen und Militär".

Rund 80 Schulklassen und etliche Einzelbesucher sahen sich die von der SOdZDL, Friepo und der ESG gezeigte Ausstellung „Nie wieder Krieg" an.

Nach Berichten von Genossen und Freunden.

★

Westberlin:
Über 20 000 gegen die Kriegsgefahr

Zur Demo am 8.Mai rief ein breites Bündnis auf (u.a. die AL, die Westberliner „Grünen", das SB, „Anstiftung der Frauen für den Frieden", „Christen für den Sozialismus", IdK Westberlin, der Bund demokratischer Wissenschaftler, die Antifaschistische Gruppe der AHA, das Netzwerk, der Landesverband der Jungdemokraten, der LHV, Agit-Druck, „radikal", das Libertäre Forum, „Z", usw.). Unter dem Motto „Wir wollen leben - nie wieder Krieg" protestierten über 20 000 Menschen gegen die „kriegstreibende Politik Carters" (Aufrufflugblatt). Die Hauptparole auf der Demonstration war immer wieder „keine Moneten - für Bomben und Raketen". Erfreulich auch, daß viele Mitglieder der SEW bzw. ihr nahestehender Organisationen sich an der Demonstration beteiligten. Auf der Abschlußkundgebung sprach ein Pfarrer, eine Vertreterin der dänischen Frauenfriedensbewegung sowie der achtzigjährige Antifaschist und Antimilitarist Hübbe, der bereits in zwei Weltkriegen Widerstand leistete. Der ehemalige Regierende Bürgermeister Westberlins, Pastor Heinrich Albertz, unterstützte diese Demonstration ebenfalls.

In der AL wurde nachträglich der Aufruf von Ex-"KPD"-lern scharf angegriffen, weil halt die *"gefährlichere Supermacht"* fehlte. Mehrheitlich wurde eine Resolution gegen *"die Kriegstreiberei der Großmächte USA und UdSSR"* durchgesetzt.

★

Friedenswochen in Nürnberg

Eine ganze Woche lang antimilitaristische Veranstaltungen und Aktionen, an der sich insgesamt über 4.000 Menschen beteiligten.

Träger der Friedenswochen war der Kreisjugendring der Stadt Nürnberg, an der sich zahllose Initiativen und Gruppen beteiligten.

Den Auftakt bildete am 2. Mai eine Veranstaltung der Evangelischen Jugend und der Frauengruppe gegen Militarismus zum Thema Frauenmilitarisierung. Es sprachen Hanne Birkenbach, Redakteurin der Antimilitarismus-Informationen, Eva-Maria Bannach-Epple vom Bundesvorstand der DFG/VK und Renate Janssen, Mitglied der Initiative „Frauen in die Bundes wehr - wir sagen nein". Sketche und Informationen rundeten die Veranstaltung , zu der 3OO Interessierte gekommen waren, ab.

Am (verkaufsoffenen) Sonnabend beherrschten die Antimilitaristen die Innenstadt. Die Initiative gegen die Munitionsbunker im Reichswald, die DFG/VK, SOdZDL, Naturfreundejugend, Schwulengruppe, Fliederlich, die Anti-AKW–Initiative,PDP/BDJ, Frauengruppe gegen Militarismus, verschiedene Gruppen des Kommunikationszentrums KOMM, Gruppen der Evangelischen und Katholischen Jugend, wie Behindertengruppe, 3. Weltgruppen hatten Stände aufgebaut und führten antimilitaristische Sketche auf.

Abends spielte -vor 350 Zuhörern- die Musikgruppe „ Auflauf" aus Wien. Die DGB-Jugend und Falken hatten die Sache organisiert.

Zusammen mit dem Jugendclub Courage der DFG/VK und dem BDP/BDJ berichtete die Initiative gegen die Munitionsbunker über die Planungen im Reichswald (Erlangen). Zunächst sollen 47 Bunker gebaut werden, doch 92 sind schon im Gespräch. Hintergrund sind die im NATO-Langzeitprogramm von 1978 beschlossene „Einlagerung erhöhter Kriegsvorräte".

Rund 100 Leute beteiligten sich an der Veranstaltung.

„Paul Jacobs und die Atombande", diesen Film zeigte Dienstag und Mittwoch die Anti-AKW-Initiative. Der Film wurde ja im schwedischen Fernsehen - und inzwischen natürlich auch im westdeutschen - verboten. 550 Menschen besuchten die Vorstellungen. Die vorgesehenen Schulvorführungen mußten abgesagt werden, an einer Schule hatte der Rektor interveniert.

„Frieden ja - aber wie", das war das Thema zu dem Vertreter der CSU, SPD und FDP auf einer Podiumsveranstaltung befragt werden sollten. Heinrich Häberlein und Pfarrer Hans-Jörg Meyer saßen mit auf diesem Podium als engagierte Friedenskämpfer.

Der CSU'ler bekam – wie schon üblich – ganz akut eine Krankheit, doch auch Eimer (FDP) und Lutz (SPD) suchten die Verantwortlichen in der Sowjetunion und in Afghanistan, außerdem sei die SU „haushoch" überlegen, da mache dann die Nachrüstung den Frieden ‚sicherer'. Nicht einmal den Dialog suchten diese Herren. Auf die 200 Stimmen der Anwesenden könne er verzichten, meinte der SPDler. Auch den „Nürnberger Nachrichten" war das zuviel. Daß die Frage Krieg und Frieden *„nicht nur die parlamentarischen Repräsentanten, sondern alle Menschen dieses Landes* "angehen würde, sowas könnten sie wohl nicht einsehen, würde *„sie überfordern"*. Ihre Auftritte würden *„den Fatalismus der jugendlichen Diskussionsteilnehmer noch ... bestärken"* („NN, 13.5.).

General Bastian sollte auf einer weiteren Veranstaltung der evangelischen Jugend sprechen. 170 Menschen warteten vergeblich, Bastian hatte Redeverbot bekommen.

Beendet wurden die Friedenswochen durch ein Friedensfest im KOMM.

Am Vormittag des vorletzten Tages hatte das ‚Bürgerkomitee gegen Neonazis' eine Stadtführung organisiert, wo man über die Ereignisse während des Hitlerfaschismus in Nürnberg informiert wurde.

Eine Provokation leistete sich die Junge Union in diesen Tagen. Mit zwanzig Leuten protestierte sie mit einem Marsch gegen den Einmarsch der SU in Afghanistan, wobei sie gleichzeitig für die Unterstützung des US-Überfalls im Iran warb. Ihre Kundgebung ging - „Gott sei dank" im Glockengeläut unter.

Auch für die Kinder gab es zwei Filme zum Thema Frieden. Außerdem ein Kinderfest.

Das Kino 'Meisengeige' zeigte während der Friedenswoche Anti-Kriegsfilme („Die Brücke", „War Game", „Mehr Atomkraftwerke").

Der Vorsitzende des KJR faßte die Erfahrungen der Friedenswoche aus der Sicht der Veranstalter in der Ortspresse zusammen: *„Durchgängig hätte man den Eindruck einer grossen Angst bei Jung und Alt vor einem Krieg gehabt. Andererseits schlägt zumal bei vielen Jugendlichen diese Angst in Fatalismus und Resignation um:"*

Die bisher ziemlich einmalig breite Zusammenarbeit der Initiativen und Gruppen soll fortgesetzt werden. In der Ortspresse hieß es dazu, man überlege, *„ wie aus dieser veranstalteten Woche ein von allen Bürgern gestaltetes ‚Friedensfest' wird.... könnten es im nächsten Jahr nicht auch Schulen, Theater und Vereine, Begegnungsstätten und freie Intiativen sein, die für eine Woche Nürnberg zu einer Stadt des Friedens machen?"* Dazu soll auch die Stadt „helfend " eingreifen. (nach „NN", 13.5.).

KB/Gruppe Nürnberg

★

8.Mai in Kiel:
Demonstration gegen die wachsende Kriegsgefahr

Aufgerufen hatten die drei Asten der Kieler Hochschulen (Uni,PH, Fachhochschulen): *„Wir können und wollen nicht länger schweigen, wenn die Bundesregierung mit ihrem Einsatz für die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse eine Aufrüstungspolitik betreibt, die UdSSR in Afghanistan einmarschiert, die USA ... mit einem Krieg ... droht und bereits kriegerische Handlungen gegen den Iran unternimmt, Dregger die Erweiterung des NATO-Einflußbereiches auf den Nahen Osten fordert, Bundesdeutsche Zerstörer diese Einflußzone verlassen und in Krisengebiete fahren. ...Zeigen wir allen Kriegshetzern, daß wir uns nicht für dumm verkaufen und für ihre Interessen einspannen lassen."*

Der Aufruf wurde unterstützt von den Jusos, „die Grünen Kiel", SB, KB, LDU (Liste für Demokratie und Umweltschutz), DFG-VK und der ESG. Diesem breiten Spektrum ist es auch zu verdanken, daß 1.200 Leute zur Demo kamen, immerhin so viele, wie seit Jahren nicht mehr zu einer Demo in Kiel.

Höhepunkt der Demo war die Verbrennung von ca. 20 Wehrpässen. Die Asche wurde sorgfältig gesammelt und dem Kreiswehrersatzamt zugeschickt.

Am Abend fand in der Uni eine Podiumsdiskussion zum selben Thema statt, zu der sich allerdings nur 200 Gäste einfanden. Auf dem Podium saßen Lars Kjaergaard von den Dänischen Volkssozialisten, der schon bei der Abschlußkundgebung der Demo gesprochen hatte, SPD-MdB Norbert Gansel, der sich geweigert hatte, da zu sprechen, ein Vertreter der „Grünen" und ein FDPler. Während Gansel und der FDPler die Politik der Bundesregierung verteidigten (samt „Nachrüstungs" -Beschlüsse und „Ausbildungs"-Fahrten der Bundesmarine in den Indischen Ozean) sprach sich Lars. Kjaergaard für eine einseitige Abrüstung von den „Rändern" der Bündnisse her aus, etwa von Dänemark aus, so wie bereits von Rumänien im letzten Jahre vorgemacht würde. (Rumänien hatte beschlossen, einseitig den Betrag für die Rüstung im Landeshaushalt drastisch zu reduzieren).

Die Beiträge des Publikums richteten sich verdientermaßen gegen Gansel und den FDP'ler.

Ein Kieler Genosse

★

8. Mai-Friedensaktivitäten in Göttingen

„Amis raus aus dem Iran-Carter auf die Erdnußfarm!" war eine der meistgerufenen Parolen auf einer Demonstration gegen die Krigspolitik der USA. Aufgerufen hatten u.a. die Bunte-Liste-Initiative , SodZDL, ASTA, Jusos, KB, Z, mehrere Frauengruppen, Christen für den Sozialismus, Aktion Sühnezeichen, ESG, Antifa-Arbeitskreis, Schülergruppe, insgesamt 18 Gruppen und Initiativen. Bei strömendem Regen kamen dennoch 350 Leute, die statt der Demo nur einen kleinen Umzug durch die Innenstadt und eine kurze Kundgebung durchführten. Kritisch bleibt aber festzuhalten, daß sich die meisten der aufrufenden Gruppen bei der Mobilisierung nicht gerade überschlagen haben.

Eine viertägige Fastenaktion führten 20 Theologiestudenten/innen durch. In einer Erklärung schreiben sie: *„Durch unsere Aktion wollen wir protestieren gegen den Nato-„Nachrüstungsbeschluß", die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan, die Botschaftsbesetzung in Teheran, zugleich aber protestieren wir gegen eine Medienpolitik, die eine schleichende Gewöhnung an den Gedanken des Krieges vorbereitet... Wir wollen Mut machen, ohne den 'Schutz' militärischer Rüstung zu leben."*

Von der Gewaltfreien Aktion initiiert erschien am folgenden Samstag eine Anzeige im „Göttinger Tageblatt", die von der Gewaltfreien Aktion, Aktion „Christen fasten für den Frieden", Studentenschafts des Theol. Stiftes, „Z" und ca. 80 Einzelpersonen unterschrieben wurde: *„Für den Fall, daß der Staat in dem ich lebe, einem zweiten Staat, in dem andere Leute leben, den Krieg erklärt, erkläre ich diesen Leuten heute schon den Frieden".* Die Unterzeichner fordern von der Bundesregierung, daß sie allen Kriegsvorbereitungen entgegentritt, abziehende US-Truppen in Europa nicht durch Bundeswehr ersetzt werden und erklären ihre Verweigerung jeder Handlung und Regierung, die einen Krieg fördert.

Ein Bündnis um VVN und DKP mobilisierte zur KOFAZ-Demonstration nach Hannover und führte am 8. Mai eine Mahnwache auf dem Markt durch. Trotz dieser Vielzahl an Aktivitäten bleibt es bedauerlich, daß es nicht möglich war, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

Zur Auseinandersetzung mit dem KOFAZ

Parallel zur Einladung des Friedensbündnisses Anfang April tauchte plötzlich ein Brief der VVN auf, in dem zu einem Vorbereitungstreffen ihrerseits eingeladen wurde. Der Brief war von einem DFG-Mitglied „privat" verschickt worden. Dem MSBler waren die Aktivitäten des Friedensbündnisses wohl bekannt, so daß seine Ausflüchte, warum nur die DFG vom Friedensbündnis eingeladen worden war, eher peinlich wirkten. Auf dem Treffen, auf dem dann doch reichlich „ungeladene Gäste" erschienen, wurde schnell deutlich, daß es DKP und VVN ausschließlich um einen gemeinsamen Aufruf nach Hannover, zur KOFAZ-Demonstration am 10.5., ging. Es wurde vereinbart, daß das Friedensbündniss einen alternativen Aufrufentwurf vorbereitet. Heraus kam dann ein gemeinsamer Aufruf von DKP,DFG ,Grüne, Christen für den Sozialismus, KSG, ESG,Jusos, ASTA,SHB, Aktion Sühnezeichen u.a. Die Kritik an der Sowjetunion, die die Grünen erst als „Essential" bezeichnet hatten, wurde rausgelassen, ebenso die Kritik am US-Vorgehen. Gefordert werden „mehr Entspannung", „Abzug fremder Truppen von fremden Territorien", „Auflösung aller Militärblöcke, insbesondere NATO und Warschauer Pakt". Auch die „Soziale Verteidigung" und das KDV-Recht weltweit wird propagiert. Die GA zog ihre Unterschrift unter diesen Aufruf zurück, Teile des Friedensbündnisses unterschrieben nicht mit.

★

Heidelberg:

„ Der Kriegsgefahr nicht tatenlos zusehen", unter dieser Parole riefen die Heidelberger SB-Gruppe zusammen mit den Grünen zu einer Demonstration am 3.5. auf. Eine Gruppe um Fight Back (amerikanische GI's), die Irlandgruppe und der Dachverband der Jugendzentren der Region Heidelberg riefen dazu auf, zum amerikanischen Hauptquartier, Mitorganisator der Aktion im Iran, zu marschieren. Das SB wehrte sich dagegen, man würde damit *„ politisch unglaubwürdig"* werden, weil man zum Einmarsch der SU in Afghanistan geschwiegen habe. So gab es leider zwei Demonstrationen. 600 demonstrierten durch die Innenstadt (seit langem die größte Demonstration in Heidelberg), 3oo versammelten sich bei dem US-Hauptquartier außerhalb der Innenstadt. Die Demonstration in der Innenstadt stand - ähnlich wie der Aufruf - unter sehr allgemeinen Parolen:*„Stop der Kriegstreiberei"* war die meistgerufene Parole. *„Russen und Amis auf das Rad – und der ganze Krieg findet nicht statt"*, wurde von einigen Grünen gerufen. Immerhin forderte der grüne Landtagsabgeordnete Heimann nach Zurufen seiner Leute dann doch noch in seiner Rede:„BRD - raus aus der NATO". Zur Aktion vor dem US-Hauptquatier mochte er nur individuell aufrufen. Außerdem sprach noch Andreas Buro vom SB. Vor dem Heidelberger US-Hauptquartier ging es auch vor allem 'friedlich' zu. Nur eine Minderheit war bereit, sich auf die Straße zu setzen, die Mehrheit schaute am Rande zu,*"ein Bein vielleicht symbolisch auf die Straße gestreckt, getreu den Anweisungen der Polizei"*, wie es in einem Leserbrief der „Heidelberger Rundschau" (vom 13.5.) hieß. Allerdings waren nur 20 Polizisten dagewesen. Es soll in der nächsten Zeit eine Veranstaltung zur Kriegsgefahr durchgeführt werden.

★

Hannover:KOFAZ – Demo diesmal bunter

Auch dieses Jahr rief das Komitee für Frieden und Abrüstung (KOFAZ) zu 3 zentralen Kundgebungen auf. 12.000 demonstrierten am 10.5. in Mannheim, wo gleichzeitig ein Kongreß gegen Krieg und Faschismus stattfand; 5.000 demonstrierten in München, wo auch ein SPD - Kreisverband aufgerufen hatte. 15.000 (20.000 nach Angaben der DKP) demonstrierten in Hannover. Bei der Demonstration in Hannover kam es dieses Jahr teilweise zu einem bunten Zug und zu einem Bündnis, das über das traditionelle KOFAZ- und DKP-Spektrum hinausreichte. MSB, DFG/VK, VVN und DFI hatten in ganz Norddeutschland mobilisiert; viele Unterschriften für den Aufruf „gemeinsam für Frieden und Abrüstung, gemeinsam gegen rechts" gab es auch aus Juso- und Gewerkschaftskreisen. 27 Pastoren (u.a. Pfarrer Bergengruen) hatten die Christen aufgefordert, sich an der Demo zu beteiligen. Der AStA der TU Braunschweig und die Basisgruppen reisten ebenfalls wie die Revis mit einem Block von 100 Menschen an. Neben Parolen „BRD raus aus der NATO" konnten sogar Parolen „DDR raus aus dem Warschauer Pakt" und „Russen raus aus Afghanistan" unbehelligt von DKP-Schlägern in diesem Block mit Ex-„KPD"-lern mitgetragen werden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Kaputte Zyniker

„Wandzeitung" der JUSO-HSG Marburg ausgehängt am 28.04.8o in der Marburger Mensa

"Braucht ihr den Pfeffer?
Hasadeur Carter setzte seine Politik der Verrücktheiten fort und macht in High - Noon - Manier den Versuch, die festgehaltenen Geiseln zu befreien.
Die Sauereien der USA sind dem MSB Anlaß genug, eine Demo für den - ach so - bedrohten Iran zu organisieren. Die Solidarität mit dem Religionsfanatiker in Ghom war beim MSB schon immer gut aufgehoben - und die Solidarität mit ihm ist jetzt nach Carters Aktion auch noch moralisch rundum abgesichert. Der Mythos des Internationalismus feiert fröhliche Urständ.
Doch eines an die Freunde vom MSB: Eure Demo für Chomeiny beweist nichts anderes als Euer reines antiimperialistisches Gewissen und hohe internationale Moral. Ihr habt augenscheinlich eine solche Selbstbeweihräucherung und einen Beweis Eures stramm proletarischen Internationalismus nötig – wir nicht!
DESHALB MÜßT IHR HEUTE NACHMITTAG AUF UNS VERZICHTEN!
EURE JUSOS"

Zu der Protestdemonstration am 28.3., zu der MSB, KB und SHB aufgerufen hatten, kamen 300 Menschen.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Schon in den Vorverhandlungen hatten die „Frauen gegen Militär" aus Hannover und die DFG/VK einen Frauenblock durchsetzen können; eine Frau wurde als Sprecherin gegen die Frauenmilitarisierung akzeptiert. Ein lila Frauenflugblatt hatte dazu aufgerufen. Im Block der Zivildienstleistenden - aufgerufen hatten die DFG/VK Hannover, die SO und die „Totalverweigerer" - sanken die Leute nach lautem Sirenengeheul als „Atomleichen" zu Boden. Auch die Grünen hatten aufgerufen. Lilo Wollny von den Frauen aus Lüchow Dannenberg konnte auf der Kundgebung als Rednerin sprechen.

Allerdings war dies erst in zähen Verhandlungen erreicht worden. Als die Frauen mit ihrer Forderung nach einem Frauenblock kamen, hieß es erst, da könne ja jeder kommen. Als Rednerin konnte nicht irgendeine Frau aus der Frauengruppe gegen Militär genommen werden. Es mußte eine DFI-Frau sein.

Als die DFG/VK Gruppe Hannover unter Protest die Vorbereitungsgruppe verließ, konnte die Zusicherung erreicht werden, daß nur „friedensfeindliche" bzw. ausdrücklich gegen beteiligte Gruppen gerichtete Transparente aus dem Zug geholt würden.

Doch umgekehrt hatte dennoch Prof. Kade als KOFAZ-Redner die „Friedensliebe" der SU gelobt, DKP-Hehnen grenzte sich von den „Krawallen" in Bremen ab. Vor der Presse freute er sich dann aber über das „breite Bündnis". Bleibt noch zu erwähnen, daß nur pro 5.000 Demonstranten ein AK-Verkäufer gesehen wurde.

Ein Bundeswehrsoldat, der auf der Kundgebung in Uniform gesprochen hatte, ist inzwischen mit 5 Tagen Knast bestraft worden.

Freiburg

Vom 8. bis 14.5. fanden in Freiburg zum 2. Mal in diesem Jahr Friedenswochen mit einer Unzahl von Veranstaltungen, Filmen, Festen und Umzügen etc. statt. Rund 30 Gruppen und Organisationen umfaßte das Bündnis, darunter eine Reihe von kirchlichen Organisationen, DFG/VK, SOdZDL, Stadtjugendring, SPD, FDP, Grüne, 3. Welt- und Umweltschutzgruppen, u.a. die ‚Volkshochschule Wyhler Wald', DKP und das ganze KOFAZ-Spektrum und auch den KB.

Die gemeinsame Plattform wendet sich gegen das Wettrüsten und die „wachsenden Spannungen" zwischen „den Industrienationen und den Ländern der 3. Welt". Gefordert wird die „generelle Abrüstung, auch durch einseitige Vorleistungen"; „Umstellung der Rüstungsindustrie"; „Einstellung des Exports von Waffen und Atomtechnologien", sowie die „Abschaffung jeglicher Gewissens- und Gesinnungsprüfung" u.a.m.

Auch nach den Friedenswochen soll ein ständiger Koordinationskreis von antimilitaristischen Gruppen

und Atomtechnologien", sowie die „Abschaffung jeglicher Gewissens- und Gesinnungsprüfung" u.a.m.

Auch nach den Friedenswochen soll ein ständiger Koordinationskreis von antimilitaristischen Gruppen

aufrechterhalten bleiben.

(Von den Ergebnissen im einzelnen liegt uns leider kein Bericht vor).

Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und Kriege in der Dritten Welt bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen wahnwitzigen Rüstungswettlauf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf.

Seit über fünfundzwanzig Jahren verfügen die Militärmächte der NATO wie des Warschauer Vertrages über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlage des zivilisierten Lebens überhaupt zu gefährden. Doch Jahr für Jahr hat das atomare Wettrüsten ihre Anzahl vervielfacht und damit die Wahrscheinlichkeit eines katastrophischen Unfalls oder Berechnungsirrtums erhöht.

Während jede Seite sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue, ‚einsatzfähigere' Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines „begrenzten" Atomkriegs gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnten. Die zunehmende Verbreitung von Kernkraftwerken und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Risiken von atomaren Auseinandersetzungen.

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirschaftspotentials wird auf Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung, in dem das Wettrüsten von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt: ein tödliches Wechselspiel.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkrieges aufgewachsen und haben sich an die Bedrohungen gewöhnt. Die Besorgnis ist der Apathie gewichen. Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht des Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert, freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.

Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Bootstützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen. Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckenraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (cruise missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.

Wir appellieren an unsere Freunde in Europa gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, intensiv darüber nachzudenken, auf welche Weise wir für diese gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten können. Wir stellen uns eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der die verschiedensten Formen des Austauschs stattfinden, in der Vertreter verschiedener Länder und Meinungen miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren und in der die mehr informellen Begegnungsformen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Berufsorganisationen und Individuen für ein gemeinsames Ziel genutzt werden: ganz Europa von Atomwaffen zu befreien.

Wir müssen damit anfangen, so zu handeln, als ob ein vereintes, neutrales und friedliches Europa bereits existierte. Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem ‚Osten' oder ‚Westen', sondern untereinander loyal zu sein, und wir müssen uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegzusetzen.

Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuarbeiten und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein; wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.

Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.

Wenn wir an unsere europäischen Landsleute appellieren, so bedeutet das nicht, daß wir der übrigen Welt den Rücken zukehren. Indem wir für den Frieden in Europa arbeiten, arbeiten wir für den Frieden in der Welt. Europa hat schon zweimal in diesem Jahrhundert seinen zivilisatorischen Anspruch mit Füßen getreten, indem es zwei Weltkriege angezettelt hat. Dieses Mal müssen wir unsere Schuld gegenüber der Welt begleichen, indem wir zum Frieden anstiften.

Dieser Appell wird wirkungslos bleiben, solange er nicht von zielbewußten und phantasievollen Aktionen begleitet wird, die mehr Menschen für seine Unterstützung gewinnen können. Wir müssen der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa überwältigen Nachdruck verleihen.

Wir wollen der Bewegung weder Uniformität aufzwingen noch den Überlegungen und Entscheidungen der zahlreichen Organisationen vorgreifen, die schon ihren Einfluß zugunsten von Abrüstung und Frieden geltend machen. Aber die Zeit drängt. Die Gefahr nimmt ständig zu. Wir bitten um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Ziel und wir begrüßen Ihren Rat und Ihre Hilfe.

Dieser Aufruf wurde initiiert von: The Bertrand Russell Peace Foundation, Gamble Street, Nottingham NG7 4ET, England. Er wurde bis Mitte April 1980 von zahlreichen Parlamentariern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England unterzeichnet. In der Bundesrepublik Deutschland werden zur Zeit verschiedene Initiativen erwogen.

Hannover, den 22. April 1980

Prof. Dr. Michael Vester
Beethovenstr. 7, 3000 Hannover 91
Tel.: (0511) 441928 und 762-4683

(cruise missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Hannover, den 22. April 1980

Prof. Dr. Michael Vester
Beethovenstr. 7, 3000 Hannover 91
Tel.: (0511) 441928 und 762-4683

Die Grünen: Partner im Kampf für den Frieden

Neben dem Programmteil „Arbeit und Wirtschaft" hat der friedenspolitische Teil des in Saarbrücken verabschiedeten Programms der Grünen die größten Widersprüche innerhalb der Grünen einerseits und die härtesten Anfeindungen aus dem Lager der bürgerlichen Presse und Parteien andererseits hervorgerufen. Allenthalben wird darüber gesprochen, daß sich in diesen Fragen die radikale Linke durchgesetzt hätte. Dies stimmt jedoch nur zum kleineren Teil. Dieser Programmteil geht aus von der Forderung nach Auflösung der Militärblöcke, einseitiger Abrüstung und Abschaffung der Bundeswehr bei Ersetzung durch eine 'soziale Verteidigung'. Er wendet sich zugleich gegen die imperialistische Beherrschung der Länder der sog. 'Dritten Welt', ruft zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen auf, aber enthält auch Elemente der Bevormundung gegenüber dem Entwicklungsprozeß dieser Völker. Insgesamt wird die Ausbeutung der 'DrittenWelt' natürlich nicht klassenmäßig aufgeworfen, d.h. auch in diesen Fragen wird als Lösung an die 'Vernunft' apelliert und nicht der Sturz des Imperialismus und Kapitalismus propagiert. Dennoch wird schon dieser radikal formulierte Pazifismus innerhalb des bürgerlichen Lagers als Bedrohung angesehen, und in ihm drücken sich die Ängste vor der drohend heraufziehenden Kriegsgefahr aus. Betrachtet man den friedenspolitischen Teil des grünen Programms nicht allein unter dem Blickwinkel, inwieweit sich dort die Forderungen und Anschauungen der radikalen und revolutionären Linken wiederfinden, sondern vom Blickwinkel der bündnispolitischen Möglichkeiten der Linken her, wird man feststellen müssen, daß diese Programmaussagen der Linken neue Möglichkeiten im Kampf gegen den nächsten imperialistischen Krieg eröffnen. Einschränkend muß heute allerdings noch gesagt werden, daß abzuwarten bleibt, inwieweit die Grünen tatsächlich bereit sind, aus diesen Programmformulierungen praktische Konsequenzen zu ziehen, d.h. inwieweit dies nur Wahlparolen sind oder tatsächlich Ausdruck des Willens, mit allen antiimperialistischen und friedliebenden Kräften Bündnisse einzugehen und gemeinsame politische Kampagnen zu organisieren. Dieser Zweifel ist aus den Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung her sicherlich berechtigt, sollte die Linke jedoch keinesfalls zur Abstinenz verleiten, sondern zu Forderungen an die Grünen.
Diese hier angesprochene Bedeutung dieser Frage ist der Grund, daß wir uns mit diesem Teil des Grünen Programms beschäftigen.

Die Saarbrücker Beschlüsse

Der außen- und friedenspolitische Komplex im grünen Programm gliedert sich in drei Teile: Westpolitik, Europäische Friedenspolitik, Partnerschaft mit den Völkern der 'Dritten Welt'. Im Vergleich zur Vorlage der Programmkommission wurde dieser Teil in Saarbrücken um viele Aspekte ergänzt und konkretisiert, insbesondere im Bereich der anitmilitaristischen Forderungen.

Für die Partnerschaft mit den Völkern der 'Dritten Welt' —

Für die Unterstützung von Befreiungsbewegungen! —

Aber auch Bevormundung der 'Dritten Welt'!

Die 'weltpolitische Analyse' zu Beginn dises Programmteils betont die Notwendigkeit einer „partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt" als obersten Grundsatz der Außenpolitik der Grünen. In der Beschreibung des Verhältnisses zwischen 'entwickelten' und 'unterentwickelt gehaltenen' Ländern werden eine ganze Reihe der Phänomene imperialistischer Politik benannt: *„Wir verurteilen die Anmaßung der Industrieländer, aufgrund wirtschaftlicher Interessen ihre technisch-materialistische Einheitszivilisation allen Menschen aufdrängen zu wollen. Die bisherige Politik der Industriestaaten gegenüber der 'Dritten Welt' war überwiegend an ihrem eigenen Nutzen orientiert und ist damit abzulehnen ... Eine wesentliche Ursache des Hungers in der 'Dritten Welt' ist deren Zwang, Exporteinnahmen aus Nahrungsmittelverkäufen bzw. Exportgüterherstellung zu erzielen ...*

„Solange es keine Hoffnung für die Armen in der Welt gibt und solange es einen erbarmungslosen Kampf aller Industriestaaten in Ost und West um Rohstoffe und Weltmärkte gibt", gebe es keine Hoffnung auf einen *„stabilen Weltfrieden"*, aus *„Rohstoffraubkriegen"* könne *„eines Tages der Dritte Weltkrieg entstehen... ebenso verurteilen wir jede militärische und geheimdienstliche Intervention in der Dritten Welt"*. Jede Zusammenarbeit mit *„faschistischen und rassistischen Regimes"* wird abgelehnt. Außerdem müsse – nach den Grünen Vorstellungen „ *der Raubbau an ausländischen Bodenschätzen durch deutsche und multinationale Firmen"*, sowie *„die Ausbeutung von Arbeitern in sog. Billiglohnländern durch deutsche Firmen"* abgestellt werden.

Verlangt wird eine *„größere Hilfe für die Länder der Dritten Welt mit dem Ziel, deren eigenständige Entwicklung zu fördern"*, die staatliche Entwicklungshilfe müsse *„mindestens 0,7% des Bruttosozialprodukts betragen"* (UN-Richtlinie). Die Grünen fordern ein Schulden-Moratorium, Ausbildungshilfe, sowie medizinische Versorgung der Bevölkerung – sofern Regierungen nicht *„ die Menschenrechte mißachten"*.

Über die Frage des Weges der selbstständigen Entwicklung macht das Grüne Programm widersprüchlich Aussagen. Zum einen wird die *„Unterstützung von Befreiungsbewegungen"* gefordert, an anderer Stelle wird dies ausdrücklich auf *„friedliche Unterstützung des Widerstands"* eingeschränkt. Andererseits heißt es dann, daß die Zukunftsaufgaben *„n u r durch eine weltweite Organisation bewältigt"* werden können, nämlich durch die Vereinten Nationen. Deshalb sei ein Vetorecht in der UN (der Großmächte) *„grundsätzlich abzulehnen"*.

Auf der anderen Seite wird die völlig selbständige Entwicklung der Länder der 3. Welt betont. Sie müßten *„alle Möglichkeiten zur Nutzung ihrer Fähigkeiten und Ressourcen"* ausschöpfen, auf der anderen Seite wird ihnen der Weg einer bestimmten ökologischen Entwicklung vorgeschrieben.

Da sollen auch die Länder der 3.Welt, ebenso wie die kapitalistischen Länder auf *„sparsame Verwendung"* der Rohstoffe verpflichtet werden, um *„kommenden Generationen noch einen Anteil"* zu erhalten – heißt es in der Begründung der Grünen. Da sollen auch Länder mit Hungersnöten wirtschaftliche Gesichtspunkte *„ökologischen Grundsätzen"* unterordnen, *„weil nur diese letztlich das Wohlergehen eines Volkes bestimmen"*.
Ökologische Grundsätze beschränken die Wirtschaft in der 3.Welt auf

„handwerkliche Mischwirtschaft" und Kleinbetriebe. Auch Geburtenkontrolle für *„überbevölkerte Länder"* wünschen die Grünen, ohne die *„sonst die Probleme unlösbar"* würden. Neben der Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt im Grünen Programm, neben antiimperialistischen Forderungen haben diese ökologischen Forderungen für die Länder der Dritten Welt – wenn auch nur teilweise – Eingang im Programm gefunden.

Es paart sich in diesem Programm also das antiimperialistische Engagement gegen die imperialistische Unterordnung der Länder der sog. 3.Welt mit der Arroganz imperialistischer Ideologie, diesen Völkern ein bestimmtes Wirtschaftssystem vorzuschreiben.

Entlehnt sind die letzteren Forderungen dem Gruhl'schen Programm, der ja diktatorische Maßnahmen gegen die *„Selbstausrottung durch Geburten"* forderte, für den die Aktion „Brot für die Welt" der vielfache „Tod für die Welt" bedeutet. Gruhl ist in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert" - das ja nie zurückgezogen wurde - die Entwicklung einer handwerklichen, ökologischen statt industriellen Entwicklung in der 3.Welt so bedeutsam, daß er selbst für Mobutu schwärmte, der die unglaubliche Armut seines Landes damit verteidigte, daß sie die schöne Natur erhalte, während die Rohprodution *„roh im geistigen Sinne mache"* und Gift produziere, da solle man doch *„die Wohltaten des natürlichen Lebens vorziehen"*.

Ein konsequent pazifistisches Programm...

...diese Charakterisierung ist sicher nicht übertrieben, wenn man sich den 2.Teil zur 'Europäischen Sicherheitspolitik' genauer betrachtet. Das Prinzip der 'Gewaltfreiheit' wird abgeleitet aus der Existenz eines wahnsinnigen Vernichtungspotentials, welches jeden Krieg *„zum reinen Mord an Völkern und zum Verbrechen am Leben überhaupt"* gemacht hat. *„Friedenspolitik ist gegen alle For-*

men der Aggression, des Militarismus ... welches
jeden Krieg *„zum reinen Mord an Völkern und zum Verbrechen am Leben überhaupt"* gemacht hat. *„Friedenspolitik ist gegen alle For-*

men der Aggression, des Militarismus nach innen und außen, des Wettrüstens und Rüstungswahns gerichtet und orientiert auf friedliches und solidarisches Zusammenleben der Menschen". Das Zusammenleben der Völker soll nicht auf Gewalt, sondern auf Recht beruhen, örtliche Konflikte sollen durch Verhandlungen gelöst werden. *„Nur wenn das Recht an die Stelle der Gewalt tritt, kann die Menschheit überleben. Diese Forderung müssen besonders wir Deutschen erheben, da uns jeder sogenannte 'Ernstfall' den Untergang bringen würde. Die 'atomare Abschreckung' ist zu einer unwirksamen Drohung geworden, da sie die atomare Selbstvernichtung einschließt. 'Frieden und Abrüstung' muß deshalb zum Leitsatz der deutschen Außenpolitik werden."*

Aus dieser Einschätzung der Gefahr der totalen Vernichtung der Erde und der Menschen bei einem neuen Krieg kommen die Grünen zu folgenden für bürgerliche Verhältnisse radikalen Forderungen für eine konsequente Friedenspolitik: *„Der Ausbau einer am Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht muß mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Pakts, einhergehen. Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung mit dem Ziel, alle festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen durch konkrete und durchführbare Vorschläge zu Ergebnissen zu bringen. Dazu gehören erste kalkulierte Schritte der BRD, z.B. keine Einführung neuer Waffensysteme. Sofortige Abrüstung muß dabei im eigenen Land beginnen, und sollte andere Länder veranlassen, ebenfalls abzurüsten. Die einseitige Abrüstung sollte bezwecken, die Friedensbewegung zu stärken, um einer weltweiten Abrüstung , vor allem der USA und der UdSSR, zum Durchbruch zu verhelfen.*

- *Verbot der Lagerung und Produktion atomarer, chemischer und bakteriologischer Waffen in aller Welt.*
- *Keine Produktion und Stationierung von NATO-Mittelstreckenwaffen (wie Pershing II und Cruise Missles) und Abschaffung der Warschauer-Pakt-Mittelstreckenwaffen (wie SS 20).*
- *Schaffung einer waffenfreien Zone in Ost- und Westeuropa.*
- *Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien!*
- *Verbot des Waffenhandels und der Ausfuhr atomarer Technologien und Anlagen, da atomare Kreisläufe und Atombombenbau nicht voneinander zu trennen sind.*
- *Abbau der deutschen Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf friedliche Produktion, z.B. auf neue Energiesysteme und Fertigungen für den Umweltschutz.*
- *Überprüfung aller wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen daraufhin, ob sie irgendwo in der Welt Konflikte verschärfen oder abbauen helfen.*
- *Soziale Verteidigung anstelle des Wettrüstens, das zum Dritten Weltkrieg führt.*
- *Erziehung und Aufklärungsprogramme für gewaltfreies Handeln.*
- *Verbot des Verkaufs von Kriegsspielzeug und gewaltverherrlichenden Büchern und Filmen.*
- *Ausbau und größere finanzielle Unterstützung der Friedens- und Konfliktforschung.*
- *Unterstützung aller Verbände, die antimilitaristische Arbeit leisten.*
- *Verbot der Bundeswehr, an Schulen zu werben."*

Die Konsequenz und Radikalität dieses Programms besteht darin, daß nicht nur wie vielfach bei den linken Sozialdemokraten allgemeine Appelle zur Abrüstung in Ost und West gefaßt werden, die die „Logik" des militärischen „Gleichgewichts" nicht antasten, sondern daß neben der Auflösung der Militärblöcke auch einseitige Abrüstungsschritte verlangt werden.

... Im Interesse von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden!

Die Forderungen der Kriegsdienstverweigerer sind im Saarbrücker Programm in allen wesentlichen Teilen enthalten: *„Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muß uneingeschränkt Gültigkeit haben, das bedeutet die Abschaffung des diskriminierenden Gewissensprüfungsverfahrens und Verkürzung des Zivildienstes auf die Dauer der Wehrdienstzeit.*

- *Abbau der Bundeswehr und des staatlich verordneten Ersatzdienstes...*
- *Langfristig wird die Abschaffung des Militärdienstes erwartet.*
- *Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für Soldaten und Zivildienstleistende!*

- *Langfristig wird die Abschaffung des Militärdienstes erwartet.*
- *Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für Soldaten und Zivildienstleistende!*

- *Aufhebung der Kasernenpflicht für Soldaten und Zivildienstleistende!*
- *Freie Wahl der Arbeitsstelle durch den Zivildienstleistenden nach Möglichkeit und kein Abbau von Planstellen zugunsten des Einsatzes von Zivildienstleistenden."*

Erfreulich ist, daß der derzeitige Zivildienst nicht als 'Friedensdienst' in den Himmel gelobt wird, sondern im Gegenteil die zunehmende militärische Ausrichtung des Zivildienstes angegriffen und die Abschaffung aller staatlichen Zwangsdienste gefordert wird. Problematisch in diesem Teil ist sicher die Forderung nach „Förderung freiwilliger sozialer Dienste". Denn auch wenn es im Grünen Programm heißt: *„Wehren wir uns gegen jeden Militärdienst von Frauen. Frauen zum Bund - nein danke"*, kann doch nicht übersehen werden, daß die sozialen Dienste für Frauen als Vorstufe einer allgemeinen Dienstpflicht von den Militärplanern betrachtet werden.

Die Widersprüche bei den Grünen

Es ist eigentlich nicht verwunderlich, daß ein solches, tatsächlich radikalpazifistisches Friedensprogramm bei den rechten Grünen auf erhebliche Widersprüche stößt. Gruhl, Exponent der rechten Kräfte und Verlierer auf dem Saarbrücker Parteitag, deutet dies an, wenn er gegenüber der „BILD-Zeitung" in einem Interview erklärte: *„Ich bin enttäuscht, ich kann z.B. die Forderung nach sofortiger Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts nicht mittragen"* (24.3.). In ähnlicher Richtung, nur etwas deutlicher, äußerte er sich in einem internen Rundbrief an alle GAZ-Mitglieder nach Saarbrücken (in dem er u.a. vertritt, angesichts der Beschlüsse von Saarbrücken die GAZ zunächst nicht aufzulösen):

„Es wurde verkannt (in Saarbrücken, Anm), daß Frieden und Abrüstung in der Welt nur durch geduldige, andauernde Bemühungen erreicht werden können, nicht durch wortreiche Erklärungen, und nicht durch einseitige Entblößung".

Gerade angesichts dieser recht vorsichtig vorgetragenen 'Bedenken' gegenüber dem Friedensprogramm der Grünen sollte man/frau sich noch einmal erinnern an die Vorstellungen, die Gruhl bezüglich der Probleme von Unterentwicklung, Rohstoffknappheit usw. in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert" entwickelt hat.

„Angesichts der Knappheit auf der Welt haben jetzt die Völker einen Vorteil, die ihr Land noch nicht in dem Maße abgegrast haben, und sie haben einen weiteren Vorteil, wenn ihre Bevölkerung noch nicht so verwöhnt ist. Für die Zukunft werden die Völker einen riesigen Vorsprung erreichen, denen es gelingt, ihren Rüstungsstandard auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten. Dies wird das Feld sein, auf dem sich der internationale Wettkampf abspielt... Es gibt historische Beispiele dafür, daß Völker sich ganz auf die Verteidigung ihres Lebensraums konzentriert haben. Die Spartaner sind dadurch berühmt geworden, daß sie eine hohe militärische Bereitschaft durch eine harte, eben ‚spartanische' Lebensweise erlangt haben. Was aber heißt das heute? Jetzt ist, um mithalten zu können, eine atomare Bereitschaft erforderlich, die selbst wieder riesige Industrien zur Voraussetzung hat ... Der optimale Wohlstand benötigt viel mehr Grundstoffe als die optimale Rüstung! Wer beides zugleich will, wird bei gleichem Ausgangspunkt viel früher am Ende seiner Kräfte sein als der, der sich beschränkt. Damit gewinnt das Volk sehr schnell einen immer größer werdenen Vorsprung, welches den privaten Wohlstand einschränkt." Die Sowjetunion sei deshalb der USA überlegen, weil sie *„ein Optimum an militärischer Bereitschaft bei einem Minimum an Wohlstand - und damit einem geringeren Grundstoffverbrauch - erreiche."* *„Je höher die westlichen Länder insgesamt ihren Lebensstandart halten wollen, umso hoffnungsloser wird ihre Situation, um so größer der Vorsprung der Sowjetunion."*

Die Schlußfolgerungen aus einer solchen Analyse sind für Gruhl natürlich klar: **nicht etwa bei der Rüstung soll man sparen, sondern die Bürger sollen sich einschränken, damit der Westen im Konkurrenzkampf mit dem Osten seine Vormachtstellung sichern kann (S. 322 - 331).**

Wen wundert es da noch, daß Gruhl der Forderung nach Auflösung von Warschauer Pakt und NATO nicht zustimmen kann?

AUD: Für einen freien Sozialismus, nationale Unabhängigkeit, Neutralität, Friede

AUD: Für einen freien Sozialismus, nationale Unabhängigkeit, Neutralität, Friede

Welch gegensätzliche Positionen heute unter dem gemeinsamen Dach der Grünen gerade an der Frage der Außen- und Friedenspolitik zu finden sind, wird noch offensichtlicher, betrachtet man einmal das alte AUD-Programm. Hier wird nicht nur klar und eindeutig vom 'Imperialismus' gesprochen, hier wird als Ziel sogar ein 'freier Sozialismus' propagiert: *„Der Imperialismus mit seinem Ausweitungs- , Unterwerfungs- und Ausbeutungswillen muß überwunden werden im Rahmen eines neuen Weltgleichgewichts, das Unterdrückung, in welcher Form auch immer, nicht mehr zuläßt. Eine reale Demokratie, in der sich die Völker zum ersten Mal wirklich selbst regieren, und ein freier Sozialismus, in dem die Menschen sich selbst verwirklichen, werden erst im Rahmen einer solchen Weltfriedensordnung ihre die ganze Menschheit umfassende Vollendung finden."*

Das Prinzip nationaler Unabhängigkeit, ein weiteres Ziel der Außen- und Friedenspolitik, habe, so heißt es im Programm, alle revolutionären Bewegungen der Neuzeit beherrscht: *„Ebenso feierlich wie die Gründer der USA und die Führer der sowjetischen Revolution bekennt sich die VR China ... zu diesem Grundsatz: 'Staaten wünschen Unabhängigkeit, Nationen wünschen Befreiung, und Völker wünschen Revolution."*

Die antimilitaristischen Forderungen der AUD entsprechen weitgehend denen des Grünen-Programms, wobei als besondere Variante allerdings noch Forderungen zur 'Deutschen Einheit' enthalten sind. Es ist tatsächlich ein Witz, wenn heute die bürgerliche Presse sowie die rechten Grünen die Beschlüsse zur Außen- und Friedenspolitik als Ergebnis der geschickten Unterwanderung der Grünen durch die 'Roten' hinzustellen versuchen. Fakt ist, daß sich bereits im friedenspolitischen Teil des Europa-Programms der Grünen die linkeren Positionen der AUD durchgesetzt hatten, was Gruhl seinerzeit ohne öffentlichen Protest hingenommen hatte. Alle antimilitaristischen Forderungen, die jetzt nach Saarbrückenals'kommunistische Parolen' angegriffen werden, sind dort bereits zu finden: die Forderung nach ersten kalkulierten Abrüstungsschritten von der Seite der BRD; Verzicht auf die Einführung neuer Waffensysteme; Verhinderung einer westeuropäischen Atommacht; Forderung nach Verhandlungen zur Errichtung waffenfreier Zonen in Ost- und Westeuropa; allmähliche Überwindung der aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Militärblöcke; europäisches Recht auf Kriegsdienstverweigerung; Abbau der wirtschaftlichen Ausbeutung der Völker der Dritten Welt.

In Saarbrücken sind diese Forderungen im wesentlichen konkretisiert und durch verschiedene weitere Aspekte einer radikalpazifistischen Friedenspolitik erweitert worden. **Diese Darstellung beweist auch, daß es glatter Unsinn ist, wenn behauptet wird, daß sich allein die radikale Linke im friedenspolitischen Teil des Programms durchgesetzt habe. Neben der Feststellung, daß sich in diesem Teil gar keine revolutionären Parolen zur Kriegs- und Friedenspolitik wiederfinden, kommt noch hinzu, daß die Linke innerhalb der Grünen in dieser Frage gar nicht gemeinsam handlungsfähig war. Auf dem Vorbereitungstreffen der linken Grünen (vor Saarbrücken) in Bielefeld konnten hierzu keine Richtlinien verabschiedet werden, da die vaterländischen Positionen der aufgelösten „KPD" dies völlig unmöglich machten. Die Linke konnte in diesem Fall nur aufgrund der vorgegebenen Positionen der AUD auch ihre Vorstellungen unterbringen, wobei die Vertreter der aufgelösten „KPD" sogar teilweise mit den Rechten stimmten. Gerade diese Konstellation weist aber auch daraufhin, daß es ein breites Potential für friedenspolitische Aktivitäten innerhalb der Grünen gibt.**

Die Grünen - einzige Partei mit 'Deutlich pazifistischen Forderungen'?

Eine Erklärung des Landesvorstands der Westberliner DFG/VK, die ja bekanntlich der DKP sehr nahe steht, hebt das Grüne Friedensprogramm lobend hervor: *„Der Landesverband Berlin der DFG/VK begrüßt die friedenspolitischen Beschlüsse der Grünen auf dem Saarbrücker Parteitag. Besonders die in das Programm aufgenommenen Forderungen nach einseitigen Abrüstungsvorleistungen der Bundesrepublik Deutschland sowie der Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und der Schaffung einer waffenfreien Zone in Europa verdienen breite Zustimmung in der Friedensbewegung; die Grünen sind damit die einzige Partei in deren Programm sich deutlich pazifistische*

Forderungen wiederfinden... Bei der
einer waffenfreien Zone in Europa verdienen breite Zustimmung in der Friedensbewegung; die Grünen sind damit die einzige Partei in deren Programm sich deutlich pazifistische

Forderungen wiederfinden... Bei den zu erwartenden polemischen und demagogischen Reaktionen der Vertreter militärischer Herrschaftssicherung, ihrer Lobbyisten in Industrie, Medien und Parlamenten auf dieses Konzept einer alternativen Friedenspolitik werden die Grünen die Pazifisten an ihrer Seite haben."

Dieses z.T. sogar überschwengliche Lob („einzige Partei... mit deutlich pazifistischen Forderungen") aus den Reihen der DFG/VK-Opposition muß vor allem als Ankündigung bzw. Aufforderung gesehen werden, die Grünen in Friedensaktivitäten und -bündnisse mit einzubeziehen.

Auch die DKP-Presse hat die Friedenspolitischen Beschlüsse der Grünen in Saarbrücken lobend hervorgehoben: Für Gruhl sei ein *„erster Stein des Anstoßes"* gewesen, daß die Grünen eine Absage an „nukleare Nato-Raketen" erteilt haben, bzw. die „Abschaffung der SS-20 Raketen" sowie „einseitige Vorleistungen" der BRD gefordert hätten („DVZ", 27.3.80). Ähnlich schrieb die „UZ", daß diese Beschlüsse *„Beachtung verdienten"* (28.3.). Doch auch hier ist die Frage, wie weit die DKP bereit ist, mit den Grünen zusammenzuarbeiten, nachdem sie aufgrund der Saarbrückener Beschlüsse betonte, *„das Einigende"* sei *„größer als das Trennende"*, bzw. solche Kräfte in der DKP einen *„verläßlichen Partner"* (ebenda) fänden. **Das wirft gleichzeitig die Frage auf, welche Möglichkeiten es von der inhaltlichen Seite her gibt, die verschiedenen in der Friedensbewegung tätigen Kräfte in einem gemeinsamen Bündnis zusammenzuschließen. Deshalb sollen zum Vergleich im weiteren auch noch die programmatischen Aussagen der DKP und der Jusos vorgestellt werden.**

DKP: Für Frieden und Entspannung, für Abrüstung, Völkerfreundschaft und nationale Unabhängigkeit!

Im Mittelpunkt des DKP-Programms steht natürlich, wer hätte das gedacht, die ,'Entspannungspolitik'. Die DKP *„wirkt dafür, daß die BRD einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Fortsetzung der internationalen Entspannung, zur Inangriffnahme der Abrüstung leistet."* Die BRD solle die Prinzipien der friedlichen Koexistenz endlich anerkennen, sie dürfe die bestehenden Grenzen in Europa nicht in Frage stellen. Sie solle sich besonders bemühen um ein gutes Verhältnis zur Sozialistischen Staatengemeinschaft; Revanchismus und Kalter Krieg seien gescheitert, eine solche Politik dürfe nicht wiederbelebt werden; die Schlußakte von Helsinki müsse als Ganzes angewandt und verwirklicht werden. Unter dem Motto, die „politische Entspannung" solle durch die „militärische ergänzt" werden, sind folgende konkretere Aussagen zu finden:

– vordringlich ist das Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Anwendung von Kernwaffen und Massenvernichtungswaffen!
– Die DKP fordert konkrete Maßnahmen zur Verminderung der Militärausgaben, der Truppen und Rüstungen, insbesondere in Mitteleuropa. Das wären wichtige Schritte auf dem Weg zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung.
– Zugleich könnten auf diese Weise günstige Voraussetzungen für die gezielte Umstellung von der Rüstungsproduktion auf die arbeitsintensivere Erzeugung von Gütern des zivilen Bedarfs geschaffen und damit Beiträge für das Bemühen um die Sicherheit von Arbeitsplätzen geleistet werden.
– Die Bundeswehr darf nicht Instrument der Aggression gegen andere Völker und der Unterdrückung des eigenen Volkes sein.
– Soldaten sollen im Geiste des Friedens erzogen werden, die militaristische Traditionspflege soll eingestellt werden.
– Soldaten und Zivildienstleistende sollen Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung erhalten; das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muß uneingeschränkt durchgesetzt werden.
– Die NATO soll ihren Einflußbereich nicht weiter ausdehnen, es sollen keine neuen aggressiven Militärblöcke geschaffen werden.

Durch die Fortsetzung der Entspannungspolitik soll die Spaltung Europas in verschiedene Militärblöcke überwunden werden, die BRD müsse sich aus der Abhängigkeit von der USA lösen.

Jusos

Auch die programmatischen Aussagen der Jusos in der Friedenspolitik sind dem grünen Programm ähnlich. In ihrer Plattform 'Für eine aktive Friedenspolitik! Schluß mit dem Rü-

Auch die programmatischen Aussagen der Jusos in der Friedenspolitik sind dem grünen Programm ähnlich. In ihrer Plattform 'Für eine aktive Friedenspolitik! Schluß mit dem Rü-

stungswettlauf!' nehmen sie in zehn Teilen ausführlich zu allen wesentlichen antimilitaristischen Fragen Stellung. Darin greifen sie den internationalen Rüstungswettlauf an und fordern die Supermächte auf, *„sich nicht weiter aus fadenscheinigen Motiven hinter dem angeblichen Rüstungsvorsprung des anderen zu verstecken."* Für die BRD fordern sie einen *„eigenständigen Beitrag ... beim Rüstungsabbau und eine aktive Rolle bei internationalen Abrüstungsverhandlungen"*. Außerdem fordern sie *„die Einfrierung der Rüstungsausgaben und ihre Senkung um jährlich 5%."* Für Mitteleuropa fordern sie schließlich *„eine Zone der militärischen Entspannung, ... die gekennzeichnet ist durch das Verbot der Herstellung oder Lagerung von Atomwaffen, den Abzug aller fremden Truppen, die Reduzierung der verbleibenden Truppen und die Einrichtung eines gesamteuropäischen Abrüstungsamtes."*

Doch bei den Schlußfolgerungen stehen die Jusos –wie bei all ihren programmatischen Aussagen– vor dem gleichen Dilemma: ihre Forderungen mögen noch so links, fortschrittlich oder konsequent pazifistisch sein, die Jusos sind und bleiben (derzeit) mit Haut und Haaren an ihre Mutterpartei gebunden, die ja bekanntlich –als weitreichenste Maßnahme– den Aufrüstungsbeschlüssen der NATO zugestimmt hat. Und da haben bislang noch so viele korrekte Beschlüsse der Jusos nichts dran ändern können. So sind die Jusos auf Druck der SPD schon Mitte der 70er Jahre aus dem Kommitee für Frieden und Abrüstung zurückgetreten. Ein beredtes Zeugnis für ihre Konsequenz gaben die Jusos dann auch prompt nach Saarbrücken zu den Beschlüssen der Grünen ab. Die Grünen seien keine *„glaubwürdige Alternative"*, ihre Aussagen seien teilweise *„billiger Abklatsch von Positionen, die die Jungsozialisten schon zu Beginn der siebziger Jahre entwickelt haben"* („FAZ", 24.3.80). Das scheint für die Jusos eher ein Grund für eine Distanzierung von den Grünen zu sein, als die Chance von gemeinsamen Aktivitäten.. Ihnen ist die Polemik gegen die Grünen und die Propaganda für die SPD noch allemal wichtiger als programmatische Aussagen, die eben nur auf dem Papier stehen.

Doch auch bei den Grünen muß sich noch erweisen, wieweit sie ihre Programmaussagen gegen rechte Grüne zu verteidigen bereit sind, bzw. dem Programm tatsächliche Aktivitäten gegen die wachsende Kriegsgefahr folgen werden.

KB–Gruppe Nürnberg

Ehemalige Nato-Sekretärin packt aus

Einige aufschlußreiche Enthüllungen aus dem Nato-Hauptquartier

Die ehemalige Sekretärin des Internationalen Sekretariats des NATO-Hauptquartiers, Imelda Verrept, hat es in Brüssel nicht mehr ausgehalten: sie packte gegenüber der DDR-Nachrichtenagentur ADN kräftig aus und hatte in ihrem Reisegepäck einige „Top-Secret"-Papiere aus den NATO-Archiven mitgehen lassen, die an ihrer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

So bestätigte Frau Verrept, daß der Nato-„Nachrüstungsbeschluß" vom Dezember 1979 nach Anschaffung und Stationierung von über 600 Mittelstreckenraketen („Pershing-II" und „Cruise Missile") keinesfalls die Antwort auf die sowjetischen SS-20-Raketen war, sondern bereits in das Jahr 1977 zurückzuverfolgen ist: grünes Licht für die Einführung der Mittelstreckenraketen und ihrer Stationierung vor allem auf dem Territorium der BRD gab die „Nukleare Planungsgruppe" der Nato auf ihrer Tagung in Bari vor drei Jahren. Auf einer Tagung des Nato-Ministerrates führte der italienische Minister Sarti dazu aus: *„Die Entscheidung, die die Nato treffen wird . . ., wurde meiner Meinung nach nicht übereilt ausgearbeitet; sie ist das Ergebnis eines tiefgreifenden Studiums der Lage, das über längere Zeit. . . erfolgte".*

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Einführung der neuen Mittelstreckenraketen einerseits Bestandteil des Nato-Langzeitprogramms von 1978 ist, wonach die Nato-Länder u.a. vereinbarten, in den nächsten 15 Jahren rund 100 Milliarden Dollar mehr für die Rüstung auszugeben – andererseits fiel die Raketenentscheidung auch in unmittelbarem Kontext der Neufestlegung von rund 2500 Zielen in Staaten des Warschauer Pakts, die im Kriegsfall einem atomaren Schlag zum
des Warschauer Pakts, die im Kriegsfall einem atomaren Schlag zum
Opfer fallen sollen. Hinzu kommt, daß die Nato im gleichen Zeitraum eine „Modernisierung" ihrer in Westeuropa gelagerten Atomsprengköpfe beschloß. Frau Verrept brachte u.a. das Nato-Dokument „PO/78/99 USNATO-CTS-78-71" zur Veröffentlichung, aus dem hervorgeht, daß die 2500 Ziele für Atom-Schläge sich zu zwei Dritteln auf den Territorien der Warschauer-Pakt-Länder außerhalb der Sowjetunion befinden und zu einem Drittel im westlichen Teil der SU bis zum Ural. Im Dokument heißt es: *„Die Entfernungen dieser potentiellen Ziele bis zu 2500 km von der innerdeutschen Grenze entfernt sind in der Anlage III-1 aufgeführt ... Die Anlage III-1 beinhaltet die Zielaufteilung für die drei Kategorien nach ihrer Entfernung sowie nach der Bevölkerungsdichte und der Dichte der Städte der Länder des Warschauer Paktes"*

Zweierlei wird daran erneut deutlich: Zum einen belegt der Hinweis auf die „innerdeutsche Grenze", daß die Nato-Atomraketen vom Territorium der BRD aus abgeschossen werden sollen; damit bildet die BRD gleichsam die atomare Speerspitze gegen die Staaten des Warschauer Paktes. Außerdem wird in aller Offenheit die Strategie verfolgt, daß die atomaren Vernichtungswaffen vor allem gegen die Zivilbevölkerung („Dichte der Städte"!) eingesetzt werden sollen.

Zur Funktion der beiden neuen Mittelstreckenraketen „Pershing-II" und „Cruise Missile" heißt es in einem anderen Dokument der „Nuklearen Planungsgruppe": *„Die beiden Systeme haben eine ausreichende Reichweite, um das Territorium der Sowjetunion vom Verantwortungsbereich der Nato in Europa zu erreichen. Damit wurde der Nato die Möglichkeit gegeben, diese bedeutende Maßnahme im Prozeß der Eskalation mit Mitteln vorzunehmen, die sich grundlegend von den strategischen Mitteln unterscheiden... Die ‚Pershing-*
sich grundlegend von den strategischen Mitteln unterscheiden... Die ‚Pershing-
II' bietet eine speziell erhöhte Gewähr, in die sowjetische Verteidigung einzudringen... Die GLCM (das sind die Marschflugkörper „Cruisse Missiles", Anm. d. Red.) *sind nicht so kostenaufwendig und haben eine größere Reichweite, so daß sie eine breite Palette von Zielen angreifen können ..."*

Auf Seite 4 dieses Dokuments heißt es denn abschließend, dieses Mittelstreckenpotential würde *„die Nato besser in die Lage versetzen, die flexible Reaktion und die Vorwärtsverteidigung zu gewährleisten, eine ausgewogene Eskalation vorzunehmen und gegebenenfalls auf einen allgemeinen Kernwaffenkrieg zurückzugreifen".*

Hieran wird noch einmal deutlich, daß in den militärischen Aggressionsplänen der Nato eine sehr niedrige atomare Schwelle angelegt ist; die Kernwaffen sollen schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt „abschreckend" eingesetzt werden.

Frau Verrept weist anhand weiterer Dokumente nach, daß vor allem die USA und die BRD für den sogenannten „Nachrüstungsbeschluß" der Nato sorgten und dabei die kleineren Nato-Länder unter Druck setzten. So lautet ein interner „Nachrüstungsbeschluß" der Nato: *„Es muß sich um ein Nato-Programm handeln. Alle Regierungen der Mitgliedsländer müssen öffentlich ihre Unterstützung bekunden. Sie müssen sich gleichfalls an der Finanzierung der Bauarbeiten im Rahmen des Infrastrukturprogramms beteiligen".* Und weiter: *„Um den bedeutenden Konzepten der Aufteilung der Risiken und der Solidarität einen konkreten Inhalt zu geben, ist auch in Zukunft notwendig, daß die über keine Kernwaffen verfügenden Mächte der Nato sich im großen Umfang an dem Nato-Kernwaffenziel beteiligen".*

Aus diesen klaren Aussagen wird erklärlich, warum der US-Sicherheitsberater Brzezinski darauf hinwies, daß die Führung des Dritten
heitsberater Brzezinski darauf hinwies, daß die Führung des Dritten
Weltkrieges entscheidend von Westeuropa abhänge...

Ein bezeichnendes Licht wird auch auf die wahren Ziele und Absichten des Imperialismus bei den nun schon seit 10 Jahren frustenden sog. „Abrüstungsverhandlungen" im Mitteleuropa (MBFR) geworfen. Nicht nur, daß sämtliche Vorschläge seitens der Warschauer-Pakt-Staaten damit abgelehnt wurden, weil dies *„für die Sicherheit der Allianz ernste Folgen haben könnte".*

Die getroffenen Vereinbarungen über sogenannte „vertrauensbildende Maßnahmen" oder „begleitende Maßnahmen" dienen der Nato (und wohl auch der anderen Seite) in erster Linie zur Erhöhung der Spionageaktivitäten. So heißt es in einem Nato-Dokument über die Übereinkunft, sich gegenseitig größere Manöver mitzuteilen und zu diesem Zweck auch gegenseitig militärische „Beobachter" zu entsenden: *„Sie wären für die Nato zum Vorteil, weil die Maßnahme dazu beitragen würde, die Aufklärungsaktivitäten zielgerichtet zu führen... Die Maßnahme würde indirekt die Überwachung verbessern und dabei die Aufklärungsaktivitäten erleichtern".* Die Nato forderte gar, daß der gegenseitige *„Informationsaustausch viel ergiebiger wird",* um zu erreichen, eine *„globale Einschätzung der Aktivitäten des Warschauer Paktes ... vorzunehmen".*

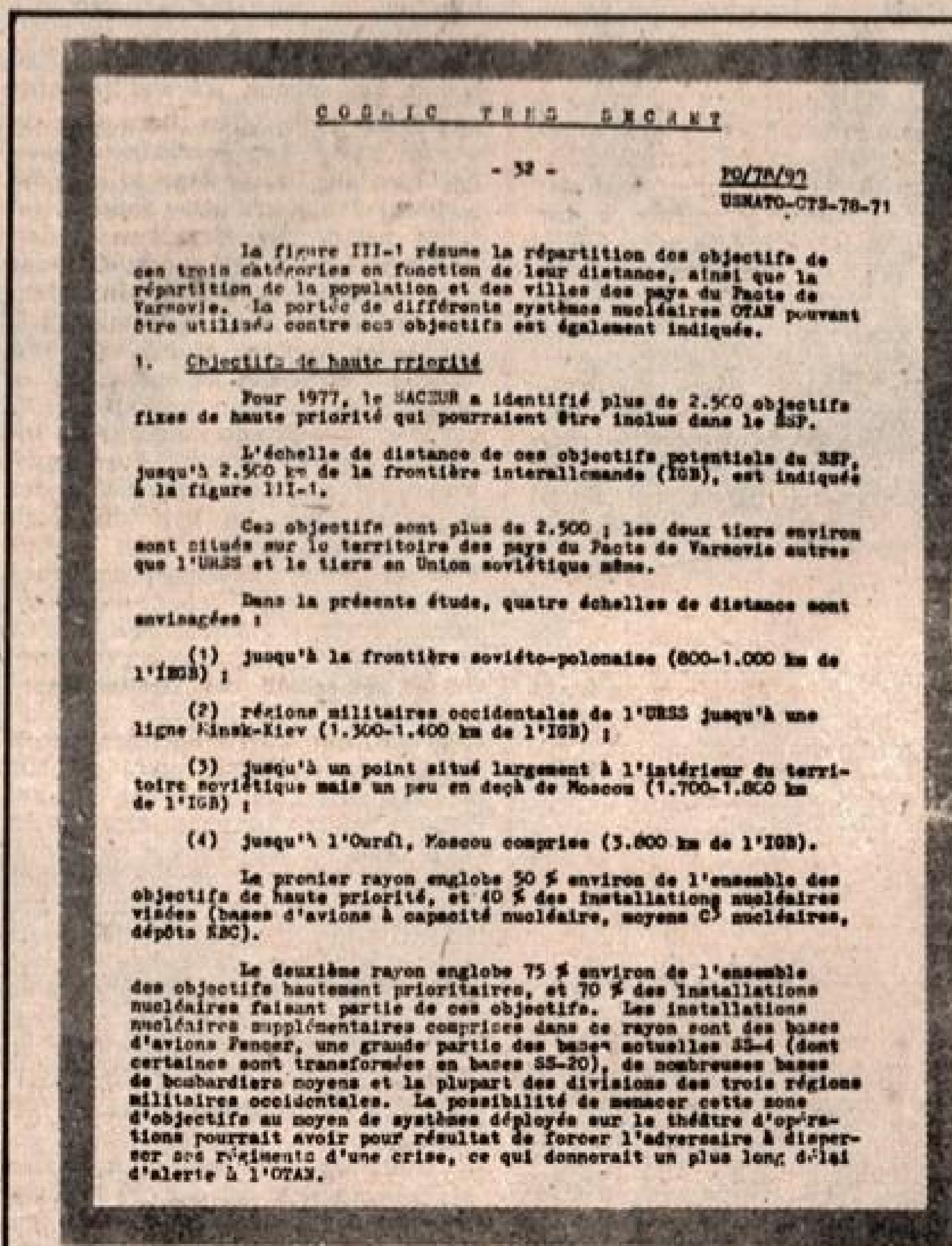
Wiederum wird damit anschaulich belegt, daß die MBFR-„Abrüstungs"-verhandlungen nichts anderes sind als ein reines Täuschungsmanöver gegenüber den Völkern, um umso besser die eigene Hochrüstung betreiben zu können.

(Alle Zitate aus: „Neues Deutschland", 13.5.80)

Antimilitarismuskommission



Dokument PO/78/99 USNATO-CTS-78-71 Cosmic Très Secret



COSMIC TRES SECRET

- 32 - PO/78/99 USNATO-CTS-78-71

La figure III-1 résume la répartition des objectifs de ces trois catégories en fonction de leur distance, ainsi que la répartition de la population et des villes des pays du Pacte de Varsovie. La portée de différents systèmes nucléaires OTAN pouvant être utilisés contre ces objectifs est également indiquée.

1. Objectifs de haute priorité

Pour 1977, le SACEUR a identifié plus de 2.500 objectifs fixes de haute priorité qui pourraient être inclus dans le SSP.

L'échelle de distance de ces objectifs potentiels du SSP, jusqu'à 2.500 km de la frontière interallemande (IGB), est indiquée à la figure III-1.

Ces objectifs sont plus de 2.500 ; les deux tiers environ sont situés sur le territoire des pays du Pacte de Varsovie autres que l'URSS et le tiers en Union soviétique même.

Dans la présente étude, quatre échelles de distance sont envisagées :

(1) jusqu'à la frontière soviéto-polonaise (800-1.000 km de l'IGB) ;

(2) régions militaires occidentales de l'URSS jusqu'à une ligne Minsk-Kiev (1.300-1.400 km de l'IGB) ;

(3) jusqu'à un point situé largement à l'intérieur du territoire soviétique mais un peu en deçà de Moscou (1.700-1.800 km de l'IGB) ;

(4) jusqu'à l'Oural, Moscou comprise (3.800 km de l'IGB).

Le premier rayon englobe 50 % environ de l'ensemble des objectifs de haute priorité, et 40 % des installations nucléaires visées (bases d'avions à capacité nucléaire, moyens C³ nucléaires, dépôts NBC).

Le deuxième rayon englobe 75 % environ de l'ensemble des objectifs hautement prioritaires, et 70 % des installations nucléaires faisant partie de ces objectifs. Les installations nucléaires supplémentaires comprises dans ce rayon sont des bases d'avions Fencer, une grande partie des bases actuelles SS-4 (dont certaines sont transformées en bases SS-20), de nombreuses bases de bombardiers moyens et la plupart des divisions des trois régions militaires occidentales. La possibilité de menacer cette zone d'objectifs au moyen de systèmes déployés sur le théâtre d'opérations pourrait avoir pour résultat de forcer l'adversaire à disperser ses régiments d'une crise, ce qui donnerait un plus long délai d'alerte à l'OTAN.

Kernwaffenziele bis zum Ural

Die Übersetzung des obigen Dokuments lautet:

Die Anlage III-1 umfaßt die Aufteilung der Ziele nach 3 Kategorien hinsichtlich ihrer Entfernung, der Evakuierung der Bevölkerung und der Städte der Länder des Warschauer Vertrages. Gleichzeitig ist die Reichweite verschiedener Kernwaffen-Einsatzsysteme angegeben, die gegen diese Ziele eingesetzt werden können.

1. Ziele mit großer Priorität

1977 hat SACEUR mehr als 2500 feste Ziele mit hoher Vorrangstufe identifiziert, die in SSP aufgenommen werden könnten. Die Entfernungsskala dieser potentiellen Ziele des SSP bis zu 2500 km von der Innerdeutschen Grenze (IGB) ist im Anhang III-1 bestimmt.

Diese Ziele sind über 2500; zwei Drittel etwa liegen auf den Territorien der Länder des Warschauer Vertrages außer der UdSSR und ein Drittel in der Sowjetunion selbst.

Die gegenwärtige Studie enthält vier Entfernungsskalen.

(1) Bis zur sowjetisch-polnischen Grenze (800 – 1000 km von der Innerdeutschen Grenze);

(2) Die westlichen Militärregionen der UdSSR bis zur Linie Minsk–Kiew (1300 – 1400 km von der Innerdeutschen Grenze);

(3) Bis zu einem Punkt im Innern der UdSSR ein wenig diesseits von Moskau (1700 – 1800 km von der Innerdeutschen Grenze);

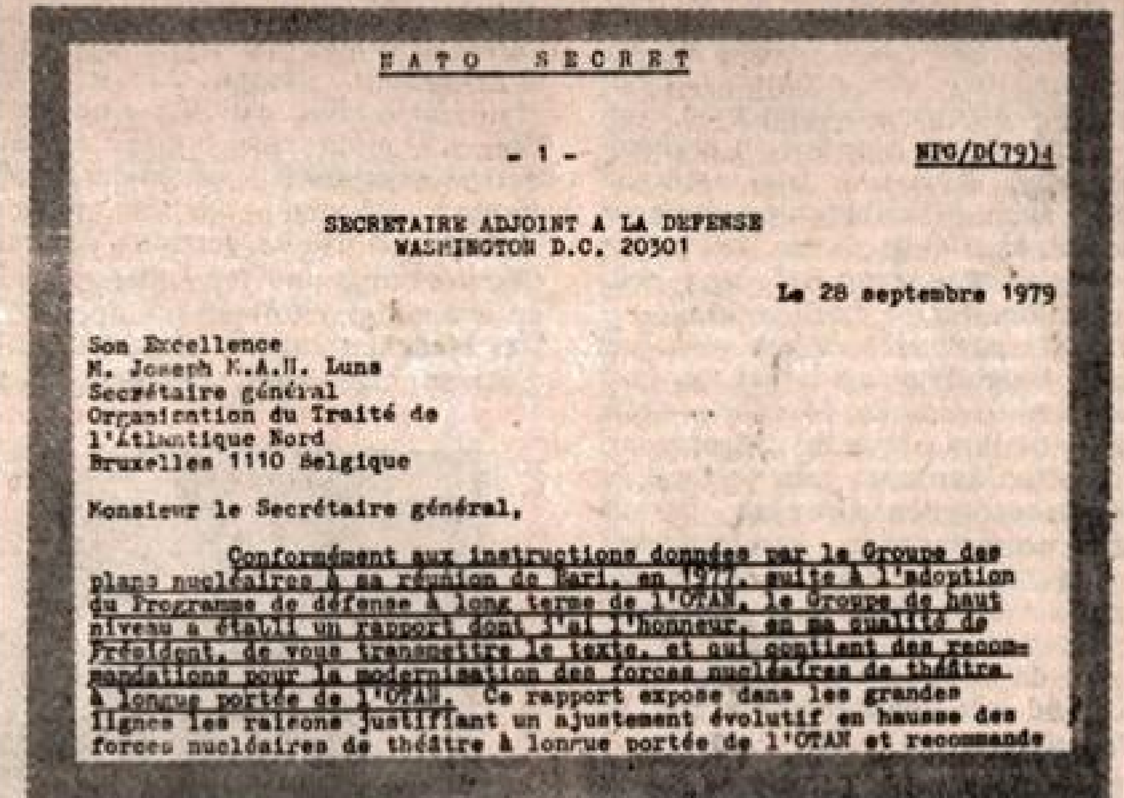
(4) Bis zum Ural einschließlich Moskaus (3800 km von der Innerdeutschen Grenze).

Das erste Gebiet umfaßt etwa 50 Prozent der Ziele mit hoher Priorität und 40 Prozent von Kernwaffenobjekten (Flugzeugbasen mit Kernwaffenkapazitäten, KWE, NBC-Depots).

Das zweite Gebiet umfaßt etwa 75 Prozent der Ziele mit hoher Priorität und 70 Prozent der Kernwaffenobjekte, die zu diesen Zielen gehören. Zu den zusätzlichen Kernwaffenobjekten in diesem Gebiet gehören die Flugzeugbasen „Fencer", ein großer Teil der Abschußrampen SS-4 (von denen zahlreiche durch die SS-20 ersetzt wurden), zahlreiche Basen mittlerer Bomber und die Mehrzahl der Divisionen der drei westlichen Militärbezirke. Die Möglichkeit, dieses Zielgebiet mit auf dem Kriegsschauplatz entfalteten Systemen zu bekämpfen, könnte den Gegner zwingen, seine Regimenter in einer Kriegssituation zu dezentralisieren, was einen längeren Zeitraum der Auslösung der Alarmierung in der NATO ergeben würde.

Dokument NPG/D (79) 4 NATO Secret

Schon 1977 in Bari ausgeheckt



NATO SECRET

- 1 - NPG/D(79)4

SECRETAIRE ADJOINT A LA DEFENSE
WASHINGTON D.C. 20301

Le 28 septembre 1979

Son Excellence
M. Joseph M.A.H. Luns
Secrétaire général
Organisation du Traité de
l'Atlantique Nord
Bruxelles 1110 Belgique

Monsieur le Secrétaire général,

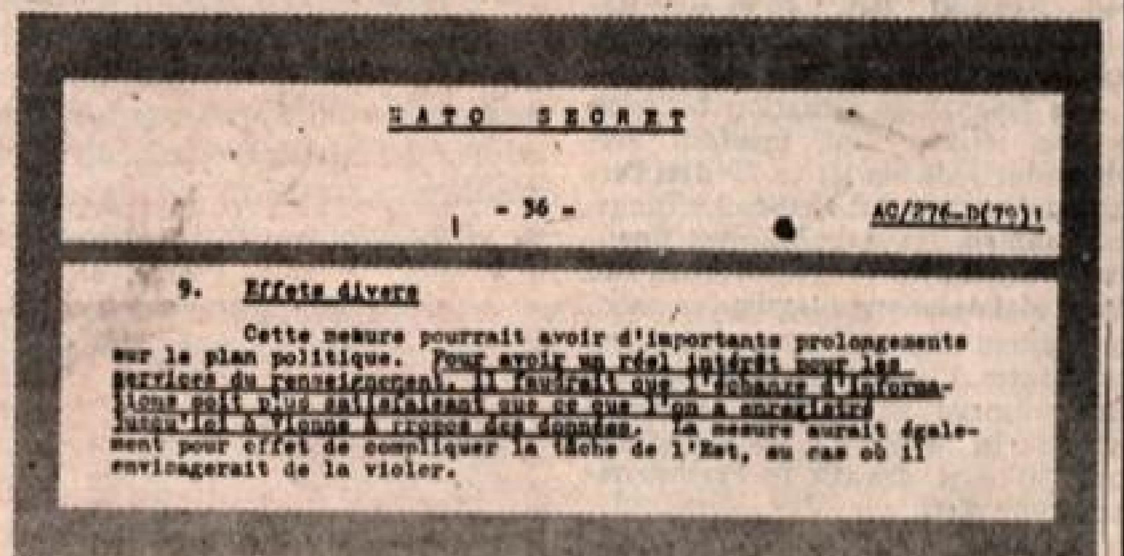
Conformément aux instructions données par le Groupe des plans nucléaires à sa réunion de Bari, en 1977, suite à l'adoption du Programme de défense à long terme de l'OTAN, le Groupe de haut niveau a établi un rapport dont j'ai l'honneur, en ma qualité de Président, de vous transmettre le texte, et qui contient des recommandations pour la modernisation des forces nucléaires de théâtre à longue portée de l'OTAN. Ce rapport expose dans les grandes lignes les raisons justifiant un ajustement évolutif en hausse des forces nucléaires de théâtre à longue portée de l'OTAN et recommande

Die unterstrichenen Zeilen lauten in der Übersetzung:

Entsprechend der Anordnung der Nuclearen Planungsgruppe (NPG) auf ihrer Tagung in Bari im Jahre 1977 und der Realisierung des NATO-Langzeitprogramms hat die Gruppe auf höchster Ebene einen Bericht erstellt. Ich habe die Ehre, Ihnen den Bericht in meiner Eigenschaft als Präsident zu übermitteln, der als Empfehlung dient zur Modernisierung der nuclearen Streitkräfte der NATO mit Systemen großer Reichweite.

Dokument AC/276-D (79) 1

Direktive: Spionage verstärken



NATO SECRET

- 36 - AC/276-D(79)1

9. Effets divers

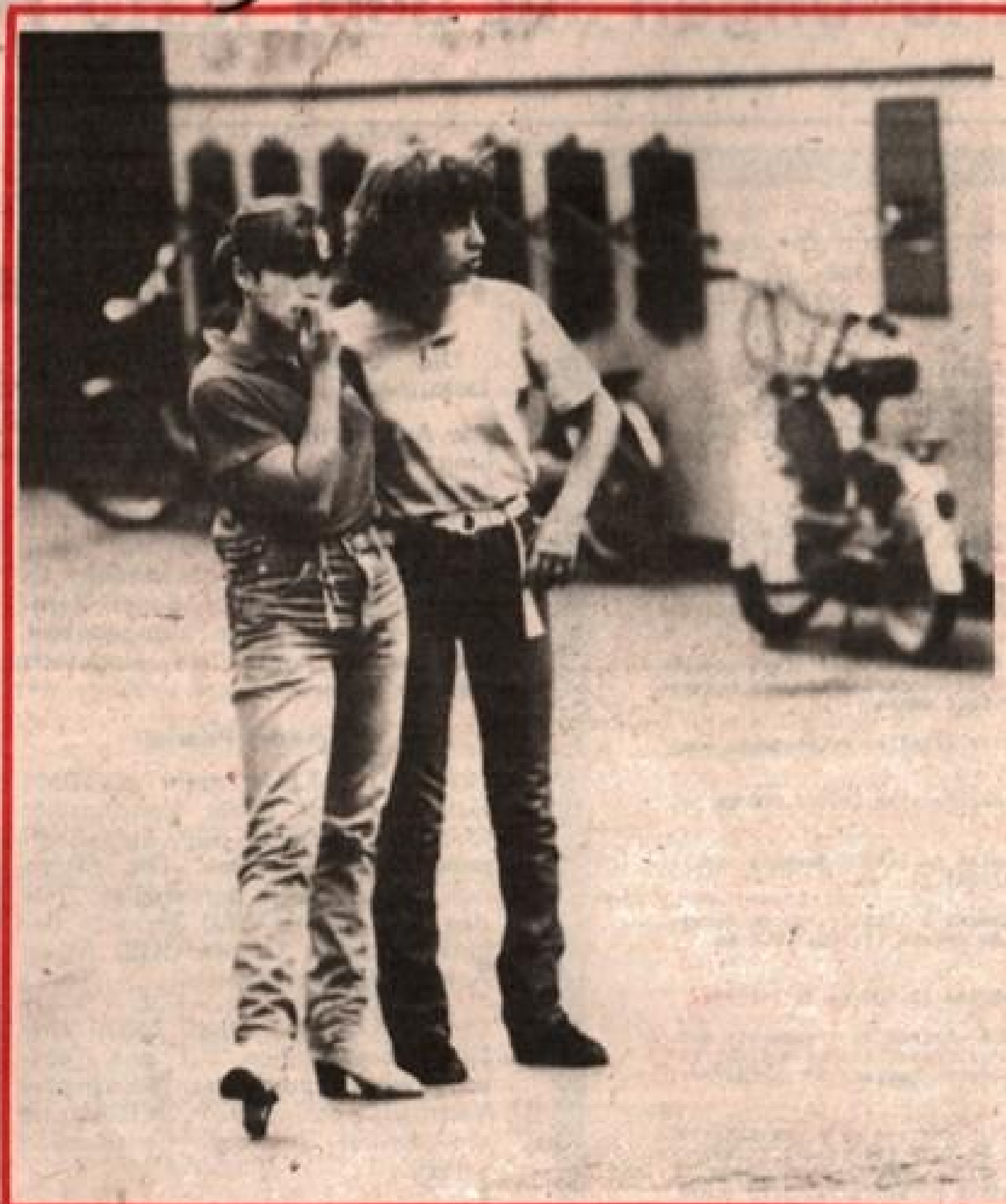
Cette mesure pourrait avoir d'importants prolongements sur le plan politique. Pour avoir un réel intérêt pour les services du renseignement, il faudrait que l'échange d'informations soit plus satisfaisant que ce que l'on a enregistré jusqu'ici à Vienne à propos des données. La mesure aurait également pour effet de compliquer la tâche de l'Est, au cas où il envisagerait de la violer.

Der unterstrichene Text besagt:

Um für die Aufklärungsdienste von echtem Interesse zu sein, ist es notwendig, daß der Informationsaustausch viel ergiebiger wird als das, was man bis jetzt in Wien hinsichtlich der Angaben beschaffen konnte.

Neues Deutschland / 13. Mai 1980

1, 2, 3, 4 – viele Mädchenzentren brauchen wir!



Interview mit drei Schülerinnen: Petra, Christine, Ulli und der Diplompädagogin Birgit aus dem Mädchenzentrum im Gallusviertel (Frankfurt). Claudia stellte für den AK die Fragen.

Claudia: Seit wann gibt es das Mädchenzentrum und wie ist es eigentlich entstanden?

Birgit: Die Beratungsstelle für arbeitslose Mädchen gibt es seit dem 1.1.1978, am 8. März, dem internationalen Frauentag, haben wir offiziell eröffnet – aber damals war das eigenlich noch kein Mädchenzentrum.

Claudia: Wie meinst du das?

Birgit: Wir waren fünf Diplom-Pädagoginnen und hatten uns schon vorher mit der Situation von Mädchen auseinandergesetzt. Zum Teil hatten wir unsere Erfahrungen in der Frauenbewegung gesammelt und/oder in der Jugendarbeit, die wir gemacht hatten. In der sogenannten „normalen" Jugendarbeit geht es ganz automatisch immer um Jungens und um deren Interessen und Probleme, die Mädchen fallen da unter den Tisch oder hinken hinten nach. Bevor wir die Beratungsstelle eingerichtet haben, haben wir eine Konzeption erarbeitet und mit vielen Mädchen – Schülerinnen und arbeitslosen Mädchen – diskutiert. Wir machten Gruppendiskusssionen in Grundausbildungslehrgängen für arbeitslose Jugendliche, mit Berufsschülerinnen usw. Natürlich haben wir auch mit Sozialarbeitern, dem Arbeitsamt usw. Diskussionen geführt und Informationen gesammelt. Die Konzeption ist also nicht bloß am grünen Tisch entstanden, sondern war das Ergebnis eines Auseinandersetzungsprozesses. Nun war es uns schon damals sehr wichtig, die Arbeit so aufzubauen, daß nicht nur Einzelberatung in brenzligen Situationen gemacht werden kann, sondern eine lägerfristige pädagogische Arbeit geleistet werden kann. Daß also Mädchengruppen entstehen können, die gemeinsame Interessen verwirklichen, daß die Mädchen lernen, ihre Beziehungen zueinander zu gestalten, daß sie auch die Sachen im Mädchenzentrum selbst in die Hand nehmen können, sich dafür verantwortlich fühlen und daß eine Solidarität zwischen den Mädchen entstehen kann.

Aus diesem Grund sollte in der Beratungsstelle ein offener Jugendclub für Mädchen eingerichtet werden, mit einem Angebot an themenbezogenen Kursen – und natürlich sollte auch Einzelberatung gemacht werden, aber eben als ein Teil neben anderen. Zu Anfang lief dann aber erstmal doch nur Einzelberatung.

Bekanntgemacht haben wir uns durch Flugblätter und Plakate, und dann kamen einzelne Mädchen, meist haben sie ihre Freundin mitgebracht. Sie hatten zunächst kein Intersse an themenbezogenen Gruppen, bis sie sich untereinander kennengelernt hatten durch Feste, Geburtstagsfeiern... und auch ein Vertrauen zu uns entwickeln konnten.

Ab da – etwa Weihnachen 78 – entstand ein massives Interesse an den Kursen.

Claudia: Kannst du nochmal kurz sagen, wie das Mädchenzentrum finanziert wird?

Birgit: Wir sind eine Einrichtung des Internationalen Bundes für Sozialarbeit. Bislang gab es Geld über ein Modellprogramm des Bundesfamilienministeriums für arbeitslose Jugendliche, in dem eine spezielle Betreuung arbeitsloser Mädchen vorgesehen war.

Nunmehr sind wir in eine Modellförderung durch das Land Hessen aufgenommen worden. Solche Modelle werden für eine gewisse Zeit finanziert, und es ist das offizielle Ziel solcher Programme, dann zu entscheiden, ob sich ein Modell soweit „bewährt" hat, daß es eine Regelförderung durch die zuständige Stadt oder das Land erhält.

Die finanzielle Situation hat sich in der letzten Zeit insofern verschlechtert, als bis Mitte 79 drei Personalstellen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamtes finanziert wurden, bis Juni 80 werden alle diese Maßnahmen ausgelaufen sein. Inzwischen ist es zwar gelungen, zwei feste Planstellen einzurichten, darüberhinaus ist aber keine Personalstelle in Sicht, d.h. es findet bis Juni 80 eine drastische Personalreduzierung statt.

Claudia: Da will ich später nochmal genauer fragen, aber jetzt würde mich erstmal interessieren, seit wann und wie ihr ins Mädchenzentrum gekommen seid, und was ihr davor so gemacht habt, wie sich das bei euch so alles entwickelt hat.

Petra: Das weiß ich noch genau, das war am 29.7.1978. Meine Freundin hat hier ihren Geburtstag gefeiert. Ich war damals 14. Ich hatte unheimlich weiche Knie und viel Schiß. Birgit hat den Clown gespielt und ich hab nur gedacht „oh Gott, was ist denn das für ein Haufen" und bin dann gleich wieder nach Hause gegangen.

Erst nach zwei Monaten bin ich mit 'ner Freundin nochmal hingegangen, aber ich hab da immer den totalen Macker gespielt, hab die Mädchen als Kumpels behandelt, wie ich's aus der Clique – ich war unter 15 Jungen das einzige Mädchen – gewöhnt war. Dann kam es zu einer Diskussion, wo die anderen mir mein Mackertum vorgeworfen haben, sie haben sich von mir unter Druck gesetzt gefühlt. Danach hab ich erstmal festgestellt, daß ich eine Frau bin, ich mußte nicht mehr ständig den Macker spielen, um mich akzeptieren zu können – das war unheimlich toll. Da hab ich gemerkt, daß mir das was bringt und den anderen Frauen auch und dann hab ich mich voll fürs Mädchenzentrum eingesetzt, hab Fahrten organisiert, bei dem Buch „Ein Mädchen ist fast so gut wie ein Junge" mitgeschrieben usw. Ich will das Mädchenzentrum erhalten, ich kämpfe dafür, daß Mädchen andere Möglichkeiten haben als Macker, Clique und den Scheiß zuhause und in der Schule, daß Mädchen die Möglichkeit haben, als Mädchen ein Selbstbewußtsein zu entwickeln. Dazu brauchen wir noch viel, viel mehr Mädchenzentren. Und natürlich bin ich für Lohn für Hausarbeit, denn ich hab 'ne Mutter mit fünf Kindern, und für einen Existenzlohn für Jugendliche.

Christine: Mich hat Juli 78 ne Freundin dahin mitgeschleppt, da haben die noch da gesessen und Kettchen gebastelt. Abends bin ich dann heim und hab Ulli, meine Schwester, dahin mitgenommen. Ich war aber sehr mißtrauisch, hab nur alles beobachtet und bin nicht aus mir rausgegangen. Ich war immer schon sehr schüchtern, das habe ich erst hier verloren. Ich hatte eine feste Freundin, mit der war ich in einer Clique, wo unsere Freunde drin waren. Dann hatte ich einen anderen Freund und bin in eine andere Clique und dann wieder in eine andere und wieder 'ne andere. Die Freundschaft zu meiner Freundin ist dann auch ganz schnell kaputt gegangen, da hab ich sie richtig gehaßt. Es waren dann immer Feten im Falkenheim, ich war nacheinander mit drei Typen zusammen, da wurde immer viel getrunken. Einen Sommer lang lief es dann so, daß die Typen jeden Nachmittag Fußball gespielt haben, die Mädchen standen dumm herum, haben zugeguckt oder sich unterhalten. Die Typen haben die Macker gespielt – dann bin ich abends nach Hause zum Essen, und dann gleich wieder zu den Typen in eine Kneipe. Ich hab mich oft besoffen, hab rumgehangen und mich total mies gefühlt, alles hat mich angekotzt. Ich war gewohnt, still in der Ecke zu sitzen, das hat sich durch das Mädchenzentrum dann schnell geändert, weil ich nichts verbergen mußte, sondern mich verhalten konnte, wie ich mich gefühlt habe und mich vor allem einbringen konnte. Da gab's auch Auseinandersetzungen, wir arbeiten hier alle selbständig mit, sind fürs Mädchenzentrum selbst verantwortlich, nicht nur die Sozialarbeiterinnen. Ich hab' die anderen besser kennengelernt, mein Verhältnis zu Mächen hat sich total geändert. Ich hab von den Mädchen nie viel gewußt, wir waren meist nur eifersüchtig und aggressiv aufeinander – jetzt seh ich sie als Frauen, mit den gleichen Problemen in Schule, Familie, Beziehungen... und wir unterstützen uns gegenseitig. Hier kann ich ausgelassen sein, aber in der Schule hab' ich meist wenig Kontakt und bin still.

Ulli: Ich hab auch immer den Macker gespielt, um von den Typen akzeptiert zu werden, ich war ein Kumpel für die. Aber ich war total abhängig von C., sie hat die Typen gehabt und ist in die Cliquen reingekommen und ich bin dann immer mitgegangen. Ich wollte keine Beziehung haben. Einmal war ich drei Tage mit 'nem Typ zusammen, dann hat's mir gestunken, da hab' ich Schluß gemacht. Die anderen Mädchen haben mich „Zwitter" genannt. Es hat mich immer total aggressiv gemacht, wie die Typen die Mädchen angemacht haben. Ich hatte oft Streit mit den Mädchen. Mich hat es auch angekotzt, wenn C. jede Woche einen neuen Typ hatte, aber ich war ja abhängig von ihren Typen, um Kontakt zu kriegen. Ich hab dann auch immer beim Fußball mitgespielt und so alles gemacht, was die Typen gemacht haben und wurde deshalb von denen akzeptiert. Die Mädchen kamen dann auch sehr oft zu mir, ich war die „Retterin", ich hab den Typen auch oft was auf die Schnauze gegeben, mich mit denen rumgeprügelt.

Das war ein ständiger Druck, mich immer so zu verhalten wie die, meine Gefühle und was ich eigentlich denke, konnte ich ja nie sagen; andere haben mich auch meistens für einen Typ gehalten, deswegen hatte ich zum ersten Mal hier auch einen Mordsschiß, daß die mich für einen Typ halten.

Ich hab dann auch erstmal alles beobachtet, aber es hat mich gleich interessiert, ich wollte hier mitmachen. Ich hab' auch ganz schnell Kontakt gekriegt, denn eigentlich fällt mir das nicht schwer, nur durch den Beziehungsscheiß eben.

Claudia: Was hat sich für dich verändert, seit du im Mädchenzentrum bist?

Ulli: Ich hab gelernt, Frauen zu akzeptieren und vor allem mich selbst als Frau zu akzeptieren. Früher habe ich alle Frauen als „Flennsusen" gesehen.

Ich will, daß Frauen anerkannt werden als eigenständige Personen und sich selbst erkennen.

Ich kämpfe dafür, daß Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer, also Arbeitsplätze für alle Frauen und natürlich Lohn für Hausarbeit.

Claudia: Wie versucht ihr, andere Schülerinnen/Mädchen/Frauen für eure Vorstellungen und Ideen zu gewinnen?

Petra: Das wissen wir noch nicht genau, da sind wir gerade in der Diskussion darüber. Aber auf jeden Fall wollen wir da was machen, daß unsese Forderungen durchgesetzt werden.

Claudia: Was macht ihr so im Mädchenzentrum, was gibt es da an themenbezogenen Gruppen?

Ulli: Also, da gibt's erstmal die Berufsgruppe. Wir finden es vor allem wichtig, uns frühzeitig über unsere Berufsmöglichkeiten zu informieren, also so Sachen wie „Frauen in Männerberufen". Da gibt es ja die Modellversuche, wo Frauen als Kfz-Mechaniker, Radio- u. Fersehtechniker oder Elektroanlageninstallateure arbeiten. Da gehen wir dann in Berufsschulen, wo diese Ausbildungen für Frauen möglich sind, reden mit denen über ihre Erfahrungen und wir gehen zum Arbeitsamt, um uns auch da zu informieren. Sich da selbst zu informieren ist unbedingt notwendig, denn in der Regel läuft's ja doch so, daß du ohne jede Information von der Schule abgehst, und dann landest du als Frau in Scheißberufen wie Friseuse oder Verkäuferin. Das wollen wir auf keinen Fall.

Dann gibt es die Kochgruppe. Denk ja nicht, daß wir da die Haushaltspflichten und Kochrezepte lernen, um dann auch einen Mann zu kriegen! Ne, zusammen kochen und dann toll zusammen essen macht einfach riesigen Spaß! Dann den Fahrradkurs, damit wir endlich lernen, unabhängig von Typen unsere Fahrräder und Mofas zu reparieren. Wenn es hoffentlich bald Geld gibt, machen wir auch einen Schreinerkurs und ein eingerichtetes Fotolabor haben wir auch schon, also mit einem Fotokurs kann es bald auch wieder losgehen.

Petra: Wir haben auch so einen Bastel-, Batik- und Nähkurs. Da machen wir Zeug für uns, oder um es auf dem Flohmarkt zu verkaufen, um Geld für's Zentrum zu kriegen, oder im Frühjahr '79 haben wir damit teilweise unsere Abenteuerreise finanziert. Wir machen also so ziemlich alles, wir zeigen auch Filme und haben auch schon Theaterworkshops gemacht. Sehr wichtig ist auch die Geschichtsgruppe, da haben wir ja damals bei dem Buch „Ein Mächen ist fast so gut wie ein Junge" mitgeschrieben und haben über unsere Sexualität geredet. Zwischen allen Mädchen, die da mitgemacht haben, sind unheimlich intensive Beziehungen entstanden. Wir haben sehr viel Vertrauen zueinander gekriegt, und die Gruppe wurde so der harte Kern im Zentrum, aber das hat dann zu großen Auseinandersetzungen geführt. Es haben ja nicht alle in der Gruppe mitgemacht, und die haben unheimliche Aggressionen gegen uns gekriegt. Da haben sie dann das ganze Klo mit Lesbenzeichen und dummen Sprüchen vollgeschmiert, und haben uns immer abfällig als Lesben angemacht. Das ging dann ne ganze Zeit so, daß die und wir gegenseitig das Klo beschmiert haben. Die Konflikte wurden immer größer, das war kaum noch auszuhalten, und dann haben wir mit allen darüber diskutiert. Das hat aber nichts gebracht, denn die, die nicht in der Gruppe waren, haben nicht offen gesagt, warum sie das gemacht haben, sie haben dann gemeint, daß sie das aus Jux gemacht hätten. Ich glaube eher, daß sie Angst hatten, in der Gruppe mitzumachen, über ihre Gefühle und ihre Sexualität zu reden, aber dann eifersüchtig auf uns waren, daß wir das konnten und sie im Grunde bestimmt selber gerne über ihre ganzen Scheißerfahrungen geredet hätten. Die Konflikte gibt es immer noch im Zentrum, obwohl die Geschichtsgruppe dann wegen dem ganzen Clinch bald kaputtgegangen ist, aber wir diskutieren jetzt immer darüber und es ist auch ehrlicher geworden.

Claudia: Wo seht ihr Unterschiede zwischen euch und anderen Mädchen, z.B. von eurer Schule?

Chris: Bei ihnen ist es so, wie es bei uns eben früher war, wir haben wesentlich mehr Selbstbewußtsein gekriegt, wir können uns als Frauen akzeptieren und müssen uns nicht mehr als Macker aufspielen und den gleichen Scheiß machen wie die Typen oder uns als Püppchen an die verkaufen. Wir sind selbständige Personen, mit eigenen Interessen, Ansichten und Problemen und wollen auch so akzeptiert werden.

Ulli: Diese Typen mit ihren Mofas und wie es in den Cliquen abläuft, das kotzt mich total an, das macht mich aggressiv.

Chris: Ich bin jetzt lieber mit Frauen zusammen und verbringe meine Freizeit meistens hier. Ich wüßte nicht, was ich ohne das Mädchenzentrum machen sollte.

Claudia: Wie ist eure Situation in der Familie?

Chris: Weißt Du, als kleines Kind darfst Du bis um 10 Uhr raus, aber so ab zwölf Jahren mußt Du um 8 Uhr zuhause sein, da heißt es dann: „Du treibst Dich rum, kümmer' Dich gefälligst mehr um die Schule, Hausaufgaben... D u mußt mehr üben, um Deinen Abschluß zu machen." Mein Bruder ist zwölf, der geht aufs Gymnasium – „er muß ja mal die Familie ernähren". Dabei ist es so, daß meine

Fortsetzung auf der nächsten Seite





MÄDCHEN TREFFPUNKT
Hufnagelstr. 14
Tel. 738399
Mittwoch und Donnerstag 15–19°°

ACHTUNG!
11. Mai 16.°° erstes Treffen für den Aufklärungskurs SELBST IST DIE FRAU
23. Mai 16.°° erstes Treffen für den Fotokurs







Mutter die Familie ernährt, andauernd arbeiten geht und dann noch den Haushalt und vier Kinder hat. Wir hätten auch aufs Gymnasium gehen können, aber wir „haben das ja nicht nötig" (!), so nach dem Motto: Schule, Lehre und dann heiraten.

Meine ältere Schwester ist dann ausgezogen, und ich bin jetzt so die „Verbündete" meiner Mutter. Mit mir kann sie über ihre Probleme reden, wir haben ein freundschaftliches Verhältnis, sie hat mir damals auch gleich die Pille besorgt, und wir haben über meine Beziehungen und Probleme geredet.

Claudia: Wie ist das mit dem Haushalt, muß euer Bruder da genauso helfen wie ihr?

Chris: Ne, ne, der wird bevorzugt – auch von meiner Mutter. Wir Mädchen müssen die ganze Hausarbeit machen, mit unserer Mutter zusammen. Einkaufen fahren, zwei mal in der Woche in die Wäscherei, denn wir haben keine Waschmaschine, die wollen Ulli und ich jetzt von unserem Geld kaufen. Mein Vater ist krank und kann nicht arbeiten, und kriegt auch keine Rente. Der kocht dann halt und räumt das Geschirr weg, aber mehr macht der nicht!

Claudia: Was fordert Ihr in der Familie?

Chris: Du, das geht nicht, daß wir einfach fordern: „Ich will mehr Freizeit, ich will mehr Geld ... ich mach nix mehr". Das richtet sich dann in erster Linie gegen die Mutter, die eh schon für alles verantwortlich ist. Wir fühlen uns solidarisch mit unserer Mutter und unterstützen sie, wir müssen eben immer wieder mit ihr reden, um ihr unsere Forderungen, die gleichen Rechte wie unser Bruder zu haben, und daß der genausoviel helfen muß, verständlich zu machen.

Claudia: Wie läuft das jetzt bei euch so mit Beziehungen zu Typen?

Chris: Bei den Anderen hat sich das wohl geändert, aber ich hab schon das Interesse an einer Beziehung. Ich will aber so akzeptiert werden, wie das wohl geändert, aber ich hab schon das Interesse an einer Beziehung. Ich will aber so akzeptiert werden, wie ich bin, ich mach keine „Theaterspielerei" mehr! Ich mach dann auch meistens mit den Typen und meinen Freundinnen was zusammen, das stinkt denen meistens, aber das sehe ich gar nicht ein! Die sind ja auch mit ihren Freunden zusammen. Die Beziehungen zu meinen Freundinnen sind mir – im Gegensatz zu früher – mindestens genauso wichtig! Und wegen keinem Typ der Welt würde ich das Mädchenzentrum vernachlässigen, da könnte Gott persönlich kommen!

Claudia: Was sind so Eure Zukunftsperspektiven, was wollt ihr für 'nen Beruf machen, wie wollt Ihr leben?

Chris: Na, auf keinen Fall heiraten und dann vom Typ abhängig sein. Ich will 'nen Beruf machen, der mir Spaß macht, der mir Selbstbewußtsein gibt, um ein unabhängiger und selbstständiger Mensch zu bleiben. Sonst bist du ja total abhängig, mußt um jeden Pfennig Haushaltsgeld betteln und dann später keine Rente. Ne,Ne !

Claudia: Was sind eure Forderungen, um die Situation der Mädchen zu verbessern?

Ulli: Bessere Ausbildungsmöglichkeiten – natürlich in allen Berufen, mehr Jugendzentren, die nach den Interessen der Mädchen ausgerichtet sind – also mehr Mädchenzentren! Mehr Beratungsstellen und wesentlich mehr Information über Verhütungsmittel und Sexualität. Mehr Freiheiten in der Familie, also Gleichberechtigung mit den Brüdern, und vor allem mehr Rechte für die Mütter, daß sie sich gegen die Väter durchsetzen können. Wir wollen auch mehr Freizeit, und natürlich sind wir für das Recht auf Abtreibung und für die Selbstbestimmung der Frau!

Claudia: Wie finden es eure Mütter, daß ihr im Mädchenzentrum seid?

Ulli: Anfangs waren sie dagegen, sie waren eifersüchtig aufs Mädchentreff und auf Birgit. Aber dann haben wir uns alle mal hier zusammengesetzt und darüber geredet. Seitdem finden sie es gut. Meine Schwester will jetzt auch mal herkommen und Birgit kennenlernen. Auch wenn unsere Mutter jetzt nicht so die Gleichberechtigung für Frauen fordert, stimmt sie inhaltlich mit uns überein. Sie sagt jetzt schon öfter, daß unser Bruder mehr im Haushalt machen muß.

Claudia: Was haltet Ihr von ‚Bravo'? Wie schätzt Ihr den Einfluß ein, und was könnte frau dagegen machen?

Chris: ‚Bravo' ist die beschissenste Zeitung, die es gibt, aber sie wird von sehr vielen Mädchen gelesen.

Claudia: Wollen wir nicht eine ‚Anti-Bravo' machen?

Chris: Oh ja, das wäre toll, wir machen eine Gegenzeitung und die Probleme beantworten wir dann selbst. Und ne Fotostory machen wir auch, aber ganz anders!

Claudia: Ich fand, das war ein unheimlich tolles Interview mit euch!

Walpurgisnacht 1980

In der Bilanz der bisher stattgefundenen Walpurgisnächte (1977-1979) schrieben wir letztes Jahr in AK 154: *„Insgesamt betrachtet hat sich im Vergleich zu den Vorjahren am Charakter der Demonstrationen nichts verändert. Noch mehr als früher fanden die Demos fast ausschließlich zur Gaudi der Teilnehmerinnen statt. In den Flugblättern – sofern sie überhaupt gemacht wurden – wird in der Regel nicht auf Hintergründe und gesellschaftliche Bedingungen von Vergewaltigung und anderen Formen körperlicher Gewalt gegen Frauen eingegangen. Kein Wort auch zur Situation der Frauen, die den Mut haben, ihren Vergewaltiger anzuzeigen und den entwürdigenden Prozeß der Gerichtsverhandlung mit all ihren Detailschilderungen durchzustehen. Angesichts der Tatsache, daß derzeit von der Frauenbewegung sonst so gut wie nichts mehr zu hören und zu sehen ist (mit Ausnahme einiger Frauenhausinitiativen), ist es doch die Frage, ob diese Aktionen uns die Nacht zurückerobern, ganz zu schweigen davon, ob sie in dieser Form dazu beitragen, den Kreis der Frauen zu verbreitern, die sich Vergewaltigungen und Prügeleien nicht mehr gefallen lassen wollen".*

Angesichts der Entwicklung der Walpurgisnacht 1980 können wir diese Einschätzung auch für dieses Jahr nur bestätigen. **In allen Städten, aus denen uns Berichte vorliegen (Frankfurt, Hamburg, Köln, Fulda, Bremen, Kassel), stagnierten oder sanken die Teilnehmerinnenzahlen. Auf allen Demonstrationen waren kaum noch Transparente zu sehen oder Parolen zu hören,** die Hexentänze, Gekreische und Klamauk dominierten (die einzige Ausnahme hierbei bildete evtl. noch die Demo in Hannover).

In Bremen, Frankfurt und Hamburg (und z.T. sicher auch in Berlin) gab es zwar auch deutliche Bemühungen, die Demo massenfreundlicher anzukündigen oder die Route nicht nur durch Vergnügungsviertel zu legen, jedoch konnte dies letzten Endes nichts am Charakter der Demo selbst ändern.

Wir wollen im folgenden anhand der uns vorliegenden Berichte auf den Verlauf der Demonstrationen in einigen Städten und auch auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegung zur Gestaltung der Demos eingehen.

AG Frauen, Hamburg

Frankfurt

Schon am 30.3. war zu einem Vorbereitungstreffen zur Walpurgisnacht-Gestaltung eingeladen worden, zu dem jedoch nur wenige Frauengruppen kamen. Auch die beiden Folgetreffen waren sehr schlecht besucht. Eine Idee von 1979 wurde aufgegriffen, in der Stadt an den der Walpurgisnacht vorausgehenden zwei Tagen Stände zur Information der Bevölkerung zu machen, um am Abend des 30.4. von dieses Ständen aus sternmarschartig in der Innenstadt zusammenzutreffen und gemeinsam zur Uni zu ziehen, wo ein Frauenfest stattfinden sollte. Schon die Vorbereitungen hierzu waren von allen Beteiligten ziemlich lust- und phantasielos.

Von fünf verschiedenen Punkten fand dann die Demo statt, zu der ca. 1.000 Frauen kamen (nur halb soviel wie 1979). Gemieden wurde diesmal das Bahnhofsviertel mit seinen Sex-Shops, was aber zu Auseinandersetzungen unter den Frauen während der Demo führte, mit der Konsequenz, daß sich eine kleine Gruppe von Frauen absonderte und alleine durch dieses Viertel zog.

Auch dieses Jahr wurde der Demo-Zug wieder von einem massiven Polizei-Aufgebot (Mannschaftswagen, Wasserwerfer etc.) begleitet. Eine Frau wurde festgenommen; angeblich hatte sie Parolen gesprüht.

Hamburg

In Hamburg ging die Route der Demo diesmal durch ausgesprochene Wohnviertel. Ca. 500 Frauen waren zum Treffpunkt gekommen. Zum Verlauf der Demo waren vorher keine Festlegungen getroffen worden, mit einem Plakat war lediglich zum Treffpunkt mobilisiert worden. Es gab keine Transparente und zunächst auch keine Rufparolen, dafür umso mehr Krach und Geschrei. Begleitet wurde die Demo von einer ständig nebenher laufenden Polizeikette. Dadurch entstanden aus der Situation heraus dann doch einige Parolen wie „Bullen verpisst euch, keiner vermißt euch!" oder „Alle wollen dasselbe – Männer in die Elbe!".

Auffallend war die betont freundliche Aufnahme der Demo bei vielen Passantinnen und Beobachterinnen, insbesondere bei Italienerinnen und anderen Ausländerinnen.

Anschließend an die Demo fand in einem Stadtteilzentrum ein Fest statt.

Köln

In Köln demonstrierten ca. 800 (1979: 600) Frauen und blockierten zum Abschluß durch einen gemeinsam gebildeten getanzten Reigen an einem zentralen Verkehrsknotenpunkt den abendlichen Autoverkehr. Die Polizei nahm eine Frau wegen angeblichen Parolensprühens fest (nach „TAZ", 2.5.).

Stuttgart

Ca. 200 Frauen zelebrierten hier unter entsprechenden Hexentänzen und unter reichlich Gejohle Unterdrükkungsinstrumente: BHs, Kosmetik, Porno-Hefte, symbolische Sexshops, AKWs, psychiatrische Anstalten etc. Sogar einige Feuerspuckerinnen waren aufgeboten. Das Rathaus zierte binnen kurzem eine lila Fahne mit Doppelaxt ... Eine Peep-Show wurde nachhaltig gestört und in der Altstadt der Verkehr blockiert (nach „TAZ", 2.5.80).

Bremen

In Bremen war mit einem Flugblatt und einem Plakat zur Demo mobilisiert worden. In der Vorbereitung hatte es zwei recht heftige Diskussionen im Frauenzentrum gegeben. Uneinig waren sich die Frauen, ob die Demo nun abends oder nachts stattfinden sollte. Viele Frauen waren für nachts, weil's so nunmal üblich sei bei einer Walpurgisnachtdemo und weil es spontaner sei. Andere Frauen wollten, daß von der Demo mehr zu merken ist und sie deshalb schon abends stattfinden sollte. Schließlich setzte sich diese Meinung durch.

Weiterhin war strittig, ob die Demo angemeldet werden sollte oder nicht. Der Vorteil einer unangemeldeten Demo sei – so argumentierten einige –, daß die Frauen, die „Aktionen" vorhaben, dies unbeschwerter tun könnten, weil denn keine Anmelderin haftbar gemacht werden könne. Andere wollten die Demo lieber formal abgesichert haben. könne. Andere wollten die Demo lieber formal abgesichert haben.

Ca. 400 Frauen (etwa gleichviel wie 1979) kamen schließlich zusammen, um mit viel Trara durch Bremens Vergnügungsviertel zu ziehen. Mehrere Sexshops wurden mit Hilfe von Farbbeuteln bunt verziert, einige Scheiben gingen zu Bruch. Bei der Demo gab es keine Transparente oder Parolen.

Fulda

Endlich gab es auch in der „Provinz" Fulda zur Walpurgisnacht eine laute, bunte Frauendemo, an der über 100 Frauen teilnahmen. Dazu aufgerufen wurde vom Frauenseminar an der Fachhochschule Fulda mit dem Schwerpunkt: „Frauen gegen Vergewaltigung! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!".

Gemessen an der Anzahl der Teilnehmerinnen war diese Demo erfolgreich, was frau von den Aktionen zur Walpurgisnacht im letzten Jahr nicht behaupten kann. Trotzdem kam sie von dem Anruch eines Faschingszuges nicht ganz los. (Bericht einer AK-Leserin aus Fulda)

Hannover

Zum erstenmal seit 1977 fand in Hannover wieder eine Walpurgisnachtdemo mit einem anschließenden Frauenfest mit der Rockband „Unterrock" statt. Per Plakat mobilisiert kamen 300-500 Frauen. Damit war die Demo gut besucht. Denn gleichzeitig wurden an diesem Abend in Hannover eine Veranstaltung mit Günter Wallraff und den „Druckknöpfen" und ein Mainachtsfest im UJZ Glocksee angeboten, die sicherlich auch für viele Frauen attraktiv waren. Unter dem Motto „Gewalt gegen Frauen – Frauen gegen Gewalt" gab's Transparente gegen Strauß, Militarisierung und Krieg und natürlich gegen Vergewaltigung. Parolen wurden gesprüht, und im Steintorviertel (Hannovers „Puffecke") hatten die Frauen eine Menge Arbeit, alle sich dazu anbietenden Wände und Fenster mit dem Aufkleber „Frauenfeindlich" zu versehen. Als ein Bulle zwei Frauen, die geklebt hatten, festhalten wollte, stieß er auf den geschlossenen Protest aller Frauen – Anlaß für diesen Mann, „auszuticken": Er fummelte schon an seiner Knarre herum, konnte aber von Kollegen beruhigt werden. Nachdem die gesamte Demo es massiv gefordert hatte, wurden die zwei Frauen wieder freigelassen.

Nicht so schön war allerdings, daß es kein Flugblatt gab, das den Sinn der Aktion erklärt hätte. So wird's sicherlich vielen Frauen Spaß gemacht haben, mal schreiend und mit mehreren zusammen einen Mann anmachen zu können. Doch die überwiegende Reaktion: mehr belustigt als nachdenklich. Obwohl ja auch das Lachen vielen den Kopf öffnen kann, wäre es schön, wenn wir uns im nächsten Jahr ein paar Überlegungen machten, wie wir darüber hinaus Informationen zur Gewalt gegen Frauen verbreiten könnten (Bericht der AG Frauen Hannover).

FRAUEN, EROBERT EUCH DIE NACHT ZURÜCK !



Der Schrei aus der Stille

Ab Anfang dieser Woche läuft in Hamburg im „Holi" die Geschichte einer Vergewaltigung, „Der Schrei aus der Stille". Am Dienstag, dem 20. Mai um 19 h, und am Donnerstag, d. 22. Mai um 21 h, laufen die Vorführungen ausschließlich für Frauen.

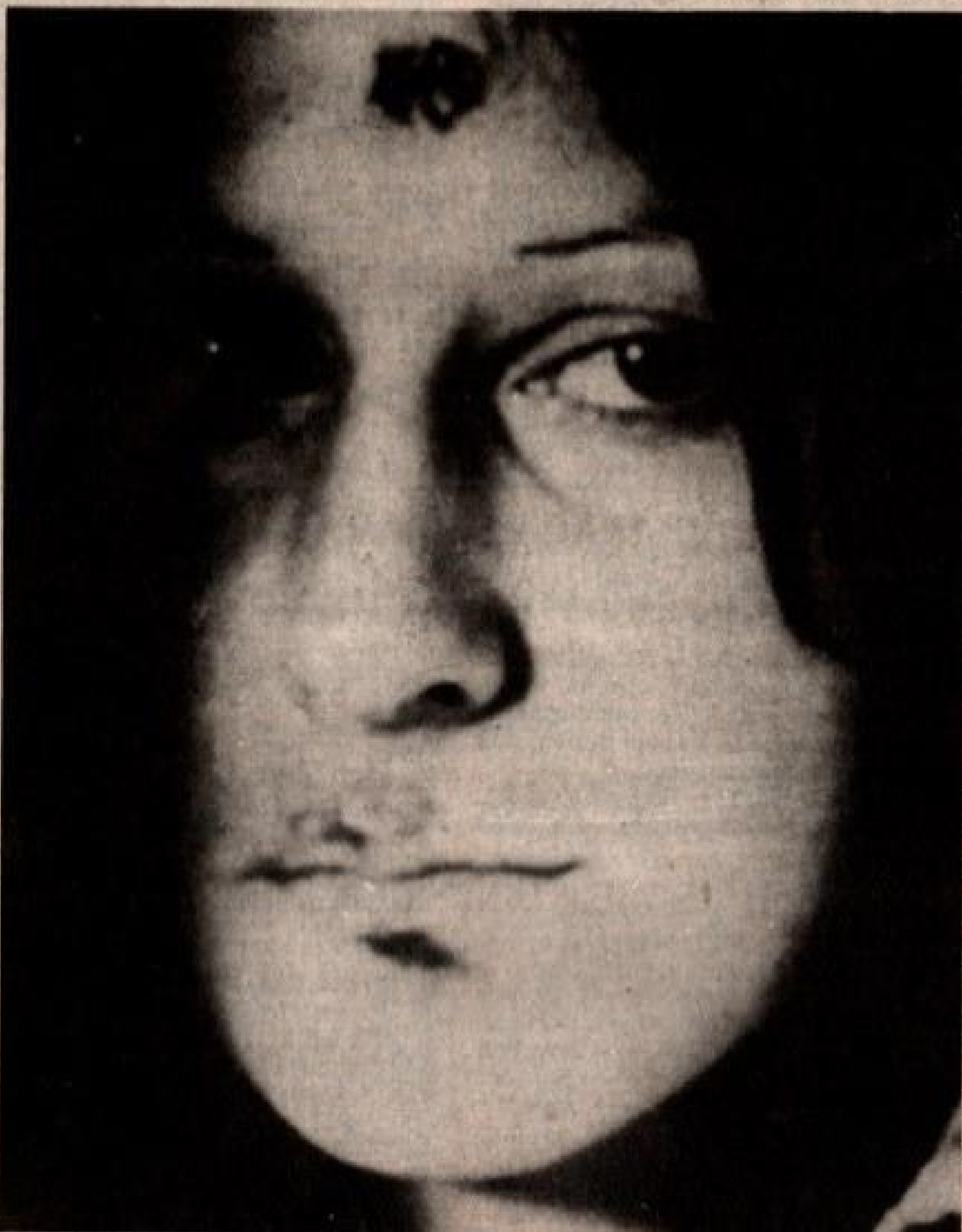
Für diese beiden Tage haben Frauen u.a. aus der Hamburger Notrufinitiative eine Diskussion unmittelbar im Anschluß an den Film in der Frauenkneipe geplant.

Eine sehr sinnvolle Sache. Denn nach diesem Film alleine nach Hause zu gehen, ist ziemlich unmöglich und wenig ratsam.

Auch wenn wir Kritik an diesem Film haben, sind wir doch der Meinung, daß er sehr sehenswert ist.

Im nächsten AK wollen wir eine Besprechung dieses Filmes machen und würden uns freuen, wenn auch andere ihre Eindrücke zu diesem Film schildern.

AG Frauen/ KB Hamburg



Leserbrief: Neues zur Sterilisation

Sterilisation wird oft mit der Begründung abgelehnt, daß sie eine endgültige Lösung wäre. Dieser Begründungsversuch gerät jetzt ins Wanken.
Durch die Mikrochirurgie ist es jetzt möglich, Sterilisationen wieder rückgängig zu machen (sog. Refertilisierung). Der Ei- oder Samenleiter, der bei der Sterilisation bisher einfach durchgetrennt wurde, wird hierbei wieder zusammengenäht.

Die Refertilisierung nach dieser alten Art der Sterilisation hat Erfolgschancen bis 80% bei der Frau. Sie kann jedoch durch zurückbleibendes Narbengewebe zu einer vorzeitigen Einnistung der Eizelle und damit zu einer Eileiterschwangerschaft führen.

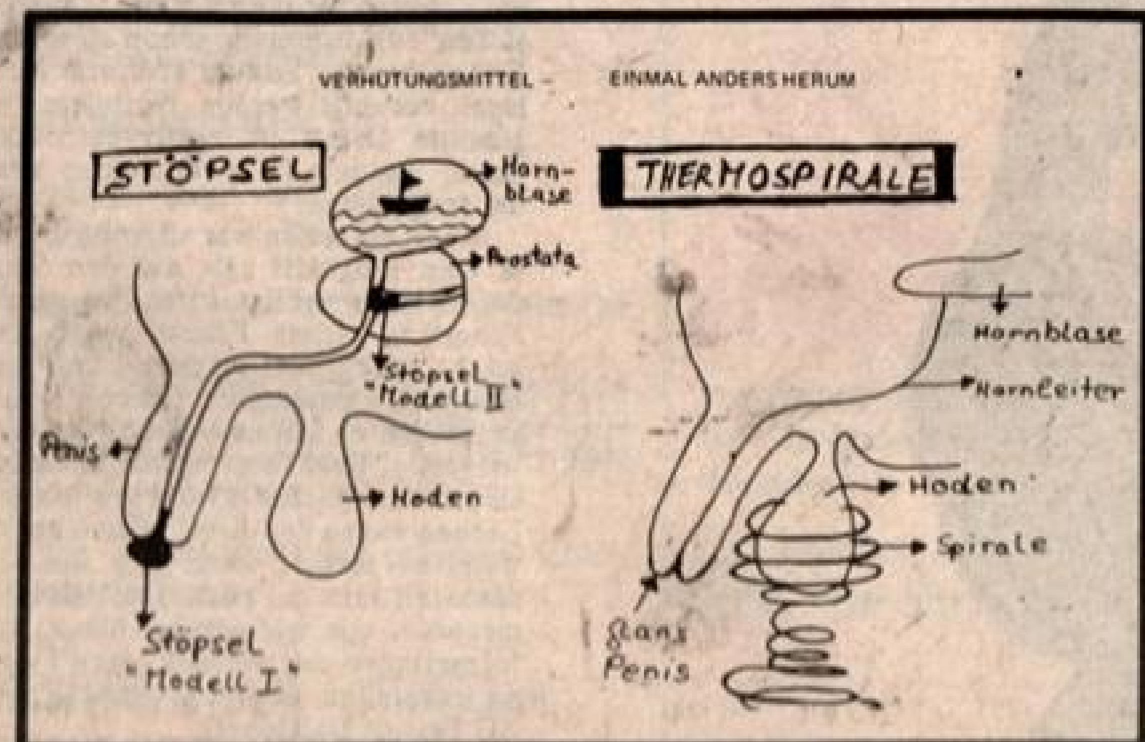
Eine neue Methode der Sterilisation macht auch die Refertilisierung bei der Frau einfacher: Die sog. Clip- oder Ringmethode. Bei der Ringmethode zieht man eine kleine Eileiterschlinge in einen Plastikring hinein und schnürt ihn so ab. Bei der Clip-Methode setzt man kleine, 0,5 cm breite Plastikklammern auf den Eileiter und verschließt so den Kanal.

Will man die Sterilisation wieder aufheben, entfernt man die Dinger einfach wieder.

Bei der Refertilisierung des Mannes gibt es drei Methoden:
1. Es werden die beiden durchtrennten Teile zusammengenäht. Hierbei tritt allerdings Samenflüssigkeit aus, was zur Bildung von Antikörpern führen kann, d.h. der Samenleiter wird zwar wieder durchgängig gemacht, aber die Spermien sind nicht befruchtungsfähig – „nur" ca. 30 % können deshalb wieder Vater werden.
2. Bei der zweiten Methode – hier wird das Samenleiterende direkt an den Nebenhoden angenäht – liegen über die Erfolgsquoten noch keine Angaben vor, da die vermehrfähigen Spermien z.T. erst nach einem Jahr festgestellt werden können.
3. Bei der dritten Methode wird ein künstlicher Samenspeicher auf den Nebenhoden genäht, aus dem dann die Samenflüssigkeit für eine künstliche Befruchtung abgesaugt werden kann. Sie wird angewandt, wenn der Samenleiter irreversibel zerstört ist.

Über die oben angeführte Ringmethode für den Mann wurde in dem mir zur Verfügung stehenden Artikel („Bild der Wissenschaft", April 80) nichts geschrieben, obwohl es zwischen Abklemmung von Samen- und Eileitern keinen grundlegenden Unterschied geben dürfte – dies wäre die einfachste Art eine Sterilisation, bei der eine Refertilisierung möglich wäre.

Ein AK-Leser aus Sigmaringen



Die Beseitigung einer mittelmäßigen Schauspielerin

1 1/2 Jahre für Gunnar Möller

Am 24.September 1979 erschlug der Schauspieler Gunnar Möller die Schauspielerin Brigitte Rau, seine Ehefrau. Am 7.Mai 198o wurde er dafür von den 12 Geschworenen im Londener Kriminalgericht „Old Bailey" zu nur 5 Jahren wegen Totschlag verurteilt. Wenn alles „gut" geht, kann Möller bei „guter Führung" schon im Sommer 1981 wieder f r e i sein. Für diesen Fall hält Karl Vibach, Intendant am Theater des Westens in Westberlin, für den Mörder schon eine Rolle bereit – neben Nadja Tiller. Falls diese bis dahin nicht von i h r e m Ehemann erschlagen wird, könnte es klappen. . .

„Jeder 5.Mord oder Totschlag – so haben Kriminologen herausgefunden – ist ein klassischer Gattenmord". Opfer ist fast immer die Frau. *„Der Ehemann kommt lebend davon. Doch in Wirklichkeit ist er Opfer Nr.2"* („Stern", 21/8o).

Wie konnte es dazu kommen, daß Gunnar Möller, dieser *„einfache gutmütige Mann"* (so seine Theateragentin Margritt Boenisch) zum Opfer Nr.2 wurde und jetzt den *„Schmerz sein Leben lang tragen muß"* (Richter Caulfield in der Urteilsbegründung) ? –

1945 heiratete Brigitte Rau den blonden „Piroschka-Andi". Doch schon 1967 wollte die *„intelligente und aufsässige Brigitte"* (Stern) die Scheidung, nachdem ihr Mann schon des öfteren Scheidungsabsichten geäussert hatte – *„und da wollte er sie mit einmal nicht mehr verlieren. Er brauchte sie. Sie organisierte sein Leben"* („Spiegel", 19/8o). Doch Brigitte Rau, die ihrem Mann, Haushalt und Kinder zuliebe die Schauspielerei aufgegeben hatte, begann sich aufzulehnen. Sie fing wieder an zu arbeiten und „wagte" es, ihren Mann zu kritisieren, auch öffentlich, z.B. auf einer Streikversammlung der deutschen Schauspieler bei der BBC, wo Gunnar Möller nicht mitmachen wollte und seine Frau ihn als „feiges deutschen Schauspieler bei der BBC, wo Gunnar Möller nicht mitmachen wollte und seine Frau ihn als „feiges Schaf" bezeichnete („Spiegel"). Gunnar Möller reagierte darauf mit Schlägen und Demütigungen (nach Aussagen der 15jährigen Tochter Hillevi): *„Schminken lohne sich bei ihr nicht mehr, sie sei keine richtige Frau, und Kinder könne sie auch nicht mehr bekommen".* Nach weiteren Aussagen der 3 Kinder ‚betrog' er seine Frau schon seit mindestens 13 Jahren. Oft war er völlig betrunken und schilderte dann genaue Einzelheiten seiner Fick-Geschichten. Auch der Tochter Hillevi erzählte er *„Dinge, die sie nicht hören wollte, und machte vor ihren Augen Dinge, die sie nicht habe sehen wollen".* Und laut „Spiegel" hat Möller seit Piroschka (1955) *„immer nur noch den Geschmack des ganz großen Erfolgs im Mund gehabt. Er hat sich nicht begnügen können, er hat gelitten und sein Leiden an seiner Umgebung ausgelassen".* – Am 24.9.79 ließ er dann sein Leiden ein vorläufig letztes und brutalstes Mal an seiner Frau aus: An diesem Tag verlangte Brigitte Rau die Scheidung. Sie erzählte von ihrem Freund und sagte schließlich daß sie bei diesem Mann den ersten Orgasmus ihres Lebens erlebt habe. Daraufhin wird sie von Möller geschlagen. Als Hillevi ihre Mutter weinend und völlig aufgelöst in deren Zimmer findet, gehen beide zur Polizei. Als sie mit der Polizei zurückkommen, scheint Gunnar Möller nach Aussagen der Polizisten „ruhig und gefaßt". Er behauptet seine Frau sei Alkoholikerin. Die Bullen verschwinden, nachdem Brigitte Rau sich in ihrem Zimmer eingeschlossen hat, und sie von Möller die Zusicherung erhalten haben, er werde „die geschlossene Zimmertür respektieren". Hillevi geht dann kurz zur Post. Möller legt inzwischen seine bezeichnenderweise Lieblingsplatte auf: „Du läßt dich gehn. . ." – als letzte Demütigung und/oder offenbar als eigenes Tat-Vorspiel. Dann tritt er die Tür seiner Frau ein, verfolgt sie über die Feuerleiter und den Balkon, versucht sie zu erwürgen, und erschlägt sie schließlich mit einem Hocker. Hillevi, die nach 5 Minuten schon wieder zurück ist, findet die sterbende Mutter und den pathetisch deklamierenden Vater („I loved her, I loved her, I killed her").

Ein leider völlig normaler Mordfall? Ein klarer Fall für das Gericht? So ängstigten sich intellektuelle deutsche Männer im „Spiegel" (2o/8o) zunächst um ihren Kampfgefährten Gunnar. Keine Psychologe, kein Gutachter schien sich zu finden, der Möller die doch so klar auf der Hand liegende verminderte Zurechnungsfähigkeit für die Tat attestieren wollte. Doch wie haben sie sie alle unterschätzt: den Richter, die Geschworenen und vor allem den wieder einmal völlig zu Unrecht unterschätzten und doch so begnadeten Schauspieler Möller, der in der U-Haft 7 Monate eine Rolle probte konnte, die der größte Erfolg seines Lebens werden sollte. So wurde es schließlich kein Prozeß gegen Möller, sondern gegen Brigitte Rau. Ein wichtiges Moment war keineswegs die Aussage der Kinder, daß Möller seine Frau geschlagen und gedemütigt hatte. Wichtiger war die Aussage der schon erwähnten Frau Boenisch und der Möller-Managerin Erna Bambauer: Frau Boenisch z.B. sagte, im Gegensatz zu Möller, der seine Rolle mit großen Erfolg gespielt habe, sich aber nichts darauf eingebildet habe, habe seine Frau nur *„mittelmäßige Rollen"* gespielt, *„versuchte aber hinterher immer, sich in Szene zu setzen und ein Star zu sein".* Und: *„Privat war er ihr weit unterlegen. Sie war viel intelligenter als er. Er war ein gutmütiger Mann, der sich viel von ihr gefallen ließ. Ich fragte mich oft: Warum? Ich hatte nur eine einzige Erklärung: Er liebte sie!".* Und Frau Bambauer: *„Die Streitigkeiten gingen immer von ihr aus, weil sie ihn bevormunden wollte".*



Gern gehört wurden auch die Aussagen dieser zwei Zeuginnen über die angebliche Trunksucht der Ermordeten. Gunnar Möller selbst ließ auch nichts unversucht, seine Frau als unheilbare Trinkerin hinzustellen. Die Obduktion ergab allerdings, daß Brigitte Rau keinerlei Alkohol getrunken hatte; die Kinder wußten nichts von der angeblichen Trunksucht ihrer Mutter zu berichten, vom hemmungslosen Saufen ihres Vaters und den Folgen für die Familie umso mehr.

Die Staatsanwältin konnte zwar beweisen, daß Möller seine Freundinnen, und insbesondere die letzte, die er sogar heiraten wollte, auf seine Tourneen mitgenommen hatte. Sogar die Zeuginnen Boenisch und Bambauer mußten im Kreuzverhör zugeben, daß sie diese „zukünftige Ehefrau" Möllers bereits kannten. Und dennoch konnte Möller das Gericht mit der story von der unglücklichen Liebe zu seiner Frau rühren. Er konnte glaubhaft machen, er habe seine Frau quasi aus lauter Liebe getötet, weil er erkannt habe: „ . . . *Ich hatte sie für immer verloren"*, als sie ihm das Geständnis von dem neuen Freund machte. Die Aznavour-Platte „Du läßt dich gehn" habe er nur aufgelegt, weil es in der letzten Zeile heißt: „Du bist doch schließlich meine Frau. Laß uns wieder zusammenkommen, und wenn ich dich in den Armen halte, dann laß dich gehn". *„Ich sagte: Achte doch mal auf den Schluß. Aber sie war wie eine Maschine. Immerfort sagte sie dasselbe: Wie glücklich sie mit dem neuen Mann sei. Ich sei ein Versager sowohl im Bett als auch in ihrem Leben. Die Kinder hätten auch nichts mehr für mich übrig. Ich sei schon über 5o. Es gehe schnell mit mir bergab".* Eine derartige „Kränkung der Mannesehre" muß wohl zwangsläufig bei normalen Männern zum Mord führen.

Verteidiger Howard: *Er hat den Menschen umgebracht, den er liebte. Es muß irgendwas geben, was dazu führte, daß dieser Mann die Kontrolle über sich selbst verlor. Was war dieses ‚irgend etwas'? Den Vorwurf seiner Frau, er habe sie sexuell nicht befriedigt. . ."* Und Richter Caulfield gab den Geschworenen vor der Beratung noch eine Erklärung mit auf den Weg, wann sie auf Mord und wann sie auf Totschlag erkennen könnten: Man könne auf Totschlag erkennen, **„wenn Möller Ihrer Meinung nach so stark gereizt worden war, daß jeder vernünftige Mensch vorübergehend die Selbstbeherrschung verlieren mußte".**

Das Urteil war dann ja auch ein Urteil für eine etwas unbeherrschte, aber ansonsten völlig vernünftige Tat. Damit steht es in der guten Tradition, mit der auch hierzulande die Beseitiger unwerten Lebens verurteilt bzw. auch nicht verurteilt werden. Und Pfarrer Sommerauer spricht in der „BILD" vom 8.5.8o das Wort zum Mordtag: *„Wieviel Gerechtigkeit ist in einem Gerichtsurteil? Wer mit seiner Frau glücklich lebt, wird über das Urteil anders denken, als ein Mann der in seiner Ehe die Hölle zu erleben glaubt".* Mit Gottes Segen: Auf zum großen Halali!

E., Kulturkommission



«Modellversuche» für Mädchen in Männerberufen? Wir brauchen keine Experimente

Seit mehr als zwei Jahren werden Mädchen und Frauen in „Modellversuchen" in typischen Männerberufen ausgebildet. *„Bis zu sieben Millionen steckt Bonn jährlich in diesen Versuch, an dem sich 1000 weibliche Lehrlinge in Unternehmen unter anderem in Hannover, Ingolstadt, Gelsenkirchen, Stuttgart und Hamburg beteiligen"*, so der Berufsbildungsbericht 1980 des Bundesinstituts (Mopo, 15.2.80). Das zuständige Bundesministerium schätzt, *„daß derzeit etwa 30 000 junge Mädchen eine Lehre in typischen Männerberufen wie Dreher, Fräser, Schlosser, Mechaniker und Chemiefacharbeiter absolvieren". „Damit dürfte sich die Zahl der weiblichen Lehrlinge in den gewerblichen Berufen in den letzten drei Jahren ungefähr verdreifacht haben"* (Hamburger Abendblatt, 3.4.80). So und anders kann Frau in den bürgerlichen Medien nachlesen oder hören, daß sie bald die „Männerwelt" erobert hat (demnächt sollen diese Berufe sogar ihre „weibliche Bezeichnung" bekommen). Seit mehr als zwei Jahren gibt es Schlagzeilen wie: *„Mädchen sind voll konkurrenzfähig"* (Mopo, 15.2.80) – *„Sie meistern auch die schwierigsten Aufgaben"* (HA, 3.4.80) und *„Gibt's denn keine Männer hier?"* (FR, 21.7.79). Es stimmt, die Anzahl der Mädchen in sogenannten Männerberufen hat sich verdreifacht, die Zahlen beweisen es. 1975 gab es in sechs typischen Männerberufen 227 503 Auszubildende, davon 771 Mädchen; 1978, also drei Jahre später, waren von 234 529 Auszubildenden 2194 Mädchen. Diese Zahlen, von Bundesminister Schmude veröffentlicht, zeigen, daß noch weniger als ein Prozent Mädchen in Männerberufen arbeiten (siehe auch Tabelle aus Information Bildung und Wissenschaft 10/79). Meister und Ausbilder jubeln: *„Toll: Unsere Deerns stehen ihren Mann am Arbeitsplatz"*, und überhaupt habe sich das Klima in den Betrieben mit den Mädchen in Männerberufen enorm verbessert („Mopo", 23.2.).

ihren Mann am Arbeitsplatz", und überhaupt habe sich das Klima in den Betrieben mit den Mädchen in Männerberufen enorm verbessert („Mopo", 23.2.).

Auch die Bundesregierung weiß es endlich: *„Wer sagt, daß Mädchen dümmer sind?"* (Glanzbroschüre der Bundesregierung) wie sollte es anders sein, „der spinnt"! Untersuchungen, Umfragen tun gerade so, als sei die neuste Erkenntnis auf den Markt gebracht worden, daß Mädchen genauso gut wie Männer in gewerblich technischen Berufen arbeiten und lernen können. So kommt auch der zuständige Bundesminister Schmude zu der Erkenntnis, *„daß die Ausbildung von Frauen in sogenannten Männerberufen nicht nur ohne besondere Schwierigkeiten möglich ist, sondern daß sie für die jungen Frauen wie für die Betriebe sinnvoll und nutzbringend ist. Wir möchten mit dem Modellversuch erreichen, daß in Zukunft viel mehr junge Frauen sich trauen, sich auch für technische Berufe zu interessieren"* (Information Bildung und Wissenschaft 10/79). Fleißig ist man(n) dabei, die Vorurteile gegen Frauen und ihr Technikverständnis in der Öffentlichkeit abzubauen. Bislang scheiterte dies – wie sollte es auch anders sein – nur an den Frauen selber.

„Sie können kochen und stricken, sie kennen sich aus in Haus und Haushalt. Doch einmal kräftig mit der Faust auf den Tisch zu hauen, trauen sie sich nicht. An Sicherheit und Selbstvertrauen, Durchsetzungsvermögen und Durchhaltekraft mangelt es arbeitslosen Mädchen ganz besonders" (Zeit, 19.1.79). Diese zynische „Problembeschreibung" läuft bei der SPD unter dem Motto: „Lebenslust wecken" bei den Mädchen, die ja gar keinen Beruf erlernen wollen; von ihren Eltern abgehalten werden, eine Ausbildung durchzuführen und es einfach nicht wahrhaben wollen, daß das traditionelle Rollenverhalten der Frau überholt ist. Schon heute wird systematisch daran gearbeitet, die Modellversuche „Mädchen in Mänerberufen" mit dieser Argumentation 1984 einzustellen; bis zu diesem Zeitpunkt sollen die Modellversuche „vorerst" finanziert werden. Kräftige Unterstützung aus den etablierten Parteien und Medien erhält die These, daß Frauen nicht bereit sind, einen Männerberuf zu erlernen. *„So wählen noch immer die meisten, wenn sie sich schon zur Fortbildung oder Umschulung entschließen, erneut Tätigkeiten, die traditionell als typisch weiblich verstanden werden"*, klagt die Morgenpost (15.2.80). Eine Welle von Anzeigen in der sozialdemokratischen Presse – aber auch Springer läßt sich nicht lumpen – soll es den Mädchen „erleichtern", einen Männerberuf zu erlernen. Der Eindruck entsteht, die Frauen und Mädchen wollten nicht ran an den Speck.

Vor zwei Jahren hat die SPD/FDP-Regierung mit der anwachsenden Jugendarbeitslosigkeit und der besonderen Betroffenheit der Frauen und Mädchen, die über 60% der fast eine Million Arbeitslosen ausmachen, das Konzept der Modellversuche „Mädchen in Männerberufen" aus der Tasche gezogen. Seither versucht die Bundesregierung, unter dem Deckmantel „Mädchen in Männerberufen" die allgemeine Bildungsmisere gerade der Frauen und Mädchen zu verschleiern. Dabei befindet sie sich einerseits in der Zwickmühle, die Modellversuche für sich ausschlachten zu müssen, vor allem auch zu den Bundestagswahlen 1980, anderseits muß sie für jeden Ausbildungsplatz „Mädchen in Männerberufen" 75 bis 100 % der gesamten Kosten zahlen. Nicht zuletzt ist dies auch der Grund, warum die Kapitalisten die Modellversuche mitmachen. Tatsächlich haben sie nur was zu gewinnen, wenn man/frau bedenkt, daß die Mehrheit der Auszubildenden produktiv arbeitet. Doch auch aus dem Kapitalistenlager sind immer wieder Klagen zu hören, daß die Frauen in Männerberufen *„letztlich zu Sonderrechten für Frauen und damit zur Diskriminierung der Männer"* führen (der arbeitgeber, 5/80). Die CSU hatte sich noch im letztem Jahr massiv gegen die Modellversuche gestellt; mit „biologischen Gutachten" gelang es ihr, in München einen Modellversuch zu blockieren. Die Untersuchung der CSU ergab: *„Die ‚Erschließung gewerblich-technischer Berufe für Mädchen' könne nicht unter finanziellen, organisatorischen oder baulichen Gesichtspunkten gesehen, sondern allein danach beruteilt werden, ob gegenwärtige Ausbildungsbelastungen und spätere berufliche Weiterentwicklungen sich mit den biologischen Gegebenheiten des weiblichen Organismus und den darauf abstellenden gesetzlichen Einsatzbeschränkungen vereinbaren lassen."* Darauf folgt die nazistische Ideologie von kürzeren Daumen und Beinen bei den Frauen. *„Und da Mädchen in puncto Atemkapazität, Hitzeverträglichkeit, Stehfähigkeit und Stemmkraft einem Vergleich mit den Männern nicht standhalten können"* – so der Gutachter der CSU, Dr. Juritza – sei den Modellversuchen nicht zuzustimmen (Zeit, 17.4.79). Die CDU vermag sich doch nicht ganz so brutal und offen gegen Mädchen in Männerberufen auszusprechen. Allerdings: *„Je geringer die Ausbildung des Mannes ist, desto größer ist die Macht der Frau. Während der Beruf des Mannes sein eigenes Revier ist, bleibt der Beruf der Frau die Angelegenheit beider"*, und das sollte auch so bleiben, denn, so H. Pross, *„man kann auf dieser Welt nicht alles haben... Kinder großziehen und volle berufliche Gleichberechtigung"* (Hamburger Abendblatt, 15.1.80). Demagogisch wirft die CDU den Frauen vor, *„das Spannungsverhältnis von beruflichen und familiären Anforderungen"* nicht im Griff zu haben. Und nicht zum erstenmal wirft Springer die unterstützende Frage auf: *„Soll der Staat Mädchen in Berufe zwingen?"* Die Antwort hat der Arbeitgeberverband parat: *„Seiner Ansicht nach sind Mädchen nur schwer in gewerbliche Berufe zu schieben, weil sie dafür keine Neigung zeigen"* (Welt, 21.2.80). Derartige Zweckpropaganda ist längst überholt durch wissenschaftliche Untersuchungen. Es scheitert keineswegs an der Bereitschaft der Frauen, einen sogenannten Männerberuf zu erlernen. Jede vierte Frau – so die ASF und andere Organisationen und Institute – hat Interesse an einem gewerblich-technischen Beruf bekundet. Eine Umfrageaktion der IG-Metall-Frauen macht deutlich: *„So hatten 605 Schülerinnen, die die Fragebogen ausfüllten, 379 (62,6 Prozent) eine Berufsberatung gehabt. Doch wurden ihnen überwiegend nur ‚Frauenberufe' genannt: 47 Prozent die Gruppe Büro- und Verwaltungsberufe / Handel und Verkauf und 36 Prozent den Bereich soziale und sozialpädagogische Berufe / Gesundheit / Körperpflege / Betreuung / Hauswirtschaft, ... nur 13 % waren durch die Berufsberatung animiert worden, einen sogenannten Männerberuf zu erlernen. Auf die Frage ‚Sollten ihrer Meinung nach Mädchen berufe ergreifen, die im allgemeinen für Frauen nicht typisch sind?' antworteten erstaunliche 95,2 Prozent mit ja"* (Gewerkschafter, 8/79).

Sexistische „Werbung" für Mädchen in Männerberufen

Frauen und Mädchen haben zu Recht Angst vor den Vorurteilen, die ihnen entgegengebracht werden, wenn sie in einem sogenannten Männerberuf arbeiten oder ausgebildet werden. *„Für die dort* (gemeint sind die männlichen Kollegen, Anmerk. Red.) *sind Frauen im Blaumann noch immer ein Grund zu pfeifen. Das ist jedesmal wie Spießrutenlaufen"*, berichtet eine Kollegin. Ihr ist das zuwider (Stern, 17.5.79). Eine andere Kollegin berichtet von Anmachereien, daß *„eine Frau auf der Baustelle ja nur ein Mannweib oder lesbisch sein"* kann (Taz, 30.5.). Medien und Parteien sind sich fast alle einig: die Vorurteile gegen Frauen in sogenannten Männerberufen müssen abgebaut werden: das geschieht durch wissenschaftliche Untersuchungen, die zum Ergebnis haben, daß Mädchen oft besser in der Berufsschule oder in der technischen Fertigung als die Jungen sind. So weit so gut, ein alter Hut! Ebenso einig ist man(n) sich aber auch in der sexuellen Diskriminierung für Mädchen in Männerberufen. Allen voran hat sich der „Stern" in seinem Artikel „Morgens Schmieröl – abends Schminke" hervorgetan. *„An schwielige Hände, unschöne Fingernägel und blaue Flecken hat sich die Hamburgerin ... längst gewöhnt. Im Blaumann wie im Bikini macht sie eine gute Figur"* wie die dazugehörigen Bilder beweisen. *„Mit 178 Zentimeter Körpergröße kommt die Bayerin den Vorstellungen der Personalchefs, wie eine Universalfräserin gebaut sein sollte, offenbar erfreulich nahe."* Und wie sollte es auch anders sein, *„den Disco-Rock braucht sie nur am Wochenende"*. Und natürlich darf auch im „Stern" nicht fehlen, daß Mädchen in Männerberufen meistens „Emanzen" sind. Mädchen, die sich nicht alles gefallen lassen, werden *„wegen ihrer resoluten und schlagfertigen Art ... neckisch ‚die Chefin' genannt"* (Stern, 17.5.79). In groß aufgemachten Bildern werden Frauen in typische Männerberufe hineininterpretiert, *„Sp(r)itze! Mädchen löschen Flammen"* heißt die passende Schlagzeile der Morgenpost für Frauen in der Feuerwehr (22.8.79). In der Tat ist dies eine neue Variante, Frauen in Männerberufen lächerlich zu machen und als „Mannweib" zu diskriminieren. *„Maurer, männlich oder weiblich gesucht; Bewerber*

te, Frauen in Männerberufen lächerlich zu machen und als „Mannweib" zu diskriminieren. „Maurer, männlich oder weiblich gesucht; Bewerber

müssen Brustumfang von mindestens 96 cm haben und bereit sein, bis zur Hüfte entkleidet im Freien zu arbeiten" hieß kürzlich eine Anzeige einer britischen Baufirma. In England ist dies verboten! In der BRD nicht.

Frauen im Bildungnotstand

Der Bruch in der Bildung bzw. Ausbildung bei den Mädchen und Frauen tritt nach dem Schulabschluß ein. Wissenschaftliche Untersuchungen beweisen, daß Mädchen in der Schule die gleichen Leistungen wie Jungen erreichen. Doch nur ein Drittel aller Auszubildenden sind Mädchen. In diesem Jahr hätten 400 000 bis 500 000 zusätzliche Lehrstellen bereit stehen müssen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu beheben. Der Anteil der Mädchen liegt auch hier bei über 60 %. Sie sind zur Arbeitslosigkeit und Hilfsarbeiterdiensten verdammt. Von den ca. 475 bestehenden Berufen konzentrieren sich 90 % der Mädchen auf 17 Berufe, die auch typische Frauenberufe wie Friseurin, Schneiderin, Blumenbinderin, Verkäuferin, Bürogehilfin, Hauswirtschafterin und Arzthelferin sind. 63% der Mädchen (die eine Lehrstelle erreichen) führen eine sogenannte „Vollzeitausbildung" durch, während die restlichen nur eine zweijährige Lehre absolvieren, die häufig sehr betriebsspezifischen Charakter hat und in anderen Betrieben nicht als volle Berufsausbildung anerkannt wird.

Von den über zehn Millionen werktätigen Frauen haben 51 % (bei den Männern 27 %) keine berufliche Ausbildung. *„Untersucht man die berufliche Situation der Arbeiterinnen gesondert, so ergibt sich ein noch katastrophaleres Bild. In der dualen Ausbildung für Facharbeiterberufe sind kaum Frauen vertreten. 94 % aller Arbeiterinnen üben eine ungelernte oder angelernte Tätigkeit aus"* (IMSF, Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD). Dies führt



Lieblingsberufe der Lehrlinge

Anzahl der Auszubildenden Anfang 1979

JUNGEN		MÄDCHEN	
Kfz-Mechaniker	88 475	104 659	Verkäuferin
Elektriker	48 509	65 076	Friseuse
Maschinenschlosser	41 486	35 906	Bürokaufmann
Tischler	34 512	32 350	Industriekaufmann
Maler	33 749	31 412	Arzthelferin
Maurer	29 908	23 810	Zahnarzthelferin
Gas-u.Wasserinstallateure	27 895	21 809	Einzelhandelskaufmann
Grosshandelskaufm.	27 822	19 968	Bankkaufmann
Bäcker	23 193	17 869	Grosshandelskaufmann
Industriekaufm.	22 199	16 703	Bürogehilfin

Ausbildungsberufe	Auszubildende 1975 insgesamt	1975 davon weiblich	1976 insgesamt	1976 davon weiblich	1977 insgesamt	1977 davon weiblich	1978 insgesamt	1978 davon weiblich
Tischler	23 841	233	26 481	264	30 079	382	35 139	627
Tankwart	3 489	131	3 484	151	3 827	180	4 082	276
KFZ-Mechaniker	88 632	87	73 284	84	80 373	114	88 633	208
Mechaniker (Industrie- und Handelskammer)	11 784	28	11 243	30	11 322	34	11 680	102
Elektroinstallateur	56 074	38	50 702	57	46 533	63	48 614	105
Fernmeldehandwerker	12 316	83	11 011	123	10 305	187	12 011	255
Maler und Lackierer	26 367	171	27 311	197	30 048	343	34 370	621
	227 503	771	203 616	900	212 487	1 303	234 529	2 194

dazu, „*daß vor allem Frauen Arbeit am Fließband oder andere monotone und abstumpfende Arbeiten verrichten müssen. Von insgesamt 630 000 Fließbandarbeitern sind 63 vH., d.h. von drei Fließbandarbeitern sind zwei Frauen*" (IMSF). Der Berufsbildungsbericht 1980 schreibt, daß Weiterbildung oder Umschulung für Männer bei 13,1 %, für Frauen nur bei 9,4 % von allen Beschäftigten wahrgenommen wird. Dabei muß man/frau noch bedenken, daß Frauen eh nur 37 % aller Werktätigen stellen. Konkret im Angestelltenbereich wurde bei 128 Frauen, die als Schreibkräfte tätig sind, eine Umfrage durchgeführt: „*Von 83 Frauen würden 76 die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung nutzen, wenn sie ihnen geboten würde*", nur acht Frauen hatten die Möglichkeit einer beruflichen Weiterbildung angeboten bekommen, dazu gehört auch die Bildschirmarbeit. Frauen und Mädchen in Männerberufen liegen statistisch bei den Auszubildenden bei ein Prozent, bei der Zahl der Gesamtbeschäftigten steigt der Anteil auf etwa sechs Prozent. Diese Frauen könnten durch ihre lange Betriebszugehörigkeit und Fachkenntnisse in Facharbeiterlohngruppen eingruppiert werden. Das heißt aber nicht, daß sie auch die Facharbeiterlöhne wie die Männer erhalten. Im Schnitt verdienen die Facharbeiterinnen immer noch ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen. Zwar will die bürgerliche Presse den Mädchen oder Frauen immer wieder das Gegenteil vorlügen, wie kürzlich das Hamburger Abendblatt, daß kackfrech behauptete, daß Mädchen nur zugreifen müßten, um den gleichen Lohn wie die Männer zu erhalten, denn es „*fehlen nach wie vor 700 bis 800 Facharbeiter*", doch die Arbeitslosigkeit zeigt jedem das Gegenteil.

Die mangelnde berufliche Qualifikation der Frauen ist vielfach ein Argument der Kapitalisten dafür, daß die Arbeitslosigkeit bei den Frauen zweimal so hoch liegt wie bei den Männern. Tatsächlich werden aber gerade die typischen Frauenberufe heute massenhaft wegrationalisiert. Die Textilindustrie hat ihre Produktion in die sogenannten „Billiglohnländer" verlegt und damit tausenden von Schneiderinnen den Arbeitsplatz genommen. In der Elektro- und Metallindustrie sind ebenfalls tausende von Feinmechnikerinnen (Uhrenproduktion) entlassen worden. Durch die Methode der Mikroelektronik werden mehr und mehr Berufe aussterben: „*Weniger gefragt werden künftig die Berufe Bohrhandwerkdreher, Bürogehilfin, Bürokaufmann, Chemielaborant, Dreher, Feinmechaniker, Revolverdreher, Technischer Zeichner, Teilezeichnerin und Universalfräser. In den in Zukunft stärker nachgefragten Berufen werden nicht einmal ein Prozent der Mädchen ausgebildet, erläuterte Schmude. Berufe mit abnehmender Bedeutung lernen dagegen 53 Prozent der Mädchen*" (FR, 19.1.80). Nur zu deutlich kann Frau sehen, daß die Modellversuche, die de facto mit zu den 53 % Berufen mit abnehmender Bedeutung gehören, eine Farce sind.

Nicht anders sieht es in den qualifizierteren Berufen für Frauen aus. Im Angestelltenbereich arbeiten zur Zeit 2,5 Millionen Sekretärinnen oder Sachbearbeiterinnnen. „*Nach Aussagen von Fachleuten sind durch Speicherschreibmaschinen, Textautomaten usw. 75 vH. dieser Schreibplätze ersetzbar. Das sind 1,8 Millionen Arbeitsplätze, die in den nächsten Jahren entfallen werden*" (IMSF, Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD). Damit würden noch mehr qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen vom Arbeitsmarkt verschwinden. Und es ist keineswegs zufällig, daß gerade die Arbeitsplätze für Frauen unqualifiziert sind.

Nicht die Bereitschaft der Frauen ist schuld, sondern dieses Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, daß geradezu über alle Gesetze verfügt, die Frauen doppelt zu unterdrücken, die Frauen als billige Reservearmee gefügig zu machen und für die Frauen die Schul- und Ausbildung so schwierig wie nur möglich zu machen. Das Beispiel von den Mädchen und Frauen in den sogenannten Männerberufen zeigt dies mehr als deutlich. 1938, bevor der Krieg ausbrach, wurden tausende von Frauen in die Kriegsproduktion einbezogen, tausende von Frauen ersetzten Männer an ihren Arbeitsplätzen. Je nach Bedarf werden Frauen auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt oder auch abgeschoben. Mädchen und Frauen müssen das Recht erst erkämpfen, die Arbeit zu leisten, die sie machen wollen. Nicht die Frauen haben die typischen Männerberufe erfunden, und es sind auch nicht die Frauen, die in typischen Frauenberufen diskriminieren. Ob am Fließband, an der Maschine, am Schweißgerät oder mit dem Kamm in der Hand: die Frauen stehen überall ihre Frau! Die sogenannten Modelle für Mädchen in Männerberufen sind an sich schon diskriminierend, nicht „Modellversuche" sind die Forderungen der Frauen, sondern gleiches Recht von Mann und Frau!

Wir haben in diesem Artikel zunächst den Schwerpunkt auf die aktuell laufende Propaganda zu Mädchen in sogenannten Männerberufen dargestellt. Bewußt haben wir einige Aspekte noch nicht behandelt, z.B. Arbeitsschutzbestimmungen, Ausbildung in typischen Frauenberufen u.a.m. Über diese Fragen wollen wir noch genauere Untersuchungen anstellen und werden sie zu weiteren Artikeln verarbeiten.

♀Kommission Betrieb und Gewerkschaft♀



6. Treffen von Technikerinnen und Naturwissenschaftlerinnen

Das Treffen, das diesmal vom 30.4. - 4.5. in Darmstadt stattfand, war überraschend schlecht besucht. Statt über 200 Frauen wie bei den letzten Treffen in Frankfurt, Göttingen und Stuttgart waren diesmal nur ca. 80 gekommen. Das bedeutete für die Darmstädter Frauen, die in der Erwartung, daß sich die meisten Frauen wie üblich mal wieder nicht vorher anmelden würden, Schlafplätze in der Jugendherberge angemietet und Essen für 200 Frauen eingekauft hatten, ein Defizit von 2.000 DM.

Über die Motive der Nichtgekommenen konnte infolge ihrer Abwesenheit nur spekuliert werden: Hat es daran gelegen, daß sich das Treffen diesmal über vier Tage statt nur ein Wochenende erstreckte? Allerdings waren gerade diejenigen, die in Stuttgart am entschiedensten für diese Länge plädiert hatten, nicht erschienen.

Lag es an dem kurzen Abstand von nur einem halben Jahr zum letzten Treffen? Oder machen sich so jetzt die Stagnationserscheinungen bemerkbar, die in Göttingen und Stuttgart schon anklangen: daß viele Probleme jedesmal wieder diskutiert werden und im Verhältnis dazu nur wenig neue Ansätze oder inhaltliche Fortschritte zu verzeichnen sind? Dafür spräche, daß von den Teilnehmerinnen in Darmstadt ca. die Hälfte „Neue" waren, dagegen fehlten diesmal viele der „alten Häsinnen". In der Hamburger Gruppe war z.B. schon vor dem Treffen Unlust spürbar; hingefahren sind dann nur etwa halb so viele wie früher.

Die niedrige Teilnehmerzahl schlug sich nicht nur auf die Finanzen, sondern auch auf die Aktivitäten nieder. Aus dem geplanten Technikerinnen-Block auf der Walpurgisnacht- und der 1. Mai-Demo wurde nur ein Blöckchen.

Einige der geplanten Arbeitsgruppen fielen mangels Teilnehmerinnen aus. Die übrigen waren aber gut besucht und es gab – besonders auch für die Neuen – viele anregende Diskussionen. (Letzteres gilt natürlich erst recht für die „Gespräche am Rande", die bei diesen Treffen eine wichtige Rolle spielen und für viele Frauen eine der Hauptmotivationen sind, die Treffen zu besuchen.)

Die AG „Ökologie und Umwelt" diskutierte Probleme der Baubiologie, wie sich bestimmte Bauweisen und -stoffe auf den menschlichen Organismus auswirken. Im Zuge der Darstellung der ungesunden und schlappmachenden Eigenschaften von modernen Betonbauten fühlten die Frauen sich in dem modernen Schulbau immer unwohler und zogen schließlich ins Grüne um – aber dort wurde es dann leider zu kalt. Ein paar Frauen aus der Gruppe hatten Interesse, ein konkretes Projekt gründlicher zu bearbeiten, etwa die Vor- und Nachteile alternativer Energien oder baubiologische Probleme beim Hausbau.

Die Gruppe „Mutter und Kind" hatte Forderungen erarbeitet und auf einer Wandzeitung ausgehängt:

- Mehr Teilzeitarbeit für Männer und Frauen in a l l e n Berufen.
- Teilzeitarbeit für Eltern bzw. Bezugspersonen nach der Geburt für zwei Jahre bei 2/3 des gemeinsamen Bruttogehalts, mindestens jedoch 2.000 DM.

30-Stundenwoche für alle Eltern.

- Schaffung von entsprechend vielen und guten Kinderkrippen und Tagesstätten mit genügend Personal und volle Finanzierung von Privatinitiativen.
- Keine Benachteiligung von Frauen und Eltern bei Einstellung und Beförderung.
- Freistellung von der Arbeit bei Krankheit des Kindes für die Bezugsperson.

Die „**Geschichtsgruppe**" wäre als die Gruppe zu erwähnen, wo es am ehesten geglückt ist, über einen längeren Zeitraum eine kontinuierliche und sich inhaltlich weiterentwickelnde Arbeit aufzubauen, mit Untersuchungsarbeit über die historische Rolle von Frauen in Technik und Naturwissenschaft.

Gut besucht war die Gruppe „**Wechselwirkung**" (das ist der Titel einer Zeitschrift von und für fortschrittliche Naturwissenschaftler und technische Intelligenzler). Die Frauen von der „Wechselwirkung" planen ein Schwerpunktthema „Feministische Utopie von Naturwissenschaft und Technik" (jedes Heft hat einen inhaltlichen Schwerpunkt wie z.B. Soziale Auswirkungen neuer Technologien, Chemie und Umwelt, Technik und Naturwissenschaft im Faschismus); darüber wurde (organisatorisch und inhaltlich) diskutiert.

Faschismus); darüber wurde (organisatorisch und inhaltlich) diskutiert.

Es blieb allerdings alles etwas vage. Zur nächsten Besprechung der Mitarbeiter und Interessierten sollen konkretere Ausarbeitungen gemacht werden.

Weitere Gruppen gab es zu den Themen **Lesben, Architektinnen und Planerinnen, Gewerkschaft, Handwerkerinnen.** Last not least die Gruppe „**Perspektive der Treffen**", wo beratschlagt wurde, wie frau in Zukunft den unterschiedlichen Ansprüchen der Frauen gerecht werden soll: die einen wollen nur nette Frauen aus ähnlichen Bereichen treffen, andere wollen praktische Projekte diskutieren und Erfahrungen austauschen, wieder andere eine feministische Wissenschaftskritik erarbeiten, wieder andere über Probleme am Arbeitsplatz reden. In der Gruppe kam frau überein, die Ansprüche in Zukunft etwas herabzuschrauben, es zwar möglichst bei längeren Treffen von 3-4 Tagen zu belassen, aber nicht mehr als reine Arbeitstreffen, sondern mit etwas mehr Freizeitcharakter (mal Fußballspielen oder Wen-Do lernen), und nicht mehr so verbissen am Thema klebend – als positives Beispiel wurde der Vortrag von zwei Frauen aus Anti-AKW-Gruppen über das Frauentreffen und die geplante Platzbesetzung in Gorleben gesehen, der, obwohl nicht im Programm vorgesehen, auf reges Interesse gestoßen war. Dieser Vorschlag stieß allerdings auf dem Abschlußplenum auf Widerspruch aus den Reihen der „Wechselwirkung"-Frauen, die wohl befürchteten, daß die Treffen in Zukunft in eine feministische Freizeit ausarten könnten. Auch der Plan, in den AGs wieder stärker mit vorbereiteten Referaten zu arbeiten, stieß nicht überall auf Gegenliebe; mißtrauisch wurde „Rückkehr zu männlichen Strukturen" vermutet.

Frau einigte sich schließlich auf eine Art Mischformenmodell: AGs mit Referaten, aber auch ohne. Die Treffen sollen in Zukunft wieder jährlich stattfinden: das nächste zu Himmelfahrt 1981 plus dem darauffolgenden Wochenende in Hannover. Die Organisation soll weniger aufwendig, mehr „spontan" laufen.

Zur Verbesserung der Kontakte und Informationen soll alle zwei Monate ein Rundbrief erstellt und verschickt werden mit Terminen, Projekten und sonstigem Wissenswerten (aber keine langen Referate!), was Frauen einschicken. Die Technikerinnen-und-Naturwissenschaftlerinnen-FG vom Frauenzentrum Braunschweig sammelt die Sachen und stellt sie zusammen.

Was wäre noch zu erwähnen? Am Sonnabend fand ein Frauenfest im Schloßkeller statt, mit zwei Frauenbands und bester Stimmung.

Ute aus Darmstadt ist während des Treffens unterwegs (von Gruppe zu Gruppe) gewesen und hat einen Video-Film gedreht. Die Bänder wurden abends bzw. nach dem Ab-

Video-Film gedreht. Die Bänder

wurden abends bzw. nach dem Abschlußplenum gezeigt, viele Frauen waren ganz überrascht über sich selbst.

Der Film wird noch zusammengeschnitten und kann dann von Frauengruppen ausgeliehen werden.

Zur Behebung des Defizits wurde auch eine Lösung gefunden; einzelne Frauen verpflichteten sich, bestimmte überschaubare Beträge zu sammeln, in den Frauengruppen oder auch aus anderen Geldquellen.

Eine Hamburger Genossin

„Angestellten-Sex" Was Frau alles passiert, wenn sie mal richtig auspackt

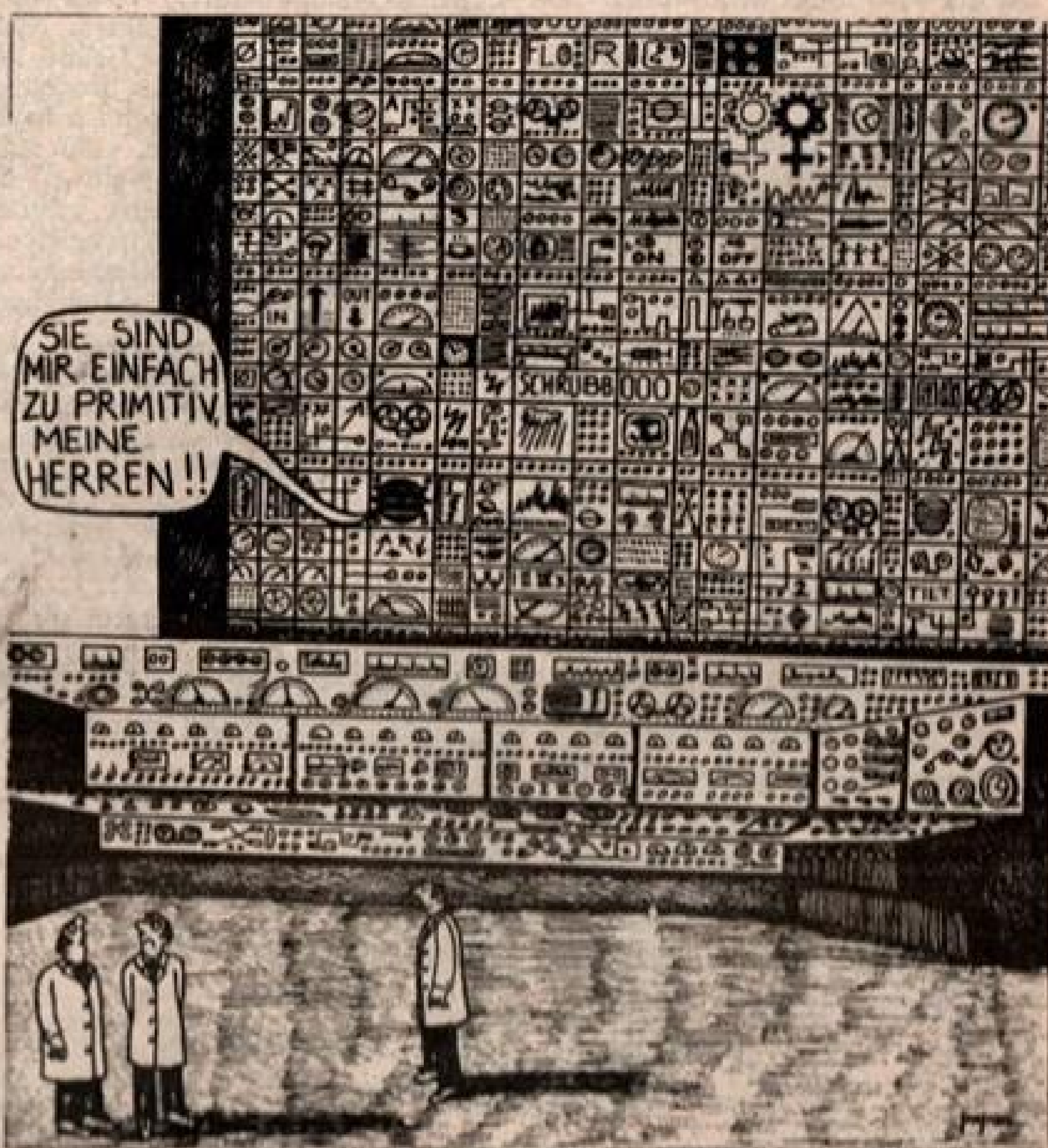
Anfang Mai dieses Jahres erschien im Konkret-Verlag die neuste Ausgabe von „Konkret-Sexualität", die einmal jährlich herausgegeben wird. Einer der Artikel beschäftigt sich auf zwei Seiten unter der Überschrift „*Angestellten – Sex*" mit den ständigen nervigen sexuellen Anmachen der Männer gegenüber ihren Kolleginnen. In diesem Artikel berichtet nun eine Betriebsrätin aus einer norddeutschen Großdruckerei über ihre eigenen negativen Erfahrungen mit Männern am Arbeitsplatz und beschreibt auch Beispiele, die ihr Kolleginnen im Laufe der Jahre berichtet haben. So schreibt sie: „*Wenn wir unter uns Frauen mal ein ganz normales Gespräch führen, vielleicht über private Dinge, dann hielten unsere Kollegen das nicht aus. Sie sind da reingeplatzt, haben uns unterbrochen, haben ein solches Gespräch einfach nicht zugelassen. Und zwar hauten sie eben am liebsten mit sexuellen Anspielungen dazwischen, weil sie wußten, das verunsichert uns doch noch immer, da hört man nicht einfach weg, das verletzt einen auch irgendwie. Das schlimmste ist eigentlich die Anmache, während man arbeitet. Wenn man beim Tippen mal die Knie übereinanderschlägt, heißt es, man sei verklemmt, oder hast wohl heut' Nacht 'nen Typen gehabt, der hatte 'nen zu großen? Oder man telefoniert gerade, und sie reden einem in Kundengespräche rein. Man muß sich konzentrieren, und die lehnen sich zurück und reden laut über dich, das du's nicht überhören kannst. Mann, hat die heut' wieder 'n Schlabberbusen! Willst dir nicht endlich 'nen Bella mitbringen! und solche Sachen. . .Sehr beliebt sind auch solche Witze, daß die Kollegen sogenannte Modelle aus der Zeitung anrufen, und in dem Moment, wo dort jemand abnimmt, wird das Gespräch auf den Apparat einer Kollegin gestellt. Wenn sie sich dann meldet, hört sie: hier Massagesalon sowieso, welche Wünsche können wir ihnen erfüllen? Sehr witzig, die Kollegen lachen schallend. Das ist ein beliebtes Spielchen.*" Noch eine ganze Reihe anderer Schweinereien von Männern gegenüber ihren Kolleginnen berichtet die Betriebsrätin, und schreibt dann weiter „*Ich hab' ja gar nichts dagegen, wenn Kollegen wirklich Beziehungen, auch sexuelle haben,. aber das, was an Sexualität in unserem Betrieb deutlich wird, ist ein einziges Ersatztheater auf Kosten der Frauen. Man muß fast sagen, die Kollegen verschaffen sich Erleichterung und ein für sie angenehmeres Arbeitsklima mit der sexuellen Anmache. Und bei uns kommt neben dem Arbeitsdruck und der Unterbezahlung auch noch dieser Anmachdruck dazu, gegen den du dich ständig panzern mußt. Das ganze bedeutet einen ungeheuren Kraftaufwand. Männer können sich das wohl nicht vorstellen. Du muß dich jeden Tag panzern, erwartest ständig ständig einen neuen Überraschungsangriff. Verschwendest unheimlich viel Energie, um dir die richtige Antwort, die richtige Reaktion auszudenken*".

Der Betriebsfrieden ist gestört

Einige Tage, nachdem nun die Zeitung öffentlich verkauft wurde, gelangte auch ein Exemplar in den beschriebenen Betrieb. Und siehe da, viele Männer fühlten sich auf einmal angegriffen. Das sei doch alles nicht wahr, die Frau spinnt doch usw. In den nächsten Tagen gab es eine richtige Kampagne gegen die Betriebsrätin im Betrieb, zu einer Zeit, wo sie gerade im Urlaub war und sich nicht selber gegen diese Kampagne wehren konnte. Ergebnis dieser Kampagne war, daß im Betrieb mehrere Unterschriftensammlungen - von Männern organisiert, versteht sich - im Umlauf waren. In den Listen wurde ihr das Mißtrauen ausgesprochen, die Männer würden sich in Zukunft weigern mit ihr zusammenzuarbeiten usw. Da die Unterschriften einmal an den Betriebsrat und zum anderen an die Geschäftsleitung (!) geschickt wurden, nutzte die Geschäftsleitung die derzeitige Stimmung gegen die Betriebsrätin aus und beantragte beim Betriebsrat ihre fristlose Kündigung wegen Störung des Betriebsfrieden und übler Nachrede. Eine wirklich gute Gelegenheit, die fortschrittliche Betriebsrätin loszuwerden, was unter anderen Vorzeichen auf viel Protest in der Belegschaft gestoßen wäre.

Der Betriebsrat hat aber das Spiel der Geschäftsleitung nicht mitgemacht und sich auch von den Unterschriftensammlungen nicht unter Druck setzen lassen und einstimmig die fristlose Kündigung abgelehnt.

Es ist zu hoffen, daß nach ein paar Tagen Beruhigung im Betrieb und wenn die Kollegin wieder aus dem Urlaub zurück ist, eine Gegenkampagne eingeleitet wird, wobei zu hoffen ist, daß auch Männer dies unterstützen werden.





Die Frankfurter Fraueninitiative „Frauen zum Bund – Nein danke!" existiert seit ca. einem Jahr. In ihr arbeiten mehrere unorganisierte Frauen und wir, zwei KB-Genossinnen, mit. „Aufhänger" für unsere Arbeit war vor allem das Eintreten Alice Schwarzers für eine Einbeziehung zum Bund, gegen das wir Stellung nahmen.

Wir begannen unsere Arbeit mit Info-Ständen in verschiedenen Stadtteilen, die wir mit auf Tonband aufgenommenen Interviews verknüpften – eine gute Möglichkeit, Leute anzusprechen und mit ihnen eine Diskussion zu beginnen. Wir setzten bei der Öffentlichkeitsarbeit auch unser selbstgetextetes Lied ein (siehe nebenstehenden Kasten).

Außerdem entwickelten wir gemeinsam einen ca. 1/2stündigen Sketch: Eine Hauptschülerin auf Arbeitssuche läßt sich für den Bund anwerben in der Hoffnung, dort eine Ausbildung machen zu können. Doch die Realität sieht anders aus: Drill und Kadavergehorsam auf der Stube, statt Ausbildung geht die Zeit mit
Ausbildung machen zu können. Doch die Realität sieht anders aus: Drill und Kadavergehorsam auf der Stube, statt Ausbildung geht die Zeit mit
Putz- und Flickarbeiten drauf. Das Stück endet mit dem sogenannten „Ernstfall": mit dem Einsatz der Fraueneinheit im Persischen Golf. Dieses Stück haben wir u.a. bei der DFG-VK Wiesbaden aufgeführt, mit denen wir seitdem in Kontakt geblieben sind.

Wir legten ein kleines Archiv an – es erwies sich als sehr nützlich, als wir zum 8. März eine ausführliche Dokumentationsbroschüre erstellten: mit einem Pressespiegel, Stellungnahmen verschiedener Organisationen und Einzelpersonen und vor allem eigenen Beiträgen von unserer Gruppe: Militarisierung von Frauen vor den Weltkriegen, Frauen in ausländischen Armeen, Militarisierung nach '45.

Für die Öffentlichkeitsarbeit nutzten wir die linke lokale Presse, besonders auch das „Frankfurter Frauenblatt", das die Thematik Frauen und Militär zu einem Schwerpunktthema machte. Außerdem waren wir bislang dreimal im Hessischen Rundfunk zu hören: einmal sogar in einer einstündigen Diskussionsrunde, zu der auch eine ASF-Frau und eine Frau von den Jungdemokraten kamen; zweimal in aktuellen Mittagssendungen.

Im Herbst 79 wagten wir uns mit einer eigenen Diskussionsrunde an die Öffentlichkeit, zu der ca. 80 Leute erschienen, was für uns einen großen Erfolg bedeutete, zumal wir noch relativ unbekannt waren.

Nach diesem Erfolg planten wir für April eine Podiumsdiskussion. Ursprünglich sollte sie zum 8. März stattfinden, gemeinsam mit der DFI, die von sich aus mit diesem Vorschlag an uns herangetreten war. Nach einem gemeinsamen Termin beschlossen wir, zusammen eine Resolution zu verfassen, mit der ein breiter Unterstützerkreis für diese Podiumsdiskussion gewonnen werden sollte. Eine DFI-Frau äußerte gleich, der KB dürfe natürlich nicht unter dem späteren Flugblatt stehen – falls andere „gewichtige" Organisationen aus diesem Grunde zurückzögen. Kurz darauf unterbreitete uns die DFI einen Resolutionsvorschlag mit typischen Revi-Formulierungen wie Entspannung, friedliche Lösung sozialer Konflikte etc. Mühsam konnten wir uns schließlich auf die Formulierung „gegen Krieg und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen" einigen.

Nachdem wir die neuen Texte zur Verschickung fertig hatten, rief uns die DFI an und meinte, auf die o.g. Formulierung (Friedliche Lösung sozialer Konflikte) könne nicht verzichtet werden. Im Klartext: Van Oyen, seines Zeichens DKP-Funktionär und Mitglied im DFU-Vorstand, mit dem die DFI die ganze Aktion abgesprochen hatte, paßte das nicht.

Wir ließen uns allerdings nicht entmutigen. Für die Teilnahme am Podium gewannen wir eine Frau der DFG-VK, eine Jungdemokratin, eine Frau vom „Frauenblatt" und eine KB-Genossin. „Courage" und „Emma" hatten aus zeitlichen Gründen abgesagt. Leider kamen nicht so viele Leute wie erhofft (ca. 80), aber nach kurzer Vorstellung der Teil-
ma" hatten aus zeitlichen Gründen abgesagt. Leider kamen nicht so viele Leute wie erhofft (ca. 80), aber nach kurzer Vorstellung der Teil-
nehmer entwickelte sich eine interessante, vielschichtige Diskussion. Die DFG-VK-Frau vertrat einen pazifistischen Standpunkt. Sie sei generell gegen jeden Krieg, egal von wem, gegen wen. Jede Armee begehe Verbrechen (wobei es dann Differenzierungen zur Einschätzung von Befreiungsbewegungen gab). Die USA wollten ja gar keinen Krieg im Grunde. Als Mittel zur Verhinderung von Kriegen forderte sie die volle Anwendung und Anerkennung des Völkerrechtes und dessen Ausbau und Vervollständigung (dasselbe gelte für die UN-Charta). Der Friede müsse auf rechtlichem Wege gesichert werden. Vom KB wurde darauf hingewiesen, daß wir nicht für Krieg sind, aber man doch sehen muß, von wem die Gewalt ausgeht und sie uns in bestimmten Situationen aufgezwungen wird. Außerdem wies sie auch die illusorische Einschätzung über die USA zurück und zeigte auf, daß sie gerade z.Zt. die Kriegstreiberfunktion zusammen mit der BRD übernommen habe, um die wirtschaftlichen Interessen des Westens zu sichern. Die Frauenblattfrau wies explizit auf die Funktion der Frau in der Buwe hin, die nicht unserem Emanzipationsinteresse entsprechen könne. Sie lehne die Buwe aber auch wegen ihrer politischen Zielsetzung ab. Außerdem weigere sie sich, einen Staat zu verteidigen, der absolut frauenfeindlich sei.

Auch die Jungdemokratin sprach sich prinzipiell gegen die Bundeswehr aus, griff die Bundesregierung wegen ihrer permanenten Aufrüstung an und wandte sich auch gegen die Auffassung, eine Einbeziehung von Frauen zum Bund bedeute für uns Emanzipation. Sie bestritt allerdings, daß eine reale Kriegsgefahr herrsche, sondern sprach von reiner Kriegshysterie.

Die Vertreterin unserer Gruppe begründete unsere Ablehnung mit unserem Verständnis von Emanzipation, das über eine formale Gleichberechtigung hinausgeht. Außerdem wies sie auf die Aggressivität der Buwe nach innen und außen hin – weshalb die Frage Frau und Militär stärker auch zu einer Frage Militär und Gesellschaft werden solle.

In der Diskussion hatten allerdings einige Männer mal wieder ihren großen Auftritt. Obwohl praktisch von allen Teilnehmerinnen die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit von Frauen mit Kriegsdienstverweigerern an diesem Punkt betont worden war, fühlten sich einige Herren der Schöpfung auf den Schlips getreten: weshalb wir „nur" eine Frauengruppe seien, weshalb wir alleine die Veranstaltung gemacht hätten...?

Unsere weiteren Perspektiven bis zum Sommer: wir werden unseren Sketch noch zweimal aufführen: einmal bei Höchster Frauengruppen, zum anderen in leicht geänderter Form bei einer Anti-Strauß-Revue. Aufgrund der vielen Aktivitäten, die ja mit viel Arbeit verbunden sind, ist eine Unzufriedenheit über unsere mangelnde theoretische Arbeit entstanden. Deshalb wollen wir zwei Tage mal zusammen wegfahren, um Zeit für Schulung und Rollenspiele zu haben.

Im Herbst können wir einen VHS-Kurs zu Frauen und Militär durchführen. Ansonsten wollen wir mit Wandtafeln und Musik wieder verstärkt an die Öffentlichkeit treten. Evtl. steht auch ein Treffen für hessische Gruppen, die zu dem Thema arbeiten, an, um einen stärkeren regionalen (natürlich auch bundesweiten) Kommunikations- und Informationsaustausch zu erreichen.

Wir würden uns freuen, wenn dieser Bericht auch andere Gruppen dazu anregt, über ihre Erfahrungen in der praktischen und theoretischen Arbeit zu berichten . Wir sollten uns auch stärker inhaltlich auseinandersetzen; da fällt uns z.B. ein die drohende Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Frauen, die mittlerweile schon für Mitte der 80er Jahre anvisiert ist. Wie oft hören wir gerade von Linken, „Frauen zum Bund, nehmt ihr das wirklich ernst?", „das ist doch unrealistisch". Oder auch die Frage ziviler Dienste – Schwesternhelferinnenausbildung, die nur anerkannt wird, wenn frau sich für den „Ernstfall" zum „Einsatz" verpflichtet. Oder: wie verhalten wir uns uns zu pazifistischen oder revisionistischen Strömungen usw. usf...

Hier noch unsere Kontaktadresse, falls Ihr Fragen habt o.ä. Außerdem könnt Ihr über diese Adresse auch unsere Broschüre beziehen zum Preis von 2,- DM „Frauen zum Bund – Wir sagen Nein".

Brigitte Bosing, Spohrstr. 49
6000 Frankfurt/Main 1

gi., chr., KB/Gruppe Frankfurt

UNSER LIED:

UNSER LIED:

1.
Alle Frauen hergehört,
wißt ihr es auch schon?
Die Herren geben aus
das Schlagwort Emanzipation
Damit wolln sie uns schmack-
haft machen das Militär,
als Frau Major gibts keine
Unterdrückung mehr!

Refrain: Links um, rechts um,
so ist der Tritt,
Frauen zum Militär,
da machen wir nicht mit!

2.
Die Bundeswehr so wie sie ist,
basiert auf Zucht und Drill,
da hast du zu parieren,
wie dein Oberst es grad will,
Augenschminke, Lippenrot, wir
robben durch den Schlamm,
beim Bund gibts keinen Unter-
schied mehr zwischen Frau und
Mann!

Refrain

3.
Beim Militär, da solln wir
schützen den bundesdeutschen
Staat,
der bisher unsre Interessen
nur verraten hat,
alle Frauen hergehört, habt
ihr's noch nicht kapiert,
der Kampf um Gleichberechtigung
wird nicht beim Bund geführt!

Refrain

(Melodie: Gaslied aus der Weimarer Zeit) Text: Frauengruppe „Frauen zum Bund – Nein danke!"

Kein Chauvi - aber „Frauenfeind"?

Zur Zeit habe ich „Streit" mit sämtlichen Freund(inn)en, weil ich mir erlaubt habe, zu behaupten, daß ich als Krüppel grundsätzlich kein Chauvi bin und auch nicht sein kann! Daß ich mich selbst jahrelang in dem Glauben gewähnt und mich als solcher zu verkaufen bemüht war, ist dabei eine Sache (so ne Art „Rest-Chauvi"), wie ich damit angekommen bin, eine andere.

Also erstmal, wie komme ich dazu, mich als „Chauvi" zu verkaufen"?

Nun, das ist so einfach, wie peinlich: In meinem permanenten Bestreben, meine Behinderung zu vertuschen, in der Angst, als Krüppel abgelehnt zu werden, versuch ich immer, den Nichtbehinderten in meinen Denk- und Verhaltensweisen zu ähneln, ihnen sozusagen entgegenzukommen. Da ich Nichtbehinderten Frauen gegenüber sowohl Bedürfnisse wie auch massive Komplexe habe – was können die denn schon von mir Krüppel wollen? – bin ich direkt darauf „erpicht", als „Chauvi" behandelt zu werden und damit scheinbar als „Mann" zu gelten.

Ich bau mir diese Lüge allerdings gezwungenermaßen auf, denn meine Angst, als Krüppel abgelehnt zu werden, ist ja meine alltägliche Erfahrung und damit größer, als den Chauvi „aufzugeben". Es ist auch nicht mein übertriebenes Mißtrauen gegenüber Nichtbehinderten-Frauen, daß ich nicht zu meiner Behinderung stehen kann oder so, sondern, daß alle Frauen grundsätzlich Probleme haben müssen, mit mir und jedem anderen Krüppel umzugehen. Nichtbehinderte Männer wie Frauen, männliche wie weibliche Krüppel bekommen ein Leben lang von klein auf anerzogen, wie ein Mann und wie eine Frau auszusehen hat; wie sie zueinander zu stehen haben; wer welche Rolle zu spielen hat; wer Stärke und wer Schwäche zeigen darf; wer wen bedroht und gleichzeitig zu beschützen hat; wer sich fürchten und beschützen lassen darf/muß?..!! etc.

Diese Rollen und ihre Wert- und Normzwänge haben alle verinnerlicht. Aufgrund dieser Wertvorstellungen werde ich von den Nichtbehinderten als minderwertig betrachtet und behandelt, muß ich mich ständig gegen Mitleid und Sozialeuthanasiegeschwätz zur Wehr setzen. Andererseits betrachte ich mich selbst als minderwertig, habe ich
thanasiegeschwätz zur Wehr setzen. Andererseits betrachte ich mich selbst als minderwertig, habe ich
Schwierigkeiten, eine eigene Identität als Krüppel zu finden, von den Interessen und Bedürfnissen der Nichtbehinderten unabhängige, eigene zu entwickeln, diesen Wert- und Normvorstellungen selbstbewußt entgegenzutreten.

Erst recht habe ich Probleme, meine Anerkennung nicht dadurch zu finden, daß mich soundsoviele Nichtbehinderte kennen und zu ihrem Bekanntenkreis zählen bzw. ich sie zu meinem Bekanntenkreis zählen darf, und, was noch peinlicher einzugestehen ist, dadurch eine Selbstbestätigung zu erfahren, daß ich eine Nichtbehinderte zur Freundin habe, ja sogar darauf fixiert bin, eine solche Beziehung zu bekommen.

Andererseits muß ich mir eingestehen, daß ich gegenüber Krüppelfrauen auch Schwierigkeiten habe, eine Beziehung zu entwickeln, so selbstverständlich (?) wie zu Nichtbehinderten - Frauen. Eine Krüppelfrau stellt eben keine Anerkennung dar, sondern trägt eher zur „Verdoppelung des Elends" bei. Das klingt brutal, ist aber das Resultat des permanenten Anpassungszwanges und ich kann nur durch schonungsloses Offenlegen meiner eigenen Schwierigkeiten und in der Auseinandersetzung versuchen, meiner Persönlichkeitszerstörung entgegenzuwirken. Wenn ich diese Schwierigkeiten verschweige oder weiterhin überspiele - weil ich als bewußter Krüppel keine Schwierigkeiten mit anderen Behinderten haben darf - werde ich weiterhin zur Anpassung an Nichtbehinderte gezwungen sein. Und wenn ich dann den Restchauvi vorlüg, passe ich mich dem Nichtbehinderten Macker an, wo Frauen dann die Ebene haben, wo sie ihre Schwierigkeiten mit mir Krüppel überspielen können, indem sie den „Macker" angreifen.

So bauen sie ihrerseits die Lüge auf, sie hätten ja nichts gegen Behinderte, bzw. sie könnten ganz „normal" mit Behinderten umgehen. Deutlich wird dieser Betrug, wenn enge Freunde von mir mit Krüppeln zusammentreffen, die anders oder und schwerer behindert sind. Dann kommen wieder die ganzen Schwierigkeiten zum Tragen, die durch die Gewöhnung an mich und meine Behinderung für sie unbedeutend und damit verdrängt worden sind. Bei mir können Nichtbehinderte sich noch darauf berufen, sich mit mir über alles Mögliche auseinandersetzen zu können (weil ich immer so schön zuhören kann), andererseits können sie die Erfahrung machen, in mir jemanden zu finden, der dankbar ihre Anerkennungsbonbons entgegennimmt, durch das Gefühl der vermeintlichen Bewunderung, – wie ich alles trotz meiner Behinderung schaffe.

Ebenso geben mir Frauen das Gefühl, in ihren Augen kein Krüppel sondern ein Mann zu sein, wenn sie mich damit korrumpieren, ich sei doch klug, man könne sich mit mir wunderbar unterhalten, ich wäre auch selbstbewußt und offensiv etc.

Das mag ja alles in gewisser Weise zutreffen, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier wohl doch eher die Erfahrung, nicht den Vorstellungen eines armen „Stillhalte-Krüppels" zu entsprechen, gemeint ist. Ein „ Mann" bin ich deswegen noch lange nicht, aber das zuzugeben wäre zu brutal. Also werde ich dadurch zu vertrösten gesucht, daß Frauen mir erklären, sie fänden es gut, daß ich nicht so bin, wie andere Männer, die ja doch immer nur das „Eine" wollen. Mir wird also von vornherein unterstellt, ich wollte das „Eine" nicht, ja warum denn nicht, warum? Nun, von der Gesellschaft wird mir keine Sexualität zugestanden, die ist den Nichtbehinderten vorbehalten, Krüppel sind ungeschlechtliche Neutren!

Keine Frau wird sich durch mich als potentiellen Vergewaltiger bedroht fühlen, im Gegenteil. Krüppel und Sex, wie sollte das denn vor sich gehen?!?

Brutal wird's dann, wenn offensichtlich wird, daß ich durchaus den Wunsch nach körperlicher Zärtlichkeit habe, daß ich nicht nur der verständnisvolle Zuhörer bin oder Exot (interessant, amüsant, originell, ansonsten aber anspruchslos?! – also wie gesagt, der typische Chauvi!).

Reagiere ich aggressiv, mache Nichtbehinderte an, handele ich mir stets den Vorwurf ein, ich sei verbittert, hätte wohl meine Behinderung nicht verarbeitet? Oder mir wird
Nichtbehinderte an, handele ich mir stets den Vorwurf ein, ich sei verbittert, hätte wohl meine Behinderung nicht verarbeitet? Oder mir wird
schlichtweg unterstellt, ich sei ja nur sexuell frustriert – was z.T. stimmt, aber das als Vorwurf zu erheben, ist glatter Zynismus – und dient doch nur dazu, der Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, die eigene Unsicherheit und die Widersprüche hübsch für sich zu behalten.

Das ist nichts anderes als Unterdrückung, mir den „Schwarzen Peter" zuzuschieben, i c h würde nicht mehr „solidarisch" diskutieren, mein Feindbild gegenüber Nichtbehinderten aufbauen, wo doch die Gesellschaft schuld hat... etc, und s i e dann die „Arroganz der Macht" ausspielen: – Ihr werdet schon sehen, wo Ihr Behinderten ohne uns bleibt – oder sie haben schlichtweg keinen Bock die Auseinandersetzung im „Moment" (?) zu führen...!

Eine Notwendigkeit, diese Auseinandersetzung zu führen, sich durch uns Krüppel angreifen und in Frage stellen zu lassen, besteht ja auch nicht, denn, wo sollte auch die Betroffenheit herkommen?! – Worin sollte sie sich begründen?!

Tatsache ist, daß alle Nichtbehinderten ohne Krüppel leben können, wie man/frau sieht, d.h. für uns aber, daß wir „Männer- und Frauenfeinde" sein müssen. Wir müssen uns genauso dagegen wehren, von Frauen als „arme Würstchen", „nette Unterhalter" oder „interessante Exoten" bemitleidet, geduldet oder ausprobiert zu werden!

Das kann und soll auch nicht heißen, daß wir den „Chauvinismus" als etwas Erstrebenswertes für uns ansehen oder ihm auch nur einen „Fußbreit" Sympathie oder Verständnis entgegenbrächten, keineswegs! – Im Gegenteil, wir bekämpfen ihn weit radikaler, indem wir Krüppel gegen die Diktatur der Normalität angehen, gegen alles (!) was „männlich" ist und was „Frau-sein" bedeutet! Mit solidarischem Gruß: Schluß mit der repressiven Ingnoranz!

Chr., Krüppel aus Hamburg

HAMBURGER „SEXUALMORD"

– eine vernichtende Niederlage der Stereotaxie

Bernd L. ist, im Jargon der Boulevard-Presse gesprochen, ein „Lustmörder". Im Juli '79 hat er in Hamburg „zur Befriedigung des Geschlechtstriebes", wie das Gericht befand, den 10jährigen Stefan auf grausame Weise umgebracht. Bernd L. wurde jetzt zu 15 Jahren und Unterbringung in einer psychiatrischen Anstalt verurteilt. Doch der eigentlich moralisch Schuldige läuft weiter unbehelligt im blütenweißen Kittel durch die Universitätsklinik in Hamburg-Eppendorf (UKE) und erfreut sich ungebrochen des hohen Ansehens und Einkommens, dessen ein Hochschullehrer in dieser Gesellschaft teilhaftig wird. Es ist der Gehirnchirurg Professor Dr. Dieter Müller.

Der 10jährige Stefan und der 25jährige Bernd L. sind gleichermaßen Opfer einer reaktionären und menschenfeindlichen Medizin, die bei seelischen Störungen nicht nach gesellschaftlichen und in der individuellen Geschichte liegenden Ursachen fragt, sondern borniert und eigensinnig mit Messer und chemischer Keule an den Folgen herumpfuscht. Sie sind Opfer der berüchtigten „Psycho-Chirurgie".

Seit seiner Pubertät ist Bernd L. zwanghaft auf kleine, noch nicht geschlechtsreife Jungen fixiert. Als er 18 Jahre alt war, wurde er das erste Mal deshalb bestraft, zwei Jahre später zum zweiten Mal,und zwar zu einer Gesamtstrafe von sieben Jahren.

Der Tatablauf war immer der gleiche: Wenn Bernd L. einen Jungen sah, der ihn erregte, dann begann er zu zittern und bekam heftige Schweißausbrüche. Wenn er sich mit dem Jungen unbeobachtet glaubte, hielt er ihn fest – wie er selbst sagt, „um ihn in seine Gewalt zu bringen" – und spielte dann an dessen Glied herum. Nach einer Weile beruhigte er sich wieder, ohne selbst zur Erektion oder gar einem Orgasmus gekommen zu sein, und ließ den Jungen laufen.

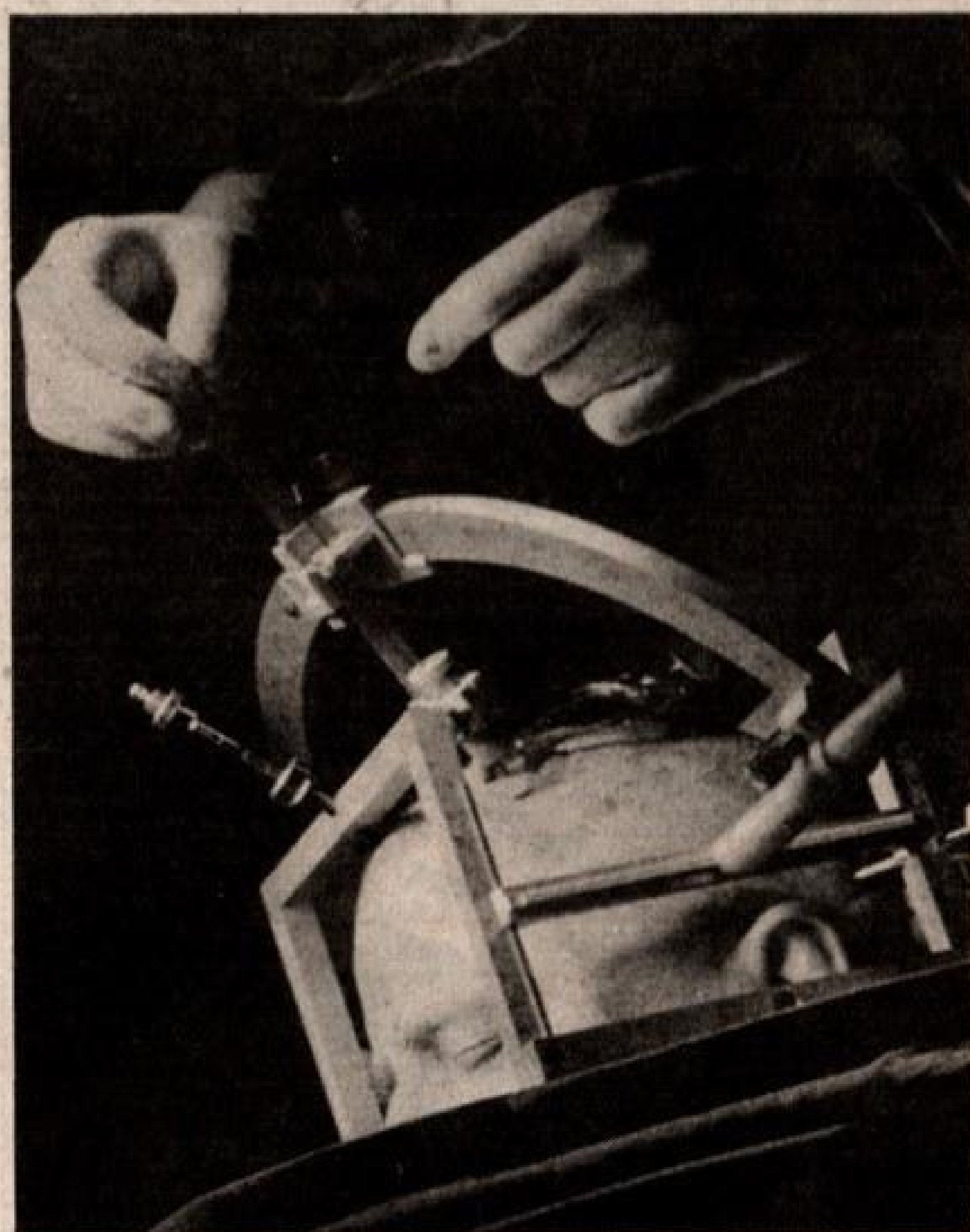
Nachts erlebte er diese Szenen beim Onanieren dann in seiner Phantasie erneut, ausgeschmückt mit der Vorstellung, die Jungen zu fesseln, zu töten und zu zerstückeln.

Bernd L. selbst ängstigten diese sadistischen Tötungsphantasien. Schon in dem zweiten Berliner Prozeß sagte er, er habe „Furcht, aus der Ekstase heraus ein Kind zu töten". In der Haft suchte er verzweifelt nach Möglichkeiten, von seinem Trieb befreit zu werden.

Aber statt einer psychotherapeutischen Behandlung bekam er Androcur, ein zeitlich begrenzt wirkendes chemisches Kastrationsmittel. Um endlich aus dem Knast zu kommen, bemühte er sich um eine operative Kastration. Nur die Tatsache, daß er das nach dem Gesetz vorgeschriebene Mindestalter noch nicht erreicht hatte, bewahrte ihn vor dieser Verstümmelung.

Dann fiel Bernd L. in die Hände des Gehirnchirurgen Dieter Müller. Im Oktober 1976 unterzog Professor Müller ihn einer sogenannten „stereotaktischen" Operation: Mit einer in den Schädel eingeführten Metallsonde zerstörte er im Hypothalamus (einem wichtigen Steuerungszentrum des Gehirns) ein etwa erbsengroßes Stück.

● Professor Müller führte diesen Eingriff aus, obwohl bereits ein Jahr zuvor ausländische Wissenschaftler die gehirnchirurgische Experimentierwut ihrer deutschen Kollegen heftig kritisiert hatten. So sprach der schwedische Psychiater Dr. Harald Forstad von „unverantwortlichen Experimenten an Menschen"; der Brite Dr. Kenneth Bridges nannte diese Praktiken „rufschädigend für unser gesamtes Fachgebiet". Und auf dem „4. Weltkongreß für psychiatrische Chirurgie" in Madrid wandte sich der amerikanische Professor Elliot Valenstein unter anderem gegen die Versuche deutscher Kollegen, mit stereotaktischen Operationen Sexualstraftäter zu „heilen", und warnte vor den Folgen „dieser experimentellen Operationen, bei denen die deutschen Kollegen gar nicht wissen, was sie tun". Valenstein: *„Ich frage mich, woher die deutschen Kollegen den Mut genommen haben, mit solchen Eingriffen überhaupt anzufangen. Ich sollte hier eigentlich einen Helm tragen – wer weiß, ob sie nicht auch mit mir ihre Versuche machen"*. (Alle Angaben aus „stern", 42/1975).



● Professor Müller führte diesen Eingriff durch, obwohl nur wenige Monate zuvor sein Kollege Dieckmann aus Homburg/Saar, der selbst einer der berüchtigsten Psychochirurgen der BRD und insofern eigentlich ein Gesinnungsfreund Müllers ist, eine Stereotaxie in einem vergleichbaren Fall öffentlich verurteilt hatte. In einem „Spiegel"-Gespräch wurde Dieckmann in bezug auf Jürgen Bartsch gefragt: *„Mehrere Gutachter hatten ihm ausgeprägte sadistische Tötungsphantasien bescheinigt. Gibt es Möglichkeiten, einen solchen Drang zu mindern oder zu beseitigen?"* Dieckmanns Antwort: *„Nein. Darüber ist bisher nichts bekannt. Hier hat die Wissenschaft noch keinen entsprechenden Zielpunkt im Gehirn entdeckt. Der Eingriff wäre also auf ein rein experimentelles Vorgehen hinausgelaufen, und das verbietet sich beim Menschen natürlich von selbst"* („Spiegel", 22/1976).

● Professor Müller führte diesen Eingriff aus, obwohl das Oberlandesgericht Hamm (Aktenzeichen AS 79/75) bereits am 26. Juli 1976 konstatierte: *„Sogenannte stereotaktische Hirnoperationen beim Menschen sind wegen ihrer zur Zeit noch nicht erforschten Auswirkungen keine geeignete Behandlungsmethode zur Heilung abartigen Sexualverhaltens"*.

● Professor Müller führte diesen Eingriff durch, obwohl ein Vierteljahr zuvor fünf führende deutsche Sexualwissenschaftler, unter ihnen die Professoren Schorsch und Sigusch, in einer öffentlichen Stellungnahme gegen die Psychochirurgie protestiert hatten. Ihre Argumentation – stark verkürzt – war und ist: Die Operation setzt am falschen Ende an; auch bei schweren seelischen Störungen ist das Gehirngewebe organisch völlig gesund. **Die Operation ist sinnlos, denn ein eng umgrenztes „Sexualzentrum" konnte bis heute noch niemand nachweisen.** Wer seine Existenz annimmt, überträgt schematisch Ergebnisse von Tierversuchen auf den Menschen und mißachtet die Tatsache, daß die Sexualität eine sehr vielfältig zusammengesetzte höhere Funktion des Menschen ist, die von praktisch allen Teilen des Gehirns gespeist wird. Die Operation ist schließlich menschenfeindlich, weil sie den betroffenen Menschen in seinen elementarsten Lebensäußerungen verstümmelt und meist seine Persönlichkeit unwiderruflich zerstört. Schwere Schäden durch die Operation sind im In- und Ausland bekannt geworden. (Vergleiche dazu auch „Psychologie heute", 7/1976.)

Für die schrecklichen Folgen der Müller'schen Gehirn-Verstümmelungen gibt es auch noch andere Beispiele als das des Bernd L. So operierte Müller vor einigen Jahren einen Mann, der panische Angst vor Feuer und Wasser hatte. Die Folge: Der Mann wurde zum Brandstifter. Später wurde er bekannt als der „Hamburger Säureattentäter", der mit Salzsäure kostbare Gemälde vernichtete.

Ein anderer Fall aus der Praxis des Professor Müller machte ebenfalls Schlagzeilen: Mit 16 Jahren hatte sich Willy A. an kleine Jungen herangemacht. Er kam in die geschlossene Abteilung einer psychiatrischen Klinik. Eine Gehirnoperation bei Professor Müller sollte „den Triebtäter heilen". „Ich hoffe auf ein neues Leben", sagte Willy A.

Doch es gab kein neues Leben für Willy A.: Er wurde nach der Operation rückfällig und darauf auch noch kastriert. Er stimmte diesen Eingriffen zu, weil er darin die einzige Hoffnung sah, wieder in Freiheit zu leben. Doch so oben und unten verstümmelt mochte er nicht mehr weiterleben. Er beging Selbstmord.

Und jetzt Bernd L. Die Behörden – und auch er selbst – verließen sich auf die Heilungsversprechen des Professors Müller. Bernd L. kam in die ersehnte Freiheit. Doch am 12. Juli 1979 setzte er das in die Tat um, was er vor der Operation nur phantasiert hatte.

Der Nachbarsjunge Stefan ließ ihn ohne Mißtrauen in die Wohnung. Er hatte vorher schon oft mit Bernd herumgetollt, ohne daß etwas passiert war. Aber plötzlich fing es bei Bernd an, wie früher so oft. Er zitterte, bekam Schweißausbrüche, dann packte er den Jungen, spielte an dessen Glied, und als der sich wehrte und schrie, fesselte er ihn, drückte ihm schließlich bis zur Bewußtlosigkeit ein Kissen aufs Gesicht und erwürgte ihn schließlich mit einem Elektrokabel.

Der kleine Stefan hätte nicht zu sterben brauchen und Bernd nicht – wie nun zu erwarten ist – bis an sein Lebensende hinter den Mauern eines der als „Schlangengruben" berüchtigten Landeskrankenhäuser verschwinden müssen, wenn nicht Leute wie Müller unerfüllbare Versprechen gemacht hätten. Wenn nicht Leute wie Müller eine sinnlose und schädliche, wissenschaftlich nicht haltbare Operation ausgeführt hätten. Eine Operation, bei der – nebenbei bemerkt – Müller selbst nur von einer Erfolgsquote von 60 % spricht!

Der Pfuscher



... und sein Opfer

Es wird von den Verfechtern der Stereotaxie immer wieder der unendliche Leidensdruck ins Feld geführt, von dem sie ihre Patienten auf deren inständiges Bitten befreiten.

So schrieb Professor Müller in einer Erwiderung auf die Kritik der fünf Sexualwissenschaftler: *„Mit der ...geforderten Einstellung der stereotaktischen Operationen fordern die Verfasser unausgesprochen, die unter sexuell abweichendem Verhalten am schwersten Leidenden ärztlicherseits im Stich zu lassen und sie ihrem ausweglosen Schicksal in Strafanstalten auszusetzen..."* („Psychologie heute", 8/1976).

Der Fall des Bernd L. dürfte wohl in aller grausigen Deutlichkeiten zeigen, wie demagogisch ein solcher Verweis auf die angeblich so selbstlosen Ziele der Gehirn-Schnippler ist.

Auch die Stereotaxie – wie übrigens auch die Kastration – kann einen Menschen wie Bernd L. nicht von seinen sexuell motivierten Tötungswünschen und damit vor dem Leben hinter Gittern befreien. Sie kann allenfalls die Triebstärke dämpfen – um den Preis schwerer Persönlichkeitsveränderungen und auch um den Preis (das ist in diesem Fall noch gar nicht näher untersucht), daß der stereotaktische Eingriff andererseits womöglich die Hemmschwelle herabsetzt. Denn auch dies wird teilweise vom Hypothalamus gesteuert. Immerhin hat Bernd L. erst nach der Opperation getötet, vorher nur davon phantasiert.

Überdies aber verhindert die Lüge von der befreienden Wirkung der Stereotaxie den einzigen Weg, bei dem wenigstens eine Chance zur „Heilung" besteht, den Weg einer langwierigen und deshalb äußerst kostspieligen psychotherapeutischen Behandlung. Auch für Bernd L. hat sie diesen Weg verstellt. Für ihn hatte die Justiz nur Strafe und die Medizin nur Verstümmelung parat.

Es ist eben kein Zufall, was Professor Sigusch in einem öffentlichen Streitgespräch mit Müller im Januar vorigen Jahres in Düsseldorf unwidersprochen berichtete: Bei den meisten der von ihm Operierten hat es Professor Müller nicht für nötig gehalten, mit den Kollegen im benachbarten Insitut für Sexualforschung über seine Fälle zu diskutieren und ihren Rat einzuholen.

Wenn man den Kriegsrichter Filbinger zu recht einen „furchtbaren Juristen" nennen darf, so wird man Professor Müller, der sich selbstherrlich über alle wissenschaftlichen Einwände hinwegsetzte und moralisch sowohl den Täter wie dessen Opfer auf dem Gewissen hat, einen „furchtbaren Mediziner" nennen müssen. Er hätte auf die Anklagebank gehört.

We., Pe., Hamburg
Schwulengruppe des KB

Osnabrücker Schwulengruppen von Nazis bedroht

Die Osnabrücker Schwestern von der AHO (Aktionsgruppe Homosexualität Osnabrück) schreiben in einem Flugblatt:

„Beginnend mit den Aktionstagen der 'Rosa Flut 'im Juli letzten Jahres haben die Drohungen und versuchten Anschläge der Neonazis gegen die Osnabrücker Schwulengruppe zugenommen. So wurde während der 3 'Rosa Flut Tage 'ein Salzsäureanschlag auf das Foyer der Lagerhalle verübt, und es wurde die Parole 'Schwule ravs' auf die Außenwand des Hauses geschmiert. Seitdem sind in unregelmäßiger Folge Drohungen an die Adresse der AHO und ihren Treffpunkt der Lagerhalle eingegangen. Der Leitung der Lagerhalle wurde in anonymen Telefonanrufen nahegelegt, die AHO auszuschließen, andernfalls würden die 'Herren' Neonazis uns selbst rausholen. Danach erreichte uns folgender Brief, der für sich selber spricht:

Liebe Analerotiker!

Wie lange glaubt ihr noch, euren perversen Schmutz ungehindert in Osnabrück (besonders in der Lagerhalle) verbreiten zu können? Pfui! Ihr rosa Ferkelchen! -

Seht Euch vor!

Besonders nach Eurem wöchentlichem Treff in der Lagerhalle (mittwochs)... Auf dem Rückweg von der Lagerhalle gibt es viele dunkle Plätze, auf denen sich Euer 'Problem' sehr schnell lösen läßt'.

Als Absender stand auf dem Briefumschlag 'Aktion scharfes Messer'. In all diesen Fällen erfahren wir die Aktivitäten der Neonazis (vielleicht auch anderer 'guter' Bürger?) also nicht nur als mehr oder minder abstrakte Zeitungsberichte; wir s e l b s t bekommen die Auswirkungen direkt zu spüren. Es ist zwar noch nicht zu Handgreiflichkeiten gekommen, aber die Unsicherheit bzw. die Gefahr kann doch ganz schön zu schaffen machen, da uns Schwulen Diskriminierungen durch die Gesellschaft ja nicht unbekannt sind. Von den kriminellen Einschüchterungsversuchen der Neonazis werden wir uns jedoch nicht kleinkriegen lassen!".

Zum Gay Pride Day am 30. Juni 1980

Ende Juni 1969 setzten sich zum ersten mal Schwule und Lesben gegen einen Bullenüberfall auf das New Yorker Schwulenlokal „Stonewall Inn" zur Wehr. An den darauf folgenden Tagen gab es mehrere machtvolle, militante Demonstrationen, an denen sich Tausende Schwule und Lesben beteiligten. Damit war der Beginn der neueren Schwulen- und Lesbenbewegung nicht nur in den USA, sondern auch in Westeuropa eingeläutet.

Seitdem ist der „Gay Pride Day" am 30. Juni der internationale Kampftag der Schwulen- und Lesbenbewegung, an dem Tausende in den USA und im vergangenen Jahr auch erstmals in Westeuropa für ihre Forderungen auf die Straße gehen. So fanden 1979 in Bremen, Stuttgart, Westberlin und Köln „Gay Pride"-Aktivitäten statt. Auch in diesem Jahr ist einiges geplant:

- In Reutlingen will die Tübinger Schwulengruppe eine Demo am 28.6. machen. Treffpunkt: Bahnhofsplatz Reutlingen. Kontakt: Hanno Tel. 07071 / 27629, Jürgen 07071/ 212287
- Ebenfalls am 28.6. veranstalten die Hamburger Schwulen- und Lesbengruppen den „Gay Pride Day" für den norddeudschen Raum. Neben einer Demo soll eine Fete stattfinden und eventuell noch mehrere Veranstaltungen in der vorhergehenden Woche.
- In München wird nach einem gemeinsamen Frühstück die Demo am 28.6. um 11 Uhr am Sendlinger Tor beginnen und sich über den Viktualienmarkt zum Englischen Garten bewegen, wo bei schönem Wetter ein Picknick stattfindet. Abends gibts dann Feste.
- In Westberlin wird höchstwahrscheinlich am 28. oder 30.6. eine Demo stattfinden.

Wir werden, sobald sich die Termine konkretisiert haben, diese im AK rechtzeitig bekanntgeben.

In diesem Sinne:
Raus aus den Klappen, rein in die Straßen!
Gemeinsam sind wir unausrottbar!

Schwulengruppe des KB,
Lesbengruppe des KB

Familienpolitik Wahlkampfthema der CDU

Die CDU/CSU hat angekündigt, Familienpolitik zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfes zu machen. Nun weiß man zwar nie, wie ernst solche Ankündigungen gemeint sind – im Moment hört man wenig zu diesem Thema – trotzdem ein kleiner Blick auf das, was die CDU/CSU an die Familie bringen will.

Zum Cheffamilienpolitiker von F.J.Strauß ist Hans Maier aufgestiegen. Seit 10 Jahren ist er als bayerischer Kultusminister darum bemüht, Ruhe und Ordnung an Schulen und Universitäten zu halten. Gleichzeitig ist er Präsident des Zentralkomitees (das heißt wirklich so) der (west) deutschen Katholiken.

Maier durfte im April 1979 auf dem familienpolitischen Kongreß der CSU das Grundsatzreferat „Die Familie – Zukunft unserer Kinder" halten; auf dem „Zukunftskongreß" der CSU im November 1979 referierte er zum Thema „Für eine menschliche Zukunft".

Familie ist alles

Kinder gibt es für Maier anscheinend nur als Bestandteil von Familien. Die Familie sei *„ein unentbehrliches Element der Gemeinschaft, ... eine der Gesellschaft und dem Staat vorgegebene Größe", „die wichtigste Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft".* Und weils eben Kinder eigentlich gar nicht gibt, sondern nur Familien.
Und weils eben Kinder eigentlich gar nicht gibt, sondern nur Familien, stellt Maier dann auch nicht die Frage nach der Zukunft der Kinder, sondern nach der Zukunft der Familie. Doch der Zustand dieser wichtigsten Institution ist trostlos: *„In einem reichen Land werden jährlich einige zehntausend Kinder bereits im Mutterleib getötet, weil sie unerwünscht sind. In einem reichen Land* (er meint die BRD – Anm. AK) *stehen Jahr für Jahr mehr Särge als Wiegen. In einem reichen Land drohen Familien arm zu werden, wenn sie kinderreich sind* (Familie Maier – er hat fünf Töchter – natürlich nicht: bei dem Ministergehalt! – Anm. AK) ... *In einem reichen Land wird von nicht wenigen die Treue in der Ehe, in schwierigen Lebenssituationen, in Nöten und Bewährungsproben zum leeren Wahn erklärt".* (Rede auf dem „Zukunftskongreß").

Schuld daran hat natürlich die Bundesregierung, die wahrlich revolutionär mit den Familien umgegangen sein muß: *„Kein Wunder, daß der 2. Familienbericht der Bundesregierung vom Jahre 1975, und er ist bis heute nicht offiziell widerrufen, die Veränderung der Familie in den Dienst einer kulturrevolutionären Veränderung der Gesellschaft stellt, ausgehend von der These, bei der Erziehung handle es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Wahrnehmung unsere Gesellschaft ‚Familien und außerfamiliären Einrichtungen überträgt' ".* (Rede auf dem Familienpolitischen Kongreß). Zur Beruhigung sei angemerkt, daß der 3. Familienbericht der Bundesregierung mit den „familienkritischen" Tönen des 2. Berichtes mittlerweile deutlich abgerechnet hat. „Berüchtigt" ist für Maier auch der Satz, der vor Urzeiten einmal in einer Begründung zu einem Gesetzentwurf zur Neuregelung des Sorgerechtes drinstand, Kinder seien *„Objekte elterlicher Fremdbestimmung".* Darüber hat sich nun wirklich schon vor Jahren auch der SPD-Justizminister so erschrocken, daß der Satz schnell wieder verschwand – aber die CDU/CSU geht damit immer noch hausieren.

Rettet die Familien – aber Geld darfs nicht kosten

Vergleichsweise mager sind die Versprechen der CDU/CSU, was in die Zukunft der Familie investiert werden soll. Neben „Steuererleichterungen" und der Anrechnung der „Erziehungsjahre" bei der Rente werden bayerische Spezialitäten angeboten wie das abkinderbare Familiendarlehen: Pro Kind wird ein Teil eines bei Familiengründung gewährten Darlehens erlassen). Außerdem soll die „Diskriminierung" nicht-berufstätiger Frauen beim Mutterschaftsgeld beseitigt werden: *„Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum nicht allen Müttern oder Vätern ein Erziehungsgeld für eine bestimmte Zeit gezahlt wird, wenn man gleichzeitig auf Erwerbstätigkeit zugunsten der häuslichen Erziehung seiner Kinder verzichtet"* (Familienpolitischer Kongreß). Bei der Abstimmung im Bundestag über diesen von der CDU/CSU eingebrachten Vorschlag wenige Wochen nach Maiers Rede wurde dieser Vorschlag schon „relativiert": Strauß hatte öffentlich erklärt, ihm erscheine das ganze Projekt zu teuer, sodaß eine Reihe von Abgeordneten nicht mehr zu dem Antrag stehen mochten.

Geradezu romantisch (zurück in vergangene Jahrhunderte) wird Maier beim Wohnungsbau. Er beklagt, daß die Abschreibungsparagraphen nur Wohnungsbau für relativ kleine Wohnungen begünstigen: *„Wir beklagen den Verfall großer familiärer Einheiten, wir beklagen die Vereinsamung der alten Menschen, die getrennt von den Kindern leben, was sie gar nicht immer wollen. Aber sind nicht daran auch die Paragraphen unserer Wohnungsbauförderung mit schuld? Ich bin der festen Überzeugung, daß viele junge Paare die Großeltern oder einen Großelternteil liebend gern zu sich nehmen würden, wenn die räumlichen Verhältnisse danach wären".*

„Familiengerechte" Wohnungen kosten Geld, das hat Maier scharfsinnig erkannt. Woher nehmen? Dazu sein nächster kurioser Einfall: die „Kapitalisierung" des Kindergeldes. D.h. nicht mehr jeden Monat 50, 120 oder mehr DM, sondern gleich alles auf einen Schlag: *„Warum soll es also nicht möglich sein, wenigstens einen Teil der zu erwartenden Kindergeldansprüche zu kapitalisieren, also bereits im Vorgriff auf die kommenden 10 der 15 Jahre an die junge Familie auszuzahlen, damit sie leichter zu ihrem Eigenheim kommt"* (Familienpolitischer Kongreß).

Das Programm hat eine klare Linie: Eheschließungen, d.h. Familiengründungen, finanziell belohnen, die jungen Familien verlocken, sich auf Jahre zu verschulden, dann mit dem Schuldennachlaß bei reichlichem Kindersegen winken – und die Familie ist gerettet! Wie es dann in diesen Familien aussieht, das ist für diesen Reaktionär gar keine Frage mehr. Da müssen die Familienmitglieder dann eben Disziplin zeigen, und wenns dann doch drunter und drüber geht, Kinder und Frauen mißhandelt werden, das Geld hinten und vorne nicht reicht, wird Maier sicherlich wieder irgendwelche familienfeindlichen Gesetze oder Ideologien finden, die er verantwortlich machen kann.

Besonderes Augenmerk bei der „Familienförderung" will Maier darauf legen, daß die Kinder wirklich nichts zu melden haben. So wendet er sich gegen den Irrglauben, das Kindergeld sei für die Kinder da: *„Dieses Kindergeld ist kein individuelles Einkommen des Kindes, vielmehr verstärkt es das Familieneinkommen"* (Familienpolitischer Kongreß). Auch mit dem Unfug, Ausbildungsförderung direkt an die Jugendlichen zu zahlen, sollte aufgeräumt werden: *„Wären wir nicht besser beraten gewesen, wenn die Familien Empfänger der Ausbildungsförderung gewesen wären ...?"* Dann würden auch die unangenehmen Prozesse fortfallen, die einige familienfeindlich gesonnene Kinder gegen ihre zahlungsunwilligen Eltern angestrengt haben („Was, Du willst Soziologie studieren? Kommt gar nicht in Frage!")

Indoktrination ist alles

Diese ganzen materiellen Sachen allerdings, meint CSU-Maier, sind nur e i n e Seite; *„viel wichtiger ist ein grundsätzliches Umdenken, eine grundsätzliche Umorientierung der Gesellschaft zum Wohl der Familie und des Kindes. Die Familie läßt sich nicht mit Geld allein kurieren, so wichtig finanzielle Hilfen sind"* (Zukunftspolitischer Kongreß). Auch über die Lehrpläne macht Maier sich Gedanken: *„Neben dem direkten Vorbild ... muß Familie auch in der Schule gelehrt und gelernt werden. „Der erste Dienst, den der Bürger heute vom Bildungswesen erwartet, heißt Orientierung".* Den *„geheimen Miterziehern",* insbesondere dem familienfeindlichen Fernsehen, muß das Handwerk gelegt werden. Maier nennt das so: *„Zum einen müssen wir einen behutsamen, aber beharrlichen Dialog mit den Programmachern der Medien führen ...".* In etwa so wie Herr Albrecht mit dem NDR.

Zum anderen soll prämiert werden: *„ ... Preise für Drehbücher, in der Familie nicht nur als täglicher Kleinkrieg jeder gegen jeden dargestellt wird",* oder einen Preis *„für das beste ‚Familien-Buch' des Jahres".* Vielleicht macht Christa Mewes sich gleich mal daran, das erste preisgekrönte Werk zu schreiben?

Ob das reicht? Offenbar steckt die CDU/CSU-Familienpolitik in einem Dilemma. Sie will die Familie, wie sie während des Adenauer-Regimes (und davor) verordnet wurde, aber nicht leben konnte. Viel Geld ausgeben will sie für deren Wiederbelebung aber auch nicht gerade. Staatliche Eingriffe, die die ärgsten Auswüchse des Zusammenbruchs von Familien mehr schlecht als recht behandeln, muß sie ablehnen (weil in ihrer Logik gerade solche Eingriffe die Familie schwächen). Da bleibt dann wirklich nur – neben einer Reihe von Kuriositäten – die beherzte ideologische Offensive: Zurück zur deutschen Familie!

lie!



Die Front geschlossen

Maier kann sich über einen Mangel treuer Nachbeter nicht beschweren in der CDU/CSU. Erwähnt sei nur Norbert Blüm, einstmals aus unerfindlichen Gründen einem „linken Flügel" der CDU zugeschrieben.

1980 hat er seinem Kanzlerkandidaten was abgeguckt. Er hielt am Aschermittwoch eine Rede in Frankfurt: *„Mütter und Väter seien in der Bundesrepublik auf dem besten Wege, der ‚sozialistischen Planierraupe' zum Opfer zu fallen, indem ihr Stellenwert im Leben eines Kindes auf den von ‚Bezugspersonen' reduziert werde".*

Nach der sicherlich zutreffenden Lageeinschätzung, daß im Strauß-Wahlkampf keine Schote zu rechts sein kann, geht Christa Mewes, Integrationsfigur zwischen CDU/CSU und der rechtsradikalen Szene voran. Nach kurzem Intermezzo von Gruhls GAZ zurückgekehrt zum Gefolge von F.J.Strauß (und auch eine der Rednerinnen auf dem zukunftspolitischen CSU-Kongreß) greift sie im „Hamburger Abendblatt" (Springer) ein heißes Eisen auf, an dem sich nicht einmal Hans Maier die Pfoten verbrennen wollte: die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre : *„Nein, die Volljährigkeitsherabsetzung war und ist in unserer Situation eine gleichermaßen böse Sünde aller Parteien. Sie hilft mit an der zersetzenden Polarisierung zwischen jung und alt; sie hält die Jugendlichen oft zu Lebensweisen an, die ihnen Schaden zufügen, statt ihnen zu nützen, und die das Ende in der Sucht und anderen Teufelsküchen, vorbereiten"* Schreckliche Kinder, meint Christa Mewes. Mit 17 drohen sie: *„Na wartet nur, in einem Jahr ... bin ich volljährig",* und dann sind sie auch schon plötzlich verschwunden, *„ohne Adressenangabe, unter Mitnahme des beträchtlichen Sparguthabens von sorgsamen Paten bei der Konfirmation und anderen Gelegenheiten aufgefüllt. ... Oder noch schlimmer: Sie bleiben zu Hause ...".* („Hamb. Abendblatt", 19.3. 80) Das ist mal wieder C.M.s unfreiwillige Komik: Was sollen die Volljährigen denn nun machen: weglaufen sollen sie nicht, und dableiben wird ihnen auch verübelt? Als Rettung schwebt Frau M. eine Art FJS-Jugend vor: **„ ... konstruktive Jugendgemeinschaften, in denen sie unter der Anleitung von Erwachsenen auf eine verantwortungsbewußte Lebensführung in unserer Gesellschaft vorbereitet würden".** Mit „Reichsjugendführerin" Christa Meves?

Bei so viel Eifer seiner Getreuen kann Strauß sich getrost zurückhalten, wie er's in diesen Fragen gewohnt ist: *„Unsere Kinder hat meine Frau erzogen, ich war mit dem Ergebnis immer sehr zufrieden ...".*

Kinderkommission
KB Hamburg

»BILANZ« EINER MUTTER

15 Monate war mein Sohn gerade alt, als ich in der Anleiterrunde, in der ich arbeitete, in der Diskussion über meine weitere Arbeit nur noch verzweifelt losheulen konnte.

Im Nachhinein ein „heilsamer" Zusammenbruch, weil er meine Probleme viel drastischer ans Tageslicht brachte, als ich es selber hätte tun können.

Ein Drittel der politischen Arbeit müsse man(n!) wohl streichen, hatte damals ein leitender Genosse zu meinem Freund gesagt, als ich schwanger war. Das ist wohl zu machen, dachte ich bei mir und vergaß als erstes „frau" bei der Geschichte.

Mit anderen Genossinnen als Vorbild vor Augen, hatte ich als Schwangere versucht, mein Leben so zu organisieren, daß ich als Mutter politisch, beruflich und persönlich möglichst wenig Abstriche machen mußte. Es fing alles hoffnungsvoll an: Ich wohnte in einer WG, die recht gut lief; die anderen wußten, daß ein Kind geplant war und wollten sich an der Erziehung beteiligen. Ich hatte Glück und bekam einen Platz in einer Babyinitiative, aus der nach meiner Ansicht fröhliche, nette Kinder hervorgingen, und meinte, mein Kind sei nun tagsüber gut untergebracht. Ich suchte mir eine liebe Genossin und ihren Freund als Ersatzeltern. Ich mochte meinen Freund sehr, wir wollten das Kind gleichermaßen, wir konnten gut politisch zusammenarbeiten. In dem Bereich, den ich mit anleitete, fühlte ich mich politisch und persönlich verankert (mal abgesehen von Krisenerscheinungen, hier nicht so relevant). So hatte ich mein Kartenhaus fertig gebaut, als das Baby kam.

Die Wohngemeinschaft

In der WG lief alles gut an. Ein Genosse und eine Genossin versorgten das Baby einmal in der Woche abends. Essen, Baden, Schlafen, Kakken, ein wenig hören und gucken – wir sprachen über unsere Erfahrungen mit dem Baby und hatten ein Buch, in das alles eingetragen wurde, was geschah. Als das Baby älter wurde, kam der Genosse nicht mehr so gut klar damit. Der „Dienst" war mehr Pflicht für ihn geworden als Freude. Wir übernahmen den Abend selber, der Genosse wollte uns bei den „technischen" Arbeiten unterstützen. Das lief nicht. Von ihm kam dazu kaum Initiative, und wir wollten nicht darum „betteln".

Die Genossin ist bis heute einen Abend mit dem Kind zusammen, und

kam dazu kaum Initiative, und wir wollten nicht darum „betteln".

Die Genossin ist bis heute einen Abend mit dem Kind zusammen, und

die beiden verstehen sich gut. Doch auch hier lief nicht alles glatt. Wenn ich frage, ob sie mir zusätzlich mal das Kind abnimmt, höre ich, was sie eigentlich (Besseres) vorhat: eine Veranstaltung, in Ruhe lesen, eine Verabredung. Es dauerte nicht lange, und ich traute mich nicht mehr zu fragen, wenn das Kind nur gegen die persönlichen Interessen abgewogen wird. Als wir vor kurzem beschlossen, auseinanderzuziehen, dachte ich, daß sie auf jeden Fall ihren Abend weiter macht, weil es dem Kind Spaß macht, und natürlich auch zu meiner Entlastung. Sie wollte es von den zukünftigen Bedingungen abhängig machen, war die ausweichende Antwort. Kein Wort über das Kind als Person (ich glaube nicht, daß man sich von einem erwachsenen Freund s o trennen würde) und die Beziehung zu ihm. Zunächst eine große Enttäuschung für mich.

Das Kind fing bald zu laufen an, und damit fing der Druck erst richtig an: Zwei Genossen wollten ihre Zimmertür nur öffnen, wenn sie selber da sind. Als eine Erzieherin vorschlug, daß 1-2 Erwachsene mit dem Kind in seinem Zimmer Abendbrot essen, damit es am Tisch mit den vielen Erwachsenen nicht untergeht, wenn die politischen Tagesgespräche kommen, reagierten die anderen nur maulig: Dann sei es ja nichts mehr mit „unserem" (sprich:der Erwachsenen) gemeinsamen Abendbrot. Es gab Hektik beim Abendbrot durchs Telefon (stellen wir jetzt immer ab), durchs Kommen und Gehen zu Terminen. Zu fordern, daß die WG gemeinsam mit dem Kind ißt und die Termine sich danach richten, traute ich mich nicht. Daß möglichst wenig Termine bei uns stattfanden, mußte ich „durchsetzen".

Er war so stolz, als er den Klodeckel mit entsprechendem Klappern auf und zu machen konnte, aber Sonntags morgens störte es, und ich mußte ihn „ablenken". „Bitte leise auf dem Flur" oder „Ich schlafe" stand an den Zimmertüren. Was sollte das heißen, wenn ein kleines Kind nachmittags aus der Initiative kommt oder morgens aufsteht und sich glücklich die eigene Wohnung erobern will? Für mich war es der Druck, sich etwas auszudenken, was eben nicht stört.

Ein Genosse aus der WG meinte noch, er würde mit uns gerne wohnen, aber nicht mit dem Kind. Vielleicht, wenn das Kind älter sei und sich besser auseinandersetzen könne, das läge ihm mehr. – Wir ziehen jetzt mit anderen Eltern plus Kind zusammen, einmal weil unser Kind nicht alleine mit Erwachsenen leben soll, aber auch, weil ich es nicht mehr aushalte, mich innerlich ständig dafür entschuldigen zu müssen, daß ich ein Kind habe und daß ich selber auch dadurch einen anderen Lebensstil habe.

Das war die eine Karte in meinem „Kartenhaus".

Die „Initiative"

Ein weiterer „Pfeiler" war die Initiative. Wie ist es ihm ergangen? Hat er geweint? War gleich jemand da? Jemand Vertrautes? Ist er richtig gefüttert worden? Hat er genug Liebe und Wärme bekommen? usw. Das waren die Fragen, die mir täglich auf den Nägeln brannten, seit er mit 10 Wochen in der Initiative war. Nicht nur eine kontinuierliche Kommunikation zwischen mir und den Erziehern mußte täglich erstritten werden. Vieles andere läuft nicht von selbst: Eltern, die unfreundlich mit ihren Kindern umgehen – mich nervt es. Zu wenig Hilfskräfte, die Kinder kommen nicht genügend raus – mich ärgert es. Aggressionen der Großen gegen die Kleinen, auch gegen meins – es belastet mich sehr. Finanzielle Fragen, jemand wird gebraucht, ich klinke mich irgendwie ein. Mangelnde Sauberkeit – mich nervt es. Renovieren, Putzen und Kochen steht sowieso an.

Hier und da ein zusätzliches Gespräch, abends längere Telefonate, ich übernehme dies und das, bis der Kopf immer voller davon wird, ohne daß ich begreife, daß ich hier eine vollwertige politische Aufgabe vor mir habe. Ich versuche zunächst alles so nebenbei zu erledigen und werde immer unzufriedener mit meiner bisherigen politischen Arbeit. Termine sind nicht vorbereitet; was ich weiterleiten soll, bleibt bei mir hängen. Dann streiche ich hier und da unüberlegt, mit schlechtem Gewissen. Körperlich geht es mir immer schlechter,

terleiten soll, bleibt bei mir hängen. Dann streiche ich hier und da unüberlegt, mit schlechtem Gewissen. Körperlich geht es mir immer schlechter,

aber ich mag bei der Arbeit nicht fehlen. Ich komme schon oft genug zu spät oder erhalte Sonderregelungen wegen dem Kind. Ich denke, ich muß dann fehlen, wenn er krank ist.

Ich verstricke micht immer mehr in einen Wust von Initiativenarbeit, in die Mutter- und Hausfrauenrolle. Dies radikal zu überdenken, war ich nicht in der Lage. Die Vorstellungen über „die" Genossinmutter waren zu eingefahren. Ein Aussteigen aus meinem Bereich kam mir nicht in den Sinn, dem haftete der Geruch von „Rückzug" und „nicht emanzipatorisch" an.

Wir haben dann im Bereich diskutiert. Ergebnis war, daß mir ein verbindlicher Termin gestrichen wurde. Eine völlig unzureichende und nur organisatorische Lösung, während ich faktisch schon „draußen" war. Eine Zeitlang war ich sauer, daß sie mich einfach so gehen ließen. Heute denke ich, daß sich bei den Genoss(inn)en eine gute Portion Ignoranz mit Hilflosigkeit mischte. Ich selber brauchte ja lange genug, um zu begreifen, daß die Iniativen heutzutage kein „gemachtes Nest" sind, und alle verantwortungsbewußten Eltern vor politische Aufgaben stellen, ob sie wollen oder nicht. Es gibt nur wenig gute und erfahrene Erzieher. Es gibt auch kein einigermaßen entwickeltes pädagogisches Konzept oder Leitfaden für die Krippen. Unter den Eltern besteht über pädagogische Vorstellungen kaum Einigkeit! Sicher werden die Kinder nicht geschlagen (oder?), aber nach dem Motto ‚Uns hat's doch auch nicht geschadet' werden allerhand eingefahrende und reaktionäre Erziehungsmethoden praktiziert und verteidigt: Die Kinder werden aus dem Spiel gerissen, wenn's den Erwachsenen paßt, gegen ihren Willen angezogen, kriegen ironische Sprüche an den Kopf geknallt, gegen die



1. Mai '80 in Hamburg: Kinderblock im Demonstrationszug

sie wehrlos sind. Oder Kinder sind so unzufrieden mit ihrer Situation, daß sich ihre Agressionen sogar gegen Babys richten – aber es dauert Wochen, bis Elterngespräche stattfinden usw.

Und all die positiven Erfahrungen? Sie sind vereinzelt veröffentlicht, viel zu wenig. Die Zusammenarbeit zwischen den Krippen ist gleich Null.

Meine Freundschaft mit dem Vater

Meine Freundschaft mit dem Vater

Ich versuchte also zunächst alles weiterzumachen, Beruf und politische Arbeit und natürlich voll und ganz das Kind. Da blieb nur noch meine Beziehung übrig, um zu streichen. Sein Anspruch, mit mir auch noch zu zweit etwas zu machen, mal über etwas anderes zu reden, als den alltäglichen Druck, war für mich nur eine zusätzliche Belastung. Und ein klein wenig Schlaf zu bekommen, war mir dann lieber. Endlich gingen wir mal gemeinsam in ein Rockkonzert, auf dem ich dann bald erschöpft einnickte. Wir haben zeitweilig versucht, unsere Probleme nebeneinanderher zu lösen und begegneten uns dann unter Druck oder in offener Konkurrenz, wer zu welchem Termin darf etc. So waren wir in der Gefahr, eine der wichtigen Bedingungen für unser Kind, nämlich unsere Freundschaft, anzuknacksen. Eine liebe Genossin mußte uns erstmal klar machen, daß die Umstellung auf das Kind unser gemeinsames Problem ist und daß unsere Beziehung sich an dieser Aufgabe wieder neu entwickeln muß,

ser gemeinsames Problem ist und daß unsere Beziehung sich an dieser Aufgabe wieder neu entwickeln muß,

und nicht darin, daß wir mit einem Kopf voller Probleme irgendwie Freizeit verbringen.

Das war und ist nicht so einfach, weil frau/mann da unterschiedlich reagiert. Ich war es, die möglichst keine Termine an dem Wochenende wollte, das das Kind bei uns verbringt (14-tägig ist es bei Ersatzeltern). Heute wäscht er die Kinderwäsche zwar öfter, aber noch lange nicht so verbindlich wie ich. Ein Jahr brauchte er, um sich daran zu gewöhnen, regelmäßig die Schmutzwäsche aus der Ini mitzubringen.

Wenn er nach der Arbeit geschafft ist, nehme ich ihm schnell mal das Kind ab, obwohl ich lesen wollte. Ich erinnere ihn an den Putzdienst. Als ich mal anspreche, daß immer ich mehr zum Hausmütterchen werde, sagt eine Genossin zu mir: „Du bist doch auch gerne zuhause und brusselst rum". Auf der Frauen-DK sagt eine andere Genossin, wir Frauen seien leicht zu sorgsam, ängstlich, überfürsorglich. Ich denke, daß das erstens nicht stimmt und zweitens in der Auseinandersetzung mit meinem Freund auch uninteressant ist, so lange er nicht gleichermaßen, eigenständig und verläßlich diese Sachen übernimmt und so ganz p r a k t i s c h einen Beitrag in der Frauenfrage leistet. Sollte ich dann immer noch sinnlos in der Gegend rumbrusseln, kann man noch mal drüber reden.

Als ich ihn darauf anspreche, daß er mehr als ich seine alte politische Arbeit irgendwie weitermachen kann, auch mehr freie Zeit hat als ich, schlägt er vor, er wolle zu meiner Unterstützung mehr „in die Kinderproblematik einsteigen". Meine Forderung ist aber, daß er mir erstmal von den alltäglichen nervenden Kleinarbeiten mehr abnimmt.

In der Ini ist es ähnlich: rumorganisieren tun die Frauen mehr, sie mischen sich auch in pädagogische Debatten ein. Aber wenn's mal richtig heiß wird, tauchen die KB-Männer auf.

Wie sehr ein Kind die Rollenverteilung zwischen Frau und Mann verschärft und welche Kraft es kostet, als Mutter zusätzlich zu allen anderen Belastungen d a g e g e n anzukämpfen – auch das hatte ich noch nicht vorausgeahnt.

Die Ersatzeltern

Dazu nur kurz: Diese Karte in meinem wohlgebastelten Haus hielt stand. Ich glaube, daß wir dabei auch einfach Glück mit den beiden hatten. Seit unser Kind drei Monate alt ist, sind sie regelmäßig mit ihm zusammen. Seit langem verbringt er alle 14 Tage 1 1/2 Tage des Wochenendes in ihrer Wohnung. Er liebt sie sehr. Am meisten freut er sich auf die beiden, wenn er mit uns ganz und gar zufrieden ist und wir selber mit ihm viel und schöne Zeit verbracht haben.

Eine kleine persönliche Bilanz

1) Ich denke nicht mehr, daß es schwierig ist, „Gute Genossin und Gute Mutter" zu sein, sondern daß ich unter den jetzigen Bedingun-

1) Ich denke nicht mehr, daß es schwierig ist, „Gute Genossin und Gute Mutter" zu sein, sondern daß ich unter den jetzigen Bedingun-

gen, besonders wie sie die kleinen Kinder vorfinden, nur eine „gute Genossin" sein kann, wenn ich erst einmal „gute Mutter" bin.

Ich habe endlich begriffen, daß meine politische Arbeit darin bestehen muß, gute Bedingungen für meins und andere Kinder zu schaffen.

2) Ich fordere „Sonderrechte" für mich in der Organisation, so z.B. Teilnahme an meiner alten „Anleiterrunde", obwohl ich keine „Anleiterin" mehr bin.
3) Das Ausmaß meiner politischen Arbeit mache ich von den Bedürfnissen meines Kindes abhängig.
4) Ich habe gelernt, daß ein Kind nicht so einfach einplanbar ist.
5) Wenn Eltern ganztägig berufstätig sind (sein müssen), sind die Abstriche an der politischen Arbeit größer als vorher gewollt.
6) Ein Kind zwingt uns Frauen mit ungeahnter Wucht in die Frauenrolle zurück, besonders dann, wenn wir es gut mit unseren Kindern meinen. Da gibt's noch viel zu tun...
7) Wenn ich ehrlich bin, muß ich mir eingestehen, daß ich das Ausmaß der Veränderungen, die sich durch das Kind in meinem Leben ergeben, sehr unterschätzt habe. Auch fällt es mir heute noch schwer, diese neue Aufgabe als politisch vollwertig anzuerkennen. Vieles spielt sich in diesem Bereich noch im Kleinem ab. Oft ist es schwierig zu diskutieren, da persönliche Betroffenheit die sachliche Debatte blockiert. Es gibt noch zu viele Tabus und viel zu wenig Öffentlichkeit.

Wenn ich von „besseren Zeiten" träume, wünsch ich mir, daß mein Kind so gute Bedingungen vorfindet, die es mir möglich machen, mich auch anderen Aufgaben zuzuwenden. Naja.......

Eine Mutter und Genossin aus dem KB/Gruppe Hamburg

Zwei Kleinkindinitiativen stellen sich vor:

KINDERGARTEN ROMBERGSTRASSE e.V.
NACH 3 1/2 JAHREN – KÜNDIGUNG
WIR WOLLEN NICHT RAUS!



Preis DM 2,–
20 Seiten
zu beziehen über:
Verein Kindergarten
Rombergstraße e.V.
Rombergstraße 22
2000 Hamburg 19



Preis DM 2,50
28 Seiten
zu beziehen über:
Kleinkindergarten e.V.
Finkenau
Finkenau 1
2000 Hamburg 76

Der Knüller des Semesters oder „Let's go nach Mainz, Heinz!"

Auf Vorschlag der Jungsozialisten hat die letzte Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) beschlossen, im Juni dieses Jahres ein großes „VDS – Studentenfestival" zu veranstalten. Den Auftakt des Festivals soll eine Großkundgebung bilden. Im Programm vorgesehen sind u.a. Diskussionsveranstaltungen zur Perspektive der Studentenbewegung, zum antifaschistischen Kampf, zur Kriegsgefahr, zur Kindererziehung, zu den Themen Frau und Wissenschaft, Glück und Liebe. Dazu sollen Politiker, „Experten", Vertreter von Gewerschaften, Bürgerinitiativen und Jugendorganisationen eingeladen werden. Student(inn)en, die im Kulturbereich tätig sind, soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeit dort vorzustellen; bekannte Liedermacher und Bands sind ebenfalls eingeladen.

„Wie die bundesdeutschen Studenten einmal begannen, sich eine neue Kampfform zu erobern" (Orginalton „rote blätter")

Natürlich ist dieses Studentenfestival nicht einfach eine plötzliche Idee, sondern reiht sich ein in die traditionsreiche VDS-Strategie, die (getragen von MSB, SHB, Jusos und LHV) sich Semester für Semester immer wieder als absolut richtig erwiesen hat – zumindest einige Hartnäckige aus dem „gewerkschaftlich-orientierten" Lager glauben das immer noch.

Ebenso wie die von großen Erfolgen und Teilerfolgen gekrönten Sternmärsche, bundesweiten Streiks und Aktionstage wird das Studentenfestival den *„Höhepunkt und Zusammenfassung des Anti-HRG-Kampfes"* darstellen („rote blätter", Nr. 5/80).

Das Studentenfestival ist angeblich Ausdruck einer verbesserten Arbeit der VDS, denn *„am Studentenfestival wird am deutlichsten daß der große Fortschritt, den die 5. VDS-Mitgliederversammlung gebracht hat, vor allem in der Einigung auf gemeinsame Aktionen der Studentenschaften besteht"* („rote blätter", 4/80). Wen stört's auch, das die Basisgruppen just auf dieser Mitgliederversammlung ihre Mitarbeit in den zentralen Organen des Dachverbandes aufgekündigt haben, weil die Vergangenheit immer wieder bewiesen hat, daß eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen (MSB, SHB, Jusos, LHV) unmöglich ist. Macht ja nichts, auf jeden Fall hat sich die Zusammenarbeit zwischen den anderen vier Fraktionen verbessert – sollte man wenigstens meinen. Verschwiegen wird, daß auch diese Gemeinsamkeit nur so lange anhalten kann, wie der MSB sich immer wieder darauf einläßt, Vorstellungen, die die Jungsozialisten nicht teilen wollen, auf den Mitgliederversammlungen gar nicht mehr zur Diskussion zu stellen. So hat die letzte Mitgliederversammlung über ein konkretes Vorgehen gegen die Strauß-Kandidatur nicht einmal diskutiert, da die Jusos bereits im Vorwege klargemacht haben, daß für sie an dieser Frage nur eine Zusammenarbeit mit Kräften, die auch zur Wahl der SPD aufrufen, in Frage kommt. Eine schöne Einheit ist das, die da gefeiert wird! Verschwiegen wird dabei auch, daß es neben dem Studentenfestival in keiner weiteren Frage eine gemeinsame politische Kampagne der VDS gibt!

Ebenso wie bei den Aktionen in den vergangenen Semestern, soll auch in diesem Jahr die *„gerade im Wintersemester in vielen Bereichen wieder gestiegene Aktionsbereitschaft"* für das Studentenfestival bilden („rb", 5/80). Eine „Analyse" der Studentenbewegung, die nun schon seit Semestern, insbesondere vom MSB, aufgetischt wird. Je nach Jahreszeit wird Wintersemester einfach durch „Sommersemester" ersetzt. Wenn dem tatsächlich so wäre, müßten die Hochschulen inzwischen vor politischen Aktivisten beinahe bersten. Daß dies nicht der Fall ist, hat inzwischen sogar der MSB geschnallt und sich zu einigen „kritischen" Fragestellungen aufgerafft. *„Ist die Entspannungspolitik am Ende? Wie Strauß stoppen? Lohnt sich Hochschulpolitik noch, oder ist es sinnvoller, sich andere Arbeitsfelder zu suchen?"* Schwierige Fragen, aber die Linke braucht nicht zu verzagen, denn: *„Schon die Form des Studentenfestivals, der in ihm deutlich dokumentierte Zusammenhang zwischen Hochschulpolitik und anderen dringenden Aufgaben der demokratischen Bewegung ist der Versuch, hier eine praktische Antwort zu geben"* („rb",5/80). Eigeninitiative ist für das Festival besonders gefragt. *„Daß auch eine Reihe bekannter Künstler auf dem Festival auftreten werden . . . , stört dabei ja nicht"* (ebda). Man muß es wohl leider etwas anders herum sehen; das Auftreten bekannter Künstler wird der wesentliche Faktor sein, der in der gegenwärtigen Situation überhaupt eine massenhafte Beteiligung an diesem Festival gewährleisten kann.

Selbstverständlich ist es weder dem MSB noch den Jusos anzulasten, daß die Studentenbewegung zur Zeit nicht gerade auf einem Höhepunkt steht. Politisch problematisch wird es jedoch dadurch, daß sowohl die Jusos als auch der MSB in der Öffentlichkeit dieses Festival als den Höhepunkt der wachsenden Aktionsbereitschaft der Studentenschaft und als Ausdruck der „vielfältigen" Aktivitäten an den Hochschulen verkaufen. Tatsache ist jedoch, daß wohl kaum ein Semester seit 1977 so ruhig verläuft (und weiter verlaufen wird) wie gerade dieses Sommersemester.

Es war nicht einmal möglich, auf der letzten VDS-Mitgliederversammlung eine zentrale Kampagne gegen die Durchsetzung der neuen Hochschulgesetze zu verabschieden, da alle Beteiligten wußten, daß nach dem Dilemma des sog. „bundesweiten Streiks" im vergangenen Semester nur noch ein größerer Reinfall zu organisieren wäre. Der MSB hatte zwar noch beschlossen, bundesweite Aktionstage (mit dem Anstrich eines alternativen Studiums) zu organisieren, als er dafür aber nicht einmal die Unterstützung der Stamokap-Jusos bekam, verzichtete auch er in der Praxis fast vollständig auf die Durchsetzung dieses Projekts. Die ganze Politik von Jusos und MSB lebt aber davon, große Aktivitäten v o r z u s p i e g e l n , um zu überdecken, daß all ihre Versprechungen über eine fortschrittliche Wende in der Hochschulpolitik nicht einzuhalten sind. Das ist der eigentliche Grund, weshalb heute auf den Festivalcharakter verfallen wird, da so am ehesten (von der Teilnehmerzahl her) M a s s e naktivitäten vorzutäuschen sind. Von Teilen der Jusos kommt jedoch noch ein weiterer Aspekt hinzu. Sie wollen weg von der Orientierung auf politische Massenaktionen gegen die Regierungspolitik an den Hochschulen, die ja in den vergangenen Semestern immer Aktionen gegen die SPD-Regierung waren. So schreibt z.B. die GEW-Gruppe in Freiburg (die im wesentlichen aus Jusos besteht) zur Orientierung des Festivals: *„Damit kommt die VDS – der Dachverband der bundesdeutschen Studenten mit fast 1 Mill. Mitgliedern – über jenes unselige Konzept von ‚Massenaktionen' hinaus, die beschlossen und verordnet und alleweil von einfallslosen Gruppen und Grüppchen an den Hochschulen in Alle-Jahre-Wieder-Aktionswochen gegossen werden".* Dies gibt sich sehr „basisdemokratisch" und knüpft an an den Erfahrungen vieler Studenten mit den starren zentralen Kampagnen der

tisch" und knüpft an an den Erfahrungen vieler Studenten mit den starren zentralen Kampagnen der

VDS, die im wesentlichen vom MSB bestimmt waren. Aber es werden gleichzeitig Stimmungen gegen jede Art von zentralen politischen Kampagnen der Studentenbewegung geschürt. Von Jusos und MSB wird der Eindruck erweckt, die Veranstaltungen während des Festivals dienten einer wirklichen Diskussion über die gegenwärtigen Fragen der Studentenbewegung. In Wirklichkeit wird es, wie immer bei von diesen Organisationen bestimmten Veranstaltungen, so aussehen, daß sich Sozialdemokraten und DKP'ler das Mikrophon in die Hand geben, um allein ihre Propaganda zu verbreiten.

Die ganze Festival-Idee reduziert sich also weitgehend auf eine ‚Verlegenheitslösung', um die gegenwärtige Flaute zu überbrücken, trotzdem ‚Stärke' zu demonstrieren und Propaganda für den eigenen Laden zu machen.

Das ganze spräche an sich nicht einmal gegen eine Beteiligung, wenn..

Eine Konkurrenzveranstaltung zu „Rock gegen Rechts"

...ja, wenn sich in der Anlage dieses Festivals nicht der ganze Größenwahnsinn der Veranstaltenden Organisationen, ihre Parteiladenpolitik und absolute Ignoranz gegenüber anderen Bewegungen und Iniativen, die sich nicht der DKP und (dem linken Flügel) der SPD unterordnen wollen. manifestieren würde. Schon heute steht fest, daß das Studentenfestival *„das größte politische Treffen der Jugend vor den Bundestagswahlen ist"* (‚zas', Hambug). Nur weil DKP und Jusos anscheinend kein weiteres Treffen dieser Größenordnung geplant haben. Nun, ab und zu soll es ja mal vorkommen, daß sich Jugendliche auch außerhalb der DKP- und SPD-Parteibüros treffen, wie zum Beispiel auf dem geplanten Rock gegen Rechts-Festival Mitte Juni in Frankfurt. Doch nicht genug damit, daß die „Gewerkschaftliche Orientierung" sich gegenüber dieser Veranstaltung in mißachtendes Stellschweigen hüllen würde, man setzte das Studentenfestival justement für d a s s e l b e Wochenende an, noch dazu unter der Parole *„Rock und Lieder gegen Rechts".* Nach langem Drängen erklärte man sich freundlicherweise bereit, das Studentenfestival eine Woche vorzuverlegen. Für die wenigsten Kommiliton(inn)en wird sich innerhalb von 10 Tagen die Teilnahme an zwei Festivals ermöglichen lassen. Völlig unmöglich dürfte eine aktive Mobilisierung und Gestaltung zweier Festivals innerhalb so eines kurzen Zeitraums sein. Die Vermutung liegt nahe, daß sich die Veranstalter des Studentenfestivals bereits gegen eine Teilnahme an Rock gegen Rechts in Frankfurt entschieden haben. Dementsprechend taucht eine Unterstützung dieser Veranstaltung auch weder im VDS- noch in „gewerkschaftlich-orientierten AStA-Programmen auf.

Noch letztes Jahr haben MSB und SHB die Frechheit besessen, Rock gegen Rechts als „gewerkschaftsfeindlich" zu bezeichnen. Sie sind damit auf wenig Gegenliebe in der Öffentlichkeit gestoßen. Allein das dürfte der Grund sein, daß sie diese

damit auf wenig Gegenliebe in der Öffentlichkeit gestoßen. Allein das dürfte der Grund sein, daß sie diese

offenen Diffamierung bisher eingestellt haben und die Frankfurter MSB-Gruppe sich nunmehr an dem Rock gegen Rechts-Bündnis beteiligt. Eine wirkliche Unterstützung von dieser Seite ist allerdings kaum zu erwarten. Noch immer sind die 5000 Mark, die die VDS zur Unterstützung der Rock gegen Rechts-Aktion im letzten Jahr zugesagt haben, nicht ausgezahlt. Dieses Jahr wurde eine finanzielle Unterstützung vorsichtshalber gar nicht erst zugesagt, obwohl die VDS voraussichtlich 100.000 Mark in das Studentenfestival investieren werden. Die „gewerkschaftlich-orientierte" Mehrheit der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften hat zwar dem Aufruf für „Rock gegen Rechts" zugestimmt (anderes sähe auch zu blöd aus), lehnte jedoch jede Beschlußfassung über eine konkrete Unterstützung (Mobilisierung, finanzieller Beitrag) strikt ab. Angesichts dieser Lage haben die Basisgruppen der nördlichen Region beschlossen *„Ebenso wie die hessische Landes-ASten-Konferenz und das RgR-Bündnis in Frankfurt lehnen die Basisgruppen Nord das Studentenfestival in Mainz zum geplanten Zeitpunkt ab und werden mit allen Kräften zu Rock gegen Rechts nach Frankfurt mobilisieren. Überlaßt Mainz dem Karneval und den Narren ! Fahrt... nach Frankfurt!"*

SSB/Hamburg

Bremen: Maulkorb für die Volkshochschule?

Der Bremer CDU schon lange ein Dorn im Auge, sorgt die Bremer Volkshochschule auch in diesem Frühjahrssemester wieder für Konfliktstoff:

Kurs 2501: „Vom Rechtsstaat zum Polizeistaat?"

Unter diesem Titel läuft nicht nur der betreffende Kursus, in dem der Rechtsanwalt Rolf Gössner die bundesrepublikanische Entwicklung der letzten 10 Jahre auf dem Gebiet des „Rechts" beleuchten will, unter dem gleichen Titel lud auch der Leiter der VHS, Karl Heinz Schloesser, zur Pressekonferenz ein, um das neue Programm vorzustellen.

In der offiziellen Einladung zum Kurs wird ausdrücklich auf die Verbindung zwischen dem *„ungeheuren Ausmaß von neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen, verbunden mit einem immensen Ausbau des staatlichen Gewaltapparates"* und der sogenannten ‚Terrorismusbekämpfung' gezogen; weiter heißt es: *„Die Polizei wird aufgerüstet zu einer Bürgerkriegsarmee, welcher der gezielte Todesschuß, selbst auf Kinder unter 14 Jahren, erlaubt sein soll und die mit Maschinengewehren und Handgranaten gegen Menschenmengen eingesetzt werden kann."*

Vor allem die letzte Formulierung wird jetzt eventuell Gegenstand eines Strafverfahrens sein, doch die CDU will mehr: angeregt wurde die Bildung eines „Programmausschusses", in dem Vertreter von CDU, SPD und FDP ähnlich wie der Rundfunkrat die Inhalte der Kurse festlegen, kontrollieren und zensieren könnten.

Die SPD reagierte ihrerseits, wie nicht anders zu erwarten war, weitgehend im Sinne der CDU: Senator Franke schlug ein gemeinsames Gespräch zwischen VHS-Verantwortlichen, Sprechern der Deputationsfraktionen und Senatsmitarbeitern über diesen Kurs vor und kündigte die Entsendung eines Spitzels, Verzeihung, eines „Referenten" in den Kurs an, der die Lehrinhalte überprüfen soll.



Der Kursleiter, Rolf Gössner, und Kursteilnehmer protestierten mit Maulkörben gegen die Zensur ihrer Veranstaltung

Aufrechter Gang in der VHS

„Wir meinen, daß in den letzten Jahren Eingriffe in die Rechte der Bürger in solchem Maße zugenommen haben, daß Aufklärung über diesen Eingriff besonders notwendig ist. Insofern liegt der Skandal nicht in der angeblichen ‚Wildheit' des Veranstalters oder des Kurses, sondern in den gesellschaftspolitischen Tendenzen, die der Kursus zum Gegenstand hat und die durch solche Zensurvorstöße plastisch illustriert werden." So offensiv reagierte die Planungskonferenz der Kursleiter im Bereich der politischen Weiterbildung in einem offenen Brief an Senat und Presse.

Die Kursteilnehmer ihrerseits protestierten in einem offenen Brief dagegen, als politisch unmündig dargestellt zu werden und machten auch beim Erscheinen des „Referenten" deutlich, was sie von diesem Klima der Überwachung und Einschüchterung halten: Sie trugen während des Abends demonstrativ Maulkörbe.

Auftritt eines Sozialdemokraten

Dr.K., Mitte 30, Typ: progressiv-dynamisch, Sozialdemokrat, „Referent" Senator Frankes, brauchte lange, bis er zum Thema kam: daß der Kurs während seiner Anwesenheit „normal" weiterlaufe, erwarte er gar nicht, ihn interessiere vielmehr, wie die Kursteilnehmer zum Einladungstext stehen. Bespitzeln wolle er andererseits nicht. Aber nein. **Vielleicht sollte man in Zukunft Kursteilnehmer vor Beginn eines Semesters auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung" vereidigen. Öffentlich. Im Weserstadion.**

Apropos: Die Bremer CDU hatte doch die Stirn, die Frage zu stellen, ob der Einladungstext der Volkshochschule nicht „Aufforderung zur Progromstimmung" und „Mitverantwortung für die Stadionausschreitungen trage". Umgekehrt wird ein Schuh draus: Kursleiter Rolf Gössner war am 6. Mai im Weserstadion, mit sichtbar getragenem Pressesonderausweis, ausgestellt von der Panzergrenadierbrigade 32, für die „Tageszeitung". Da er „ausschließlich Polizisten beim Steinewerfen" fotografierte (so ein Ziviler), zerstörten Feldjäger sein Teleobjektiv und zerrten ihn prügelnd aus dem Stadion...

KB, Gruppe Bremen

Resigniert im Kopf – radikal im Bauch?

Unter diesem Titel hatten wir in AK 174 den Artikel einer Genossin des SSB/Hamburg veröffentlicht, in dem sie auf die verschiedenen Begründungen einging, die heute für das Verlassen der Uni als politisches Aktionsfeld diskutiert werden. In AK 176 veröffentlichten wir eine Antwort eines Genossen th., der aus seiner Sicht beschrieb, was es für ihn (und sicher in ähnlicher Weise für viele andere Studenten) unmöglich macht, sich in der Studentenbewegung zu engagieren. Im dritten Teil folgt die Antwort der Schreiberin des Artikels.

Lieber Th.!

Mit dem Artikel *„Resigniert im Kopf – radikal im Bauch?"* habe ich versucht, einen Überblick über mir bekannte Beiträge zur Diskussion um die Perspektive der Studentenbewegung zu geben. Eigentlich wollte ich mich in einem zweiten Teil mit den dort dargestellten Positionen auseinandersetzen, meinen eigenen Senf dazugeben. Diesen Teil habe ich bis heute nicht geschrieben, nicht etwa, weil ich auch plötzlich keine Lust mehr hätte, mich mit hochschulpolitischen Problemen auseinanderzusetzen, sondern weil sich für mich plötzlich ungeahnte Schwierigkeiten zeigten, diese Debatte so allgemein und grundsätzlich weiterzuführen. Ich will Deinen Leserbrief zum Anlaß nehmen, doch noch einiges dazu zu sagen.

Das erste Problem ergibt sich für mich in Bezug auf eine richtige Einschätzung der gegenwärtigen Situation an den Hochschulen. Eine Entpolitisierung an den Hochschulen können wir feststellen, keineswegs im Sinne eines völligen politischen Desinteresses oder einer verstärkten Anpassung, aber der Wille und die Energie zu

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Neues von Frankfurts Schülerfeind Nr. 1

Ei, was durfte er sich freuen. Der Stadtschülerrat. 15 Minuten Redezeit bekam er zugesichert und das im Plenarsaal des Römers. Der allseits geliebte Schuldezernent Mihm hatte geladen, und zwar zu einem Hearing anläßlich der bevorstehenden Erstellung des sogenannten "Schulentwicklungsplans IV". Daß sogar der linkslastige Stadtschülerrat neben so verdienstvollen Organisationen wie "Industrie und Handelskammer", "Hessischer Philologenverband" (würg), "Handwerkskammer" und "Landesärztekammer" zugegen sein durfte, spricht eindeutig für die freiheitlich-demokratische Grundgesinnung unseres ehrenhaften Schuldezernenten. So durfte auch die Sprecherin der "Frankfurter Bürgervereine" mit hochqualifiziertem Fachwissen glänzen: *"Lassen Sie die Schüler in den Schulen mehr singen, das löst die Anspannungen und stärkt die Lebensgeister"*.

Frankfurt soll also einen neuen Schulentwicklungsplan bekommen. Der letzte (Nr.III) war schon Anfang 78, kurz nach der Machtergreifung der CDU im Rathaus, außer Kraft gesetzt worden. Zu rosa schimmerte er, sah er doch z.B. die Errichtung einer integrierten Oberstufe (gymnasiales und berufliches Angebot in einem Komplex) sowie einer weiteren (additiven) Gesamtschule vor. Ließ auch die SPD während ihrer Regierungszeit keinerlei Zweifel daran, daß sie es mit der Verwirklichung ihrer ach so fortschrittlichen Pläne keinesfalls ernst meinte, so kam der endgültige Kurswechsel doch erst mit der CDU: Mordversuche an Gesamtschulen, ausländerfeindliche Schulpolitik, maßlose Übervorteilung von Gymnasien (insbesondere der wenigen Renommiergymnasien) etc. (vergl. AK 172)

Für Schuldezernent Mihm geht es zur Zeit darum, seine stockreaktionären Pläne für die schulpolitische Entwicklung Frankfurts auf Jahre hinaus festzuschreiben, und vor allem den Betroffenen so gut wie möglich zu verkaufen. Allein diesem Zweck sollte das Mihm'sche "Jubelfestival" dienen. Nach dem Motto: 'Erst hören wir sie alle an - und dann können wir eh machen was wir wollen'! Daß sie das eben nicht so einfach können, dafür wollte der Stadtschülerrat (SSR) sorgen. Etwa 50 Schüler versammelten sich auf dem Römerberg am Infostand des SSR, während 3 Delegierte und 3 als Zuhörer zugelassene Schüler (alle anderen mußten draußen bleiben) im Römer das beste aus der Gelegenheit machen wollten. Dazu waren drei brisante Redebeiträge vorbereitet : Der erste befaßte sich kritisch mit Chrakter und Funktion der ganzen Veranstaltung. Der zweite wandte sich gegen die Ghettoisierung von Ausländerkindern in sogenannten "Nationalitätenklassen". Mihm hatte schon vor der Anhörung seine "Leitlinien zum Schulentwicklungsplan IV" verschickt. Zwar lapidar und unfundiert bis zum Anschlag, waren sie doch angetan, ein recht unangenehmes Gefühl in der Magengegend hervorzurufen. Diese "Leitlinien" jedenfalls sehen "Erfassung und Beschulung" der ausländischen Schüler in "Nationalitätenklassen" ebenso vor, wie den weiteren Ausbau des dreigliederigen Schulsystems (sprich: Verdrängung der Gesamtschulen). Zum Thema Gesamtschule sollte denn auch der dritte SSR-Beitrag Stellung nehmen. Insbesondere die Pläne der CDU-Fraktion, die Frankfurter Gesamtschulen mittels Streichung finanzieller Mittel und ähnlicher Tricks durch die Hintertür kaltstellen zu wollen, sollten hier noch einmal schärfstens attackiert werden. Auch der Hinweis auf Mihms Mitgliedschaft im profaschistischen "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) fehlte nicht.

Doch bis zum Verlesen dieses Referats kam es erst gar nicht. Denn Mihm wäre nicht Mihm, würde er seine Art "Demokratieverständnis" nicht von Zeit zu Zeit durchbrechen. Vier von sechs Exemplaren des Redemanuskripts scheiterten nämlich schon an den "Sicherheits"kontrollen am Römereingang. Aus Protest wurde der Beitrag nicht gehalten.

Nach Absprache mit den Betroffenen stellte der SPD-Stadtverordnete Jürgen Ochs diesen und ähnliche Vorfälle während der Veranstaltung (penible Durchstöberung von Taschen bei etwas salopper gekleideten Besuchern u.a.m.) zur Diskussion. Auch monierte er immerhin, daß den vielen Schülern auf dem Römerberg der Einlaß verwehrt wurde, obwohl die Tribüne nur etwa zu einem Viertel besetzt war. Mihm reagierte in seiner ihm eigenen Art. Erst einmal kehrte er heraus, daß er ja sooo liberal sei, daß er dem Stadtverordneten Ochs sogar die Möglichkeit gegeben habe, ungehindert seine Kritik vorzutragen, obwohl sie nicht Gegenstand der Anhörung sei - und überhaupt. Von " dem jungen Mann", dem die Manuskripte (ein Teil war für die anwesende Presse gedacht) abgenommen wurden, habe man den Eindruck gewonnen, er wolle Flugblätter (oh Graus) verteilen. Schließlich wünsche man eine Anhörung (O-Ton Mihm): *"ruhig, und nicht mit Gags, wie sie vom Römerberg hereingetragen werden könnten"* (ebenda). In der lokalen Presse der folgenden Tage (vor allem in der „Frankfurter Rundschau") sah Mihm jedenfalls nicht sehr gut aus.

Der "Elternbund Hessen" forderte am folgenden Tag, daß sich der Schuldezernent Mihm öffentlich bei den Betroffenen entschuldigt ("FR", 24.4.80), und auch die "Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich" (AFB) kritisierte Mihm in einer Presseerklärung („FNP" 24.4.80).

Schüler/innen im KB/Gruppe Frankfurt

ASTA Frankfurt:

ASTA Frankfurt:

Wieder mal „Neutralitätspflicht" verletzt

Am 29.1.80. verbot der Frankfurter Uni-Präsident Kelm, im guten timing mit der Verurteilung des ehemaligen Frankfurter Frauen-ASTA, der Studentenschaft unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 3.000,- DM, politische Erklärungen, Stellungnahmen und Forderungen abzugeben.

Am 13.3. führte der ASTA eine Solidaritätsveranstaltung zu Nicaragua durch, an der sich auch eine Regierungsdelegation aus Nicaragua beteiligte. Wegen dieser Veranstaltung bekam der ASTA ein Ordnungsgeld von 3.000,- DM aufgebrummt. Kelms Begründung: Es ginge nicht um die Veranstaltung oder die dort vertretenen Inhalte, aber der ASTA hätte mit dem Aufruf zur Solidarität seine „Neutralitätspflicht verletzt. Kelm ist nämlich der Meinung, daß der ASTA – als Vertreter aller Studenten – sich andersdenkenden Minderheiten beugen müsse. Parteiliche Stellungnahmen soll der ASTA hochschulpolitischen Gruppen überlassen.

Weiter beschwert sich Kelm darüber, daß ihn der ASTA hintergangen hätte, weil dieser die Veranstaltung mit dem Titel *„Universitätsentwicklung nach der veränderten Situation im ‚neuen' Nicaragua"* angemeldet habe. Dagegen erklärt der ASTA im neuen ASTA-Info, Kelm habe gegenüber ASTA-Vertretern geäußert, daß Anmeldungen so zu halten seien daß er hinterher immer behaupten kann, er habe von allem nichts gewußt. Na, so ein Schelm, der Kelm! Trotzdem scheint es Kelm zutiefst am Herzen zu liegen, daß auch weiterhin allgemeinpolitische Themen an der Universität behandelt werden können. Sein Vorschlag dazu ist, daß sich alle studentischen und Hochschulgruppen bei der Universität mit einem Verantwortichen eintragen sollen. Diesem werde dann „erlaubt", in Hörsälen und auf dem Campus Veranstaltungen durchzuführen. Ob das wohl für alle politischen Positionen gleichermaßen gelten soll? Oder vielleicht nur für eine Anfangszeit? Sei's drum. Jedenfalls wäre auch im günstigsten Fall die Studentenschaft kastriert und politisch mundtot. (Informationen aus einer Stellungnahme Kelm's im „Uni-Report" vom 16.4. und aus Frankfurter „ASTA-Info")

Unizelle, KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von der vorherigen Seite

einer radikalen Veränderung der bestehenden Verhältnisse haben spürbar abgenommen. So weit, so schlecht. Doch alle näheren Ausführungen, die ich in diesem Zusammenhang zitiert habe, erscheinen mir entweder sehr subjektiv oder unzureichend und in sich widersprüchlich. Die Einen behaupten, die Studenten engagieren sich nur noch für ihre ureigensten Studienprobleme, andere meinen, gerade diese würden heute niemanden mehr interessieren, es sei eine Hinwendung zu allgemeinpolitischen Fragen zu bemerken. Grundlage dieser Einschätzungen ist selten mehr als der eigene Erfahrungshorizont. Die Bochumer Basisgruppen bemühen sich um ein theoretisches Erklärungsmodell: Das Studium ist weder Garant für einen angemessenen Arbeitsplatz, noch hat es einen Nutzen für die eigene Person; dies bewirke Gleichgültigkeit gegenüber dem Studium und Desinteresse an einer politischen Veränderung der Studienbedingungen. Dies mag für einen Teil der Studentenschaft durchaus zutreffen. Ich frage mich jedoch, ob man wirklich behaupten kann, all diejenigen, die heute studieren – insbesondere die, die gerade erst mit dem Studium begonnen haben – hätten keinerlei Erwartungen mehr an ihre Ausbildungssituation, stünden ihr völlig gleichgültig gegenüber. Andere werfen die Theorie eines „neuen Sozialisationstypus", einer neuen Studentengeneration auf.

Es ist durchaus richtig, daß die nicht unwesentlich veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neue Auffassungen und Verhaltensweisen produzieren, auf die sich linke Politik einstellen muß. Ausreichend finde ich diese Erklärung allerdings nicht, zumal sie eine kritische Betrachtung der „eigenen Generation" völlig außen vor läßt. Waren es nicht gerade viele „alte Linke", die sich nach '76 nicht mehr darum bemüht haben, ihre Erfahrungen an die „Neuen" weiterzuvermitteln und diesen somit eine Fortführung des Widerstandes auch erschwert haben?

Ich gebe Dir, Th., Recht in Deiner Kritik, daß in vielen Beiträgen die Studentenschaft als ein *„fast anonymes Gegenüber – gewissermaßen Objekt"* behandelt wird. So nach dem Motto: Ich will ja, aber die anderen sind so träge (Wenn ich mal all diejenigen, die sich darüber beschweren, daß die anderen nichts tun, zusammenholen würde, könnte ich schon eine neue Organisation oder ein paar Initiativen aufmachen . . .). Es wäre sinnvoll, die B e d i n g u n g e n genauer zu untersuchen, die unser aller Elan geschwächt haben. Dazu würde allerdings etwas mehr gehören als ein Austausch unserer subjektiven Erfahrungen; auch eine allgemeine Beschreibung der Entwicklung der Hochschulen von Elite- zu Massen-Ausbildungsstätten, läßt viele Fragen offen, u.a. solche, wie sie von Dir angesprochen wurden:

Die menschenfeindliche Einöde, das Fehlen von Sinnlichkeit und Heimatgefühl – die Ursachen dafür können doch nicht nur in den Betonbauten liegen oder darin, daß in einer Uni zigtausend Studenten zusammengepfercht werden. Die hohe Selbstmordrate unter Studenten und insbesondere unter Studentinnen – wie kommt es denn, daß ausgerechnet die „privilegierten" Studenten keinen anderen Ausweg mehr wissen? Richtig, die Linke muß sich, wir müssen uns damit beschäftigen. Ich denke, daß eine genauere Untersuchung und Diskussion einzelner Aspekte, z.B. des psychischen Elends, uns helfen könnte, die veränderte Lage an den Hochschulen besser zu begreifen.

Ein weiteres Problem ist die Frage nach der „Lösung", nach einem erfolgversprechenden Weg für die Zukunft. Ich würde nicht, wie Du, in jedem Fall gegen die (in AK 174) dargelegten Vorschläge sprechen. Sicher sind sie allesamt nicht neu, bleiben im Rahmen des „Geläufigen". Trotzdem sind sie zum größeren Teil durchaus brauchbar. Was erwartest Du denn? Etwas nie dagewesenes, eine ganz neue Strategie? Als ich den Artikel „Resigniert im Kopf . . ." in Angriff genommen habe, schwebte mir auch vor, jetzt müssen wir uns endlich mal ganz fundiert eine neue Strategie für die 80er Jahre an den Hochschulen ausdenken. Inzwischen erscheint es mir allerdings mehr als fragwürdig, ob diese Suche jemals von Erfolg gekrönt sein kann. Sie kommt mir inzwischen eher vor wie das „Warten auf Godot". Es fehlt doch gar nicht an diskussionswürdigen Vorschlägen, es gibt eine ganze Menge guter Ideen. Aber was nutzen die besten Vorstellungen, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt werden? Und dies – die fehlende Bereitschaft zur praktischen Umsetzung – scheint zur Zeit das Hauptproblem zu sein, welches sich m.E. durch Strategiedebatten am Schreibtisch nicht lösen läßt. Auch die besten Vorschläge und Argumentationen werden unter den gegenwärtigen Bedingungen einen „Emigranten" wie Dich nicht für politische Aktivitäten an der Hochschule gewinnen. Was wir tun können, ist einerseits eine Analyse der Situation an den Hochschulen sowie der bisherigen Aktivitäten der Studentenbewegung zu leisten – und zwar nicht in Form einer *„grundsätzlichen Infragestellung unserer Politik"*, sondern anhand k o n k r e t e r Fragestellungen (z.B.: Wie haben die Kampagnen gegen das Hochschulrahmengesetz ausgesehen, und was haben sie gebracht?). Andererseits sollten wir da, wo sich Protest gegen die Hochschulformierung regt, mit praktischen Vorschlägen eingreifen und uns durch Initiieren politischer Diskussionen bemühen, das Bewußtsein über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu vertiefen. Die genaue praktische Umsetzung, die Angriffspunkte – das muß wohl nach den Bedingungen an der jeweiligen Hochschule entschieden werden.

Eine Genossin des SSB/Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040 / 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremen

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 -20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 -13 Uhr Kettwiger Str. Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh. H. Heine, Viehofer Pl. 8 und Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz c/o Kommunistischer Bund Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag Büchertisch 11 - 13 Uhr Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach AK-Erscheinen, Alte Mensa

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 (BLZ 200 100 20) oder Dresdner Bank Hamburg 4810 68500 (BLZ 200 800 00); Einzelpreis DM 2,- ; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 8.600.

Hausbesetzung in Aachen

Am Dienstag, dem 29.4.80 nahmen gegen 17.30 Uhr ca. 70 Leute das Haus Templergraben 8 in Besitz. Die von der Fachschaft Architektur der Uni Aachen initiierte Instandbesetzung sollte dieses denkmalwerte Haus vor dem Abriß Anfang Mai bewahren und desweiteren auf die katastrophale Wohnungssituation in Aachen aufmerksam machen.

Das Haus Nr. 8 sowie die Nachbarhäuser Nr. 6 und 4, die Ende des Jahres den Abbruchhammer zu spüren bekommen werden, stehen im Uni-Viertel am sog. Inneren Ring. Sie sollen nach dem Willen der Stadt (sprich: der CDU-Ratsmehrheit) auf Grund eines Durchführungsplanes aus dem Jahre 1959 zwecks Verbreiterung der Straße weichen (und nicht etwa, weil sie baufällig sind). Um dem Denkmalschutz genüge zu leisten, werden die alten Fassaden originalgetreu – um 0,6 bis 1 m zurückversetzt – wieder aufgebaut. Die Mieten in den Betonkästen hinter diesen Fassaden werden sich dann auf 12 bis 16 DM/qm belaufen (jetzt 4,50 DM/qm). Angesichts des Wohnungsnotstandes in Aachen (mit 8.000 Wohnungssuchenden steht Aachen in der Statistik direkt hinter München) ist jeder Abriß eines Altbaus eine unzumutbare Belastung gerade für Leute mit geringem Einkommen, kinderreiche und Ausländerfamilien. Deswegen die Forderungen der Besetzer: Wir fordern

1. von der Stadt Abbruch der Abbruchpläne;
2. für den Inneren Ring Verkehrsberuhigung statt weiterer Verkehrsbeschleunigung;
3. Überprüfung aller Durchführungspläne;
4. den Erhalt billigen Wohnraums;
5. Anerkennung unseres Wohnrechts im Templergraben Nr. 8.

Mit diesen Forderungen und der Besetzung erklärten sich sämtliche Professoren und Dozenten der Abteilung Architektur in einem offenen Brief an den Stadtrat solidarisch. Viele andere Grußadressen und Solidaritätserklärungen wurden im besetzten Haus ausgehängt. Einige Kraaker aus Masstricht nahmen aktiv an der Besetzung teil.

Sofort nach der Inbesitznahme wurde mit Aufräumungs- und Renovierungsarbeiten begonnen, Matratzen und andere Möbel wurden ins Haus geschafft. Die Polizei muß sehr verblüfft gewesen sein; die letzte Hausbesetzung fand in Aachen vor 8 Jahren statt. So kam dann auch nur ein Polizist mit dem Hauseigentümer Kranz vorbei, um Anzeige wegen Hausfriedensbruch zu stellen. Die Bullen hielten sich bis zum folgenden Montag dezent im Hintergrund auf. Derweil leisteten die Besetzer und ihre Sympathisanten gute Arbeit im Haus und in der Öffentlichkeit. Die Besetzung fand ein starkes positives Echo innerhalb der Bevölkerung, wie 4000 in kürzester Zeit gesammelte Unterschriften und eine durchweg gute Berichterstattung in der lokalen Presse zeigten. Der Stadtverwaltung und der CDU-Ratsfraktion muß wohl die Spucke weggeblieben sein, denn von dieser Seite kam keine Stellungnahme zu den Vorwürfen und den Forderungen der Besetzer.

Am Montag, dem 5.5., wurde die Situation ernster. Eine einstweilige Verfügung gegen den Abbruch wurde vom Amtsgericht abgewiesen. Der Eigentümer Kranz stellte ein Ultimatum: Bis um 18 Uhr hätte die Räumung zu erfolgen, ansonsten würde die Polizei mit Gewalt einschreiten. Daraufhin erklärten die Besetzer, daß sie das Haus freiwillig nicht räumen würden, beim Einsatz der Polizei allerdings nur passiven Widerstand leisten wollen. Mit Ablauf des Ultimatums gegen 18 Uhr versammelten sich ca. 1.000 Menschen vor dem Haus und veranstalteten ein Straßenfest bis in den späten Abend. Die Straße war total blockiert und der Einsatz der Polizei beschränkte sich auf die Umleitung des Verkehrs. Dem Polizeifunk nach zu urteilen sollte es – nach alter Indianermanier – am frühen Dienstagmorgen rundgehen. Da in der Nacht von Montag auf Dienstag, wie in den Nächten zuvor, mehr Leute im Haus schlafen wollten als Platz vorhanden war, suchten diese sich einen Schlafplatz in der näheren Umgebung. Als die Bullen mit über 200 behelmten Mannen um 5.45 Uhr in den Templergraben einrückten, hatten sich schon an die 300 Unterstützer der Besetzung vor dem Haus versammelt. Sie bildeten Ketten und ließen sich vor dem Haus nieder. Die Bullen sperrten die Straße ab und begannen mit den „Aufräumungsarbeiten". Es kam zwar nicht zu einem finalen Rettungsschuß, dem Einsatz von Chemical Mace oder Tränengas, trotzdem ließen es sich die Lalüs nicht nehmen, kräftig zuzulangen.

Eine halbe Stunde später waren alle weggeschafft, die Besetzer verließen angesichts der Übermacht der Staatsgewalt mehr oder weniger freiwillig das Haus. Nachdem das Haus geräumt war, durften die Besetzer wieder rein, um ihre Schlafsäcke, Matratzen und das andere Mobiliar rauszuholen. Kaum war der letzte Kochtopf draußen, begannen die bereitstehenden Abbrucharbeiter damit, die Fenster zu vernageln und das Haus gründlich zu demolieren. Damit war das Schicksal des Hauses Nr. 8 besiegelt.

Die Wut der Leute entlud sich gegen Mittag bei einer Demo durch die Innenstadt zum Rathaus, zu der sich über 3.000 Leute zusammenfanden. Die spontane Demo brachte streckenweise den Verkehr zum Erliegen. Der Zug endete vor dem Rathaus, wo die Demonstranten dem Oberbürgermeister Malangre das im Haus benutzte Mobiliar vor die Rathaustür legten. Die Aktion wurde von Parolen wie *„CDU und Spekulant – Hand in Hand"* oder *„Haut den Spekulanten auf die Quanten"* begleitet. Auf der Abschlußkundgebung wurde von den Besetzern deutlich gemacht, daß das Haus Templergraben Nr. 8 nicht das letzte war, das besetzt wurde, und daß das nächste Haus nicht so einfach aufgegeben wird. Zum Schluß wurde das „Lied der Hausbesetzer" gesungen: *„...auf welcher Seite stehst du, hier wird ein Haus besetzt. Wir kämpfen gegen Wohnungsnot, nicht morgen, sondern jetzt!"*

Es wird also weitergekraakt in Aachen, leerstehende Häuser gibt's ja genug.

Besetzt massenhaft Häuser!



Nach einer Woche Besetzung am 5. Mai geräumt: Das Haus Templergraben 8

Die Stadt Aachen zählt mit 8000 Wohnungssuchenden auf 25.000 Einwohner mit zu den am schlimmsten von Wohnungsnot betroffenen Städten der BRD. Tagtäglich läuft hier wie anderswo das gleiche Spiel ab: Billige Altbauwohnungen läßt man verkommen, um sie anschliessend abzureißen und an ihrer Stelle profitträchtigere Appartements (Wohnklo mit Kochnische für bloße 500 DM) zu errichten.

Jüngstes, spektakuläres Beispiel in Aachen ist der geplante Abbruch von drei Wohnhäusern im Univiertel. Da diese Häuser im Rahmen eines Strassenerweiterungsplans dem Autoverkehr im Wege stehen, sollen sie abgerissen werden und, um wenige Meter zurückversetzt, mit den alten, denkmalgeschützten Fassaden neu aufgebaut werden. Mietpreis danach: 12 bis 16 DM/qm.

Unter der Forderung nach Erhaltung billigen Wohnraums besetzten bis zu 300 Menschen über eine Woche lang eines der drei Häuser. In einem nächtlichen Polizeiüberfall wurden die Hausbesetzer in der vorletzten Woche vertrieben, gleich anschließend begannen die Abbruchsarbeiten. Noch am gleichen Tag zogen ca. 3000 Menschen durch die Aachener Innenstadt zum Rathaus und verurteilten neben dem Polizeieinsatz die menschenfeindliche Wohnungspolitik des Aachener Stadtrats.

KB-Sympathisanten Aachen

Statt Abriß: Wohnen im Stollwerck

Statt Abriß: Wohnen im Stollwerck

Wenn die Wünsche des Kölner Oberstadtdirektors Rossa in Erfüllung gehen, soll mit dem baldigen Abriß der Gebäude der ehemaligen Sollwerk-Schokoladenfabrik im kölner Sanierungsgebiet Severingsviertel ein trauriges Kapitel Skandalgeschichte zu Ende gehen.

Nach umfangreichen Finanzspekulationen und Millionensubventionen war die Schokoladenfabrik Mitte der 70er Jahre verlagert worden. Obwohl von den ehemals mehr als 2000 Arbeitsplätzen nicht einmal die vertraglich zugesicherten 700 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, mußten die Besitzer keinen Pfennig zurückzahlen - was die „Bürgerinitiative Südliche Altstadt (BISA)" aufdeckte. Ein Grund hierfür: Oberbürgermeister von Nes Ziegler (SPD) saß im Beirat der Stollwerck AG.

Nach der Verlagerung verlangte die BISA den Umbau der Fabrikgebäude in Wohnungen, die auch die von der Sanierungspolitik der Stadt betroffene Bevölkerung bezahlen können. Zusammen mit ihren Technikergruppen legten sie schon 1976 genaue Pläne und Vorschläge für den Umbau vor.

300 billige Wohnungen und zusätzliche Gewerbeflächen könnten hier geschaffen werden.

Im Stollwerck-Gebäude wäre auch weiterhin Platz für die „Palazzo-Schocke-Gruppen". Unter diesem Namen haben sich ca. 40 Gruppen zusammengeschlossen, die hier Räume für ihre soziale, kulturelle und politische Arbeit gemietet haben. Allerdings haben sie nur einen Zwischennutzungsvertrag (mit einem jederzeit kündbaren Nutzungsrecht).

Doch die Stadt schrieb einen Architektenwettbewerb aus und ließ Gutachten anfertigen. Die BISA befürchtet, daß die Stadt jetzt die Sommerpause ausnutzt, um zuzuschlagen: "

Nach einer bisher nicht offiziell veröffentlichten Vorlage plant das Bauverwaltungsamt, die Fabrikgebäude weitgehend abzureißen. Diese Empfehlung ist weder unter dem Gesichtspunkt der vorhandenen Bausubstanz noch der entstehenden Kosten zu rechtfertigen: So werden ausnahmslos alle Gebäudeteile in mindestens einem der verschiedenen Gutachten zur Weiterverwendung als erhaltenswert erklärt und entsprechende Umbauvorschläge gemacht. Nach einem von der Verwaltung in Auftrag gegebenen Kosten-Nutzen-Vergleich wäre ein solcher Umbau im Schnitt 20% billiger als ein Abbruch und Neubau.

Von der Verwaltung werden dagegen städtebaulich-stadtgestalterische und sozialstrukturelle Kriterien in den Vordergrund gerückt. So sollte beispielsweise *„unbedingt vermieden werden, daß vorrangig einkommensschwächere Mieter konzentriert und in großer Zahl in den Umbauten angesiedelt werden"*. Demgegenüber hat die BISA sich von Anfang an dafür eingesetzt, daß möglichst viele Gebäudeteile erhalten bleiben und unter aktiver Beteiligung der Mieter zu billigen und selbstgestalteten Wohnungen umgebaut werden. Gerade damit sollte erreicht werden, daß die jetzigen Bewohner des Severingsviertels, die überwiegend jenen „einkommensschwachen Mietern" zuzurechnen sind, nicht über das steigende Mietniveau im Zuge der Sanierung aus „ihrem Viertel" vertrieben werden. **Angesichts der akuten Wohnungsnot in Köln - es gibt allein 18.000 registrierte Wohnungssuchende - und der Ignoranz von Verwaltung und Politikern gegenüber den Vorstellungen der BISA sprachen sich Mitte April auf einer Versammlung ca. 1000 Anwesende für eine Erhaltung und einen Umbau des Stollwercks aus. Als ersten Schritt wollen sie „Musterwohnungen" bauen, um zu zeigen, daß der Umbau möglich ist.**

Wohnungskommission



Zur Römerbesetzung kam es d i e s m a l noch nicht, als 2.000 Frankfurter am 10. Mai gegen die Wohnungsnot demonstrierten. Zuvor waren mehrere Hausbesetzungen von der Polizei gewaltsam beendet worden. CDU-Wallmann wollte auch diese Protestaktion verbieten. Das Demonstrationsverbot hatte vor Gericht allerdings keinen Bestand. So wurden an diesem Tage alle in Frage kommenden „Objekte" schwer bewacht.

Abriß der Offenbacher „Fabrik" hat begonnen

Die "Fabrik" in Offenbach ist ein 7775 Quadratmeter großes, ehemaliges Fabrikgelände, das seit 1974 nicht mehr industriell genutzt wird. Seitdem haben sich dort nach und nach ein jugoslawisches Kulturzentrum, ein Jugendzentrum, ein alternatives Kulturzentrum und verschieddene Künstler und Handwerker eingemietet.

Nach einer gescheiterten Zwangsversteigerung im Dezember '78 (damals waren 5,71 Millionen DM angesetzt) hat der CDU-Abgeordnete W. Müller, Mitglied des Offenbacher Bauausschusses, das Gelände im November '79 für 2,6 Millionen DM ersteigert. Mit von der Partie war neben Müllers Frau noch ein Zahnarzt-Ehepaar. Die bisherigen Nutzer des Geländes sollen nach dem Willen der neuen Besitzer einem Parkhaus mit Ladengeschäften im Erdgeschoß weichen. Die Kündigung wurde den Mietern zum 29.2.80. ausgesprochen.

Am 5.5. rückte die Polizei in Hundertschaftsstärke an, um die verbarrikadierten Zugänge zum Gelände zu räumen, damit der Abriß des Geländes angegangen werden könnte, was auch sofort geschah. Etwa 40 Leute hatten daraufhin das Dach eines vom Abriß bedrohten Gebäudeteils besetzt, mußten aber weichen, als sich die Polizei anschickte, das Dach zu räumen. Zwar hat die Stadt Offenbach ein Ausweichquartier für die Fabrikleute angemietet, was aber wie landesüblich viel zu klein ist, um alle Mieter unterzubringen.

Aus Protest gegen den Abriß fand am 6.5. in der Offenbacher Innenstadt eine spontane und sehr kämpferische Demonstration statt, an der sich etwa 200 Menschen beteiligten. Am Ende der Demonstration taten die Demonstranten ihre Wertschätzung gegenüber den in Offenbach regierenden Herren kund, indem sie das Rathaus mit faulen Tomaten eindeckten.

KB/Gruppe Frankfurt

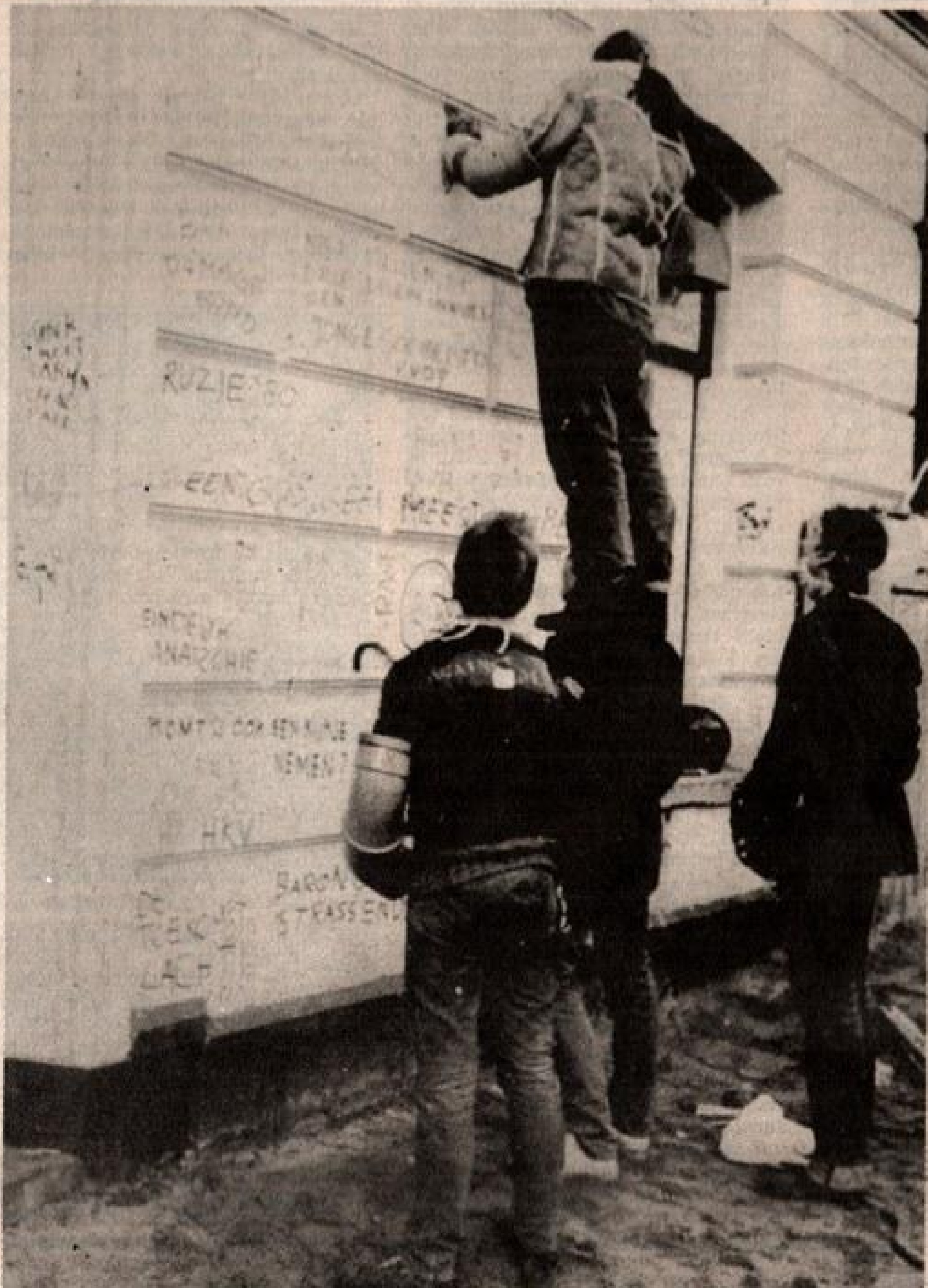
Häuserkampf in Amsterdam

Interview mit den Kraakers

Die Aktionen der holländischen Kraakers fanden nicht nur in der westdeutschen Sensationspresse Widerhall, sondern auch bei vielen Linken und Mietkämpfern, für die eine solche Eskalation des Wohnungskampfes in der BRD noch sehr entfernt scheint.

Das liegt sicher nicht nur an der größeren Wohnungsnot in den Niederlanden - in Hamburg z.B. suchen genauso wie in Amsterdam 50.000 Leute eine Wohnung. Auch wenn die Gesetzgebung mieterfreundlicher als bei uns ist - ohne den jahrelangen Kampf der Kraaker und ein sehr viel größeres Engagement der holländischen Linken in der „Wohnungsfrage" wären die Erfolge bei den Hausbesetzungen nicht möglich.

Zur Arbeit der Kraaker drucken wir ein Interview ab, das Freunde von der Bunten Liste „Wehrt Euch!" aus Köln mit den Kraakers gemacht haben.



Kraaker bei der Arbeit



Frage: Wann und wie sind die Kraakers, die Kraakerbewegung entstanden ?

Kraakers: Die ersten Kraakers gab es schon um 1800. Allerdings hat sich diese Bewegung erst in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts im Zuge der Studentenbewegung bzw. -unruhen verbreitet. Anlaß war die Besetzung des Markthauses, die in dieser Zeit stattfand.

Es ging damals um die Demokratisierung der Universität und vor allem auch darum, daß die Studenten ein Dach über den Kopf bekamen.

Frage: Das liegt ja nun schon länger zurück. Wie hat sich die Kraakerbewegung die ganzen Jahre über halten können; gibt es bei euch irgendwelche organisatorischen Strukturen?

Kraakers: In jedem Stadtteil von Amsterdam gibt es Kraaker-Treffpunkte, die von denjenigen eingerichtet werden, die in den Stadtteilen die Häuser besetzt halten und die voraussichtlich für längere Zeit dort bleiben können. In diesen Treffpunkten werden Versammlungen abgehalten und interessierte Leute können sich dort informieren, wie man eine Hausbesetzung durchführt und wie die Arbeit der Kraakers aussieht. In diesen Treffpunkten ist meistens auch eine Liste über die leerstehenden Häuser in dem Bezirk vorhanden, so daß Beratungen sehr konkret ablaufen können. Für ganz Amsterdam wird eine „Kraakanleitung" herausgegeben, in der so ziem-

konkret ablaufen können. Für ganz

Amsterdam wird eine „Kraakanleitung" herausgegeben, in der so ziem-lich alles drinsteht, was man wissen muß, wenn man ein Haus besetzen will. So z.B. Informationen über die wichtigsten Gesetze, über das Verhalten gegenüber der Polizei, über den Umgang mit dem Vermieter und dem Hausbesitzer; wie man sich gegen Schlägerkommandos der Besitzer zur Wehr setzt usw. Diese Anleitung wird von Zeit zu Zeit neu aufgelegt.

Frage: Gibt es außer dieser „Anleitung" auch einen regelmäßigen Informationsfluß unter den Gruppen und wie werden Meinungsverschiedenheiten ausgetragen?

Kraakers: Es gibt eine Zeitung für Amsterdam und eine für das Gebiet um den Marsplatz als Stadtteilzeitung. Es besteht eine Redaktion und eine Druckerei. Sie befassen sich mit der Erstellung der Zeitung.

Die Artikel selbst werden aber von sehr vielen Leuten geschrieben. Es werden da Berichte veröffentlicht, Probleme und Fragen der Stadtteile erörtert. Diese Artikel werden von den Leuten aus dem Stadtteil selbst geschrieben.

Es werden auch alle wesentlichen Kritiken und Auseinandersetzungen dokumentiert; eine Zensur findet nicht statt und so finden auch die verschiedenen Vorstellungen, die es bei den Kraakern gibt, in den Zeitungen ihren Ausdruck.

Ein Cafe dient gleichzeitig als Büro. Dort sammeln wir alle nötigen Informationen, dort werden auch die Artikel abgegeben.

Frage: Habt ihr als außerparlamentarische Bewegung Kontakt zu den etablierten Parteien und wie sieht der aus?

Kraakers: Die Zusammenarbeit der Kraakers mit den Parteien ist sehr schlecht.

Gespräche finden nur dann statt, wenn es absolut nötig ist, wie z.B. bei der Besetzung der Korte Keizers, wo es Verhandlungen mit dem Bürgermeister gegeben hat. Viele Parteien benutzen das Problem der Wohnungsnot lediglich für ihren Wahlkampf. Die einzige Ausnahme, die unsere Ideen und Forderungen auch im Parlament vertritt, ist die PSP (Pazifistisch sozialistische Partei). Zu dieser Partei haben wir recht gute Kontakte. Mitglieder der PSP sind an verschiedenen Orten auch zugleich Mitglieder der Kraakbewegung.

Frage: Und wie sieht es mit der Berichterstattung in den Medien aus? Erkennt ihr eure Anliegen und euren Kampf in den Zeitungen und den anderen Medien wieder ?

Kraakers: In Amsterdam gibt es eine Pressegruppe der Kraakers, die Kontakte zur Presse und den anderen Medien herstellt und unsere Informationen dort unterzubringen versucht. Größtes Problem ist dabei, daß viele Journalisten Berichte nur dann bringen, wenn sich damit die Sensationslust der Leser befriedigen läßt. Dem-

Journalisten Berichte nur dann brin-

gen, wenn sich damit die Sensationslust der Leser befriedigen läßt. Dem-entsprechend sehen die Artikel dann auch aus.

Außerdem kann man sich auf die meisten Zeitungen überhaupt nicht verlassen; die schreiben heute das und morgen das.

Eine Ausnahme bildet dabei Radio Stadt Amsterdam, wo ein Journalist sich sehr gut für unsere Belange einsetzt.

Die machen auch zur Keizer Gracht und zur Vondelstraat sehr ausführliche und gute Berichte.

Auch in der HAAKSE POST arbeitet ein Journalist, der sehr positive Artikel schreibt. Außerdem existiert in der Keizers Gracht ein eigener Sender, mit dem wir unsere neuesten Informationen selbst senden können. Dieser Sender kann jedoch nur so lange bestehen, wie wir in der Keizers Gracht bleiben können, d.h. wir werden derzeit nicht von Funkmesswagen und der Polizei bedroht, obwohl es ein illegaler Sender ist.

Frage: Dann drücken wir euch die Daumen, daß das noch möglichst lange so bleibt.

Soweit wir euren Kampf verfolgen konnten, haben wir auch festgestellt, daß die Gesetze in der Bundesrepublik sich gerade im Miet- und Wohnrecht erheblich von der niederländischen Gesetzgebung unterscheiden. Die niederländische Gesetzgebung erscheint uns in diesen Punkten bedeutend liberaler zu sein als es in der BRD der Fall ist. Hausbesetzungen sind bei euch sogar unter bestimmten Bedingungen statthaft. Kannst du da mal was zu sagen?

Kraakers: Um ein Haus zu besetzen, muß man einen Tisch, ein Bett und einen Stuhl besitzen und ihn in dem besetzen Haus aufstellen. Dann ist es nicht mehr möglich - weder von Seiten der Polizei noch von Seiten des Besitzers - die Bewohner des besetzten Hauses rauszuschmeißen.

Das darf nach dem Gesetz nur dann geschehen, wenn der Besitzer des Hauses eine Renovierung durchführt oder eine behördliche Genehmigung hat, dies zu tun. Die Häuser müssen zu dem Zeitpunkt unbewohnt sein.

Natürlich passiert es dennoch relativ häufig, daß Hausbesetzer von Schlägertrupps der Hausbesitzer oder von der Polizei überfallen werden und sie gezwungen werden sollen, aus dem besetzten Haus auszuziehen.

Frage: Du sprichst gerade von den Schlägertrupps der Besitzer und von

Die Auseinandersetzungen um den Neumarkt, der einem U-Bahnbau

Außerdem ging es um die Freilassung von Nanda, die wegen einer Parole

Frage: Du sprichst gerade von den Schlägertrupps der Besitzer und von der Polizei. Bei den Kämpfen in der Vondelstraat - man kann da wohl schon von einer Schlacht sprechen - hat doch auch das Militär und Militärpolizei mitgemischt. Was haben die damit zu tun?

Kraakers: Die Polizei kommt immer automatisch auf Anzeigen in Aktion. Das Militär und die Militärpolizei tritt nur auf Befehl des Bürgermeisters auf den Plan.

In diesem Fall - Vondelstraat - hat der Bürgermeister zusammen mit dem Innenminister das Eingreifen des Militärs beschlossen. Das Eingreifen des Militärs ist insofern der Höhepunkt längerer Entwicklungen.

Bis zur Aktion an der Grote Keizer hat es kaum Aktivitäten der Polizei gegeben. Danach jedoch, als auch ein neues Gesetz verabschiedet werden sollte, das die Besetzung und Bewohnung eines leerstehenden Hauses verbieten sollte, waren sie viel aktiver und versuchten uns überall zu behindern.

Der Auftritt des Militärs bedeutet jetzt eine noch größere Eskalation.

Übrigens sind die Rechte der Kraakers in den verschiedenen Städten unterschiedlich, und die Gesetze werden unterschiedlich gehandhabt. Die Städte können die Gesetzte in gewissem Rahmen variieren. In Amsterdam sind die Bedingungen noch recht günstig, während es in Arnheim verboten ist, ein Haus zu besetzen.

Frage: Wie ist es eigentlich zu der Militanz der Kraakers bei der Besetzung in der Vondelstraat gekommen? Immerhin liegt die letze große militante Aktion im Neumarktviertel doch schon einige Zeit zurück ?

Kraakers: Bei den Kraakers hat es seit der Auseinandersetzung um das Neumarktviertel viele Leute gegeben, die mit den Politikern der verschiedensten Parteien Gespräche geführt haben.

Dennoch hat es von Seiten der Politiker keine Maßnahme gegeben, die dem Wohnungsproblem in Amsterdam und in Holland ernsthaft etwas entgegensetzen. Immerhin gibt es fast 50.000 Wohnungssuchende allein in Amsterdam .

Die Stadt unternimmt nichts gegen die Wohnungsspekulanten und mittlerweile steht vielen Kraakers das Wasser einfach bis zum Hals. Niemand hat mehr Lust, sich die Versprechungen der Politiker anzuhören.

Die Auseinandersetzungen um den Neumarkt, der einem U-Bahnbau zum Opfer gefallen ist- aus dem sowieso nichts geworden ist, weil Amsterdam erstens zu klein für eine U-Bahn ist und zweitens teilweise unter dem Meeresspiegel liegt - waren die ersten Erfahrungen auf dem Gebiet der Militanz.

Die offenkundige Sinnlosigkeit des U-Bahnprojektes hat damals eine Rolle gespielt.

Der Neumarkt ist heute ein einziges großes Loch mit Parkplätzen.

In der Keizers Gracht ist es etwas anderes. Die besetzten Häuser gehören einem riesigen Konzern, der auch in der Wohnungsspekulation aktiv ist. Als es darum ging, daß die Stadt die besetzten Häuser kauft, redete sie sich zunächst mit Geldmangel heraus. Mittlerweile hat die Stadt das Geld. Nun weigert sie sich aber immer noch, die Häuser aufzukaufen. Stattdessen plant sie, über 200 besetzte Häuser zu räumen. An die Stelle der geräumten Häuser kommen oft Neubauten, die in der Miete erheblich teurer sind als die Altbauten. Die Wohnungen sind dann kleiner und die Mieten höher als vorher. Außerdem: die Häuser im städtischen Eigentum stehen oft leer und dürfen nicht besetzt werden, weil damit angeblich den Wohnungssuchenden, die auf amtlichen Listen stehen, die Wohnungen weggenommen werden. Das stimmt schon deswegen nicht, weil auch diese Häuser oftmals jahrelang leer stehen.

Wenn Häuser besetzt werden, die der Stadt gehören, werden sie sofort nach der Besetzung wieder geräumt.

Frage: Hat es vor dem Kampf in der Vondelstraat vorher Diskussionen über die Art des Widerstands gegeben oder sind die Aktionen der Demonstranten spontan entstanden?

Kraakers: Na ja. Einmal hat sich die ganze Wut über das aufgestaut, was ich eben erzählt habe.

Vor allen Dingen ist die Wut der Besetzer durch die erste illegale Räumungsaktion durch die Polizei geschürt worden.

Als das Haus dann zum zweitenmal geräumt werden sollte - diesmal auf Befehl des Bürgermeisters - hat es eben die erste Schlacht gegeben, aus der die Besetzer als Sieger hervorgegangen sind. Alles was danach lief, war eine Reaktion auf das massierte Eingreifen von Polizei und Militär.

Außerdem ging es um die Freilassung von Nanda, die wegen einer Parole an einer Wand über zwölf Tage inhaftiert worden ist.

Die anschließenden Aktionen der Polizei sind sogar gegen den Willen des Hausbesitzers durchgezogen worden. Er zog ein besetztes Haus einer neuen Polizei- und Militäraktion vor.

Das Auftreten von Militär mit Panzern war nur noch eine Machtdemonstration. Sie war unsinnig, weil nach der Freilassung von Nanda und der Garantie, im Haus bleiben zu dürfen, wären die Barrikaden von uns wieder abgeräumt worden.

Bei dieser letzten großen Aktion des Militärs ist auch Schußwaffengebrauch angekündigt worden, um die Demonstranten einzuschüchtern. Gerüchten zufolge soll beim Einsatz der Panzer ein zwölfjähriger Junge überfahren worden sein. Ein Militärpolizist soll einem Journalisten geraten haben, über diesen Vorfall besser nicht zu schreiben. Über den Jungen ist aber weiter nichts bekannt.

Frage: Gibt es im Anschluß an die Schlacht in der Vondelstraat bei euch Debatten über die Frage der Gewalt?

Kraakers: In Holland gibt es im wesentlichen zwei Positionen zur Gewaltfrage. Die einen meinen, daß man sich gegen die Gewalt der Polizei zur Wehr setzen muß. Die anderen meinen, daß nur ein gewaltfreier Widerstand richtig ist.

Dies wird jedoch als persönliche Entscheidung jedes einzelnen betrachtet; niemand wird zu irgendetwas gezwungen.

Außerdem muß man dazu sagen, daß wohl niemand Gewalt anwenden w i l l . Das ist immer nur eine Reaktion auf Aktionen der Polizei. Eine Spaltung in militante und nichtmilitante Kraakers gibt es jedoch nicht.

Frage: Wie soll euer Kampf nun weitergehen?

Kraakers: Wir veröffentlichen auch weiterhin alles, was uns im Zusammenhang mit der Wohnungsnot auffällt, sei es durch Flugblätter, Wandzeitungen und Plakate. In Amsterdam gibt es überall Bezirkszentren, die von den Bürgern mehr oder weniger stark besucht werden.

Dort machen wir kleine Veranstaltungen und sprechen mit den Leuten über ihre Probleme und unsere, die meistens die gleichen sind.

Vielen Dank für das Gespräch.

Falscher Alarm

Am 1.Mai rückte in Tübingen in der Nauklerstraße ein ansehnliches Polizeiaufgebot an, um eine Hausbesetzung zu verhindern, die gar nicht stattfand. Nachdem erst im November letzten Jahres eine gelungene Hausbesetzung stattgefunden hatte, reagierte das geheimnisvolle Nachrichtensystem der Polizei etwas hysterisch: besagtes Haus in der Nauklerstraße steht nämlich bereits 2 Jahre leer - und das bei einer katastrophalen Wohnungsnot in Tübingen. Daß der Hausbesitzer aber auch noch p r ä v e n t i v Strafanzeige gegen eventuelle Besetzer erstattet und künftigen Polizeischutz für sein Haus erhält, ist eine Provokation gegenüber all denjenigen, die seit Monaten vergeblich nach Wohnraum suchen.

DGB-Landesvorstand entzieht Kreisvorsitzendem Vertrauen

Im September 1980 findet der Gewerkschaftstag der IG-Chemie statt, der in diesem Jahr von harten innergewerkschaftlichen Kontroversen gekennzeichnet sein wird, die bereits im Vorfeld zu heftigen (auch personellen) Machtkämpfen geführt haben. Um folgende Streitfragen wird es im wesentlichen gehen:

- Die Erhaltung des Systems „betrieblicher Vertrauensleute" und damit verbunden die Möglichkeit für den Gewerkschaftsvorstand, Vertrauensleute der IG-Chemie zu ernennen, statt sie wählen zu lassen. Hierauf baut die rechte IG-Chemie-Führung um Karl Hauenschild ihre Macht auf.
- Die Einschränkung der Rechte des Beschwerdeausschusses, der in zwei wichtigen Fällen gegen die Hauenschild-Mafia entschieden hat: bei der Zurückweisung des Gewerkschaftsausschlusses einer oppositionellen Betriebsräteliste von Bayer Leverkusen und dem Einspruch gegen die Entlassung des linken Verwaltungsstellenleiters von Hannoversch-Münden, Ferdinand Patschkowski.
- Die heutige „geräuschlose Tarifpolitik" des Vorstands, die auf das Aufstellen von Forderungen verzichtet (auf Kampfmaßnahmen sowieso) und stattdessen Unternehmerangebote abwartet.



Delegiertenkonferenz in Nienburg

Aufstellen von Forderungen verzichtet (auf Kampfmaßnahmen sowieso) und stattdessen Unternehmerangebote abwartet.

Personell spitzt sich der Konflikt zu zwischen der heutigen Mehrheit um Karl Hauenschild (Konzept: „soziale Partnerschaft") und der Minderheit, die sich mit Paul Plumeyer (Konzept: Gewerkschaft als „sozialer Kampfverband") solidarisiert.

Wohl mehr ungewollt hat Hauenschild auf der niedersächsichen Bezirksdelegiertenkonferenz den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sich beklagte, daß er sich verteidigen müsse, als sei er *„Generaldirektor eines totalitären Unternehmens"* (FR, 12.5.).

Neue Angriffe auf Plumeyer

Plumeyer als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands hatte in seiner berühmten Hannoversch-Mündener Rede die „sozialpartnerschaftliche" Ausrichtung der IG-Chemie angegriffen, was ihm prompt einen Mißtrauensantrag der Vorstandsmehrheit einbrachte, die ihn auf dem nächsten Gewerkschaftstag nicht zur Wiederwahl vorschlagen wird. Die Kampagne gegen ihn wird in der Gewerkschaft begleitet mit der Unterdrückung der Meinung der Hauenschild-Opposition, die in den IG-Chemie-Publikationen überhaupt nicht zu Wort kommt. Bestenfalls wird die oppositionelle Meinung in völlig diffamierender Weise publiziert, wie jetzt wieder mit einer Rede Plumeyers geschehen, die dieser kürzlich über *"Gewerkschaftliche Perspektiven der 80er Jahre"* gehalten hat. Das Redemanuskript hat Hauenschild an die IG-Chemie-Funktionäre verschickt als Beweis *"für das eigenwillige und merkwürdige Demokratieverständnis von Paul Plumeyer"*.

In dieser Rede bemängelt Plumeyer die mangelnde innergewerkschaftliche Demokratie und Diskussion. U.a. ist mehrfach versucht worden, ihn nicht mehr auf IG-Chemie-Versammlungen reden zu lassen. Er entwikkelt seine Vorstellungen von Gewerkschaft als „sozialer Kampfverband" und äußert über die derzeitige IG-Chemie die Befürchtung, daß sie zum *"roten Zweig der Heilsarmee verkümmert, der es mit Beten und Gesängen bewenden läßt"*. Erstmals kritisiert er auch öffentlich die Tarifpolitik der IG-Chemie. *"Bemühungen um einen Einstieg in einen Entgelttarifvertrag beweisen bei einer illusionslosen Betrachtung, daß der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie sich in Wirklichkeit wie ein Lohnabwehrkartell verhält und nicht wie ein Tarifvertragspartner(...) Mit einer geräuschlosen Tarifpolitik werden wir deshalb unsere tarifpolitische Umwelt in den 8oer Jahren ganz sicher nicht gestalten können"*.

Hauenschild sah rot und erkannte Plumeyers *"absolute Unbelehrbarkeit und sein absolutes Unvermögen, seine eigene Meinung kritisch zu überprüfen"*. Plumeyers Forderung nach dem Recht von Minderheiten sich zu artikulieren und seine Forderung: *"Einheit im Denken nein, Einheit im Handeln ja"*, ist für Hauenschild zersetzendes Gift (greift sie doch seine unangefochtene Position an):*"Mit der Begründung, daß eine Mehrheit nicht darüber entscheiden kann, was richtig oder falsch ist, verweigern viele linke und rechte Diktatoren den von ihnen regierten Völkern das freie, gleiche und geheime Wahlrecht"*. spinnt er seine Ablehnung demokratischer Rechte aus.

Delegiertenkonferenzen: starke Minderheit

Delegiertenkonferenzen: starke Minderheit

Jeder weiß, daß Gewerkschaftstage und auch deren Vorbereitung in Delegiertenkonferenzen nicht Ausdruck wirklicher Demokratie sind, sondern Teil der demokratischen Legitimation, mit der sich die herrschenden Gewerkschaftsbürokratien schmükken. In der IG Chemie bekommt allerdings die Vorbereitungsphase des Gewerkschaftstages eine besondere Bedeutung, da der derzeitige Konflikt in vollem Umfang den Funktionärskörper bis hin zum Hauptvorstand erfaßt hat und mittlerweile zu einem stark polarisierten Machtkampf geworden ist. Entsprechend verliefen auch die Delegiertenversammlungen, auf denen auch die Delegierten zum Gewerkschaftstag gewählt wurden und in der Regel die eingangs erwähnten Konflikte behandelt wurden. Folgender Stand ist uns bekannt:

Niedersachsen:
In Vorbereitung der Bezirksdelegierten-Konferenz hatten die Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden, Nienburg und Bremen fast einstimmig die Minderheitenposition verabschiedet und Plumeyer aufgefordert, erneut für den Hauptvorstand zu kandidieren.
Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz selber brach der Machtkampf bei der Delegiertenwahl voll auf. So ersetzte die Hauenschild-treue Mehrheit den von der Nienburger Verwaltungsstelle gewählten dortigen (linken) Vorsitzenden durch einen Kandidaten, der in Nienburg erst kürzlich aus dem Vorstand abgewählt wurde. Der in Bremen gewählte Kandidat für den IG-Chemie-Beirat wurde durch einen anderen Bremer (Hauenschild-Anhänger) ersetzt.

Hamburg:
In Vorbereitung der Bezirkskonferenz gelang es überraschend, eine Verurteilung Plumeyers zu verhindern. Neben der Verabschiedung fortschrittlicher Anträge (Beibehaltung der Rechte des Beschwerdeausschusses) wurden auch einige fortschrittliche Delegierte gewählt.

Nordrhein:
In der Verwaltungsstelle Köln setzten sich mit klarer Mehrheit Kandidaten durch, die der Hauenschild-Seite zuzurechnen sind. Überraschend erhielt allerdings ein Antrag zur Wiederwahl Plumeyers 1o5 zu 2o zu 8 Stimmen.
Leverkusen: Hier setzte sich die rechte Mehrheit von Bayer durch. Entsprechend deutlich wurde Plumeyer wegen seiner „diffamierenden Äußerungen" das Mißtrauen ausgesprochen.
Wuppertal: klare Mehrheit für die Plumeyer-Linie.
Hagen: Die Delegierten wurden aufgefordert, Plumeyer wiederzuwählen.

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein setzte sich dann die Hauenschild-Linie nur sehr knapp durch (der Hauenschild-treue Bezirksleiter Gläsner beispielsweise erhielt nur 68 von 120 Stimmen), die Opposition ist stärker geworden.

Westfalen:
Hier ergab die Bezirksdelegiertenkonferenz eine deutliche Mehrheit für Plumeyer, der unter großem Beifall eine Rede hielt.

Rheinland-Pfalz:
Auch hier eine deutliche Polarisierung mit knapper Mehrheit für die Plumeyer-Minderheit. Bezirksleiter Schweitzer (Hauenschild-Kritiker) wurde mit 65 gegen immerhin 45 Stimmen wiedergewählt. Besonders erwähnenswert ist, daß in diesem Bezirk (mit dem Großbetrieb BASF im Zentrum) die Mehrheit der kleineren Betriebe durchsetzen konnte, daß Vertrauensleute nicht berufen werden.

Frankfurt:
Das Bekenntnis des Hoechster Delegierten Arno Weber:" *Ich bekenne mich zu der Karl-Hauenschild-Mafia"* war kennzeichnend für diese Konferenz, die die Hausmacht des Hoechster Betriebsrates und IG-Chemie-Vorständlers Rolf Brand ist. Vollständig ausgeschaltet wurde die Opposition vom Darmstädter Betrieb Merck, die nicht einen Delegierten erhielt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IG-Chemie-Konflikt weiter zugespitzt

Der DGB-Landesvorstand Baden-Württembergs hat dem Reutlinger DGB-Kreisvorsitzenden Klaus Knödel das Vertrauen entzogen. Anlaß war ein Interview mit Knödel in der April-Ausgabe der alternativen Stadtzeitung „Statt-Bild".

Wandte er sich darin doch gegen fadenscheinige Argumente pluralistischer Verpflichtungen des DGB, die so oft für die Enthaltsamkeiten der Gewerkschaften bezüglich eindeutiger politischer Aussagen und Aktivitäten herhalten müssen, etwa für die Nichtbeteiligung des DGB am Internationalen Frauentag.

Sprach er doch von einem starken Rechtsruck im DGB, den man fast schon nicht mehr aufhalten könne. Trotz der starken Bedrohung der Gewerkschaften durch die Strauß-Kandidatur bestehe das Verbot des DGB, mit den Anti-Strauß-Komitees zusammenzuarbeiten.

sammenzuarbeiten.



Trat von seinem Amt zurück: Reutlingens DGB-Vors. Knödel

Hält er doch Funktionäre wie Maria Weber und Karl Schwab (beide im Bundesvvorstand, verantwortlich für den Rausschmiß der „ran"-Redaktion) für „nicht tragbar", und die innergewerkschaftliche Meinungsfreiheit durch die rechtslastigen Funktionäre für nicht mehr existent.

Vermißte er doch bisher eine Stellungnahme des DGB-Bundesvorstands zur Nachrüstung der NATO: *„Ich finde, man sollte alles versuchen, daß die Nachrüstung nicht stattfindet, weil man gegen solche Kriegshetzer wie Strauß, Thatcher, Carter und wie sie alle heißen, etwas machen sollte. Ich bin SPD-Mitglied, aber ich trage den Beschluß nicht mit. Das ist eine Schweinerei."*

So recht Klaus Knödel mit seiner Kritik auch haben mag, sie scheint der DGB-Führung nicht ins Konzept zu passen. Selbst der DGB-Bundesvorstand befaßte sich mit dem Fall. In dem Interview im „Statt-Bild" kann nur der Anlaß für den Vertrauensentzug gesehen werden. Durch die relativ kleine Auflage wurde kaum eine größere Öffentlichkeit erreicht (man kann nur ahnen, auf was für Wegen dieses Interview an Landes- und Bundesvorstand gelangte). Man sah hier einfach einen willkommenen Anlaß, einen unlieben Gewerkschaftler abzuschieben.

vorstand befaßte sich mit dem Fall. In dem Interview im „Statt-Bild" kann nur der Anlaß für den Vertrau-

Aufgrund des Vertrauensentzuges legte Klaus Knödel am 6. Mai sein Amt nieder. Was sagte Klaus Knödel über die innergewerkschaftliche Demokratie doch schon im „Statt-Bild"-Interview: *„Jeder Referent hat Redefreiheit. Nur wird er u. U. kein zweites Mal reden"*.

Tübinger Sympathisanten des KB

Bauer-Verlag will Betriebsrat feuern

Wegen angeblicher „Amtspflichtsverletzung" will der Hamburger H. Bauer-Verlag (Hersteller vieler Schmierblätter wie „Praline", „Wochenend" und „Neue Revue") den ganzen elfköpfigen Betriebsrat feuern und hat dementsprechend einen Antrag beim Hamburger Arbeitsgericht gestellt. Ein wirklich einmaliger Vorgang in der westdeutschen Pressegeschichte.

Angefangen hatte die Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung auf einer Betriebsversammlung im Dezember 1979 mit einer *„Solidaritätserklärung des Betriebsrates für die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden NDR-Kollegen. Der Betriebsrat des Heinrich Bauer-Verlages, hieß es da, weiß aus eigener Erfahrung, was aus der Pressefreiheit wird, wenn sie privaten Verlegern überlassen ist"* („Morgenpost", 12.5.80). Hatte es innerbetrieblich schon nach dieser Erklärung (die in der monatlichen Betriebsratszeitung abgedruckt war) eine Auseinandersetzung gegeben, weil beim Betriebsrat einige empörte Leserbriefe von Mitarbeitern angekommen waren nach dem Motto, der Betriebsrat solle sich aus politischen Auseinandersetzungen raushalten usw., sah die Geschäftsleitung sogar „marxistisches Kampfvokabular" und „Systemveränderer" am Werk.

Vor der letzten Betriebsversammlung im März dieses Jahres verteilten zwei Betriebsratsmitglieder einen Artikel aus der Gewerkschaftsjugendzeitung „ran", in der sich mit den verschiedenen im Bauer-Verlag erscheinenden Zeitschriften auseinandergesetzt wird. So wird dem Bauer-Verlag vorgeworfen; *„durch unwahre Berichterstattung Menschen in Not und Krankheit"* gestürzt zu haben. Die Geschäftsleitung warf nun den beiden Betriebsratsmitgliedern eine grobe Amtspflichtsverletzung vor und forderte gleichzeitig den Betriebsrat auf, sich von den beiden angegriffenen Kollegen zu distanzieren.

Da der Betriebsrat aber eine Distanzierung verweigerte, erweiterte die Geschäftsleitung die Amtspflichtsverletzung gleich auf den gesamten Betriebsrat, da laut Geschäftsleitung das *„Verhältnis zum Betriebsrat ... auf dem Nullpunkt angelangt (sei) und er* (der Geschäftsführer) *sehe keine andere Möglichkeit als ein Amtsenthebungsverfahren, wenn der Betriebsrat nicht doch noch zur Vernunft zurückkehrt"* („Frankfurter Rundschau", 12.5.80).

Ein Genosse des Druckbereiches KB/Gruppe Hamburg

Wo bleibt die Solidarität der IGM mit Brasiliens Automobilarbeitern ?

Seit dem 2. April streiken über 150.000 brasilianische Automobilarbeiter (auf den Lateinamerika-Seiten in diesem ARBEITERKAMPF wird darüber berichtet). Wie Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, Vorsitzender des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) und außerdem stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei VW, auf ein Hilfeersuchen der brasilianischen Arbeiter reagierte, zeigt, wohin wir kommen, wenn wir die Solidarität mit kämpfenden Kollegen unseren Gewerkschaftsführern überlassen.

Anfang Mai beklagte Monlevade (ein Leiter der Streiks) in einem Telefongespräch mit der IGM die mangelnde Unterstützung und Solidarität der europäischen Gewerkschaften und vor allem der größten Einzelgewerkschaft der Welt, der IG Metall. *„Wir sind härtesten Repressionen der Regierung ausgesetzt"*, sagte Monlevade, *„unsere gesamte Gewerkschaftsführung ist verhaftet sowie viele unserer Kollegen, die in den Gefängnissen wahrscheinlich gefoltert werden"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 6.5.80).

Der Vizepräsident des Streikfonds von Sao Bernardo, der Mercedes-Benz-Arbeiter Kanashiro, richtete über einen Vertreter von amnesty international einen Appell an die bundesdeutschen Gewerkschaften, an politische Organisationen und Kirchen: *„Könnt Ihr Euch nicht dafür einsetzen, daß die deutschen Arbeiter in den Muttergesellschaften wie Volkswagen und Mercedes uns finanziell unterstützen? Wir brauchen dringend Geld. Wir müssen jeden Tag Lebensmittel im Wert von ungefähr 60.000 Mark verteilen. Etwa 2.500 Lebensmittelkörbe geben wir täglich an streikende Arbeiter aus. Bei durchschnittlich fünfköpfigen Familien bedeutet das Nahrung für mehr als 12.000 Menschen"* („Neue", 8.5.80).

Die Antwort der IG-Metall-Führung darauf: Man habe bereits zwei Solidaritätstelegramme an die Streikenden geschickt und Loderer habe Briefe an den brasilianischen Staatspräsidenten Figuerredo und an den Arbeitsminister gerichtet. In den Briefen hat Loderer „energisch" gegen die Verhaftung von Luis Ignacio da Silva und weiterer 14 gewählter Metaller protestiert: *„Dies fordert industrielles Chaos heraus und wird zu noch größerer Unterdrückung führen"* („Metall", 30.4.80). Ganz offensichtlich liegt ihm das Funktionieren der Wirtschaft mehr am Herzen als das Anliegen der Arbeiter.

rung darauf: Man habe bereits zwei Solidaritätstelegramme an die Streikenden geschickt und Loderer habe

In der IGM-Zeitung „Metall" (30.4.80) erschienen knappe 25 Zeilen zu den Vorgängen in Brasilien, ohne daß die Frage der Solidarität aufgeworfen wird.

Wundern sollte dies Verhalten nicht. In der Februarausgabe der Funktionärszeitung „Der Gewerkschafter" hatte Eugen Loderer den Kapitalexport in Länder wie Brasilien und Argentinien verteidigt (vergl. AK 172: „Eugen Loderer bricht Lanze für den Kapitalexport"). Das Interesse ist eindeutig: Es ist auf's Engste mit den Plänen des VW-Konzerns verknüpft, der in diesen Ländern neue Werke aufbaut bzw. das alte ausbaut: VW do Brasil ist der größte private Investor in Brasilien. Und VW do Brasil verweigert den Automobilarbeitern gewerkschaftliche und tarifvertragliche Rechte und läßt Streikende verhaften, foltern und hungern. Dafür trägt nicht zuletzt der Konzernvorstand in Wolfsburg die Verantwortung.

Natürlich kann sich auch ein Gewerkschaftsführer wie Loderer dieser Verantwortung nicht entziehen, schon gar nicht, wenn er als Aufsichtsratsmitglied die Konzernpolitik mitbestimmt!

Im „Gewerkschafter" hatte Loderer festgestellt, daß Brasilien *„sich auf dem Übergang von einer Militärdiktatur zur parlamentarischen Demokratie"* befinde. Trotz alledem versprach er, sich *„auch in Zukunft für die Sache unserer Kollegen in Brasilien zu verwenden"*.

Jetzt, wo dies anstünde, folgt nichts weiter als papierner Protest. Wir sollten in der IGM darauf hinwirken, daß der Kampf der brasilianischen Automobilarbeiter aktiv von der IG Metall unterstützt wird!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Klausurtagung des IGM-Vorstandes:

Selbstgefälliges Urteil über Tarifpolitik

In einer Klausurtagung, die vom 21. bis 23. April in Travemünde stattfand, hat der IG Metall-Vorstand die diesjährige Tarifrunde analysiert und ausgewertet.

Maßstab für die Vorstands-Beurteilung waren die Beschlüsse der Klausurtagung vom April 1979, durch die das tarifpolitische Konzept aktualisiert wurde.

Festgelegt wurde im April 1979:

1. die Notwendigkeit einer umfassenden Information,
2. eine intensive Koordinierung
3. neue Formen der tarifpolitischen Beweglichkeit.

Anlaß für diese Beschlüsse waren vor allem die Erfahrungen aus dem Stahlarbeiterstreik 1978/79.

Das Fazit der Travemünder Tagung ist kurz gesagt: Der Vorstand hat seine eigene geänderte Schwerpunktsetzung gut gemeistert. Für Unzulänglichkeiten und Pannen, die auch Anlaß zur Kritik boten, sind wesentlich die einfachen Funktionäre und Mitglieder verantwortlich.

IGM-Vorstand setzt Lohnleitlinie fest

Sichtbarster Ausdruck der sogenannten neuen Koordination war, daß der Vorstand erstmals öffentlich ein Forderungsvolumen vorgab, dessen Obergrenze von 10,5 Prozent die Gesamtforderung der Tarifkommission nicht übersteigen durfte.

Sinn und Zweck der Lohndaten-Vorgabe war, die betrieblichen und örtlichen Forderungsdebatten einzugrenzen, um aus der Sicht der Gewerkschaftsführer überhöhte Forderungen abzublocken und eine überzogene Erwartungshaltung bei den Mitgliedern einzudämmen.

Diese Lohnleitlinien sind mit Sicherheit eine Konsequenz aus dem vorausgegangenen Stahlarbeiterstreik. Zu diesem Streik hatten die IGM-Führer geblasen, um durch Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit die Arbeitsplatzvernichtung zu stoppen. Mit dieser Parole hatten die Gewerkschaftsführer insbesondere in den kampfstarken Stahlbetrieben Erwartungen geweckt, die sie später nicht realisieren wollten.

Der zweite Aspekt der „neuen Koordination" war die Übernahmevereinbarung, nach der alle Bezirke das im „Pilotgebiet" erzielte Verhandlungsergebnis übernehmen mußten,

zogene Erwartungshaltung bei den Mitgliedern einzudämmen.
Diese Lohnleitlinien sind mit Sicherheit eine Konsequenz aus dem vorausgegangenen Stahlarbeiterstreik. Zu diesem Streik hatten die IGM-Führer geblasen, um durch Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit die Arbeitsplatzvernichtung zu stoppen. Mit dieser Parole hatten die Gewerkschaftsführer insbesondere in den kampfstarken Stahlbetrieben Erwartungen geweckt, die sie später nicht realisieren wollten.
Der zweite Aspekt der „neuen Koordination" war die Übernahmevereinbarung, nach der alle Bezirke das im „Pilotgebiet" erzielte Verhandlungsergebnis übernehmen mußten,

womit die übrigen Verhandlungen vollständig zur Farce degradiert wurden.

Im Bezirk Hessen hatte die Übernahmeverpflichtung zur Folge, daß sich der Vorstand über die ablehnende Mehrheitsentscheidung der Tarifkommission rigoros hinwegsetzte, was bei den Mitgliedern herbe Kritiken auslöste.

Den Ansatzpunkt zur Überwindung solcher Differenzen sieht der Vorstand in einer offensiven Debatte über das Verhältnis seiner eigenen Tarifhoheit und dem nur empfehlenden Charakter der regionalen Tarifkommissionen.



IGM-Vorstand registriert „Entsolidarisierungstendenzen"

Erwartungsgemäß hat sich der Vorstand selbstgefällig bescheinigt, seiner Informationsfunktion gerecht geworden zu sein.

Lediglich bei der Forderung nach stärkerer Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen stellt der IG-Metall-Vorstand *„keine der Abwehrhaltung von Gesamtmetall vergleichbare Geschlossenheit fest"*.

Die Gründe hierfür seien einerseits eine zunehmende Verankerung dieser Forderung bei den Mitgliedern, aber andererseits auch „Entsolidarisierungstendenzen".

Leider vermeidet der Vorstand an dieser Stelle eine Konkretisierung seiner Beobachtungen, denn bisher war es vielmehr so, daß sich Mindest- oder Sockelbeträge und auch reine Festgeldforderungen einer zunehmenden Beliebtheit in den Betrieben erfreuen, während auf Bezirks- und Vorstandsebene solche Anträge abgelehnt wurden.

Von daher ist viel wahrscheinlicher, daß die Vorstands-Alternative,

wehrhaltung von Gesamtmetall vergleichbare Geschlossenheit fest".
Die Gründe hierfür seien einerseits eine zunehmende Verankerung dieser Forderung bei den Mitgliedern, aber andererseits auch „Entsolidarisierungstendenzen".
Leider vermeidet der Vorstand an dieser Stelle eine Konkretisierung seiner Beobachtungen, denn bisher war es vielmehr so, daß sich Mindest- oder Sockelbeträge und auch reine Festgeldforderungen einer zunehmenden Beliebtheit in den Betrieben erfreuen, während auf Bezirks- und Vorstandsebene solche Anträge abgelehnt wurden.
Von daher ist viel wahrscheinlicher, daß die Vorstands-Alternative,

Mindestbeträge über andere Wege durchzubringen (z. B. über neue Formen der Entgeltdifferenzierung) eine Anpassung an den Widerstandskurs von Gesamtmetall bedeutet. Der Kapitalistenverband hat gegen diese „Gleichmacherei" ganz prinzipiell hartnäckigste Gegenwehr angekündigt und in diesem Jahr erfolgreich durchgesetzt.

Die „neue Beweglichkeit" wurde noch nicht praktiziert

Hinter diesem anspruchsvollen Begriff verbirgt sich erstmal ganz schlicht, daß die Gewerkschaftsführer zukünftig insbesondere in der Endphase der Tarifverhandlungen auch mit Warnstreiks operieren wollen.

Die Voraussetzung dafür, daß zukünftig auch unterhalb der Schwelle des gewerkschaftlichen Streiks Aktionen an der Basis möglich sind, wurden durch das neue Schlichtungsabkommen geschaffen.

Dieses stellt den Wegfall des Einlassungszwanges auf ein Schlichtungsverfahren und den Wegfall der „Friedenspflicht" vier Wochen nach Auslaufen des Tarifvertrages sicher.

Zur Einleitung der Tarifauseinandersetzung sind Warnstreiks sicher nützlich. Nur darum geht es überhaupt nicht. Tatsächlich bedeutet die „neue Beweglichkeit" eine weitere Einschränkung des gewerkschaftlichen Streiks. Nämlich anstelle von Urabstimmung und zumindest Schwerpunktstreiks in einem Bezirk sollen die Warnstreiks treten.

Der Hintergrund für diesen Wandel ist offensichtlich. Die Gewerkschaftsführer wollen die Kapitalistenpraxis der letzten Jahre, auf Schwerpunktstreiks mit Aussperrung zu reagieren, durch Aufgabe des Streiks unterlaufen, eine wirklich radikale Taktik!

Auf der Travemünder Tagung haben die IGM-Vorständler allerdings alle Verdächtigungen, sich mit der Aussperrung abfinden zu wollen, entschieden bestritten und ausdrücklich betont, *„daß der Kampf für ein Verbot der Aussperrung mit unverminderter Härte weitergeht"*.

Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts über die Aussperrung soll über das weitere Vorgehen beraten werden. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß die Gewerkschaftsführer vor Gericht eine Niederlage einstecken, muß man sich einiges

praxis der letzten Jahre, auf Schwerpunktstreiks mit Aussperrung zu reagieren, durch Aufgabe des Streiks unterlaufen, eine wirklich radikale Taktik!
Auf der Travemünder Tagung haben die IGM-Vorständler allerdings alle Verdächtigungen, sich mit der Aussperrung abfinden zu wollen, entschieden bestritten und ausdrücklich betont, „daß der Kampf für ein Verbot der Aussperrung mit unverminderter Härte weitergeht".
Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts über die Aussperrung soll über das weitere Vorgehen beraten werden. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß die Gewerkschaftsführer vor Gericht eine Niederlage einstecken, muß man sich einiges

einfallen lassen, denn bisher wurde ausschließlich auf diese Schiene gesetzt.

Nicht zu bestreiten ist allerdings, daß die IG-Metall-Führung ihre tarifpolitischen Vorstellungen in diesem Jahr in der Mitgliedschaft problemlos durchsetzen konnten, und es ihnen sogar gelang, mittels der genannten neuen Schwerpunkte die minimalen Möglichkeiten der Mitglieder weiter einzudämmen und die zentrale Lenkung von oben auszubauen. Allerdings ist kaum vorstellbar, daß diese Entwicklungstendenz von allzu langer Dauer ist.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Skandal: Juso-Vorsitzender Anwalt gegen Danielowski

Göttingen. Wie bereits im AK berichtet, ist der bei „Arbeit und Leben" eingestellte Jürgen Danielowski aufgrund seiner fortschrittlichen und erfolgreichen Bildungsarbeit ins Schußfeld rechter Gewerkschaftsführer geraten. In einer Kette von Arbeitsgerichtsprozessen gegen „Arbeit und Leben" hat er sich bisher (d.h. in 1. Instanz) erfolgreich gegen seine Kündigung, gegen die Anfechtung seiner Betriebsratsmitgliedschaft und gegen seine Versetzung gewehrt. Unterstützt wird er dabei nicht nur von seinen Kollegen/innen, sondern alle gewerkschaftlichen Gliederungen in Göttingen bis zum Kreisvorsitzenden haben sich für seine Weiterbeschäftigung ausgesprochen.

Angesichts dieser Situation ist es fast unglaublich: In einer erneuten Verhandlung am 9.5. trat der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder als Anwalt von „Arbeit und Leben" auf! Vor einem vollbesetzten Prozeßsaal mit ca. 60 Danielowski-Unterstützern entblödete er sich nicht, den politischen Hintergrund der Angriffe auf Danielowski glattweg abzustreiten: *„Was in diesem Fall öffentlich diskutiert wird, liegt weit neben der Sache. Hier geht es nicht um eine gewerkschaftspolitische oder überhaupt politische Frage, sondern um die Klärung eines Arbeitsverhältnisses".* Für Schröder geht es wohl mehr darum, seine Partei- und Anwaltskarriere dadurch vorzubereiten, daß er sich in der Wahl seiner Mandanten jeglicher linker Skrupel entledigt ...

Erfreulich ist, daß sich die Juso-Hochschulgruppe in einem „Offenen Brief" an Schröder von ihm distanziert hat und ihn zur Niederlegung seines Mandats auffordert: *„Eine Entscheidung dieses Gerichts, die unter deiner Mitwirkung zustande käme, g e g e n den Kollegen Danielowski, würde nicht nur dessen Existenz bedrohen, sondern auch unserer gemeinsamen Sache – der Stärkung der Gewerkschaften – schweren Schaden zufügen".* Dazu verteilten die Jusos im Prozeß das Tucholsky-Gedicht „An einen Bonzen".

Die Verhandlung endete mit der Einigung beider Seiten, daß Danielowski auf seinem bisherigen Arbeitsplatz weiterbeschäftigt wird, bis über die Berufung in seinem Kündigungsschutzprozeß entschieden ist.

KB/Gruppe Göttingen

***

Auf der Göttinger Kundgebung des DGB am 1. Mai erklärte sich das IG Chemie-Vorstandsmitglied Paul Plumeyer solidarisch mit Jürgen Danielowski. Plumeyer sagte:

„Ich finde es schon schlimm, wenn in einer Institution, die den Gewerkschaften nahesteht und in der Gewerkschafter das Sagen haben, Beschäftigte um ihre rechtliche Position kämpfen müssen. Ich finde, daß die Insitutionen der Gewerkschaften eine besondere Verpflichtung haben, in Fragen des Arbeitsverhältnisses ihrer Beschäftigten saubere Positionen zu beziehen. Der Kollege Danielowski hat hier an diesem Ort, in diesem Bereich saubere Bildungsarbeit gemacht. Deswegen versichern wir ihm heute an dieser Stelle, an diesem 1. Mai auch unsere Solidarität. Wir wünschen gleichzeitig dem Kreisvorstand des DGB und seinem Vorsitzenden, daß er an dieser Stelle und in dieser Frage die entsprechende Durchsetzungskraft behält."

Da freut sich der Arbeiter...

Ein erfreuliches Arbeitsgerichtsurteil erfolgte kürzlich in Italien: 100 Arbeiter des italienischen Zweigwerkes einer japanischen Firma für Reißverschlüsse hatten das Arbeitsgericht der mittelitalienischen Kleinstadt Ascoli Piceno angerufen, weil sie der Meinung waren, daß ihre 11 japanischen Vorarbeiter sie zur Arbeitshetze antreiben würden, eine exzessive Aktivität" an den Tag legten und sich dauernd in die Produktion einmischen würden. Dadurch seien statt der vorgesehenen 200 nur 100 neue Arbeitskräfte eingestellt worden.

Das Gericht schloß sich den Auffassungen der Kläger an. Die japanischen Vorarbeiter wurden dazu verurteilt, in Zukunft langsamer zu arbeiten. Denn: die „außergewöhnliche Aktivität" der Japaner befinde sich „nicht im Einklang mit dem Verhalten" italienischer Arbeiter. Herzlichen Glückwunsch den italienischen Kollegen!

Italien-Kommission

Tarifnachrichten

Nach 24 Verhandlungen: Neuer Montage-Tarifvertrag

Nach einer Verhandlungsdauer von rund drei Jahren und 24 Verhandlungsrunden, einigten sich die IG Metall-Führer und der Kapitalistenverband Gesamtmetall auf einen neuen Tarifvertrag für die etwa 200.000 Monteure.

Vor diesem Abschluß legten am 14. und 15. April etwa 4.500 Montage-Arbeiter auf über 700 Montagestellen die Arbeit nieder. Nach 21 erfolglosen Verhandlungsrunden hatten die IG-Metall-Verwaltungsstellen zu diesen Protestaktionen aufgerufen.

Nach dem neuen Vertrag erhalten die Montagestammarbeiter vom 1. Mai an einen Montagezuschlag auf den Tariflohn von 13 Prozent je Stunde statt bisher 12 Prozent. Ursprünglich hatten die Gewerkschaftsführer eine Erhöhung auf 15 Prozent gefordert. Für den dienstlichen Einsatz eines privaten PKW erhalten die Beschäftigten künftig ein Kilometergeld von 36 statt bisher 32 Pfennig.

Postgewerkschafter üben herbe Kritik am Tarifabschluß

Auf dem 23. Bezirksgewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft in Westberlin setzten sich zahlreiche Delegierte mit der letzten Tarifrunde kritisch auseinander. Ein Kollege brachte den Ablauf auf folgende Kurzformel: *„Erst füllen wir Fragebogen aus, dann diskutieren wir unsere Forderung, dann werden Aktionen überlegt und dann kommt das kalte Grausen und dann Austritte".*

Hauptkritik der Mitglieder ist die totale Einflußlosigkeit. *„Wir können uns die Köpfe heiß reden, Entschließungen fassen, die Lohnempfehlung des Vorstands wird trotzdem beschlossen".*

Und das Fazit der Kritiker: *„Die gegenwärtige Art und Weise, wie Tarifpolitik gemacht wird, ist sinnlos".*

Um den Vorstand wachzurütteln schlug ein Kritiker vor, *„daß alle Mitglieder für 14 Tage aus der Gewerkschaft austreten sollten".*



In der ganzen Bundesrepublik legten 4500 Montagestammarbeiter die Arbeit nieder

• • •

Lohnabschluß im Kohlenbergbau

Noch vor Ablauf der Friedenspflicht einigten sich die Tarifparteien im Kohlenbergbau auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,15 Prozent für die rund 142.000 Beschäftigten. Außerdem erhalten die 77.000 unter Tage arbeitenden Kumpel einen Sonderzuschlag von 5 Mark, durch die

In der ganzen Bundesrepublik legten 4500 Montagestammarbeiter die Arbeit nieder
• • •
Lohnabschluß im Kohlenbergbau
Noch vor Ablauf der Friedenspflicht einigten sich die Tarifparteien im Kohlenbergbau auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,15 Prozent für die rund 142.000 Beschäftigten. Außerdem erhalten die 77.000 unter Tage arbeitenden Kumpel einen Sonderzuschlag von 5 Mark, durch die

vom Staat beschlossene Erhöhung der Schichtprämie auf 10 Mark.

Die IG Bergbau-Führer hatten vor der Tarifrunde großspurig angekündigt, daß in der diesjährigen Tarifrunde der Bergmann wieder an die Spitze der Lohnskala gebracht werden soll.

Erwartungsgemäß haben die Gewerkschaftsführer dieses Ziel weit verfehlt, denn in den letzten Jahren lagen die Tarifabschlüsse immer unter dem Durchschnitt anderer Branchen.

• • •

Streiks in der Textilindustrie

Am 5.5. streikten etwa 3.800 Textilarbeiter in 22 Betrieben Baden-Württembergs für kurze Zeit. Noch am gleichen Tag einigten sich die Tarifpartner in diesem Bezirk auf Lohn- und Gehaltserhöhungen um 6,9 Prozent.

Am 6.5. wurden für die Beschäftigten dieser Branche in Nordrhein Einkommensverbesserungen von 6,6 Prozent sowie stärkere Anhebungen der unteren Lohngruppen vereinbart. Auch hier fanden am Tag des Abschlusses bis zu anderthalbstündige Warnstreiks statt, an denen sich etwa 3.500 Kollegen beteiligten.

• • •

Erste Verhandlungen in der Chemieindustrie

Ohne Ergebnis blieben die ersten Verhandlungsrunden für die Chemiearbeiter in den Bezirken Hessen, Nordrhein und Rheinland-Pfalz. Die IG Chemie fordert Einkommenserhöhungen von 8,5 bis 9 Prozent, und Erhöhungsbeträge von rund 200 Mark durch strukturelle Veränderungen innerhalb der Lohn- und Gehaltsgruppen.

Rotbuch zum Rotwerden...
Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen
Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original-Dokumenten

Entlassungen ohne Ende

„Wir müssen den Laden in Ordnung bringen und mit aller Macht rationalisieren ... Ob wir unsere Belegschaft um 10.000, 13.000 oder 15.000 Mitarbeiter reduzieren müssen, kann ich im Moment nicht sagen. Aktuell sind zur Zeit 13.000." Der, der diese Worte aussprach, ist der neue AEG-Chef Dürr (laut „Handelsblatt" vom 10.3. 1980).

Die, für die diese Worte mit ziemlicher Sicherheit Entlassung und damit soziale Deklassierung, eine drastische Senkung der Lebensqualität und unter Umständen eine lange und oft demütigende Behandlung durch Arbeitsämter und Behörden bedeuten, sind (nach bis jetzt vorliegenden, nicht vollständigen Informationen):

600 Kolleg(inn)en beim AEG Motorenwerk Esslingen
500 Kolleg(inn)en bei AEG-Kanis Essen
1000 Kolleg(inn)en durch Schließung von AEG-Werk II in Hannover
500 Kolleg(inn)en beim Werk Berlin Brunnenstraße
550 Kolleg(inn)en im Werk Berlin Schwedenstraße
350 Kolleg(inn)en durch Schließung der Hartmann und Braun Werke in Braunschweig und Erbstadt
350 Kolleg(inn)en bei AEG-Ulm
1500 Kolleg(inn)en im Olympiawerk in Braunschweig.

Diese, und die etlichen tausende weiterer Entlassungen, sind der Höhepunkt einer Entwicklung – jedoch nichts grundsätzlich Neues – in der AEG-Konzernpolitik. So wurde die Belegschaft des AEG-Konzerns von 1970 bis 1978 um 28.000 auf derzeit 132.000 reduziert, während der Umsatz im gleichen Zeitraum fast verdoppelt wurde (von 8,4 Mrd. DM auf 14,1 Mrd. DM). Trotz der für 1980 angesagten Massenentlassungen ist für dieses Jahr eine Umsatzsteigerung von 5 bis 7 % geplant. Gleichzeitig sollen die Entlassungen mit dem Argument gerechtfertigt werden, daß hier ein Riesenkonzern am Boden liege und „wir alle" Opfer bringen müssen.

Die Entwicklung des AEG-Konzerns nach dem Krieg und die momentane Lage

In den Jahren 1952 bis 1970 – den sogenannten Wirtschaftswunderjahren – liegen die Marksteine des AEG-Aufschwungs, wie sie typisch sind für den Weg eines westdeutschen Konzerns. Zwischen 1960 und 1970 wurde das Grundkapital von ca. 300 auf 610 Millionen Mark verdoppelt. Die Zahl der Beschäftigten erreichte 1970 mit 160.000 ihren Höhepunkt. Die Investitionen wuchsen gewaltig; allein zwischen 1965 und 1970 wurden nahezu 1 Mrd. DM in Gebäude und Maschinen investiert, überwiegend zur Produktionserweiterung. Gleichzeitig räumte die AEG ihre Konkurrenz gnadenlos aus dem Feld: Zwischen 1967 und 1970 waren es nicht weniger als 50 Unternehmen, die geschluckt wurden oder durch hohe Beteiligungen unter die Kontrolle der AEG gerieten. Darunter waren so bekannte Namen wie Linde-Hausgeräte, NEFF, Hartmann und Braun oder Telefonbau und Normalzeit. Zeitweise war die AEG auch an der Kraftwerksunion (KWU) beteiligt.

Im Konsumgüterbereich wurde die AEG durch Beseitigung der Klein- und Mittelbetriebe zur Nummer Eins in der Elektrobranche.

Ab Anfang der siebziger Jahre traten Absatzschwierigkeiten im Konsumgüterbereich ein (bedingt durch Marktsättigungserscheinungen und ausländische Konkurrenz). Dies führte jedoch keineswegs in die roten Zahlen, wie es der AEG-Vorstand die Öffentlichkeit so gerne glauben machen möchte. Tatsächlich wurde diese Entwicklung schon frühzeitig erkannt und durch eine Reihe von Maßnahmen abgefangen. Einmal durch die Entlassung von tausenden von Kollegen und Kolleginnen und durch eine enorme Produktivitätssteigerung aufgrund von Rationalisierung; zum anderen durch die Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer, vor allem nach Brasilien, Venezuela und Spanien. Die Zahl der AEG-Beschäftigten im Ausland stieg von 1973 bis 1978 um über 20 % von 25.000 auf 31.000, ihr Anteil an der Produktion um 50 % – von 10 % auf 15 % der Gesamtproduktion.

Eine weitere Maßnahme ist die Abkehr von der Konsumgüterindustrie. Die AEG-Herren setzen verstärkt auf ihr anderes Pferd: Energie- und Industrietechnik, Nachrichten- und Verkehrstechnik. Ihr besonderes Steckenpferd: die Rüstungsproduktion. Hier ist AEG schon heute der bedeutendste Elektronikausstatter. In diesem profitablen Bereich sind Erweiterungen geplant.

Die AEG setzt da eine alte Tradition fort. In der faschistischen Diktatur war AEG-Telefunken das „Auge und Ohr" der Nazi-Wehrmacht. Im Bereich Infrarottechnik (z. B. Nachtsichtgeräte) werden jetzt in Heilbronn 100 Mio. DM investiert.

Insgesamt macht die Rüstungsproduktion heute schon 18 % des AEG-Umsatzes aus (mit steigender Tendenz). Der Konsumgüterbereich sank von 65 % auf 57 % (zwischen 1973 und 1978).

Daß es der Firma AEG so schlecht nicht gehen kann, zeigt nicht zuletzt auch das Verhalten der Banken, allen voran der Dresdner Bank. Sie haben ihren Anteil an diesem Konzern von 40 % auf 60 % erhöht.

Der „Sozialplan"

Eine Frechheit von fast schon unglaublichem Ausmaß ist der „Sozialplan", den der Konzern Anfang Februar vorgelegt hat. Wer weniger als drei Jahre im Betrieb beschäftigt war, jünger als 25 Jahre ist und nun entlassen wird, bekommt NICHTS! Wer 35 Jahre bei AEG gearbeitet hat, bekommt höchstens 17 Monatsgehälter. Wer länger gearbeitet hat, bekommt auch nicht mehr. Das heißt im besten Fall ein halbes Monatsgehalt pro Jahr Betriebszugehörigkeit.

Der Widerstand gegen die Entlassungen

Seit mehr als einem halben Jahr laufen in verschiedenen AEG-Betrieben Widerstandsaktionen gegen die geplanten Entlassungen:

- Warnstreik bei AEG-Kanis in Essen (Juni 1979);
- 1600 Kollegen demonstrieren in Essen gegen Stillegung (Juli 1979);
- 1500 Kollegen und Kolleginnen demonstrieren vor der Hauptverwaltung in Frankfurt und überreichen 32.000 Unterschriften unter einer Solidaritätserklärung mit den Kolleginnen und Kollegen von AEG-Kanis;
- fast 2000 Beschäftigte der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH in Hannover streiken mehrere Stunden gegen die vorgesehene Schließung des Werkes II in Hannover (November 1979);
- kurz nachdem die „Sanierungspläne" bekannt werden, findet ein Warnstreik im AEG-Werk Esslingen statt (Dezember 1979);
- im Nürnberger AEG-Werk werden die Überstunden verweigert, um gegen die Schließung von AEG-Kanis in Essen zu protestieren;
- in Esslingen wird am 1. Mai (da der DGB keine Demonstration durchführen wollte) von den AEG-Kollegen eine eigene Demonstration organisiert.

(Fakten, Zahlen und Zitate nach: AEG, Verlag Neuer Weg, Stuttgart, 1980).

Ein AK-Leser aus Esslingen

Linke und fortschrittliche Betriebsräte gegen Überstunden — aber wie?

Sonderschichten, Überstunden in der laufenden Woche, Überstunden am Wochenende gehören weiterhin zum menschenfeindlichen kapitalistischen Alltag für Millionen von Arbeitern und Angestellten in der BRD.

Demgegenüber steht seit vielen Jahren eine Sockelarbeitslosigkeit von ca. einer Million Arbeiter und Angestellten mit kaum einer Möglichkeit, wieder in absehbarer Zeit Arbeit zu bekommen, sowie im letzten Halbjahr 1979 noch ca. 200.000 Kurzarbeiter, verteilt über alle Branchen.

So war z. B. der Durchschnitt der bezahlten Wochenstunden aller männlichen Beschäftigten im Zeitraum 1977 42,2 Stunden pro Woche. Dementsprechend schreibt der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber (BDA) in seinem Jahresbericht 1976, der wohl auch heute noch seine Gültigkeit hat: *„Da die Vorausplanung der Produktionskapazitäten in einem Betrieb für mehrere Monate festliegt, können kurzfristig abzudeckende Auftragsspitzen nur durch Sonderschichten bzw. Überstunden bewältigt werden. Aus Kostengründen können weder Personal nach Maschinen über den normalen Bedarf hinaus bereitgehalten werden".* Weiter wird auch in einem Artikel in der Zeitung „Blick durch die Wirtschaft" vom 31.5.78 geschrieben: *„Viele Aufträge sind nur hereinzuholen mit Lieferfristen, bei denen Überstunden von vornherein unvermeidbar sind"*, also schon in die Absatzplanung eingebaut werden. So lag auch in der westdeutschen Druckindustrie die Kapazitätsauslastung 1977 bei der seit Jahren nicht erreichten Höhe von 98,7 % im Durchschnitt, die Spitzen einiger Großbetriebe, die weit über 100 % betreffen, nicht berücksichtigt (nach „Profite gegen Bleisatz, Entwicklung in der Druckindustrie und die Politik der IG Druck", Seite 42).

Unser Artikel soll sich nun nicht mit den kapitalistischen Zwängen in der freien Marktwirtschaft beschäftigen, sondern das Problem von linken und fortschrittlichen Betriebsräten behandeln, die doch an sich grundsätzlich g e g e n Überstunden eingestellt sind, andererseits aber auf die jeweilige Belegschaft eingehen müssen, die (aus welchem Grunde auch immer) Überstunden machen will bzw. auch muß.

Der vorgelegte Artikel versteht sich als ein Versuch, die notwendige innerorganisatorische Debatte um unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wieder mehr in den Vordergrund zu stellen und gegen meiner Ansicht sektiererische Vorstellungen aufzutreten, die auf der letzten Arbeitskonferenz des KB geäußert wurden.

Firma X, ein Beispiel für viele

Die Firma X, ein Mittelbetrieb in Norddeutschland, gehört zu den vielen Betrieben, in denen fast das ganze Jahr (!) über eine große Anzahl von Überstunden gemacht werden. Dazu gehören Überstunden am Wochenende sowie auch sehr oft 12-Stunden-Schichten in der laufenden Woche. In den letzten Jahren war es schon ein Wunder, wenn es in diesem Betrieb keine Überstunden gab. Die Überstundenanzahl bei der ca. 760 Beschäftigte umfassenden Firma geht pro Jahr in die hunderttausende von Stunden. Um überhaupt seine Termine einzuhalten, muß der Kapitalist Überstunden von vorneherein mit planen, da z. B. Produkte genau auf einen bestimmten Tag im Monat ausgeliefert werden müssen.

Bis vor den letzten Betriebsratswahlen 1978 hatte der Kapitalist von Seiten der Betriebsratsmitglieder (in der Mehrheit) keine Einwände gegen Überstunden zu befürchten, daß etwa die Mehrheit des Betriebsrates mit dem zwingenden Recht der Mitbestimmung die hohe Anzahl von Überstunden mal in Frage stellen würde. Es war daher reine Routine des Kapitalisten, wenn er beim Betriebsrat die Überstundenzustimmung beantragte. Hintergrund dieses Verhaltens der meisten Betriebsratsmitglieder war, daß die überwiegende Mehrheit der Belegschaft auf die Überstunden angewiesen war, da sich im Laufe der Jahre der Lebensstandard der Kollegen durch das zusätzliche Geld der Überstunden gebildet hatte. Wollen sie sich nicht total verschulden, sind sie heute auf die Überstunden angewiesen. Andererseits gibt es auch viele Hilfskräfte, die einen Stundenlohn haben, der sich um 9 DM pro Stunde bewegt, die also auch ohne etwas erhöhten Lebensstandard auf Überstunden angewiesen sind.

Die totale Abhängigkeit

Durch die jahrelange Möglichkeit, mit vielen regelmäßigen Überstunden seinen Lebensstandard zu erhöhen und auch zu halten, durch billigere Werkswohnungen, billige Kredite usw. hat sich die Abhängigkeit der meisten Belegschaftsmitglieder von d i e s e r Firma sehr stark erhöht. Dementsprechend kann der Kapitalist auch leicht Druck auf einzelne Kollegen ausüben. So ist es in mehreren Abteilungen üblich, wenn mal ein Kollege krank war oder sich geweigert hatte, am Wochenende zu arbeiten, daß er erstmal einige Wochen keine Nachtschicht macht. Das heißt, ihm gehen schon eingeplante Nachtschichtprozente (45 %) verloren usw. Diese Abhängigkeit hemmt natürlich auch gewerkschaftliches Interesse und Engagement der Kollegen oder hält sie ab, sich auch nur über die Arbeitsbedingungen zu beschweren. Daß Kollegen langfristige Abzahlungen von monatlich 1.500 DM und mehr haben (z. B. für Häuser), ist keine Seltenheit. Da muß der betreffende Kollege schon einige Überstunden machen, um seinen „normalen" Lebensstandard zu halten. Kollegen mit regelmäßig 120 bis 150 Überstunden pro Monat sind leider keine Ausnahmen, sondern eher die Regel. Daß man/frau bei Blick auf den Parkplatz der Firma X sich wie auf einer Aktionärsversammlung vorkommt, weil ein Mercedes, Porsche, BMW usw. neben dem anderen steht, sei nur nebenbei erwähnt.

Diese Abhängigkeit, Unvernunft der Belegschaft, hatte sich jahrelang die nicht gerade fortschrittliche Mehrheit im Betriebsrat zunutze gemacht, indem sie der Belegschaft bei Betriebsratswahlen immer versprach, weiterhin die Überstunden zu garantieren bzw. nicht gegen sie zu stimmen.

Neue Betriebsratsmitglieder, neuer Wind im Betriebsrat

Durch die Betriebsratswahl 1975 änderte sich nun einiges im Betriebsrat. Zum ersten Mal gelangten einige linke Kollegen in den Betriebsrat, die sich stark gegen die Überstunden aussprachen (obwohl einige manchmal selbst Mehrarbeit machten). Auf fast jeder der wöchentlichen Betriebsratssitzungen kam es zu reinen Kampfabstimmungen wegen der Überstunden. Zwar gab es jedesmal eine große nichtsbringende Debatte im Betriebsrat, die Überstunden wurden aber immer mit knapper Mehrheit (gegen die vier Linken) genehmigt. Treu ihrem antikapitalistischen Vorstellungen stimmten die Linken gegen die Überstunden, waren aber andererseits insgeheim froh, daß die Überstunden genehmigt wurden, weil auch sie genau wußten, daß sie in dieser Frage fast die g e s a m t e Belegschaft g e g e n sich hatten. Die linken Betriebsräte fanden sich in einem ziemlichen Dilemma, einerseits gegen Überstunden, dann aber die Belegschaft gegen sich, so daß sie eigentlich froh waren, in d i e s e r F r a g e als „machtlose" Opposition im Betriebsrat zu sitzen.

Viele linke Betriebsräte, die heute in der Regel meist machtlose Opposition sind, verkennen meiner Ansicht nach die Schwierigkeit, erfolgreiche Betriebsratsarbeit zu machen, wenn man/frau die (Betriebsrats) Macht in der Hand hat. Da stellen sich oft nicht geahnte Probleme.

Konnten sich die linken Betriebsräte noch in der '75er Wahlperiode raushalten, ohne ihr „linkes Gesicht" zu verlieren, wurde es nach der Betriebsratswahl 1978 doch problematischer. Die Betriebsratswahl brachte eine erneute Stärkung der fortschrittlichen und linken Betriebsräte mit sich.

Was war nun zu tun in der Frage der Überstunden? Denn nach der neuen Besetzung im Betriebsrat zeichnete sich eine Mehrheit g e g e n Überstunden ab. Die Betriebsräte hatten davon auszugehen, daß sie sich im Laufe der nächsten Jahre erst das Vertrauen der großen Zahl der Belegschaftsmitglieder erarbeiten mußten. Also mußte der neue Betriebsrat Forderungen der Belegschaft aufgreifen und auch selbst entwickeln, die von der Belegschaft getragen bzw. gefordert wurden. Die Einschränkung oder das Verbot aller Überstunden war nun wirklich das letzte Thema, mit dem sicher der Betriebsrat in der Belegschaft hätte verankern können.

Trotzdem (man/frau hat ja seinen linken Anspruch): Schon kurz nach der Betriebsratswahl ergab sich die Situation (durch Urlaub rückten mehrere linke Ersatzmitglieder nach), daß der Betriebsrat mit großer Mehrheit die Überstunden zum Wochenende ablehnte, obwohl ihnen durchaus bewußt war, in dieser Frage keinen Rückhalt in der Belegschaft zu haben. Diese konkrete Entscheidung wurde auch nicht vorher in der Belegschaft bekanntgegeben oder vorbereitet.

Im Bewußtsein seiner Macht und der Abhängigkeit der Belegschaft ging der Kapitalist „in die Vollen" und benutzte auch gleich geschickt die Gelegenheit, um die Linken im Betriebsrat zu isolieren. So warf der Kapitalist dem Betriebsrat vor: *„Ein derartiges Vorgehen kommt einem Verstoß gegen die gebotene vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat nahe".* Im Betrieb selber wurde das Gespenst, die Firma gehe ohne Überstunden pleite, Arbeitsplätze gehen verloren usw., verbreitet. Sehr erfolgreich wurde die Stimmung gegen den Betriebsrat gemacht, um zumindest die Linken zu isolieren, und eben auch mit Erfolg. Gleichzeitig wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung durch den Kapitalisten durchgeführt, zu der ein Aushang des Kapitalisten veröffentlicht wurde, in dem es hieß: *„Dabei steht zu erwarten, daß der Betriebsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung (!) diesen Überstunden die Zustimmung verweigern wird".* Der Kapitalist forderte damit praktisch die Belegschaft auf, den Betriebsrat unter Druck zu setzen und, wenn möglich, sogar Neuwahlen durch den Rücktritt des Betriebsrates zu erreichen. Auf der Betriebsversammlung traten sogar mehrere Redner auf, die dem Betriebsrat vorwarfen, er würde sie bevormunden, die Kollegen sollten und wollten entscheiden, ob sie Überstunden machen wollen oder nicht. Auch wurde eine Unterschriftensammlung dem Betriebsrat übergeben, in der ca. 50 Kollegen forderten, weiterhin die Überstunden zu genehmigen oder sie würden versuchen, die Auflösung des Betriebsrates nach § 23 BetrVG über das Arbeitsgericht zu erreichen.

Der Betriebsrat stand ziemlich isoliert da und es nützte auch wenig, wenn von seiner Seite geantwortet wurde, daß der Betriebsrat nicht grundsätzlich gegen Überstunden sei, aber langfristig die vielen Überstunden abbauen will, neues Personal soll eingestellt werden und ähnliche schöne Worte.

Die Auseinandersetzung auf dieser Betriebsversammlung zeigte damit in aller Deutlichkeit, daß linke und fortschrittliche Betriebsräte n i c h t an den Realitäten innerhalb einer Belegschaft vorbeikommen, auch wenn ihre Forderung objektiv richtig ist.

Für fortschrittliche und linke Betriebsräte kann es also nicht die Frage bzw. Aufgabe sein, in einem Gewaltakt die gesellschaftlichen, in diesem Fall die betrieblichen Realitäten umzugestalten.

Die Überstundenfrage kann nur mit Überzeugungsarbeit gelöst werden

Diese Frage Überstundenbewältigung wird heute anders behandelt. Auf Betriebsversammlungen, in der monatlichen Betriebsratszeitung wird das Thema mal unter dem Aspekt Gesundheitsschäden, mal unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsunfallerhöhung oder auch Schichtarbeit allgemein usw. behandelt, um l a n g f r i s t i g die Belegschaft von der Schädlichkeit der vielen Überstunden z u ü b e r z e u g e n. Denn letztlich ist es eine Frage des klassenmäßigen Bewußtseins der Belegschaft, ob sie s e l b s t die Überstunden ablehnen, wobei linke und fortschrittliche Betriebsräte aktive Unterstützung geben können, aber mehr wohl auch nicht. Die Betriebsräte in der übergroßen Mehrheit treten heute ö f f e n t l i c h gegen Überstunden auf, überlassen die Entscheidung aber letztlich doch der Belegschaft. Hier ein richtiges Verhältnis zu bekommen, ist Aufgabe linker Betriebsräte, statt abgehobene linke Allgemeinvorstellungen zu verbreiten. So hat der Betriebsrat in der Firma X auch schon mal in einer Abteilung die Überstunden abgelehnt und hatte dafür die Unterstützung der Abteilung. Hintergrund war, daß viele Überstunden in dieser Abteilung beantragt waren, gleichzeitig ein Kollege aus d i e s e r Abteilung entlassen werden sollte. Der Betriebsrat hatte die Überstunden abgelehnt und hatte eine Verhandlung mit der Geschäftsleitung von der Forderung abhängig gemacht, daß die Entlassung zurückgenommen wird, was auch passiert ist.

Damit es auf den Betriebsratssitzungen nicht wieder große, zur Zeit nichts bringende Debatten bei der Abstimmung gibt, schlug ein linker Betriebsrat folgendes vor: Auf jeder der wöchentlichen Betriebsratssitzungen wird bekanntgegeben, welche Überstunden beantragt sind. Wird keine Abstimmung gefordert, sind die Überstunden ohne Abstimmungen genehmigt. Sobald ein Mitglied des Betriebsrates eine Abstimmung verlangt, muß sie vorgenommen werden, so daß ein Minderheitenschutz für ein e i n z e l n e s Betriebsratsmitglied vorhanden ist.

Um schriftliche Diskussion und Auseinandersetzung hierzu wird gebeten.

Ein Hamburger Genosse

Spanien auf dem Weg zur Nato

Vor kurzem begannen Verhandlungen zwischen den USA und Spanien, bei denen das bilaterale Abkommen über „Freundschaft und Zusammenarbeit" erneuert werden soll. Der letzte Vertrag datiert aus dem Jahre 1976 und läuft im September 1981 aus.

Prinzipiell bestehen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen: beide sind für den Beitritt Spaniens zur NATO. Aber die taktischen Überlegungen im Rahmen der Verhandlungen sind durch unterschiedliche Interessen bestimmt.

Die für Herbst 1980 vorgesehene KSZE-Konferenz soll in Madrid stattfinden. Dies ist ein Grund für Suarez, den „Noch-Neutralitäts-Status" Spaniens nicht unnötig in Verruf zu bringen. Darüber hinaus ist die UCD-Regierung innenpolitisch nach ihren deutlichen Wahlniederlagen in Andalusien, Euskadi und Katalonien angeschlagen und darauf bedacht, Punkte zu gewinnen. Sie versucht, Stärke zu zeigen, und die Erneuerung des Abkommens ist eine gute Gelegenheit, um die allzu offensichtliche Ungleichheit der Vertragsbedingungen aus früheren Jahren in einigen Punkten zu korrigieren. So steht z.B. die mögliche Auflösung des amerikanischen Militärstützpunktes Torrejon (bei Madrid) zur Diskussion, sowie eine effektivere Kontrolle der spanischen Regierungsorgane über die in Spanien stationierten Militärbasen der USA.

Die USA beabsichtigen, das Thema „Beitritt Spaniens zur NATO" mit der Erneuerung des Abkommens zu verbinden. Die spanische Regierung zögert Entscheidungen und Festlegungen hinaus.

Die Rolle Spaniens zur Zeit des Faschismus

Strategisch war Spanien schon immer ein wichtiger Faktor für die NATO. Eine offizielle Eingliederung in das Bündnis war jedoch nicht erwünscht, da das Franco-Regime dem Image der NATO, „Verteidigungsbündnis der freien westlichen Welt" zu sein, geschadet hätte. Das war jedoch nie ein Hindernis für die Teilnahme spanischer Verbände an bestimmten NATO-Übungen.

Die USA haben in einem Abkommen 1953 Franco aus seiner internationalen Isolation erlöst und als Gegenleistung mehrere Stützpunkte bekommen. Darüber hinaus war die bilaterale Beziehung für die USA ein ideales Geschäft, da sie im Franco-Regime einen willigen Abnehmer für ihren Militärschrott fand. Später stieg auch Frankreich in diesen militärischen Antiquitätenhandel ein.

Die spanische Armee unter Franco hatte mit Ausnahme der Westsahara und Äquatorial-Guinea keine außenpolitischen Ambitionen. Sie war hauptsächlich als Garantie für die faschistische Friedhofsruhe vorgesehen und bestand zum großen Teil, obwohl kein Berufsheer, aus einem superbürokratischen Wasserkopf, in dem Schmarotzertum, Korruption und Familienklüngel unter den äußerst zahlreichen Generälen und Offizieren herrschten. Nach einer Statistik von 1971 kam auf weniger als 150 Soldaten und Offiziere ein General, auf zwei Soldaten ein Befehlsorgan.

Für den US-Imperialismus war Spanien daher ideal zum Aufbau von Militärbasen, Nachrichtenübermittlungsstationen („Radio Liberty" hat hier einen starken Sender), Abfang- und Kontrolleinrichtungen, Wetterstationen, Lagereinrichtungen für Treibstoff. Zwischen 15.000 und 30.000 amerikanische Offiziere und Soldaten waren bisher fest in Spanien stationiert. Sie unterstanden keiner Kontrolle durch spanische Regierungsorgane.

Spanien und die NATO heute

Nach dem Tod Francos haben sich die Verhältnisse nicht grundlegend geändert; allerdings haben sich einige Aspekte verschoben. Die UCD-Regierung hat ein „Reform"-Projekt der spanischen Armee durchgezogen: die Armee „demokratisch rationalisiert", wie sie es nennt. Einige faschistische Militärs wurden ihrer Posten enthoben, was aber keineswegs mit einer Entmachtung der alten Franco-Riege gleichbedeutend ist. Es wurden einige organisatorische Umgestaltungen vorgenommen im Sinne einer Effektivierung der Befehlsgewalten. Wie wenig es sich die spanische Regierung allerdings mit der faschistischen Militär-Garde verderben kann und will, wurde zuletzt in den äußerst milden Urteilen gegen die Putsch-Generäle der „Operation Galaxia" (Besetzung des Regierungspalastes) deutlich (ein halbes Jahr Gefängnis, das bereits durch den „Hausarrest" der beiden Hauptverantwortlichen „abgegolten" ist...). Die neue Verfassung billigt der Armee ausdrücklich die Möglichkeit eines Militärputsches zu, „um die Verfassung zu verteidigen". Die Privilegien der Militärbürokratie wurden bisher nicht angetastet. Die Personalkosten der Armee betrugen 1979 62,1% des Militärhaushalts (BRD: 44,7%) – und das bei einem monatlichen Wehrsold für die Rekruten von 534 Peseten (ca. 15 Mark!). Für die NATO-Strategen hat Spanien angesichts der weltpolitischen Lage eine besondere aktuelle Bedeutung.

Die Verbindung USA-Europa-Ölquellen im Nahen Osten über Atlantik und Mittelmeer ist nach wie vor einer der „Eckpfeiler" in den Plänen der NATO. Spanien nimmt dabei eine privilegierte Stellung ein. Allerdings wirken sich die traditionell „guten Beziehungen" Spaniens zu den arabischen Ländern hier bremsend aus.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Militärhaushalt der UCD-Regierung für 1980: Die Ausgaben für Marinezwecke sind deutlich gestiegen und zielen auf den Ausbau einer Flotte ab, die nach spanischen „Bedürfnissen" absurd erscheint, aber unter NATO-Gesichtspunkten eher zu verstehen ist. Zum ersten Mal in der Geschichte wird Spanien zwei Flugzeugträger bauen und darüber hinaus noch 24 weitere Kriegsschiffe. Für dieses Projekt bewilligte der amerikanische Kongreß 400 Millionen Dollar. Mit dem Bau eines Flugzeugträgers wurde bereits begonnen.

Die NATO will eine solide Präsenz in Nordafrika, als „Sprungbrett" nach Afrika und Nah-/Mittelost. Der Kampf des saharauischen Volkes hat diese Pläne bisher weitgehend verhindert. Aber die NATO versucht, anderswo Fuß zu fassen: so kündigte schon im letzten Jahr der spanische Kriegsminister die Militarisierung der Kanarischen Inseln an. In Arinaga wird ein Militärstützpunkt für ca. 500 Millionen DM entstehen. Abgesehen von den spezifischen Interessen, die Spanien hiermit verfolgt, entspricht dies auch den Absichten der NATO, die auf das Dreieck Balearen - Kanarische Inseln - Azoren spekuliert.

Spanien ist für die NATO der geeignete Partner. Portugal ist wirtschaftlich, militärisch und politisch zu schwach, um eine solide Hegemonierolle im Raum Iberische Halbinsel/Mittelmeer/Nordafrika spielen zu können. Marroko ist aufgrund seiner innenpolitischen Situation zu risikoreich für die Imperialisten.

Die spanische Regierung verspricht sich vom Beitritt zur NATO eine innenpolitische Stärkung. Zugleich will die spanische Bourgeoisie ihre bisherige untergeordnete Rolle aufgeben und eigene begrenzte Hegemonieinteressen verfolgen. Die Militärprojekte für 1980 sprechen für diese These: der Kauf von 144 amerikanischen Flugzeugen, der Stützpunkt in Arinaga, der Ausbau der Kriegsflotte, das „Engagement" in Äquatorial-Guinea (Spanien unterstützte den Putsch gegen das Regime von Macias) sind Zeichen dafür, daß die spanische Armee für eine aggressivere Interventionspolitik gerüstet werden soll.

Die NATO und die Linke Spaniens

Der mögliche Beitritt Spaniens zur NATO ist eine schwere Hypothek für die Völker im spanischen Staat. Durch die Mitgliedschaft in der NATO würden die Völker Spaniens noch mehr zum Spielball internationaler imperialistischer Interessen. Darüberhinaus würden die Kosten für den Militärhaushalt zu Lasten sozialer Ausgaben u.ä. steigen.

Gründe für ein NEIN zur NATO und FÜR eine aktive Neutralitätspolitik gibt es also genug. Auch die reformistische Linke (PSOE und KP) hat sich bisher gegen eine Integration in die NATO ausgesprochen. Aber wie!

Charakteristisch für beide Parteien ist die „Vogel-Strauß-Politik". Im Falle der PSOE sind die wenigen schüchternen Erklärungen gegen einen Beitritt zudem sehr unglaubwürdig, da diese Partei ein europäisches „Verteidigungsbündnis" befürwortet. Die KP hat bisher zwar auch hin und wieder NEIN gesagt... aber bitte nicht auf der Straße! Originell ist im Falle der KP das Argument, daß man die UCD-Regierung nicht durch „voreilige" aktive Proteste provozieren soll; sie könne sonst das Thema sehr schnell ins Parlament bringen... Außerdem besteht die Unglaubwürdigkeit der KP-Politik darin, daß sie sich bisher nicht öffentlich gegen die amerikanischen Militärstützpunkte in Spanien ausgesprochen hat.

Die öffentliche Meinungsbildung und Mobilisierung der Bevölkerung bleibt daher auf der revolutionären Linken allein sitzen, sowie auf den wenigen fortschrittlichen Militärs in Spanien, die aber zum großen Teil aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der **Demokratischen Militärunion (UMD)** schon vor einigen Jahren aus der spanischen Armee ausgeschlossen wurden.

Ein MC-Genosse und Spanien-Kommission

SEAT: Niederlage für „Comisiones Obreras"

Mit einer unerwarteten Niederlage für die traditionell stärkste Gewerkschaft (Comissiones Obreras-CCOO) bei SEAT, dem mit 23.800 Kollegen größten Betrieb in Katalonien, sind die Betriebsrätewahlen am 29. April ausgegangen. Die sozialdemokratische UGT, die sich einer Politik des Sozialpakts mit den Kapitalisten verschrieben hat, ist bei den Betriebsrätewahlen bei SEAT als große Siegerin hervorgegangen. Sie erhielt 85 Delegierte, während CCOO nur 48 bekam. (Diese Zahlen beziehen sich auf alle SEAT-Niederlassungen in Spanien mit insgesamt 32.000 Kollegen). Bei den Wahlen 1978 hatten beide Gewerkschaften eine gleich große Anzahl von 60 Delegierten. Relativ gestärkt sind bei dieser Wahl auch unabhängige Kandidaten hervorgegangen (von 10 auf 19 Mandate). Bei diesen Unabhängigen kandidierten sowohl Mitglieder der kleinen Gewerkschaft USO sowie andere linke Gewerkschafter.

Mit großer Befriedigung und Schadenfreude wurde dies Ergebnis natürlich vom spanischen Kapitalistenverband, von der Regierungspartei UCD und von der PSOE aufgenommen. Die sozialdemokratische UGT interpretierte das Ergebnis als Zustimmung zur Strategie der UGT in der Krise, also zu ihrem Sozialpakt und ihrer Unterstüzung für das arbeiterfeindliche „Arbeiterstatut' (das den spanischen Arbeitern keine gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb zuerkennt...). Der Chef der UGT, Nicolás Redondo, verkündete, das Wahlergebnis bedeute *„die Zurückweisung einer maximalistischen und demagogischen Politik, wie sie die Comisiones Obreras gemacht haben, indem sie irrationale Streiks angezettelt haben, um den politischen Interessen ihrer Partei zu nützen, die die Arbeiter nur in die Sackgasse geführt haben"* (El Pais, 1.5.).

Diese Äußerung bezieht sich auf einen wichtigen Streik bei SEAT/Barcelona im Januar dieses Jahres, bei dem es um die Durchsetzung einer 16%igen Lohnforderung ging und der damals von Vertretern der CCOO als ein Streik bezeichnet wurde, bei dem *„es um die Zukunft der Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung Spaniens"* gehe (El Pais, 11.1.80, siehe auch AK 171). In diesem Streik hatten sich alle Arbeiter von Seat gegen die abwieglerische Politik der UGT durchgesetzt, die den Streik abblasen wollte. Auf Vollversammlungen der SEAT-Arbeiter auf dem großen Sportplatz von SEAT waren damals Parolen gerufen worden wie „UGT - Gewerkschaft der UCD!" oder „UGT hat uns verkauft". Die Kollegen konnten damals trotz ihres militanten Streiks ihre Lohnforderung nicht durchsetzen!

Nach wenigen Tagen begannen auch die Vertreter von CCOO abzuwiegeln und die Arbeiter zu überreden, wieder in den Betrieb zu gehen und von drinnen weiterzukämpfen. Diese von den Eurorevisionisten beherrschte Gewerkschaft hat durch ihre abwieglerische Politik und ihre Weigerung, den Streik auszudehnen (auf andere Betriebe), bzw. ihn bei SEAT weiterzuführen, zur Demoralisierung der Arbeiter beigetragen.

Bei den Betriebsratswahlen kam der UGT zusätzlich etwas zugute, was nicht zu unterschätzen ist. SEAT steckt tief in der Krise, Tausende von Arbeitern sind von Entlassungen bedroht. UGT hat über die „Sanierung" von SEAT Verhandlungen mit dem spanischen Kapitalistenverband geführt (zu denen die CCOO gar nicht erst eingeladen wurden) und angesichts der Wahlen hat dieser die „Sicherheit der Arbeitsplätze" garantiert. Mit diesem Trumpf konnte UGT bei der Wahl auftreten. Und den Kollegen sind angesichts der derzeitigen offensichtlichen Aussichtslosigkeit von Kampfmaßnahmen solche Zusicherungen ihrer Arbeitsplätze mehr wert. Nur so ist der Umschwung bei SEAT ansatzweise zu erklären. Die Comissiones haben die Quittung für eine Politk bekommen, die die Arbeiter nicht konsequent gegen die Krisenpolitik des Kapitals mobilisiert. Unter diesen Umständen erscheint die reformistische UGT die vom spanischen Kapitalistenverband „hofiert" wird, mehr Aussicht auf kurzfristige Erfolge zu bieten. Das Wahlergebnis wir zweiffellos zu einer weiteren Rechtsentwicklung innerhalb der Comissiones Obreras führen.

Eine untergeordnete Rolle dürften die Differenzen innerhalb der CCOO (die ebenso wie in der katalanischen Euro-Partei PSUD bestehen) gespielt haben. In der katalanischen PSUC gibt es eine starke Fraktion, die den Eurokurs Carrillos nicht mitvollzieht, sondern den moskauoffiziellen Kurs vertritt (für den Einmarsch der SU in Afghanistan, gegen Olympia-Boykott, gegen die Nicht-Teilnahme der PCE an der Pariser Konferenz der „kommunistischen Parteien" Ende April in Paris). Die katalanische PSUC und der „harte Flügel" der Comisiones Obreras bemühen sich, ihre Niederlage durch Mannöver der „superweichen" Euros zu erklären. (Bei der Partei-Betriebsorganisation bei SEAT hatte es einen fast einstimmigen Beschluß für den Einmarsch der SU in Afghanistan gegeben). Doch dürften diese Fragen bei der Wahl selbst keine entscheidende Rolle gespielt haben.

Spanien-Kommission

Madrid:
Mord an Arturo Pajuelo

Madrid ist seit Monaten Hauptummelplatz der Terrorbanden von „Fuerza Nueva". Wie die Reaktion auf den neuerlichen Mord an einem Arbeiter zeigte, wächst aber auch der Massenprotest gegen die Faschisten. Erstmalig hielt die faschistische neugegründete „Gewerkschaft" FNT („Nationale Kraft der Arbeit") in Madrid eine Kundgebung am 1. Mai mitten in dem Arbeiterviertel Carabanchel ab. Ca.8000 Faschisten waren gekommen. Der Faschistenführer Blas Pinar hielt dort hetzerische Reden und betonte, daß seine "Gewerkschaft" für Arbeiter und Unternehmer gleichzeitig offen sei, sie seien die Erben der vertikalen Gewerkschaft unter Franco und beanspruchchen deren Vermögen und Räume (das bekanntlich von den Gewerkschaften der 2. Republik konfisziert wurde...)

Anschließend zerstörten Gruppen von Ultrarechten ein Büro der "Sozialistischen Partei" des Stadtteils und machten Überfälle auf Einzelpersonen.

Am Abend des ersten Mai wurde aus diesen Faschistenkreisen Arturo Pajuelo, der Vorsitzende der Mietervereinigung von Orcasitas erstochen. Er starb am nächsten Tag trotz zwei chirurgischer Eingriffe und Bluttransfusionen, für die die Bewohner des Stadtteils sich sehr zahlreich zur Verfügung stellten. Pajuelo war über seinen Stadtteil hinaus bekannt für seinen Kampf für bessere Wohnbedingungen in dem Arbeiterviertel Orcasitas. Einen Tag nach seinem Tod demostrierten Tausende durch Orcasitas, überall hingen Bettücher mit Trauerflor aus den Fenstern. Am 4. Mai folgten 30.000 Menschen dem Sarg des Ermordeten. Immer wieder wurde das Verbot der Terrororganisation "Fuerza Nueva" gefordert. Am folgenden Tag demonstrierten alle Kollegen von Pajuelo (2500 Arbeiter des Betriebes CASA) zum Büro von "Fuerza Nueva" in Getafe! Am 6.5. gab es einen Generalstreik in Orcasitas, alle Geschäfte und Schulen hatten geschlossen. In über 30 Betrieben wurde gestreikt! Auch in zahlreichen anderen Madrider Arbeiterstadtteilen wurden Protestkundgebungen gegen den Terror der Faschisten durchgeführt. Aus dem ganzen Land kamen Solidaritätstelegramme an die Mietervereinigung von Orcasitas. In Bilbao ketteten sich 12 Mitglieder von EMK (baskische MC) auf einem Platz an und forderten das Verbot von "Fuerza Nueva".

Spanien - Kommission

Paris: Student in den Tod gehetzt

Seit Ende des Winters hat sich in ganz Frankreich eine breite Bewegung an den Unis entwickelt gegen das Gesetz Bonnet (aktueller Innenminister) und den Erlaß Imbert. Beide, Gesetz und Erlaß, bedeuten eine scharfe Kontrolle der ausländischen Studenten und meistens das Vorspiel zu ihrer Ausweisung.

Am 13. Mai mittags erklärte Innenminister Bonnet: **„Wenn ihr Entschlossenheit haben wollt, werdet ihr sie bekommen"** (Le Monde, 15. Mai 1980). Einige Stunden später fand ein 30jähriger den Tod in der Uni von Jussieu (Paris), als die Bullen das Gelände einnahmen. Die Polizei griff mit Tränengasgranaten an und knüppelte nach Zeugenaussagen von verschiedenen Lehrkräften auf alles ein, was sich auf dem Universitätscampus bewegte. Um dem auszuweichen, sprang der arbeitslose Alain Begrand auf ein morsches Dach, stürzte und starb. Der in der Zwischenzeit bekannt gewordene Todesfall hinderte die Polizei nicht daran, weiter Granaten und Knüppel einzusetzen. Am Abend fand noch eine Demonstration mit rund 5000 Menschen statt. Parolen waren: *„Flics, fascistes, assassins"* (Bullen, Faschisten, Mörder) und *„Ils ont tire a Jussieu, c'est sur les flics qu'il faut taper"* (Sie haben in Jussieu geschossen, auf die Bullen muß eingeprügelt werden). Alle Organisationen der Linken, inklusive PS und KPF, forderten den sofortigen Rückzug der Polizeikräfte aus der Uni und riefen zu gemeinsamen Protestdemonstrationen auf. In weiteren Städten sind ebenfalls Demos geplant. Am Vortag war die Polizei auf dem Campus der Uni von Grenoble ähnlich brutal aufgetreten.

Zurück zu den Worten von Innenminister Bonnet, die eine eindeutig faschistoid-rassistische Sprache haben:

„...Es gibt heute in Frankreich fünfmal mehr ausländische Studenten als in den USA und zehnmal mehr als in der SU. Im übrigen wünschen viele ausländischen Staatschefs, daß ihre Studenten von keiner politischen Krankheit angesteckt werden. Die richtigen Studenten werden in Frankreich immer willkommen sein. Aber Frankreich kann auf die anderen verzichten.

Die kulturelle Ausstrahlung Frankreichs wird sich nicht mit solchen ausländischen Studenten vollziehen, die, wenn sie ihr Examen bestanden haben, automatisch eine Arbeitserlaubnis bekommen und den jungen Franzosen damit Arbeitsplätze klauen... Der ausländische Student muß erweisen, daß er genügend materielle Ressourcen hat... Frankreich enpfängt 108.000 ausländische Studenten, das heißt genauso viel wie die BRD und Großbritannien zusammen genommen. Ein ausländischer Student braucht hier als Einschreibegebühren nur 200 Francs zu zahlen - während ein französischer Student 19.400 Francs bezahlen müßte in einer englischen Universität ... Die Regierung kann nicht tolerieren, daß unter dem Deckmantel unendlicher Studien einige Elemente versuchen, auf unserem Territorium Fuß zu fassen, um hier Aktionen zu treiben, die überhaupt nichts mit den Interessen der wirklichen ausländischen Studenten zu tun haben" (Le Monde, 15. Mai 80).

Im übrigen sei nochmal darauf hingewiesen, daß in der BRD ähnliche Pläne existieren, die bislang auf keine besonders große Gegenöffentlichkeit gestoßen sind.

Frankreich-Kommission

100 000 in Paris

gegen den Abbau der Krankenkassenleistungen

Gegenwärtig werden in der französischen Nationalversammlung Gesetzesvorlagen diskutiert, die die bisherigen Leistungen der Krankenkassen heruntersetzen sollen, daß heißt die Kosten für die Versicherten (sowohl was den Ärzte-Besuch betrifft, als auch die Medikamente) erhöhen sollen. Das französische Krankenkassenmodell ist im übrigen eine Eroberung des „Front Populaire" 1936. Am 13. Mai wurde dazu von der CGT,CFDT,FEN u.a. ein Aktionstag in ganz Frankreich organisiert. In Paris kam es zu der größten Demo seit dem Marsch der Stahlarbeiter auf die Hauptstadt (23.März 1979). Rentnerblocks riefen:

„Die Alten sind auf der Straße, um die Secu (Sécurité sociale: Krankenkasse) zu verteidigen. Wir haben gekämpft, um sie zu kriegen, wir werden kämpfen, um sie zu behalten!" Ein Studentenblock rief:

„Sie machen unsere Betriebe, unsere Schulen, unsere Krankenkasse kaputt. Nein zur Sparpolitik. Alle gemeinsam im Kampf!".

Frankreich-Kommission

Türkei-Veranstaltung in Westberlin

An einer Türkei-Veranstaltung in Westberlin am 3.5. nahmen trotz starker Mobilisierung nur ca. 300 Menschen teil. Podiumsteilnehmer waren J. Roth (Journalist), B. Hoffmann (amnesty international), Ton Veerkamp (Pfarrer/ESG), D. Schneider (AL), ein Vertreter vom Türkischen Arbeiterjugendverein, Kamil Tayran von der linken türkischen Tageszeitung („Demokrat").

Kamil Tayran berichtete über die innenpoltische und wirtschaftliche Situation der Türkei sowie die Auswirkungen der „Wirtschaftshilfe" der BRD.

Bernd Hoffmann berichtete über die Folterungen in der Türkei und über die Arbeit von ‚amnesty'.

Jürgen Roth berichtete über das Treiben der ‚Grauen Wölfe' in der BRD und über ihren Dachverband, die ‚Türk Federation', die sich der Duldung der Bundesregierung erfreuen kann. Er forderte die Ausweisung der ‚Grauen Wölfe'.

Ton Veerkamp stellte die Ursachen des Auftretens der ‚Grauen Wölfe' dar und forderte soziale und politische Rechte, wie z.B. auch komunales Wahlrecht, für die in der BRD lebenden Ausländer.

Dirk Schneider berichtete über die Parlamentsarbeit der AL, die das Verbot der ‚Grauen Wölfe' in Kreuzberg durchsetzen konnte. Er rief die ausländischen Genossen auf, sich in der AL an der Ausländerarbeit zu beteiligen, um bei den nächsten Wahlen Ausländer als Kandidaten zur Wahl zu stellen.

Der Vertreter des Türkischen Arbeiterjugendvereins berichtet über die Maßnahmen des ‚Staatsschutzes', der kürzlich die Mitgliederlisten von 8 türkischen Vereinen forderte.

Im Anschluß fand ein Kulturprogramm statt.

Antifa-Kommission Westberlin

Amsterdam 30. April

Bericht von den Straßenkämpfen anläßlich der Krönung von Beatrix



Seit dem Arbeitslosenaufstand Mitte der dreißiger Jahre im Jordaan hatte Amsterdam – zumindest in „Friedenszeiten" – keine vergleichbar schweren Straßenkämpfe erlebt wie am 30.4. dieses Jahres, als Königin Juliana gegen das jüngere Modell Beatrix ausgetauscht wurde.

Krönung oder Staatsstreich?

Die Bewegung der Hausbesetzer und andere anti-kapitalistische Kräfte hatten schon Wochen zuvor angekündigt: „30. April – Aktionstag!", „Demonstration – aber mit Effekten" und „Keine Wohnung – keine Krönung".

Der Staatsapparat reagierte mit einer Absperrung der gesamten Innenstadt; in das Sperrgebiet konnte am Krönungstag nur noch gelangen, wer dort arbeitete oder wohnte und über einen Passierschein verfügte. Die Amsterdamer bezeichneten mit deutlicher Anspielung auf die Zeiten vor 1945 diese Passierscheine mit dem deutschen Wort „Ausweis". Die Stadt sah sich am Krönungstage in den Belagerungszustand versetzt und die liberale „Vrij Nederland" hatte schon angesichts der „Sicherheitspläne" gefragt, ob es hier um die Vorbereitung einer Krönung oder eines Staatsstreichs ginge.

Die Hausbesetzerbewegung war jedoch weder von dem martialischen Aufmarsch von rund 9.000 Bullen, z.T. aus Spezialeinheiten, noch von den Hubschraubern, die schon Tage vorher im Tiefflug das Gebiet „sicherten", beeindruckt, und auch nicht von den Scharfschützen, die allenthalben auf den Dächern hockten.

Morgenstund hat Hausbesetzer im Mund

Morgens um 11 Uhr und weit ab vom Sperrgebiet (in der Kinkerbuurt) wurde von 800 bis 1.000 Krakern, die sich zuvor in der Umgebung versteckt hatten, ein seit anderthalb Jahren leerstehendes Gebäude mit Luxusbüros eingenommen. Anschließend und für den Rest des Tages war ein Straßenfest geplant.

Der stellvertretende Amsterdamer Bürgermeister jedoch wollte einen „Barrikadenbau" verhindern und jagte die Polizei los. Schon der erste Zusammenstoß mit den überraschten Hausbesetzern hatte fünf Verletzte, drei davon Bullen, zur Folge. Nachdem die Fußtruppen der Polizei keinen hinreichenden Erfolg erzielen konnten, wurde Polizei zu Pferde eingesetzt, die dann jedoch erhebliche Probleme mit dem auf sie hereinbrechenden Steinhagel bekam.

Gegen 12 Uhr gab der Bürgermeister-Stellvertreter Befehl an seine Knüppelgarde, sich „außerhalb des Sichtbereichs der Hausbesetzer" zu begeben.

Mit diesem Polizeiüberfall aber waren die Zeichen für den Rest des Tages gesetzt. Über das (an diesem Tag) gemeinsame Radioprogramm des unabhängigen Radio Stad (das schon bei den Kämpfen in der Vondelstraat eine sehr wichtige Rolle gespielt hatte) und der sozialdemokratischen Radioanstalt VARA war von den Kämpfen berichtet worden und ebenso von dem „illegalen" Sender des Hausbesetzerzentrums „Grote Keijser".

Die Schlacht von Waterloo

Zu der für 14 Uhr angesetzten Demonstration beim Dokwerker, einem antifaschistischen Gedenkmal, kamen 2.000 bis 3.000 Menschen, die über den nahegelegenen Waterlooplein in Richtung Innenstadt ziehen wollten.

Mobile Einheiten (ME) griffen die Demonstranten, erst zu Fuß, dann zu Pferde, unter sofortigem und massivem Schlagstockeinsatz an. Die Demonstranten, nur wenige mit einem Helm geschützt und noch weniger mit einem Stock „bewaffnet", setzten sich mit Pflastersteinen zur Wehr, zogen einzelne Reiter von ihren Pferden und machten der Bullerei den Job so sauer, daß sie vor den Demonstranten in Richtung Innenstadt zur Blauwe Brug zurückwich.

An der Blauwe Brug war die Demonstrantenmenge auf etwa 5.000 angewachsen und schlug in erbitterter Gegenwehr Wasserwerfer, Polizei zu Fuß und in Fahrzeugen zurück.

Barrikaden im Zentrum

Der allmählich auf 10.000 Menschen anwachsende Zug bewegte sich auf das Sperrgebiet zu und stieß erst an der direkten Grenze dieses Gebietes, auf dem Rokin, wieder auf eine Polizeisperre. Hier zögerten die Demonstranten nicht mehr und bauten sofort ihre Stellung aus. Die zahlreichen Eis-, Andenken- und Pommes-frites-Buden waren binnen kurzem in ihre Einzelteile zerlegt und in Form veritabler Barrikaden neu erstanden. Zur Bereicherung dieser Bauwerke dienten alsbald zwei Polizei-Motorräder, deren Fahrer erst mit Dampf in die Barrikade reingefahren und dann – zu Fuß und einer von ihnen schwer lädiert – mit knapper Not entkommen waren. Zur besseren Verteidigung wurde die Barrikade angesteckt und brannte stundenlang.

Auf dem Rokin ging die Schlacht auf einem Feld von 300 bis 400 Metern drei Stunden lang, von 15 bis 18 Uhr, hin und her, ohne daß eine der beiden Seiten nennenswerten Raumgewinn für sich verbuchen konnte. Jeweils zehn Bullen rückten vor, schossen mit Gewehren Tränengasgranaten hinter die Barrikade und zogen sich, hier und da von Steinen angekratzt oder auch ernstlicher getroffen, wieder zurück. Die Kämpfer hinter den Barrikaden warfen die Gasgranaten in Richtung ihrer Absender oder kickten sie gleich in die Gracht.

Über Polizeifunk war von einer „kritischen Lage" die Rede und von der Erwägung, Karabiner einzusetzen! Im Umfeld des hauptsächlichen Kampfgebietes gab es über Stunden hinweg kleinere und größere Gefechte. – Auf dem Nieuwmarkt feierte die Amsterdamer Abteilung der „Hells Angels" ihr „Beatrix-Fest", droschen zur Feier des Tages flüchtende Demonstranten mit Ketten und Eisenstangen zusammen und übergaben auch einzelne der Demonstranten der Polizei. – Die zahlreichen Läden, die für opportun gehalten hatten, allerlei Krönungs-Schnickschnack in ihren Schaufenstern auszustellen, kamen teils mit zerschlagenen Scheiben davon, wurden teilweise aber auch ausgeplündert. Deutlicher noch als dies zeigt das geringe politische Bewußtsein eines durchaus nennenswerten Teils der Demonstranten, daß auch dem zentralen linken Buchladen (Van Gennep), der nun gewiß mit der Monarchie oder dem Spekulantentum nichts am Hut hat, die Scheiben zertrümmert wurden.

Gegen Abend des Tages wurde weitere Polizei aus den umliegenden Städten nach Amsterdam befohlen; der größte Teil der eingesetzten Polizei-Fahrzeuge war zerstört oder zumindest bis auf weiteres fahrunfähig; neue Fahrzeuge, städtische Busse darunter, mußten herangeschafft werden.

Rückzug

Gegen 18 Uhr wurde am Rokin Brechgas eingesetzt ... der Bullerei gelang es, dieses Terrain zu räumen. Weit ließen sich die Demonstranten jedoch vorerst nicht zurücktreiben. Rund 4.000 von ihnen versammelten sich erneut in kurzer Entfernung vom Rokin, sicherten ihren Rückzug vom Zentrum weg mit wiederholtem Barrikadenbau.

Um 22 Uhr wurde auf dem Rembrandtsplein eine (was die Demonstranten wohl nicht wußten) aufgegebene Polizeiwache gestürmt und kleingeschlagen.

Um 24 Uhr wurde die Polizeiwache in der Lijbaansgracht angegriffen. Sämtliche Scheiben wurden zerballert. Die Bullen hatten nicht mal die Chance, aus den Türen auf die Straße zu kommen.

Noch um 2 Uhr morgens gab es kleinere Demonstrantengruppen und Scharmützel in der Stadt.

Am Ende des Tages werden 102 Polizisten als verletzt bezeichnet, von denen am nächsten Tag, dem 1.5., jedoch nur noch sieben im Krankenhaus sind; etwa gleichviele Verletzte werden auf der Seite der Demonstranten gezählt. Rund 40 wurden verhaftet, von denen etwa die Hälfte auch noch nach einigen Tagen festsitzt. Es kommt, aufgrund der Identifikation auf Fotos und Filmen, sogar noch Tage nach den Kämpfen zu Festnahmen.

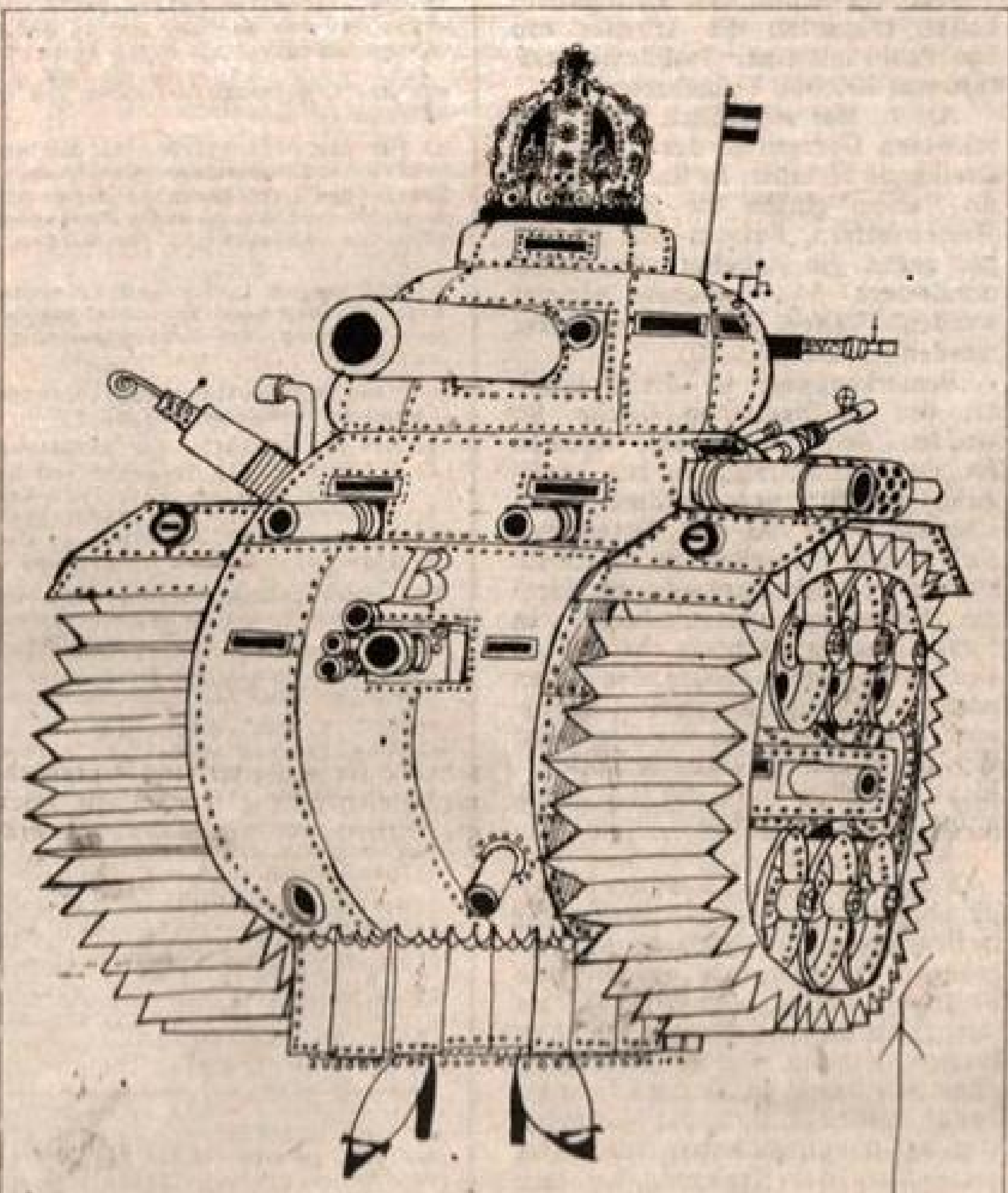
Während die Polizei zum großen Teil aus den meisten niederländischen Städten nach Amsterdam abgezogen war, nutzten die Kraker in den anderen Städten die Gunst der Stunde: In rund 30 Städten wurden unter der Beteiligung Tausender annähernd 200 Wohnungen besetzt.

War die Polizei nur blöd?

Am Tag nach den Kämpfen hatte die große Stunde für die Reaktion geschlagen: Innenminister Wiegel bekundete, die Polizei hätte „juristisch" die Möglichkeit zum Schußwaffengebrauch gehabt. Die Berichterstattung von Radio Stad und VARA wurde – ganz im Stil Stoltenberg nach Brokdorf gegen den NDR! – für das „Ausmaß der Unruhen" verantwortlich gemacht. Führende Polizeifunktionäre beklagten die „Schwäche" der Polizeikräfte. Während von den Rechten pauschal „die Hausbesetzer" als Verursacher und Träger der „Unruhen" bezeichnet wurden, beeilten sich sozialdemokratische Politiker und Medien zu behaupten, nicht die Hausbesetzerbewegung sei verantwortlich, sondern „Krawallmacher", „Anarchisten" etc. pp., die mit den Hausbesetzern nichts zu tun hätten.

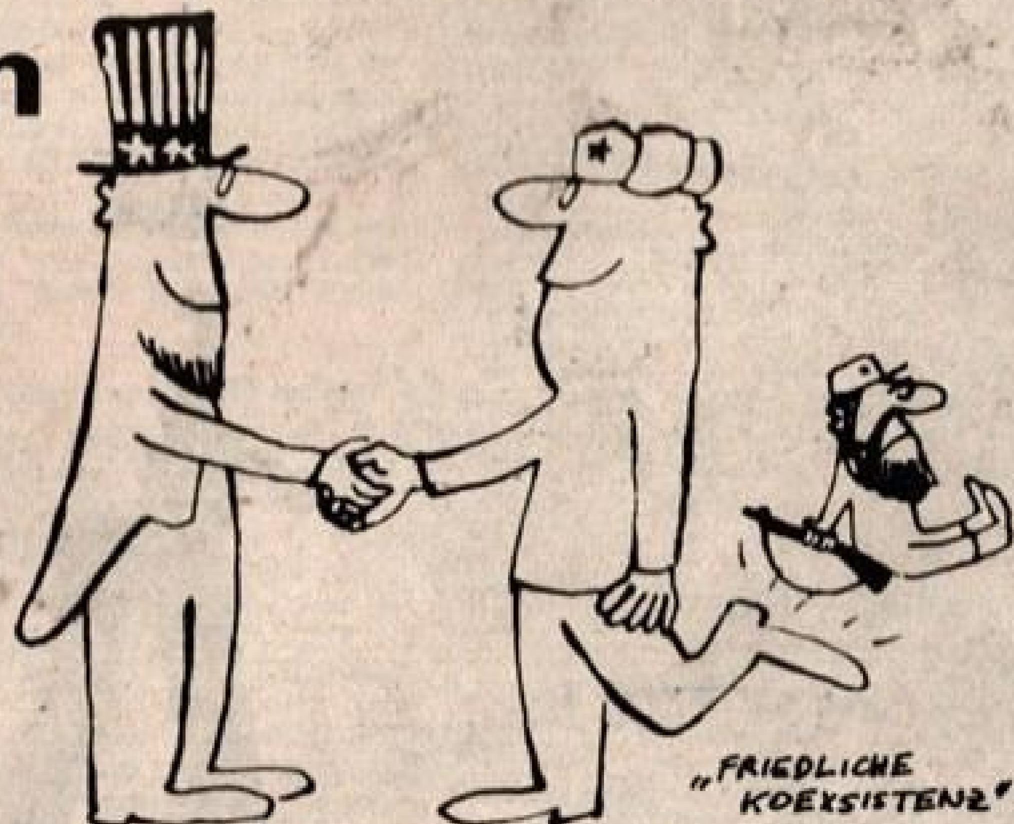
Teilnehmer und Beobachter der Kämpfe berichteten, daß der Polizeieinsatz häufig wenig koordiniert verlaufen ist, daß die gesamte, zur Verfügung stehende Polizeimacht gar nicht zum Einsatz gekommen ist und daß es durchaus möglich war, an vielen Stellen in das Sperrgebiet einzudringen, ohne auf nennenswerte Polizeigruppen zu stoßen. Zumindest von hier aus gesehen liegt die Annahme nicht fern, daß – wenn es sich nicht überhaupt um ein taktisches Konzept handelte, hier die „Schwäche" der Polizei zwecks Verstärkung der Truppe zu demonstrieren – in der politischen und der Polizeiführung derzeit erhebliche Widersprüche über die weitere Entwicklung des Repressionsapparates allgemein und das Niederschlagen bzw. Zurückdrängen der Hausbesetzerbewegung im besonderen vorhanden sind. (Nach Berichten niederländischer Genoss(inn)en, die – zumindest für den 30.4. – von dem Dogma, Steine seien keine Argumente, Abstand nehmen.)

Niederlande-Kommission



Zeichnung von Frits Müller („Haagse Post", 3.5.80)

Nicaragua: Weder Rubel noch Dollar rollen



Ein politisches Tauziehen der Großmächte um die Ausrichtung der nicaraguanischen Revolution findet nicht statt: Zu diesem Ergebnis könnte man jedenfalls kommen, wenn man die Zurückhaltung auf der Ebene der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung betrachtet. Die Reise einer Delegation Nicaraguas in verschiedene RGW-Länder brachte kaum handfeste Ergebnisse, zumindest was finanzielle Hilfe anbetrifft. Die Sowjetunion ist offenbar nicht interessiert, in Nicaragua in ähnlicher Form wie in Kuba „einzusteigen". Die USA haben ihren 75 Mio. Dollar-Kredit für Nicaragua zunächst auf Eis gelegt, aus den anderen imperialistischen Staaten fließt das Geld nur tröpfchenweise.

Während Che Guevara nach dem Sieg der kubanischen Revolution noch nach Peking reisen und mit Mao Verträge schließen konnte, muß die FSLN heute – auf zwei große Lager begrenzt – darauf setzen, immer wieder zäh um Kredite und Unterstützung zu verhandeln, ohne sich durch politische Bedingungen binden zu lassen.

Die Delegation, die die RGW-Länder bereiste, wurde von Moises Hassan geleitet, dem Mitglied der National-patriotischen Front (FPN) in der Regierungsjunta, weiter waren u.a. dabei: Innenminister Tomas Borge sowie der Verteidigungs- und der Planungsminister. In der Sowjetunion wurden sie von der zweiten Garnitur der Parteihierarchie empfangen: Politbüromitglied Kirilenko und ZK-Sekretär Ponomarew wie auch der stellvertretende Ministerpräsident Archipow und Vizeaußenminister Kornienko. Zweitklassig ist offensichtlich auch das Ergebnis der Verhandlungen, denn außer allgemeinen Absichtserklärungen und politischen Statements ist nicht viel dabei herausgekommen. Konkrete Resultate der Gespräche: Ein Programm über die Beziehungen zwischen der KPdSU und der Sandinistischen Befreiungsfront, eine Handelsvereinbarung, ein Protokoll über die Eröffnung von Handelsmissionen in beiden Ländern, ein Regierungsprotokoll über nicht einzeln genannte Warenlieferungen sowie Vereinbarungen über wirtschaftliche und technische, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit und über den Luftverkehr und schließlich eine Konsularkonvention („NZZ", 25.3.80 und „UZ", 21.3.80).

Über diese Vereinbarungen sind allerdings nirgendwo Zahlen zu erfahren; weder in der bürgerlichen Presse, die ja ein Interesse daran hätte, das Engagement der UdSSR hochzuspielen, noch in der lateinamerikanischen oder DDR-Presse. Die großbürgerliche „NZZ" sieht sich zu dem zugleich zynischen aber auch treffenden Kommentar veranlaßt, daß *„Moskau im allgemeinen seine Finanzhilfe weniger nach ideologischen, als nach wirtschaftlichen, politischen und allenfalls strategischen Gesichtspunkten zu verteilen pflegt"* („NZZ", 21.3.80). Die revisionistische Presse gibt sich mit dem Hinweis auf die abgeschlossenen Abkommen vollständig zufrieden, ohne den tatsächlichen Wert für die nicaraguanische Wirtschaft zu hinterfragen. Stattdessen wird ausführlich auf die zahlreichen außenpolitischen Gemeinsamkeiten eingegangen („Neues Deutschland", 2.4.80; „UZ" 21.3.80) – Immerhin kostet das nichts.

Das brisanteste Thema hierbei ist sicherlich die Einschätzung der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Nicaragua hatte sich seinerzeit in der UNO bei der Abstimmung über die Verurteilung der UdSSR der Stimme enthalten. Diese Position wurde jetzt eindeutiger gegen das imperialistische Lager formuliert. So wird in den gemeinsamen Erklärungen die sowjetische Intervention gar nicht erwähnt, sondern es werden *„die Manöver imperialistischer und reaktionärer Kräfte, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan eine Verschärfung der internationalen Lage verursachen, nachdrücklich verurteilt"* („ND", 3.4.80).

Ähnliche Abkommen und Statements wurden in Bulgarien und der DDR vereinbart.

Nach dem Einfrieren der US-Kredite ist Nicaragua beim Neuaufbau im wesentlichen auf die eigenen Kräfte angewiesen, ja mit 1,6 Mrd. Dollar Auslandsschulden aus der Somoza-Zeit belasten die Imperialisten die nicaraguanische Wirtschaft noch zusätzlich. 75 Mio. Dollar wollte Carter an Nicaragua als Kredit vergeben. Der US-Kongreß hatte dem mit 202 gegen 197 zugestimmt, aber handfeste politische Bedingungen an die Kreditvergabe geknüpft. Die 197 Abgeordneten der Minderheit vertraten die Ansicht, Nicaragua sei schon soweit im „kommunistischen Fahrwasser", daß die US-Imperialisten auf die wirtschaftlichen Interventionsmittel verzichten sollten. Von den 75 Mio. Dollar sollten lediglich 5 Mio. als Direkthilfe zur Verfügung stehen, mit dem Rest sollte langfristig der Ankauf US-amerikanischer Güter finanziert werden („AP", 28.2.80). Die Regierung Nicaraguas lehnte die mit dem Kredit verbundenen Bedingungen ab. Im einzelnen war gefordert worden:

tung der Menschenrechte" (der Massenmörder Somoza war ein direkter Agent der USA!) versprechen, sich von Interventionen in anderen Ländern fernhalten und die Stationierung sowjetischer und kubanischer Kampftruppen untersagen („Welt", 26.3.80).

Kommandant Daniel Ortega Saavedra erklärte: *„Die Zukunft Nicaraguas hängt nicht von diesen 75 Mio. Dollar ab"* und stellte das Einfrieren des Kredites den 400 Mio. Dollar gegenüber, die im Zuge der Afghanistankrise für die militärische Aufrüstung der USA bereitgestellt wurden („Barricada", 11.3.80). Ferner verglich Ortega die Politik der USA gegenüber den fortschrittlichen Regierungen der Karibikinseln Grenada und Jamaika: *„Die reaktionärsten Kreise der US-Regierung und die CIA wollen uns und andere Länder wirtschaftlich destabilisieren"* („Welt", 26.3.80).

destabilisieren" („Welt", 26.3.80).

Das zerstörte Nikaragua braucht dringend Hilfe!

Insgesamt ca. 40% der Bevölkerung Nikaraguas wurden durch den Bürgerkrieg im vergangenen Jahr stark betroffen, rund 40.000 Menschen wurden getötet, 100.000 schwer verletzt, wovon ca. 50.000 bleibende Verletzungen erlitten. Die meisten Betroffenen waren Zivilpersonen, Frauen und Kinder, sowie ältere Menschen, die vor den Bombardements durch Somoza nicht mehr fliehen konnten. Rund 40.000 Kinder wurden nach Schätzungen der Regierung zu Waisen und rund 150.000 Menschen flohen in die Nachbarländer Costa Rica und Honduras.

Insgesamt hat Nikaragua rund 2 Mio. Einwohner.

Es ist völlig klar, daß ein Gesundheitssystem, das lediglich auf die Bedürfnisse der kleinen, reichen Oberschicht ausgelegt war, hoffnungslos überfordert ist. Hinzu kommen die zahlreichen Zerstörungen an Wohnraum, Produktionsanlagen und einem Großteil der Ernte: 210.000 qm Wohnfläche wurden während des Krieges zerstört; dazu kommen schwere Zerstörungen an Schulen und Krankenhäusern, an denen es auch schon unter Somoza einen chronischen Mangel gab – jeder zweite Nikaraguaner ist Analphabet.

Die landwirtschaftliche Produktion wurde besonders schwer betroffen. Die Anbaufläche von Baumwolle verringerte sich von 175.000 auf 36.000 ha. Bei Kaffee, Hauptexportprodukt, und Zucker werden starke Einbußen befürchtet. Schwerwiegende Rückgänge sind im Viehzuchtsektor zu erwarten, da die Produzenten während des Konflikts übermäßig viel Fleisch exportierten, wodurch sich der Viehbestand drastisch verringerte.

Schwere Zerstörungen mußte schließlich der Industriebereich hinnehmen, auch der Warenhandel hatte – teilweise durch Plünderungen – schwere Verluste. (Alle Zahlen aus Unidas/CEPAL zit. in AIB Nr. 2/80).

Hinzu kommt die hohe Auslandsverschuldung Nikaraguas von etwa 1,6 Mrd. Dollar. Sie besteht hauptsächlich aus harten, kurzfristigen Anleihen, die Somoza noch in den letzten Monaten vor seinem Sturz getätigt hatte. Für einen Teil dieses Geldes hatte Somoza die Waffen für die Ermordung des nikaraguanischen Volkes gekauft (Nikaragua-Nachrichten 4/80).

Aufruf zur Lateinamerika-Woche

FDCL
FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE – LATEINAMERIKA e. V.
SAVIGNYPLATZ 5 1000 BERLIN 12 TEL.: (030) 313 50 65

S P E N D E N A U F R U F zur Unterstützung
der L A T E I N A M E R I K A W O C H E des
F D C L vom 23. – 29. Juni 1980

unter der Schirmherrschaft der GEW Berlin, der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, der ESG an der TU

Zum ersten Mal seit seiner Gründung 1974 wird das FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, gemeinnütziger Verein) -gemeinsam mit einer Reihe von Solidaritätsgruppen - eine LATEINAMERIKA WOCHE in Berlin (West) veranstalten.

In Abgrenzung zum Spektakel "Horizonte '79", als die Dritte Welt der Westberliner Öffentlichkeit in reizvoller Exotik präsentiert wurde, soll die LATEINAMERIKA WOCHE eine Woche der politischen Aufklärung, und damit der Völkerverständigung werden.

Unter dem Motto "WAS GEHT UNS LATEINAMERIKA AN?" sollen die vielfältigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika in zentralen Veranstaltungen hinterfragt werden.

Daß der Schwerpunkt dieser ersten LATEINAMERIKA WOCHE in Berlin (W) auf den ersten Blick nicht auf Solidarität mit Nicaragua, Chile o.a. zielt, sondern die Bundesrepublik im Blickpunkt hat, hängt mit der Neuorientierung unserer Solidaritäts- und Internationalismus-Arbeit zusammen.

Ohne unsere direkte Solidarität mit Lateinamerika zu vernachlässigen, wollen wir die politische Gewichtung der Solidaritätsarbeit mehr auf die Konflikte in der Bundesrepublik orientieren. Solidaritätsarbeit kann unserer Meinung nach nur dann einen langfristigen politischen Stellenwert gewinnen, wenn sie sich als Teil politischer Arbeit der linken und alternativen Bewegung bei uns begreift, d.h. Impulse von dorther aufnimmt und Impulse in sie hineingibt.

Für viele mag das eine Binsen-Erkenntnis sein. Die Praxis der Solidaritätsarbeit sah jedoch in der Regel anders aus: Da solidarisierte man sich emotional mit Widerstandskämpfen in Lateinamerika und formulierte seine Forderungen von den Bedürfnissen dieser Widerstandskämpfe her. Dann und wann wurden zwar auch deutsche Aspekte in die Solidaritäts-

sich emotional mit Widerstandskämpfen in Lateinamerika und formulierte seine Forderungen von den Bedürfnissen dieser Widerstandskämpfe her. Dann und wann wurden zwar auch deutsche Aspekte in die Solidaritäts-

arbeit hineingenommen, doch blieben sie Randerscheinungen. Kurzfristig wurden hunderte oder tausende von Menschen mobilisiert wie im Falle Chiles, Argentiniens, Perus oder jetzt Nicaraguas. Immer aber verliefen sich diese Solidaritätskampagnen: Sei es weil der Widerstand vom Militärterror geschlagen wurde (der Fall Chiles) oder der Widerstand über die Unterdrücker siegte (vgl. Mocambique, Angola und nun auch Nicaragua). Der Aktivismus der verschiedenen Kampagnen bröckelte ab, "machte" erst Chile, dann Portugal, dann...

In den seltensten Fällen hatte diese Art der Internationalismus-Arbeit etwas mit dem zu tun, was in der Bundesrepublik die politischen Bewegungen bewegte.

Mit der LATEINAMERIKA WOCHE vom 23.-29. Juni wollen wir ein deutliches Zeichen setzen:

a) Für die Öffentlichkeit: daß die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik massive Einflußnahme in Lateinamerika üben - daß Lateinamerika daher nicht der ferne Subkontinent ist, sondern Investitions- und Handelsregion, Profitobjekt multinationaler Konzerne, Absatzmarkt für Waffen, Repressionstechniken, Kernkraftwerke!

b) Für unsere linken und alternativen Freunde: daß wir aktive Kooperation mit der Gewerkschaftsbewegung, der Alternativbewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und mit der undogmatischen Linken suchen.

Auf den Diskussionsveranstaltungen der LATEINAMERIKA WOCHE werden folgende Themen erörtert:

1. Die Außenpolitik der Bundesrepublik zu Lateinamerika,
2. Multinationale Konzerne und Lateinamerika am Beispiel der Elektro- und Rüstungsindustrie (KKW-Export/Waffen-Export),
3. Gewerkschaftliche Solidarität mit Lateinamerika,
4. Literatur und Befreiung in Lateinamerika und der BRD,
5. Internationalismusarbeit und politische Bewegung in der BRD.

Mit einem großen Solidaritäts-Musikfestival am 27.6. wollen wir die lateinamerikanische Menschenrechtsorganisation HABEAS unterstützen.

Das Pressefest der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN (früher CHILE NACHRICHTEN) und ein ökumenischer Gottesdienst mit den lateinamerikanischen Exilierten bilden den Abschluß der Woche.

Darüber hinaus werden kleinere dezentrale Veranstaltungen einzelner Solidaritätskomitees (z.B. zu Nicaragua, Chile, Perú) durchgeführt: Ausstellungen, Dia-Ton-Serien. Das Kino ARSENAL bringt eine Woche des lateinamerikanischen Films.

Die LATEINAMERIKA WOCHE erfordert eine erhebliche Vorfinanzierung von uns. Wir wissen noch nicht, ob wir unser Vorhaben finanziell allein tragen können.

Daher richten wir diesen Spendenaufruf an all diejenigen, die unsere Arbeit und unser Vorhaben als wichtig ansehen.

Die Spenden können gegeben werden auf das
Sonderkonto LATEINAMERIKA WOCHE des FDCL, PSchAmt Berlin (West)
Konto-Nummer 17 69 66 - 104
(Spendenbescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt können auf Anfrage ausgestellt werden)

Beirat des FDCL: Pfr. Heinrich Albertz (ehem. Reg. Bürgermeister von Berlin), Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller), Hildegard Blum-Lüning (Journalistin), Manfred Coppik MdB, Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Prof. Dr. Norbert Greinacher (Katholischer Theologe), Prof. Dr. Dr. Johann Baptist Metz (Katholischer Theologe), Rolf Plücke (Journalist), Volker von Törne (für Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Berlin.

Brasilien: 200.000 Metallarbeiter streikten über fünf Wochen lang

Zu den größten Kampfaktionen der brasilianischen Arbeiterklasse seit Bestehen der Militärdiktatur (1964) gehört der gerade beendete Metaller-Streik im Industriegebiet von Sao Paolo. Betroffen sind davon insbesondere die Automobilkonzerne, unter ihnen VW do Brasil, Mercedes Benz sowie General Motors und Ford.

Die zeitweise 200.000 streikenden Metallarbeiter, die sich seit dem 1.4. im Ausstand befanden, forderten eine Reallohnerhöhung von 15% sowie einen Inflationsausgleich von 39,9%.

Die fälligen Lohnerhöhungen waren jedoch nur der Auslöser der gewaltigen Streikaktionen; Weitergehende Forderungen waren die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Garantie des Arbeitsplatzes für mindestens 1 Jahr. Nicht nur die Angst, nach dem für illegal erklärten Streik den Arbeitsplatz zu verlieren, bestimmte diese Forderung, sondern vor allem die unmenschliche Praxis der Automobilmultis, Arbeiter nach wenigen Monaten zu entlassen, um sie ihrer sauer verdienten Zulagen und Gratifikationen zu berauben. Offenbar gibt es Absprachen unter den Konzernen. So *„entläßt VW etwa einen Arbeiter nach wenigen Monaten, der dann zu Anfangsbedingungen bei Mercedes eingestellt, dort wieder entlassen und an ein anderes Werk ‚weitergereicht' wird – ein leichtes, denn fast alle Unternehmen liegen in Sao Bernardo an einer Straße"* („Die Neue", 30.4./1.5.80).

Die Streikenden, die in ihrem 20 Punkte umfassenden Forderungskatalog für uneingeschränkte Tarifautonomie sowie Mitspracherechte bei der Einstellung von unmittelbaren Vorgesetzten eintraten, sehen sich in einem Kampf um elementarste politische und gewerkschaftliche Rechte, die ihnen auch heute unter dem „Reformgorilla" Figueredo verwehrt werden.

Der Streik wurde sorgfältig vorbereitet. Bereits im Februar und März wurden regelmäßig Versammlungen vor den Fabriktoren abgehalten. Am 16. März versammelten sich ca. 80.000 Arbeiter im Fußballstadion von Sao Bernardo und beschlossen nach einer kämpferischen Rede von Luis Ignacio da Silva (genannt „Lula") den unbefristeten Streik vom 1. April an, soweit die Kapitalisten keine brauchbaren Angebote machten.

Die Belegschaften aus den verschiedenen Betrieben wählten dann nahezu 400 Delegierte, die den Streik von der Basis her organisieren sollten. Unter diesen Basisdelegierten befanden sich auch achtzig Frauen („TAZ", 7.5.80). Als wichtiges Kampfmittel wurde ein Streikfonds eingerichtet. Weiterhin bildete sich ein Koordinationskommitee für Streiksolidarität, an dem sich 150 Organisationen beteiligten.

Bereits nach kurzer Zeit betrug der Produktionsausfall 50.000 Autos und der Export geriet ins Stocken („Handelsblatt", 24.4.80). Mitte April erklärte ein regionales Arbeitsgericht den Streik für illegal und die Regierung verhaftete 34 Gewerkschaftsführer, unter ihnen „Lula", den bekanntesten Kämpfer und Mitbegründer der Arbeiterpartei (PT). Nach dem „Gesetz der nationalen Sicherheit" stehen ihnen zwei bis zwölf Jahre Haft bevor, ein Beweis dafür, daß die Regierung *„unter allen Umständen"* am *„Demokratisierungsprozeß"* festhalten möchte – wie sie selber erklärt („NZZ", 9.5.80).

Auf ein Verbot der Maifeierlichkeiten reagierten die Arbeiter von Sao Paolo mit einer Großdemonstration von 200.000 Teilnehmern.

Am 6. Mai schließlich kam es zu schweren Übergriffen der Polizei auf streikende Metaller. In Sao Bernardo do Campo gingen die Bullen mit Wasserwerfern, Reitern und Tränengas gegen die Arbeiter vor, wobei mindestens 54 Menschen verletzt wurden. Weitere 30 sind verhaftet worden („Welt", 7.5.80).

Bemerkenswert ist die Solidarität der brasilianischen Kirche. So wurden den Streikenden Kirchen für ihre Versammlungen zur Verfügung gestellt; der Kardinal Dom Evaristo Arns las die Ostermesse für 30.000 Metaller im Fußballstadion von Sao Bernardo, nachdem die Regierung Versammlungen in Fußballstadien verboten hatte. Die Bischofskonferenz drohte, den in den nächsten Wochen geplanten Papstbesuch abzublasen, falls die Regierung ihre Untersuchung gegen den Bischof nicht einstellen sollte, der zum Streik aufgewiegelt haben soll.

Trotz des langen Atems der Metaller und trotz der breiten Solidarität in Brasilien mußte der Streik jetzt ergebnislos abgebrochen werden. Die Regierung mußte beweisen, daß sie ihren Kurs der „begrenzten demokratischen Öffnung" durchhalten kann, ohne daß damit gleich das Chaos im Lande ausbricht, d. h. die Massenbewegung unkontrollierbar wird. Der harte Kurs der Regierung hat sich diesmal noch im Verein mit der unnachgiebigen Haltung der Konzerne durchsetzen können.

Lateinamerikakommission

Eritrea: In den Flüchtlingslagern


Frontkämpferinnen beim politischen Unterricht

AK: Bisher haben wir Berichte aus dem Sahel-Gebirge gehört. Ihr seid aber auch in Flüchtlingslagern im Sudan gewesen. Wie war die Situation dort?

A.: Ich will mal beginnen mit dem Flüchtlingslager, das von der ERA (Eritrean Relief Association) verwaltet wird. Es heißt Salomona; nach einem Berg in einer sehr schönen Gegend in Eritrea, sodaß der Name für die Eritreer gute Erinnerungen birgt. Salomona liegt im Sudan dicht an der Grenze zu Eritrea.

Im Lager leben ca. 12.000 Leute. Hauptsächlich Frauen, Kinder und Kriegsversehrte, die während des strategischen Rückzugs dorthin gebracht wurden. Unter ihnen sind viele Mitglieder der Massenorganisationen aus den ehemals befreiten Städten. Für diese Leute ist es einfach zu gefährlich gewesen, in den Städten zu bleiben.

Das Leben dort spielt sich in Zelten ab. Obwohl das Lager bei unserem Besuch erst zehn Monate bestand, hatten alle Zelte schon Elektrizität. In den Zelten befanden sich überall selbstgebaute Betten aus Ton. Obgleich es dort trocken und steinig ist, sind kleine Gärten für Pfeffer oder ein paar Tomaten angelegt worden. Das ist sehr wenig, aber hierin wird deutlich, daß versucht wird, wirklich alles irgendwie zu nutzen ...

B.: Es muß eine enorme Anstrengung gewesen sein, dieses unwegsame Gelände erstmal so herzurichten, daß dort Zelte aufgebaut werden konnten. Da die Leute ihre Nahrungsmittel nicht durch Landwirtschaft aus dem Gebiet beziehen können, werden sie vor allem vom Eritrea-Hilfswerk versorgt, das in europäischen und anderen Ländern versucht, Unterstützung für die Leute zu bekommen. Die besteht dann hauptsächlich aus Linsen, Mehl, Milchpulver für die kleinen Kinder, während wir Gemüse oder Früchte nicht gesehen haben. Aus dieser einseitigen Ernährung resultieren Mangelkrankheiten bei Kindern und Erwachsenen.

A.: Für alle Erwachsenen finden Alphabetisierungskurse und politische Erziehung statt. Es gibt unterschiedliche Werkstätten, in denen sie die für das Lagerleben notwendigen Dinge produzieren.

C.: Innerhalb Salomonas hat das Eritrea-Hilfswerk zwei Hospitäler aufgebaut. An eines dieser Hospitäler ist eine Mutter-Kind-Station angegliedert, in der die Babys von Kämpferinnen und Waisenkinder gemeinschaftlich aufgezogen werden.

B.: Für Waisenkinder, deren Eltern

B.: Für Waisenkinder, deren Eltern im Krieg gefallen sind, gibt es einen Kindergarten, in dem sie lesen und schreiben lernen. Die Kinder werden von Kämpfern versorgt; das Verhältnis zueinander ist sehr gut. Neben den vier Stunden Kindergarten am Tag haben die Kinder natürlich viel Zeit zum Spielen, oder sie werden in kleine Arbeiten, die sie verrichten können, miteinbezogen.

Wir haben die Kinder mal gefragt, ob sie uns was von ihrer Umwelt und ihrem Leben malen können. Sie haben dann viele Panzer, MIG's, Bomben und solche Dinge gemalt. Zuerst waren wir unheimlich erschrocken, aber uns ist daran klar geworden, daß dies eben ihre Realität in Eritrea war.

AK: Welche weiteren Auswirkungen des Krieges auf die Kinder habt Ihr beobachten können?

C.: Das können wir nicht so genau beurteilen, aber wir haben einen sehr lieben Umgang der Kinder untereinander und zu den Lehrern erleben können. Als die Kinder die Bilder für uns gemalt haben, tauschten sie die Buntstifte, von denen nicht genug vorhanden waren, und stritten sich nicht darum. Sie haben Rücksichtnahme und einen friedlichen Umgang miteinander gelernt.

AK: Die Revolutionsschule wurde ebenfalls nach Salomona verlegt. Inwieweit hat sie den strategischen Rückzug unbeschadet überstanden?

C.: Die RS umfaßt heute ungefähr 2.500 Schüler und Schülerinnen im Alter von 9 - 15 Jahren. Die RS ist seit Februar 79 in Salomona. Vom Verlauf des strategischen Rückzugs berichteten uns die Lehrer, daß die Kinder wesentlichen Anteil an der Verlegung der Schule hatten. Sie haben selbst ihre Schulbänke und Schränke bis zu den Lastwagen getragen, die das Mobiliar nach Salomona transportiert haben. Dort haben die Kinder selbst ihre Klassenräume wieder aufgebaut. Außerdem haben sie eine Holzwerkstatt, eine Elektrowerkstatt und kleine Versuchsgärten, die aber wegen der schlechten Bodenverhältnisse nicht ausgeweitet werden können ...

In der RS sprachen wir mit Haile Menkarios, Mitglied des ZK der EPLF, der sich ebenfalls gerade über die Situation der Kinder informierte. Er machte sich Gedanken darum, daß die Kinder in einer so reizarmen Gegend aufwachsen müssen, in der sie wenig Anregungen von außen bekommen. Er wünschte sich, daß die Kinder, die durch den Krieg schon von zu Hause fliehen mußten, in einer schöneren Umgebung leben könnten.

AK: Habt Ihr selbst mit den Kindern gesprochen?

B.: Wir haben eine Diskussion mit zwölf, dreizehn Schülern der RS geführt, die uns wahnsinnig beeindruckt haben, weil sie sehr selbstbewußt und auch politisch schon sehr bewußt sind. Wir haben ihnen Fragen zur EPLF, zum strategischen Rückzug, zu ihrer Position zur SU gestellt, und sie haben sehr klar sagen können, wie sie zu diesen Problemen stehen. Danach haben sie Fragen gestellt zum Verhältnis BRD-DDR, zum politischen Kampf bei uns usw. Es war nicht so, daß wir das Gefühl hatten, sie rasseln auswendig gelernte politische Formeln runter, sondern Es war nicht so, daß wir das Gefühl hatten, sie rasseln auswendig gelernte politische Formeln runter, sondern wir konnten merken, daß sie sich die Dinge selbst überlegt haben, und daß sie ihre Fragen gern diskutiert haben wollten.

AK: Wie sah der Unterricht in der RS aus?

B.: Der Unterricht findet in Tigrinya und Tigre statt. Sie haben Mathematik, Physik, usw., politischen Unterricht und werden auch im kulturellen Bereich besonders gefördert. In einer „art section" können sie malen und modellieren, die „Red Flowers" singen revolutionäre Lieder und üben die Tänze der neun unterschiedlichen Nationen. Einmal im Monat werden Tänze, Gedichte und selbstgeschriebene Theaterstücke vorgeführt.

Seit '77 geben sie eine eigene Zeitung heraus, in der sie ihre Interessen, ihre Probleme beschreiben. Anfänglich haben sie die Zeitung mit der Hand geschrieben, später haben sie begonnen, die Texte mit der Maschine zu schreiben und zu vervielfältigen. Die Zeitung heißt „Red Star". Die Lehrer waren ganz begeistert davon, denn alles geschah allein auf Initiative der Kinder!

AK: Leben die Kinder auch in Zelten?

B.: Nein, sie schlafen auf einem Platz im Freien, aber es werden jetzt Unterkünfte und Häuser gebaut. Gemeinsames Essen und Kochen der Kinder und Lehrer findet in sogenannten „Cafeterias" statt. Wir haben Kinder und Lehrer nach dem Verhältnis zueinander gefragt, und sie sagten, daß sie so vertraut wie Freunde zusammenleben würden. Wir waren da zunächst sehr kritisch, weil für uns Lehrer etwas ganz anderes bedeuten, und wir haben da nachgebohrt, aber sie erzählten uns, daß Kritiken der Kinder immer, entweder in den Stunden oder danach, diskutiert würden.

AK: Ihr sagtet vorhin, daß das Lager von der ERA verwaltet wird. Könnt Ihr genauer die Verwaltungsstrukturen erläutern?

A.: Es gibt drei Lagerkomitees, die sich aus der räumlichen Aufteilung des Lagers ergeben. In diese Komitees wählen die Leute aus den betreffenden Gebieten ihre Delegierten, die dann nochmal ihre Delegierten für das Oberkomitee des gesamten Lagers bestimmen. Dieses Hauptkomitee arbeitet mit einem von der ERA eingesetzten Leiter zusammen, aber es ist bisher nie vorgekommen, daß dieser Leiter Entscheidungen gegen den Willen der Lagerbewohner durchgesetzt hat.

AK: Wenn ich das richtig verstanden habe, leben in Salomona viele Behinderte. Wie sieht das Verhältnis zwischen den Behinderten und den Gesunden aus?

C.: Uns ist schon in der RS aufgefallen, daß dort viele Lehrer waren, die leichte Kriegsverletzungen hatten, wie z.B. einen gelähmten Arm. Daran merkten wir, daß Behinderte innerhalb der EPLF einen ganz anderen Stellenwert haben als bei uns, daß sie nicht aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden und als nutzlos gelten, sondern es wird versucht, daß die Behinderten sinnvolle Arbeit leisten können. Die ca. 2000 Behinderten in Salomona haben sich weitgehend aus eigener Kraft ihre Lagerstrukturen geschaffen.

Viele lernten, soweit es möglich hend aus eigener Kraft ihre Lagerstrukturen geschaffen.

Viele lernten, soweit es möglich war, Schreibmaschineschreiben, um sich später innerhalb der EPLF in den Departements mit Verwaltungsarbeiten nützlich machen zu können. In regelmäßigem Schulunterricht lernten Behinderte, die noch nicht schreiben und lesen konnten, Tigrinya. Wir haben mehrere Werkstätten der Behinderten besichtigen können. In einer stellten sie aus alten Metallteilen Schüsseln und Teekessel her, Öfen aus Blechteilen. All solche Haushaltsgegenstände wurden den Flüchtlingsfamilien in Salomona zur Verfügung gestellt. In der Holzwerkstatt stellten sie sich selbst Krücken her sowie Musikinstrumente; Feinmechanikarbeiten wurden in einer Uhrmacherwerkstatt geleistet. Selbst ihre Hütten haben die Behinderten nach Möglichkeit allein gebaut.

Was uns überall aufgefallen ist, wie lebensmutig die Behinderten gewesen sind, daß sie nicht wegen ihrer Behinderung am Leben verzweifelten und sich nutzlos vorkamen, sondern einen enormen Willen hatten, ihre Situation zu verbessern und Fortfach nicht aufgegeben, jeden Tag hartes körperliches Training absolviert.

B.: Ich habe auch eine Veränderung bei mir bemerkt. Am Anfang waren wir alle, glaube ich, ziemlich schüchtern und wußten nicht, wie wir auf die Behinderten zugehen sollten. Mit der Zeit ist es für mich ganz selbstverständlich geworden, daß da Leute ohne Arm oder Bein rumliefen, was ich hauptsächlich auf den Umgang der Menschen miteinander dort zurückführe. Einer, der im Krieg irgendwie verletzt wurde, ist da jemand, der viel für sein Land geopfert hat und dann nicht einfach weggeschoben wird, wie das hier meistens der Fall ist.

ist.

AK: Habt Ihr außer in Salomona Be- **AK: Habt Ihr außer in Salomona Be-** **handlungszentren für Behinderte gesehen?**

B.: In Port Sudan gibt es eine Klinik, die heißt „Peace Hotel", in die vor allem gelähmte Kämpfer kommen, die dort das Bewegen einzelner Körperteile üben. Auch hier war der Mut, mit dem sie täglich trainiert haben, bewundernswert. Es ist auch vorgekommen, daß Leute, deren Beine völlig gelähmt waren, wieder laufen gelernt haben. Es herrschte eine fröhliche Stimmung, sie haben viel Musik gemacht, Schreibmaschine und andere Dinge gelernt... Es war alles nicht so voll Depressionen, wie wir das hier aus Behindertenheimen vielleicht kennen.

C.: Die europäischen Therapeuten, die dort arbeiteten, haben uns alle berichtet, daß sie es noch nie erlebt haben, daß Kranke so selbstverständlich und mit soviel Willen für ihre Gesundheit arbeiten, und sie dementsprechend große Erfolge erzielen.

AK: Sind dabei gleichzeitig eritreische Therapeuten ausgebildet worden?

C.: Ja; die europäischen Therapeuten werden für sechs Monate vom IRK gestellt, und sie leiten während dieser Zeit Eritreer an, die nach dem halben Jahr die Therapie weiterführen sollen. Die eritreischen Therapeuten und die Behinderten haben viele Trainingsgeräte, da anfangs fast gar nichts vorhanden war, in Eigenarbeit hergestellt.

AK: Ihr habt sehr viel zu Salomona gesagt, das von der ERA verwaltet wird. Erzählt bitte mal etwas zu den Lagern unter sudanesischer Verwaltung.

A.: Anders als in Salomona herrscht in den Flüchtlingslagern im Sudan eine sehr deprimierende Stimmung, was daher kommt, daß die Leute aus ihrem Heimatland vertrieben worden sind, und daß sie in diesen Lagern absolut keine Aufgabe haben. Es gibt einmal Flüchtlingslager, in deren Umgebung es staatliche und private Farmen gibt, auf denen die Flüchtlinge nun für einen sehr geringen Lohn arbeiten sollen, aber das Geld reicht nie für eine Familie, sondern nur für eine Person.

In anderen Lagern bekommen die Flüchtlingsfamilien ein Stück Land zum Bebauen, aber es gibt nicht genügend Traktoren zum Pflügen, die Bewässerungsanlagen sind unzureichend etc.. Flüchtlinge erzählten uns dazu, daß sie nicht von dem Land leben können, da sie höchstens fünf Sack Getreide im Jahr ernten.

In dem Flüchtlingslager „Um Gulga", in dem vor allem äthiopische Flüchtlinge waren, lebten ca. 15.000 Menschen auf sehr engem Raum. Für diese Leute gab es eine kleine Klinik, in der wir die Medikamente sehen durften: da lagen 150 Aspirin-Tabletten, ein bißchen Penicillin und sonst nichts! 90 % der Menschen hatten TB, sehr viele Darmerkrankungen, denn aus dem Brunnen, aus dem sie ihr Wasser bekamen, tranken auch Tiere, und rundherum war es matschig und dreckig. Wir hörten, daß pro Tag vier bis fünf Leute sterben, teils wegen Unterernährung und teils wegen mangelnder medizinischer Versorgung.

Versorgung.

In dieses bereits überfüllt Lager In dieses bereits überfüllt Lager kamen noch weitere Flüchtlinge, die in einer sudanesischen Stadt gelebt hatten, aber deren Hütten dort abgebrannt waren, und die deshalb in das Lager evakuiert werden mußten. Sie waren in total behelfsmäßigen Unterkünften untergebracht, z.T. ohne Dach oder in Zelten direkt in der Sonne, und nirgendwo ein Strauch oder ein Baum, der Schatten gespendet hätte.

Ihr Wasser wurde mit Tanklastwagen aus der Stadt gebracht, und in offene Bottiche, die ebenfalls der Sonne ausgesetzt waren, umgefüllt, in denen sich natürlich aller Staub und Dreck sammelte.

C.: Allgemein gibt es in vielen Lagern Probleme mit der Wasserversorgung. In „Um Gangur", einem anderen Lager, war die Wasserpumpe seit vier Tagen kaputt und im Lager „Kilometer 7" mußten die Flüchtlinge ihr Wasser aus dem Bewässerungssystem für die Felder holen.

Die Nahrungsmittel werden für zwei Jahre vom Welternährungsprogramm gestellt; danach sollen die Flüchtlinge sich selbst versorgen. Die Rationen bestehen aus Getreide, Bohnen, Milchpulver und Fett. Doch oft bleiben wegen „Transportschwierigkeiten" die Rationen ganz aus oder kommen nur unvollständig an!

B.: Seit November 79 werden äthiopische und eritreische Flüchtlinge aus den großen Städten im Sudan in Lager evakuiert. Sie werden von staatlicher Seite für die ökonomische Krise im Sudan verantwortlich gemacht. Die Knappheit an Nahrungs- und Transportmitteln, die Wohnungsnot und auch die Inflation werden ihnen zur Last gelegt, und die anfangs freundliche Haltung der sudanesischen Bevölkerung ist eher in Ablehnung umgeschlagen.

AK: Wir danken Euch für dieses Interview.

KB/Bremen


Waisenkinder in Salomona

Nahost

Kämpfe gegen die zionistischen Besatzer

Am 2. Mai führte ein palästinensisches Kommando einen Anschlag in Hebron durch, bei dem 6 israelische Siedler getötet und weitere 17 verletzt wurden. Der Angriff, zu dem sich die PLO bekannte, wurde vor dem Hadassah-Gebäude in der Altstadt Hebrons gegen 40 Anhänger der rechtsradikal-religiösen Gusch-Emunim Bewegung ausgeführt. Er galt als Reaktion auf den gerade in den letzten Wochen zunehmenden Terror der israelischen Besatzer in der Westbank. Einen Tag vorher hatten israelische Offiziere einen jugendlichen Palästinenser in Anabata erschossen.

Die israelischen Behörden bezeichneten die Aktion als den *„bislang am besten vorbereiteten und blutigsten Palästinenser-Angriff seit 1967"* („FR", 5.5.) ,verhängten sofort eine Ausgangssperre über Hebron und Umgebung und erhöhten ihre militärische Präsenz in dem Gebiet. Nach der Beerdigung eines der Getöteten zogen bewaffnete Siedler durch die Stadt, zerstörten viele Fensterscheiben, parkende Autos und die Innenräume des Hauses des ehemaligen jordanischen Parlamentsabgeordneten Scheich Mohammed Ali Dschaabari. Israelische Soldaten sprengten einige Häuser gegenüber dem Hadassah Gebäude, von denen aus der Anschlag verübt worden sein soll. Die israelische Regierung deportierte, als erste Vergeltungsmaßnahme, die Bürgermeister von Hebron und Halhoul, Kawasma und Milhelm, sowie den Richter Scheich Tamini aus Hebron, denen die Aufwiegelung der Bevölkerung vorgeworfen wurde. Die drei wurden nachts aus ihren Betten geholt und ohne Gesprächsmöglichkeiten per Hubschrauber in den Südlibanon gebracht. Dieser Piratenakt rief breite Protestaktionen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten hervor, die bis heute andauern. In Ostjerusalem, Gaza, Nablus, Kalkiliya und Tulkarm blieben alle Geschäfte geschlossen. In Halhoul wurde eine Demonstration von 50 Schülern von den Militärs mit Tränengas aufgelöst. Unterdessen wurden die drei Deportierten in Beirut von demonstrierenden palästinensischen Jugendlichen unter der Parole „Revolution, Revolution bis zum Sieg" begrüßt.

Eine Woche nach der Ausweisung forderte der UN-Sicherheitsrat e i n s t i m m i g (bei Stimmenthaltung der USA) Israel auf, diesen illegalen Akt sofort wieder rückgängig zu machen. Nach dieser Entscheidung versuchten die drei über die Allenby-Brücke wieder offiziell in ihre Heimat zurückzukehren, was die israelischen Behörden durch Sperrung der Brücke verhinderten.

mat zurückzukehren, was die israelischen Behörden durch Sperrung der Brücke verhinderten.

Brennpunkt Hebron

Seit einem Jahr verschärfen sich die Auseinandersetzungen in den besetzten Gebieten vor allem durch die expansive Siedlungspolitik der Zionisten. Auf Hebron („Stadt der Patriarchen"), mit 60.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt im Westjordanland, haben es die Siedler besonders abgesehen. Von Kiryat Arba aus, mit 4.000 Einwohnern die größte israelische Siedlung und in unmittelbarer Nähe Hebrons gelegen, starten sie immer wieder neue Siedlungsversuche und Provokationen gegen die arabische Bevölkerung.

So besetzten Gusch-Emunim Leute vor einem Jahr das Hadassah-Gebäude in Hebron als ersten Schritt zur Besiedlung der arabischen Stadt. Das Hadassah-Gebäude gehört zu dem Teil Hebrons, der bis zu den Auseinandersetzungen im August 1929 zwischen Arabern und Juden von jüdischen Siedlern bewohnt war. (Die jüdische Besiedlung Palästinas war damals – unter britischem Mandat – weit vorangeschritten und hatte schon zur Zerstörung weiter Teile der palästinensischen Gesellschaft geführt. Beispielsweise waren durch den Landkauf der Zionisten viele palästinensische Pächter und Landarbeiter brotlos geworden). Kein Wunder, daß den rechtsradikalen Zionisten das arabische Hebron ein besonderer Dorn im Auge ist!

Dem militanten Vorgehen der Zionisten, das letztlich die möglichst völlige Vertreibung der Palästinenser zum Ziel hat, stehen die nun wirklich friedfertigen Äußerungen des arabischen Bürgermeisters Kawasma gegenüber: *„Selbstverständlich heißen wir Juden, die in Hebron leben wollen, willkommen, aber unter der Bedingung, daß uns erlaubt wird, zu unserem Eigentum nach Lod, Ramle, Jaffa und Haifa zurückzukehren"* („Jerusalem Post", „JP", 17.-23.2.80).

Das israelische Kabinett deckte damals die Besetzung ausdrücklich, indem es betonte, daß jüdische Siedlungen überall in „Eretz Israel" unterstützt würden („JP", 17.2.).

Als Vergeltung für die Ermordung zweier arabischer Jugendlicher aus Halhoul während einer Demonstration wurde am 31.1. ein israelischer Soldat in Hebron erschossen. Die zionistischen Besatzer nahmen dies zum Anlaß, über die Stadt ein Ausgehverbot zu verhängen, das nur für 1 1/2 Stunden täglich unterbrochen wurde. Unter dem Schutz der israelischen Soldaten terrorisierten mehrere hundert Siedler die Bevölkerung: *„So wurde zum Beispiel ein 70jähriger Hüter einer Moschee mit Eisenstangen traktiert, verlor ein Auge und mußte schwerverletzt an Rückgrat und Bauch ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die antipalästinensischen Pogromhetzer brachen – während des Ausgehverbotes – in Wohnungen ein, verprügelten deren Bewohner und demolierten in Geschäften Waren und Fenster. In der Moschee der als Heiligtum geltenden Höhle Machpela wurden Koranbücher verwüstet."* („UZ", 11.2.)

Kawasma wollte nach New York reisen, um vor dem Sicherheitsrat die israelische Siedlungspolitik anzuklagen. Israel verweigerte ihm die Ausreise! Genauso erging es den Bürgermeistern von Nablus und Halhoul, die an einer palästinensischen Menschenrechtskampagne in den USA teilnehmen wollen.

Auf Antrag von Marokko und Jordanien verurteilte der Weltsicherheitsrat Anfang März einstimmig die Errichtung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und forderte deren Räumung. In der Entschließung heißt es: *„Alle Maßnahmen*

richtung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und forderte deren Räumung. In der Entschließung heißt es: „Alle Maßnahmen

Israels zur Veränderung des physischen Charakters, der bevölkerungsmäßigen Zusammensetzung und der verwaltungsmäßigen Struktur der palästinensischen und anderen arabischen, seit 1967 besetzten Gebiete einschließlich Jerusalems oder Teilen davon, hätten keine rechtliche Gültigkeit" („SZ", 3.3.). Der US Chefdelegierte McHenry meinte: *„Wir betrachten die Siedlungen in den besetzten Gebieten als nach internationalem Recht illegal"* (ebenda). Das waren markige Worte der USA, die in den Medien und in Israel Verwunderung auslösten, war es doch das erste Mal, daß die USA einer Verurteilung Israels zustimmten. Aber Carter stellte das Ganze schon wenig später als „Mißverständnis" richtig. Mit dieser gewohnten Rückendeckung beschloß dann die israelische Regierung Ende März die Wiederbesiedlung ehemals jüdischer Gebäude im Zentrum Hebrons. Aus einer 1929 zerstörten Synagoge soll eine Thora-Schule für 50 religiöse Soldaten gemacht werden, ein ehemaliges Krankenhaus zu einer „Feldschule", in der ebenfalls Wehrpflichtige ihren Dienst ableisten können.



Von den Siedlern wurde der Kabinettsbeschluß als erster Schritt natürlich begrüßt. Ihr Führer, Rabbi Moshe Levinger, stellte gleich klar, daß zuerst nur in den beiden Häusern Leute leben werden, daß aber kein Zweifel daran bestehe, daß der Kabinettsbeschluß *„die Besiedlung Hebrons öffne und den Juden überall in Eretz Israel erlaube zu leben"* („JP", 30.3.). Die Bevölkerung antwortete auf diesen Beschluß mit einem eintägigen Generalstreik und einer Massenkundgebung in Hebron. Kawasma sagte dort: *„Imperien kommen und gehen, wie das Reich der Briten oder der Nazis. Das zionistische Imperium wird ebenso fallen!"* („SZ", 26.3.).

Widerstand in Israel

In Israel selbst steht die israelische Regierung einer immer stärker werdenden „Frieden – jetzt"-Bewegung gegenüber, die in der Siedlungspolitik der Regierung eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben mit den Palästinensern sieht. In einer Meinungsumfrage sprachen sich 52,7 % der Israelis gegen die Ansiedlung von Juden in Hebron aus, nur 35,8 % waren dafür. („Hamburger Abendblatt", 17.3.). Am 29.3. demonstrierten

der Israelis gegen die Ansiedlung von Juden in Hebron aus, nur 35,8 % waren dafür. („Hamburger Abendblatt", 17.3.). Am 29.3. demonstrierten

25.000 Menschen von Haifa nach Jerusalem und forderten *„Geld für die Slums, nicht für die Besiedlung"* („JP", 30.3.). Ein israelischer Soldat wurde zu 35 Tagen Haft verurteilt, weil er seinen Wehrdienst nicht im besetzten Westjordanien ableisten wollte. („SZ", 17.3.). Diese Weigerungen sind längst kein Einzelfall mehr.

„Tag des Bodens" ... und eine neue zionistische Provokation

Am 30. März wurde von den Palästinensern in Israel zum vierten Mal der „Tag des Bodens" begangen, an dem die arabische Bevölkerung gegen die Enteignung ihrer Ländereien protestiert.

Vor vier Jahren waren an diesem Tag auf einer Protestdemonstration sechs Palästinenser erschossen worden. Die Bevölkerung wendete sich damals gegen Enteignungen in Galiläa (Nordisrael), das vorwiegend und noch zusammenhängend von Palästinensern bewohnt wird. Es waren die ersten großen Proteste gegen die Politik der Zionisten in Israel. Das brutale Vorgehen des Militärs führte damals zu einer fast ein Jahr dauernden Protestwelle in Israel und den besetzten Gebieten, die sicher auch unter dem Eindruck des damals sehr erfolgreichen Kampfes der fortschrittlichen Kräfte im Libanon stand.

In diesem Jahr stand er im Zeichen

druck des damals sehr erfolgreichen Kampfes der fortschrittlichen Kräfte im Libanon stand.

In diesem Jahr stand er im Zeichen

der aktuellen Ereignisse in den besetzten Gebieten. Im Westjordanland und in Ostjerusalem wurde aus Solidarität fast vollständig gestreikt. In Arraba demonstrierten mehrere tausend Menschen („JP", 6.4., „UZ", 1.4. : 15.000).

Die israelische Regierung nutzte den Tag auf die ihr eigene provokatorische Art: Sie kündigte an, daß ein n e u e s G e s e t z z u r b e s s e r e n E n t e i g n u n g von Boden in Vorbereitung sei. *„Ein Jude hat das Recht, in Eretz Israel zu siedeln. Das Siedlungsgelände bestimmt die Regierung."* Das Gesetz soll rückwirkend vom 27. Juli 1967 inkraft treten und jede Siedlungsgründung im besetzten Palästina legalisieren („SZ", 1.4., „Palästina-Bulletin", 3.4.).

Begins Rechtsberater Zamir soll rechtliche Zweifel an diesem Entwurf angemeldet haben, da dieses Gesetz außerhalb der eigenen Landesgrenzen angewendet würde und somit seine Verwirklichung einer Annexion gleich komme. Da auch das oberste israelische Gericht sagt, daß Land in den besetzten Gebieten „nur" zu Sicherheitszwecken enteignet werden darf, will die israelische Regierung mit folgendem Trick die Sache rechtlich absichern: In den besetzten Gebieten gilt nach wie vor jordanisches Recht, was Landenteignungen gegen Entschädigung für öffentliche Zwecke zuläßt. Begin will nun die Besiedelung als „Öffentliche Aufgabe" wie

was Landenteignungen gegen Entschädigung für öffentliche Zwecke zuläßt. Begin will nun die Besiedelung als „Öffentliche Aufgabe" wie

Straßen- oder Häuserbau festschreiben („The Guardian", 3.5.)!

Nahost-Kommission

„Begin hau ab!" riefen 150.000 in Tel Aviv

Mit roten Fahnen und Parolen wie „Begin hau ab!" marschierten am 1. Mai 150.000 Menschen durch die Straßen von Tel Aviv.

Die Demonstration war von der Gewerkschaftsorganisation „Histadrut" veranstaltet worden. Die „Histadrut" hatte bisher nie Versammlungen und Demonstrationen zum 1. Mai unterstützt. Sie will nun die Protestbewegung der israelischen Werktätigen zum Nutzen der rechtssozialdemokratischen „Arbeiterpartei" umbiegen. In spätestens einem Jahr sind Wahlen, und Umfragen haben ergeben, daß die Rechtsparteien, die hinter der Begin-Regierung stehen, die Wahl zur Zeit verlieren würden.

Die Menschen protestieren gegen ihre sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage (dreistellige Inflationsrate) und gegen die damit bezahlte hemmungslose Fortsetzung der zionistischen Eroberungspolitik durch die Begin-Regierung, durch die ein neuer Krieg im Nahen Osten heraufbeschworen wird (nach „il manifesto").

Nahostkommission

Oberstes Ziel: „Sadat stürzen!"

Der Rücktritt des ägyptischen Ministerpräsidenten Khalil und Vermutungen, daß Präsident Sadat auch dieses Amt übernehmen wird, um die Macht weiter in seinen Händen zu konzentrieren, sind Ausdruck wachsender innenpolitischer Schwierigkeiten, denen sich Sadat gegenübersieht. Seine Politik (Friedensverträge, Maßnahmen zur Unterdrückung der Opposition, Aufnahme des Schahs usw.) stößt inzwischen selbst auf Widerspruch bei den bisher Sadat-treuen Parlamentsabgeordneten. Wachsende wirtschaftliche und soziale Probleme, deren Lösung sich Teile der Bevölkerung von den Friedensverträgen mit Israel erhofft haben, bilden Grundlage für die zunehmende Opposition, von rechts bis links.

„Ägyptische Nationale Front"

Der Sturz von Präsident Sadat ist Punkt 1 des Aktionsprogramms der neu gegründeten „Ägyptischen Nationalen Front", einem Zusammenschluß oppositioneller Ägypter im Exil. Initiator und Generalsekretär der Front ist der ehemalige Generalstabschef Saaeddin Shazli, der einst als „Held des Oktoberkriegs" gefeiert wurde, weil er die ägyptischen Truppen 1973 über den Suezkanal geführt hatte. Wegen Differenzen über die Kriegsführung setzte Sadat ihn sozusagen über Nacht ab und schob ihn als Botschafter erst nach London, dann nach Lissabon ab, von wo aus Shazli unverhohlen Kritik am Sadat-Regime übte. Als Höhe- und Schlußpunkt seiner Botschaftertätigkeit verfaßte Shazli 1978 eine umfassende Anklageschrift gegen Sadat auf offiziellem Botschaftspapier und verteilte sie an die Presse. Als er 1979 wegen Hochverrats angeklagt wurde – angebliche Preisgabe militärischer Geheimnisse aus dem Oktoberkrieg – war Shazli längst in Algerien im Exil.

Auf einer Pressekonferenz, die Shazli am 2. April in Beirut gab, erläuterte er die Ziele und das Aktionsprogramm der „Ägyptischen Nationalen Front":

- Sturz Sadats: *„Wir werden zuerst versuchen, Sadat zu einer demokratischen Abrechnung zu zwingen. Wenn uns unsere demokratischen Rechte vorenthalten werden, werden wir unsere Zuflucht zu revolutionärer Gewalt nehmen, um das Sadat-Regime zu stürzen"* („Süddeutsche Zeitung", 12./13.4.80).
- Errichtung eines nationalistischen Regimes
- Kündigung des Friedensvertrages mit Israel
- Beendigung der ägyptischen Allianz mit den USA und mit Israel
- Wiederherstellung der Führungsposition Ägyptens in der arabischen Welt

(„SZ", 12./13.4.80).

Die Front soll ein Zusammenschluß nationalistischer, keineswegs demokratischer und fortschrittlicher Kräfte werden. In einem Interview erklärte Shazli auf die Frage: *„Wen repräsentiert ihre Front?"*: *„Alle, von Rechts bis Links. Die Front ist offen für jeden (einschließlich – wenn sie es wollen – die Muslimbrüderschaft), der die Forderungen nach dem Sturz Sadats erhebt"* („Guardian", 7.6.80). Die Floskel von der breiten Einheit wird jedoch eindeutig durch die einseitig nationalistischen Töne als solche entlarvt. Dieser General träumt von einer äyptischen Führungsrolle und nicht von einem freien, sozialen Ägypten. Positiv ist allein die ausgesprochene Gegnerschaft zur USA hervorzuheben. Anerkannt und unterstützt wird die Front bisher nach Aussagen ihres Generalsekretärs von Syrien, Libyen, Algerien, Südjemen und der PLO („Le Monde", 4.4.80).

Muslimbrüder – Bündnispartner der fortschrittlichen Kräfte?

Nicht nur im Exil, sondern auch in Ägypten selbst soll es Anzeichen dafür geben, daß eine Zusammenarbeit zwischen bürgerlich-demokratischen Kräften und den Muslimbrüdern nicht mehr unwahrscheinlich ist. Die „taz" berichtete, daß Khalid Muhiddin, Chef der „Nationalen Fortschrittlich-Unionistischen Sammlungspartei", *„unlängst Kontakte zu Umar at-Talmasani, einem der Führer der Muslimbrüder, aufgenommen (hat), um den 'Dialog' zwischen den anti-Sadat'schen Kräften zu vertiefen"* („taz", 18.4.80).

Die Muslimbrüder und zahlreiche kleinere, überwiegend militante isla-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Irak:

Verfolgung Oppositioneller durch das Baath-Regime

Vom 21. bis 23.April protestierten Iraker auf dem Bonner Münsterplatz mit einem Hungerstreik und einer abschließenden Demonstration zur irakischen Botschaft gegen die verstärkte politische Unterdrückung der Kurden und oppositionellen Gruppen, gegen Massendeportationen und Hinrichtungen politischer Oppositioneller in Irak. Sie forderten den Lieferstopp von westdeutschen Waffen an Irak, die Einstellung der Ausbildung von irakischen Geheimdienstleuten in der BRD, die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission über die Lage in Irak und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Aufgerufen zu dieser Aktion hatten folgende Organisationen: „Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland", „Verein der Ärzte aus Kurdistan", „Vereinigung irakischer Studenten".

Der Demonstrationszug –mit etwa 50 Teilnehmern, u.a. auch Kinder– wurde bereits während der Aufstellung von einem 80 bis 120 Mann starken bewaffneten Rollkommando regimetreuer Iraker überfallen. Unter den Demonstranten gab es zahlreiche Verletzte, einige mußten mit z.T. schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Schläger, Iraker aus verschiedenen Orten der Bundesrepublik, zogen sich anschließend auf das Gelände der irakischen Botschaft zurück. Bisher ist nicht bekannt, ob irgendeiner von ihnen verhaftet wurde, die Polizei konnte die Iraker jedenfalls auf dem Botschaftsgelände nicht weiter verfolgen, da es sich um „exterritoriales Gebiet" handelt. Trotz ihrer Verletzungen zogen die Demonstranten weiter in Richtung Botschaft, wurden aber auf halber Strecke von der Polizei gestoppt.

Nicht nur der Rückzug auf das Botschaftsgelände zeigt, daß der Schlägertrupp mit Billigung und wahrscheinlich auch im Auftrag des irakischen Regimes handelte. Unter den Schlägern wurden Botschaftsangehörige erkannt, weitere Angehörige der Botschaft machten gar keinen Hehl aus ihrer Zusammenarbeit mit dem Rollkommando.

Die Polizei war schon einen Tag vorher darauf hingewiesen worden, daß ein Überfall geplant sei. Der Militärattache der irakischen Botschaft hatte nämlich die sich im Hungerstreik befindlichen Iraker und Kurden aufgefordert, den Hungerstreik abzubrechen, sonst gäbe es Ärger mit seinen Leuten. Die westdeutsche Polizei hatte diese Hinweise jedoch ignoriert. Außer der Bonner Presse („Bonner Stadtanzeiger" und „Express", 24.4.) wurde in keiner bürgerlichen Zeitung berichtet. Offizielle Proteste blieben aus. Dieses gute Einvernehmen mit der irakischen Botschaft hat seine Ursache: Jahrelang stand die Bundesrepublik an der Spitze der Handelpartner Iraks, dieser Platz wird ihr erst in jüngster Zeit von Frankreich streitig gemacht. Hinzu kommt, daß Irak angeboten hat, für ausfallende (oder nicht abgenommene) iranische Öllieferungen einzuspringen (so soll der Anteil iranischen Erdöls an der Rohölversorgung nach den Plänen der Mineralölindustrie in den nächsten Monaten von jetzt 14 % auf 4,5 % sinken! „Frankfurter Rundschau", „FR", 16.5.80).

Verfolgung oppositioneller Iraker im Ausland

Das blutige Vorgehen gegen irakische Oppositionelle ist zwar in der Bundesrepublik neu, hat aber in anderen Ländern etliche Beispiele und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter des irakischen „sozialistischen" Baath-Regimes. In einer Rede im Februar dieses Jahres, die in der irakischen Presse abgedruckt wurde, erklärte der irakische Staatspräsident, Saddam Hussein al Takriti (gleichzeitig Vorsitzender des „Revolutionären Kommandorates", der die gesamte Politik bestimmt und Gesetze erläßt –Irak hat kein Parlament–, Generalsekretär der Regionalen Führung der „Arabischen Sozialistischen Baath-Partei", die alles kontrolliert, und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist), daß *„die Hand der Revolution die Oppositionellen erreichen wird, wo immer sie sich befinden."* („Le Monde", 12.5.80).

Daß es sich bei diesen Worten nicht um leere Drohungen handelt, hat die nun schon jahrelange, ständige Verfolgung, Bespitzelung und z.T. Ermordung oppositioneller Iraker im Ausland bewiesen.

– In einem Brief an „Le Monde", 12.5., berichtet die „Vereinigung" Irakischer Studenten in Frankreich" von Morddrohungen gegen ihre Mitglieder. Gleichzeitig wird auf die Ermordung des damals in Beirut im Exil lebenden Irakers Adel Wasfi hingewiesen. Wasfi arbeitete als Redakteur bei der PLO-Zeitung „Falastin al Thawra" (das irakische Baath-Regime stellt sich bekanntlich immer gern als bester Freund des palästinensischen Volkes dar) und war Mitbegründer der „Union der irakischen Demokraten". Er wurde im Juni 1977 ermordet. Die libanesische Presse veröffentlichte damals eine lange Liste von Menschen, die vom irakischen Regime zum Tode verurteilt waren. Einer von ihnen, Yaliga El Irakie, wurde am 24.3.80 in Beirut ermordet. Er war ebenfalls Mitglied der „Union der irakischen Demokraten".

– In der Schweiz hat kürzlich der Prozeß gegen die beiden Attentäter von Ismet Sheriff-Vanley begonnen. Sheriff-Vanley ist ehemaliger Repräsentant der „Demokratischen Partei Kurdistans" in Europa und wurde bei dem Attentat vom 16.10. 76 schwer verletzt. Einer der Attentäter war der ehemalige irakische Generalkonsul von Genf, El Tikriti.

– Zwischen Bulgarien und Irak bestehen gespannte Beziehungen, seit die bulgarische Regierung alle irakischen Studenten zurückgeschickt hat. Zunächst war ein Mitglied der irakischen Baath-Partei von irakischen KPlern getötet worden, beim anschließenden Racheakt kamen mindestens drei weitere Iraker ums Leben („Neue Zürcher Zeitung"/„NZZ", 9.5.80).

– Die umfangreiche Bespitzelung in Schweden lebender irakischer politischer Flüchtlinge war herausgekommen, als ein schwedischer Polizeibeamter bei der Übergabe entsprechenden Materials an irakische Diplomaten erwischt worden war. Mehrere irakische „Diplomaten" waren verhaftet und ausgewiesen worden. („SZ", 9.2.79).

– In London fand vor etwa einem Jahr der Prozeß gegen die Mörder des ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten Al Naif statt. Angeklagt ist u.a. Ammadi Rahman Schukri, Beamter des irakischen Jugendministeriums. Al Naif wurde 1968 durch den Putsch des Baath gestürzt. Zur Zeit seiner Ermordung (9.7.78) hatte Al Naif Kontakt zur syrischen Regierung aufgenommen, mit dem das irakische Baath-Regime sich damals (vor den „Vereinigungsbestrebungen" Ende 78 bis Mitte 79, vgl. AK 158) heftig befehdete. Vor Gericht erklärten die Angeklagten, im Auftrag des irakischen Geheimdienstes gehandelt zu haben („SZ", 2.3.79, „The Guardian", „TG", 17.3.79).

– Zu erinnern ist außerdem an die Ermordung des Universitätsprofessors Taufic Rouchdi, irakisches KP-Mitglied und Kurde, in Aden am 2.6.79. Die südjeminitischen Behörden machten für den Mord den Sicherheitschef der irakischen Bojschaft, Bachir Mahmoud, und einen weiteren Botschaftsangehörigen, Said Hamid, verantwortlich. Letzterer wurde mit zwei anderen Irakern vor Gericht gestellt, wo er erklärte, im *„Auftrag eines Mitglieds des irakischen Geheimdienstes"* gehandelt zu haben („Le Monde", 4.7.79). Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind seit der Zeit unterbrochen.

Wachsende politische Unterdrückung im Irak

Seit rund zwei Jahren dringen immer wieder Meldungen über eine stärkere politische Verfolgung in Irak an die Öffentlichkeit, über Verhaftungswellen, Verschwinden Oppositioneller, massenhafte Hinrichtungen, Folter, massenhafte Ausweisungen.

Mit einigen Zahlen soll das belegt werden:

– Von Januar 1978 bis August 1979 wurden 191 Todesurteile (u.a. gegen Gewerkschafter) wegen „Konspiration gegen Partei und Revolution" vollstreckt (ai-Sondernummer, 1.5. 80). Von Anfang März bis Mitte April 1980 wurden 100 Menschen hingerichtet („LM", 19.4.80).

hingerichtet („LM", 19.4.80).

– Schon im Dezember 78 hatte die irakische KP (damals noch an der Regierung beteiligt) erklärt, daß sich das irakische Regime *„Grausamkeiten gegen die Partei, ihre Mitglieder und deren Aktivitäten seit mehr als einem Jahr zuschulden"* hat kommen lassen („LM", 14.12.78).

– Vom 1.1.79 bis Mitte Februar 79 verschwanden 1913 KP-Mitglieder und Sympathisanten, 2125 Menschen außerdem in Kurdistan („LM", 23.2. 79). "Le Monde" (20./21.4.80) berichtet, daß es in diesem Frühjahr ständig Verhaftungswellen in Bagdad gegeben habe, die Gefängnisse seien mit Kurden, Schiiten, Kommunisten, Militärangehörigen und Turkmenen überfüllt.

– Auch in den Reihen der Baath-Partei finden laufend Säuberungen statt. Nach dem Putsch Saddam Husseins gegen den damaligen Staatschef al Bakr im Juli 79 wurden 21 hohe Funktionäre hingerichtet. In der Baath-Partei selbst finden laufend Säuberungen statt, der Chef der Geheimdienste, Oberst Khalil Ibrahim Al-Azzawi, wurde seines Postens enthoben und in eine Kleinstadt versetzt. Es gab mehrere Hinrichtungen („SZ", 23./24.2.80, nach „Al Hawadess", und „LM", 20./21.4.80). Vor Parteikadern erklärte Saddam Hussein: *„Wir sind in unserer stalinistischen Ära. Wir müssen mit eiserner Faust die geringste Abweichung oder den geringsten Rückfall bekämpfen – beginnend mit den Baathisten."* („TG", 11.4.80).

– Unbedingt erwähnt werden muß der blutige Krieg, den das irakische Regime jahrelang, mit gewissen Unterbrechungen, gegen die um Autonomie kämpfenden Kurden geführt hat, die Ermordung vieler Menschen und die in den letzten Jahren durchgeführte Deportation einer Viertel Million irakischer Kurden aus dem kurdischen Bergland im Norden in die Wüste im Süden Iraks.

– Ein weiteres Beispiel ist die jetzt erfolgte Ausweisung von mehreren zehntausend Irakern in den Iran, die angeblich persischer Abstammung sein sollen. Das irakische Regime nutzt ganz offensichtlich die propagandistisch hochgespielten Streitigkeiten und militärischen Scharmützel mit dem iranischen Regime, um gegen die Opposition im Innern vorzugehen. In einem Flugblatt schreibt die „Vereinigung der irakischen Studenten in der BRD und Westberlin", daß sich die Bedrängnis, in der sich das irakische Regime befinde, in „konfusen Aktionen" zeige, wie in der *„Aussiedlung und Ausbürgerung tausender Iraker, die in Massen an die irakisch-iranische Grenze gebracht werden. Bevorzugt werden dabei Arbeiterbezirke, in denen der Widerstand am stärksten ist. Diese Menschen werden mit Gewalt aus ihren Häusern auf Lastwagen geladen und ohne Hab und Gut abtransportiert. Viele von ihnen überleben diese Fahrt nicht oder sterben nach kurzer Zeit in Folge von Hunger und Kälte, weil sie einfach wie Tiere an der Grenze abgeladen werden. Eine Flucht zurück in ihre Heimat ist nicht möglich, da das Grenzgebiet von Militärposten bewacht wird. Die iranischen Behörden können kaum Hilfe leisten, weil diese Menschen über die 900 km lange Grenze verstreut wurden."* (Mitte April 80)

Schon 1971 wurden 34.000 Iraker iranischer Abstammung über die Grenze abgeschoben. Anlaß waren damals Differenzen mit dem Schah-Regime, das in einem Handstreich drei Inseln in der Meerenge von Hormuz besetzt hatte („FR", 15.4.. 80)!

Neue Gesetze gegen eine wachsende Opposition

Die wilde Polemik und die sogar z.T. bewaffnet ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den Machthabern im Iran und dem irakischen Baath-Regime bieten für beide Regimes willkommenen Anlaß, um gegen die eigene Opposition verschärft vorzugehen.

Seit Monaten gibt es in allen Bereichen Anzeichen für eine wachsende Opposition. Das gilt besonders für die Schiiten, die mehr als die Hälfte der Einwohner ausmachen, und die Kurden, die seit je her gegen das Baath-Regime kämpfen.

Anfang April wurde auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Tariq Aziz ein Anschlag verübt, nur wenige Tage später auf den Informationsminister Jassim. Beide wurden schwer verletzt. Ebenfalls Anfang April wurde der frühere Baath-Aussenminister Abdul Karim Schaikali ermordet; im Baya-Viertel in Bagdad wurde eine Polizeistation über-

ermordet; im Baya-Viertel in Bagdad wurde eine Polizeistation über-

fallen (vier Tote); in Diwaniyah wurden zwei Sicherheitsoffiziere erschossen; im Majar-Bezirk in Süd-Irak fand eine nächtelange Schlacht statt („TG", 11.4.).. Obwohl die Armee durch Parteiorganisationen in allen Einheiten vollständig von der Baath-Partei zu kontrollieren versucht wird, scheint sich auch hier Widerstand zu regen. Unter den vom Regime Exekutierten befindet sich eine große Anzahl Militärs, der jahrelange Krieg gegen die Kurden hat Opposition aufkommen lassen, die meisten Offiziere sind sunnitische Moslems, während Soldaten und Mannschaften Schiiten sind („TG", 11.4.).

Die Attentate auf die Baath-Minister, für die sich eine Organisation irakischer Modjahedin („Al-Da Wa", „Der Ruf") verantwortlich erklärt hat, haben den Anlaß für ein neues scharfes Gesetz gegeben, das die Verhängung der Todesstrafe gegen Jedermann erlaubt: Die Todesstrafe wird ausgesprochen gegen jeden, *„der zur Partei gehört, ihre Ideen propagiert oder ihre Arbeit fördert"* („TG", 11.4.).

Dieses fast unglaubliche Gesetz kann fast als typisch für die irakische Gesetzgebung angesehen werden. Auf folgende "Taten" stand schon bisher die Todesstrafe im Irak:

– politische Betätigung in der Armee, außer von Mitgliedern und im Sinne der Baath-Partei,
– Eintritt in die Baath-Partei unter Verschweigen früherer Partei-Verbindungen oder weiterer Aufrechterhaltung solcher Verbindungen (1974),
– ehemalige Baath-Mitglieder dürfen keine andere Partei oder politische Richtung unterstützen (1976),
– frühere oder jetzige Baath-Mitglieder dürfen nicht mit den Vorstellungen anderer Parteien agitiert werden,
– wer nach dem 17.7.78 die Armee verlassen hat oder entlassen worden ist, darf keiner anderen Partei als der Baath-Partei beitreten oder sie unterstützen. Das gilt auch für Geheimdienstleute. („LM", 7./8.1.79; ai-Jahresbericht 1979, „l'etincelle", 12.2.79).

Außerdem müssen Studenten, die im Ausland studieren, ohne von der Baath-Partei geschickt zu sein, mit fünfzehn Jahren Gefängnis rechnen. Das Einverständnis kann innerhalb eines Jahres nachgeholt werden.

Nahost-Kommission

Fortsetzung von der vorherigen Seite

mische Gruppen, scheinen zur Zeit die einflußreichste oppositionelle Bewegung in Ägypten zu sein. Die politisch-religiöse Organisation der Muslimbrüder mit stark antisemitischem Einschlag (gegründet 1927) hatte Ende der 40er Jahre bereits ihre erste große Blüte. Unter Nasser wurde die Organisation nach einem mißglückten Anschlag auf Nasser verboten und verfolgt. Im Zuge von Sadats „Öffnungspolitik" nach rechts konnten die Muslimbrüder zwar ihre Anerkennung als politische Partei nicht zurückgewinnen, aber ziemlich ungehindert Propaganda betreiben. Während die linken Kräfte, deren Organisationen überwiegend verboten wurden, kaum noch Veröffentlichungsmöglichkeiten haben, dürfen die Muslimbrüder seit 1979 ihre Wochenschrift „al-Dauwa" an jedem Zeitungskiosk verkaufen. Nach Angaben der „taz" *„hat die Muslimbruderschaft (heute) nach zuverlässigen Angaben zwischen 800.000 und 1 Million Mitglieder und Sympathisanten. (...) Muslimbrüder sitzen in den Aufsichtsräten einiger Banken, in Ministerien und dominieren die Universitäten. Unter Studenten haben andere politische Vereinigungen praktisch keine Chance mehr"* („taz", 18.4.80). So gehen auch die jüngsten großen Demonstrationen in den Universitätsstädten Kairo, Assiut und Alexandria, bei denen es zu erheblichen Zusammenstößen mit der Polizei kam, auf das Konto der muslimischen Organisationen.

Anlaß für die Proteste waren vor allem die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel (die Botschafter nahmen ihre Geschäfte am 26. Februar auf) und die Ankunft des Ex-Schahs als politischer Asylant in Ägypten. Beide Ereignisse stießen auf breite Kritik in der Bevölkerung, nicht nur unter den Anhängern der Muslimbrüder. Die wohl heftigsten Demonstrationen fanden in Assiut statt. Bei einer von „muslimischen Studenten" organisierten Demo am 28. März gegen die Anwesenheit des Ex-Schah wurde bei Schlägereien mit der Polizei ein Arbeiter so schwer verletzt, daß er kurz danach im Krankenhaus starb („Le Monde", 2.4.). Gerechtfertigt wurde das Eingreifen der Polizei damit, daß es im Verlauf der Demonstration zu Ausschreitungen gegen Kopten (Christen) kam, die sich – nach Darstellung der koptischen Kirche – in letzter Zeit häufen. Während die Organisatoren der Demonstration mit einem erneuten Protestmarsch zu Ehren des getöteten Arbeiters reagierten (rund 5000 Menschen nahmen am 3. April wiederum in Assiut daran teil), dramatisierte die koptische Kirche die tätlichen Übergriffe auf Angehörige ihrer Glaubensgemeinschaft, indem sie am „Palmsonntag" (30. März) beschloß, wegen der fortgesetzten „Diskriminierung" keinerlei Osterfeierlichkeiten stattfinden zu lassen („Süddeutsche Zeitung", 2.4.80). (Von den 42 Millionen Ägyptern sind etwa 6 Millionen Kopten.)

Schonzeit für die Muslimbrüder zuende?

Während die bürgerlich-demokratische und die linke Opposition in den letzten Jahren vom Sadat-Regime mit allen Mitteln unterdrückt worden ist, wurden die Muslimbrüder bestenfalls zaghaft kritisiert und ermahnt. Zwar hat es bei besonders militanten Aktionen auch Verhaftungen einzelner Mitglieder gegeben, aber im Gegensatz zur Linken konnten sie ihre Organisation ungehindert wieder aufbauen. Ihre Re-islamisierungsbemühungen in allen gesellschaftlichen Bereichen paßten durchaus in Sadats Konzept, die Bevölkerung von den drängenden sozialen und politischen Problemen abzulenken. Durch die antijüdische, nur am Rande antizionistische, Propaganda der Muslimbrüder in den letzten zwei Jahren gegen die „Friedenspolitik" Ägyptens werden sie offenbar auch von Sadat als wachsende Gefahr erkannt. Sie sind ganz entschieden gegen den Seperatfrieden, aber auch gegen eine Fortsetzung der Genfer Verhandlungen: *„Die Muslimbrüder glauben, daß das Palästinaproblem nicht nur eine Angelegenheit der Palästinenser ist und auch nicht nur der Araber allein, sondern es betrifft die gesamte islamische Welt. Es ist ein grundlegendes Problem, dessen Wurzeln weit in die Geschichte zurückgehen, bis zur tief eingesessenen jüdischen Feindschaft gegen den Islam"* („Erklärung der Muslimbrüder an die Leute", aus: „Mujtama", 10.1.78, deutsch in: „Orient", 2/79). Manche Beobachter (so z.B. die „taz", 18.4.80) glauben, daß sich das am 30. April verabschiedete neue Gesetz zur Unterdrückung jeglicher Opposition besonders gegen die Muslimbrüder wenden wird. Kern dieses „Gesetzes zum Schutz vor Schandtaten" ist die Schaffung eines Sondergerichtshofes für „moralische Werte", an dessen Spitze ein von Sadat ernannter „Sozialistischer Generalstaatsanwalt" stehen soll. Dieses Gericht soll bei Zuwiderhandlungen gegen die staatliche Ordnung der „ägyptischen Familie" in Aktion treten: *„Verneinung der göttlichen Gebote, Aufruf zur Herrschaft einer sozialen Klasse über die andere oder zur Liquidierung einer sozialen Schicht, öffentlich ein schlechtes Beispiel für die Jugend geben..."* („Le Monde", 12.4.80). Direkt gegen die anti-koptische Politik der Muslimbrüder & Co. soll die Strafandrohung des neuen Gesetzes bei Verstoß gegen die „nationale Einheit" gerichtet sein, ein Begriff, der von Sadat eingeführt wurde zur Kennzeichnung des (gestörten) friedlichen Zusammenlebens von Muslimen und Christen und vorbeugend: Juden. Ob dieses Gesetz tatsächlich gegen die rechte Opposition angewandt wird, wird sich zeigen; die Linke, die es zweifellos zu spüren bekommen wird, muß sich auf Strafen neuer Art einstellen: *„Per Gerichtsbeschluß wird die Kandidatur für öffentliche Ämter aller Art, auch in Gewerkschaften, verboten, ebenso die Organisierung einer politischen Partei und sogar die einfache Mitgliedschaft darin. Wer außerdem einen Beruf hat, der mit (...) der Bildung der öffentlichen Meinung in Zusammenhang steht oder mit der Jugenderziehung, muß für die Dauer der ausgesprochenen Strafe (6 Monate bis 5 Jahre) diese Tätigkeit aufgeben"* („Neue", 2.4.80).

Neben dieser Sondergerichtsbarkeit, die auf die Aberkennung der bürgerlichen Rechte abzielt, geht natürlich die „normale" Strafverfolgung der ägyptischen Opposition weiter. Jüngstes Beispiel: Mitte April hat der Kairoer Generalstaatsanwalt gegen 30 Personen Anklage erhoben wegen „Verschwörung zum Sturz von Sadat". Ihnen wird vorgeworfen, an der Reorganisierung der verbotenen ägyptischen KP seit Ende 1977 beteiligt gewesen zu sein. Dieselbe Anklage wurde auch gegen 24 im westeuropäischen Ausland lebende angebliche KP-Mitglieder erhoben. Den Angeklagten drohen 15 bis 25 Jahre Zwangsarbeit („Welt", 18.4., „Neue", 25.4.). Wie hieß noch Punkt 1 im Aktionsprogramm der Nationalen Front um General Shazli? „Sadat stürzen!"

Nahost-Kommission

Opposition in Jugoslawien

In Jugoslawien stehen äußerst gegensätzliche Kräfte in Opposition zur herrschenden Bürokratie. Auf der einen Seite reaktionäre, nationalistische und faschistische Kräfte („Ustascha"), vor allem in Kroatien – auf der anderen Seite bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Insofern kann man von d e r Opposition auch nicht sprechen. Wir versuchen hier, die wesentlichen Strömungen der linken und bürgerlich-demokratischen Opposition in Jugoslawien, ihre Entwicklung sowie die Politik der Bürokratie ihnen gegenüber darzustellen.

„Kominformisten" und „Stalinisten"

1948, als Tito mit der Sowjetunion/KPdSU und dem ‚Informationsbüro der kommunistischen Parteien' (Kominform) brach, gab es eine massenhafte Opposition („Kominformisten") gegen diesen Kurs in der KP Jugoslawiens (heute: Bund der Kommunisten Jugoslawiens), bis in die Parteiführung hinein: Andrija Hebrang, Mitglied des ZK und oberster Wirtschaftsplaner des Landes, wurde aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. Er starb in der Haft: Selbstmord!.....

Das ZK-Mitglied Zujovic wurde ebenfalls verhaftet. Nachdem er ‚Selbstkritik' geleistet hatte, wurde er 1950 entlassen. **Allein von 1948 bis 1950 schloß die Parteiführung nach albanischen Angaben 200.000 Kommunisten, die Hälfte der Parteimitglieder aus.**

Tausende von Kommunisten wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager wie in Goli Otok (Dalmatien) und Stara Gradiska (Kroatien) gesteckt. In der Republik Montenegro wurde beinahe die gesamte Regierung und das ZK verhaftet und 8000 Kommunisten nach Goli Otok gebracht. Über 5000 Offiziere wurden eingesperrt, 12.000 aus der Armee entlassen („Zeri i Populit", Albanien, 29.6.1963). Die vorerst letzte groß angelegte Kampagne gegen „Stalinisten" und „Kominiformisten" fand zwischen 1974 und 1976 statt. Über diese Strömumg sagte Tito im September 1974: *„In ihren Augen haben wir den Weg der marxistischen Ideologie verlassen, und daher müsse alles (nach 1948) für ungültig erklärt werden und eine neue Partei gegründet werden. Das wäre, wie sich von selbst versteht, eine stalinistische Partei"*. Sie müßten *„exemplarisch bestraft werden"*, damit *„in Zukunft es niemandem auch nur in den Sinn kommen wird, etwas ähnliches zu versuchen"* („FAZ", 14.9.74).

Im Konkreten sah die Repression gegen die „Kominformisten" so aus: Im Sommer 1974 verhaftete die jugoslawische Polizei in Montenegro 40 angebliche „Kominformisten", die in der Hafenstadt Bar einen Parteitag der verbotenen KP Jugoslawiens abgehalten haben sollten. („Welt", 12.9.74.). Am 20.9.1974 verurteilten Gerichte in Pec und Titograd 32 Genossen wegen „Kominform-Tätigkeit" zu Strafen zwischen 2 und 14 Jahren (jugoslawische Nachrichtenagentur „Tanjug" 20.9.1974, nach „Monitor-Dienst").

Im Juli 1975 wurden in Tuzla (Bosnien) 7 „Stalinisten" verurteilt, u.a. Teufik Selimovi, ein bedeutender Partisanenführer des Befreiungskrieges, zu 9 Jahren („FAZ", 4.7.75).

Ende Juli 1975 wurde in Belgrad der ehemalige Ministerpräsident von Kroatien, Dusan Brkic, der schon 1950 als „Kominformist" aus der Partei ausgeschlossen worden war, verhaftet („FAZ", 1.8.75). Mitte März 1976 wurden Djuro Sargin zu 15 und Velimir Moraca zu 13 Jahren wegen „Stalinismus" verurteilt. („Tanjug", nach „Monitor-Dienst", 18.3.76).

Im Sommer 1976 gaben die jugoslawischen Behörden bekannt, daß sie mittlerweile 105 Mitglieder der illegalen KP Jugoslawiens eingesperrt hätten („Welt" 22.7.76).

Vladimir Dapcevic wurde im Juli 1976 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt: angeblich war er Generalsekretär der verbotenen Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Der ehemalige Partisanenoberst Dapcevic wurde schon 1948 zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Aus der Haft entlassen, floh er 1959 nach Albanien, danach nach Moskau. Die UdSSR verließ er 1967 und lebte danach in Belgien. Im August 1975 wurde er vom jugoslawischen Geheimdienst während eines Urlaubes in Rumänien nach Jugoslawien entführt.

Die enorm hohen Strafen gegen angebliche „Kominformisten", denen nichts als ihre politische Arbeit vorzuwerfen ist, sind bezeichnenderweise oftmals sogar höher, als die gegen faschistische „Ustascha"-Banditen. So wurde 1976 ein „Ustascha"-Terrorist, der den Auftrag hatte, einen Bombenanschlag durchzuführen, zu lediglich 10 Jahren, ein anderer faschistischer Terrorist zu 11 Jahren verurteilt („Tanjug", 16.3. u. 20.3.76).

Die jugoslawischen Behörden haben bisher k e i n e r l e i B e w e i s e für die angeblich prosowjetische Tätigkeit der Genossen (wie Flugblätter und andere Materialien) vorgelegt. Es ist daher für uns nicht ersichtlich, welche politischen und ideologischen Inhalte die „Kominformisten" tatsächlich vertreten, welche Differenzen unter ihnen möglicherweise bestehen.

Bemerkenswert ist auch die Art und Weise, wie sich die Bürokratie mit dieser linken Opposition auseinandersetzt. Die Parteizeitung „Kommunist" schrieb im Oktober 1975: *„Organisierte und aggressive neostalinistische Gruppen sind in letzter Zeit in Erscheinung getreten, und ihr Verhalten unterscheidet sich nicht vom Verhalten anderer Extremistengruppen, die destruktive Aktivitäten vornehmen und sich subversiver Methoden bedienen. Bei diesen Aktivitäten suchen sie die Unterstützung konservativer und reaktionärer Kräfte in unserer Gesellschaft"* („Tanjug", 27.10.75, nach „Monitor-Dienst").

Die Bürokratie rief dazu auf, die *„Verräter in allen gesellschaftlichen Bereichen aufzuspüren und der Polizei anzuzeigen"* („FAZ", 25.11.75).

Die Sowjetunion hat sich wiederholt von den „Kominformisten" distanziert. Die „Prawda" schrieb, es handele sich bei ihnen um „sektiererische Gruppen, die niemanden repräsentieren außer sich selbst" („FR", 22.12.75). China und Albanien di-

stanziert. Die „Prawda" schrieb, es handele sich bei ihnen um „sektiererische Gruppen, die niemanden repräsentieren außer sich selbst" („FR", 22.12.75). China und Albanien di-

stanzierten sich ebenfalls. **Auch für die gesamte BRD-Linke (mit einziger Ausnahme des KB) sind die „Kominformisten" nur ein Thema zum Totschweigen.**

Linke Opposition weiter aktiv

Im Januar 1978 wurde Mileta Perovic wegen „kominformistischer Tätigkeit" zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, das Programm der verbotenen KP Jugoslawiens verfaßt zu haben („FAZ", 14.4.78). Perovic, der ehemals zum engeren Führungskreis Titos gehört hatte, wurde beschuldigt, „antijugoslawische Propaganda aus der Sowjetunion und Albanien (!) verbreitet zu haben. („FR", 14.4.78).

Die Provinz Kosovo, die zu 74% von Albanern bewohnt ist, bereitet der jugoslawischen Führung schon seit langem Sorgen. Im Herbst 1968 führte die Bevölkerung dort umfangreiche Protestaktionen durch, wobei sie sich u.a. das Recht erkämpfte, die Fahne der Volksrepublik Albanien hissen zu dürfen.

Im zweiten Halbjahr 1979 wurden im Kosovo mehrere Hundert Albaner verhaftet (s. AK175). Tito warnte in einer Rede am 16.10.1979 in der Provinzhauptstadt Pristina vor einem „Unterwühlen unserer Brüderlichkeit und Einheit" und „einem verstärkten Wirken der Nationalisten, Irredentisten..." (Damit sind die Anhänger des Anschlusses Kosovos an Albanien gemeint-Anm. AK). („Sozialistische Theorie und Praxis" 12/79).

Auch in den Gefängnissen geben die Aktivisten der albanischen Minderheit nicht auf: Als sich der Genosse Veli Cahi in einem Belgrader Gefängnis gegen eine Arreststrafe wehrte, solidarisierten sich elf andere albanische Häftlinge und demolierten, was zu demolieren war.

Im serbischen Zuchthaus Pozarevac wurden vor einiger Zeit vier albanische Häftlinge z u m T o d e verurteilt, weil sie angeblich eine Rebellion angezettelt hatten („Spiegel" 6/80).

Mihajlo Mihajlov

Ein jahrelanger Dauerbrenner der bürgerlichen Presse war der Fall des Schriftstellers Mihajlo Mihajlov, der Anfang 1975 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er mit der westlichen Presse und antikommunistischen Emigrantenkreisen zusammengearbeitet hatte.

Im Gegensatz zu vielen zu weit längeren Strafen verurteilten „Stalinisten" und „Kominformisten" wurde Mihajlov Ende 1977 amnestiert („FAZ", 25.11.77).

Mihajlov distanziert sich deutlich vom Marxismus. Über die westeuropäische Linke meint er: *„Große, lautstarke und militante Gruppen junger Menschen im Westen entwickeln die Neigung zum totalitären Denken"* (Interview mit der „Zeit", 7.7.78).

„Ein Einparteienstaat ist immer ein Unrechtssystem", sagt Mihajlov und empfiehlt statt dessen „Pluralimus". Gegen den Marxismus polemisiert er: *„Zu entdecken, daß die Lehre vom gesellschaftlichen Sein, das das Bewußtsein bestimmt, eine Lüge ist – das ist gleichbedeutend mit einer größeren inneren Freiheit"* (ebenda).

Im Mai 1978 verließ er Jugoslawien und ging in die USA.

Milovan Djilas

Ein sehr bekannter Oppositioneller ist auch Milovan Djilas, ehemals Mitglied des ZK der KP Jugoslawiens, nach 1945 Cheftheoretiker der Partei und Titos Stellvertreter. Er brach 1953 mit Titos Politik. 1957 erschien im Westen sein Buch „Die neue Klasse". Von 1956 bis 1966 wurde Djilas wiederholt zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Seit 1966 wird er von der jugoslawischen Bürokratie geduldet und erhält eine staatliche Pension. In einer Diskussion mit Paul Foot von der britischen Socialist Worker Party (SWP) sagte Djilas u.a.: *„Ich bin kein Marxist mehr"* und: *„Das Schicksal des Einzelnen ist wichtiger als das Schicksal einer Klasse"*.

Über den ermordeten chilenischen Präsidenten Allende meinte Djilas: **„Er provozierte die Konterrevolution"** („Socialist Worker", 17.3.1979) Schon 1977 riet Djilas in einem Interview mit der „Welt": **„Ich glaube, daß der Westen stark sein muß, daß der Westen sich niemals den Luxus der Schwäche leisten darf. Der Westen muß stark sein, er muß eine starke Armee haben, er muß gut bewaffnet sein".** Den Herrschenden in der BRD empfahl Djilas, *„den Kampf ge-*

der Schwäche leisten darf. Der Westen muß stark sein, er muß eine starke Armee haben, er muß gut bewaffnet sein". Den Herrschenden in der BRD empfahl Djilas, „den Kampf ge-

gen den Terrorismus zu verstärken. Vor allem muß man den Bürger mobilisieren" („Welt", 29.10.77).

In der „Welt", in der Djilas öfters schreibt, beklagte er 1979 im Stile eines Alexander Solschenyzin „das Fehlen eines vitalen Engagements der westlichen Welt" („Die Welt", 27.3.79).

Im Frühjahr 1979 wurde Djilas von den jugoslawischen Behörden wegen „unfreundlicher Aktivitäten" verwarnt. („FR", 23.3.79).

Weder für seine „Welt"-Artikel, noch für Interviews, die er dem CIA-Sender „Radio Free Europe" gab (25.10. 79), wurde er aber irgendwie belangt.

Im Herbst 1979 wurde Djilas wegen der Herausgabe einer Literaturzeitschrift, die u.a. Beiträge des Schriftstellers Mihajlo Mihajlov (siehe oben) enthielt, zu einer Geldstrafe von 10.000 Dinar (etwa 1.000 DM) verurteilt („FAZ", 16.10.79).

Djilas ist, wie seine Äußerungen zeigen, heute nicht mehr der linken Opposition zuzurechnen, sondern tritt als offen antikommunistischer Propagandist für den Westen auf.

Die „Praxis"-Gruppe

Seit Mitte der 60er Jahre gaben acht jugoslawische Philosophie-Professoren (S.Stojanovic, M.Markovic, M.Zitovic, T.Indjic, N.Popov, L.Tadic, Z. Pesic-Golubovic und D.Micunovic) eine Zeitschrift mit dem Titel „Praxis" heraus. 1973 und 1974 verschärfte sich der Konflikt zwischen der „Praxis"-Gruppe und der Bürokratie. Man warf der Gruppe „Anarcholiberalismus" (eine Formel, die der BdKJ häufig gegen Oppositionelle verwendet) vor.

Die „Praxis"-Herausgeber schrieben daraufhin: *„Bereits der Aus-*

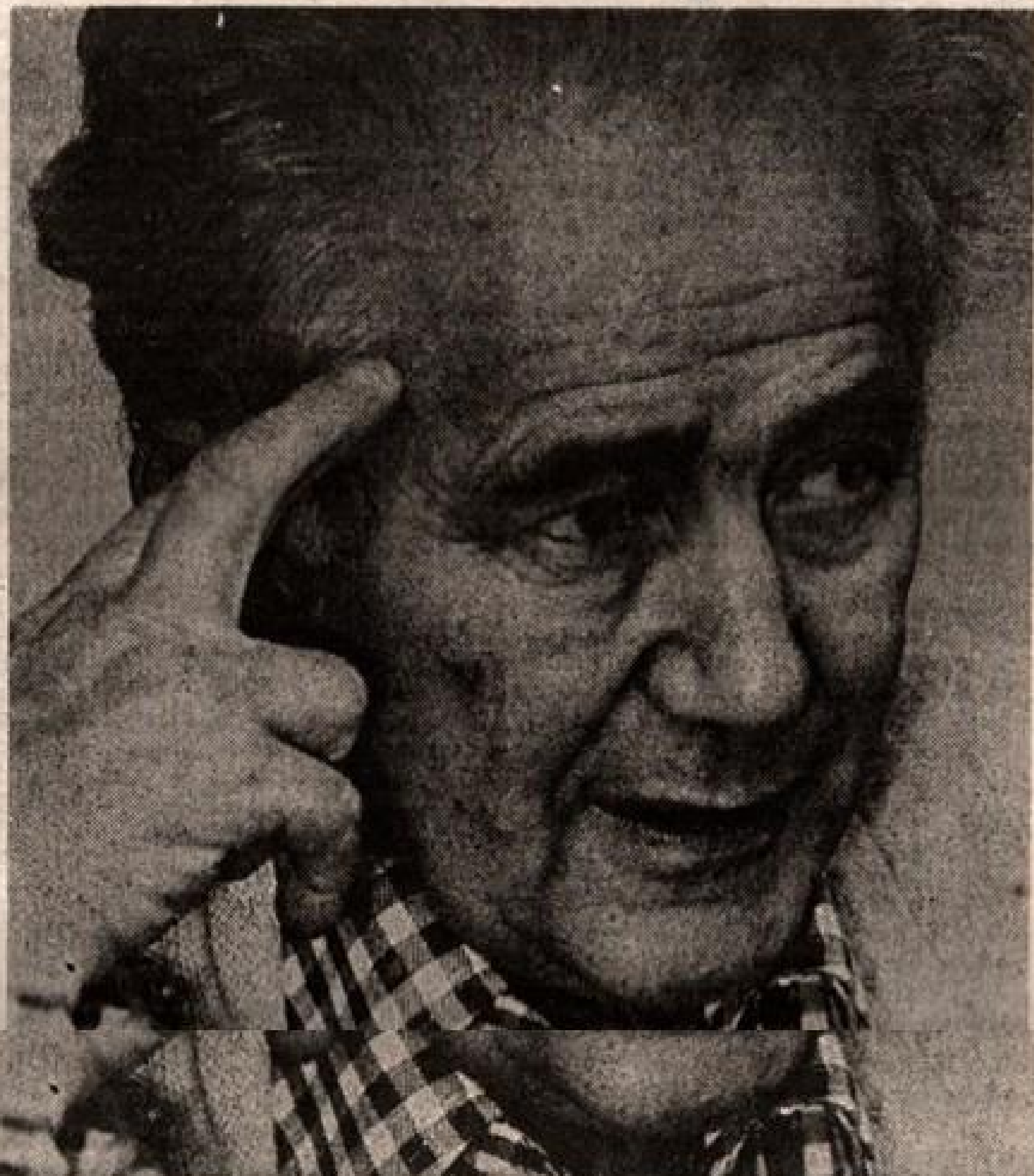
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Milovan Djilas: Die neue Klasse
Eine Buchbesprechung

Milovan Djilas:

„Die neue Klasse – Eine Analyse des kommunistischen Systems"

Molden Taschenbuchverlag, 205 Seiten 6,80 DM



„Die neue Klasse"

Djilas Buch erhebt den Anspruch, eine **„marxistische Kritik der kommunistischen Wirklichkeit"** (Umschlagtext) zu sein. Im Vorwort bezeichnet Djilas sein Buch als „Bekenntnis eines Revolutionärs."

Bei seiner ‚Analyse' hat Djilas jedoch nicht die Methode der wissenschaftlichen Untersuchungsarbeit angewandt, sondern die *„Methode der freien Meditation"* (S.7).

In Hinsicht auf Quellen ist Djilas Buch denn auch mehr als dürftig.– Djilas ist der Auffassung, **„daß in der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Ländern eine neue Klasse von Besitzern und Ausbeutern besteht. Das besondere Kennzeichen dieser neuen Klasse ist ihr kollektives Eigentum"** (S.59).

Die neue Klasse ist nach Djilas bemüht, in allen gesellschaftlichen Bereichen eine unumschränkte Herrschaft auszuüben.

reichen eine unumschränkte Herrschaft auszuüben.

Unter diesem Aspekt sieht er auch die Kollektivierung in der Sowjetunion: *„........die Bauern konnten der neuen Klasse in einer labilen Situation gefährlich werden. Die neue Klasse mußte sich die Bauernschaft darum wirtschaftlich und verwaltungsmäßig unterwerfen; das wurde mit Hilfe der Kolchosen und der Traktorenstationen vollbracht; diese Einrichtungen forderten eine Vermehrung der neuen Klasse in den Dörfern, und so kam es, daß die Bürokratie auch auf dem Dorf ins Kraut schoß"* (S. 61).

Djilas ist der Ansicht, daß eine Charakterisierung des Herrschaftssystems der RGW-Länder und Jugoslawiens als „bürokratisch" nicht ausreicht, da *„diese Bürokraten sich unweigerlich zu einer neuen Klasse von Eigentümern und Ausbeutern entwickelten"* (S.46).

Die Sowjetunion ist für ihn seit *„der Errichtung der Herrschaft einer neuen Klasse in den dreißiger Jahren"* ein imperialistisches Land (S.174).

Den Stalinismus bezeichnet Djilas als *„Synthese aus einer kommunistischen Einmanndiktatur und militaristischen Imperialismus"* (S.175).

„Die Keime der neuen Klasse" seien **„in der Schicht von Berufsrevolutionären"** zu suchen (ebenda).

Djilas wirft Lenin vor, er habe, ohne es zu wissen, damit begonnen, *„die neue Klasse zu organisieren"* (S.54).

Allerdings betont er auch die U n t e r s c h i e d e zwischen der Sowjetunion Lenins und Stalins: *„Während er"* (Lenin–Anm. des Verf.) *„an der Macht war, bestanden noch die Freiheit der Meinungsäusserung und das Recht, für oder gegen eine bestimmte Ansicht zu stimmen"* (S.77).

Stalin sei *„der wirkliche und direkte Begründer der neuen Klasse"* gewesen (S.54).

Obwohl Djilas der Ansicht ist, es herrsche in den osteuropäischen Ländern ein *„System der Ausbeutung, das den Interessen des Proletariats entgegengesetzt ist"* (S.161), propagiert er aber nicht den Aufbau einer marxistischen Opposition, einer wirklichen Arbeiterpartei, die den Sturz der neuen Klasse organisiert.

Totalitarismus

Djilas behauptet, daß die Kommunisten *„den Terror zu einem Kult und zum höchsten Ziel erhoben"* haben (S.30).

„Die Theorie, nach der der Kommunismus von heute eine Form des modernen Totalitarismus" sei, ist für Djilas *„die zutreffendste"* (S.162). Djilas behauptet: *„Die moderne Gesellschaft kennt kein Beispiel für Aktionen gegen die Opposition der Massen, die so brutal, unmenschlich sind wie die der kommunistischen Behörden"* (S.93).

Der Kommunismus scheint für Djilas schlimmer zu sein als der Faschismus ?!........Dies gipfelt in Sätzen wie: *„Unter der bleiernen Decke des Kommunismus gibt es weder Licht noch Luft"* (S.100).

Der „Marxist" Djilas beschwert sich über die *„widersinnige Einteilung der Demokratie in ‚bürgerliche' und ‚sozialistische'"* (S.88). Der Staat ist für Milovan Djilas *„seinem Wesen nach ein Organ der Einheit und der Harmonie in der Gesellschaft und nicht nur der Gewalt über ihr"* (S.167).

Für Friedrich Engels hingegen war der Staat **„ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe, er ist das Eingeständnis, daß diese Gellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist"** (Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates).

Auf Grund seiner „Totalitarismus"–These kommt Djilas sogar zu dem Ergebnis, daß der Westen der *„Bewahrer der politischen und geistigen Freiheit"* sei (S.191). Die Sozialdemokraten können sich laut Djilas *„mit Recht als Nachfolger von Marx"* ansehen (S.17).

Trotz seines insgesamt offen antikommunistischen Inhaltes bringt das Buch einige (wenige) richtige Punkte.

So beschreibt Djilas durchaus zutreffend, die Versumpfung vieler „Kommunisten" an der Macht: *„Unduldsamkeit, Servilität, unausgegorene Gedanken, die Kontrolle des Privatlebens – die früher einmal kameradschaftliche Hilfe bedeutete, heute aber ein Werkzeug der Führung ist, – die Starrheit und Abkapselung der Hierarchie, die angeblich wichtige, in Wirklichkeit aber vernachlässigte Rolle der Frauen, Opportunismus, Eigensucht und Gewalttätigkeiten verdrängen während des Aufstieges zur Macht die früheren idealistischen Grundsätze. Die herrlichen menschlichen Züge einer geschlossenen Bewegung verwandeln sich in die kriecherische Pharisäermoral einer privilegierten Klasse"* (S.152).

Chruschtschows „Stalinkritik" kennzeichnet Djilas richtig als *„prinzipienlose, nach Stalinschem Muster erfolgte Angriffe auf Stalin"* (S.155).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Buch von Milovan Djilas insofern interessant ist, als es eine knappe Darstellung der sozialdemokratischen Kritik am „real existierenden Sozialismus" darstellt. Zudem bietet es auch ein deutliches Bild der ideologischen Versumpfung des Autors, der immerhin einmal führendes Mitglied einer der bedeutendsten kommunistischen Parteien Europas war.

U., RGW-Kommission

Zur Sozialistischen Konferenz: DKP mag weder nein noch ja sagen

Zur Sozialistischen Konferenz Anfang Mai war auch die DKP eingeladen worden. Erschienen war sie nicht (oder doch nur einzelne Mitglieder, die sich nicht als solche zu erkennen gaben). Üblicherweise ist man gewohnt, daß die DKP solche Dinge mit Schweigen übergeht oder in der ihr eigenen arroganten Art von einem „Sektierertreffen" spricht. Nicht so dieses Mal. Im nachherein behauptet sie, keine Einladung erhalten zu haben. Nun weiß jeder, daß dies nicht mehr als eine Verlegenheitsbegründung ist; und „Die Neue", der DKP sonst durchaus wohlgesonnen, fragt denn auch treffend: *„Ist die Schwierigkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen, ein Problem der Deutschen Bundespost?"* Man kann daraus nur schließen: Die DKP wollte nicht. Andererseits scheut sie sich auch, dies unumwunden auszusprechen.

Ganz offensichtlich ist jedoch, daß die DKP sich weitere Entscheidungen offen halten will. Auf die Frage, *„wie es die DKP mit dem Dialog und der Zusammenarbeit der Linkskräfte halte"*, antwortet Kurt Schacht (DKP-Präsidium): *„Sie ist bereit, mit allen wirklichen sozialistischen und demokratischen Kräften ... zusammenzuarbeiten"* („UZ", 8.5.). Wer nun die *„wirklich sozialistischen Kräfte"* sind und wer sie in Kassel repräsentiert hat, darauf geht er wohlweislich nicht ein. In der Vergangenheit wurden unter diesem Begriff nur die DKP und ihre Bündnisorganisationen sowie Teile der SPD gefaßt; nichts spricht dafür, daß sich dies geändert hat. Näher kommt man der Sache denn auch, wenn Kurt Schacht die Teilnehmer als *„linkssozialistische, maoistische, trotzkistische Kräfte"* charakterisiert, mit denen in der berüchtigten „These 41" der DKP jede Zusammenarbeit ausgeschlossen wird. Weshalb dann dennoch die scheinbare Offenheit?

Ein wesentlicher Grund dürfte sein, daß sich auch der DKP wohlgesonnene Kräfte an der Konferenz beteiligt haben und auf die DKP Druck ausüben, aus der Sektiererecke herauszukommen. So bemängelt „Die Neue" in einem Kommentar vom 7.5. die Nichtteilnahme der DKP, wobei es ihr vor allem darum geht, daß die DKP damit eine Chance vertut. Sie weist darauf hin, daß *„mehr als je zuvor ... in der Linken die Bereitschaft da [ist], auch die DKP als Gesprächspartner zu akzeptieren."* Der DKP wird in der Diskussion durchaus eine ‚Führungsrolle' zugebilligt, nur dürfe sie nicht *„immer nur alleine voranstürmen, bevor die Mannschaft, in der man spielen will, sich überhaupt formiert hat."* Dieses Verhalten der DKP würde dazu führen, daß sie im *„Abseits"* lande.

Bei der gegenwärtigen Haltung der DKP muß damit gerechnet werden, daß sie eine künftige Teilnahme nicht ausschließt, diese jedoch an die Bedingung einer Ausgrenzung unangenehmer Themen und der Nicht-Teilnahme von *„maoistischen und trotzkistischen Kräften"* knüpft. Von dem bisherigen Teilnehmerkreis ist allerdings nicht davon auszugehen, daß einer solchen Erpressung Folge geleistet würde. Eine Teilnahme der DKP kommt also nur dann in Frage, wenn sie zumindest stillschweigend mit der These 41 bricht.

5. Kongreß der Sosialistisk Ungdom



Unter dem Motto „Arbeiterjugend zum Kampf" fand kürzlich – vom 25. bis 27.4.80 – der 5. Kongress der Sosialistisk Ungdom in Oslo statt. Sosialistisk Ungdom (SU) ist die Jugendorganisation der reformistischen Partei SV. SU steht jedoch insgesamt deutlich links von der Mutterpartei, was auch an den internationalen Kontakten erkennbar ist. Das Verhältnis SU zu SV war auch Gegenstand des Kongresses. Wichtigster Beschluß des Kongresses dürfte derArbeitsplan für die nächste Kongreßperiode sein, der bemerkenswerterweise eine Schwerpunktverlagerung von u.a. ökologischen Fragen zur gewerkschaftlichen Arbeit hin bedeutet. Die Atmosphäre des Kongresses gab unserem Vertreter den Eindruck einer Organisation, die von der Krise der westeuropäischen Linken weitgehend verschont geblieben ist. Dies ist umso erfreulicher, da es sich um eine Organisation sehr junger Genossen handelt. Tatsächlich gehört SU zu den in Schulen größten und aktivsten Organisationen Norwegens.

Reformistische Mutterpartei...

SV ist aus der Volksabstimmung über den EG-Beitritt, der zum Sieg der EG-Gegner führte, hervorgegangen. Die EG-Frage hatte zur Politisierung breiter Schichten und zu einem Aufschwung für die Linke geführt. Die Linke begegnete dieser Herausforderung mit der Bildung eines breiten Bündnisses, dem sozialistischen Wahlbund (SV), dem linke Sozialdemokraten, die linkssozialdemokratische SF, die revisionistische NKP, große Teile der Frauen- und Umweltbewegung und neu politisierte Menschen
SF, die revisionistische NKP, große Teile der Frauen- und Umweltbewegung und neu politisierte Menschen
beitraten. Dieses Bündnis erhielt bei der ersten Parlamentswahl auf Anhieb 11% der Stimmen. Nach der im Jahre 1975 erfolgten Umbildung in eine Partei, der Sozialistischen Linkspartei (SV), verließen die Revisionisten wieder das Bündnis. Es entstand eine Partei, die bei weitgehender Tendenzfreiheit eine Vielzahl politischer Richtungen umfaßt. Auch wenn es eine starke, fraktionell organisierte, revolutionäre Opposition (SV-Opp) gibt, so bestimmen doch reformistische Kräfte die Politik der Partei. Nach dem Ausscheren der NKP brach SV die Verbindungen zu den KPs der RGW-Staaten ab. Konkakte bestehen jedoch zu eurorevisionistischen oder ähnlich „undogmatischen" Parteien, wie z.B. PCI (Italien) oder VPK (Schweden). In der BRD sucht man im SB den Ansprechpartner.

...und eine rebellische Jugend

Die Kritik der SU richtet sich vor allem gegen den Parlamentarismus, d.h. daß SV die außerparlamentarische Massenarbeit total vernachlässigt. Allerdings waren auf dem Kongreß zwei Positionen erkennbar, nämlich erstens: Die politische Linie der Partei sei in Ordnung, nur mache SV am laufenden Band Fehler; und zweitens: Die ständigen „Fehler" liegen an der grundsätzlich falschen Politik.

Beide Linien waren auf dem Kongress etwa gleichstark vertreten. Die erste Position kennzeichnet bereits die Defensive, in der sich die Reformisten in SU befinden. Ihnen und der Mutterpartei war die Situation bereits so bedrohlich, daß der Kongress noch einmal feststellen mußte, daß SU nun tatsächlich die SV-Jugendorganisation ist. Gefordert hatten sie, daß SU sich auf Jugendpolitik und Umweltschutzfragen beschränkt, d.h. SU sollte als Rekrutierungsorganisation fungieren. Zum Verhältnis der SU zu SV beschloß der Kongress u.a.: *„SU ist die Jugendorganisation der ganzen Partei" (...)„SU betrachtet SV als die einzige Alternative für revolutionäre Sozialisten. Die Erfahrungen mit verschiedenen Kleinstgruppen in Europa zeigen, daß eine derartige Praxis im besten Fall zur Arbeit in politischen Teilgebieten, gewöhnlich aber zur Sektierertum, Passivität und Auflösung führt."*

Im Beschluß steht aber auch: *„Zum Verhältnis zu verschiedenen Fraktionen in der Partei: Stimmt die politische Linie der SU mit einer Oppositionsgruppe überein, so kann dies natürlich zur Zusammenarbeit führen, vielleicht besonders zur Entwicklung einer Praxis in den Betrieben und Gewerkschaften."*

Der Arbeitsplan

trieben und Gewerkschaften."

Der Arbeitsplan

Als eindeutiger Sieg der linken Kräfte in SU dürfte der Arbeitsplan für die nächste Kongressperiode (1 1/2 Jahre) gelten. Dieser Plan verlangt nicht nur von jeder Genossin und jedem Genossen den Verkauf der Zeitung „Ungsosialisten", sondern stellt auch fest: *„Die Arbeiterklasse spielt eine entscheidende Rolle im Kampf für den Sozialismus. Die politische Hauptaufgabe für SU ist es deshalb, eine gewerkschaftliche Praxis zu entwickeln, die den Kampf zwischen Arbeit und Kapital verschärft und die Stellung der SU in der Arbeiterjugend stärkt. Dies kann nur geschehen, wenn die Organisation die gewerkschaftliche Arbeit ständig prioritiert. (...) Die Prioritierung der Gewerkschaftspolitik gibt die Richtung an, in die SU sich bewegen muß. Das heißt nicht, daß alle Kräfte hier eingesetzt werden müssen. Die Ortsgruppen selbst müssen entscheiden, wie und wie schnell sie ihre Stellung in der Arbeiterjugend stärken können".*

Die Aufgaben in der Gewerkschaft sind (u.a.) folgende: *„Organisiere dich und agitiere deine Kollegen, sich zu organisieren. – Nimm Kontakt zu anderen fortschrittlichen Gewerkschaftern auf und versuche, als Opposition zu wirken, Anträge zu koordinieren. – Betreibe die Forderung, daß mehr Lehrlinge eingestellt werden, arbeite am Aufbau einer Lehrlingsgruppe. – Arbeite für eine besondere Organisierung der Frauen. Sieh zu, daß die Gewerkschaften die gewerkschaftlichen Interessen der Frauen beachten".*

Umweltschutz soll auch betrieben werden, aber: *„Die Hauptperspektive im umweltpolitischen Kampf ist es, den Umweltkampf an den gewerkschaftlichen Kampf zu binden".* Dieser Passus richtet sich vor allem gegen naturromantische Ansätze. Atomkraftwerke gibt es in Norwegen nicht und wird es auf absehbare Zeit auch kaum geben, weshalb die Gefahr eines solchen Herangehens in Norwegen besonders groß sei, erklärte ein Genosse.

Der Arbeitsplan insgesamt beinhaltet, daß SU versuchen wird, die politische Praxis zu entwickeln, die von der Mehrheit in SV nicht mehr erwartet werden kann. Für künftigen Zünd-
tische Praxis zu entwickeln, die von der Mehrheit in SV nicht mehr erwartet werden kann. Für künftigen Zünd-
stoff dürfte also gesorgt sein.

Auslandskontakte

Mit Gästen waren auf dem Kongress vertreten: FK (Schweden), ELF und EPLF (Eritrea), KB (BRD), SFU und VS (Dänemark), SWP (Großbritannien) sowie die Gewerkschaft im Coca-Cola-Betrieb in Guatemala. Der MIR (Chile) hatte eine Grußadresse gesandt.

Den Genossinnen und Genossen der SU sei für die Einladung und die herzliche Aufnahme gedankt.

Ein Vertreter des KB

Opposition in Jugoslawien

Opposition in Jugoslawien

Fortsetzung von der vorherigen Seite

druck *‚Anarcholiberalismus' hat nur genausoviel Sinn wie die Bezeichnung ‚rundes Quadrat' und ähnliche Wortverbindungen.... Die Grundcharakteristik des Anarchismus ist der Standpunkt, der Staat solle sofort völlig zerstört werden.... Einer der grundlegenden Standpunkte des Liberalismus jedoch die These, daß der Staat immer existieren muß, um dem Einzelnen die persönliche Freiheit und Sicherheit zu garantieren"* (nach „Süddt. Ztg.", 26.1.74).

Ferner wurde der „Praxis"-Gruppe vorgeworfen, die Idee des Mehrparteiensystems zu propagieren. Auf diesen Vorwurf entgegneten sie: *„Der demokratische Sozialismus braucht nicht unbedingt Parteien, er braucht eine demokratische öffentliche Meinung"* (ebenda).

Die „Praxis"-Gruppe schrieb,daß *„die Tendenz des Laissezfaire* (ungehindert laufenlassen, Anm. AK) *der Marktwirtschaft mit ihren Folgen – Warenfetischismus, notwendiger Kapitalbildung aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, Zunahme des sozialen Schichtungsprozesses – ein wesentliches Hindernis für die sozialistische Entwicklung darstellt"* (ebenda).

Die Gruppe forderte *„die Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit und der Abwanderung von Arbeitskräften in kapitalistische Länder.... Beseitigung der bestehenden Klassenunterschiede". „Die Arbeiterklasse ist unter den heutigen Bedingungen die unterdrückteste und potentiell revolutionärste Klasse"* (ebenda).

Trotz ihrer Kritiken bekannte sich die „Praxis"-Gruppe zum jugoslawischen System der „Arbeiterselbstverwaltung" und erklärte: *„Das Programm des Bundes der Kommunisten bleibt auch weiterhin die Grundorientierung für eine realistische Entwicklung in Jugoslawien. Es geht nicht darum, dieses Programm zu ändern, sondern es konsequenter in die Wirklichkeit umzusetzen"* (ebenda).

Im März 1975 mußte die Zeitschrift „Praxis" ihr Erscheinen einstellen. Die Belgrader Professoren, die die Zeitschrift herausgegeben hatten, erhielten Berufsverbot. Allerdings wurde das Berufsverbot humaner gehandhabt als in der BRD: die Professoren erhalten noch heute 60% ihres Gehaltes („SZ", 18.12. 79).

1974 veröffentlichten einige westeuropäische Persönlichkeiten (u.a. Heinz Brandt, Ernst Bloch, Bernd Rabehl, Helmut Gollwitzer, Gerhard Zwerenz, Jochen Steffen, Renate Damus) eine Solidaritätserklärung mit der „Praxis"-Gruppe. Sie schrieben, es gehe ihnen *„um die Freiheit des kritischen marxistischen Denkens in einem Land, das immerhin noch Möglichkeiten für eine demokratische Entwicklung zum Sozialismus bietet".* Der Aufruf trug unter anderem auch die Unterschrift des damaligen niedersächsischen Kultusministers P e t e r v o n O e r t z e n (SPD). Derselbe von Oertzen, der sich damals angeblich um „das Überleben des kritischen marxistischen Denkens" in Jugoslawien sorgte, ist seinerseits für eine Reihe von Berufsverboten gegen Marxisten in der BRD mitverantwortlich... –

Die „Praxis-" Gruppe war Ausdruck einer breiteren Strömung unter den Intellektuellen, insbesondere Studenten. So verabschiedete der Studentenverband der philosophischen Fakultäten in Belgrad, Ljubljana und Zagreb am 30.1. 1974 eine Resolution, in der es u.a. hieß, *„daß die Arbeiterklasse immer noch keinen entscheidenden Einfluß auf ökonomischem und politischem Gebiet ausübt, daß die gesellschaftliche Macht sich in den Händen einer politischen und ökonomischen Elite konzentriert ... , daß die sozialen Unterschiede ständig wachsen und die höchste Gefahr für die Errungenschaften der Revolution darstellen ..., daß die marxistische Kritik der sozialen Widersprüche unterdrückt wird".*

Die Resolution sprach sich aus für *„einen Sozialismus auf der Basis der Selbstverwaltung",* für die *„Wiederherstellung der führenden Rolle der marxistischen Theorie"* sowie *„die Schaffensfreiheit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kultur" (nach „ Sozialistisches Osteuropakomitee", Sonderinfo Jugoslawien, Juni 1974).*

Wegen des Verfassens dieser Resolution wurden sechs Studenten und ein Professor zu jeweils 10 Monaten wegen „böswilliger und wahrheitswidriger Darstellung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse" verurteilt.

Im Unterschied zu Djilas haben die „Praxis"-Gruppe und ihre Freunde keine Ermunterung des Imperialismus und antikommunistische Propaganda betrieben. Die „Praxis"-Strömung kann man insgesamt als links-sozialdemokratisch bezeichnen, die vertritt z.T. eindeutig fortschrittliche Positionen (Kritik an der Herausbildung einer Neuen Bourgeoisie u.ä.).

Wir sollten uns nicht scheuen, gegen die Berufsverbote und die Bestrafungen der Anhänger der „Praxis"-Strömung durch die Bürokratie zu protestieren, wie wir auch gegen ähnliche Maßnahmen in der DDR (Havemann und Biermann) und CSSR („Charta 77") unseren Protest erhoben haben.

RGW-Kommission

Berichtigung

DAS HAT TOGLIATTI NICHT VERDIENT !

Im AK 176 findet sich auf Seite 3 im Artikel „Zur Außenpolitik der PCI" ein blöder Fehler. Am Ende der zweiten Spalte, wo es um die ideologische Grundlage der PCI-Außenpolitik geht, heißt es als angebliches Zitat des früheren PCI-Chefs Togliatti: *„...und in der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht mehr von einem Fortschritt sprechen, der durch das Beschreiten verschiedener Wege erreicht wird".* So etwas hat Togliatti natürlich nie gesagt; er ging ja umgekehrt gerade davon aus,, daß verschiedene Wege zum Fortschritt, zum Sozialismus führen könnten. Richtig muß es heißen: *„...Die Gesamtheit des Systems wird polyzentrisch, und in der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht mehr von einer einheitlichen Führung, sondern man muß von einem Fortschritt sprechen, der durch das Beschreiten verschiedener Wege erreicht wird".*
Wo wir gerade beim Berichtigen sind: Auf der gleichen Seite muß es in der Überschrift des oberen Artikels heißen: „9 Parteien fehlten beim KP-Treffen in Paris" (und nicht: "beim KP-Treffen der PCI"; die PCI hatte sich geweigert, teilzunehmen).

Italien-Kommission



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich / wir die Hamburger Satz- und Verlags-Cooperative GmbH, Hamburg, den von mir / uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ARBEITERKAMPF bei Fälligkeit zu Lasten meines / unseres* Girokontos abzubuchen.*

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

.............................., den.......................... ....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Graue Wölfe demonstrieren in Hamburg

Massives Polizeiaufgebot gegen antifaschistischen Protest

Unter der Parole: „Gemeinsam gegen den roten Terror" hat die Türk - Förderation, eine Tarnorganisation für Westeuropa der türkischen Faschistischen Nationalistischen Bewegungspartei MHP, für den 17.5. 14 Uhr zu einer nationalen Demonstration und Kundgebung auf dem Hamburger Gerhard-Hauptmann-Platz aufgerufen.

Die Vorbereitungen zu dieser Provokation der türkischen Faschisten liefen unter strikter Geheimhaltung. Die Hamburger Antifaschisten erfuhren davon erst am späten Freitag Nachmittag, als türkische Aufrufflugblätter im Stadtteil Altona von den Faschisten verteilt wurden.

Verbotsforderungen wurden ignoriert

Sofort nach Bekanntwerden der geplanten Aktion forderten u. a. Mitglieder der SPD Bezirksorganisation Altona, die Bunte Liste, das Komitee gegen türkische Faschisten und viele andere zuerst telefonisch ein Verbot beim Polizeipräsidium. Als der zuständige Verantwortliche bestätigte, daß die Kundgebung und Demonstration ausdrücklich genehmigt seien und bei der Polizei auch über die politische Heimat der Türk-Förderation keine Unklarheiten bestehen, wurden über mehrere Rechtsanwälte einstweilige Verfügungen zum Verbot beim Verwaltungsgericht beantragt.

Verhindern wir den Aufmarsch der Faschisten

Parallel zur Einleitung juristischer Verbotsanträge wurden über Telefonketten, Handzettel, Hausbesuche usw. alle verfügbaren Kontakte und Organisationen in Hamburg über die Pläne der Faschisten informiert und aufgefordert, am Samstag rechtzeitig in die Innenstadt zu kommen, um die faschistische Provokation zu verhindern und den Gerhard-Hauptmann-Platz zu besetzen.

Im Laufe des Vormittags versammelten sich 1.500 - 2.000 Antifaschisten in der Innenstadt. Ein Lautsprecherwagen wurde auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz aufgestellt, Flugblätter verteilt und die Öffentlichkeit über den Hintergrund der Aktion informiert. Die Teilnehmer beschlossen eine Resolution an den Bürgermeister Klose, in der es u.a. hieß: *„Dies (die Kundgebung der türkischen Faschisten) ist eine Provokation für die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit in Hamburg und zugleich eine unmittelbare Gefahr vor allem für die türkischen Kollegen, die Aufklärungsarbeit über den Faschistischen Charakter der ‚Grauen Wölfe' in Hamburg leisten(...) Wir fordern Sie deshalb auf, ein Verbot der für heute in Hamburg geplanten Kundgebung der ‚Grauen Wölfe' zu erwirken".*

Eine Delegation der Gegendemonstranten wurde beauftragt, diese Resolution zum Rathaus zu bringen und sie dem Bürgermeister zu überreichen. Allerdings fand die Delegation dort nur verschlossene Türen und einen Polizisten vor, der zur Bewachung aufgestellt worden war. Auf Nachfrage weshalb das Rathaus plötzlich verschlossen sei, antwortete er, „wegen der ‚illegalen' Gegendemonstration", von den politischen Verantwortlichen sei niemand für die Antifaschisten zu sprechen, wir sollten doch schreiben.

Die Polizei marschiert auf

War während des ganzen Vormittags von Polizei in der Innenstadt nichts zu sehen (bis auf eine Androhung der Beschlagnahme des Lautsprecherwagens, die erfolglos blieb, weil die Gegendemonstranten Ketten um den Wagen bildeten), so änderte sich dies gegen 13 Uhr schlagartig.

Mehrere hundert Polizisten in Kampfmontur wurden blitzschnell dazu eingesetzt, um den Gerhard-Hauptmann-Platz abzuriegeln. Sie schlossen die ca. 800 auf dem Platz befindlichen Demonstranten, innerhalb weniger Minuten ein, fuhren mit einem Lautsprecherwagen heran und forderten sie auf, den Platz zu verlassen. Daraufhin bildeten die Demonstranten Ketten und wehrten beherzt einen Versuch der Polizei ab, einen türkischen Antifaschisten aus der Menge herauszugreifen. Die Aufforderung der Polizei hatte nur den Zweck, die Demonstranten als Teilnehmer an einer ‚illegalen' Aktion zu kriminalisieren.

Die anfangs gespannte Stimmung löste sich bald, als die Gegendemonstranten sich zum Ausdruck ihres friedlichen Protestes auf den Platz setzten und damit deutlich machten, daß jegliche Gewalt von der Polizei zu verantworten ist.

Das Ziel der Gegendemonstranten zu diesem Zeitpunkt war, den Platz bis 14 Uhr zu besetzen, damit die türkischen Faschisten die geplante Kundgebung nicht abhalten können.

Daß es zu diesem Zeitpunkt zu keinen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, daß die Kundgebung der Faschisten zum angegebenen Zeitpunkt auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz nicht stattfinden konnte, lag daran, daß die Demonstranten mit großer Geschlossenheit und Disziplin zusammenhielten und das weitere Vorgehen jeweils gemeinsam diskutierten.

Eine traurige Ausnahme dabei spielte allerdings die DKP. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als die Lage für die Demonstranten auf dem Platz nicht überschaubar war, Unsicherheit herrschte und sich auch Angst vor der Polizeiübermacht bemerkbar machte, wollten die DKP'ler in einem Demonstrationszug den Platz verlassen. Dies, obwohl sie mehrfach aufgefordert wurden, sich mit den restlichen Demonstranten gemeinsam zu organisieren. Allerdings scheiterete ihr Spaltungsversuch kläglich. Sie wurden von der Polizei nicht vom Platz gelassen.

Die Aktion wird erfolgreich beendet

Als klar war, daß die türkischen Faschisten sich in der Innenstadt nicht würden blicken lassen, beschlossen die Demonstranten, die Aktion mit einer kurzen Demonstration zum Damtor-Bahnhof zu beenden, und darüber mit der Polizeieinsatzleitung zu verhandeln. Es kam darauf an, die bisherige Geschlossenheit auch im Abzug zu demonstrieren, dadurch willkürliche Verhaftungen zu vermeiden und den Lautsprecherwagen vor dem Zugriff der Bullen zu schützen.



400 Bullen sperrten 1000 Antifaschisten auf dem Gerhard Hauptmann Platz ein. Um Polizei-Übergriffe zu verhindern, wurden von den Besetzern Ketten gebildet.

Schließlich konnten die Antifaschisten doch freikommen und demonstrierten (unter Polizei„schutz") durch die Innenstadt



Die Polizei ließ sich auf den Vorschlag ein, hatte es aber plötzlich überhaupt nicht mehr eilig,daß die Demonstranten den Platz räumten und verzögerten den Abmarsch um ca. eine halbe Stunde. Gegen 15 Uhr 45 setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Unter großem Jubel der außerhalb der Polizeisperre anwesenden ca.500 Antifaschisten, die sich dem Zug anschlossen. Die Demonstranten behielten auch jetzt ihre Disziplin bei, bildeten seitlich zum Demonstrationszug Ketten, ein Begleitschutz für den Lautsprecherwagen wurde organisiert. Die Polizei allerdings demonstrierte nochmals ihre Stärke, indem sie jeweils vor und hinter dem Demonstrationszug vier Mannschaftswagen auffahren ließ und Polizisten mit Schilden und Helmen die Demonstranten „begleiteten". Am Endpunkt der Demo, auf der Moorweide am Damtorbahnhof wiederholte sich die Szene vom Gerhard-Hauptmann-Platz:

Nachdem die Demonstranten dort angekommen waren, wurden sie wiederum von den Bullen umzingelt und das gesamte Gebiet abgesperrt. Der S-Bahnhof wurde von ihnen mit ca. 200 Mann besetzt, die Leibesvisitationen der Demonstranten vornahmen und beim Abzug der Demonstranten sahen sie endlich ihre Chance. Ein MEK-Kommando versuchte zuerst einen türkischen Kollegen willkürlich zu verhaften. Als sich die Bullen aber dabei heiße Ohren holten und der Kollege geschüzt werden konnte, veranstalteten sie eine Prügel - Orgie gegen eine Gruppe von Demonstranten und verhafteten zwei Antifaschisten. Eine weitere Antifaschistin wurde durch einen Schlagstock verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Gegen die Verhafteten wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchte Gefangenenbefreiung eingeleitet.

Die türkischen Faschisten demonstrieren in Altona

Während der Aktion in der Innenstadt versuchten die Antifaschisten zu ermitteln, ob es Anzeichen dafür gibt, daß die türkischen Faschisten sich an anderer Stelle in der Stadt versammeln.

Vor der Demonstration zum Damtor-Bahnhof wurde dann bekannt, daß die Faschisten auf Empfehlung (!) der Polizei sich an der Sternschanze versammelt haben. Erst nach Beendigung der Aktion wurde klar, daß die Faschisten von dort nach Altona demonstriert sind und gegen 16 Uhr 30 mit ihrer Schlußkundgebung in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs begonnen hatten. Etwa 7 - 800 türkische Faschisten versammelten sich, massiv geschützt (und nicht bedroht, wie die Antifaschisten) durch Hamburgs Polizei. Diese hatte vorsorglich den Altonaer Bahnhof und den Kundgebungsplatz abgeriegelt. Antifaschisten wurden beim Verlassen des Bahnhofs gefilzt, zwei wurden verhaftet.

Hamburgs SPD — Senat und seine Polizei schützen die Faschisten

Diese Demonstration der Faschisten war nur dadurch möglich, daß die Hamburger Polizei mit ihrer Aktion in der Innenstadt und am Damtor-Bahnhof die Antifaschisten in ihren Aktionsmöglichkeiten behindert hat. Einziges Ziel war, den Faschisten einen zeitlichen Vorsprung zu verschaffen und die Antifaschisten so lange in Schach zu halten, bis die Faschisten praktisch unbehelligt ihre Demonstration und Kundgebung durchführen konnten.

Dieser beispiellose Skandal erhält noch dadurch eine zusätzliche Brisanz, als sich der Hamburger Bürgermeister bei einer Veranstaltung scheinheilig dagegen ausgesprochen hat, den türkischen Faschisten Demonstrationen und Kundgebungen zu erlauben, und der für die Polizei verantwortliche Innensenator Staak zu erkennen gegeben hat, daß er nicht negativ gegen ein Verbot der ‚Grauen Wölfe' eingestellt sei. Zudem liegen dem Senat Verbotsanträge der SPD - Fraktion des Bezirksparlaments Altona und der Bezirksversammlung Eimsbüttel vor.

Wieder einmal ist klar geworden, daß den großen Worten von SPD - Politikern keine Taten folgen. Im Gegenteil: Auch in Hamburg können die türkischen Faschisten fest auf ihre Unterstützung bauen.

Allerdings muß dafür gesorgt werden, daß dieser generalstabsmäßige Polizeieinsatz nicht stillschweigend zu den Akten gelegt wird.

Entschuldigung

Bei den Rangeleien kurz vor meiner Festnahme auf der Moorweide am 17.5. habe ich auch einen Haken ausgeteilt, der für einen Zivilbullen gedacht war, jedoch, wie sich später herausstellte, einen mir unbekannten Genossen am Kinn traf. Hierfür möchte ich mich entschuldigen. Wiedergutmachung erfolgt unter Redaktionsadresse.

Gruß ein AK-Leser aus St.Pauli